<36605024510014

Forschungen

auf dem

Gebiete des französischen und des rheinischen

Kirchenrechts

nebst

geschichtlichen Nachrichten

über das

Bisthum Aachen und das Domkapitel
zu Köln

von

Dr. Hermann Hüffer,
Professor der Rechte in Bonn.

Münster,

Druck und Verlag der Aschendorff'schen Buchhandlung.

1863.

Inhalt.

Vorrede.

Die folgenden Blätter enthalten eine Reihe von Abhandlungen, die dem Inhalte nach zusammengehören und sich gegenseitig erläutern und ergänzen. Alle beziehen sich auf die kirchliche Geschichte und Verfassung der Rheinlande. Da diese nicht zum geringsten Theile auf französischen Gesetzen beruhet, so mußte der Ausgangspunkt der Untersuchung zuweilen auf fremdländischen Boden verlegt werden.

Die Entstehung und Geschichte des wichtigen Dekrets über die Kirchenfabriken ist bisher beinahe unbekannt geblieben. Diesem auffallenden Mangel möchte die erste Abhandlung abhelfen. Man findet im Anhange den ersten Entwurf des Dekrets und einen Bericht der Abtheilung des Staatsraths für die innern Angelegenheiten, sodann einen späteren Bericht des Ministers Bigot de Préameneu, der einen neuen und zugleich den letzten Entwurf begleitete. In den Besitz dieser wichtigen Documente gelangte ich im Frühling des Jahres 1861, als mir während eines Aufenthaltes in Paris der Zutritt zum Archive des Staatsraths gestattet war. Im vergangenen Sommer habe ich bei wiederholtem Besuche auch den letzten, in mancher Beziehung merkwürdigen Entwurf abschreiben können. Man findet ihn in dem Nachtrag am Schlusse dieses Buches in Verbindung mit einigen Bemerkungen über das Dekret vom 6. November 1813, die zum größeren Theile dem Kaiserlichen Archive entnommen wurden.

Gleich die beiden folgenden Abhandlungen konnten aus diesen neuen Materialien wesentlichen Nutzen ziehen. Sie

betreffen die letzte wissenschaftliche Bearbeitung des Fabrikdekrets in Deutschland [1]) und die in jüngster Zeit hervorgetretenen streitigen Ansichten. Zweck dieser Abhandlungen war aber nicht sowohl, alle darin berührten Streitfragen endgültig zu entscheiden, als in dringender Weise auf die Mängel unseres jetzigen Rechtszustandes hinzuweisen und den Weg anzugeben, auf welchem nach meiner bestimmten Ueberzeugung allein die nöthige Abhülfe gefunden werden kann.

Es ist der Reiz, aber zugleich die Gefahr einer Abhandlung über Tagesfragen, daß sie zwar von dem unmittelbaren Interesse der Gegenwart gehoben, aber auch durch den Fortgang der Ereignisse leicht überholt wird. Seitdem der Druck dieses Buches im Anfang des neuen Jahres begann, ist schon Manches geschehen, das ich wenigstens mit einigen Worten hier erwähnen muß. Ueber Gültigkeit und Bedeutung des §. 131 der evangelischen Kirchenordnung von 1835 liegen jetzt neben administrativen auch richterliche Entscheidungen vor. Am 18. März 1863 erfolgte ein Urtheil des Düsseldorfer Landgerichts in Sachen der Civilgemeinde Wevelinghofen gegen die Civilgemeinde Grevenbroich über die Beiträge zu einem evangelischen Pfarrhaus am ersteren Orte. In den Motiven wird die Ansicht ausgesprochen, „daß die durch Art. 2 des Dekrets vom 5. Mai 1806 begründete Pflicht der Civilgemeinde zur Beschaffung eines evangelischen Pfarrhauses durch kein späteres französisches Gesetz verändert, aber durch

1) In Belgien ist seitdem noch eine ausführliche und lehrreiche Schrift über die Kirchenfabriken veröffentlicht: Soenens, Avocat à Bruges, des Fabriques d'Eglises et de la liberté de l'Eglise catholique, suivi d'un examen des réformes de la législation du Culte en Belgique, Louvain, 1862.

§. 131 der Kirchenordnung für die protestantischen Gemeinden in der Art modifizirt worden sei, daß die Civilgemeinden nur dann in Anspruch genommen werden sollen, wenn es den Kirchengemeinden an disponibeln Mitteln mangelt, und auch in diesem Falle die Civilgemeinden nur in soweit, als ein verwendbarer Communalfond vorhanden ist, aus diesem Abhülfe zu leisten haben."

Der entgegenstehenden Ansicht hat der Appellhof sich zugewandt. In den Motiven eines Urtheils vom 9. Juli 1863 in Sachen der Civilgemeinden Remagen und Sinzig gegen die evangelische Kirchengemeinde in Remagen wird das Verhältniß zwischen der französischen Gesetzgebung und dem §. 131 dahin erklärt: „daß auf die evangelische Kirchenordnung vom Jahre 1835 nicht rekurrirt werden könne, um aus derselben die prinzipale Verpflichtung in eine blos subsidiäre verwandelt darzustellen, daß auch da, wo eine prinzipale Verpflichtung nach dem Dekrete vom 5. Mai 1806 bestanden, die Verordnung vom 14. März 1845 nach der ausdrücklichen Vorschrift des §. 7 derselben nicht anwendbar sei, hiernach also auch bei Pfarrwohnungen der Evangelischen die prinzipale Verpflichtung der Civilgemeinden zu deren Beschaffung fortbestehe." Die Gründe für diese Ansicht sind allerdings nicht ohne Bedeutung, aber den bestimmten Worten des §. 131 der Kirchenordnung gegenüber doch, wie ich glaube, nicht ausreichend. Wahrscheinlich wird das Obertribunal in nicht zu langer Zeit eine Entscheidung geben. Wie diese auch ausfallen möge, ich meine gezeigt zu haben, daß sie in keinem Falle einen befriedigenden Rechtszustand herbeiführen kann. Immer wird zu konfessioneller Unzufriedenheit Veranlassung bleiben, so lange man sich nicht zu der Abänderung des Gesetzes von 1845 entschließt, die

ich schon in mehreren Schriften und insbesondere in der vorliegenden zu befürworten suchte.

Eine andere Frage, die gerade in den letzten Tagen die Aufmerksamkeit auf sich zieht, konnte in diesen Blättern nicht besprochen werden, weil sie zur Zeit des Druckes noch gar nicht hervorgetreten war. Ich meine die auffallende Ansicht, welche das Obertribunal in den Motiven eines Urtheils vom 19. Mai 1863 ausgeführt hat. Die Kirchenfabriken sollen nicht kirchliche Behörden, sie sollen „wesentlich bürgerliche und Communal-Anstalten" sein. Ich müßte weit die Grenzen einer Vorrede überschreiten, wollte ich diese allerdings sehr wichtige Frage hier erörtern [1]). Nur das muß ich doch bemerken, daß ich weder der Ansicht des Obertribunals, noch insbesondere der Begründung zustimmen kann. Auch glaube ich nicht, daß man in der Geschichte des Fabrikdekrets und in den neuen hier mitgetheilten Dokumenten irgend etwas zur Bestätigung dieser Ansicht finden wird. Allerdings setzt das französische Recht die Kirchenfabrik zur Civilgemeinde in eine enge Beziehung, es hat sogar der Civilgemeinde im Schooße der Kirchenfabrik eine Vertretung durch den Bürgermeister zugestanden. Diese Einrichtung war durch die ganze Entwicklung des Vermögensrechtes, sie war durch die umfangreichen Pflichten geboten, welche der Staat den Civilgemeinden rücksichtlich des Cultus und der Pfarrfabriken auflegt. Aber dadurch werden die Fabriken doch nicht zu Communalbehörden. Sie sind die Vertreter der Pfarrkirche, des kirchlichen Instituts, wie sollten sie denn nicht kirchliche Behörden sein?

---

[1]) Man vgl. darüber die eben erscheinende Schrift: Das Urtheil des K. Obertribunals vom 19. Mai 1863 und seine Auffassung der rechtlichen Stellung der Kirchenfabriken, beleuchtet vom Standpunkte der linksrheinischen Gesetzgebung u. der preußischen Verfassung, Köln 1863.

Am auffälligsten war mir das eigenthümliche Verhältniß zwischen diesem und einem andern Urtheil desselben Gerichtshofes, welches den Gegenstand der dritten Abhandlung bildet. Am 26. October 1859 wurde das Gesetz vom 14. März 1845 von dem Obertribunal in einer Weise interpretirt, daß danach fast jede Beziehung zwischen Kirchenfabrik und Civilgemeinde wegfallen müßte. Von der Civilgemeinde sollen die Beiträge für den Cultus, wie mir scheint, ohne den geringsten gesetzlichen Anhalt, auf eine juristisch gar nicht existirende Pfarrgemeinde übertragen werden. Ich halte das eine Urtheil für so unrichtig, als das andere. Aber sie weichen gerade nach der entgegengesetzten Seite vom richtigen Wege ab. Das erste will jede Verbindung zwischen Kirchenfabrik und Commune aufheben, das zweite erklärt die Pfarrfabrik sogar für eine Communalbehörde.

Ueber das Gesetz von 1845 erhalten wir eben eine neue Aufklärung. Das Ministerialblatt für die gesammte innere Verwaltung in den königl. preußischen Staaten vom 1. September 1863, Nr. 7, S. 137, enthält, „a) den vom Staatsministerium an den König erstatteten Immediatbericht vom 31. Juli 1844, b) den mit demselben überreichten modifizirten Verordnungs-Entwurf, c) die zu demselben (a) anderweit verarbeiteten Motive, d) den vom Staatsrath über diesen (b) Entwurf erstatteten gutachtlichen Bericht vom 5. März 1845." Vielleicht wird auch die Mittheilung der Verhandlungen des Staatsraths in nicht langer Zeit erfolgen. Diese Dokumente geben lehrreichen Aufschluß über den Fortgang der Berathungen und über die Gesichtspunkte, welche dabei maßgebend wurden. Mir war noch besonders erfreulich, daß ich nach genauer Durchsicht des neuen Materials keine meiner früheren Ansichten über die Bedeutung und den

richtigen Sinn des Gesetzes verändern mußte. Was insbesondere den Gegenstand der dritten Abhandlung betrifft, so wird allerdings zuweilen die „Pfarrgemeinde" genannt, wo in streng juristischer Weise von den Mitgliedern der Civilgemeinde geredet werden müßte, welche der katholischen oder evangelischen Pfarrgemeinde angehören. Aber gewiß findet man weder in den Gutachten, noch in den Motiven, und am wenigsten in dem Wortlaut des Gesetzes, der doch schließlich allein entscheiden kann, einen genügenden Grund, um in streng juristischem Sinne die Veränderung des verpflichteten Subjekts zu rechtfertigen und eine katholische Pfarrgemeinde der Civilgemeinde zu substituiren.

Man findet dies in der dritten Abhandlung eingehender erörtert.

Die vierte Abhandlung über das Bisthum Aachen versucht die kirchliche Organisation und die Zustände zu veranschaulichen, die in Folge der Fremdherrschaft auf dem linken Rheinufer sich gebildet hatten. Das Stiftsarchiv in Aachen bewahrt noch die vollständigen Protokolle des ehemaligen Aachener Domkapitels. Ihnen konnte ich die mitgetheilten Thatsachen und Urkunden zum größeren Theil entnehmen. Dazu kam eine umfangreiche Sammlung von geistlichen Erlassen, Hirtenbriefen, Anreden, Todtenzetteln, Flugschriften und ähnlichen Documenten, welche von dem ehemaligen Benediktiner Christian Philipp Forst zusammengestellt und dem Pfarrarchive von Groß St. Martin in Köln hinterlassen wurden. Nur das fünfte Stück des Anhangs, das Unions-Dekret der Stadt Wesel mit dem Bisthum Aachen, findet sich schon gedruckt in der bekannten Sammlung von Hermens, konnte aber der Vollständigkeit wegen nicht übergangen werden. Die Subdelegations-Urkunde des Fürstbischofs von Ermeland an den späteren Erzbischof von Köln, Grafen

Spiegel, so wie das Protokoll der Besitzergreifung des Kölner Erzbisthums (Nr. XI und XII des Anhangs) verdanke ich einer kleinen Sammlung von Urkunden: Restitutae Ecclesiae Metropolitanae Coloniensis et Capituli Monumenta, Coloniae 1853. Sie ist nur in wenigen Exemplaren als Manuscript für die Mitglieder des Kapitels gedruckt und nicht in den Buchhandel gekommen.

Derselben Sammlung wurden auch das Restitutionsdekret und die Statuten des Kölner Domkapitels entlehnt. Beide Urkunden sind nicht nur für die Erzdiöcese und die Kirchenprovinz, sondern auch in weiteren Kreisen von Interesse. So viel ich weiß, hat man neuere Statuten eines deutschen Domkapitels bisher noch nicht veröffentlicht. Und doch ist diese Form der Rechtsbildung an sich nicht ohne Bedeutung, und reich an interessanten Vergleichungspunkten mit den früheren Verhältnissen, die nun für immer geschwunden sind.

Als Vorwort und Erläuterung dieser Urkunden findet man einige Nachrichten über die Neubildung des Kapitels und die Art und Weise, in der es bis zu diesem Zeitpunkte auf dem rechten Rheinufer sich behauptete. Man wird daraus erkennen, daß auch in dieser traurigen Zeit, dem Interregnum der deutschen Kirche, die Fäden der Verwaltung niemals ganz zerrissen, daß insbesondere das Kapitel seine rechtliche Fortdauer ununterbrochen bis auf unsere Tage erhalten hat.

Die ältere Verfassung des Kapitels wollte ich nur kurz in den wesentlichsten Grundzügen vergegenwärtigen. Aber bald ergab sich, daß auch diese eng begränzte Aufgabe mit den vorliegenden gedruckten Hülfsmitteln nicht gelöst werden konnte. Es erscheint kaum glaublich — aber ich müßte sehr unglücklich gesucht haben, wenn es anders wäre — daß über eine der vornehmsten, kirchlichen Corporati nen in

Deutschland bis auf die neueste Zeit so äußerst wenig veröffentlicht wurde. Nur ein einziger Aufsatz des vorigen Jahrhunderts beschäftigt sich mit einer einzelnen unwesentlichen Frage. Ueber die wichtigsten Grundlagen der Verfassung ließ sich den gedruckten Werken weder Zuverlässiges noch Ausreichendes entnehmen. Nur persönliche Nachfragen, archivalische und andere ungedruckte Quellen konnten aushelfen. Nun fand sich aber beinahe unerwartet auf dem Provinzialarchiv in Düsseldorf ein so reicher Schatz höchst werthvoller, noch unbekannter Materialien, daß es geboten schien, sie nicht länger unbenutzt zu lassen. Man wird in dem Folgenden nicht ohne Interesse lesen, wie sie nach mannichfachen Schicksalen endlich nach Düsseldorf gelangten. Der von Herrn Geheimen Rath Dr. Lacomblet in den letzten Jahren angefertigte Catalog hat dann in geordneter Uebersicht Alles der wissenschaftlichen Benutzung erst zugänglich gemacht.

So ist das ursprünglich angesetzte Maaß für diese Abhandlung weit überschritten, vielleicht weiter als Plan und Anlage dieses Buches zu gestatten scheinen. Doch hoffe ich, die Wichtigkeit des Gegenstandes werde mir eine nachsichtige Beurtheilung erwirken, einerseits für diese Ueberschreitungen, andererseits für die Mängel und Lücken der Untersuchung.

Denn es fehlt allerdings sehr Vieles, damit sich was ich mittheile als eine vollständige oder genügende Darstellung der rechtlichen Entwicklung und Verfassung des Kölner Kapitels bezeichnen ließe. Ueber wichtige Verhältnisse gaben weder die mir vorliegenden Materialien noch wiederholte Nachfragen Auskunft. Bei dem Mangel schriftlicher Aufzeichnung werden frühere Zustände gar zu schnell vergessen, am schnellsten, wenn zwischen ihnen und uns schon eine neue Entwicklung in der Mitte liegt, oder wenn sie einer Zeit des Ueber-

ganges angehörten, in welcher das Alte bereits der Auflösung anheim gegeben war, das Neue noch nicht in kräftigen, bestimmten Formen sich gestalten konnte. Um so mehr scheint es geboten, die Fäden, die unsere Zeit mit der Vergangenheit noch verbinden, jetzt aufzusuchen und zusammen zu fassen. Ich werde nicht aufhören, das Vorliegende zu ergänzen; vielleicht findet sich Gelegenheit, es einmal in vollkommnerer Form dem Leser wieder vorzuführen.

Gerade da ich dies niederschreibe, wird mir ein merkwürdiger Abdruck der wichtigen Statuten Erzbischof Friedrichs III. vom 16. December 1400 (vgl. S. 257) bekannt, als Flugschrift wahrscheinlich während der Streitigkeiten des Domkapitels mit Hermann von Wied 1545 in Köln herausgegeben. Er enthält die sonst immer fehlende Bestätigungsbulle Bonifaz IX. vom 10. August 1401 und schaltet in die Statuten den Wortlaut der darin angeführten älteren Dokumente vollständig ein; z. B. zu cap. 19 die Gütertheilung zwischen dem Probst und dem Kapitel vom 8. Januar 1374 nebst der Bestätigung des Erzbischofs Friedrich und des Papstes Gregor XI.; zu cap. 24 das Statut de curtibus et domibus vom 2. März 1323 mit der Bestätigung Erzbischof Heinrichs; zum cap. 35. das Statut desselben Erzbischofs super custodia et conservatione clavium majoris sigilli capituli Colon. vom 9. August 1313. Am Schlusse folgen noch ausführliche Bemerkungen des ausfertigenden Notars Gotschalk von Nienhoven über die vollzogene Publikation der Statuten, und endlich ein neues Schreiben Bonifaz IX. an den Erzbischof vom 24. März 1402. Man ersieht daraus, daß der Domdechant Hermann von Rietberg und mehrere Prälaten und Domherrn den Reformen des Erzbischofs noch immer sich widersetzten und deßhalb vom Papste auf's Neue der Exkommunikation unterworfen wurden.

Erst in den letzten Tagen hatte ich auch Gelegenheit, die Hofbibliothek in Darmstadt zu besuchen. Sie enthält unter Nro. 10288 eine interessante kleine Schrift: Offizielle Aktenstücke über die Wahl eines neuen Kurfürsten von Köln und Fürstbischofs von Münster im August und September 1801, vollständig und chronologisch gesammelt (wahrscheinlich Arnsberg) 1801. Darin finden sich die Schreiben des Geh. Raths von Dohm aus Horneburg vom 15. August, aus Hamm vom 16. und vom 26. September und die Antworten des Kapitels vom 22. August und 18. September (vgl. oben S. 322). Merkwürdig sind auch die ausführlich motivirten Erklärungen des Kölnischen Gesandten auf dem Reichstage am 31. August und am 28. September. Wer eingehend die Geschichte des Kapitels schreiben wollte, fände mehrere Einzelheiten obgleich nicht sehr Wesentliches in der Alfterschen Sammlung, welche zu Anfang dieses Jahrhunderts aus Arnsberg nach Darmstadt gelangte (vgl. oben S. 248). Kölnische Archivalien sind dagegen nach der gütigen Mittheilung des Herrn Archiv-Directors Bauer auf dem Archiv in Darmstadt nicht mehr vorhanden.

Möge ein Wort aufrichtigen Dankes diese Zeilen schließen. Ich hätte die Arbeit nicht beendigen können, wäre sie nicht von so vielen Seiten freundlich unterstützt und gefördert worden. Manches, das mich verpflichtet, kann ich auf den folgenden Blättern im Einzelnen erwähnen. Schon hier muß ich Herrn Professor Dr. Heuser in Köln nennen, der die Sammlung von Forst und zahlreiche andere Dokumente mir zugänglich machte, und mit immer gleicher Freundlichkeit Rath und Beihülfe mir zu Theil werden ließ.

Bonn, im October 1863.

Zur

Geschichte des französischen Decrets über die Kirchenfabriken

vom 30. Dezember 1809.

Die Regierung des ersten Napoleon gab wie den politischen und bürgerlichen, so auch den kirchlichen Verhältnissen eine neue Grundlage. Sieht man ab von dem Concordat und den zugleich mit ihm veröffentlichten organischen Artikeln vom 8. April 1802, so ist unter den hierher gehörigen Gesetzen gewiß keines von so großer Bedeutung als das Decret über die Kirchenfabriken vom 30. Dezember 1809. Für die deutschen Länder des linken Rheinufers, in denen die fremden Gesetze sich erhalten haben, mag es jetzt beinahe den ersten Platz behaupten. Durch den Sturz des französischen Kaiserreiches, durch die neue Ordnung des Kirchenwesens, die Bulle de salute animarum und die preußische Verfassungs-Urkunde haben Concordat und organische Artikel ihre Geltung und Wirksamkeit zum großen Theile verloren. Dagegen besteht das Fabrik-Decret in beinahe allen seinen Bestimmungen in ungeschwächter Kraft. Noch immer verfügt es über einen der wichtigsten Bestandtheile des kirchlichen Güterrechtes, bestimmt die Stellung der bürgerlichen Gemeinden zum Cultus und manche andere Verhältnisse, die gerade in Folge neuer Entwicklungen zum Gegenstande lebhafter Erörterung geworden sind. Gewiß war es eine unabweisliche Aufgabe, den Inhalt eines so tief eingreifenden Gesetzes nach allen Seiten wissenschaftlich darzulegen; auch läßt sich nicht sagen, daß man die-

ser Anforderung sich entzogen habe. In mehreren vorzüglichen Werken französischer und belgischer Gelehrten sind die einzelnen Artikel ebenso scharfsinnig als gründlich erörtert worden; auch in Deutschland ist mit besonderer Rücksicht auf die preußischen Provinzen des linken Rheinufers in letzter Zeit eine ausführlich eingehende Erläuterung hervorgetreten [1]). Nur scheint mir, daß der Entstehung und Geschichte des Gesetzes bisher nicht die verdiente und wünschenswerthe Berücksichtigung zu Theil geworden sei. Denn nicht nur von geschichtlichem Interesse ist diese Entwicklung, sondern auch für das richtige Verständniß, für die Lösung mancher zweifelhaften Fragen in hohem Maaße bedeutend.

Auf die Fortbildung der französischen Gesetzgebung übte bekanntlich der kaiserliche Staatsrath weitgreifenden Einfluß. Ihm wurden die zu erlassenden Gesetze zur Erwägung und Begutachtung vorgelegt. Die Verhandlungen sind gewöhnlich nur flüchtig und unvollständig protokollirt, indessen hat doch Manches an einzelnen Bemerkungen, Berichten, Entwürfen sich erhalten. So sind es denn die auf dem Archiv des Staatsraths noch vorfindlichen Papiere, welche über die Entstehung und Fortbildung des Fabrik-Decrets den erwünschtesten Aufschluß geben. Aus diesen Actenstücken, die zum größeren Theil noch ungedruckt sind, wurden die folgenden Mittheilungen zusammengestellt. Ich lasse nur einige Bemerkungen allgemeineren Inhalts über Zweck und Bedeutung der Kirchenfabriken und Fabrikgüter noch vorausgehen.

Der Theil des kirchlichen Vermögens, der unter dem Namen Fabrikgut zur Bestreitung der Kosten des Gottesdienstes, also zur Unterhaltung und Ausschmückung der kirchlichen Gebäude und für die unmittelbaren Bedürfnisse des Cultus dient, ist gerade durch seine Bestimmung scharf von dem übrigen Kirchengut, insbesondere den Pfründen unterschieden. Ur-

---

[1]) Das die Kirchenfabriken betreffende Decret, übersetzt und erläutert von Karl de Syo. Köln 1861.

sprünglich wurde er allerdings wie das gesammte Vermögen vom Bischofe verwaltet, aber mit der Entwicklung der Pfarrsysteme mußten eigenthümliche Rechtszustände beinahe mit Nothwendigkeit hervortreten. Das unmittelbare Interesse der Gemeinde an der würdigen Feier des Gottesdienstes und demzufolge an der Verwaltung der dafür bestimmten Güter hat schon in der zweiten Hälfte des Mittelalters dahin geführt, daß geachtete, aus der Gemeinde gewählte Männer (vitrici, provisores, Kirchmeister oder Kastenvögte) an der Verwaltung dieses Vermögens in Gemeinschaft und unter Aufsicht des Pfarrers Theil nahmen. Besonders in Frankreich ließ man die Gestaltung und Ausbildung solcher Behörden, die man Kirchenfabriken nannte, mit besonderem Eifer und glücklichem Erfolge sich angelegen sein. Auch auf eine gesetzliche, schriftliche Feststellung der Verhältnisse nahm man hier Bedacht, während in andern Ländern das meiste der Gewohnheit und dem Herkommen überlassen blieb. Die älteste Fabrik-Ordnung, die man kennt, ist die für die Kirche St. Germain l'Auxerrois in Paris, vom Parlament im Jahr 1562 bestätigt. Ihr folgten mehrere andere im sechszehnten und besonders im siebenzehnten und achtzehnten Jahrhundert. Ein allgemein gültiges Gesetz wurde für das ganze Königreich zwar nicht erlassen, gleichwohl sind die einzelnen Reglements einander ähnlich. Denn durch Provinzial-Concilien und königliche Verordnungen [1]) waren die wesentlichen Grundsätze für die

---

[1]) Es läßt sich erwarten, daß die weltliche Macht, welche in Frankreich so gern einen Einfluß auf die kirchlichen Angelegenheiten übte, gerade denen sich nicht fern gehalten habe, die ihrer Natur nach am ersten eine Einwirkung der Staatsregierung statthaft oder sogar wünschenswerth erscheinen ließen. Die wichtigeren Verordnungen sind zusammengestellt in einer Anmerkung bei Affre, traitè de l'administration temporelle des paroisses p. 13, welche dem Journal des fabriques Tom. I. p. 5. entlehnt ist. Eine genaue, sehr unterrichtende Darstellung der Verhältnisse der Kirchenfabriken vor der Revolution gibt der im Anhange folgende Bericht der Section de l'intérieur, weshalb ich mich hier um so kürzer fassen darf.

Verwaltung und Verwendung des Fabrik-Vermögens schon festgestellt. Die einzelnen Reglements, wenn auch in autonomer Weise von den Fabriken ausgehend, wurden doch zur Bestätigung den Parlamenten vorgelegt, die auf die Beobachtung der Gesetze ein scharfes Auge hatten. Unter so manchen, die sich hier anführen ließen, steht besonders ausgezeichnet das Reglement für die Kirche St. Jean en Grève in Paris, das am 2. April 1737 vom Parlament bestätigt wurde. Es hat mehreren andern zum Vorbild gedient, insbesondere ist das Reglement für die Kirche St. Germain en Laye von 1739 kaum etwas anderes als ein Auszug; auch im Dekret vom 30. December 1809 läßt seine Einwirkung sich noch leicht erkennen. Diese große Bedeutung, die Schärfe, Klarheit, der weise, practische Sinn seiner Bestimmungen veranlaßten schon Durand de Maillane, es als Musterwerk in seinem dictionaire du droit canonique (Tom I. p. 698 s. v. fabrique) vollständig mitzutheilen [1]. Auch hier darf eine Uebersicht des Wichtigsten nicht fehlen. Von den 75 Artikeln handeln die ersten über die Versammlungen. Man unterschied die gewöhnliche und die General-Versammlung. Die erstere oder die Kirchmeisterstube besteht aus dem Pfarrer und vier Kirchmeistern. Sie führen die Verwaltung des Kirchenvermögens, besorgen die laufenden Geschäfte und vereinigen sich zu diesem Zwecke alle vierzehn Tage am Montag. Zur General-Versammlung werden die sämmtlichen Notablen der Pfarrei berufen, jährlich drei Mal, am Oster-Sonntag, am Tag des h. Thomas und um Weihnachten. Sie wählen die Kirchmeister, lassen sich die Rechnungen vorlegen und beschließen über wichtige Angelegenheiten. Ueber die Art der Kirchenverwaltung, die Anfertigung der Inventarien, Vermiethung der Fabrikgüter, der Kirchenstühle und Bänke folgen

---

[1]) In Deutschland ist es noch nicht gedruckt und kaum genannt worden. Da es für das Decret von 1809 so äußerst wichtig und lehrreich ist, wird der Abdruck, den ich später folgen lasse, hoffentlich nicht unwillkommen sein.

dann die genauesten und umsichtigsten Vorschriften, Art. 9—41. Mit den Kirchenfabriken war auch die Armenpflege und die Verwaltung des Armengutes verbunden; darüber handeln die Artikel 42—50. Das letzte Drittel des Reglements enthält Bestimmungen über die in der Pfarrei angestellten Geistlichen und Kirchendiener, über die Jahrgedächtnisse und Meßstiftungen, über die Sammlungen in der Kirche, die Aufbewahrung der kirchlichen Geräthe und Aehnliches. Aus den Bestimmungen dieses Reglements und aus vielen andern Umständen erkennt man, daß die meisten Fabriken in damaliger Zeit sehr günstiger Verhältnisse sich erfreuten. War auch die uralte quarta fabricae in Frankreich wie überall ihrem Zweck entfremdet, so hatten doch Vermächtnisse, Schenkungen, Sammlungen und die gesetzlich bestimmten Zuschüsse der Pfarrgemeinden und der Zehntbesitzer den Ausfall reichlich erstattet.

Alles, was in Jahrhunderten erwachsen war, vernichtete plötzlich die Revolution. Bei der allgemeinen Einziehung des Kirchenvermögens fanden auch die Güter der Fabriken keine Schonung (Decret vom 3. November 1793). Als der Gottesdienst abgeschafft, das Christenthum verfolgt wurde, verfiel die ganze Organisation von Grund aus der Zerstörung. Auch nach dem Sturze der Schreckensherrschaft, als man das Christenthum wieder duldete und die Grundsätze der Religionsfreiheit proklamirte, wurde gleichwohl durch ein Decret vom 21. Februar 1795 jede Hoffnung auf eine Entschädigung für die geraubten Kirchengüter ausdrücklich zurückgewiesen, sogar den Gemeinden verboten, irgend eine Räumlichkeit für die Ausübung des Cultus zu miethen oder zu erwerben. Ein Decret vom 30. Mai desselben Jahres verstattete zwar den Gebrauch der noch nicht veräußerten Kirchengebäude zum Zwecke des Cultus oder anderer öffentlicher Versammlungen, seitdem traten auch bald wieder fromme und eifrige Männer zusammen, um für die materiellen Bedürfnisse des Cultus Sorge zu tragen, es fehlte ihnen aber jede gesetzliche Vollmacht und Berechtigung.

Erst der Abschluß des Concordats vom 15. Juli 1801

brachte eine Aenderung. Die Wiedererrichtung von Kirchenfabriken war ein so unumgängliches Bedürfniß, daß sie unmittelbar aus der Uebereinkunft hervorgehen mußte. Schon das mit dem Concordate zugleich veröffentlichte organische Gesetz vom 8. April 1802 enthält im Artikel 76 die Bestimmung: Es sollen Kirchenfabriken errichtet werden, um für die Unterhaltung und Erhaltung der gottesdienstlichen Gebäude und die Verwaltung der Almosen zu wachen. Sobald dann die schwierige Organisation der durch die Bulle vom 29. November 1801 neu errichteten Diözesen einiger Maßen gelungen war, wandte sich die Sorge sowohl der Bischöfe als des Cultus-Ministers Johann Stephan Maria Portalis der Errichtung neuer Kirchenfabriken zu. Unter den Reden, Berichten und Arbeiten dieses ausgezeichneten Mannes, welche von seinem Enkel Friedrich Portalis im Jahre 1845 zu Paris veröffentlicht wurden [1]), findet sich ein sehr merkwürdiger Bericht an den Kaiser vom Juli 1806, welcher über die erste Entwicklung der Verhältnisse die belehrendste Auskunft gibt. Man ersieht daraus, daß schon im Jahre 1803 an eine allgemeine Verordnung für sämmtliche Fabriken des Kaiserreichs gedacht wurde. Portalis war jedoch nicht dieser Ansicht. In einem Berichte an den Kaiser vom 29. April 1803 führte er aus, daß eine derartige allgemeine Verordnung zur Zeit nicht räthlich sei; man solle den einzelnen Bischöfen für ihre Diözesen die Anfertigung von Fabrikdecreten überlassen, die dann der Bestätigung des Kaisers unterbreitet

---

[1]) Discours, rapports et travaux inédits sur le Concordat de 1801 les articles organiques et sur diverses questions de droit public par Jean-Etienne-Marie Portalis, publiés par le Vicomte Frédéric Portalis, conseiller à la cour royale de Paris. Paris 1845. Dieses ausgezeichnete, höchst lehrreiche Buch findet sich, wie es scheint, im Original äußerst selten in der Rheinprovinz, ist aber beinahe vollständig im vierten Band der Sammlung von Hermens abgedruckt. Der im folgenden benutzte Bericht steht S. 389—410, bei Hermens IV. 793 ff.

werden könnten. Der Bericht wurde am selbigen Tage vom Kaiser genehmigt, und es erschienen dann auch mehrere bischöfliche Verordnungen dieser Art: zuerst ein Decret des Bischofs Bernier von Orleans vom 31. Juli 1803 in 25 Artikeln, ein anderes des Bischofs Karl Mannay von Trier, und daher für die Rheinprovinz von besonderer Bedeutung, am 24. April 1805. Beide finden sich im vierten Bande der Sammlung von Hermens (S. 783 ff.) abgedruckt.

Während aber diese Organisation in den einzelnen Diözesen erst im Entstehen, in manchen vielleicht nicht einmal begonnen war, traf die Regierung eine Einrichtung, die mit der Verordnung vom 29. April 1803 nicht wohl übereinstimmte. Im Juli desselben Jahres machte der erste Consul eine Reise nach Belgien. Er war, wie Portalis, nicht ohne einige Nebenbeziehung, in seinem Berichte anführt, vom Minister des Innern Chaptal, d. h. nicht vom Cultusminister, begleitet. In Belgien waren die revolutionären Gesetze über die Einziehung und den Verkauf der Kirchengüter nicht mit der Strenge wie im alten Frankreich zur Ausführung gekommen. Manches war noch erhalten und erregte um so dringender den Wunsch, daß es durch eine gesetzliche Bestimmung vor Verschleuderung bewahrt und seinem ursprünglichen Zweck gesichert werde. Diesen Wünschen zu genügen erfolgte am 7. Thermidor XI (26. Juli 1803) aus Brüssel ein Decret über die Fabrikgüter. Es weist den Fabriken die noch nicht veräußerten Güter und die vordem von ihnen bezogenen Renten, insofern sie noch nicht auf Andere übertragen waren, wieder zu, Art. 1., und trifft besondere Bestimmungen über die Verwaltung, Art. 3. Sie wird in ähnlicher Weise wie für die Gemeindegüter durch drei Kirchmeister geführt. Der Präfect ernennt dieselben aus einer doppelten Liste, welche Pfarrer und Bürgermeister ihm vorlegen. So lange die Organisation eigentlicher Kirchenfabriken von Seiten der Bischöfe noch nicht erfolgt war, konnten diese neuen Behörden in den Gegenden, wo die Fabriken in Folge des Thermidor-Decrets Güter zu fordern hatten, nützlich und noth-

wendig sein. Nur hätte man sie von Anfang an als provisorische betrachten sollen. Statt dessen ließ man sie in Widerspruch mit der Anordnung vom 29. April, die den Bischöfen die Bildung der Fabriken überträgt, bleibend bestehen. Es bildeten sich nun verschiedenartige Verhältnisse. In manchen Departements, wo keine Güter zu restituiren waren, kam das Thermidor-Decret gar nicht zur Ausführung, in anderen, z. B. im Departement der Seine, hielt der Präfect sich berechtigt, die neu angeordneten Verwaltungsbehörden sofort aufzulösen, wenn die eigentlichen Fabriken durch den Bischof gebildet waren; in anderen bestanden aber beide Arten neben und zuweilen gegen einander. Die bischöflichen hießen innere im Gegensatze zu den vom Präfecten ausschließlich für die Verwaltung bestimmten äußeren Fabriken.

Man erkennt dies Verhältniß sehr klar, wenn man die vorhin erwähnten Decrete für Orleans und Trier mit einander vergleicht. Das erstere, beinahe gleichzeitig mit dem Decret vom 7. Thermidor am 31. Juli 1803 erlassen, weiß von den äußeren Fabriken noch gar nichts. „In Ausführung des Artikels 76 des Germinalgesetzes (d. h. der organischen Artikel), im Einverständniß und auf besondere Ermächtigung der Regierung" errichtet der Bischof die Fabriken, Art. 1. Wie vordem die gewöhnliche Versammlung für St. Jean en Grève (Art. 6. des Reglements von 1737), bestehen sie aus dem Pfarrer und vier Kirchmeistern. Der Schatzmeister oder fabricien comptable, wie er mit dem alten Namen noch bezeichnet wird, bewahrt die Einkünfte in einem Schrank mit zwei Schlössern; zu dem einen besitzt er selbst, zu dem andern der Pfarrer den Schlüssel. Von einer Vertretung oder Einwirkung der Civilgemeinde findet sich keine Spur. Dagegen beginnt die Verordnung des Bischofs von Trier vom 24. April 1805 gleich mit einer Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Arten von Fabriken, die entweder in Folge des Thermidor-Decrets vom Präfecten ernannt, oder jetzt vom Bischofe auf Grund der organischen Artikel und des Beschlusses vom 29. April 1803 ins Leben

gerufen seien. „Die Grenzlinie“, heißt es im Eingange, „zwischen den Amtsverrichtungen der Verwalter, welche der Herr Präfect, und die Wir ernannt haben, ist eben so leicht zu begreifen, als die Aehnlichkeit, die unter ihnen besteht. Die Verwaltung der Güter, Kapitalien und Renten der Fabrik kömmt den Ersteren zu; jene der zufälligen Kirchen-Einkünfte und der einzelnen Ausgaben für den Gottesdienst ist den Andern anvertraut. Die Ersteren haben durch alle Mittel, die sie für dienlich erachten, die für den Religionsdienst bestimmten Güter geltend zu machen und zu verbessern; die Andern sind mit der Verwendung derselben beauftragt. Diese sind eine Ergänzung der Erstern. Die Einen wie die Andern haben denselben Zweck.“

Die Kirchmeisterstube zählt in Folge dessen nicht vier, sondern sieben Mitglieder, indem zu dem Pfarrer und den dreien, die der Bischof aus einer vom Pfarrer vorgelegten Liste auswählt, noch die drei vom Präfecten Ernannten hinzukommen. Die Bischöfe versuchten zwar, wie insbesondere aus dem Decret für Trier erhellt, diese verschiedenartigen Bestandtheile so gut als möglich zu vereinigen, aber nur zu oft wollten der Präfect und die von ihm Ernannten zu einer solchen Vereinigung sich nicht bequemen. Sie betrachteten sich wohl ausschließlich als Gemeindebeamten, forderten im Namen der Gemeinde über die Verwendung des Fabrik-Vermögens Rechenschaft, ließen es auch häufig an jeder Sorgfalt und Treue in Erfüllung ihrer Pflichten fehlen, was alles zu mancherlei Klagen Veranlassung gab. Bald wurden auch die beiden Minister des Cultus und des Innern in den Streit hineingezogen, freilich nicht sowohl im Interesse dieser verschiedenen Arten von Fabriken, als in Vertretung der Kirchenfabriken und der Civilgemeinden überhaupt. Daraus entwickelte sich eine Meinungsverschiedenheit, die für die schließliche Abfassung des Decrets äußerst wichtig geworden ist und in Bezug auf einzelne Streitpunkte bis in die neueste Zeit verfolgt werden kann. Wir werden ihr noch häufig begegnen; sie hängt mit der Gesammt-Entwicklung der kirchlichen Verhältnisse in Frankreich auf's engste zusammen und

erhält gerade dadurch eine besondere Bedeutung. Vor der Revolution standen die Fabriken zu einer Civilgemeinde (commune) in gar keinem rechtlichen Verhältnisse. Die Pfarrgemeinde (paroisse) war allerdings verpflichtet, dem Pfarrer eine Wohnung zu bestellen, auch regelmäßig das Schiff der Kirche in baulichem Zustande zu erhalten; aber diese Pflichten wurden doch durch eine religiöse Beziehung vermittelt; die übrigen Bedürfnisse des Cultus konnten die Fabriken aus ihrem eigenen, gewöhnlich nicht unbeträchtlichen Vermögen bestreiten. Nun hatte die Revolution das gesammte Kirchengut zum Vortheil des Staates eingezogen. Nur ein ganz geringer Theil, die Kirchen und Pfarrhäuser, waren in Folge des Concordats (Art. 12) durch die organischen Artikel (Art. 72) der Verfügung der Bischöfe zurückgegeben, und für die Geistlichen ein angemessener Gehalt von Seiten der Staats-Regierung in Aussicht gestellt (Art. 14 des Concordats). Für die Bedürfnisse des Cultus, für die Unterhaltung der kirchlichen Gebäude waren aber die Mittel noch gar nicht angewiesen. Wie kümmerlich sind die Einkünfte, die das zuerst erschienene Reglement des Bischofs von Orleans (Art. 9) den Fabriken anweist! Es weiß nichts aufzuführen als den Ertrag der Sammlungen für die Cultuskosten, die Summen, die (von der Regierung oder von den Gemeinden) dafür bewilligt werden könnten, die Stiftungen, die mit Genehmigung der Regierung errichtet werden könnten, endlich den Ertrag der Stühle und Bänke und der Opferstöcke. Das Decret für Trier nennt allerdings noch außerdem die in Folge des Thermidor-Decrets restituirten Güter; spätere Gesetze fügten noch Einiges hinzu, aber doch nichts, was den Bedürfnissen entsprochen hätte. Principiell konnte man allerdings auch jetzt wieder, wie das alte Recht, die Fabriken zunächst und hauptsächlich für die Kosten des Cultus und die Herstellung der Gotteshäuser verpflichten. Aber es war doch vorauszusehen und trat bald mit dringender Nothwendigkeit hervor, daß noch eine andere Hand helfend beisteuern müßte. Der Staat war nicht geneigt, weitere Lasten auf sich zu nehmen;

es blieben nur die Civilgemeinden, denen durch eine Reihe von Gesetzen immer größere Pflichten übertragen wurden. So entstand die enge Beziehung zwischen der Civilgemeinde und der Kirchenfabrik, im Allgemeinen den Principien gemäß, die schon die constituirende Versammlung und die Civil-Constitution des Clerus im Jahre 1790 ausgesprochen hatten. Mit der Nothwendigkeit, zu den kirchlichen Bedürfnissen beizusteuern, mußte aber auch die Neigung entstehen, auf die Verwaltung des kirchlichen Vermögens einen Einfluß zu äußern, oder wenigstens genauere Einsicht zu nehmen. An sich war dieses Bestreben natürlich und berechtigt, aber es ging leicht über die Schranken der Billigkeit hinaus, wie es denn immer eine Zeit lang dauert, bis bei der Bildung neuer Verhältnisse das richtige Maaß der gegenseitigen Ansprüche erkannt und anerkannt wird. Man wollte für die der Kirche gemachten Schenkungen die Genehmigung des Präfecten und anderer Verwaltungs- und Gemeinde-Beamten vorbehalten [1]), verlangte eine Vorlage des Budgets und dessen Genehmigung durch die Municipal-Behörden, für den Bürgermeister von Amts wegen einen Platz im Kirchenrath und Aehnliches. Der natürliche Vertreter dieser Ansprüche war der Minister des Innern, während der Cultus-Minister den Fabriken eine möglichst unabhängige Stellung zu sichern wünschte. Portalis wollte die von den Bischöfen erlassenen Reglements bestehen lassen und kein allgemeines von der Staats-Regierung ausgehendes Fabrik-Decret, während der Minister des Innern gerade auf diesem letzteren Wege seine Wünsche zur Geltung zu bringen suchte. Zu Anfang des Jahres 1806 setzte er deshalb in einem Bericht [2]) an den Kaiser die Nachtheile des bestehendes Zustandes auseinander, rieth zur

---

[1]) In einem ausführlichen Bericht vom 17. April 1806 mußte Portalis dem Minister des Innern das Unbillige dieser Forderung auseinandersetzen und die Rechte des Cultus-Ministers wahren. Vgl. Discours rapports etc. p. 411. Hermens IV. 376.

[2]) Abgedruckt bei Hermens IV. 815.

Vereinigung der verschiedenen Fabrik-Behörden und zugleich zur Annahme eines beigelegten Entwurfes für eine allgemeine Fabrikordnung. Portalis sprach sich dem gegenüber auch jetzt wieder gegen ein solches Unternehmen aus und begründete seine Ansicht ausführlich in jenem merkwürdigen Bericht vom Juli 1806, der hier schon angeführt und mehrfach benutzt wurde. Jetzt, sagt er, ist ein allgemeines Gesetz noch weniger gerathen als im Jahre 1803. Die Ordnungen der Bischöfe sind erlassen und zur Ausführung gebracht, warum soll ein neuer Wechsel Alles wieder in Frage stellen? Daß diese Ordnungen von den Bischöfen ausgehen, ist durchaus angemessen; denn die Verwaltung der Fabriken trägt zwar nicht einen eigentlich geistlichen Charakter, aber die Bestimmung der Güter läßt einen Einfluß der kirchlichen Autorität nur wünschenswerth erscheinen, besonders da sie kraft der ausdrücklichen Ermächtigung des Kaisers handelt. Allerdings sind die einzelnen Verordnungen nicht vollkommen gleich, aber die Zustände der einzelnen Pfarreien sind es noch weniger; niemals hat eine allgemeine Vorschrift bestanden, schon Durand de Maillane theilt das Reglement für St. Jean en Grève unter der Bemerkung mit, daß davon andere Verordnungen den verschiedenen Verhältnissen gemäß mannigfach abweichen. Aber die Grundzüge sind doch überall dieselben. Jede Fabrik besteht aus dem Kirchenrath und der Kirchmeisterstube. In den Städten bilden sieben Personen den Rath, in den kleineren Gemeinden genügen fünf, für die Kirchmeisterstube überall drei. Der Pfarrer hat den ersten Platz und den Vorsitz. Der Rath beschließt über wichtige Angelegenheiten, ernennt den Secretär und den Schatzmeister, der ihm jährlich Rechnung ablegt, er empfängt die Geschenke an die Fabrik, bestimmt den Preis der Kirchenstühle und genehmigt die Ausgaben, die eine gewisse Summe übersteigen. Die Kirchmeister sind mit allen Einzelheiten der Ausführung und mit den laufenden Geschäften beauftragt. Die Bischöfe können auf ihren Reisen selbst oder sonst durch ihre General-Vikare Einsicht nehmen und die Oberaufsicht führen.

Das ist im Allgemeinen die Grundlage der Fabrik-Ordnungen, nichts kann einfacher und verständiger sein. Man hat jetzt einen kleineren Kirchenrath statt der früheren allgemeinen Versammlungen (assemblées générales), aber diese entsprächen auch der jetzigen Zeit nicht mehr. Das Kirchen-Vermögen ist nicht bedeutend genug, um so viele Menschen hinreichend zu beschäftigen; Rechnung und Verwaltung werden am Besten in einem kleinen Kreise von Sachverständigen besorgt. Fürwahr es ist in letzterer Zeit mit allgemeinen Versammlungen so arger Mißbrauch getrieben, daß viel Muth dazu gehörte, um sie von Neuem einzuführen. Man tadelt, daß der Pfarrer im Kirchenrath und in der Kirchmeisterstube den ersten Platz einnehme, aber wie könnte es anders sein in einer Versammlung, die gewisser Maßen unter seinen Augen und im Schatten seines Amtes gehalten wird? Wie wäre es möglich, daß der Pfarrer, welcher der Vorsteher, der Hirt, der Gatte der Kirche ist, bei der Verwaltung der Güter, bei der Ordnung des Gottesdienstes als Fremder behandelt würde? Die Natur der Verhältnisse und die älteren rechtlichen Bestimmungen geben ihm den Ehrenplatz. Man tadelt ferner, daß den Bischöfen auf die Verwaltung und Ordnung vor den weltlichen Beamten ein Einfluß verstattet sei, aber auch dieser entspricht durchaus dem alten Herkommen und den Edicten von Melun, Blois und vom Jahre 1695. Warum sollten die weltlichen Beamten den Vorzug verdienen, die häufig für den Schmuck ihrer eigenen Wohnungen nichts kostbar genug finden, aber sogleich über Luxus und Verschleuderung schreien, sobald es sich um die geringste Ausgabe handelt, den Tempel des Herrn zu schmücken? Man redet immer von dem Mißbrauch, den die Geistlichen und die Bischöfe von ihrem Recht machen können, aber sind denn die weltlichen Beamten unfehlbar? Die Menschen, sie seien wer sie seien, treiben mit allem Mißbrauch, eben weil sie Menschen sind, aber offenbar wird es doch in allen Dingen am wenigsten Mißbräuche geben, wenn jede Art der Verwaltung den Menschen überlassen wird, die durch ihren Stand und ihre Stellung die

wirksamsten Mittel und das größte Interesse haben, gut zu verwalten.

Portalis hält demnach die bestehenden Reglements für durchaus genügend. Die Nachtheile des Thermidor-Decrets und der doppelten Verwaltung hebt er sehr klar und energisch hervor, findet aber eine genügende Abhülfe darin, daß man die äußeren Fabriken, die doch nur zufällige und provisorische Behörden seien, aufhebe oder mit den eigentlichen inneren Fabriken vereinige. Er scheint Einfluß genug besessen zu haben, um seiner Meinung Geltung zu verschaffen. Man ließ einstweilen das Vorhandene bestehen. Der eben erwähnte Bericht, welcher für den großen und weisen Sinn des Ministers ein so rühmliches Zeugniß ablegt, war jedoch eine seiner letzten Arbeiten. Er mußte in Folge eines immer zunehmenden Augenübels das Ministerium niederlegen und starb schon im nächsten Jahre (25. August 1807).

Sein Nachfolger Bigot de Préameneu besaß weder seinen Einfluß noch seine Begabung, mochte auch persönlich dem Plan einer allgemeinen Fabrik-Ordnung geneigter sein. Der centralisirende Charakter der kaiserlichen Regierung, der in den letzten Jahren immer entschiedener hervortrat, mußte fast mit Nothwendigkeit auf eine solche Maßregel hinführen. Auch läßt sich nicht behaupten, daß die Befürchtungen, welche Portalis an die gleichmäßige Ordnung natürlich verschiedenartiger Verhältnisse knüpfte, nach dem Erlaß des Fabrik-Decrets vom 30. December 1809 sich verwirklicht hätten.

An sorgfältiger Prüfung und Vorberathung hat es nicht gefehlt. In dem Archive des kaiserlichen Staatsraths, der auch auf die Abfassung des Fabrik-Decrets entscheidenden Einfluß übte, finden sich folgende Actenstücke [1]), welche über die Fortbildung des Fabrik-Decrets Auskunft geben. Zuerst ein Bericht der Abtheilung für die inneren Angelegenheiten (section de

[1]) Sie sind für den Gebrauch der Mitglieder des Staatsraths als Manuscript gedruckt.

l'intérieur), welche zugleich die kirchlichen umfaßte, vom Februar 1809. Er ist besonders werthvoll durch die eingehende Darstellung der Rechtszustände vor der Revolution und den deutlichen Nachweis, daß man die Vorzüge der vergangenen Zeit wohl zu würdigen verstand und so weit als möglich wieder herzustellen wünschte [1]). Offenbar hat er den Bericht des Grafen Portalis vom Juli 1806 als Grundlage benutzt. Vieles von dem, was in dem älteren über die Entstehung und Verwaltung, über den nachtheiligen Gegensatz der inneren und äußeren Fabriken gesagt wurde, findet sich mit denselben Worten in dem jüngern wiederholt. Schon aus diesem Grunde möchte man vermuthen, daß der Staatsrath Portalis, der Sohn des Ministers ihn verfaßt habe, und diese Vermuthung wird bestärkt, wenn man mehreren Sätzen dieses Berichtes in einer Rede wieder begegnet, die eben der jüngere Portalis während der Berathung des gleich zu erwähnenden Gesetzes vom 14. Februar 1810 im gesetzgebenden Körper gehalten hat [2]). Aber darin widerspräche dann der Sohn dem Vater, daß er seinen Bericht gleich mit der Annahme einleitet, es sei unter den vorliegenden Verhältnissen ein allgemeines Fabrik-Reglement erforderlich. Im Anschluß folgt dann auch der Entwurf einer derartigen Anordnung in 46 Artikeln. Er enthält allerdings schon die Grundzüge des späteren Decrets, aber im Einzelnen ist Alles noch wenig ausgeführt, auch die Reihenfolge der Artikel weder übersichtlich noch folgerichtig. Die wichtigen Bestimmungen über das Fabrik-Budget fehlen noch beinahe ganz, die Einkünfte sind nur mangelhaft aufgezählt, die Pflichten der Civilgemeinde ungenau und nicht im Zusammenhange besprochen, über die Art, wie die nöthigen Mittel aufzubringen seien, findet sich gar nichts. Auch über die Errichtung und Zusammensetzung der Fabriken an Kathedral- und bischöflichen

---

[1]) Er ist bisher noch nicht veröffentlicht; es war mir vergönnt eine Abschrift zu nehmen, die ich im Anhange folgen lasse.

[2]) Vgl. Hermens III. 424 ff.

Kirchen wird nur auf eine zu erwartende Vorlage des Cultus-Ministers verwiesen. Man begreift, daß ein solcher Entwurf nicht genügte. Der Cultus-Minister unternahm oder veranlaßte eine durchgreifende Umarbeitung und legte sie nebst einem ausführlich motivirenden Bericht dem Kaiser vor. Dieser zweite Entwurf zeigt einen bedeutenden Fortschritt. Die eben hervorgehobenen Mängel sind ergänzt. Wir finden das Fabrik-Decret beinahe schon in der Form, in welcher es am 30. December 1809 vollzogen wurde. Manche Bestimmungen des früheren Entwurfes sind wörtlich beibehalten, aber schon der Umfang und die Zahl der Artikel mehr als verdoppelt. Eine Abschrift zu nehmen war mir leider nicht gestattet. Der Nachtheil ist nicht gar zu groß, weil der Entwurf der schließlichen Redaction sehr nahe kommt. Daß aber beide nicht vollständig übereinstimmen, beweist schon die verschiedene Zahl der Artikel; der Entwurf umfaßt 123 [1]), im Decret finden wir nur 114. Am meisten abweichend ist wohl die Eintheilung und Ordnung der wichtigen Artikel 103 und 104, welche vielfach verändert als Art. 92 und 93 in das Decret übergingen und bekanntlich später so mancherlei Zweifel und Mißverständnisse veranlaßt haben. [2]) Die übrigen Verschiedenheiten erkennt man zum größten Theil aus dem Bericht, den der Minister dem Entwurfe beifügt, um die Veränderungen des früheren zu begründen. Dieser Bericht ist nun von der höchsten Bedeutung; man begreift kaum, wie ein solches Document so lange unbenutzt bleiben konnte. Allerdings darf er in keiner Weise eine gesetzliche

---

[1]) Die Angabe dieser Zahl, die ich mir zu merken versäumt hatte, verdanke ich einer gütigen Mittheilung des Herrn Domcapitulars Dr. Frenken, in dessen Besitz eine Abschrift dieses Documentes sich befindet.

[2]) Vgl. den Vortrag Cornudets im Staatsrath vom 21. April 1848, und meine Schrift: Die Verpflichtung der Civilgemeinden zum Bau und zur Ausbesserung der Pfarrhäuser. Münster 1859. S. 18 und 93.

Geltung beanspruchen, er ist nicht einmal ein officielles Zeugniß für die Absichten des Gesetzgebers in der Weise, wie es die einem Gesetzentwurfe beigegebenen Motive sind. Denn manche von den Vorschlägen des Ministers sind nicht genehmigt worden, und wer weiß, ob nicht seine eigene Ansicht bei den nachfolgenden Berathungen im Staatsrath sich geändert habe? Aber dies bleibt doch die Ausnahme. Für die Weiterbildung des Decrets erhält man durchgängig die belehrendste Aufklärung, häufig auch für das richtige Verständniß. Vieles ließe sich hier anführen, indessen darf ich wohl auf den Bericht selbst verweisen, dem einige Anmerkungen beigefügt wurden. Eben so wenig kann eine genaue Analyse des Fabrik-Decrets hier am Orte sein. Nur möchte ich auf einige Hauptpunkte hindeuten, die von Seiten des Gesetzgebers eine besondere Berücksichtigung verlangten und der neuen Verordnung den entscheidenden Charakter geben.

Im Allgemeinen hat man sich bei Abfassung des Fabrik-Decrets so viel als möglich an dem Herkommen und den älteren Rechtszuständen gehalten. Ist es doch überhaupt eine der charakteristischen und rühmlichsten Seiten der napoleonischen Gesetzgebung, daß sie zwar den gänzlichen Umsturz des früheren Rechtszustandes benutzte, um das Veraltete und Unbrauchbare zu beseitigen, zugleich aber so viel wie möglich das noch Werthvolle und Angemessene wieder herzustellen suchte. Zwar die Zusammensetzung der Kirchenfabrik war schon durch die bischöflichen Reglements im Wesentlichen verändert, und die assemblée générale des älteren Rechtes gegen einen kleineren Kirchenrath vertauscht; nach Art. 3 des Decrets besteht er von da ab in den Pfarreien von 5000 Seelen aus 9, in den minder zahlreichen aus 5 angesehenen Mitgliedern der Gemeinde. Was aber die Befugnisse des Rathes und sein Verhältniß zur Kirchmeisterstube, was die Obliegenheiten dieser letzteren und die Verwaltung des Fabrikvermögens betrifft, so konnte man fast durchaus auf die älteren Zustände zurückgehen. Insbesondere hat das mehrfach erwähnte Reglement für St. Jean en Grève

als Vorbild gedient. Eine nicht geringe Zahl von Artikeln ist ganz oder theilweise wörtlich in das neue Decret von 1809 übergegangen. So entsprechen sich unter Andern die Art. 12 und 13 des Reglements und Art. 83 und 84 des Decrets; ferner die Art. 14 und 90; 23 und 34; 24 und 77, 78; 36 und 65; 38 und 50, 55; 39 und 57. Daneben machte aber auch die veränderte Zeit ihre Forderungen geltend und fand wohl den entschiedensten Ausdruck in den Bestimmungen

a) über die Einnahmen und Lasten der Fabrik,

b) über die Beziehungen und Beiträge des Staats und der Civilgemeinden zum Cultus,

c) in der Trennung der Kirchenfabriken vom Armenwesen.

Die Revolution hatte, wie oben erwähnt, das gesammte Vermögen und damit den größten Theil der Einnahme den Kirchenfabriken entzogen; das Concordat verhieß nur kümmerlichen Ersatz. Seitdem war aber die Gesinnung der Regierung schon im eigenen Interesse dem Erwerbe der Fabriken günstiger. Eine Reihe von Gesetzen und Decreten hatte einen nicht ganz unbeträchtlichen Theil des früheren Kirchenvermögens seiner alten Bestimmung zurückgegeben. Der Art. 36, welcher die verschiedenen Einkünfte der Reihe nach aufzählt, unterscheidet sich deshalb sehr zu seinem Vortheile von den entsprechenden Bestimmungen im Reglement des Bischofs von Orleans. Aber freilich den Bedürfnissen genügt auch er nicht, und immer bleibt die letzte Rubrik, welche auf die Aushülfe der Gemeinden hinweist, vielleicht die wichtigste von Allen. Ein solcher Umstand mußte für die ferneren Bestimmungen vom wesentlichsten Einfluß sein. Festgestellt waren die Pflichten der Gemeinde schon durch frühere Gesetze; die Regierung wollte und konnte auch durch ein Decret darin nichts verändern; nur wurden sie jetzt genauer und ausführlicher erörtert und in einem eigenen Kapitel zusammengestellt, das ausschließlich von den Pflichten der Gemeinde gegen den Cultus handelt (chap. IV. §. 92—103, des charges de la commune relativement au culte). Schwieriger als die Aufzählung der Pflichten war aber die Angabe

der Mittel und der Art und Weise, wie sie zu erfüllen seien. In dem Bericht des Ministers findet sich eine genaue und ausführliche Darstellung, wie man theils durch verschiedene Arten von Abgaben, theils durch Bildung eines Hülfsfonds nur den nöthigsten Bedürfnissen hatte abhelfen wollen. Alle Mittel waren bisher unzureichend, und um den Bestimmungen des Decrets die Ausführbarkeit zu sichern, mußten neue geschaffen werden. Dazu sollte ein Gesetz dienen, welches zugleich und in unmittelbarer Beziehung zu dem Decret berathen wurde, wie denn auch der Entwurf, welcher übrigens nie eine Veränderung erlitt, sich mehrmals im Archiv des Staatsraths theils gesondert, theils im Anschluß an den Entwurf des Fabrik-Decrets vorfindet. Es bestimmt für die ordentlichen d. h. alle Jahre regelmäßig wiederkehrenden Bedürfnisse des Cultus eine Erhöhung der Personal- und Mobilar-Steuern, für die kirchlichen Gebäude einen Zuschlag auf die Grund- und Mobilar-Steuern. Für die ersteren steuern also alle steuerpflichtigen Bewohner bei, für die letzteren hauptsächlich die Grundbesitzer. Das Gesetz geht hierdurch, wie auch der Bericht des Ministers hervorhebt, wieder auf die älteren Zustände zurück. Vor der Revolution ruhte die Last der Unterhaltung der Gotteshäuser vornehmlich auf dem großen Zehnt; den Grundbesitzern war aber die Aufhebung der Zehnten vorzugsweise zu Gute gekommen, nichts war billiger, als daß sie in die Pflichten der ehemaligen Zehntbesitzer eintraten. Das Gesetz ist eine nothwendige Zugabe zum Decret, welches auch in einzelnen Artikeln (99, 103) schon darauf verweist. Der Minister empfiehlt es ganz vorzüglich der Aufmerksamkeit des Kaisers. Es ist, wie ich schon hier erwähnen kann, am 14. Februar 1810 in Geltung getreten und dasselbe Gesetz, welches nachmals für die Rheinprovinz zum Gegenstand so vieler Erörterungen, sowie die Veranlassung des Gesetzes über die Cultuskosten vom 14. März 1845 geworden ist.

So entwickelte sich die eigenthümliche, früher ganz unbekannte, enge Beziehung der Civilgemeinde zur Kirchenfabrik und damit zugleich die Neigung, an der Verwaltung und auf die Ver-

wendung des Fabrikvermögens Antheil und Einfluß zu gewinnen. Um diesen Punkt bewegten sich, wie oben gezeigt wurde, schon die verschiedenen Ansichten der Minister des Cultus und des Innern. Es läßt sich aber nicht verkennen, daß in dem Maße, als man die Pflichten der Civilgemeinde erhöhte und verschärfte, ihre Ansprüche um so gerechter wurden. Diese kamen denn auch im Decrete in angemessener Weise dadurch zur Geltung, daß als geborenes Mitglied der Kirchenfabrik neben dem Pfarrer auch der Bürgermeister anerkannt wird, welcher also im Rathe selbst die Interessen der Civilgemeinde wahren kann. Falls die Gemeinde subsidiarisch haftet und wegen Unzulänglichkeit des Fabrikvermögens zu Beiträgen verpflichtet werden soll, muß auch das Budget der Fabrik dem Gemeinderathe vorgelegt werden, damit dieser von der Unzulänglichkeit sich überzeugen kann. Von einer Genehmigung der Schenkungen durch die Civilgemeinde findet sich dagegen nichts. Sehr ausgedehnt ist der Einfluß der Präfekten; in den darauf bezüglichen Bestimmungen tritt durchaus der büraukratische Charakter des Kaiserreichs hervor. Wir lesen sie aber jetzt mit um so ruhigerem Gefühle, als sie für die deutschen Staaten, insbesondere für die preußische Rheinprovinz durch die Verfassungs-Urkunde, zum größten Theil ihre Wirksamkeit verloren.

Schließlich bleibt noch das Verhältniß der Fabriken zum Armenwesen zu erwähnen. Vor der Revolution war es ein sehr inniges. Die Versammlungen der Armenverwaltung (bureaux de charité) wurden im Hause und unter dem Vorsitz des Pfarrers abgehalten. Die Kirchmeister durften daran Theil nehmen; sie verwalteten das Vermögen und bewahrten die Gelder und Documente in demselben Verschluß mit denen der Fabrik; sie allein durften dem Schatzmeister das ihm Zukommende auszahlen. Die Revolutionsgesetze entzogen den Fabriken die Armenpflege und überwiesen sie an unabhängige Commissionen, die man bureaux de bienfaisance nannte (Gesetz vom 7. Frimaire V, 27. November 1796). In den organischen Artikeln (76) wird gleichwohl als Obliegenheit der Fabriken

neben der Sorge für die kirchlichen Gebäude ausdrücklich auch die Verwaltung der Almosen (administration des aumônes) angeführt. Ich möchte glauben, man habe bei der Redaction dieser Bestimmung die älteren Kirchenordnungen und wenigstens theilweise die Wiederherstellung des ältern Rechts im Sinne getragen. Die bureaux de bienfaisance blieben jedoch bestehen, man suchte sogar den Fabriken das Recht, Almosen zu vertheilen und zu sammeln, ganz abzusprechen. Der Art. 76, behauptete man, wolle nur diejenigen milden Gaben bezeichnen, die für die Cultuskosten dargebracht würden. Portalis mußte in einem eigenen Bericht vom 16. April 1806 den Kaiser auf das ganz Ungerechtfertigte und Unzweckmäßige einer solchen Maßregel aufmerksam machen.[1]) Es fehlte wenig, daß sie nach den Berathungen im Staatsrath gesetzliche Geltung erlangt hätte. Das Decret über die Sammlungen vom 12. September 1806[2]) gibt den bureaux de bienfaisance auch die Befugniß, in eigenem Namen in den Pfarrkirchen Sammlungen anzuordnen und einen Opferstock aufzustellen, und behält im §. 2 den Bischöfen nur das Recht vor, Zahl, Tag und Stunde dieser Sammlungen in ihren Fabrik-Reglements zu bestimmen. Freilich konnten die Fabriken auch ihrerseits Almosen sammeln und vertheilen, aber ihre frühere Bedeutung für das Armenwesen war doch verloren; das ganze Verhältniß, welches im Reglement für St. Jean en Gréve §. 42—50 sehr eingehende Berücksichtigung findet, wird im Decret von 1809 nur beiläufig in einem einzigen Artikel (75) berührt.

So viel über die leitenden Ideen, die dem neuen Entwurfe seinen Inhalt gaben. Nach wiederholten Berathungen des Staatsraths wurde er schließlich in 114 Artikeln festgestellt. Ehe er zur Vollziehung an den Kaiser gelangte, übergab man ihn zur Prüfung einer Versammlung von Bischöfen, die unter dem Vorsitze des Cardinals Fesch aus dem Cardinal Maury,

---

[1]) Discours, rapports etc. p. 424. Hermens IV, 372.

[2]) Hermens IV, 710.

Erzbischof von Montefiascone, dem Cardinal Cazelli, Bischof von Parma, dem Erzbischof von Tours und den Bischöfen von Evreux, Vercelli, Trier und Nantes bestand. In ihrem Gutachten [1]) erklären sich die Bischöfe im Allgemeinen mit den Grundsätzen des Decrets durchaus einverstanden, kommen aber im Einzelnen doch wieder auf die Streitpunkte zurück, die schon mehrmals in früheren Jahren erörtert waren. Von einigen minder bedeutenden Ausstellungen abgesehen wünschen sie zunächst (zu den Art. 3 und 5), daß der Bürgermeister nicht von Amtswegen Mitglied des Kirchenraths sein müsse, sondern nur als angesehener Einwohner des Pfarrbezirks gewählt werden könne; denn man dürfe nicht die Möglichkeit außer Acht lassen, daß er Partheien und Zwietracht stifte und sogar durch seine Sitten und religiösen Ansichten Anstoß gebe. Den Gehalt der Vicarien stellt das Decret im Art. 40 auf höchstens 500, mindestens 300 Francs; die Bischöfe möchten nicht ohne Grund das Maximum für das Minimum erklärt sehen. Wenn der Art. 63 den Präfekten allein die Entscheidung über bestimmte Verwendungen des Fabrikvermögens zuweist, so wünschen sie, daß diese Befugniß dem Bischofe im Einverständniß mit dem Präfekten übertragen würde. Ihr letzter Wunsch betrifft die Armenpflege, nämlich die Herstellung der kirchlichen bureaux de charité an Stelle der bureaux de bienfaisance. Der Cultus-Minister geht seinerseits beinahe auf sämmtliche Wünsche der Bischöfe ohne Rückhalt ein und empfiehlt sie in seinem Bericht [2]) dem Kaiser zur Annahme. Aber sehr merkwürdig ist es und beweist, wie verschiedene Einflüsse beim Abschluß des Decrets wirksam geworden: von den sämmtlichen Anträgen so einflußreicher, vom Kaiser hoch begünstigter Prälaten, denen der Kaiser nach der eigenen Angabe des Cultus-Ministers so viel als möglich zuzugeben wünschte, die der Cultus-

---

[1]) Abgedruckt bei Hermens IV. 820 ff.

[2]) Abgedruckt bei Hermens IV. 822 ff.

Minister selbst zur Annahme empfohlen hatte — von allen diesen Anträgen ist nicht ein einziger berücksichtigt. Das Decret ist genau in derselben Form, in welcher es den Bischöfen übergeben war, vom Kaiser am 30. December 1809 vollzogen worden. Da sehr wesentliche seiner Bestimmungen auf einem noch nicht erlassenen Gesetz beruhten, und dies Gesetz im Decrete selbst schon erwähnt wird, so konnte auch die Publikation des Decrets nicht füglich der Publikation dieses Gesetzes vorgehen. Ein Gesetz bedurfte aber der, freilich nie verweigerten, Zustimmung des gesetzgebenden Körpers. Diesem wurde deshalb der Entwurf des Gesetzes vorgelegt und nach eingehenden Berathungen [1]) am 3. und 14. Februar 1810 an diesem letzteren Tage angenommen, zum Gesetz erhoben und unmittelbar darauf im Gesetzbülletin [2]) Nro. 267 publicirt. Das Decret vom 30. Dezember 1809 gelangte erst in der Mitte des Juli 1810 zur Veröffentlichung und Geltung. [3])

---

[1]) Abgedruckt bei Hermens III. 424 ff.

[2]) Bulletin des lois IX. Serie Bull. 267 nr. 5184.

[3]) Bull. des lois VI. Serie Bull. 303 nr. 5777. Die unmittelbar vorausgehende Nummer 5776, mit welcher das Bülletin 302 schließt, ist vom 11. Juli 1810 datirt.

Anhang.

I.

Réglement de la Fabrique de St. Jean en Grève de Paris

homologué

par le Parlement de Paris par Arrêt du 2. Avril 1737.

Art. I. Les Assemblées ordinaires du Bureau de l'Oeuvre et de la Fabrique de S. Jean en Grève se tiendront tous les Lundis, de quinzaine en quinzaine, à deux heures après midi dans la salle du Bureau, destiné à tenir lesdites Assemblées; pourront néanmoins être lesdites Assemblées tenues plus souvent, si le cas le requiert, et être remises au lendemain, lorsqu'il se trouvera une Fête le Lundi.

II. Seront pareillement tenues dans ledit Bureau les Assemblées générales où seront appellées les personnes de considération, Officiers de Judicature, Avocats exerçans la profession, anciens Marguillers, Commissaires des pauvres, et autres notables de la Paroisse.

III. Il y aura trois Assemblées générales fixées par chacun an; l'une le Dimanche de Pâques après le Service Divin, pour l'élection des Marguillers, l'autre le jour de S. Thomas, pour arrêter le compte du Marguiller en exercice de Comptable, de l'année précédente, et la troisième le jour de Noël, pour l'élection d'un Commissaire des pauvres.

IV. Seront tenues en outre telles Assemblées générales qui seront nécessaires, lesquelles ne pourront néanmoins être faites qu'elles n'aient été convoquées par le premier Marguiller qui en fixera le jour

et l'heure, ou qu'il n'en ait été délibéré dans l'Assemblée ordinaire du Bureau, dans lequel audit cas le jour et l'heure en seront pareillement fixés; et seront lesdites Assemblées, ensemble lesdits jour et heure, publiés au Prône de la Messe Paroissiale, avant ladite Assemblée, même y seront invités par billets ceux qui ont droit d'y assister, suivant l'article II. ci-dessus, et ce deux jours avant ladite Assemblée, si ce n'est qu'il se trouve nécessité urgente de la convoquer.

V. Ne pourront être tenues aucunes Assemblées générales ni particulières, les Dimanches et Fêtes pendant les Offices publics de l'Eglise.

VI. Le Bureau ordinaire sera composé du Curé, des quatre Marguillers qui seront les derniers sortis de charge, et en cas d'absence, les délibérations seront prises au nombre de trois au moins: le Curé y aura la première place, ainsi que dans les Assemblées générales: le premier Marguiller présidera et recueillira les suffrages qui seront donnés par ordre un à un; sans interruption ni confusion: le Curé donnera sa voix immédiatement avant celui qui présidera, lequel conclura à la pluralité des suffrages, sauf audit Curé ou autres personnes de l'Assemblée, qui auroient quelques propositions à faire, pour le bien de l'Eglise et de la Fabrique, de les faire succintement, pour être mises en délibération par le premier Marguiller, s'il y échoit; et s'il y avoit partage d'opinions, la voix du premier Marguiller prévaudra.

VII. Les délibérations des Assemblées ordinaires et générales seront inscrites sur un Régistre tout de suite et sans aucuns blancs, ensemble les noms de chacun de ceux qui y auront assisté, qui signeront lesdites délibérations, et faute de les avoir signées, elles seront réputées signées de tous ceux qui auront été présens.

VIII. Dans l'Assemblée générale du jour de Pâques sera fait élection des Marguillers; il y aura toujours un premier Marguiller du nombre des personnes les plus qualifiées de la Paroisse, et notamment des principaux Officiers de Cours Souveraines, et un du nombre des Avocats faisant la profession, ou autres personnes qu'il n'est pas d'usage, à raison de leur état et condition, de nommer pour Marguillers comptables: il y aura deux Marguillers bourgeois, qui seront comptables chacun à leur tour; au moyen de quoi seront élus deux Marguillers par chacun an, sçavoir un premier Marguiller, et un Marguiller bourgeois qui sera comptable dans la seconde année de son exercice;

et ne pourront aucuns des Marguillers être continués au-delà des deux années d'exercice, si ce n'est les premiers Marguillers.

IX. Les Marguillers bourgeois seront toujours choisis dans le nombre des anciens Commissaires des pauvres, sans que la même personne puisse être en même tems Commissaire des pauvres et Marguiller, et sans préjudice de pouvoir élire et choisir pour Commissaires des pauvres ceux qui auront été ci-devant Marguillers et n'auront point été Commissaires des pauvres: ne pourront être élus pour l'une et l'autre fonction, que ceux qui n'exerceront aucun art méchanique.

X. Le compte du Marguiller comptable sera rendu régulièrement chaque année, tant en recette, que depense et reprise; et après que ledit compte avec les piéces justificatives d'icelui aura été vu avant la Fête de S. Thomas par le Bureau ordinaire, sur le rapport qui lui sera fait par deux des anciens Marguillers, qui auront été, suivant l'usage, nommés Commissaires à cet effet, il sera examiné, calculé, clos et arrêté le jour de S. Thomas dans l'Assemblée générale.

XI. L'ordre des chapitres, tant de recette que de dépense, sera toujours uniforme dans tous les comptes, ainsi que l'ordre des articles de chacun chapitre; sauf au cas qu'il y ait des chapitres ou des articles couchés dans des comptes dont il n'y auroit ni recettes ni dépenses dans d'autres, à en faire mention par mémoire.

XII. Dans chacun des articles de recette, soit de rentes, loyers, fermages ou autres revenus, sera fait mention du nom des débiteurs, fermiers ou locataires, du nom et situation de la maison ou héritage, de la qualité de la rente seigneuriale, foncière ou constituée, de la date du dernier titre nouvel, et du Notaire qui l'aura reçu, ensemble de la fondation à laquelle la rente sera affectée, si elle est connue.

XIII. Si quelque rente, soit par le décès du débiteur, ou par le partage de la maison ou héritage chargé d'icelle, se trouvoit due par plusieurs débiteurs, n'en sera fait néanmoins qu'un seul article de recette; dans lequel il sera fait mention de tous les débiteurs, ensemble du décès, partage ou autres Actes qui les aura rendus débiteurs.

XIV. Faute par le Marguiller qui aura fini l'exercice de Comptable de présenter et rendre son compte dans les tems portés par l'article X. ci-dessus, le Marguiller qui lui aura succédé audit exercice de Comptable, sera tenu de faire les diligences nécessaires pour l'y

contraindre, après néanmoins en avoir communiqué au Bureau ordinaire, à peine de demeurer en son propre et privé nom garant et responsable de tous les événements.

XV. Sera pareillement tenu le Marguiller en exercice de Comptable de faire le recouvrement de tous les biens et revenus de la Fabrique, et d'avertir le Bureau ordinaire des poursuites qu'il conviendra faire pour contraindre les débiteurs, ensemble de rapporter lesdites poursuites et procédures ou une copie de la délibération qui y auroit autrement pourvu; à faute de quoi les articles de reprises seront rayés, sauf audit cas à en être le recouvrement fait au profit du Marguiller à ses risques et à ses frais.

XVI. Il sera fait à chaque double de chacun compte une marge blanche de chaque côté, pour y inscrire dans l'une les apostilles, et pour tirer dans l'autre les sommes hors ligne en chiffres, par livres, sols et deniers, lesquelles sommes seront en outre inscrites en entier en toutes lettres dans le texte du compte.

XVII. Lors de la visite du compte au Bureau ordinaire toutes les pièces justificatives, tant de la recette, que de la dépense et reprise, seront paraphées par les deux Commissaires: et seront ensuite, après l'examen arrêté et clôture faite dans l'Assemblée générale, lesdites pièces déposées avec un double du compte signé et arrêté, dans l'armoire de la Fabrique destinée à y enfermer les titres d'icelle, l'autre double restant au Comptable.

XVIII. Le reliquat du compte sera payé au Marguiller qui sera en exercice, lorsque ledit compte sera arrêté, ou au Marguiller qui sera prêt d'entrer en exercice, le tout suivant qu'il sera arrêté dans ladite Assemblée générale: et sera tenu celui qui aura reçu ledit reliquat de s'en charger dans le premier chapitre de recette de son compte.

XIX. Sera fait lors de l'arrêté du compte un bordereau du chapitre de reprise, pour être remis au Marguiller lors en exercice de Comptable; qui sera tenu de veiller au recouvrement des articles de ladite reprise, conformément à l'article XV. ci-dessus, et sous les mêmes peines.

XX. Sera fait en outre un état de tous les revenus, tant fixes que casuels, de la Fabrique; ensemble de toutes les charges et dépenses d'icelle, tant ordinaires qu'extraordinaires, dans le même ordre de chapitres et articles du compte, lequel état sera remis à chaque Marguiller comptable entrant en excercice, pour lui servir au recouvre-

ment des revenus et à l'acquittement des charges; et sera ledit état renouvellé tous les ans; par rapport aux changemens qui pourroient arriver dans le courant de chaque année.

XXI. Ne sera fait aucune autre dépense par le Marguiller comptable en exercice, que celle mentionnée audit état, si ce n'est qu'il en eût été délibéré dans une Assemblée du Bureau ou dans une Assemblée générale, ainsi qu'il sera dit ci-après.

XXII. En cas d'augmentation ou diminution d'espéces le Marguiller en exercice sera tenu de faire sa déclaration des espéces qu'il aura entre les mains dans la première Assemblée ordinaire qui sera tenue, si mieux n'aime le premier Marguiller en convoquer une plus prompte à autre jour que le jour ordinaire; et sera fait mention sur le Régistre des délibérations de ladite déclaration, ensemble de la somme à laquelle l'augmentation ou la diminution d'espéces aura monté; le tout à peine par ledit Marguiller de supporter en son propre et privé nom les diminutions des espéces, ou de lui être imputé dans son compte les augmentations sur le pied des recettes du jour de l'augmentation, sans avoir égard aux dépenses, si elle ne se trouvent justifiées par quittances pardevant Notaires.

XXIII. Sera tenu le Marguiller en exercice de présenter tous les trois mois à l'Assemblée ordinaire un borderau signé de lui, et certifié véritable, de la recette et dépense pendant les trois mois précédent, à l'effet de connoître la situation actuelle des recouvremens et l'acquittement des charges; et seront lesdits bordereaux signés de ceux qui auront assisté au Bureau, et déposés dans l'armoire de la Fabrique, pour être représentés, tant lors de la reddition du compte, que dans le cas d'augmentation ou diminution d'espéces.

XXIV. Ne pourront les Marguillers entreprendre aucuns procés, ni y défendre, faire aucun emploi ni remploi des deniers appartenans à la Fabrique, ni accepter aucunes fondations, sans délibération précédente de l'Assemblée générale; sans préjudice néanmoins des poursuites nécessaires pour le recouvrement des revenus ordinaires de la Fabrique, pour l'exécution des baux, et pour faire passer des titres nouveaux, pour raison de quoi il en sera délibéré au Bureau ordinaire; et dans tous les cas de procés à intenter ou à soutenir, seront délivrées aux Procureurs chargés d'occuper, des copies en forme des délibérations, soit du Bureau ordinaire, soit de l'Assemblée générale.

XXV. Ne pourront être ordonnées des dépenses extraordinaires que par délibération de l'Assemblée; et ces Assemblées ordinaires ne

pourront en ordonner que jusqu'à la somme de cinq cens livres, au-delà de laquelle n'en pourra être fait que par délibération de l'Assemblée générale: pourra néanmoins le Marguiller en exercice de Comptable en faire jusqu'à la somme de cent livres seulement, dont il rendra compte au premier Bureau: ne pourront en conséquence les Ouvriers faire aucun ouvrage sans délibération du Bureau ou de l'Assemblée générale, ou pouvoir du Marguiller comptable, suivant la somme ci-dessus: ne feront notamment aucunes réparations dans les maisons, dont les locataires seroient tenus, suivant l'usage, ou suivant leurs baux; et seront les ouvrages qu'ils auroient fait sans pouvoir, ou ceux qui excéderont le pouvoir qui leur aura été remis, rayés de leurs mémoires: ne pourront en outre être les réparations ordonnées, et les mémoires des Ouvriers arrêtés et payés, qu'après visite préalablement faite par un des Marguillers au moins, à laquelle il pourra même être assisté d'un Expert ou Architecte nommé par le Bureau, dans le cas qu'il seroit jugé nécessaire qu'il fût fait un devis desdites réparations, et un rapport de la manière dont elles auront été faites, et qu'il n'ait été statué sur le tout par délibération de l'Assemblée ordinaire ou de l'Assemblée générale, suivant les sommes ci-dessus, le tout à peine d'être les dépenses faites en contravention du présent article, rayées du compte.

XXVI. Ne seront entrepris aucuns bâtimens considérables, soit pour construire, rétablir ou augmenter l'Eglise et Paroisse de S. Jean en Gréve, soit pour y faire quelques constructions nouvelles, sans en avoir obtenu la permission du Roi, par Lettres Patentes duement régistrées en la Cour, suivant la Déclaration du Roi du 31. Janvier 1690 qui sera exécutée selon sa forme et teneur.

XXVII. Le dernier Marguiller visitera souvent les maisons appartenantes à la Fabrique, pour voir si les locataires les tiennent en bon état, s'ils font les réparations dont ils sont tenus, suivant l'usage ou suivant leurs baux, s'il n'y a point de réparations à faire aux dépens de la Fabrique, et autres choses concernant le bien et l'avantage d'icelle, dont il rendra compte à l'Assemblée ordinaire.

XXVIII. Ne seront faits aucuns emprunts de deniers, soit à constitution de rente ou autrement, que par délibération de l'Assemblée générale, homologuée en la Cour, et qui contiendra le motif et la nécessité de l'emprunt, la quotité de la somme qu'il conviendra d'emprunter, et l'emploi qui en sera fait: ne seront pareillement passés aucuns Contracts de constitutions de rente en payement des som-

mes qui pourroient être dues par la Fabrique, pour quelque cause que ce soit, qu'après avoir observé les mêmes formalités; et ne pourront en aucuns cas être passées des obligations qui porteroient intérêts.

XXIX. Lorsqu'il sera fait quelque emprunt dans la forme prescrite par l'article précédent, les Contracts ou obligations seront signés par les quatre Marguillers en charge, et les derniers mis ès mains de celui qui sera en exercice de Comptable, lequel s'en chargera en recette dans son compte, et ne pourront être empruntées des sommes plus fortes que celles portées en la délibération de l'Assemblée générale, et Arrêt d'homologation d'icelle, ni lesdites sommes être employées à d'autres usages que ceux ausquels elles auront été destinées.

XXX. Sera au surplus l'Edit du mois d'Août 1661 exécuté selon sa forme et teneur; et en conséquence ne pourront les Marguillers accepter aucuns deniers comptans, maisons, héritages ou rentes, par donation entre-vifs ou autres Contrats, directement ou indirectement, en quelque sorte ou manière et sous quelque prétexte que ce soit, à condition d'une rente viagère plus forte que ce qui est permis par les Ordonnances, ou qui excede le légitime revenu que pourroient produire les biens donnés, à peine par lesdits Marguillers d'en répondre en leurs propres et privés noms, et aux Particuliers qui auroient donné, de restituer les arrérages qu'ils auroient reçus, et de perte de leur dû.

XXXI. Les baux à loyer des maison appartenantes à la Fabrique ne pourront être faits que six mois avant l'expiration des baux précédens, après qu'il aura été mis un écriteau à chaque maison, et après trois publications au Prône de huitaine en huitaine, dont il sera donné certificat qui sera annexé à la minute du bail; et lors de la dernière publication sera indiquée le jour et l'heure de l'adjudication, laquelle sera faite dans l'Assemblèe ordinaire au plus offrant: pourront néanmoins les Curés et Marguillers avoir égard aux offres des anciens locataires en faisant par eux la condition de l'Eglise bonne.

XXXII. Tous les baux seront passés devant Notaire; et lors de chaque bail d'une maison dépendante de ladite Fabrique, sera fait un état des lieux bien circonstancié, pour que les locataires puissent être contraints de les rendre en fin de bail comme ils les auront reçus, et sera ledit état signé de tous ceux qui seront parties dans le bail,

dont l'un sera remis au locataire, et l'autre joint à la grosse du bail, avec lequel il sera déposé dans l'armoire destinée à renfermer les titres de la Fabrique; et sera fait à la fin de chaque bail une visite pour connoître l'état des lieux, et faire le récolement de l'état qui aura été fait au commencement du bail, à l'effet de faire rétablir les lieux et faire faire les réparations locatives; et sera le contenu au présent article exécuté, même dans les baux qui seroient renouvellés à l'ancien locataire, sans qu'audit cas le nouveau bail puisse lui être fait, que l'état des lieux n'ait été constaté par ledit récolement, et les réparations locatives faites par ledit ancien locataire.

XXXIII. Les concessions des Chapelles ne pourront être faites qu'après trois publications de huitaine en huitaine, et qu'à des personnes demeurantes actuellement sur la Paroisse; ce qui sera pareillement observé pour les concessions de bancs, qui ne pourront être faites que pour la vie de ceux auxquels ils seront concédés, et pour tant de tems qu'ils demeureront sur ladite Paroisse, sans quil puisse être concédé qu'un seul banc à la même personne et au même chef de famille: seront, en cas de changement de domicile hors de la Paroisse, les bancs concédés de nouveau un an après la translation de domicile: seront néanmoins, après la mort ou translation de domicile des pères et mères, les enfans demeurans sur la Paroisse préférés, en continuant la même rente ou redevance sous laquelle l'adjudication aura été faite, en cas qu'elle l'eût été à la charge d'une rente ou redevance, et en reconnoissant d'ailleurs la Fabrique par quelques deniers d'entrée du tiers au moins de ce qui auroit été donné par les pères et mères, ou telle somme qui sera arbitrée par le Bureau, si le banc avoit été adjugé sans deniers, et pour une rente seulement.

XXXIV. Sera fait un Régistre, si fait n'a été, de toutes les concessions des Chapelles, bancs, épitaphes, caves, et autres de pareille qualité qui seront accordées par le Bureau, lesquelles seront transcrites en entier dans ledit Régistre avant qu'elles soient signées et délivrées: ne seront néanmoins troublés ceux qui un an avant le présent Réglement seront en possession paisible de quelques bancs et places, sans même en avoir obtenu la concession, sauf à les concéder après leur sortie ou après leur décès, et sans qu'audit cas leurs enfans puissent être préférés: comme aussi que dans le cas que par délibération de l'Assemblé générale, il seroit arrêté que pour la décence de l'Eglise, ou autre cause légitime, les bancs seroient supprimés en tout ou en

partie, et reconstruits de nouveau d'une manière uniforme, ne pourront ceux qui auroient des places sans concessions les conserver, s'ils ne s'en rendent adjudicataires en la forme portée par l'article précédent.

XXXV. Les chaises continueront d'être affermées ainsi qu'elles l'ont été par le passé dans ladite Eglise, et le bail en sera fait après trois publications au Prône de huitaine en huitaine, et les enchères reçues au Bureau de la Fabrique, suivant et ainsi qu'il est ordonné pour les maisons par l'article XXXI. ci-dessus.

XXXVI. Le prix des chaises sera réglé pour les différens Offices et Instructions de chaque tems de l'année, par délibération du Bureau ou de l'Assemblée générale, qui sera annexée à la minute du bail, et inscrite sur un tableau qui sera mis dans l'Eglise en un endroit visible, sans néanmoins qu'il puisse jamais être permis de louer lesdites chaises les Dimanches et Fêtes aux Messes de Paroisse, Prônes et Instructions qui les accompagnent, ou se feront ensuite, ni même chaque jour aux Prières du soir et autres Instructions qui ne se feront point dans la chaire; et seront tenus les Adjudicataires de garnir également l'Eglise d'un nombre de chaises suffisant, pendant lesdits Offices et Instructions auxquels il ne leur doit être payé aucune rétribution; comme aussi de laisser dans tous les tems un espace suffisant pour placer ceux des Paroissiens qui ne voudroient pas se servir de chaises.

XXXVII. Sera fait un Régistre dans lequel seront inscrits par extrait sommaire tous les baux de maisons et autres biens appartenans à la Fabrique, la date d'iceux, le tems de leur durée, le prix, le nom des locataires et des Notaires qui les auront passés.

XXXVIII. Les titres, comptes et piéces justificatives d'iceux, et autres piéces concernant les biens, revenus et affaires de ladite Fabrique et de la Cure, ensemble le Régistre des délibérations autre que le Régistre courant, seront mis dans une armoire placée au Bureau de ladite Fabrique, fermant à deux clefs et serrures différentes, qui seront mises ès mains des deux Marguillers bourgeois, et sera fait d'iceux titres et papiers un inventaire signé des Curé et Marguillers en charge; ensemble un récolement tous les ans, où sera ajouté le nouveau compte, piéces justificatives d'icelui, et autres titres de l'année courante; lequel sera signé comme dessus: sera fait au surplus un double desdits inventaire et récolement, pour être remis au Marguiller en exercice de comptable.

XXXIX. Ne sera tiré de ladite armoire aucuns titres et papiers, en quelque sorte que ce puisse être, que par délibération de l'Assemblée générale, au desir de laquelle le Marguiller, Procureur ou autre qui s'en chargera, en donnera son récépissé sur un Régistre qui sera tenu à cet effet, et déposé dans ladite armoire, lequel sera déchargé lors de la remise, et dudit Régistre sera tenu un double qui sera remis au Marguiller en exercice de Comptable.

XL. Le récépissé fera mention de la pièce qui sera tirée, de la qualité de celui qui s'en chargera et qui signera ledit récépissé, de la raison pour laquelle elle aura été tirée de l'armoire; et si c'est pour un procès, sera fait mention de la jurisdiction et du Procureur chargé de la cause.

XLI. Le Régistre des délibérations courantes sera remis au Marguiller comptable en exercice.

XLII. Les titres, contracts et papiers concernant les revenus de la charité des pauvres de ladite Paroisse, seront mis dans la même armoire que ceux de la Fabrique, mais en une tablette distincte et séparée; il en sera pareillement fait inventaire, si fait n'a été, ensemble un récolement tous les ans en la même forme portée par l'article XXXVIII. ci-dessus; et ne sera tiré de ladite armoire aucuns desdits titres et papiers, qu'avec les mêmes précautions ordonnées par les articles XXXIX. et XL. du présent Réglement.

XLIII. Les Marguillers en charge pourront, suivant leur zèle, assister aux Assemblées de charité qui se tiendront chez le Curé de quinzaine en quinzaine, comme par le passé, dans lesquelles Assemblées se feront et ordonneront les distributions des aumônes; et il y sera délibéré et statué sur l'administration des biens de ladite charité, tant en fonds que fruits et revenus, sans préjudice de l'Assemblée des Dames de la charité de ladite Paroisse.

XLIV. Le Curé aura toujours la première place aux Assemblées de charité, auxquelles il présidera et recueillira les suffrages, à la pluralité desquels se formeront les délibérations, et aura voix prépondérante en cas de partage d'opinions; et ne sera au surplus gardé aucun rang dans ces Assemblées, si ce n'est celui du Curé qui sera le premier, et des Marguillers en charge après lui.

XLV. Sera tenu un Régistre des délibérations prises dans les Assemblées de charité en la forme prescrite par l'article VII. ci-dessus.

XLVI. Sera incessamment fait élection dans une Assemblée de charité, d'un Trésorier des Pauvres, lequel ne sera en fonction que pendant trois ans, après lequel tems il en sera élu un autre : pourra néanmoins être continué trois autres années, sans qu'il puisse être en place plus de six ans de suite; mais pourra encore être élu après trois ans d'intervalle, s'il est ainsi jugé à propos par l'Assemblée de charité.

XLVII. Le Trésorier des Pauvres rendra aussi tous les ans son compte, tant en recette que dépense, chez le Curé, dans une Assemblée qui sera indiquée à ce sujet, dans lequel compte il mettra en dépense les deniers qu'il aura délivrés à la Trésorière de l'Assemblée des Dames de charité, pour le secours des pauvres malades, des enfants au lait et à la farine et autres, qui par l'usage et la bienséance ne peuvent être administrés que par elles.

XLVIII. Le Marguiller en exercice de Comptable ne pourra payer qu'entre les mains du Trésorier des Pauvres, les sommes et rentes qui sont dues chaque année par la Fabrique à la charité, soit des pauvres malades, soit des pauvres ménages, à quel titre et sous quelle autre dénomination la fondation ait été faite, et en retirera quittance pour lui servir de pièce justificative de son compte.

XLIX. Le Trésorier des Pauvres recevra aussi et se chargera en recette des sommes qui sont dues aux Pauvres chaque année par la Confrérie de S. François de Salle, érigée en ladite Paroisse, pour être employées suivant l'intention des Fondateurs.

L. Les fondations faites pour mettre chaque année en métier des orphelins et autres pauvres enfans, seront exécutées, sans que les sommes destinées à cet effet puissent être employées à d'autres usages : la nomination, tant des enfans que des maîtres chez lesquels ils seront mis, sera faite par délibération du Bureau ordinaire, dont copie sera annexée à la minute du brevet d'apprentissage : les enfans de ladite Paroisse seront préférés à tous autres, et choisis dans le nombre de ceux qui auront été plus assidus aux écoles de charité et instructions qui se font dans ladite Paroisse; et la somme qu'il conviendra donner pour chaque apprentissage, sera payée, directement par le Marguiller comptable en exercice, conformément aux titres desdites fondations, et suivant qu'il aura été réglé par l'Assemblée ordinaire, lesquels payemens ne passeront en compte, qu'en rapportant par ledit Marguiller une expédition dudit brevet d'apprentissage

bien et duement quittancé, avec copie de la délibération du Bureau en vertu de laquelle il aura été fait.

LI. Les Prédicateurs de l'Avent, du Carême, des Octaves du St. Sacrement, et des Dimanches et Fêtes après midi, seront nommés, suivant l'ancien usage, par le Bureau ordinaire à la pluralité des suffrages, et sera fait un Régistre sur lequel seront inscrits les noms des Prédicateurs qui auront été nommés, l'année et le tems qu'ils doivent prêcher.

LII. Le Curé nommera et choisira les Prêtres habitués pour desservir l'Eglise, les Confesseurs et ceux qui exerceront les fonctions de Diacre et Sous-Diacre d'Office, et de Porte-Dieu; à l'égard des Chantres et des Prêtres chargés d'acquitter les Annuels et Messes de fondation, lorsque les Fondateurs n'y auront pas pourvu, ensemble des Enfans de Choeur et Maître d'iceux, Organiste, Bedeaux, Suisse, et autres Serviteurs de ladite Eglise, ils seront choisis et congédiés par l'Assemblée ordinaire du Bureau: seront néanmoins préférés, autant que faire se pourra, pour Enfans de Choeur, ceux qui seront nés ou domiciliés sur la Paroisse.

LIII. Seront aussi préférés dans la distribution des Annuels et Messes de fondation, d'abord les Officiers du Choeur et de l'Eglise, ensuite les Ecclésiastiques employés à l'administration des Sacremens, et enfin les Prêtres habitués; et lors de chaque nomination, l'on aura égard à l'ancienneté, à la qualité des services et autres raisons qui peuvent déterminer le choix, suivant les règles de la prudence et de l'équité

LIV. Les Ecclésiastiques qui viendront à cesser de remplir leurs emplois, ou qui quitteront la Paroisse, seront à l'instant privés de leurs Annuels, lesquels à l'égard des Officiers passeront à ceux qui leur succéderont dans les Offices du Choeur et de l'Eglise: on pourra néanmoins conserver l'Annuel à ceux que leur grand âge, ou des infirmités contractées après de longs services rendus à l'Eglise, mettroient hors d'état de continuer à travailler, pourvu que d'ailleurs les charges en soient acquittées; ce qui dépendra de la prudence et justice de l'Assemblée ordinaire.

LV. Le Clerc de l'oeuvre sera choisi par l'Assemblée générale, et la caution y sera reçue, et le traité fait avec lui sera absolument supprimé, sans qu'il puisse en être fait à l'avenir aucun autre semblable, mais lui seront fixés des appointements convenables par délibération de l'Assemblée générale: il en sera usé de même à l'égard du Sacristain des Messes basses.

LVI. Le Clerc de l'oeuvre pourra, si bon lui semble, se choisir à ses frais un Sous-Clerc pour l'aider dans ses fonctions, en le faisant néanmoins agréer par l'Assemblée ordinaire, sans que ledit Sous-Clerc puisse être regardé comme Officier de l'Eglise, et être préféré pour l'acquit des annuels et des fondations, à des Ecclésiastiques habitués plus anciennement dans la Paroisse.

LVII. Sera fait un état ou inventaire, si fait n'a été, de tous les ornemens, linges, vases sacrés, argenterie, cuivre et autres ustensiles servans aux deux Sacristies, dont il y aura deux doubles signés du Clerc de l'oeuvre et du Sacristain, chacun en droit soi, ensemble des Curé et Marguillers, dont un sera déposé dans l'armoire du Bureau destiné aux titres de la Fabrique, et l'autre double remis ès mains du Clerc de l'oeuvre et du Sacristain, chacun à leur égard; et en fera tous les ans un récolement, qui sera signé de même et déposé, à l'effet d'être statué par délibération du Bureau sur les nouveaux ornemens, linges, vases et ustensiles qu'il faudroit acheter, changer ou raccommoder, dont sera fait mention sur le récolement, pour en charger ou décharger le Clerc de l'oeuvre, sa caution et le Sacristain; et seront tenus lesdits Clerc de l'oeuvre et Sacristain, s'il se trouve quelques-uns desdits ornemens, linges, vases sacrés et ustensiles, qui pendant le cours de l'année ne puissent être d'usage par vétusté ou autrement, d'en donner avis au Bureau pour y être statué, sans qu'ils puissent en ordonner sans délibération du Bureau, et sans que lesdits Clerc de l'oeuvre et Sacristain puissent prêter aucuns ornemens sans la permission des Marguillers.

LVIII. Toute la dépense de l'Eglise et frais de Sacristie seront faits par le Marguiller comptable en exercice; et en conséquence il ne sera fourni par aucuns Marchands, Artisans ou autres, aucunes choses sans un ordre et mandement précis du Marguiller tenant le compte, au pied duquel le Clerc de l'oeuvre ou autre personne à qui la livraison devra être faite, certifiera que le contenu audit mandement aura été rempli.

LIV. Le Clerc de l'oeuvre tiendra un Régistre sur lequel il se chargera jour par jour des droits de fossoiries et autres appartenans à la Fabrique, et dûs pour les ornemens, argenterie et sonnerie, fournis tant lors des convois, services, enterremens et bout-de-l'an, que lors des mariages et des fêtes de Confréries, comme aussi des droits d'assistance des Enfans de Choeur auxdits convois, enterremens et services; et sera tenu de compter tous les trois mois de sa recette au Marguiller comptable, qui lui en donnera quittance sur ledit Régistre

qui sera remis à la fin de chaque année audit Marguiller comptable, pour lui servir dans son compte de pièce justificative de la recette desdits droits, en donnant par lui audit Clerc de l'oeuvre bonne et valable décharge: seront tenus en outre ledit Clerc de l'oeuvre et le Fossoyeur, de mettre tous les Dimanches ès mains du Marguiller tenant le compte, un mémoire de tous les convois, services et enterremens qui auront été faits dans la semaine précédente.

LX. Sera fait incessamment, si fait n'a été, un Livre ou Régistre dans lequel seront toutes les fondations faites en ladite Eglise, transcrites de suite par ordre de date, où seront énoncés le titre de fondation, le nom du Notaire, la somme ou l'effet donné, les charges que la Fabrique doit acquitter suivant les premiers titres, et la réduction qui peut en avoir été faite par l'Ordonnance de l'Archevêque de Paris du 31. Décembre 1685, et y seront ajoutées tous les ans les fondations nouvelles: ledit Livre ou Régistre sera fait double, dont un sera déposé dans l'armoire de la Fabrique, et l'autre demeurera entre les mains du Marguiller en exercice de comptable: sera fait au surplus un état tous les Samedis des fondations qui doivent être acquittées pendant le cours de la semaine suivante, qui sera affiché le Dimanche matin dans la Sacristie, et publié ledit jour au Prône de la Messe Paroissiale.

LXI. Sera mis à la Sacristie au commencement de chaque année, un Régistre paraphé du Marguiller comptable, et disposé de manière qu'il contienne autant de pages qu'il y a de jours dans l'année, et que chaque page ait deux colonnes partagées en autant de parties qu'il y a d'annuels à acquitter, lesquelles seront numérotées depuis un jusqu'au nombre du dernier annuel: dans chaque partie de la première colonne sera inscrit le nom et l'intention de la personne pour qui la Messe doit être célebrée, avec l'heure et le nom de la Chapelle à laquelle elle doit être dite, si l'heure est fixée et la Chapelle désignée pour la fondation: et dans chaque partie de la seconde colonne, chaque Ecclésiastique chargé de l'acquit de l'annuel, ou celui qui seroit chargé d'acquitter en sa place pour quelque cause que ce soit, sera tenu de signer chaque jour son nom lorsqu'il acquittera ladite fondation portée au numéro de son annuel, sinon en cas de maladie ou autre empêchement dont il donnera avis aux Curé et Marguillers: enjoint au Sacristain de donner avis au Bureau, des Ecclésiastiques qui négligeroient d'y satisfaire, ensemble de ceux qui n'acquitteroient pas les Messes dont ils sont chargés aux lieux et heures prescrites par les fondations: seront néanmoins les Officiers du Choeur exceptés

de l'exécution du présent article, quant aux heures seulement quand ils seront empêchés par les Offices du Choeur.

LXII. Le Curé réglera seul tout ce qui concerne le spirituel et le service divin, et indiquera aux Prêtres habitués l'heure à laquelle ils diront la Messe chaque jour, tant pour les Messes de dévotion, que pour celles de fondation, dont l'heure n'aura point été fixée par la fondation.

LXIII. L'honoraire des Ecclésiastiques chargés d'annuels, sera payé suivant qu'il se trouvera porté au titre de chaque fondation; sinon, et lorsqu'il n'y aura point été pourvu par la fondation, sera fixé à raison de quinze sols pour chaque Messe, sans aucune diminution, ni distinction des Officiers d'avec les autres Ecclésiastiques.

LXIV. Le Clerc de l'oeuvre tiendra encore un Régistre sur lequel il écrira jour par jour les Obits solemnels, Octaves, Saluts et autres fondations particulières au Choeur, à mesure qu'elles y seront acquittées, avec ce qu'il aura payé de rétribution à chacun des assistans; et ce suivant qu'il a été réglé par ladite Ordonnance de l'Archevêque de Paris du 31. Décembre 1685 laquelle à cet égard sera exécutée selon sa forme et teneur.

LXV. Le Sacristain des basses Messes tiendra pareillement un Régistre paraphé du Marguiller comptable, sur lequel il inscrira jour par jour les Messes casuelles et de dévotion, sans pouvoir en mettre plusieurs en un seul article; et sera tenu de faire signer en marge de chaque article les Prêtres qui auront acquitté lesdites Messes, auxquels il donnera, pour la rétribution de chaque Messe, douze sols six deniers, conformément à ladite Ordonnance de 1685, et le reliquat sera mis au Marguiller tenant le compte par ledit Sacristain, lorsqu'il comptera de la recette et dépense desdites Messes casuelles, ce qu'il sera tenu de faire tous les trois mois; et à la fin de chaque année ledit Régistre sera remis audit Marguiller comptable, pour lui servir dans son compte de pièce justificative de ladite recette, en donnant aussi par lui audit Sacristain bonne et valable décharge.

LXVI. Comme il peut arriver que par le décès ou retraite des Ecclésiastiques chargés d'annuels, les Messes de fondations ne soient point acquittées pendant l'intervalle dudit décès ou retraite, jusqu'à ce qu'il ait été nommé un autre Ecclésiastique pour les acquitter, il sera fait tous les trois mois, ou au plus tard tous les ans, un état du nombre desdites Messes qui n'auront pas été acquittées pendant ledit intervalle, à l'effet d'être choisi par l'Assemblée ordinaire des

Ecclésiastiques pour les acquitter incessament; et en sera fait chaque année un récolement pour examiner si toutes les Messes des précédens états ont été acquittées, afin d'ajouter dans les nouveaux états celles qui ne l'auront point été dans l'année précédente: il en sera usé de même par rapport aux Messes casuelles qui n'auroient pû être acquittées dans leur tems.

LXVII. Sera fait aussi, si fait n'a été, un état ou inventaire de tous les meubles et ustensiles, soit du Bureau et de l'oeuvre, soit de la Chambre du Prédicateur et de celle des Enfans de Choeur, et généralement de tout ce qui appartient à la Fabrique, qui ne fait point partie de la Sacristie, lequel sera signé au Bureau par les Curé et Marguillers, et en sera fait pareillement un récolement tous les ans; lesquels état et récolement seront déposés dans l'armoire des titres de la Fabrique.

LXVIII. Le produit des quêtes qui se feront au profit de la Fabrique, et les offrandes qui seront faites à l'oeuvre par ceux qui rendent les Pains à bénir, sera inscrit jour par jour sur un Régistre destiné à cet effet, tenu par le Marguiller comptable en exercice, pour en être rendu compte tous les quinze jours à l'Assemblée ordinaire, lequel Régistre servira au Marguiller comptable de pièce justificative de son compte concernant le provenu desdites quêtes et offrandes.

LXIX. Sera tenu un pareil Régistre du nombre des cierges qui auront été offerts sur les Pains bénis, ensemble de ceux qui auront été délivrés pour les différentes Chapelles où il en peut être nécessaire, pour l'entretien du luminaire desquelles ils seront principalement destinés. Les souches desdits cierges et de ceux qui auront pareillement été fournis par le Marchand cirier, en vertu des mandemens et certificats expliqués en l'article LVIII. ci-dessus seront eprises, mises dans un coffre et envoyées audit Marchand cirier, pour être converties en nouveaux cierges suivant le poids qui s'en trouverra; et afin de marquer le nombre des cierges qui seront employés, tant sur le grand Autel, que sur ceux des Chapelles où il est d'usage d'en mettre, il en sera fait incessamment un Réglement, dont copie sera délivrée à qui besoin sera pour être exécuté.

LXX. Seront tenus les Curé et Marguillers en charge de veiller à ce que les Bedeaux, le Suisse et autres serviteurs de l'Eglise, s'acquittent de leurs fonctions avec exactitude; qu'ils portent honneur et respect auxdits Curé et Marguillers en charge et autres Ecclésiastiques, et à toutes sortes de personnes, sans exception; qu'ils soient

assidus à leurs devoirs et fonctions, aux Offices des Fêtes annuelles et solemnelles, des Dimanches et Fêtes d'obligation; à conduire ceux qui seront chargés de faire la quête du Prédicateur, et généralement à tout ce qui est de leurs fonctions ; ensemble à ce qu'ils distribuent fidèlement dans l'Eglise du Pain béni à tous ceux qui assistent à la Messe Paroissiale, et suivent exactement le rang et l'ordre des habitans de la Paroisse pour leur porter les chanteaux, à l'effet d'être fourni par chacun desdits habitans les Pains qui doivent être offerts pour être bénis.

LXXI. Au cas que lesdits Bedeaux, Suisse et autres serviteurs de l'Eglise manquent à remplir leur devoir, qu'ils se conduisent avec irrévérence, ou donnent lieu à quelqu'autre plainte légitime, il y sera statué dans l'Assemblée ordinaire, soit par le retranchement d'une partie de leur rétribution pour un tems, soit en leur ôtant aussi leur robe ou habit de Suisse pour quelque tems, soit en leur ôtant pour toujours.

LXXII. Sera tenu un Régistre par rues et maisons de chacun des habitans qui auront rendu les Pains à bénir, qui fera mention du jour que chacun d'eux l'aura rendu, lequel Régistre sera représenté tous les quinze jours au Bureau ordinaire, pour veiller à ce que chacun des habitans s'acquitte de ce devoir à son tour, et qui'l n'y ait ni omission ni préférence; et seront à cet effet les Bedeaux tenus, deux ou trois jours avant que de porter le chanteau, d'avertir le Marguiller en charge des noms, qualités et demeures de ceux qui sont en tour de rendre les Pains à bénir.

LXXIII. Les anciens Marguillers et Commissaires des Pauvres, et les Notables qui sont en usage de se placer dans l'oeuvre, et d'assister aux Processions, y viendront en habit décent.

LXXIV. Ne seront à l'avenir donnés aucuns repas ni jettons par les Marguillers comptables, lors de leur élection et de la reddition de leur compte.

LXXV. Sera au surplus l'article LXXIV. de l'Ordonnance de Moulins exécuté selon sa forme et teneur; et en conséquence ne sera fait aucune dépense, ni même aucune distribution de bougies, lors et à l'occasion des Assemblées générales et particulières pour les élections des Marguillers, pour la reddition des comptes ou autrement, en quelque sorte et manière que ce puisse être: ne seront pareillement faites aucunes distributions de bougies aux Marguillers lors des Processions, Saluts, et en quelqu'autre occasion que ce soit, à l'exception seule-

ment des jours auxquels il est porté par quelque fondation qu'il leur en sera distribué, auquel cas lesdites bougies seront distribuées au Clergé. *Signé*, JOLY DE FLEURY. Ladite Requête signée de lui Procureur Général du Roi: oui le rapport de Maître Philibert Lorencet, Conseiller. Tout considéré.

La Cour, sans s'arrêter à ladite délibération du Bureau de la Fabrique de Saint Jean en Grève du 13. Décembre 1734, laquelle demeurera de nul effet et comme non avenue, homologue les articles de Réglement joints à la minute du présent Arrêt, au nombre de soixante-quinze, pour être exécutés dans ladite Paroisse selon leur forme et teneur; et qu'à cet effet lecture en sera faite dans une Assemblée générale qui sera convoquée dans huitaine au plus tard après le présent Arrêt, et copie desdits articles sera donnée à chaque Marguiller entrant en exercice, etc.

II.

Rapport et Projet de décret

sur l'organisation des Fabriques des Eglises.

Rapport de la section de l'Intérieur.

Février 1809.

L'article 76 de la loi du 18 Germinal An 10 ordonne qu'il sera établi des Fabriques pour veiller à l'entretien et à la conservation des temples et à l'administration des aumônes.

Cet article rappelle à la vie une institution qui remonte en France à l'époque même de l'introduction du christianisme; mais on pense que l'établissement des fabriques, pour être à la fois utile et stable, a besoin d'être gouverné par un réglement général solennellement intervenu dans les formes prescrites pour les réglements d'administration publique.

Le Ministre de l'Intérieur en a reconnu la nécessité;

il a eu l'honneur de présenter un rapport à Sa Majesté, pour lui exposer les inconvénients qui résultent de l'existence des doubles fabriques qui administrent ou plutôt qui divisent en ce moment les paroisses, et il a réclamé une organisation uniforme. Sa Majesté a renvoyé son rapport à la section de l'Intérieur qui propose aujourd'hui à Sa Majesté et à son Conseil ses vues et son travail sur ce sujet.

Avant de rechercher ce qui doit être, il sera bon de jeter un coup d'oeil sur ce qui est et sur ce qui a été.

En rapprochant ces deux systèmes nous trouverons les éléments de celui que comportent nos institutions et nos moeurs nationales.

Examinons d'abord ce qui existe.

On ne pouvait s'occuper de l'organisation des fabriques avant d'avoir terminé l'organisation du clergé. Il fallait avant tout des ministres et des temples.

Aussi le Ministre des Cultes présenta-t-il, le 9 Floréal An 11, un rapport à Sa Majesté dans lequel il exposait qu'il était impossible pour le moment de faire un réglement général pour toutes les fabriques de l'Empire; qu'en parcourant les divers réglements qui existaient autrefois, on voyait que la plupart de ces réglements n'étaient point l'ouvrage direct du magistrat, mais qu'ils avaient été simplement homologués par lui; qu'on laissait à chaque fabrique particulière le soin de proposer elle même les vues et les plans les mieux adaptés á sa situation; c'est à dire qu'on s'en rapportait aux personnes ecclésiastiques et laïques qui, sur les lieux, par zèle ou par devoir vouaient leur temps et leurs travaux à l'administration paroissiale; qu'en l'état, les fabriques n'existant pas encore, les archévêques et évêques en étaient les représentants naturels. Il conclut, en conséquence, à ce que les évêques fussent autorisés á rédiger des projets de réglements, qui seraient présentés à l'approbation de Sa Majesté.

Par décision [1]) du même jour, l'Empereur approuva la proposition du Ministre.

Sur ses entrefaites, Sa Majesté fit un voyage en Belgique, elle fut accompagnée de son Ministre de l'Intérieur. Par arrêté pris à Bruxelles le 7 thermidor An 11, sur le rapport de ce ministre, il fut ordonné que les biens non aliénés et les rentes non transférées provenant des fabriques seraient rendus à leur ancienne destination; qu'à cet effet les biens de fabrique des églises supprimées seraient réunis à ceux des églises conservées, dans l'arrondissement desquelles ils se trouveraient, et que ces biens seraient administrés dans la forme déterminée pour les biens communaux, par trois marguilliers nommés par le Préfet, sur une liste double présentée par le maire et le curé ou desservant.

Le même arrêté ajouta que le curé ou desservant aurait voix consultative, et que les marguilliers nommeraient parmi eux un caissier dont les comptes seraient rendus dans la même forme que ceux des dépenses communales.

Les Ministres de l'Intérieur et des Finances furent chargés de l'exécution de cet arrêté.

Il ne fut toute fois considéré que comme une opération accidentelle. On pensa qu'il n'avait pour objet que l'administration des biens restitués, et qu'il ne devait pas recevoir d'exécution dans les départements où il n'existait pas de pareils biens. Le petit nombre des marguilliers qu'il instituait, le mode de leur nomination, la spécialité de leurs fonctions, firent penser avec raison que ces marguilliers ne pouvaient représenter les fabriques dont la loi du 18 germinal An 10 ordonnait l'établissement; aussi la plupart des préfets regardèrent - ils l'arrêté du 7 Thermidor An 11 comme étranger à leur département.

---

[1]) Aus dem Bericht des Ministers Portalis vom Juli 1806. p. 390.

Les archévêques et évêques, autorisés par la décision de Sa Majesté à rédiger des projets de réglements pour les fabriques de leur diocèse, adressèrent ces projets au Ministre des Cultes, qui les présenta successivement à la sanction de Sa Majesté. [1]) Ils sont tous postérieurs à l'arrêté du 7 Thermidor.

Aussi le Préfet de la Seine, et plusieurs autres ont pensé que l'institution des marguilliers créés en exécution de l'arrêté du 7 thermidor An 11, n'était qu'une institution qui devait se fondre dans celle des fabriques proprement dites; et de concert avec les évêques, ils ont procédé à la nomination des marguilliers, dont l'existence avait été consacrée par les réglements rédigés en exécution de la décision impériale du 9 Floréal An 11.

Dans d'autres départements, les marguilliers nommés en exécution de l'arrêté du 7 thermidor An 11, se sont assimilés aux officiers municipaux, et ont considéré les biens de fabrique comme de véritables biens communaux. Ils ont, en conséquence, voulu exclusivement ressortir à l'administration civile et au ministère de l'Intérieur, et plusieurs questions de compétence se sont élevées à ce sujet.

Les réglements proposés par les Evêques, et sanctionnés par l'Empereur diffèrent dans les détails comme les localités auxquelles ils sont destinés; mais les bases en sont uniformes.

Chaque [2]) fabrique est composée d'un conseil et d'un bureau.

Dans les villes, le Conseil est composé de sept membres; il n'y en a que cinq dans les communes rurales.

Le bureau est composé des trois marguilliers en exercice.

---

[1]) Auszug desselben Berichts p. 392, 398 ff.

Aus dem angeführten Bericht p. 400.

Il y a de plus un secrétaire et un trésorier dans chaque fabrique.

Le curé jouit de la préséance, et préside les assemblées soit du Conseil, soit du bureau.

Pour la première fois les membres du Conseil et du bureau ont été nommés par les évêques, avec l'agrément des Préfets. Le Conseil de chaque fabrique a été chargé du remplacement des membres qui sortent annuellement.

Pour être élu, il faut être catholique, fonctionnaire public dans la paroisse, ou l'un des propriétaires les plus imposés de la commune.

Le Conseil délibère sur toutes les affaires importantes; il nomme un secrétaire et un trésorier; il entend annuellement les comptes du trésorier; il reçoit les libéralités faites à la fabrique; il fixe le prix de chaises; il fait la concession des bancs; il autorise les dépenses qui excèdent une certaine somme; il s'assemble toutes les fois que les circonstances le requièrent.

Le bureau est chargé de toutes les affaires courantes.

Le Conseil est convoqué par le curé, soit d'office, soit sur la demande des marguilliers en exercice qui composent le bureau.

Les évêques en cours de visite ont le droit de se faire représenter les comptes des trésoriers; la représentation de ces comptes ne peut être refusée aux vicaires généraux qui visitent les paroisses par ordre des évêques.

Tel est le système général et l'organisation actuelle des fabriques, connues sous le nom de fabriques intérieures, parcequ'elles ont pour objet de veiller aux besoins et de pourvoir aux frais journaliers du culte, de régler tout ce qui concerne le matériel de son exercice, et de percevoir tout ce qui peut être perçu dans l'intérieur des églises.

Passons à l'examen de ce qui existait autrefois.

Dans les premiers temps de l'église, les biens ecclésiastiques étaient divisés en quatre portions égales, dont

la troisième était affectée à l'entretien des églises, et la quatrième au soulagement des pauvres; les évêques avaient le gouvernement de tous ces biens.

Successivement ils se déchargèrent de cette dernière partie de l'administration, sur les archidiacres, et ceux-ci sur les curés.

Mais ni les uns, ni les autres en administrant le temporel des églises et le patrimoine des pauvres, n'agissaient en vertu des pouvoirs purement spirituels qu'ils avaient reçus de l'église; ils n'étaient à cet égard que les vices-gérents de la puissance publique: ils exerçaient un simple ministère de confiance.

Des abus se manifestèrent. Il fallut avoir recours, pour l'entretien des églises et la subsistance des pauvres, à de nouvelles libéralités des fidèles; alors on appela des laïques à l'administration des biens destinés à l'entretien des églises et aux aumônes. On voulut que les fidèles fussent convaincus par eux mêmes du bon usage qu'on faisait de leurs dons, et d'un autre côté que les ecclésiastiques fussent déchargés de l'éxaction des deniers dus à la fabrique, et qui pouvaient nécessiter des rigueurs peu compatibles avec un ministère de paix, de miséricorde et de charité.

Suivant l'ancienne discipline de l'église, les évêques etaient chargés de veiller à l'emploi des revenus de fabrique et d'examiner les comptes de ceux qui en avaient été les administrateurs. Ils négligérent cette partie de leurs fonctions. L'Université de Paris appela sur ce sujet l'attention du roi par des remontrances; et Charles VI par une ordonnance rendue en 1385, ordonna à ses sénéchaux et baillis de connaître de tout ce qui regardait le temporel des églises et les revenus d'icelles.

On crut cependant que l'intérêt de l'église, et le respect du aux coutumes anciennes et aux principes reçus, ne permettaient pas que les ecclésiastiques se désaisissent

de toute participation à l'administration des fabriques. Le concile de Salsbourg, tenu en 1420, voulut que les laïques ne pussent administrer les biens de fabrique sans y être appelés par les évêques ou les chapitres. Le synode de Freisengen, tenu en 1440, donna aux curés le droit de choisir les marguilliers.

Le Concile de Mayence, tenu en 1549, ordonna que les revenus de l'église ne seraient pas confiés aux laïques seuls; il prescrivit de leur adjoindre le curé en qualité de principal administrateur. Il défendit cependant qu'on le chargeat de la levée des deniers, et il ordonna que les comptes seraient rendus annuellement aux notables de la paroisse. Il détermina de plus, que les revenus de la fabrique seraient versés dans un coffre à plusieurs clefs, dont l'une serait remise au Curé. On retrouve à peu près les mêmes dispositions dans les statuts de différents synodes tenus en France, à Beauvais, à Aleth, à Noyon et à Bordeaux, dans les années 1653, 1660, 1673 et 1704.

Néanmoins l'usage de faire nommer les marguilliers dans une assemblée générale de la paroisse prévalut dans le dernier siècle, à quelques exceptions près. C'est ainsi par exemple, que l'église de Troyes avait des marguilliers perpétuels, pourvus par l'évêque; et qu'en Provence, où la féodalité n'avait jamais eu assez de force pour dissoudre le corps social et l'obliger à se recomposer pour ainsi dire par corporation, c'étaient les communes elles mêmes qui étaient fabriciennes, et l'oeuvre de la paroisse n'y était presque jamais distinguée de l'administration municipale.

Pour nous en tenir à l'usage le plus universel, on appelait, dans les grandes villes, à l'assemblée générale de la paroisse, les personnes de considération, les officiers de justice, police et finance, ceux du chapitre s'il y en avait un, les échevins et conseillers de ville, les avocats exerçant leur profession, ceux qui avaient passé par les charges, les commissaires des pauvres domiciliés

dans la paroisse, et les autres personnes notables. Les élections s'y faisaient à la pluralité des voix.

Dans les villages où la population était moindre on convoquait tous les habitans.

A Paris et dans quelques autres grandes villes il y avait des marguilliers d'honneur, outre les marguilliers comptables. Les premiers étaient ordinairement des officiers de cour souveraine, de juridiction royale, ou des avocats. Il y avait des paroisses où l'on était dans l'usage de n'élire pour marguilliers comptables que des personnes d'une certaine condition; ainsi dans celle de St. Jean en Grève de Paris, dont le réglement est cité comme un modèle par tous les auteurs qui ont traité de cette matière, les marguilliers comptables devaient toujours être choisis parmi les anciens commissaires des pauvres. Généralement on n'élisit guère à ces fonctions dans les villes, que des notaires, des procureurs ou des marchands.

Le nombre des personnes qui composaient les assemblées ordinaires de la fabrique variait suivant les lieux, ainsi que celui des marguilliers en charge. Presque toujours le bureau ou l'assemblée ordinaire se composait de ces derniers, et d'un certain nombre de ceux qui avaient les plus récemment rempli les mêmes fonctions.

Les assemblées de la fabrique se tenaient toujours dans l'église ou dans un lieu attenant à l'église.

Les curés avaient le droit d'assister tant aux assemblées générales qu'aux assemblées particulières; ils y tenaient la première place. Ils étaient nommés les premiers dans les délibérations; ils opinaient les premiers et signaient également les premiers. Néanmoins c'était le premier marguillier qui présidait, qui recueillait les suffrages, et dont la voix prévalait en cas de partage d'opinions. Les curés nommaient et choisissaient les prêtres habitués pour desservir l'église; ils réglaient seuls ce qui concernait le service spirituel et l'office divin. Les marguilliers ne pou-

vaient accepter aucune fondation sans leur avis; même dans plusieurs diocèses, tels que celui d'Orléans, par exemple, les marguilliers ne pouvaient agir que conjointement avec le curé et ils pouvaient faire aucune dépense excédent un taux très modique, sans rapporter son consentement.

Les fabriques ne pouvaient ordonner des réparations considérables ou des constructions nouvelles, sans avoir obtenu, à cet effet, des lettres patentes. Pour les obtenir, il fallait une délibération de l'assemblée générale, la permission de l'évêque, le consentement des habitans et l'autorisation de l'intendant. Les fabriques ne pouvaient faire aucun emprunt, ni constituer aucune rente, sans y être autorisées par une délibération de l'assemblée générale qui devait contenir le motif de l'emprunt, la quotité de la somme, et en déterminer l'emploi. Cette délibération devait être homologuée au Parlement. Le bureau ne pouvait entrependre de procès, faire aucun emploi ni remploi des deniers, ni accepter aucune fondation sans une délibération préalable de l'assemblée générale.

Les marguilliers qui sortaient de charge remettaient à leurs successeurs un état des revenus, tant fixes que casuels, de la fabrique et de toutes les charges et dépenses ordinaires et extraordinaires. Parmi les marguilliers en exercice, on en choisissait un plus spécialement nommé marguillier comptable qui percevait les revenus de la fabrique, ceux des pauvres et des écoles de charité. Il faisait les dépenses pour les frais de l'église et de la sacristie ; en conséquence aucun artisan ou marchand ne devait rien faire ou fournir sans un ordre du marguillier comptable.

Les marguilliers étaient tenus de compter tous les ans. Les comptes devaient être présentés aux évêques ou à leurs archidiacres, lors qu'ils faisaient leurs visites dans le cours de l'année ; mais après l'année révolue ils étaient examinés et arrêtés par les curés et principaux habitans formés en assemblée générale ; pour être ensuite présentés aux évêques ou aux archidiacres, lors de leurs premières visites.

Les évêques ne pouvaient, sans abus, renvoyer à leurs officiaux la connaissance des comptes des fabriques.

Les ordonnances rendus par les évêques ou leurs archidiacres au sujet des comptes des fabriques et les jugements intervenus sur ces comptes étaient exécutoires, nonobstant l'appel. Les contestations qui survenaient touchant cette comptabilité, soit entre les anciens ou nouveaux marguilliers, soit entre les marguilliers et les habitans, étaient portées devant les tribunaux ordinaires. On n'allouait dans les comptes de fabrique que les dépenses nécessaires pour le service divin, l'acquit des fondations et l'entretien de l'église.

Les biens de fabrique ne pouvaient être aliénés sans l'autorisation des évêques.

Au reste, les comptes des fabriques étaient, dans quelques provinces, comme en Lorraine, rendus tous les ans aux officiers du souverain, qui assistaient même aux auditions des comptes reçus par les évêques ou leurs grands vicaires, dans les villes et lieux où les Prélats avaient coutume d'entendre ces comptes. La même chose s'observait en Alsace, ainsi que dans les Pays Bas français. L'usage et la législation, à ce sujet, ne variaient pas seulement quant aux lieux; ils ont varié aussi suivant les temps. Nous avons vu que Charles VI avait chargé ses officiers de justice de faire compter les administrateurs des fabriques. Charles IX attribua exclusivement ce soin aux évêques, par lettres patentes du 15 Octobre 1571. Henri III, par son édit de juillet 1578, le remit aux élus. En Mai 1582, cette surveillance fut rendue aux évêques. En Mars 1587, on en investi de nouveau les élus; mais le clergé obtint presqu'aussitôt la révocation de ce dernier édit. Néanmoins, en 1605, Henri IV rétablit les magistrats dans le droit de connaître les comptes des fabriques. Ce ne fut pas pour longtemps: en effet, par lettres patentes du 16 Mars 1609, il reporta cette attribution aux évêques,

à la charge toutefois d'appeler les procureurs fiscaux à l'audition des comptes. D'autres lettres patentes et deux déclarations de Louis XIII confirmèrent ces dispositions. Enfin l'article 17 du fameux édit du mois d'avril 1695, qui fixa définitivement en France les limites de la juridiction ecclésiastique, et qui devint la loi commune de l'Etat, a chargé définitivement les évêques, leurs archidiacres ou tout autre ecclésiastique commis par eux, d'entendre ces comptes en présence des officiers de justice et notables habitants.

Un nombre innombrable d'arrêts établit la conformité de la jurisprudence des diverses cours souveraines avec les dispositions de cette loi.

Les marguilliers avaient, ainsi que les curés, la garde des clefs de l'église, celle des ornements, de l'argenterie, du linge, des tapisseries et autres meubles, sauf ce qui était à l'usage journalier de la sacristie, et dont le sacristain était chargé.

Le clerc de l'oeuvre était choisi par l'assemblée générale, et le sacristain par le curé. Les enfants de choeur, leur maitre, l'organiste, les bedeaux, les suisses et les autres serviteurs de l'église, étaient nommés par les marguilliers. Ils nommaient également les prédicateurs de l'avent et du carême.

Les titres de la fabrique étaient gardés dans un coffre dont le curé avait une clef et les marguilliers une autre. Les marguilliers avaient une place distinguée dans l'église, mais ils n'y avaient point la préséance sur les officiers de justice.

Tels étaient les réglements qui régissaient autre fois les fabriques et dont la section de l'Intérieur a reconnu qu'il fallait se rapprocher le plus possible. Cependant il n'est pas innutile d'observer que si nous présentons en un seul corps les traits généraux qui y étaient épars, une foule de différences dans les détails diversifiaient ces

établissements entre eux; diversité qui leur était commune avec tous les corps de l'Etat, dans un temps où il n'y avait d'uniforme en France qu'une diversité sans bornes, de lois, d'usages et de jurisprudence.

En comparant ce qui existe et ce qui existait, la section a d'abord remarqué que les fabriques avaient anciennement pour base une espèce d'assemblée primaire où étaient appelés tous les paroissiens. On ne retrouve rien de pareil dans les nouvelles fabriques.

L'évêque a été chargé seul de leur première composition, et le curé ou desservant a été transformé en président nécessaire du bureau.

D'un autre côté les rapports de la fabrique avec la commune n'ont point été réglés, et le mode de leur comptabilité n'a pas été suffisamment déterminé.

Les motifs de ces innovations et les causes de ces omissions sont faciles à expliquer.

On pense d'abord qu'après tant d'expériences si tristes et si récentes, les assemblées générales de citoyens étaient peu favorables. De plus, on a remarqué que lorsque l'intérêt personnel n'engage pas les hommes à dépenser leur temps pour un objet d'utilité publique, ils n'y sont guère portés que par le zèle ou l'esprit de parti: mais le zèle est rare, l'esprit de parti dangereux et une assemblée nombreuse est difficilement composée d'hommes que le zèle seul anime. Dans les premiers moments de l'organisation religieuse, les divisions théologiques, encore mal éteintes, ne permettaient pas que l'on rassemblât des hommes désunis, et dont les querelles se seraient perpétuées si l'on avait remis entre leurs mains les intérêts temporels de l'église.

D'un autre côté l'existence des fabriques extérieures ou des marguilliers institués par l'arrêté du 7 thermidor An XI, avait jeté les fabriques intérieures tout à fait hors de la sphère de l'administration, puisque celle-ci sem-

blait s'être fait sa part à elle même et annonçait l'intention de gouverner exclusivement et directement les biens dont l'Etat dotait les églises. Ce fut mal à propos sans doute qu'on réduisit dans les fabriques le curé ou desservant à la voix consultatire et qu'on ne plaçat point ces établissements sous la surveillance de l'évêque. Les intérêts temporels de l'église et par contre coup ceux des communes, en souffrirent; la considération due aux ministres des autels en fut affaiblie, et leur autorité légitime fût compromise. Il ne faut donc point s'étonner si l'on chercha à rétablir la balance lors de la composition des fabriques intérieures.

Les mêmes causes entraînèrent les omissions dont nous avons parlé. Pour avoir voulu séculariser entièrement un établissement mixte de sa nature, on le scinda, et une de ses plus importantes parties fut soustraite à la surveillance, des magistrats.

Aujourdhui la section pense qu'il importe de rentrer dans l'ordre commun, et de se rapprocher de ce qui existait autre fois. Il ne faut qu'une fabrique, comme il n'y a qu'une paroisse; elle doit avoir des rapports intimes avec la commune, sans être confondue avec elle.

En effet, la commune et la paroisse sont deux espèces distinctes d'associations particulières, ou d'individus collectifs; dans l'une, il s'agit de pourvoir à tous les intérêts temporels de la vie présente; dans l'autre les intérêts temporels ne peuvent être considérés que comme moyens. La commune se compose de l'universalité des habitants formant un corps reconnu par la loi: la paroisse n'est que la réunion des fidèles sous un même pasteur; elle est dans la commune et elle n'est point la commune. [1])

L'administration municipale veille sur tout ce qui

---

[1]) Derselbe Satz findet sich in der Rede des Grafen Portalis im gesetzgebenden Körper vom 3. Februar 1810 über das Gesetz vom 14. Februar. Vgl. Hermens a. a. O. III. 426.

touche à la surêté et au bien être des citoyens; son autorité paternelle et domestique embrasse l'universalité des besoins communs: la fabrique n'administre dans la paroisse que ce qui tient au matériel du culte. L'administration municipale se suffit à elle même: la fabrique suppose l'exercice du culte, et n'a d'action que sur les accessoires qu'il nécessite; car les biens célestes sont dispensés exclusivement par les ministres des autels, et les administrateurs de la fabrique n'en sont que les auxiliaires.

Ce rôle secondaire ne saurait convenir aux dépositaires du gouvernement municipal. D'ailleurs, puisque la paroisse n'existe que pour procurer aux fidèles les consolations, les secours, les lumières de la religion, puisqu'elle est placée sous le gouvernement d'un pasteur qui dépend lui même de l'évêque, et puisque la fabrique n'existe que dans l'intérêt de la paroisse, elle ne saurait être indépendante des pasteurs qui président à l'exercice du culte et qui en ont reçu l'honorable mission de l'Empereur et de l'église.

Mais si l'Etat assigne des fonds particuliers aux dépenses du culte, si les fidèles y contribuent par leurs dons volontaires et individuels, l'Etat ne pourvoit point à tout, et les libéralités des fidèles ne sauraient suppléer à tout ce qui manque: alors la commune doit venir au secours de la societé religieuse qu'elle porte dans son sein, puisque la formation des communes a principalement pour but de créer un genre de ressources qui subvienne à cet ordre de besoins trop généraux pour rester à la charge de citoyens sans l'être assez pour tomber à celle de l'Etat. [1]) Il importe donc que les administrateurs de la commune aient l'oeil sur la conduite des administrateurs de la fabrique, puisqu'un emploi mal entendu des fonds spéciaux des fabriques tournerait au détriment des communes.

---

[1]) Vgl. die angeführte Rede bei Hermens a. a. O.

Pour atteindre ce but on peut remettre l'administration des fabriques à un conseil général et à un bureau. Le conseil général délibérera et le bureau exécutera. Le curé, ou, en cas d'empêchement, un de ses vicaires, le maire, ou, en cas d'empêchement un de ses adjoints y siègeront nécessairement; le premier, comme le chef et le pasteur de l'église; le second comme le tuteur et le représentant de la commune, dont il surveille partout les intérêts. Les autres membres du conseil général seront, pour la première fois, laissés au choix de l'évêque et du préfet, dans une proportion telle, que l'évêque en nommera toujours la moïtié plus un. Cette proportion a paru indiquée par la nature même de l'administration dont il s'agit.

Par ce moyen, on assurera l'éxercice du culte, de lamanière àla foisla plus convenable etla moins onéreuse aux communes.

On ne retombera point dans les inconvénients des assemblées populaires, qu'une bonne police repousse toujours, lors même qu'elles ne peuvent plus troubler la paix religieuse, et l'on aura une représentation utile et complète des fidèles et des propriétaires, également intéressés, en cette double qualité, au maniement des fonds de la fabrique et de la commune.

Les membres nommés par l'évêque représenteront plus spécialement les personnes pieuses pour lesquelles le maintien de la dignité du culte est une affaire de conscience; et celles nommées par le préfet représenteront plus spécialement les propriétaires.

Ce n'est pas qu'on ne puisse trouver réunies dans les mêmes individus les conditions qui peuvent offrir une égale garantie aux intérêts des contribuables et à ceux du culte; mais il ne faut point se dissimuler qu'on s'exposerait à une économie sordide et déplacée qui dégraderait la religion, si on abandonnait exclusivement le soin de contrôler les frais des cérémonies religieuses à des hommes qui ne seraient appelés à de telles fonctions qu'à cause de

leur fortune et dont les opinions pourraient être peu favorables au culte et à ses ministres.

Le budget de la fabrique sera discuté et arrêté par le conseil général, dont la composition assure déjà suffisamment les intérêts de la commune contre toute surprise. Il sera ensuite soumis au conseil municipal en tant qu'il peut entrainer la commune dans une dépense quelconque. Le concours de l'administration supérieure est également requis en ce cas, et cependant le droit légitime des évêques est maintenu. On ne soumet au conseil municipal que ce qui concerne la commune. Les détails des dépenses qui ne se rapportent qu'aux cérémonies du culte, ne seront point pesés à un autre poids que celui du sanctuaire. On portera en un seul article dans le budget les sommes qui sont nécessaires pour les objets de consommation et les réparations indispensables des ornements, meubles et ustensiles d'église et de sacristie. Si la somme semblait excessive, le conseil municipal pourra bien en solliciter la réduction; mais il ne le pourra qu'en général, sans contrôler les articles divers dont elle se compose, ni en rayer aucun. L'autorité des évêques seule prononcera sur l'objet de ces réductions, lorsqu'elles auront été jugées définitivement nécessaires; le tout selon le voeu de la loi, qui les charge de diriger, dans leur diocèse, l'exercice du culte (article 9 de la loi du 18 Germinal An X).

Il n'y a rien à changer aux dispositions de l'édit de 1695 relativement aux comptes des fabriques. Nous avons déjà observé que ces établissements, quoique laïques, n'existant cependant que pour le bien des églises, ne sauraient demeurer étrangers, dans leur administration, aux ministres des cultes.

Les évêques peuvent d'autant mieux apprécier les comptes des fabriques, et la nature des dépenses portées dans ces comptes, qu'ils sont chargés, en faisant leurs visites, de veiller à ce que les paroisses soient entretenues

convenablement et fournies de livres, croix, calices, ornements et autres choses nécessaires pour la célébration du service divin. Ce sont les dipositions de l'article 52 de l'ordonnance de Blois, de l'article 3 de l'édit de Melun, et de l'article 21 de l'édit de 1695. Ces dispositions paraissent implicitement confirmées par les dispositions de la loi du 18 Germinal An X. En effet l'article 75 de cette loi porte que les édifices anciennement destinés au culte catholique actuellement dans les mains de la nation, à raison d'un édifice par cure et par succursale, seront mis à la disposition des évêques par arrêté du préfet du département. La même loi renouvelle pour les évêques (article 23), l'obligation de visiter leur diocèse à certaines époques, obligation qui leur était imposée par les anciens canons.

En mettant les églises à leur disposition, et en les obligeant à les visiter, le législateur a bien entendu que les évêques auraient sur elles un droit d'inspection. Ils ont donc sur ce point une initiative incontestable. D'ailleurs, le culte s'exerce sous leur direction. Il n'y a point de culte sans matériel; et s'ils ne peuvent arbitrairement ni souverainement disposer de ce matériel, ils sont nécessairement appelés à veiller à sa conservation ou à son renouvellement, et à provoquer à ce sujet, auprès de l'administration toutes les mesures nécessaires pour faciliter l'exercice du culte. On ne propose pas, comme le veut, l'édit de 1695, d'obliger les autorités constituées à exécuter les ordonnances que les évêques pourraient rendre sur les réparations des églises; ils n'ont actuellement en France, auprès de ces autorités, que le simple droit de réquisition: mais on croit qu'il est impossible de leur refuser celui de surveiller le maniement des deniers que la piété des fidèles verse entre les mains des ministres des cultes pour les frais des cérémonies religieuses et pour l'acquit des droits qui reviennent à l'église pour l'entretien des lévites et du sanctuaire.

Les comptes seront donc clos et arrêtés chaque année par l'assemblée générale. L'évêque diocésain pourra toujours y envoyer un commissaire; et, en cours de visite, il aura ainsi que les vicaires généraux, le droit de se les faire représenter, ainsi que les registres des délibérations, pour être par lui contestés ou approuvés, selon l'exigence des cas. Néanmoins, et comme le voulaient les lettres patentes de 1582, tous les ans les marguilliers seront tenus de déposer un double desdits comptes au secrétariat général de la préfecture.

On ne peut craindre que les évêques abusent d'une surveillance qu'ils exerceront publiquement, qu'ils tiennent de la concession du prince et qui leur est confiée seulement en vue du plus grand bien de l'Etat. D'ailleurs la temporalité de l'eglise actuelle consiste presque exclusivement en ressources casuelles, telles que le produit des quêtes pour les frais du culte, la location des bancs et chaises, et les oblations des fidèles; et il est d'ailleurs presque absolument impossible de faire le départ des choses spirituelles et des choses temporelles avec une justesse telle, que le culte puisse, d'un côté, marcher sans entraves, si l'on refuse, de l'autre, toute action à ses ministres sur les objets matériels, qui sont, pour ainsi dire, les conditions de possibilité de son exercice.

Une partie de ce que nous venons de dire relativement à l'évêque, est encore plus applicable aux curés. En effet la loi du 19 Germinal an X, concernant les cultes protestants, porte, article 21 que les assemblées des consistoires seront présidées par le pasteur ou le plus ancien des pasteurs. Or les consistoires sont les fabriques des églises protestantes. Il est naturel de penser que les ministres du culte catholique doivent être assimilés en ce point aux ministres protestants. Il parait donc convenable de leur conserver la préséance dans les assemblées de

fabrique en laissant toute fois la présidence élective comme elle l'était autre fois.

La section pense que le rétablissement des marguilliers d'honneur sera tout à la fois un encouragement pour les hommes estimables et laborieux qui se consacrent à l'administration paroissiale, et une mesure propre à relever la majesté du culte. Le marguillier ordinaire verra, avec une douce satisfaction, un fonctionnaire public distingué s'asseoir à ses côtés dans les bancs de l'oeuvre. En lui cédant la première place aux jours de solennité, il la retrouvera bien plus honorée et bien honorable lorsqu'il la reprendra les jours ordinaires; il s'en orgueillera d'être le second là où naguère c'était peu de chose d'être le premier. Le peuple qui verra ses premiers magistrats prendre place parmi les modestes administrateurs du denier de la veuve, apprendra que rien n'est petit dans un si grand intérêt et si l'on voit s'accroître par cette mesure le respect qu'inspire la religion, celui qui entoure les fonctionnaires publics en sera aussi augmenté. [1])

Tel est le plan général du système adopté par la section de l'Intérieur. Elle a tiré les détails réglementaires de son projet, des anciens réglements de fabrique; en les adoptant de son mieux à l'état présent des choses, elle croit avoir pourvu à tout, et c'est avec confiance qu'elle a l'honneur de soumettre au Conseil le résultat de son travail.

---

[1]) In den bischöflichen Reglements waren die Ehren-Kirchmeister nicht wieder eingeführt. Portalis rechtfertigt es in seinem Bericht vom Juli 1806 p. 404 durch die Bemerkung: Le principal objet était d'assurer de bons administrateurs aux fabriques, et pour cela de ne point dégoûter les hommes qui travaillent, en leur laissant toutes les charges et en concédant les honneurs à ceux qui ne travaillent pas. Diese Ansicht scheint allerdings besser begründet als die »douce satisfaction«, welche der vorliegende Bericht voraussetzt.

Projet de décret.

Napoléon, Empereur des Français, Roi d'Italie et Protecteur de la Confédération du Rhin;

Vu l'article 76 de la loi du 18 Germinal An X; sur le Rapport de nos Ministres de l'Intérieur et des Cultes;

Nous avons décrété et décretons ce qui suit:

Article 1. Les fabriques, dont l'article 76 de la loi du 18 Germinal An X a ordonné l'établissement, sont chargées de veiller à l'entretien, à la conservation des temples, d'administrer les aumônes et les biens, rentes et perceptions autorisées par les lois et les réglements et qui sont affectés à l'exercice du culte; enfin, de pourvoir aux dépenses nécessaires à l'exercice du culte paroissial et du maintien de sa dignité.

Article 2. Chaque fabrique sera composée d'un conseil général et d'un bureau des marguilliers.

Article 3. Dans les villes dont les maires sont à notre nomination, le Conseil général pourra être composé de quinze[1]) conseillers de fabrique: dans toutes les autres communes il devra l'être de neuf. Le bureau sera partout composé de trois marguilliers sans compter le curé ou desservant.

Article 4. Le curé ou desservant sera de droit membre du bureau et du Conseil. Il pourra s'y faire remplacer par un de ses vicaires s'il en a. Il aura la première place.

Article. 5. Dans les villes où il y aura plusieurs paroisses ou succursales, le maire sera de droit membre

---

[1]) Pfarrer und Bürgermeister eingeschlossen, wie man aus Art. 7 ersieht. Das Decret vom 30 December 1809 Art. 3 und 6 bestimmt 9 oder 5 Mitglieder »non compris les membres de droit.«

du conseil de toutes les fabriques. Néanmoins, il pourra s'y faire remplacer comme il est dit en l'article précédent.[1])

Article 6. Le maire de la commune du chef-lieu de la paroisse ou succursale, sera de droit membre du conseil de la fabrique; il pourra s'y faire remplacer par un de ces adjoints; il le devra même, s'il ne professe pas la religion catholique, auquel cas il se fera représenter par celui des adjoints qui professerait cette religion, et, s'il n'en avait pas, par un membre catholique du conseil municipal.

Article 7. Dans les paroisses ou succursales dans lesquelles le Conseil général de la fabrique sera composé de quinze membres, sept seront à la nomination de l'évêque, et six à celle du préfet. Dans celles où il ne sera composé que de neuf membres, l'évêque en nommera quatre et le préfet trois. Ils devront tous être catholiques, laïques et domiciliés dans la paroisse.

Article 8. Le conseil général s'assemblera tous les premiers dimanches du mois, à l'issue de la grand' messe ou des vêpres, dans l'église, dans un lieu attenant à l'eglise ou dans le presbytère. Il nommera, le premier dimanche de chaque année son président au scrutin.

Article 9. Le conseil général nommera les marguilliers; il vérifiéra le compte annuel du trésorier, il delibérera sur les dépenses extraordinaires et sur les réparations foncières, sur l'emploi et remploi des deniers de la fabrique, sur l'acceptation des fondations; et il arrêtera le budget de la fabrique.

Article 10. Les marguilliers nommeront entre eux un président, un trésorier et un secrétaire. En cas de partage, le président aura voix prépondérante. Le curé ou desservant, ni aucun marguillier fonctionaire public, nepourront être élus trésoriers. Le bureau sera chargé de préparer les affaires qui doivent être portées au Conseil général, de l'èxecution de ses délibérations et de l'admi-

---

[1]) Die Artikel 5 und 6 sind wie es scheint verstellt.

nistration journalière du temporel de la paroisse. Le bureau sera renouvelé par tiers chaque année. L'élection aura lieu le premier dimanche de janvier.

Article 11. Le bureau s'assemblera tous les quinze jours à l'issue de la messe paroissiale, au lieu indiqué pour la tenue des séances du conseil général. Les marguilliers ne pourront délibérer s'ils ne sont au moins au nombre de trois; toutes les délibérations seront signées par les membres présents; dans les cas extraordinaires, le bureau sera convoqué, soit d'office par le président, soit sur la demande du curé ou desservant.

Article 12. Il sera présenté chaque année, au bureau par le curé ou desservant, un aperçu des dépenses nécessaires à l'exercice du culte, soit pour les objets de consommation, soit pour les réparations indispensables des ornements, meubles et ustensiles d'église. Cet aperçu, après avoir été approuvé par le bureau, sera porté en bloc sous la désignation de *dépenses intérieures,* dans le projet de budget général de la fabrique. Ce budget balancera la dépense et la recette de l'église; et si les revenus sont insuffisants pour acquitter, soit les frais indispensables du culte, soit les dépenses nécessitées pour le maintien de sa dignité, soit les réparations des bâtiments, les gages des officiers et serviteurs de l'église, ou pour fournir à la subsistance de ceux des ministres que l'Etat ne salarie pas, il contiendra l'aperçu des fonds qui devront être demandés à la commune pour y pourvoir.

Article 13. Le budget sera soumis au Conseil général dans sa session de juillet de chaque année. Il sera envoyé à l'évêque diocésain pour avoir son approbation. Dans les cas où la fabrique de l'église se suffirait à elle même et n'aurait rien à demander à la commune, il pourra, sans autres formalités, recevoir sa pleine et entière exécution.

Article 14. Dans le cas contraire, le budget de la

fabrique sera porté au conseil municipal, pour y être délibéré ce qu'il appartiendra. La délibération du conseil municipal devra être confirmée par le préfet, qui la communiquera préalablement à l'évêque diocésain pour avoir son avis : dans le cas où l'évêque croirait devoir recourir à l'autorité supérieure contre la décision du préfet, le recours sera suspensif, et toutes choses demeureront en l'état.

Article 15. Dans le cas où les revenus de la fabrique excéderaient ses besoins, il pourra être formé de cet excédant un fonds de réserve qui sera destiné à subvenir en tout ou en partie à cette portion de dépense du culte laissée à la charge des communes, telles que les grosses réparations des églises et presbytères, le traitement des vicaires, et autres semblables.

Article 16. Le compte du trésorier sera rendu régulièrement chaque année tant, en recette que dépense et reprise ; il sera d'abord soumis à l'éxamen du bureau par le trésorier et présenté au Conseil général par un commissaire nommé à cet effet, pour être clos et arrêté, sur son rapport, dans la séance du mois de décembre de chaque année.

Article 17. Les archévêques et évêques en cours de visite, ou leurs vicaires généraux pourront se faire représenter les registres des délibérations et ceux des comptes cotés et paraphés ; ils pourront commettre un ecclésiastique sur les lieux pour être présent à l'audition. Tous les ans le double de ces comptes, arrêté dans l'assemblée générale, sera dépose au secrétariat général de la préfecture.

Article 18. Ne pourront les marguilliers entreprendre aucun procès ni y défendre, sans une autorisation du conseil de préfecture. Ils ne pourront accepter aucune fondation qu'avec le consentement de l'évêque, et suivant les formes déterminées par les lois pour les établissements de bienfaisance et sur le rapport du Ministre des Cultes,

lequel prendra l'avis du préfet du département. Il en sera de même pour l'emploi et le remploi des deniers appartenant à la fabrique.

Article 19. Les revenus de chaque église se forment 1°. du produit des biens et rentes restitués aux fabriques, en exécution de nos divers décrets; 2°. du produit des biens, rentes et fondations qu'elles ont été ou pourront être autorisées par Nous à accepter; 3°. du produit des biens, et rentes célés au domaine, dont nous les avons autorisées à se mettre en possession; 4°. du produit des chaises; 5°. de la vente ou concession des bancs; 6°. des quêtes faites pour les frais du culte; 7°. de ce qui sera trouvé dans les troncs placés pour le même objet; 8°. des oblations faites à la fabrique; 9°. des droits que, suivant les réglements de chaque paroisse, dûment approuvés en Notre Conseil, les fabriques perçoivent. [1])

Article 20. Les maisons ou biens ruraux appartenant à la fabrique seront affermés, régis et administrés par le bureau des marguilliers dans la forme déterminée pour les biens communaux.

Article 21. La location des chaises sera affermée après trois publications au prône, de huitaine en huitaine, dont il sera fait mention dans la minute du bail. Les enchères seront reçues au bureau de la fabrique, et l'adjudication sera faite au plus offrant, les marguilliers assemblés. Le prix de chaises sera réglé, pour les différents offices, par délibération du bureau, laquelle sera annexée

---

[1]) Dieser Artikel unterscheidet sich von dem entsprechenden Artikel 37 des Decrets dadurch, daß in Nro. 1 die Güter der Bruderschaften (biens des confréries) nicht genannt sind. Ferner fehlen Nro 4 des Decrets: du produit spontané des terrains servant de cimetières und Nro. 11: Du supplément donné par la commune. Aus dem Bericht des Ministers ersieht man, wie die Ergänzungen hinzugefügt wurden.

à la minute du bail, et affichée dans l'église. Néanmoins il ne pourra être, sous aucun prétexte, dérogé, aux dispositions de notre décret du 18 Mai 1806 qui concerne l'entrée libre et gratuite dans les églises.

Article 22. Les bancs pourront être concédés à vie, et jamais à perpétuité, ils seront adjugés dans la même forme que les chaises.

Article 23. Tout ce qui concerne les quêtes sera réglé par l'évêque, sur le rapport des marguilliers, sans préjudice des quêtes pour les pauvres, qui seront réglées sur la proposition des bureaux de bienfaisance, et ne pourront jamais étre interdites.

Article 24. Le produit des quêtes sera compté en présence d'un marguillier. Le montant des fonds perçus pour le compte de la fabrique, sera à fur et mesure de la perception, inscrit sur un registre coté et paraphé, qui demeurera entre les mains du trésorier. La somme perçue y sera marquée, avec la date du jour et du mois; l'article sera signé par le porteur et receveur, et la somme versée dans une caisse à trois clefs.

Article 25. Le curé ou desservant aura une des clefs de la caisse; le trésorier aura la seconde; et un des marguilliers, nommé à la pluralité des voix par le bureau, aura la troisième.

Article 26. Il sera dressé un double inventaire de tous les ornements, linge, vases sacrés, argenterie et autres ustensiles servant à la sacristie ou à l'église, signé des curé et marguilliers, dont l'un sera remis au sacristain, et l'autre déposé aux archives du bureau; il en sera fait tous les ans, un récolement dans la même forme a l'effet d'être statué par délibération du bureau, sur les nouveaux ornements, linge, vases et ustensiles qu'il faudrait acheter, changer ou raccomoder.

Article 27. Les marguilliers veilleront à l'entretien des bâtiments qu'ils auront soin de visiter, avec des gens

de l'art, au commencement du printemps et de l'automne; ils pourvoiront sur le champ à toutes les réparations locatives.

Article 28. Les marguilliers fourniront la sacristie, d'huile, de pain, de vin, d'encens, de cire, et généralement de tous les objets de consommation nécessaires à l'exercice du culte; ils pourvoiront également à la réparation des ornements, meubles et ustensiles de l'église et de la sacristie.

Article 29. Toute la dépense de l'église et des frais de la sacristie sera faite par le trésorier, et en conséquence, il ne sera rien fourni par aucun marchand ou artisan, sans un mandat du trésorier, au pied duquel le sacristain ou toute autre personne apte a recevoir la livraison, certifiera que le contenu audit mandat a été rempli.

Article 30. Il sera tenu par le secrétaire un livre ou registre, dans lequel seront transcrites de suite, par ordre de dates, toutes les fondations que la fabrique doit acquitter; on y énoncera le titre de la fondation, le nom du notaire, la somme ou l'effet donné, les charges que la fabrique doit acquitter; on y ajoutera à fur et mesure les fondations nouvelles. Extrait de ce registre, contenant l'objet des fondations qui doivent être acquittées pendant le cours de la semaine suivante, sera affiché le dimanche matin dans la sacristie.

Article 31. Il sera tenu à la sacristie un livre journal, paraphé du trésorier, dont chaque page aura deux colonnes partagées en autant de parties qu'il y aura d'annuels à acquitter, lesquelles seront numérotées depuis un jusqu'au nombre du dernier annuel. Dans chaque partie de la première colonne, seront inscrits le nom et l'intention de la personne pour qui la messe ou certaines prières doivent être célébrées; et dans la seconde colonne, chaque ecclésiastique chargé de l'acquit de l'annuel, ou celui qui serait chargé d'acquitter en sa place, pour quelque cause que ce soit, sera tenu de signer

chaque jour son nom lorsqu'il aura acquitté ladite fondation. (I)

Article 32. Les prédicateurs de l'avent, des octaves, des dimanches et fêtes, seront nommés par les marguilliers, à la pluralité des suffrages.

Article 33. L'organiste, les sonneurs, les bedeaux, suisses et autres serviteurs de l'église seront pareillement nommés par les marguilliers et révocables par eux.

Article 34. Le nombre des vicaires et des prêtres habitués nécessaires à chaque église, sera fixé par l'évêque, sur la proposition des marguilliers et l'avis du conseil municipal.

Article 35. Le curé réglera seul tout ce qui concerne le spirituel et le service divin.

Article 36. Le curé nommera les prêtres habitués pour desservir l'église, et leur assignera leurs fonctions; il désignera également le sacristain-prêtre, le chantre et les enfants de choeur.

Article 37. Les annuels auxquels les fondateurs ont attaché des honoraires, et généralement tous les annuels emportant une rétribution quelconque, seront donnés de préférence aux vicaires, et ne pourront être acquittés qu'à leur défaut par les prêtres habitués ou autres ecclésiastiques, à moins qu'il n'en ait été autrement ordonné par les fondateurs.

Article 38. Il sera tenu note du nombre des cierges qui auront été offerts sur les pains bénis, du nombre de ceux qui reviennent aux fabriques lors des enterrements ensemble de ceux qui pourraient étre délivrés pour l'acquit des différents annuels. (II)

(I) Articles 60 et 61 du réglement de la fabrique de St. Jean-en-Grève de Paris, homologué par l'arrêt du Parlement de Paris du 2 Avril 1757.

(II) Article 69 du réglement de la fabrique de St. Jean-en-Grève de Paris.

Article 39. Les marguilliers détermineront, le premier dimanche de chaque mois, la somme à remettre au trésorier pour les dépenses courantes.

Article 40. Le trésorier présentera, le premier dimanche de chaque mois, ses quittances au bureau des marguilliers, qui lui donnera sur son registre acte de cette remise.

Article 41. Tous les marchés seront arrêtés par le bureau des marguilliers, et les mandats signés par le président.

Article 42. L'heure et la solennité des offices seront réglées par l'évêque diocésain.

Article 43. Dans les paroisses où l'usage voulait qu'il y eut un ou plusieurs marguilliers d'honneur, il pourra en être choisi deux par le conseil général de la fabrique, parmi les principaux fonctionnaires publics domiciliés dans la paroisse. Ces marguilliers et tous les membres du conseil auront une place distinguée dans l'église; ce sera le banc de l'oeuvre: il sera placé devant la chaire, autant que faire se pourra. Le curé ou desservant aura dans ce banc la première place, toutes les fois qu'il s'y trouvera pendant les prédications.

Article 44. Notre Ministre des Cultes nous fera, dans le délai d'un mois, un rapport sur l'organisation des fabriques des églises métropolitaines et cathédrales, en adoptant pour base du projet de réglement qu'il présentera à notre sanction, l'intervention dans la composition de ces fabriques, de l'autorité départementale et municipale et le concours de l'évêque et du curé.

Article 45. Les fondations, donations ou legs faits à ces fabriques seront acceptés, ainsi que celles faites aux séminaires, par l'évêque diocésain, qui en est le chef et le tuteur, sauf notre autorisation, donnée en Conseil d'Etat sur le rapport de notre Ministre des Cultes.

Article 46. Nos Ministres des Cultes et de l'Intérieur sont chargés de l'exécution du présent décret, chacun en ce qui le concerne.

III.

Rapport du Ministre des Cultes.

Juillet 1809.

Sire!

Ce rapport a pour objet les dépenses qui outre les traitements payés par le Trésor public sont indispensables pour l'exercice du culte. Les unes concernent la célébration même des cérémonies religieuses; tels sont le mobilier des églises et le traitement des vicaires; les autres sont relatives à l'entretien ou à la reconstruction des édifices.

Les fabriques sont instituées pour remplir cette partie du service public.

Si chaque fabrique avait des revenus suffisants, les difficultées qui se sont élevées pour leur administration seraient bientôt aplanies.

Sans entrer dans les détails qui déjà ont été mis sous les yeux du Conseil de Votre Majesté, il suffit, à cet égard, de dire que toutes les opinions se réunissent pour faire cesser le désordre qui résulte de l'existence d'une double administration.

Il était impossible qu'il y eut de l'accord entre les marguilliers, chargés, les uns de la recette des revenus extérieurs, les autres de la recette des produits et de la dépense à l'intérieur. Leurs attributions se sont confondues;

le versement de fonds, demandé par les uns, a été différé ou contesté par les autres: le service ainsi neutralisé, a été presque partout en souffrance.

Mais autant il est facile de réunir les deux fabriques en une seule et de prendre pour modèle de son organisation les réglements antérieurs à la révolution, sur le succès desquels une longue expérience ne peut laisser de doute, autant il est essentiel de parer à un inconvénient bien plus grand encore que celui d'une administration trop compliquée.

C'est l'insuffisance des revenus de la plupart des fabriques pour fournir aux dépenses ordinaires de la célébration du culte, et à plus forte raison aux dépenses extraordinaires, telles que les grosses réparations ou reconstructions des églises et des presbytères.

Tel est aussi principalement l'objet de ce rapport.

Je me bornerai au surplus à proposer quelques modifications au projet d'organisation des fabriques déjà imprimé; et après quelques observations sur les revenus dont elles doivent jouir, et sur les charges qu'elles ont à supporter, j'exposerai la nécessité et la manière de suppléer à l'insuffisance de leurs revenus.

Chapitre I.

Organisation.

Il n'y a aucun doute que les administrateurs de chaque fabrique ne doivent être divisés en conseil général et en bureau; mais toute l'attention doit se fixer sur la meilleure manière de choisir et de renouveler ces administrateurs.

Les fonctions qu'ils auront à remplir sont de pur zèle; elles ne sont acceptées que par attachement à la religion.

Il faut en tirer la conséquence que ceux qui sont maintenant dans les fabriques internes et externes doivent être conservés pour composer le Conseil général.

Ils sont présumés avoir les qualités et le zèle désirables.

Si l'on attribuait les premières nominations en partie à l'évêque et en partie au Préfet, il est a croire que les administrateurs maintenant en place y seraient conservés.

Il est donc plus simple que les membres actuels des fabriques internes et externes soient de droit, pour la première fois, membres du conseil général. [1])

Ils seront, dès-lors, en assez grand nombre pour choisir au scrutin parmi les autres habitants de la paroisse ceux qui compléteraient le nombre prescrit dans la formation du conseil.

Dans les paroisses composées de plusieurs succursales réunies les membres des fabriques internes et externes de la paroisse supprimée se réuniront aux membres de la fabrique de la succursale conservée et dans le cas où le nombre total excéderait celui qui est fixé, la réduction se ferait par la voie du sort.

Quant à l'avenir on ne saurait avoir de meilleurs guides pour renouveler une pareille administration que ceux mêmes qui la composeront. Ainsi les membres qui sortiront chaque année du conseil général seront remplacés par ceux des habitants de la commune que les membres restants appelleront au scrutin.

Ce mode de composition parait préférable à celui de faire nommer une partie par l'évêque et une autre partie par le préfet, lors même que l'évêque en nommerait un de plus que le préfet.

La nomination que fait un administrateur supérieur,

---

[1]) Im Art. 6 des Fabrik-Dekrets wurde gleichwohl die erste Ernennung zwischen dem Bischofe und dem Präfecten getheilt.

qui par lui même ne connaît pas les personnes, ne peut être que le résultat d'une indication sujette à l'erreur. Les membres actuels des fabriques, et à l'avenir les membres restants, seront seuls à portée de connaître les habitants qui auront le même esprit et ils auront l'intérêt de ne s'associer que de gens également zélés et irréprochables.

Presque toujours l'évêque nommerait sur l'indication du curé, le préfet sur celle du maire.

On verrait le conseil se diviser en deux partis, celui du curé et celui du maire: cette origine différente serait un germe d'opposition entre les administrateurs. Il en est autrement lorsque les membres d'un corps se renouvellent eux mêmes: c'est entre eux un lien d'affection; c'est pour les administrés une garantie qu'un parfait accord dans tous les actes d'administration en assurera le succès.

Si l'évêque et le préfet nomment, il leur sera souvent difficile d'être assurés que les nommés acceptent. Il faut surtout éviter que ces fonctions ne puissent être regardées comme une charge publique. On chercherait dès-lors à s'en dispenser; et l'idée de contraindre à des fonctions qui ne sont que de zèle religieux doit être écartée.

Le bureau doit être composé de gens encore plus zélés qui soient plus en état d'administrer, et qui consentent à y donner plus de temps.

Ce choix ne peut être mieux fait que par les membres du conseil général et entre les membres même qui le composent.

Ainsi les marguilliers auront subi une double élection. Choisis d'abord comme dignes de la confiance de la paroisse, ils seront choisis de nouveau comme les plus dignes.

Il faut cependant prévoir que deux obstacles peuvent se rencontrer dans le renouvellement des administrateurs; la difficulté de trouver des sujets, et la négligence à faire les élections.

Quant à la difficulté de trouver des sujets, elle sera certainement moins grande, quand les habitants de bonne volonté s'appelleront entre eux; mais si l'on ne peut pas lever entièrement cet obstacle, il faut au moins chercher à l'affaiblir et à le rendre très rare.

Je propose de ne faire sortir chaque année que l'un des quatre marguilliers, suivant l'usage qui, d'après les réglements actuels est le plus général. [1]) Ainsi chaque marguillier sera quatre années en fonctions. Il ne faut pas que leur gestion devienne trop onéreuse à raison de la durée; mais d'un autre côté, ce n'est qu'après un certain temps que l'on commence à être en état de bien administrer.

Il y aurait de l'inconvénient à renouveler le bureau par moitié, ne le fit on que tous les deux ans. Il ne faut pas que les nouveaux venus puissent concevoir l'idée de changer ou de détruire ce que les autres auront fait. Lorsqu'il n'y aura qu'un seul marguillier à entrer dans le bureau, il ne s'occupera qu'à s'éclairer par l'expérience des autres. Ceux-ci ne seront point assez longtemps en exercice pour qu'ils se regardent comme indépendants: on prend d'ailleurs à cet égard la précaution la plus sure en statuant que l'on ne pourra pas être élu deux fois de suite marguillier. [1])

Quant aux membres du Conseil général qui n'ont point de fonctions habituelles ni pénibles, il n'y a aucun inconvénient à ce qu'ils les remplissent pendant un long

---

[1]) Nach Art. 13 nr. 2 des Decrets werden außer dem Pfarrer, der von Amtswegen und beständiges Mitglied ist, nur drei Kirchmeister aus dem Kirchenrathe erwählt. Der Entwurf bringt, den Worten des Ministers gemäß, vier Kirchmeister in Vorschlag. Mittheilung des Hrn. Domkapitulars Dr. Frenken.

[2]) Das Decret im Art. 15 hat die Wiederwahl des Ausscheidenden nicht untersagt.

temps, et il suffira que le conseil se renouvelle chaque année par cinquième; celui de ses membres qu'il fera passer au bureau des marguilliers, sera compris dans le cinquième à renouveler.

Pour que le conseil général ne néglige pas de faire, dans le temps qui sera fixé, l'élection du nouveau marguillier et des membres du conseil à renouveler, il suffira que, dans ce cas, il soit enjoint à l'évêque d'y pourvoir, et qu'il lui sera donné pour cette fois sur le conseil général un droit de prévention. Cette espèce de déchéance sera pour ce conseil un motif puissant de ne pas s'exposer à l'encourir; il ne voudra pas faire peser sur lui le reproche grave de cette espèce d'abandon de la paroisse.

Ce droit accidentel de nomination doit être dévolu à l'évêque, par les motifs que la fabrique est en elle même un établissement du culte, que l'occasion de nommer sera très rare et que d'ailleurs les nominations à faire ne seront que d'un très petit nombre de personnes.

L'époque de l'année à laquelle seront les principales opérations du Conseil général n'est point indifférente. On propose le premier dimanche du mois d'Avril: c'est le temps le plus voisin des fêtes de Pâques; c'est celui où le plus grand zèle religieux qu'elles inspirent se rencontre avec les occasions plus fréquentes de réunion. Alors la saison n'a point les incommodités de celle du mois de Janvier. L'époque indiquée est celle que les anciens réglements avaient préférée.

Après avoir fixé la composition du conseil général et du bureau il est encore très important pour établir l'harmonie, que les attributions soient bien déterminées non seulement entre le Conseil général et le bureau mais encore entre tous ceux qui ont part à l'administration, et dont les principaux sont l'évêque et le curé ou desservant.

Il ne peut y avoir de difficulté sur la démarcation des pouvoirs entre le Conseil général et le bureau.

Le bureau n'est que le délégué du conseil général pour l'exécution de ses délibérations et pour tous les détails de l'administration courante. Tout ce qui excède les bornes de cette administration doit être soumis au Conseil général. Le bureau doit y avoir recours dans tous les cas où il pourrait y avoir du doute sur les attributions.

Le curé ou desservant, qui de droit est membre du conseil et du bureau, a de plus, comme pasteur, des attributions particulières; et il faut qu'elles soient reconnues.

Le pasteur lui même est, en matière ecclésiastique, subordonné à son évêque; et il ne faudrait pas que le réglement en lui attribuant des fonctions indépendantes du conseil général et de la fabrique, semblât lui faire un titre à l'égard de son évêque.

Chaque évêque donne les règles à suivre dans tout son diocèse pour le service divin, afin qu'il y ait de l'uniformité, et pour éviter que chaque pasteur ne prétende avoir pour sa paroisse un régime à part. Ce qui a été ordonné par l'évêque pour le diocèse est exécuté par le curé dans son église. Ainsi chacun jouit de la portion d'autorité qu'il doit avoir.

Le projet de réglement mis sous les yeux du Conseil n'a rien de contraire à ces principes généraux; je propose quelques changements de rédaction pour éviter que des doutes ne puissent s'élever.

Chapitre II.

Des Revenus, des Charges, du Budget et de la Régie des biens de la Fabrique.

Section 1ere.

Biens et Revenus.

Il est à l'égard des biens et revenus des fabriques plusieurs articles dont on ne fait pas mention dans le

projet mis sous les yeux du Conseil et sur lesquels il est nécessaire de statuer.

Le premier est relatif aux dispositions que l'on peut faire dans les églises concernant les bancs, les tribunes ou les chapelles.

Des questions s'élèvent assez souvent à ce sujet.

Nul n'a la prétention de rétablir les anciens droits honorifiques qui avaient leur origine dans la féodalité et qui par ce motif étaient héréditaires.

Mais il y aurait de l'inconvénient sans utilité à ce que la fabrique ne fût pas autorisée à profiter de l'avantage pécuniaire qu'un particulier offre, sous la condition de jouir dans l'église d'une plus grande commodité.

Il suffit que la concession ne passe pas les bornes de la vie de ceux à qui elle est faite, pour que cette concession n'ait le caractère ni d'un droit honorifique, ni d'une servitude imposée dans l'église au profit de l'un contre le droit égal de l'autre. La concession temporaire n'est qu'un simple marché qui, étant utile à l'église, est pour l'avantage commun.

Il est même à observer que le plus souvent l'église ne sera point seule a en profiter, puisque, sans ce moyen, la paroisse serait obligée de suppléer à l'insuffisance des revenus de la fabrique.

D'ailleurs cette doctrine est conforme aux réglements nouveaux.

Une décision du mois de Pluviôse An 11 est rapportée en ces termes dans un recueil imprimé en 1804 par ordre de *M. Portalis*.

„Le Gouvernement, consulté sur la question de savoir si des particuliers pouvaient faire des dons, sous la condition d'avoir un banc ou une place déterminée dans l'église, a décidé que ces espèces de dons pourraient avoir lieu comme autrefois, la loi du 18 Germinal An X ne les prohibant point.

„Le donateur ne pourra, comme autrefois, avoir un banc que dans la nef, et non dans le choeur ou dans le sanctuaire: son droit finit à sa mort, à moins que sa famille, ses héritiers ou ayant-cause ne fassent un nouveau don ou une nouvelle libéralité, acceptée sous la même condition.“

Un décret du 18 Mai 1806 autorise les fabriques à louer les bancs et les chaises suivant le tarif qui sera arrêté et *les chapelles de gré à gré.*

Ainsi les concessions temporaires sont permises.

Quant à leur objet, la décision du mois de Pluviôse An 11 autorise les concessions de bancs et en général d'une place déterminée dans l'église. Le décret du 18 Mai 1806 comprend les chapelles et dès-lors il ne peut y avoir de difficulté pour une simple tribune.

Il s'en est élevé relativement à la partie de l'église dans laquelle la concession peut être faite. Quelques-uns pensent que toute place séparée dans le choeur, qui est le lieu des cérémonies présente, l'idée d'une distinction; mais à cet égard il ne faut pas établir de règle absolue.

La loi du 18 Germinal An X porte (article 47) qu'il y aura dans les cathédrales et paroisses une place distinguée pour les individus catholiques qui remplissent les autorités civiles ou militaires; il n'est pas expliqué si c'est dans le choeur ou dans la nef: cela dépend de l'usage ou même de la construction des églises. Partout la place d'honneur des marguilliers est dans la nef: il en est de même dans la plupart des églises, pour le banc des fonctionnaires publics. Dans les unes le choeur est construit de manière que l'on peut y mettre et le banc honorifique et beaucoup d'autres places séparées. Dans d'autres le choeur est trop peu spacieux pour qu'on puisse y poser d'autres sièges que ceux du clergé.

Le décret du 24 Messidor An 12 ordonne que, dans les cérémonies, la totalité des membres invités soit placée

dans le choeur et, si le choeur n'est pas assez grand qu'ils se placent dans la nef.

Il est évident que dans les églises où se font ces cérémonies on ne doit autoriser de concession ni dans le choeur, s'il était trop petit, ou s'il n'était que suffisant pour recevoir les personnes invitées aux cérémonies, ni même dans la partie de la nef employée pour suppléer au choeur; mais il ne serait pas raisonnable de tirer de ce fait, qui est particulier à un petit nombre d'églises, une conséquence commune à toutes les églises, et notamment à celles des paroisses de la campagne.

Il semble donc qu'au lieu d'interdire toute concession dans le choeur, il vaudrait mieux se tenir dans les termes du décret du 29 Messidor An 12, d'après lequel nulle concession ne pourra être faite dans l'emplacement qui, suivant l'usage, est occupé, soit dans les cérémonies par les individus qui remplissent les autorités civiles et militaires, soit habituellement par les fonctionnaires publics. Avec cette condition et lorsque d'ailleurs la concession ne serait que temporaire, l'idée d'exercer un droit honorifique serait tellement chimérique qu'il ne faudrait pas lui sacrifier un avantage réel pour les paroisses.

On propose d'ailleurs un moyen d'écarter entièrement cette idée en même temps qu'il assurera le plus grand avantage des fabriques. Ce moyen consiste à ne faire aucune concession de ce genre qu'après avoir établi la concurrence.

On l'établirait en faisant publier par trois dimanches au prône de la grand' messe, et afficher à la porte de l'église pendant un mois, la demande de concession, a fin que chacun pût obtenir la préférence par une offre plus avantageuse. [1])

La décision du mois de Pluviôse An 11 fait une

---

[1]) Dies wird auch wörtlich im Art. 69 des Decrets vorgeschrieben.

exception en faveur du fondateur, sans bien définir celui auquel on donnerait ce titre, ni quel droit il pourrait se réserver.

Le titre de fondateur semble également mérité par celui qui bâtit entièrement une église, ou par celui qui la dote; c'est également á l'un et à l'autre que les habitants doivent le bienfait de jouir plus commodément de l'exercice de culte.

Il serait juste de l'autoriser à se réserver, non les anciens droits honorifiques, mais une tribune ou une chapelle dont l'usage se transmettrait à ses parents directs ou collatéraux. Ce ne serait point une servitude qu'un tiers voudrait établir sur la propriété commune, ce serait une réserve dans son propre droit de propriété. Il faudrait, ou qu'il fut défendu d'accepter la fondation à cette condition, ou, que, pour se soustraire à la condition, on renonçât à la fondation. L'un et l'autre parti seraient trop préjudiciables. On ne doit pas non plus être arrêté par la crainte de voir se multiplier les prérogatives des fondateurs, lors même qu'on leur en accorderait de plus étendues.

Il reste, sur les concessions à autoriser dans les églises un dernier point à déterminer; c'est celui des monuments funèbres que des familles demandent à rétablir ou à construire de nouveau.

Il en est qui, en offrant des sommes considérables se borneraient à une simple épitaphe.

De pareils monuments, dont la demande peut n'avoir été inspirée que par des sentiments d'affection et de religion, établissent cependant à l'égard des autres paroissiens une distinction réelle. Ces concessions ne sont point par leur objet temporaires: ce sont des noms que l'on veut consacrer à la postérité pour les autres, comme pour soi; et lors même que l'on n'envisagerait que des rapports religieux, tout ce qui sort du droit commun exige une permission spéciale de l'autorité supérieure.

Il est des personnages qui ont servi de modèles pendant leur vie, et dont il est utile de perpétuer la mémoire; c'est une sorte de récompense ou d'exemple qu'il ne faut pas exclure mais qui ne sera utile et sans inconvénient que quand elle sera décernée par l'ordre direct de Votre Majesté.

Il est une autre espèce de revenu dont les fabriques ne jouissent pas, qui, en lui même ne saurait être d'une grande importance, mais qu'il convient de leur abandonner: c'est le produit *spontané* des cimetières.

Je dis *spontané* parce qu'un terrain consacré à l'inhumation n'est plus susceptible de la culture ordinaire. On disait, dans les pays où la combustion des cadavres était usitée qu'il ne fallait par troubler la cendre des morts; il faut dire, dans les pays d'inhumation qu'il ne faut pas s'exposer à troubler par la culture les ossements des morts. Celui qui chez les païens eût cultivé un cimetière eût été puni comme violateur des lieux saints.

Si le terrain consacré aux inhumations donne quelques produits spontanés, ils doivent être au profit de la fabrique par deux motifs.

Le premier est que la fabrique qui n'est dirigée que par des sentiments religieux, ne voudra retirer aucuns produits pour lesquels il faudrait manquer au respect pour un lieu saint, au lieu que les communes louent les terrains comme un bien ordinaire, et les fermiers chercheront toujours à en tirer le meilleur parti.

Le deuxième motif est que si les communes jouissent des produits des cimetières, c'est une innovation contraire aux règles, et qui s'est introduite dans un temps où les cérémonies religieuses étaient considérées comme étrangères aux inhumations, mais aujourd'hui les cimetières sont au nombre des dépendances de l'église paroissiale. Si une paroisse a des habitants de différents cultes, le terrain se divise, a fin qu'il y en ait une partie pour

chaque culte; et chaque partie est consacrée à un culte par les bénédictions et les cérémonies qui lui sont propres. Dans le culte catholique, le cimetière doit être bénit par l'évêque: le cimetière ou la partie du cimetière destinée aux catholiques fait donc réellement partie de leur établissement religieux; s'il en résulte quelque profit, il doit donc appartenir à cet établissement, et ce profit, employé par la fabrique à des oeuvres de religion, ne présentera qu'une idée de respect pour les morts, au lieu de l'idée contraire que présente la main étrangère et avide du fermier de la commune.

Tels étaient aussi les principes consacrés dans l'ancienne législation.

Les cimetières sont *accessorium ecclesiae*, cap. 1°. *de consecratione ecclesiae in* 6°. *Duperrai*, sur l'article 22 de l'édit de 1695, atteste que les produits des herbes et des fruits appartiennent à la fabrique.

Jousse, dans son traité du gouvernement des paroisses page 108 en dit autant des tailles et coupes des arbres qui y croissent.

Tous les revenus des biens non aliénés des fabriques leur ont été rendus; s'il est un revenu qui doive être compris dans cette restitution, c'est celui d'un terrain consacré aussi spécialement à l'église. [1])

La diversité des cultes n'est point un obstacle; les protestants ont aussi leurs fabriques.

---

[1]) Unter den Einkünften der Fabrik wird im Art. 36 nr. 4 ausdrücklich aufgeführt: Le produit spontané des terrains servant de cimetières. Ueber die einzelnen sich hier anknüpfenden Fragen vergl. Gräff, das Eigenthum an den Kirchhöfen. Trier 1860. S. 76 ff. und de Syo: das Fabrikdecret S. 80. Auch die sogleich erwähnten Güter der Bruderschaften werden in nr. 1 des genannten Artikels ausdrücklich angeführt.

Les cimetières devant être divisés suivant la population des habitants de divers cultes, les produits de chaque partie du cimetière seront pour chaque église.

Enfin je propose d'énoncer spécialement parmi les biens des fabriques ceux des confréries.

Telle est la disposition de plusieurs décrets.

Celui du 28 Messidor An 13 porte „qu'en exécution de l'arrêté du 7 thermidor An 11, les biens non aliénés et les rentes non transférées, provenant de confréries établies précedemment dans les églises paroissiales appartiendront aux fabriques; que les biens de cette espèce qui proviendraient de confréries établies dans les églises supprimées, seront réunis à ceux des églises conservées, et dans l'arrondissement desquelles ils se trouvent.“

Le décret fut publié dans les Etats du ci-devant Piémont, comme dans ceux du reste de l'Empire.

Mais il n'a point encore été pleinement exécuté dans les diocèses au-delà des Alpes; il ne l'a point été en Ligurie, dans les pays de Parme et de Plaisance, et dans la ci-devant Toscane.

Lorsque le décret du 28 Messidor fut publié, il y eut des réclamations.

On prétendit qu'il n'avait été question dans ce décret que des biens de confréries qui n'existaient plus, et qu'au contraire, dans le Piémont, l'administrateur général Menou avait, par un arrêté du 6 Frimaire précédent, ordonné qu'à cet égard il ne serait rien innové.

On témoignait des craintes que cette disposition des biens des confréries, dont résulterait leur suppression, ne fit une impression défavorable dans un pays attaché à ses anciens usages: on demandait que, dans le cas où l'on ferait un changement aux confréries, ce fût par réduction seulement du nombre dans chaque paroisse et non par suppression.

D'une autre part, les Préfets étaient tous d'accord que les confréries cessassent d'exister; que la plupart de leurs administrateurs en détournent les biens à leur profit; que ces confréries peuvent être l'occasion de réunions suspectes.

Déjà dans plusieurs évêchés du Piémont, la suppression des confréries est pleinement exécutée au moyen de l'énonciation proposée dans l'article du réglement concernant les biens des fabriques; celles qui vont être organisées auront dans le ci-devant Piémont et dans les autres pays réunis, l'ordre de se mettre en possession des biens des confréries. On parviendra facilement à terminer cette opération.

Section II.

Charges de la Fabrique.

§. 1er.

Des charges en général.

La fabrique doit fournir autant que ses revenus le permettent à toutes les dépenses du culte dans la paroisse où elle est établie.

Il est en même temps reconnu que, si les revenus ne peuvent par fournir à toutes ces dépenses, ils doivent être employés en premier lieu, et de préférence à la célébration du service divin; en second lieu au traitement des vicaires qui concourent à cette célébration et que si, après ces dépenses faites, les revenus ne sont pas épuisés, le surplus est pour les réparations et les constructions. [1])

[1]) Nach dem gleich folgenden „entretien des bâtiments" und dem durchgängigen Sprachgebrauch des Berichts müßte man „reconstructions" erwarten. Vielleicht liegt nur ein Druck- oder Schreibfehler zu Grunde.

Ces deux derniers objets de la dépense des fabriques, savoir l'établissement des vicaires et l'entretien des bâtiments, n'ont point encore été, malgré leur importance, soumis à des règles fixes.

§. II.

Des Vicaires.

Il est indispensable que le sort des vicaires soit déterminé par des règles positives, non seulement quant à leur établissement, mais encore quant à leur traitement.

On éprouve à cet égard journellement des difficultés qui étaient rares autrefois.

L'église avait ses biens: les prêtres étaient plus nombreux.

Chaque curé était chargé du soin de sa paroisse entière, s'il ne pouvait seul y suffire, il devait payer les prêtres qu'il appelait pour le soulager, à moins que, les biens de l'église ne se trouvant hors de ses mains, cette charge ne retombât sur les curés primitifs ou les decimateurs.

Pour que ce recours fût exercé il fallait que l'insuffisance des revenus du curé et la nécessité d'un vicaire fussent prouvées.

Le curé ne pouvait alléguer l'insuffisance des revenus, qu'en optant pour la portion congrue.

Le curé, libre de nommer un vicaire quand il était établi, n'était point le juge de la nécessité de l'établir. S'il y en avait un depuis longues années, la nécessité était présumée; mais s'il fallait en introduire un nouveau, l'évêque était juge entre le curé demandant un vicaire, et les décimateurs auxquels on imposait une charge. L'évêque ne pouvait prononcer qu'en grande connaissance. Toutes les parties exposaient par écrit leurs raisons: les paroissiens étaient aussi entendus. Les décimateurs qui croyaient avoir à se plaindre de l'établissement d'un vicaire, avaient

le recours aux tribunaux par l'appel comme d'abus. Ainsi les décimateurs avaient l'assurance de n'être obligés de payer un vicaire, que dans le cas de nécessité, et l'exercice du culte dans chaque paroisse était assuré.

Actuellement les vicaires ne peuvent être payés que sur les revenus de la fabrique ou par les habitans.

Il n'y a point de formes légales pour constater la nécessité de l'établissement d'un vicaire. Des paroisses ont des vicaires sans un besoin réel tandis que d'autres sont dans une extrême souffrance.

Les évêques eux mêmes doivent désirer qu'il y ait à cet égard, des formes qui en leur procurant une connaissance plus positive des besoins de chaque église, soient propres à les seconder dans la distribution qu'ils ont à faire des ministres des autels.

Il y a un assez grand nombre de paroisses où un vicaire serait nécessaire, parce que des pasteurs trop avancés en âge ou infirmes succombent aux fatigues. Ils peuvent d'autant moins se retirer qu'ils n'ont pas le moyen de subsister avec la modique pension attribuée à leurs services antérieurs à la révolution, sans espoir que cette pension s'acroisse par de nouveaux services.

Il pourra par ce motif y avoir des établissements de vicaires qui ne soient que temporaires.

Pour qu'à l'avenir les vicaires soient établis avec connaissance et par des motifs réels de nécessité, je propose les mesures suivantes:

Lorsqu'une paroisse aura besoin d'un vicaire, soit à perpétuité soit temporairement, le curé ou desservant fera sa demande à l'évêque.

Si l'évêque qui connaît les besoins respectifs des paroisses de son diocèse, et le nombre des prêtres à employer, ne pense pas que cette demande de l'établissement d'un vicaire, comparée à d'autres demandes qui lui seraient faites, mérite d'être accueillie, ou s'il est arrêté par la

difficulté de fournir un prêtre, la demande du curé n'aura pas d'autre suite.

Si l'évêque pense que cette demande puisse être prise en considération, il ordonnera de procéder aux formalités prescrites.

Le curé ou desservant adressera la réquisition au bureau des marguilliers, qui en délibérera, et fera son rapport au conseil général.

Si le conseil général n'est point d'avis qu'il y ait un vicaire, le curé ne pourra pas insister. Il faut croire que, malgré l'intérêt particulier que peuvent avoir les membres du conseil général à ne pas contribuer au paiement du vicaire, cependant comme ils sont pris parmi les habitans les plus attachés à la religion et comme ils se sont plus spécialement obligés d'en maintenir et d'en assurer l'exercice, il n'y a pas d'inconvénient à s'en rapporter à eux.

Si le conseil général regarde comme indispensable l'établissement d'un vicaire, et si la fabrique a des revenus suffisants pour le payer, la délibération pourra être adressée à l'évêque qui prononcera, et le traitement devra être porté dans le budget.

Lorsqu'une fois l'établissement aura été jugé indispensable, lorsqu'il aura été revêtu de toutes les formes, non seulement il convient que le paiement du vicaire soit assuré, mais encore il faut que le montant de la somme à payer ne soit point un objet de discussion et d'incertitude. Cette somme doit aussi être calculée sur ce qui est nécessaire au vicaire pour sa subsistance et pour son entretien.

Dans l'ancienne législation elle a toujours été fixée.

Leur traitement a été réglé à 250 livres par les lettres patentes du 12 Mai 1778.

Il est certain que depuis 1778 jusqu'au temps actuel, il n'est point de partie de l'Empire où, dans cet intervalle de trente années, le prix de tous les objets de consommation n'ait à peu près doublé.

Cette vérité a été reconnue par presque toutes les communes qui ont voté pour le paiement d'un vicaire: elles portent cette dépense communément à 500 francs ou à 400 francs au moins. Elles sont témoins que le casuel peu considérable dans les villes, si l'on en excepte celles du premier ordre, est presque nul dans les campagnes. Il est d'ailleurs dans les règles de la discipline ecclésiastique que les oblations et le casuel appartiennent au seul curé ou desservant. Le vicaire n'est que son mandataire ou son commis. C'est au nom du pasteur qu'il administre les sacrements; ce n'est aussi qu'en son nom qu'il perçoit le casuel, et il doit lui en rendre compte.

Les communes ont éprouve qu'en donnant une moindre somme, elles ne trouvaient pas de vicaires, ou que celui qui ne consultait que son zèle était obligé d'abandonner un service qui ne lui procurait pas sa subsistance.

Ces représentations m'ont été faites par les évêques: les préfets en ont attesté la vérité au Ministre de l'Intérieur comme à moi. Nous en avons reconnu l'un et l'autre la justesse, et nous nous sommes réunis pour porter cette réclamation aux pieds du trône. Le traitement des vicaires serait renfermé dans les bornes d'une stricte nécessité, s'il était de 500 fr. dans les cures de 5000 ames et au-dessus, et de 400 fr. dans les cures ou succursales d'une moindre population.

L'observation des règles qui viennent d'étre exposées sera nécessaire pour que le traitement d'un vicaire soit porté sur le budget de la fabrique. [1])

---

[1]) Nach Art. 38 des Decrets sind bei Begründung einer Vicarie drei Behörden zu berücksichtigen. Zunächst müssen die Kirchmeister gehört werden, weil nach Art. 46 nr. 4 die Kirchenfabrik principaliter den Unterhalt des Vicars zu bestreiten hat; aus demselben Grunde muß aber auch der Gemeinderath sein Gutachten abgeben, weil bei Unzulänglichkeit der Fabrik-Einkünfte die Civilgemeinde

§. III.

Des Réparations.

De toutes les dépenses la plus importante est celle des réparations et reconstructions. Il n'y a point de service public qu'il soit plus urgent de régulariser.

Les édifices consacrés au culte sont en grande partie en mauvais état: il est d'ailleurs en général certain que les réparations qui ne sont pas faites à temps, sont bientôt augmentées, de manière à doubler et quelque fois à décupler la dépense: il y aura pour les paroisses de l'Empire une économie de plusieurs millions, si l'on établit un ordre tel que les réparations soient faites dans le temps où elles surviennent.

---

subsidiarisch eintritt. Die letzte Entscheidung bleibt aber ausschließlich dem Bischof, der allein an höchster Stelle über die religiösen Bedürfnisse seiner Diözesanen urtheilen kann. Das Gehalt der Vicare wird im Art. 40 auf mindestens 300 höchstens 500 Fr. festgestellt. Gesetzlich ist diese Summe auch jetzt noch nicht verändert. Indessen bezeichnet der Cultus-Minister selbst in einem Rundschreiben vom 7. Juli 1812 den Minimalsatz von 300 Fr. als ein misérable traitement (vgl. Hermens III. S. 287), und man ist sowohl in Frankreich als in Preußen zu der Ueberzeugung gelangt, daß auch das Maximum von 500 Fr. in vielen Fällen unzureichend sei. In Frankreich wurde daher durch königliche Ordonnanz vom 6. Januar 1830 ein Unterstützungsfonds gebildet, aus welchen den Vicaren in Gemeinden unter 5000 Seelen zu ihrem Gehalte von 350 Fr. noch ein Zuschuß von 350 Fr. gewährt werden soll. In Preußen haben sich die Minister des Innern und der geistlichen Angelegenheiten in einem Rescripte an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz vom 20. Juli 1847 dahin ausgesprochen, daß der höchste Satz von 500 Fr. den Gemeinden unbedingt auferlegt werden könnte, daß es diesen aber freistehe, ihrerseits aus freien Stücken über denselben hinauszugehen. (Vgl. Hermens IV. 851, de Syo a. a. O. S. 93. Gaudry, Traité de la législation des cultes II. 300.

En effet, dans la seule partie de l'Empire en deça des Alpes, il y a trente trois mille cinq cent cinquante six églises paroissiales: il n'y a encore de presbytères que dans cinq neuvièmes des paroisses, mais il doit y en avoir dans toutes, et les efforts des administrateurs tendent vers ce but.

Dans l'état actuel on peut compter sur cinquante huit mille édifices, soit églises paroissiales, soit presbytères, à entretenir par les communes. En supposant que tous ces édifices grands ou petits coûtent, l'un pour l'autre, soit en entretien, soit en grosses réparations oure constructions une somme de 100 francs, la dépense totale s'élèverait à 5,800,000 fr.; il faut y ajouter celle de l'entretien des cimetières.

Or sur les trente trois mille cinq cent cinquante six fabriques, on ne présume pas qu'il y en ait le vingtième auquel, après avoir payé ce qui est le plus strictement nécessaire pour conserver quelque décence dans l'exercice du culte, il reste annuellement une somme de cent francs qu'on puisse employer aux réparations.

Il est notoire que les biens possédés par les fabriques avant la révolution ayant été réunis et presque tous aliénes, ceux qui, restant disponibles, ont été rendus par le décret du 7 Thermidor An 11 n'offrent que très peu de ressources à un petit nombre de paroisses.

Quelques legs ont été faits; mais presque tous sont le salaire de services religieux et ne sont point à considérer pour les autres dépenses.

Section III.

Du budget.

Après avoir ainsi réglé quelles sont en général les charges de chaque fabrique, il faut prendre les mesures qui peuvent en assurer le paiement.

Il faut à cet égard comme on a fait pour les autres

parties du projet de réglement consulter l'ancienne législation.

L'édit du mois d'avril 1695, qui renouvelle les ordonnances antérieures enjoignait aux archévêques et évêques de faire, tous les ans au moins dans une partie de leurs diocèses, des visites.

Ils devaient, dans ces visites,

1°. Donner leur ordres pour la bonne conduite des ecclésiastiques;

2°. *Pourvoir à ce que les églises fussent fournies de livres, croix, calices, ornements et toutes autres choses nécessaires pour la célébration du service divin.*

3°. *Rendre des ordonnances pour les réparations des églises.* (Article 16.)

Les dépenses relatives à la célébration du service divin étaient à la charge des fabriques, et si les revenus des fabriques ne suffisaient pas, elles devaient être supportées par les décimateurs.

La fabrique et les décimateurs étaient tenus d'exécuter à cet égard les ordonnances des évêques, et l'autorité des juges royaux intervenait pour l'exercice des contraintes s'il y avait lieu (Art. 21).

Quant aux réparations ou reconstructions, le choeur des églises paroissiales était à la charge des décimateurs: la nef de ces églises, la clôture des cimetières et le logement des curés étaient à la charge de la paroisse.

Les évêques qui eussent à cet égard négligé ces fonctions s'exposaient eux mêmes à la saisie de leur temporel. Ces visites ou ordonnances n'étaient point des prérogatives épiscopales: c'étaient des devoirs inhérents à la nature de leurs places, et sans lesquels l'exercice du culte ne pouvait pas être assuré.

Il faut, en effet, considérer que la célébration du culte et l'entretien de ses édifices forment un établissement purement religieux, à la tête duquel l'évêque est placé

par toutes les lois civiles et canoniques. C'est donc lui, qui, dans l'état actuel des choses, comme dans l'ancien régime, doit veiller à ce que, dans aucune paroisse le culte ne soit pas interrompu, à ce qu'il soit fait avec décence, à ce que les fondations soient exactement servies, à ce que les édifices du culte soient entretenus.

L'administration de cet établissement religieux dans une paroisse est donc essentiellement distinct de l'administration de la commune. L'église, le presbytère et le cimetière sont entretenus par la commune qui profite du culte; ils ne sont pas sa propriété. [1]) Les biens des fabriques considérés comme biens ecclésiastiques, ne supportaient que les décimes et autres charges du clergé. La commune est propriétaire quand elle peut être autorisée à vendre, à échanger; la loi qui ordonnerait d'aliéner tous les biens d'une commune, ne pourrait s'appliquer ni aux biens de la fabrique, ni à l'église, ni au presbytère, ni au cimetière.

Mais en même temps qu'il s'agit de maintenir des établissements ecclésiastiques, et quoique l'évêque doive être considéré comme le principal administrateur il ne peut cependant lui-même regarder que comme propres à le seconder toutes les précautions qui pourront être prises pour assurer le service divin et l'entretien des édifices qui lui sont consacrés.

Ainsi l'évêque a toujours dû vérifier, dans ses visites,

---

[1]) Diese Stelle ist bedeutend für die Entscheidung der vielbestrittenen Frage nach dem Eigenthum an Kirchen, Pfarrhäusern und Kirchhöfen. Dem Zusammenhange nach bezieht sie sich offenbar nicht auf die Zustände vor der Revolution, sondern auf das Jahr 1809. Auffallen kann, daß der Minister vorher die Ueberweisung des fruit spontané nicht aus dem Eigenthum der Kirchenfabriken herleitet, indessen ist an jener Stelle nicht blos von den alten, die Kirchen umgebenden Kirchhöfen, sondern von allen die Rede, auch von denen, die unzweifelhaft den Gemeinden gehören.

si l'église est suffisamment pourvue de tout ce qui est nécessaire pour la célébration du service divin.

On peut faire à cet égard une amélioration importante en ordonnant, ainsi qu'on l'a déjà proposé au Conseil, de former tous les ans, pour chaque fabrique, un budget qui serait proposé par le bureau, délibéré par le conseil général et approuvé par l'évêque.

Lorsqu'en général les fabriques avaient assez de revenus pour fournir à leurs dépenses, un budget pouvait être moins nécessaire; lorsqu'aujourd'hui dans un grand nombre de paroisses, il faudra que les communes suppléent au défaut de revenu des fabriques, le budget sera d'une grande utilité.

Il fera connaître si les revenus de la fabrique sont insuffisants, et, dans ce cas il y aura un grand avantage à ce que la dépense qui doit rester à la charge de la commune soit promptement réglée et à ce que les moyens de perception en soient assurés.

Dans tous les cas, il sera plus régulier que l'état et l'emploi des finances de la fabrique, au lieu de n'être mis sous les yeux de l'évêque qu'à des intervalles de temps incertains lors de ses visites, soient vérifiés par lui chaque année, lors même qu'il n'ira pas sur les lieux, afin que, suivant les circonstances et les besoins il retranche, ajoute ou réforme.

Il est difficile qu'il puisse dans ses visites tout vérifier: il saura d'avance dans quelles paroisses il est nécessaire que son examen se fasse plus particulièrement ou par ses propres yeux, et quels sont en général les abus à réformer ou les améliorations à faire.

Si les revenus de la fabrique sont suffisants, le budget doit être exécuté, tel qu'il aura été réglé par le conseil général de la fabrique, et définitivement approuvé par l'évêque.[1])

---

[1]) Auch diese Stelle ist wichtig für den Beweis, daß in jedem Falle

Chapitre III.

Régie des biens et Comptes.

Les règles déjà proposées pour gérer les biens, pour dresser, examiner et arrêter les comptes, pour mettre en sûreté les deniers, pour conserver les titres et les archives sont celles que l'on suivait avant la révolution et qui semblent le mieux adaptées à l'institution des fabriques. [1])

Je ne propose à cet égard que quelques changements dans l'ordre et dans la rédaction des articles.

Chapitre IV.

Charges des Communes relativement au Culte, Nécessité des Dépenses, Légitimé du recours, et Mode de paiement.

§. 1er.

Des charges des Communes relativement au Culte.

Les frais du culte dans les paroisses, n'étant ni au compte du trésor public, ni considérés comme dépenses départementales ou d'arrondissement, les communes sont chargées de suppléer à l'insuffisance des revenus des fa-

---

die Genehmigung des Bischofs erforderlich ist, was man nach Art. 48 des Decrets mit Unrecht bezweifelt hat.

[1]) Das hier berührte dritte Kapitel des Fabrik-Decrets, Section I. de la régie des biens de la fabrique Art. 50—81, Section II. Des comptes Art. 82—91 ist auch zum großen Theile wörtlich älteren Fabrik-Ordnungen, insbesondere dem in der Einleitung erwähnten Réglement für St. Jean en Grève entnommen.

briques pour les frais de la célébration du service divin, pour le traitement des vicaires légalement établis et pour les réparations ou reconstructions.

On leur a de plus imposé l'obligation de fournir au curé ou desservant un presbytère; à défaut de presbytère un logement; ou a défaut de presbytère et de logement, une indemnité pécuniaire.

La loi du 18 Germinal An X *autorisait* les communes à procurer aux curés et desservants, à défaut de presbytère, un logement et un jardin. Ce logement n'était point fourni. C'est ainsi que dans toutes les circonstances on a eu la preuve qu'il ne faut compter sur aucun paiement volontaire de la part des habitants. Le Ministre de l'Intérieur et celui des Cultes furent d'avis que la loi avait autorisé cette dépense parcequ'elle l'avait considérée comme nécessaire. Comment en effet un desservant aurait il pu prendre le paiement de son loyer pour lequel on eût même souvent cherché à le rançonner, sur un traitement de 500 francs, qui dejà, par la déduction de la pension, se réduit pour un grand nombre à 234 ou a 166 francs, selon que la pension est de 266 ou 333 fr.? Votre Majesté décida, sur un rapport du Ministre des Cultes, le 1er Pluviôse An 11, que le logement à fournir aux curés ou desservants n'était point une simple faculté, mais une obligation. [1])

---

[1]) Im Entwurfe lauten Art. 103 und 104 (Art. 92 und 93 des Decrets), auf welche diese Ausführung sich bezieht:

Art. 103. Les charges des communes relativement au culte sont:

1. De suppléer à l'insuffisance de revenues de la fabrique pour les frais de la célébration du service divin, le traitement des vicaires légalement établis et les réparations ou reconstructions des édifices consacrés au culte.

2. De fournir au curé ou desservant un presbytère, ou, à défaut de presbytère et de logement, une indemnité pécuniaire, sans qu'à l'égard du logement il puisse y avoir d'action de part du propriétaire contre le curé ou desservant.

§. II.

Formalités pour constater la nécessité des Dépenses.

Lorsque des marguilliers veulent exercer leur recours vers une commune, ils doivent, avant tout, justifier que la dépense est nécessaire, puisque pour une dépense non nécessaire on ne doit être admis, ni à opposer l'insuffisance des revenus de la fabrique ni a contraindre les habitans de supporter cette charge.

Les preuves de la nécessité de la dépense sont différentes selon qu'il s'agit du service divin ou des réparations et reconstructions. Lorsqu'il s'agit des frais du service divin la commune doit être admise à présenter, s'il y a lieu, ses observations sur le budget de la fabrique, lors même qu'il aurait déjà été arrêté par le conseil général et approuvé par l'évêque.

On propose donc de régler que, dans ce cas, le bureau des marguilliers qui, par son trésorier poursuivra le recours vers la commune, adressera au préfet la délibération prise par le conseil général pour exercer ce recours, et en même temps le budget de la fabrique.

Art. 104. Dans les cas ou les communes sont obligées de suppléer à l'insuffisance des revenus des fabriques, il sera procédé ainsi qu'il suit.

Vgl. den Vortrag Cornudets im Staatsrath vom 21. April 1848 und meine Schrift: Die Verpflichtung der Civil-Gemeinden S. 18 und 93. Es folgt dann im Entwurf: Art. 105. A l'égard des frais de la célébration du culte, le préfet fera convoquer le conseil municipal, auquel seront représentés le budget...... und in den Artikeln 106, 107, 108 das Verfahren in Bezug auf die célébration du culte et de l'établissement d'un vicaire. Darauf: Art. 109. S'il s'agit des dépenses pour réparations ou reconstructions etc. (vgl. Art. 94 des Decrets). Mittheilung des Hrn. Domkapitulars Dr. Frenken.

Le préfet renverra ces pièces au maire avec ordre de convoquer le conseil municipal.

Si le conseil est d'avis que la dépense soit susceptible d'être réduite, il renverra le budget avec sa délibération à l'évêque qui décidera s'il y a lieu à réduction.

Si le conseil municipal croit encore avoir à réclamer contre cette décision, il s'adressera au préfet.

Celui-ci ne peut pas être investi du pouvoir d'infirmer la décision de l'évêque : ces dépenses tenant immédiatement aux actes mêmes de la célébration du culte ne sauraient être de la compétence du préfet et l'évêque dans ses attributions ecclésiastiques ne doit pas être mis sous la direction et sous l'autorité du préfet.

Cependant si celui-ci pense que la réclamation des paroissiens doive être prise en considération, il enverra toutes les pièces avec son avis à Votre Ministre des cultes et, sur son rapport, Votre Majesté statuera.

Cette marche, simple en elle même, le deviendra encore beaucoup plus, après que les premiers budgets auront été formés.

Lorsqu'une fois la somme à dépenser aura été déterminée, les budgets suivants ne seront que de simple forme, pour maintenir l'ordre : le préfet n'aura même pas le plus souvent à convoquer le conseil municipal : il lui suffira d'ordonner le paiement en la manière accoutumée.

Telles seraient les règles pour constater les frais en général de la célébration du culte.

S'il s'agit de la dépense particulière du vicaire, la délibération que le conseil général aura prise sur la nécessité de l'établissement d'un vicaire et qui aura été approuvée par l'évêque, sera renvoyée au préfet, qui fera convoquer le conseil municipal; celui ci consentira, ou se pourvoira comme à l'égard des autres frais de la célébration du culte.

Quant aux réparations et reconstructions, il suffira que

des gens de l'art, nommés par le Préfet, aient dressé en présence de l'un des marguilliers et d'un officier municipal, le devis estimatif des ouvrages à faire, pour que la commune ne puisse pas élever des doutes sur la réalité des réparations: si elle voulait contester leur nécessité, le Préfet statuerait, après avoir entendu les parties.

§. III.

Preuves de la légitimité du Recours.

Lorsque les dépenses qui auront été reconnues néces saires, auront pour objet les frais ordinaires du culte, la légitimité du recours vers la commune, à cause de l'insuffisance des revenus de la fabrique, se trouvera prouvée par l'examen que le conseil municipal aura fait du budget, examen d'après lequel il aura été consenti, réduit ou confirmé.

Si les dépenses ont pour objet des réparations ou constructions, la commune aura également le droit de demander la représentation du budget, et d'en faire réduire, s'il y a lieu, la dépense pour diminuer d'autant la charge qu'elle aurait à supporter.

§. IV.

Du Mode de Paiement.

La nécessité de la dépense et la légitimité du recours, par l'insuffisance des revenus de la fabrique, étant constatée, la commune ne doit plus sous aucun prétexte être dispensée d'acquitter cette dépense.

Il ne s'agit que de régler le mode de paiement.

La loi du budget de l'an 13 autorise

„les conseils municipaux à répartir au centime le franc des deux contributions personnelle et mobilière, pour leurs dépenses municipales, d'après la fixation qui aura été faite, le nombre de centimes par franc

qu'ils jugeront nécessaires, sans pouvoir excéder le maximum fixé par la loi."

Ce maximum était de seize centimes; ils ont toujours été absorbés par les dépenses départementales ou d'arrondissement fixes et variables.

A ce moyen impuissant on en substitua, dans le budget de 1807 un autre qui ne l'est pas moins.

On ordonna un prélèvement de dix pour cent sur les revenus de toutes les propriétés foncières des communes: mais cette mesure n'a donné que de très faibles résultats; ils n'ont aucune proportion avec les besoins. Il a, en effet, été précédemment démontré que la seule dépense courante des réparations des édifices du culte dans les paroisses, peut être évaluée à plus de cinq millions de francs. Or, le fonds commun des dix pour cent ordonné par le budget de 1807 et qui est déposé à la Caisse d'amortissement, n'a encore produit, depuis environ deux ans, que 534,243 f. 61 ct., suivant les états que m'en a adressé, le 13 du mois de juin dernier, M. le Directeur général de la Caisse d'amortissement.

Le plus grand inconvénient qui ait résulté de cette fausse combination, c'est que quand il survient des réparations au dessus des forces d'une fabrique, les habitants, les préfets eux mêmes, comptent sur le fonds commun dont ils ignorent le montant: ils font au Ministre de l'Intérieur des demandes auxquelles il ne peut satisfaire; le temps s'écoule en fausses démarches, la dépense se multiplie, et l'édifice est exposé à tomber en ruines.

L'orateur du Gouvernement qui présenta la loi du Budget déclara, dans l'exposition des motifs, que le prélèvement du dixième

„avait eu pour objet de fournir pour le culte quelque ressource à des communes qui n'en ont aucune."

C'est donc sous ce rapport seulement que ce fonds commun est un bienfait précieux pour l'église, puisqu'un

assez grand nombre de communes, et surtout dans les pays de montagnes, serait, sans ce secours, absolument hors d'état de fournir à de pareilles dépenses.

Il n'est donc pas moins indispensable de former un plan d'administration par lequel, en cas d'insuffisance des revenus des fabriques, la conservation des édifices du culte soit assurée.

En effet la volonté de Votre Majesté, que cette partie du service public ne souffre pas, se trouve plusieurs fois declarée: mais le mode d'exécution manque encore; et quand il s'agit de dépenses, il ne faut pas qu'il reste la moindre incertitude ni sur ceux qui doivent payer ni sur la manière dont ils doivent payer.

En règle générale, lorsqu'une dépense relative au culte a été réglée dans les formes prescrites et que les revenus de la fabrique sont insuffisants, le préfet doit ordonner qu'il y soit pourvu avec les revenus de la commune; et cette dépense, si elle est ordinaire et annuelle, doit dès-lors être employée dans son budget.

Il n'y a donc point de difficulté pour comprendre les frais de la célébration du culte dans le budget de la commune, lorsqu'elle a des revenus suffisants pour cette dépense, et en même temps pour toutes les autres dépenses de la commune; mais l'objection ordinaire est que la commune ne peut même pas fournir à des dépenses municipales.

Dans ce cas, le budget de la commune devrait aussi être soumis à un nouvel examen, non de la part de la fabrique, qui est absolument incompétente pour s'immiscer dans l'administration municipale, mais de la part du préfet, qui a pu ne pas s'opposer à des dépenses que la commune était en état de faire, lorsqu'il n'etait pas encore constaté qu'elle aurait à supporter la charge de tout ou de parti des frais de la célébration du culte. Il devrait donc être de règle que, dans ce cas, le préfet prit un

arrêté, soit pour retrancher ou réduire certaine dépense municipale, soit pour déclarer qu'elles sont toutes de nécessité, et que la commune ne peut, sur les revenus, fournir à la dépense de la célébration du culte, ou qu'elle n'y peut fournir que pour telle somme.

Dans ces deux derniers cas, il faut distinguer les frais de la célébration du culte et ceux de l'entretien des édifices.

On n'a plus comme autrefois, les décimateurs auxquels l'évêque ordonnait de suppléer à l'insuffisance des revenus de la fabrique pour la célébration du culte et pour le paiement des vicaires.

Il est vrai que les propriétaires des fonds retirent aujourd'hui le bénéfice de la suppression des dîmes. Cependant le titre de leur possession ne doit pas, comme le titre de décimateur les assujétir spécialement à cette charge.

C'est plus particulièrement pour les habitans domiciliés que se fait la dépense des cérémonies auxquelles ils assistent.

Si la fabrique n'a pas de revenus, la dépense doit par ce motif même être réduite autant qu'il soit possible, et dès-lors elle ne saurait être considérable : il semble donc qu'il n'y ait pas de nécessité à recourir à une répartition sur les biens-fonds. On peut même prévoir que si on laisse cette charge aux habitants, de manière qu'ils ne soient pas libres de l'éluder, ils s'entendront le plus souvent entre eux pour fournir de gré à gré, et sans qu'il soit besoin de recourir à l'autorité, les sommes qui auront été jugées indispensables.

L'établissement des vicaires a principalement pour cause la fatigue qu'entraîne le secours religieux à porter aux domiciliés, ils doivent donc aussi être chargés de cette dépense.

Dans tous les cas, le moyen de répartition volontaire entre les habitants pourra être tenté par les préfets; mais il ne réussira qu'autant qu'il sera reconnu qu'à défaut de ce moyen on emploiera des mesures coercitives. L'expé-

rience ne peut plus laisser de doute sur ce que les habitans les plus attachés à leur culte se refusent à tout paiement et que même, après s'être engagés à contribuer au plus modique salaire de leur pasteur, ils les ont vus sans pitié plongés dans l'indigence.

En vain une paroisse a-t-elle le besoin le plus pressant d'un vicaire; en vain les paroissiens ne l'ont-ils obtenu qu'après de longues instances; en vain ont-ils fait pour son traitement les plus belles promesses. Il arrive; il développe un grand zèle; il reçoit des actions de grâces: mais s'agit-il d'acquitter les promesses de paiement, il est abreuvé d'amertume et humilié par les refus.

Si les habitants ne sont pas portés d'eux-mêmes à faire une dépense provoquée en même temps par des sentiments religieux et par l'humanité, à plus forte raison se dispenseraient-ils de payer les autres frais du service divin lorsque l'humanité ne les provoquerait pas.

On pourrait citer tel département, celui de Poitiers, par exemple, où l'on a voulu obtenir de chaque commune la somme trop modique de 50 fr. par an pour les dépenses de la célébration du culte dans les églises dont les fabriques n'ont aucune ressource: il n'a pas été possible au préfet de parvenir à faire volontairement répartir et payer cette somme.

Le plus souvent les projets de répartition volontaire échouent parce qu'il est presqu'impossible que les opinions, les volontés, les facultés soient les mêmes: il suffit qu'il y ait quelques opposants pour que les autres se retirent, soit par l'humeur qui nait de cette contrariété, soit à cause de l'inégalité ou de la surcharge du poids que l'on eût volontiers supporté en commun, soit enfin par la disposition à saisir l'occasion de se dégager.

Toutes ces causes de refus cesseraient, s'il était déclaré que la dépense est obligatoire et que ce qui ne serait pas payé librement le serait en vertu d'un rôle exécutoire.

Mais dans l'état actuel des choses, il résulte du défaut de moyens des fabriques et de la difficulté d'obtenir un rôle exécutoire que le service divin est célébré, dans un grand nombre de paroisses non seulement sans dignité mais encore de la manière la moins décente.

Il y a donc nécessité de déclarer que cette dépense est obligatoire. Mais faudra-t-il toujours faire intervenir l'autorité législative? Faudra-t-il que pour le paiement des frais de la célébration du culte dans plus de trente mille paroisses dont les fabriques seront sans moyens suffisants il soit promulgué trente mille lois? Cela est, par la nature des choses, aussi peu praticable que contraire à la dignité de la loi.

Il semble que sans abroger la règle, on pourrait la modifier de manière à diminuer beaucoup les inconvénients.

C'est dans cette vue que je joins au projet de réglement sur les fabriques un projet de loi suivant lequel, lorsqu'il s'agira de dépenses annuelles de la célébration du culte, la répartition entre les habitants au marc le franc de la contribution personnelle et mobilière pourra être faite et rendue exécutoire par le préfet, si elle n'excède pas cent francs dans les paroisses de 600 habitants et au dessous; 150 dans celles de 600 à 1,200 habitants; et 300 francs dans celles au dessus de 1,200 habitants. Il est convenable de donner cette autorité au préfet, parce que les sommes sont peu importantes et que cela rentre dans les détails d'administration locale qu'il est indispensable de lui confier.

J'ai pris la population, comme moyen de proportion, parce que les paroisses plus peuplées ont en général plus de facultés pécuniaires, et que les frais de la célébration du culte sont plus considérables.

On aurait pu prévoir que toutes les fois qu'un vicaire serait établi, les sommes que le préfet peut répartir pour les frais de la célébration du culte seront insuffisantes:

mais, d'une autre part, il suffit que la lévée à faire sur les habitants soit de quelque importance, pour que le préfet soit obligé d'avoir recours à l'autorité de Votre Majesté.

Une certaine latitude doit seulement être laissée à l'autorité supérieure, pour ordonner une pareille levée, sans qu'il soit nécessaire d'obtenir une loi; et cette limite sera sans doute encore assez bornée, s'il est statué que le recours à l'autorité législative n'est nécessaire que pour les sommes au-delà du double de celles ci-dessus énoncées, et que la répartition par rôle exécutoire sera, dans les cas qui viennent d'être énoncés, ordonnée par Votre Majesté.

A l'égard de l'entretien des édifices, on n'a plus à distinguer les réparations du choeur de celles de la nef; mais la force des choses doit ramener aux idées de l'ancienne législation sur la partie de cette dépense qui était à la charge des paroissiens et des possédant-biens dans la paroisse.

Le besoin en était constaté par l'évêque dans ses visites ou par le bureau des marguilliers dans le temps intermédiaire. Le procès-verbal de l'évêque ou celui des marguilliers était adressé à l'intendant qui faisait vérifier et estimer, et au Chancelier, comme chargé au sommet de l'administration, de la conservation des édifices du culte et représenté aujourd'hui à cet égard par le Ministre des cultes.

Les habitants étaient ensuite convoqués, non pour délibérer s'ils paieraient, mais afin de donner leur avis sur le mode de paiement qui leur serait le moins onéreux.

Ces règles d'administration sont si simples, il est si facile de s'y conformer et il serait tellement difficile d'y suppléer, que je propose avec confiance de les renouveler en les adoptant à l'organisation administrative qui maintenant existe.

Les procès-verbaux que les évêques dresseront dans leurs visites ou les délibérations des conseils généraux prises sur le rapport que leur auraient fait les bureaux des marguilliers concernant le besoin de réparations ou reconstructions seront envoyés au Ministre des Cultes et au préfet.

Le préfet ordonnera que des gens de l'art par lui nommés le plus promptement qu'il sera possible, dressent, en présence de l'un des marguilliers et d'un officier municipal, le devis estimatif des ouvrages à faire, et qu'aussitôt après le devis estimatif dressé, le conseil municipal soit convoqué pour donner son avis sur ce rapport, et sur les moyens de pourvoir à cette dépense.

Le préfet, auquel ces pièces seront envoyées, ordonnera que les réparations soient faites sur les revenus de la commune, s'ils sont suffisants.

Si les revenus sont insuffisants, le préfet fera au Ministre de l'Intérieur l'envoi des pièces avec son avis sur les moyens de pourvoir aux réparations.

L'édit de 1695, en même temps qu'il ne laissait aux paroissiens aucun prétexte pour éluder ou différer les depenses, leur donnait une grande latitude sur le choix des moyens d'y fournir; et, à défaut de tout autre, il indiquait la voie de l'emprunt conformément à la déclaration du mois d'avril 1683, qui exigeait que le mode et le temps du remboursement fussent fixés.

Aujourd'hui les communes doivent être également contraintes, et par le même motif, puisque, si la réparation n'est pas faite à temps, elle ne peut que devenir bientôt beaucoup plus onéreuse.

Ainsi la commune qui n'aura pas de revenus suffisants doit être obligée d'y suppléer, soit par voie d'emprunt, si la commune peut par ses économies, et sans avoir besoin de recourir à une levée extraordinaire, rembourser dans un certain temps, soit même, si elle n'a aucune

ressource, par une levée au marc le franc des contributions foncière et mobilière.

Les propriétaires forains ne sauraient être dispensés d'y contribuer. De tout temps, ils ont payé leur part de la dépense concernant les nefs; ils jouissent des dîmes qui étaient affectées aux frais de la célébration du culte ou de l'entretien du choeur. La dépense relative à la célébration du culte ne sera plus à leur charge; et à l'égard de l'entretien du choeur, cette charge leur sera commune avec les autres paroissiens: ainsi leur sort est en général amélioré.

Lorsqu'il est universellement reconnu que l'exercice du culte est un des plus puissants moyens de maintenir l'ordre social, les propriétaires forains ne peuvent nier qu'ils ne retirent eux mêmes, quoique non domiciliés, un grand avantage, puisqu'ils y trouvent l'une des meilleures garanties que leur fermiers cultiveront paisiblement et seront fidèles à remplir leurs engagements.

Il y a, d'ailleurs, une absolue nécessité que les propriétaires forains contribuent aux dépenses d'entretien des églises et des presbytères: s'il en était autrement, les seuls habitants des paroisses, qui la plupart sont de simples fermiers ou même des journaliers seraient hors d'état d'y fournir.

On ne peut pas opposer la crainte de multiplier les charges des communes et de rendre plus difficile la perception des impôts.

Lorsqu'il est reconnu que la dépense est d'absolue nécessité, une levée extraordinaire semble préférable à une augmentation permanente des deux contributions, pour en faire un fonds commun.

L'expérience prouve que les formalités pour obtenir la participation à ce fonds commun et pour le faire verser, ne peuvent se concilier avec l'urgence des besoins; mais d'ailleurs, cette augmentation de contributions ne serait-elle

même qu'une levée extraordinaire permanente, une surcharge qui pourrait en rendre la perception plus difficile. Il est bien différent de n'avoir à faire une levée extraordinaire que dans une paroisse isolée, à des intervalles de temps très longs et pour une cause déterminée; cela est regardé comme un accident particulier, qui ne fait point de changement habituel dans les fortunes, comme le font les augmentations successives de contributions générales.

Il faut même observer que des contribuables qui voient que la somme perçue est employée a leur profit et que les travaux sont pour leur usage, se résignent au paiement beaucoup plus facilement qu'à une imposition moindre dont ils ignorent ou dont au moins ils ne peuvent suivre l'emploi.

Quant aux formalités pour l'emprunt ou la levée extraordinaire, je propose dans le même projet de loi, de confier également cette opération au préfet jusqu'à concurrence des sommes qu'il est autorisé à répartir entre les habitants pour dépenses du service divin.

Cette faculté donnée aux préfets sera d'une extrême utilité. Le plus souvent les réparations ne sont que pour des sommes modiques; elles demandent à être faites sur le champ et par économie. Ces sommes quoique modiques suffiront pour ce genre de travaux, ou au moins pour ce qu'il y aura de plus urgent; et lorsqu'une fois chacun connaîtra dans quelle proportion il contribue, l'opération du préfet ne devra souffrir ni contradiction ni délai.

Il est également nécessaire qu'il y ait des sommes qui puissent être levées sur l'autorisation que Votre Majesté donnera.

Il y aura en effet, en raison du grand nombre des édifices du culte, de très fréquentes réparations dont les dépenses excéderont ces sommes, et qui seront très urgentes; il y aurait encore trop d'inconvénients à attendre une loi.

Il parait même nécessaire qu'à l'égard de ces autorisations, il y ait plus de latitude que pour les simples dépenses de la célébration du service divin, tant à raison du trop grand nombre de lois qu'il faudrait obtenir, qu'à raison de l'urgence qui est ordinairement plus grande quand les réparations sont plus considérables.

Ainsi je propose que la levée soit ordonnée par Votre Majesté, quand il s'agira de sommes de 100 à 300 francs dans les paroisses de six cents habitants et au dessous, de 150 à 450 francs dans celles de six cents à douze cents habitants et de 300 à 900 francs dans les paroisses au dessus de douze cents habitans. Lorsqu'il s'agira de lever des sommes plus fortes, l'autorisation devra être donnée par une loi.

La règle générale sur l'autorisation des levées extraordinaires, a pour objet l'intérêt des communes: il convient donc de modifier cette règle, de manière qu'elle ne leur soit pas préjudiciable.

Au surplus, ce n'est point une innovation que je propose, c'est le retour aux anciennes règles ayant leur origine dans la nécessité qui en a été si longtemps vérifiée et reconnue.

Il reste seulement à l'égard des charges concernant le culte et que les communes ont à supporter, une circonstance à prévoir; c'est celle où une paroisse est composée de plusieurs communes. De pareilles réunions ont été faites en grand nombre dans la dernière circonscription. Il faut donc établir des règles pour les cas où il y a lieu à convoquer le conseil municipal ainsi que pour la répartition entre elles des sommes à lever.

Les conseils municipaux des communes composant une paroisse devront ils être réunis, ou délibéreront-ils séparément?

Ce dernier parti semble préférable. Les réunions de conseils municipaux ne sont point dans l'ordre accoutumé de l'administration et peuvent avoir des inconvéniens.

Les conseils municipaux des communes qui n'ont pas réussi à être chefs-lieux s'entendraient mal avec les conseils municipaux des communes préférées.

On aura peine à empêcher que ces discussions ne s'étendent à d'autres objets que ceux du culte.

Les délibérations séparées de chaque conseil municipal étant calmes, offriront un résultat plus sur du voeu de chaque commune.

S'il y a diversité d'avis, les motifs qui s'en trouveront exposés répandront des lumières propres à éclairer l'autorité compétente qui prononcera.

Lorsqu'il sera question de répartir sur plusieurs communes composant une paroisse les charges du culte, les revenus de chacune d'elles, lors même qu'ils seraient inégaux, devront d'abord être épuisés. Les motifs sont que chaque commune est tenue de fournir aux frais du culte dans la paroisse dont elle dépend, en épuisant les revenus avant que l'on puisse faire de levée sur les habitants. Les habitants des deux communes réunies ne font qu'un seul corps relativement au culte et à ses frais: ils doivent suivre le même sort.

Si les revenus des deux communes sont insuffisants, la répartition qui aura été jugée nécessaire sera faite au marc le franc de leurs contributions respectives; savoir, de la contribution mobilière et personnelle, s'il s'agit de la dépense de la célébration du culte; et au marc le franc des contributions foncière, personnelle et mobilière, s'il s'agit de réparations ou reconstructions.

Des Fabriques et des Eglises cathédrales.

Il reste encore, pour que l'organisation des fabriques soit complète, à examiner la partie de ce réglement qui concernera les fabriques des églises cathédrales.

Le projet qui a été mis sous les yeux du Conseil contient une disposition dans laquelle est établi le principe que ces fabriques dépendront de l'autorité des évêques.

Mais, dans ce projet, on a encore omis de tracer des règles pour assurer l'entretien des édifices communs au diocèse, savoir, les églises cathédrales, les évêchés et les séminaires.

On ne s'est point, depuis le rétablissement du culte, spécialement occupé de cet objet.

On trouve seulement quelques dispositions de lois ou de décrets, où il en est question d'une manière vague et insuffisante.

Il y est établi que ces dépenses sont à la charge des départements composant le territoire de l'évêché.

Un arrêté du Gouvernement du 18 Germinal An 11, charge les conseils généraux des départements de proposer les sommes qu'ils trouveront convenable d'appliquer.

1°. aux acquisitions, réparations, et ameublement des maisons épiscopales;

2°. à l'entretien et réparation des églises cathédrales;

Cet arrêté porte que ces sommes seront importées sur les centimes additionnels affectés chaque année aux dépenses variables de leurs départements.

Ces centimes ne suffisaient même pas le plus souvent pour les dépenses variables, autres que celles du culte. On mit dans la loi du budget de l'An 13, une disposition séparée (article 34 §. 2), par laquelle outre les centimes destinés aux autres dépenses variables, on en affecte

quatre pour les réparations, entretien des bâtiments et supplément de frais du culte, et pour constructions de canaux, chemins ou établissements publics.

Il n'y a, pour l'exécution de ces lois, aucune marche prescrite. Je vais exposer celle que l'on suit ordinairement:

L'évêque fait sa demande au préfet: celui-ci fait constater et estimer; il envoie les devis, avec ses estimations, au Ministre de l'Intérieur: celui-ci approuve ce qui doit l'être. Le conseil général du département délibère s'il comprendra cette dépense dans son budget; et en suite le budget lui même est soumis à une nouvelle approbation.

Le vice principal de cette manière de procéder, est que les réparations, constatées comme nécessaires par un procès-verbal, n'aient pas été mises au nombre des dépenses forcées, et qu'elles n'aient été considérés que comme facultatives: ainsi, lorsque l'évêque se plaint, on ne met pas la même promptitude à faire dresser les rapports des gens de l'art; ainsi quoiqu'une réparation ou reconstruction ait été approuvée par le Ministre de l'Intérieur, le conseil général du département délibère encore, s'il fournira les sommes, c'est à dire qu'il délibère, s'il faut priver le culte d'un édifice nécessaire, ou s'il faut s'exposer à voir doubler la dépense.

Cependant on ne peut se dispenser de mettre au premier rang pour les dépenses du culte diocésain, l'entretien des bâtiments: la conservation du culte lui même tient à cette mesure. Dans tous les emplois de centimes pour les dépenses variables, ils semble qu'il ne doive y avoir aucune variation dans la préférence à donner aux dépenses d'une nécessite constatée.

Je demande que quand il surviendra des réparations ou reconstructions aux églises cathédrales, aux évêchés, aux séminaires diocésains, l'évêque soit tenu d'en donner

l'avis officiel au préfet du département dans lequel est le chef-lieu de l'évêché.

Il est notoire que les fabriques des cathédrales n'ont même pas de revenus suffisants pour fournir aux frais ordinaires du culte, et qu'au lieu de la pompe qui avait lieu autrefois, et qui ne serait pas aujourd'hui moins convenable et moins utile à la religion, à peine peut-on y faire le service divin avec quelque dignité.

Le préfet qui aura reçu avis qu'il y a des réparations à faire devra sans différer, ordonner que, suivant les formes établies pour les travaux publics, et en présence d'une personne à ce commise par l'évêque, il soit dressé un rapport avec devis estimatif des ouvrages à faire.

Il est juste que l'évêque soit ensuite admis à faire ses observations sur ce rapport. Le tout sera transmis par le préfet, avec son avis au Ministre de l'Intérieur.

Lorsque les réparations auront été jugées nécessaires, les mesures à prendre par le Ministre de l'Intérieur doivent être telles, que les départements ne puissent s'en dispenser.

Si elles sont urgentes, il ordonnera qu'elles soient provisoirement faites sur les premiers deniers qui seront faits pour cet objet par le conseil général du département.

Le point important est que celui-ci ne puisse se dispenser, lors de sa prochaine assemblée, de comprendre dans ses dépenses départementales la somme déterminée d'après le rapport fait par le Ministre de l'Intérieur.

En effet, puisque les réparations qui ne sont pas faites à temps peuvent doubler et tripler la dépense, l'intérêt même du département exige qu'elles ne soient pas différées. Or, un pareil intérêt est la loi que l'on doit suivre pour faire un emploi de fonds préférablement à

un autre : il ne s'agit point de privilège pour l'église, mais d'établir un ordre que commande la nature de cette dépense.

Lorsque Votre Majesté aura pourvu à ce que l'entretien des édifices du culte, en général, soit assuré, elle aura épargné au profit, soit des departements, soit des communes cette partie de la dépense qui s'accroît par les retards, en même temps qu'elle aura rendu à l'église le bienfait le plus signalé, puisque le premier de ses besoins, après celui d'avoir des ministres, est que l'entretien des édifices consacrés au Culte ne soit pas abandonné ou négligé.

Die neueste wissenschaftliche Bearbeitung des Decrets über die Kirchenfabriken

und die

in der letzten Zeit hervorgetretenen Streitfragen.

Das die Kirchenfabriken betreffende Decret vom 30. December 1809, übersetzt und unter Berücksichtigung der darauf bezüglichen preußischen Gesetze erläutert von Carl de Syo, Landgerichtsrath in Aachen. Köln 1861. Verlag der Dumont-Schauberg'schen Buchhandlung VI. 276 Seiten 8.

Die eigenthümlichen Rechtszustände des linken Rheinufers, wo nach dem Aufhören der Fremdherrschaft doch das französische Recht sich erhalten konnte, haben in neuester Zeit eine Reihe monographischer Arbeiten hervorgerufen. Die Frage nach dem Eigenthum an den Kirchengebäuden und an den Kirchhöfen, die Pflichten der Civilgemeinde für den Cultus, insbesondere für die Herstellung und Unterhaltung der Pfarrhäuser, sind von verschiedenen Gesichtspunkten aus von mehr als einem Schriftsteller eingehend und ausführlich erörtert worden. Es können solche Arbeiten nur freudig begrüßt werden; ja es mag sogar für die Entwicklung der Wissenschaft in mancher Beziehung nicht unvortheilhaft sein, wenn zuerst die einzelnen schwierigen Fragen gelöst, und so vom Besondern ausgehend stufenweise und allmälig Kenntniß und Uebersicht des Allgemeinen gewonnen werden. Ein Fortschritt auf diesem Wege, der endlich zu dem schon so lange gewünschten Kirchenrecht der deutschen Provinzen des linken Rheinufers führen muß, ist das Buch, welches die folgenden Bemerkungen veranlaßte. Es beschäftigt sich auch zunächst mit einem einzigen Gesetze; aber dieses Gesetz oder, wenn wir genauer reden wollen, Decret über die Kirchenfabriken ist so

8

umfangreich, nach verschiedenen Richtungen so weit und tief eingreifend, daß ein großer Theil sämmtlicher Rechtsbestimmungen zu ihm in näherer oder fernerer Beziehung steht und deshalb in einer Erläuterung des Fabrikdecretes nicht unberührt bleiben konnte. Ich brauche kaum hier zu bemerken, daß eine derartige Schrift nicht nur durch den gegenwärtigen Stand der Wissenschaft, sondern noch viel mehr durch die thatsächliche Entwicklung der Rechtszustände während der letzten vierzehn Jahre gewünscht und gefordert wurde. Die freie Stellung, welche der Kirche in Folge der preußischen Verfassungsurkunde zu Theil geworden ist, hat auch die kirchlichen Behörden, nicht nur die höhern sondern auch die Pfarrfabriken, häufig in die Nothwendigkeit versetzt, selbst zu entscheiden und zu handeln, wo man früher einer äußern Leitung nur zu gehorchen brauchte. Was könnte so vielen der Geschäfte noch ungewohnten, häufig in ländlicher Einsamkeit auf sich selbst angewiesenen Personen willkommener sein, als eine Anweisung, die klar und ausführlich, verständig und verständlich die fremden Laute des französischen Gesetzes in deutsche Sprache übertrug, den richtigen Sinn erläuterte, und nachwies, was veraltet, verändert oder noch in Geltung sei. Aber es wäre unbillig, wollte man sagen, daß die Arbeit des Herrn de Syo nur in Folge des gutgewählten Zeitpunktes, und nicht auch ihrem eigenen inneren Werthe nach eine günstige Aufnahme sich versprechen dürfte. Für eine Schrift, die so unmittelbar nicht nur mit rechtlichen Fragen, sondern auch mit Gegenständen der Verwaltung, des Rechnungswesens sich beschäftigt, ist es immer ein besonderer Vorzug, wenn der Verfasser das, was er darstellt, durch eigene Thätigkeit und Geschäfte praktisch kennen lernte. Herr de Syo war langjähriges Mitglied des Kirchenvorstandes der Hauptpfarrkirche zum h. Paulus in Aachen und er schreibt sein Buch zunächst mit dem Wunsche, „seinen Kirchenraths-Collegen eine Erleichterung in der Erfüllung ihrer Pflichten und über so manche streitige Fragen Aufklärung zu verschaffen.“ Aber gewiß werden nicht allein diese Collegen dem

Verfasser verpflichtet sein, sondern es wird wohl Niemand, auch nicht der gründlichste Kenner des Rheinischen Rechtes, das Buch aus der Hand legen, der nicht für Manches, das er darin entweder erst kennen lernte oder wenigstens in besserer Uebersicht und richtigerem Zusammenhange vor sich sah, zu danken hätte. Unzweifelhaft wird diese Schrift in der Rheinprovinz einer zahlreichen Verbreitung und häufigen Benutzung sich erfreuen und in nicht langer Zeit in einer neuen Ausgabe vor uns liegen. Um so mehr scheint es mir angemessen, auf den Inhalt hier etwas ausführlicher einzugehen und zugleich einige Gründe und Erwägungen anzuschließen, die bei Beurtheilung der in neuester Zeit so viel besprochenen, noch immer streitigen Rechtsfragen einige Berücksichtigung verdienen möchten.

Der Verfasser gibt nicht, wie die meisten französischen Schriftsteller, z. B. Affre, eine systematische Darstellung des gesammten Stoffes, sondern eine exegetische Erläuterung der einzelnen Artikel, was offenbar dem vorgesetzten Zweck am besten entspricht. Die Uebersetzung ist treu, fließend und leicht verständlich, nur wenige Unrichtigkeiten werde ich später anmerken. Ungern entbehrt man den französischen Text, der ohne größere räumliche Anforderungen recht gut auf einem gespaltenen Blatte der etwas verkleinerten deutschen Uebersetzung gegenüber gestellt werden könnte. Andererseits möchten wir die Daten der französischen Gesetze bis zum Jahre 1806, die der Verfasser nur nach dem französisch-republikanischen Kalender benennt, gern in's Deutsche und Christliche übertragen sehen. Das scheint auch die Consequenz zu fordern; denn wer eine Uebersetzung des Dekretes bedarf, versteht ganz gewiß den republikanischen Kalender nicht. Die Zugabe wäre um so wünschenswerther, als das Buch gerade in Beziehung auf Jahreszahlen nicht vollkommen zuverlässig ist. Man begegnet einer Menge unrichtiger Angaben, die zum Theil auf einem Druckfehler, zum Theil auf einem Versehen, zum Theil auch auf einer Verwechslung verschiedener Gesetze beruhen. So wird die Bulle de salute animarum auf den 16. Juni 1820 ver-

legt (S. 264), während sie vom 16. Juli 1821 datirt ist. Die Bulle provida sollersque wurde nicht am 25. August 1820 erlassen, wie wir Seite 264 lesen, auch nicht am 15. August 1821, wie S. 244 angegeben ist, sondern am 16. August des letzteren Jahres. Die erzbischöfliche Verordnung über das Budget, die zum Artikel 82 (S. 172) erwähnt wird, ist nicht vom Jahre 1822, sondern 1828; eine andere über die Kirchenrechnungen (S. 186) nicht vom 30. Juli 1830, sondern 1835, wie man auch S. 269 richtig angezeigt findet. Wichtiger als diese Versehen sind andere irrige Angaben, die ich später erwähnen muß.

Sogleich mit der Uebersetzung des Art. 1 beginnt der Verfasser seine Schrift. Einige Erläuterungen über die Entstehung und Geschichte der Kirchenfabriken und insbesondere des Fabrikdecrets hätten doch, wie mir scheint, vorhergehen sollen. Freilich ist die letztere in den bisher erschienenen Büchern beinahe ganz außer Acht gelassen, und daher ihre Kenntniß nicht leicht zu erlangen, aber Einiges hätte doch schon den von Hermens gesammelten Materialien sich entnehmen lassen.

Die Ordnung des Decrets führt zunächst auf die Bildung der Kirchenfabriken, die Zusammensetzung des Kirchenraths und der Kirchmeisterstube. Diese Verhältnisse sind eingehend und mit Sachkenntniß auseinandergesetzt. Zu streng scheint mir, wenn der Verfasser (S. 4) in den Pfarreien, wo es nur einen Vikar gibt, diesen von der Mitgliedschaft am Kirchenrath ausschließen will, weil nach Art. 4 des Decrets der Pfarrer sich durch einen seiner Vikare vertreten lassen kann. Aus einer derartigen Bestimmung darf eine Incapacität schwerlich gefolgert werden. In diesem Sinne hat auch schon eine Ministerialentscheidung vom 22. Mai 1813 sich ausgesprochen (Hermens Bd. IV. S. 830). Dagegen schließt der Verfasser mit Recht Pfarrer und Bürgermeister von dem Vorsitz sowohl im Kirchenrathe als in der Kirchmeisterstube aus (S. 21). Denn der Präsident soll lediglich die Interessen der Fabrikverwaltung vertreten, während doch Pfarrer und Bürgermeister gerade als

Vertreter des Pfarramts und der Civilgemeinde am Kirchenrathe Theil nehmen. In der Kirchmeisterstube wird der Vorsitz des Pfarrers auch dadurch unstatthaft, daß nach Art. 50 von den drei Schlüsseln zum Kirchenkasten der eine vom Schatzmeister, der zweite von dem Pfarrer, der dritte vom Präsidenten bewahrt werden soll, und dem Zweck dieser Bestimmung gemäß zwei Schlüssel sich niemals in derselben Hand befinden dürfen. Ueber die Zusammensetzung, Befugnisse und Aufgaben der Kirchmeisterstube hat schon das Decret so einfach und klar sich ausgesprochen, daß die Erläuterung keine Schwierigkeiten fand. Nur in der Uebersetzung des Art. 12, welcher die außergewöhnlichen Ausgaben über 50 Franken in den Pfarreien von weniger als 1000 Seelen, und über 100 Franken in Pfarreien von größerer Bevölkerung der Entscheidung des Kirchenraths vorbehält, hat der Verfasser irrthümlich die Zahl 1000 mit 5000 verwechselt. Wir würden glauben, es liege nur ein Druckfehler vor, besonders da sich im Art. 42, der auf den Art. 12 sich zurückbezieht, die Zahl 1000 richtig angegeben findet. Es wird aber in den Erläuterungen des Art. 12 die unrichtige Zahl noch dreimal wiederholt, und man erkennt, der Verfasser wurde durch die Erinnerung an den Art. 3 des Decretes mißleitet, der die Zahl der erwählten Kirchenräthe auf 9 oder 5 feststellt, je nach dem die Bevölkerung der Pfarrei sich auf 5000 Seelen oder weniger beläuft.

Das zweite Kapitel handelt über die Einkünfte, Lasten und das Budget der Fabrik. Der Verfasser bespricht zum Art. 36 ausführlich die einzelnen Einkünfte und Güter und die gesetzlichen Bestimmungen, durch welche sie erworben wurden. Er bringt hier die interessanten Fragen nach dem Eigenthum der Kirchen und Kirchhöfe zur Erörterung und folgt mit gutem Grunde den von Gräff, Regnier, Maurer und Mooren entwickelten Ansichten [1]), welche sowohl die Kirchengebäude als die alten Kirchhöfe den Fabriken zusprechen.

---

[1]) Vgl. Gräff, das Eigenthum der katholischen Kirche an den ihrem Cultus gewidmeten Metropolitan-Kathedral- und Pfarrkirchen.

In der Wissenschaft hat sich bisher noch keine Stimme gegen diese Ansicht erhoben, auch die Praxis der französischen Gerichtshöfe hat dafür entschieden [1]), regelmäßig auch die der rheinischen, bis das Obertribunal in Berlin sich in anderem

---

Trier 1859. Gräff, Das Eigenthum an den Kirchhöfen. Trier 1860. Regnier, Plaidoyer in Sachen des bischöflichen Seminars in Trier, die Jesuiten- oder Dreifaltigkeitskirche daselbst betreffend, gegen die evangelische Kirchengemeinde daselbst und den königl. preußischen Fiskus. Trier 1856 (als Manuskript gedruckt). Maurer, Ueber Eigenthum an Kirchen mit Dependenzen. Darmstadt 1858. Mooren, Ueber Eigenthum und Benutzung der Kirchhöfe. Köln 1857.

[1]) Auch in Belgien haben jetzt sämmtliche Gerichtshöfe zu Gunsten der Kirchenfabriken sich ausgesprochen, nämlich die Tribunale erster Instanz in Brügge am 17. Oktober 1843, in Doornik am 30. Juni und am 9. Juli 1849, in Hasselt am 7. Juni 1848 und in Verviers am 26. Dezember 1860; ferner die Appellhöfe von Gent am 3. Februar 1840 und am 8. Mai 1846, von Brüssel am 14. August 1851, von Lüttich am 2. August 1862, endlich der Cassationshof am 20. Juli 1840. Das zuletzt ergangene Urtheil des Appelhofs von Lüttich, welches die Entscheidung des Tribunals von Verviers zu Gunsten der Kirchenfabrik von Stablo bestätigt, ist um so bedeutungsvoller, als der lüttichcer Appelhof früher allein unter allen belgischen Gerichtshöfen im entgegengesetzten Sinne sich ausgesprochen hatte. Und gleichwohl sind die Pfarrkirchen nach den französisch-belgischen Gesetzen längst nicht so günstig gestellt und von der Einwirkung der Confiskationen nicht in dem Maaße befreit geblieben, wie in der Rheinprovinz. Vgl. die gründliche Schrift von Moulart: De sepulturis et coemeteriis. Lüttich 1862 p. 376 ff.; über das Urtheil von Verviers die Revue catholique de Louvain 1861. Tom. I. p. 40, über das Urtheil von Lüttich die Gazette de Liège Nr. 194 vom 14. und 15. August 1862 und das in Lüttich erscheinende Mémorial Belge de conseils des fabriques, 1862 livr. 11 et 12 p. 756—762. Auch in Holland wurde ein Urtheil des Tribunals von Maastricht durch den hohen Hof von Holland im Haag am 20. Januar 1854 zu Gunsten der Kirchenfabriken kassirt, und dadurch ihr Eigenthumsrecht auf die Kirchhöfe zur allgemeinen Anerkennung gebracht. Vgl. Kölnische Blätter Nr. 20 vom 18. Januar 1863.

Sinne aussprach und das zu Gunsten der katholischen Kirchengemeinde zu Kreuznach erlassene Urtheil des rheinischen Appelhofs vom 11. Juli 1853, am 23. Januar 1855 cassirte. [1]) Das Landgericht zu Coblenz und der Appellhof haben sich aber dadurch nicht abhalten lassen, unterm 16. Februar und 16. November 1859 zu Gunsten der Kirchenfabrik zu St. Goar bei den früher ausgesprochenen Grundsätzen zu verharren, daß in den vier rheinischen Departements das Eigenthum an den Kirchengebäuden und den mit denselben verbundenen Kirchhöfen durch die französische Gesetzgebung den Kirchenfabriken nicht entzogen und auf die Civilgemeinden nicht übertragen sei. Aber dies Urtheil ist abermals vom Obertribunal am 24. September 1861 cassirt, und der entgegengesetzte Grundsatz angenommen worden. Die Administrativ-Behörden haben dann mit Berufung auf das Cassations-Urtheil nicht gesäumt, das für St. Goar festgestellte Verfahren ganz allgemein anzuordnen, obgleich doch dieses Urtheil nur zwischen den Parteien jenes einzelnen Prozesses und also ausschließlich über den Kirchhof von St. Goar eine Entscheidung treffen konnte.

Besonders lebhaften Eifer zeigte die Regierung in Köln, wie man aus dem folgenden Erlaß ersehen wird:

Bereits durch unsern Circular-Erlaß vom 7. August 1855 haben wir Sie darauf aufmerksam gemacht, daß nach der links-rheinischen Gesetzgebung die Kirchhöfe der Regel nach das Eigenthum der Civilgemeinden sind, und daß dieses nicht nur rücksichtlich der neuen, von den Civilgemeinden angelegten Kirchhöfe, sondern auch rücksichtlich der alten, vor der Publikation der betreffenden französischen Gesetze schon bestandenen Kirchhöfe gilt.

Wir haben in der letztern Beziehung auf das von dem königl. Obertribunal in Sachen der Civilgemeinde zu Creuznach gegen die dortige katholische Kirchengemeinde am 23. Januar 1855 erlassene, im Archiv für das Civil- und Criminalrecht Bd. 50, Abth. 2. A. S. 70—76 abgedruckte Urtheil Bezug genommen, in welchem hin-

---

[1]) Vgl. Gräff, das Eigenthum an den Kirchhöfen. S. 102.

sichtlich des um die Pauluskirche zu Creuznach gelegenen alten Kirchhofs der durch die französische Gesetzgebung erfolgte Uebergang in das Eigenthum der dortigen Civilgemeinde anerkannt ist.

Seit dem erwähnten Urtheile haben die rheinischen Instanzgerichte, darunter auch der hiesige königliche Appellationsgerichtshof, bei alten Kirchhöfen die Eigenthumsfrage noch mehrfach in anderm Sinne entschieden. Das königl. Obertribunal hat jedoch durch Urtheil vom 24. September v. J., welches in dem Rechtsstreite der katholischen Kirchenfabrik zu St. Goar gegen die Civilgemeinde St. Goar wegen des Rechtes zum Bezuge der Entschädigung für ein zur Eisenbahn von Coblenz nach Bingen verwendetes Stück des alten, bei der katholischen Kirche zu St. Goar gelegenen Kirchhofs ergangen ist, und im Archiv für das Civil- und Criminalrecht veröffentlicht werden wird, an seiner Ansicht festgehalten und demgemäß das Urtheil des hiesigen königlichen Appellationsgerichtshofes, wodurch der Civilgemeinde St. Goar das Recht auf die fragliche Entschädigung abgesprochen wurde, cassirt.

Indem wir Sie in Folge Erlasses des Herrn Oberpräsidenten der Rheinprovinz vom 22. v. M. hiervon in Kenntniß setzen, ertheilen wir Ihnen die Weisung, in Ihrem Verwaltungsbereiche fortan überall unwandelbar daran festzuhalten, daß alle öffentlichen Kirchhöfe, mögen dieselben alte oder neue sein und um die Kirche oder entfernt davon liegen, sich im Eigenthum der Civilgemeinden befinden.

Sie wollen die Bürgermeister hienach instruiren und denselben aufgeben, daß sie, insoweit es nach den örtlichen Verhältnissen nöthig erscheinen könnte, Namens der Civilgemeinden *von den vorhandenen öffentlichen Kirchhöfen förmlich Besitz zu ergreifen haben.*

Zugleich sind die Bürgermeister darauf zu verweisen, daß nach Art. 16 des kaiserlichen Decrets vom 23. Prairial J. XII von denselben allein, mit Ausschluß jeder andern Behörde, die Ordnung auf dem Kirchhofe zu bestimmen und aufrecht zu erhalten ist. Die Bürgermeister haben die Todtengräber anzustellen, die Reihenfolge der Gräber festzusetzen und alle auf das Begraben sich beziehenden Anordnungen zu treffen. Es wird nützlich sein, daß allenthalben, wo

der Bürgermeister rücksichtlich der Ordnung auf dem Kirchhofe noch keine Polizei-Verordnung auf Grund des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 erlassen hat, dieses jetzt geschehe, und daß zugleich, wenn noch kein Todtengräber angestellt ist, die Anstellung eines solchen erfolge.

Aus dem vom höchsten Gerichtshofe anerkannten Satze, daß gesetzlich alle öffentlichen Kirchhöfe im Eigenthum der Civilgemeinde sich befinden, geht hervor, daß die Erwerbung des Grundes und Bodens zu neuen Kirchhöfen so wie zur Erweiterung schon bestehender Kirchhöfe stets im Namen der Civilgemeinde stattzufinden hat. Ferner ist davon die Folge, daß die im Art. 10 des kaiserlichen Decrets vom 23. Prairial J. XII vorgesehene Bewilligung besonderer Begräbnißstätten auf dem Kirchhofe durch den Gemeinderath erfolgen, und die dafür neben einer etwaigen Zuwendung an die Armenkasse zu zahlende Retribution in die Gemeindekasse fließen muß. Sie haben auch hierauf die Bürgermeister aufmerksam zu machen.

Ueber die Ausführung dieser Verfügung erwarten wir von Ihnen binnen 8 Wochen Bericht.

Köln, den 25. Februar 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.
(gez.) Birck.

Pro copia.
(gez) Schwartz.
Exp.-Assistent.

An die Herren Landräthe der Landkreise
Bergheim, Euskirchen, Rheinbach, Köln
und Bonn.

Wie sich denken läßt, wurden diese Anweisungen von den Unterbehörden noch schroffer aufgefaßt und noch weiter ausgedehnt; so wird z. B. in einem mir vorliegenden Schreiben des Bürgermeisters von Vilip an den Pfarrer in Berkum vom 29. April 1862 das Vorhaben ausgesprochen, das auf dem Kirchhofe gewachsene Gras zu Gunsten der Civilgemeinde in Besitz zu nehmen, obgleich es doch auch nach dem Ausspruch des Obertribunals keinem Zweifel unterliegen kann, daß dieser fruit spontané gemäß der ausdrücklichen Bestimmung des

Art. 36 nr. 4 des Fabrikdecrets nach wie vor der Kirchenfabrik zufallen müsse.

Es ist dadurch ein Zustand hervorgerufen, den man in keiner Weise als einen erfreulichen bezeichnen darf. Der Regierungserlaß redet noch nicht von den Kirchengebäuden, doch würden auch rücksichtlich dieser Unfriede und Reibungen nicht lange zu vermeiden sein. Aber die Kirchhöfe mußten sofort zu neuen Streitigkeiten Veranlassung geben, denn wie konnten die kirchlichen Behörden eine „förmliche Besitzergreifung Namens der Civilgemeinden" sich gefallen lassen? In gewöhnlichen Fällen darf man annehmen, ein Spruch des höchsten Gerichtshofes werde nicht leicht sich wieder ändern, und es sei das Recht dadurch dauernd festgestellt. Daß aber eine solche Gewißheit, ja nur die Wahrscheinlichkeit in diesem Falle nicht vorhanden sei, weiß Jeder, dem die Zusammensetzung des Obertribunals, die Erörterung und Motivirung des letzten Urtheils einigermaßen bekannt ist. Es war also vorauszusehen, daß die Vertreter der Fabriken bei diesem Urtheil sich nicht beruhigen, sondern aufs Neue den gerichtlichen Weg betreten würden, wie denn eben jetzt bei dem Bonner Landgericht ein solcher Rechtsstreit wieder in Aussicht steht.

Neue Gründe und Gesichtspunkte finden sich in den Motiven des Obertribunals durchaus nicht hervorgehoben. Man empfängt einen eigenthümlichen Eindruck, wenn man das cassirte Urtheil des Appellhofs mit dem Cassationsurtheil vergleicht. Zwei Gerichtshöfe, beide mit hervorragenden, ausgezeichnet befähigten Juristen besetzt, ziehen aus denselben Gesetzen, aus denselben Worten die gerade entgegenstehende Folgerung. Das scheint doch deutlich darauf hinzuweisen, daß die Gesetze selbst nicht vollkommen klar sind, und daß es überhaupt schwerlich gelingen wird, eine Ansicht mit juristischer Evidenz als die allein mögliche darzustellen. So viel ich urtheilen kann, würde auch hier die Beweislast das eigentlich Entscheidende sein. Will man den Kirchenfabriken das, was sie unzweifelhaft früher besessen haben, entziehen und den Civilgemeinden zusprechen, so

muß ein bestimmter Beweis geführt werden, daß es durch die Gesetze den ersteren wirklich entzogen und den letzteren wirklich zugesprochen sei. Einen solchen Beweis hat man aber bisher nicht geführt, und mir scheint, es wird schwer sein, ihn zu führen, besonders was die Uebertragung des Eigenthums auf die Civilgemeinden angeht. Hier ist nicht der Ort, die einzelnen Gründe und Gegengründe, die schon so oft erwogen sind, noch einmal gegeneinander zu stellen. Nur zwei neue Momente möchte ich hervorheben, die, wenn nicht entscheidend, doch für das gute Recht der Fabriken nicht ohne Gewicht sind:

1) Zunächst die Aeußerung des französischen Cultus-Ministers Bigot de Préameneu, welcher in der mitgetheilten Erläuterung des Fabrikdecrets ausdrücklich erklärt: L'église, le presbytère et le cimetière sont entretenus par la commune qui profite du culte; ils ne sont pas sa propriété.[1]) Man kann den Ausführungen des Ministers gewiß nicht den Charakter einer authentischen Interpretation des Fabrikdecretes beilegen, aber noch weniger wird man sie für unbedeutend halten dürfen.

2) Das hauptsächlichste Argument gegen die Fabriken geben bekanntlich die Staatsraths-Gutachten vom 29. Frimaire — 3. Nivôse XIII (20.—24. Dezember 1804) und vom 2.—6. Pluviôse XIII (22.—26. Januar 1805)[2]), welche den Civilgemeinden das Eigenthum der Kirchen und der umliegenden Kirchhöfe zuzusprechen scheinen. Faßt man aber die Entwicklung der Gesetzgebung in's Auge, so haben sie nicht die Bedeutung, welche die Gegner der Fabriken und insbesondere das Urtheil des Obertribunals ihnen beizulegen geneigt sind. Auch die Ausdrücke in den Art. 7 und 9 des Decrets über die Begräbnisse vom 23. Prairial XII (12. Juni 1804), auf welche rücksichtlich der Kirchhöfe das Obertribunal beinahe einzig sich stützt, sind

[1]) Vgl. oben S. 91.

[2]) Vgl. Hermens III. 235. II. 315. Gräff, Eigenthum an den Kirchen. S. 123.

nicht von entscheidendem Gewicht. Daß man zunächst durch dieses Decret keine Eigenthums-Veränderung vornehmen, also den Civilgemeinden kein Eigenthum übertragen wollte, das ihnen nicht bereits zustand, wird durch die Vergleichung des Entwurfs mit der Schlußredaction des Decrets unbestreitbar; denn es wurde in dem Entwurfe ein Artikel: les lieux de sépulture seront la propriété des communes et demeureront à leur charge, gerade deshalb gestrichen, weil der Domänen-Ausschuß im Staatsrath dagegen Widerspruch erhob und ausführte, die Kirchhöfe seien in das Eigenthum ihrer früheren Eigenthümer zurückgekehrt. [1]) Wenn aber in gesetzlichen Bestimmungen aus dem Anfange dieses Jahrhunderts das kirchliche Vermögen von dem Gemeindevermögen scheinbar nicht gehörig unterschieden wird, so erklärt sich dies aus den damaligen Verhältnissen. Das Concordat war nicht leicht zur Ausführung zu bringen, es dauerte geraume Zeit, ehe die neuen Pfarreintheilungen vorgenommen, die Kirchenfabriken allgemein wieder hergestellt und organisirt waren. So lange dies nicht geschehen, konnte man sie nicht füglich als eigene Rechtssubjecte auffassen, sondern es lag nahe, ihre Güter als Gemeinde-Eigenthum zu betrachten. Zudem bestanden, wie man aus der ersten dieser Abhandlungen sich erinnert, neben den mit der Sorge für den Gottesdienst beauftragten inneren Fabriken nach dem Decret vom 7. Thermidor XI (26. Juli 1803) die äußeren Fabriken, denen gerade die Verwaltung des Kirchenvermögens beinahe ausschließlich zugefallen war. Diese betrachteten sich häufig nur als Gemeindebeamte, so wie das von ihnen verwaltete Vermögen als einen Theil des Gemeindevermögens. Ein Cultusminister wie Portalis theilte zwar diese Ansichten nicht, aber gewiß mancher Beamte im Ministerium des Innern

---

[1]) Vgl. Journal Belge des conseils des fabriques et du contentieux des cultes. Tom I. S. 23. Liège 1842. Gräff, Eigenthum an den Kirchhöfen S. 101.

und der Finanzen.[1]) Ja man ersieht sogar aus den Berathungen über den Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches, daß eine zahlreich vertretene Meinung überhaupt nur den Staat, die Gemeinden und Privat-Personen als vermögensfähige Subjecte anerkennen[2]) wollte. Der Entwurf des Civil-Gesetzbuches ent-

[1]) Das auffallendste Beispiel dieser Art ist der Bericht des Finanz-Ministers Gaudin, welcher das Staatsrathsgutachten vom 26. Januar 1805 veranlaßte. Der Minister spricht darin die Ansicht aus, daß die Kirchen als Gemeinde-Eigenthum betrachtet werden könnten, und fährt dann fort: Ce qui vient à l'appui de cette opinion, c'est l'arrêté du 7 Thermidor an XI qui, en rendant à leur destination primitive les biens et rentes des fabriques non aliénés, veut qu'ils soient administrés dans la forme particulière aux biens communaux. Ces dispositions indiquent positivement la nature des objets restitués et semblent leur imprimer le caractère de propriétés communales, et comme l'église de chaque fabrique en est nécessairement la propriété première et essentielle, on pourrait en inférer que cette église est véritablement une propriété communale (vgl. das erwähnte Plaidoyer von Regnier S. 103). Der Minister stellt die beibehaltenen Kirchen den durch das Thermidor-Decret restituirten Gütern ganz gleich, von denen jetzt Niemand mehr bezweifelt, daß sie nicht, wie der Minister annimmt, den Civilgemeinden, sondern den Fabriken restituirt sind. Mir scheint, diese einzige Stelle könnte über den Werth des Staatsraths-gutachtens für die vorliegende Frage aufklären.

[2]) Vgl. Procès-verbaux du Conseil d'état contenant la discussion du projet de Code civil, Paris An. XII. p. 77. Man wird die interessante Verhandlung, auf deren Wichtigkeit Herr Geh. R. Bauerband mich aufmerksam machte, gewiß nicht ungern hier lesen.

L'article 510 est soumis à la discussion.

Le C. Regnaud (de Saint-Jean-d'Angely) dit qu'il craint qu'on n'interprète cet article contre les hospices.

On pourrait prétendre, en effet, qu'en ne reconnaissant de propriétaires que la nation, les communes et les particuliers, l'article d'après le principe: inclusio unius est exclusio alterius, refusât aux hospices cette qualité

Une telle interprétation contrarierait la législation existante qui, en leur rendant les biens dont ils avaient été dépouillés, en

hielt zu Anfang des zweiten Buches: Des biens et des différentes modifications de la propriété. titre I. §. 510, jetzt §. 516, unmittelbar nach dem Satze: „tous les biens sont meubles ou immeubles", die fernere Bestimmung: „les biens appartiennent ou à la nation en corps ou à des communes

---

permettant de leur en donner de nouveaux, admet en eux la capacité d'être propriétaires.

Peut-être aurait-elle l'effet désastreux de ralentir la bienfaisance si nécessaire pour suppléer à l'insuffisance des secours que les hospices tirent des octrois.

Au surplus, il est encore d'autres établissemens publics que les hospices, on peut citer, par exemple, ceux de l'instruction publique. Il ne s'agit pas d'agiter et de décider maintenant la question de savoir s'il est avantageux que les établissemens publics en général aient des propriétés; il s'agit de ne pas la préjuger négativement. On pourrait donc ajouter à l'article, que, quant à leurs biens, les établissemens publics sont soumis à des règles particulières.

Le C. Treilhard dit qu'on ne peut contester aux établissemens publics le droit d'administrer les biens qui leur sont affectés, et d'en jouir; mais que l'importante question de savoir s'ils peuvent être propriétaires, a été portée devant l'Assemblée constituante, et jugée par elle. Il a été décidé que ces sortes de biens appartiennent à la nation.

La section n'a pas cru devoir s'occuper de cette question. Si c'était ici le lieu de l'examiner, il serait facile de prouver qu'on ne peut trouver dans les hospices et autres établissemens publics tous les caractères de la propriété. Si un établissement public est supprimé, à qui passe la disposition de ses biens? A la nation. Elle est donc propriétaire de ces biens, puisqu'elle est libre de les prendre quand elle veut. Il est plus simple et plus loyal de déclarer dès-à-présent la nation propriétaire, que de reconnaître dans les hospices un droit de propriété dérisoire; car celui-là seul est véritablement propriétaire, qui peut user, abuser et disposer.

Ce serait à tort qu'on voudrait appliquer ces reflexions aux communes; elle sont dans une position bien différente. Leur existence est permanente; si une commune est supprimée, ce n'est

ou à des particuliers", welche der Deutung fähig gewesen wäre, daß es außer dem Staate, den Gemeindeverbänden und Privatpersonen keine Rechtssubjecte als Träger von Vermögensrechten geben könne. Dieser verfängliche Satz wurde aber in Folge der dagegen erhobenen Einwendungen auf den Vorschlag des zweiten Consuls Cambacérés gestrichen, weil es nicht zweckmäßig sei, die Streitfrage selbst schon jetzt weiter zu verhandeln, aber auch der Beantwortung derselben nicht präjudizirt werden dürfe. Eine nothwendige Folge dieser Unterdrückung war die Abänderung des damit in wesentlicher Verbindung stehenden Art. 530 des Entwurfs, der also lautet:

„Privatpersonen haben die freie Verfügung über das ihnen zugehörige Vermögen. Alle Nationalgüter aber so wie jene der Gemeinden werden in den Formen und nach den Regeln verwaltet und können nur in den Formen und nach den Regeln, welche ihnen eigen sind, veräußert werden.“ [1])

---

que pour être réunie à une autre; elle ne cesse donc pas d'être absolument; elle ne perd que son existence individuelle, pour s'aller confondre avec une autre commune. Les établissemens publics, au contraire n'existent qu'accidentellement dans le lieu où ils sont placés; ils peuvent y devenir inutiles, même dangereux: on les supprime, et alors ils cessent absolument d'être.

La section a donc considéré que les établissements publics sont généraux ou particuliers: généraux, ils appartiennent à la nation, particuliers, ils appartiennent aux communes. Cette théorie ne change rien à la législation que dote les hospices.

Le Consul Cambacérés pense aussi que ce n'est pas le lieu d'engager la question; mais qu'il ne faut pas la préjuger. Cependant, la nomenclature qu'on trouve dans l'article semblerait exclure de la propriété les établissements publics.

On pourrait tout concilier en supprimant la seconde partie de l'article.

Le C. Treilhard dit qu'il y consent.

L'article est adopté avec l'amendement du Consul.

[1]) Vgl. Procès-verbaux p. 76.

Der entsprechende Art. 537 des Gesetzbuches bestimmt statt dessen:

„Diejenigen Güter, welche keiner Privatperson gehören, werden verwaltet u. s. w."

so daß der künftigen Erörterung und Entscheidung der Frage, ob es außer dem Staate und den Gemeinden keine andere Rechtssubjecte als Privatpersonen geben könne, freier Raum gelassen blieb. Gleichwohl ist diese wichtige Frage im ferneren Verlaufe der Discussionen über die Abfassung des Civilgesetzbuches niemals ausdrücklich verhandelt, sondern nur implicite bejahend entschieden worden durch die Art. 1712, 2045 in f., 2121 und 2227 des Civilgesetzbuches, welche regelmäßig den Staat, die Civilgemeinden und die Anstalten des öffentlichen Nutzens (l'état, les communes et les établissements publics) neben den Privatpersonen als vermögensfähige Subjecte unterscheiden, desgleichen durch die späteren Gesetze und Decrete über Spitäler, Kirchenfabriken, die Errichtung der kaiserlichen Universität, durch das Decret vom 18. Februar 1809 relatif aux congrégations ou maisons hospitalières des femmes und jenes vom 6. November 1813 sur la conservation des biens que possède le clergé.

Das zweite Buch des Civilgesetzes ist im Anfange des Jahres 1804 zum Abschluß gekommen. Erwägt man nun, daß die angeführten Staatsrathsgutachten und das Decret über die Begräbnisse demselben Jahre oder dem Januar des folgenden, also gerade der Zeit angehören, in welcher die Vertreter der Gesetzgebung selbst noch nicht einig waren, in welcher die Frage über die vermögensfähigen Subjecte von den einzelnen Mitgliedern gewiß noch in sehr abweichendem Sinne entschieden wurde, erwägt man, daß zu derselben Zeit die Verhältnisse der Kirchenfabriken thatsächlich und gesetzlich noch wenig geordnet waren, so kann es nicht sehr befremden, wenn man in diesen Staatsrathsgutachten und selbst in dem Decret über die Begräbnisse noch Anklängen an die unrichtige, bald stillschweigend aufgegebene Theorie begegnet. Man darf ihnen deshalb auch keine entschei-

dende Bedeutung beilegen, wenn sie nicht bestimmt einen dispositiven Charakter und zwar zwischen den Civilgemeinden und den Kirchenfabriken annehmen. Ein solcher läßt sich aber bei keiner der gegen die Kirchenfabriken angeführten Stellen nachweisen. Noch jetzt findet man in neueren französischen Schriftstellern Beispiele, daß sie das Kirchenvermögen vom Communalvermögen nicht genau unterscheiden, sondern außer dem eigentlichen Gemeindevermögen auch andere dem allgemeinen Nutzen dienende Gegenstände, die einer in der Gemeinde befindlichen öffentlichen Anstalt z. B. Gymnasien, Waisenhäusern, Hospitälern gehören, als biens communaux bezeichnen. Gleichwohl sind diese letzteren das Eigenthum selbstständiger, öffentlicher Anstalten (établissements publics) und werden von besondern sie vertretenden Collegien verwaltet. [1])

In ähnlicher Weise möchten auch die unklaren Ausdrücke: Les églises — seront remises à la disposition des évêques — sont laissés à la disposition des évêques, curés et prêtres desservants sich erklären, denen man im Concordat Art. 12, in den organischen Artikeln nr. 75 und in dem Decret vom 9. Juni 1802, Art. 11 begegnet. Sie bezeichnen eben den noch unbestimmten Standpunkt der Gesetzgebung, die erst später zu Gunsten der Kirche sich entschied, ohne daß dies aber durch neue Gesetze ausdrücklich ausgesprochen wäre. Es sind sogar bestimmte Vorschriften in solcher Weise stillschweigend aufgehoben. Bekanntlich verbieten die organischen Artikel nr. 74, daß Geistliche von Amtswegen Grundeigenthum besitzen. Ich wüßte kein Gesetz, das ihm ausdrücklich seine Geltung entzogen hätte [2]), und doch wird ein solcher Besitz in späteren Decreten, insbesondere im Decret vom 6. November 1813, theils erlaubt, theils als etwas sich von selbst Verstehendes vorausgesetzt.

---

[1]) Vgl. Gräff, das Eigenthum an Kirchhöfen S. 86. und die von ihm aus Proudhon, traité du domaine public. cap. 23, 25, 26 angeführten Beispiele.

[2]) Der Art 910 des Civilgesetzbuchs kann nicht als solches gelten.

Vielleicht könnten diese Andeutungen für die richtige Auffassung der vorliegenden und anderer Fragen nicht ohne Nutzen sein. Schlechthin entscheidend sind sie freilich nicht, wie ich es denn überhaupt auch in diesem Falle nicht für möglich halte, durch wissenschaftliche Gründe zu einem vollkommen befriedigenden Ergebniß zu gelangen. Wenn man die unklaren gesetzlichen Bestimmungen, die vielfach schwankenden, einander widersprechenden Urtheile der Gerichtshöfe vor Augen hat, so kann man nur den dringenden Wunsch hegen, daß eine verständige Gesetzgebung diese verwirrten Verhältnisse ordne und der lange dauernden Rechtsunsicherheit, der Quelle immer erneuter Streitigkeiten, endlich ein Ziel setzen möge.

Kehren wir zu Herrn de Syo's Schrift zurück. Der Abschnitt vom Budget sowie das dritte Kapitel von der Verwaltung der Kirchenfabrik geben dem Verfasser besondere Gelegenheit, seine praktischen Erfahrungen und Kenntnisse zu verwerthen. Die Einzelheiten der Geschäftsverwaltung, des Rechnungswesens treten auch dem in solchen Dingen ganz Unerfahrenen aus der Darstellung anschaulich vor Augen. Besonders ausführlich behandelt er zum Art. 59 die Erwerbsfähigkeit der Kirche durch Schenkung. Nach dem Decret mußten alle Schenkungen oder Legate zu Gunsten einer Kirchenfabrik zuerst vom Bischof, dann vom Cultusminister genehmigt werden. Erst als die Rheinprovinz an Preußen gekommen war, trat eine Erleichterung ein. Nach dem preußischen Landrecht (Theil 2, Tit. 11, §. 194 und 197, Anhang §. 125) darf eine Kirchengesellschaft ohne ausdrückliche Bewilligung des Staates kein Grundeigenthum erwerben, auch keine Geschenke und Vermächtnisse annehmen, welche die Summe von 500 Thlr. übersteigen. Diese Bestimmungen wurden durch eine Cabinetsordre vom 27. August 1819 auf die Armen-Anstalten, und durch Cabinetsordre vom 17. Februar 1820 auch auf die Kirchen der Rheinprovinz im Bereiche des französischen Rechts ausgedehnt. [1]) Noch weiter geht

[1]) Vgl. Ministerial-Publikandum vom 9. Juli 1820 bei Hermens II. 679.

das Gesetz vom 13. Mai 1833, welches aber Herr de Syo beharrlich in eine Allerhöchste Cabinetsordre verwandelt. Es bestimmt in den §§. 1 und 2:

Schenkungen und letztwillige Zuwendungen an inländische Anstalten und Corporationen sollen von den Vorstehern der vorgesetzten Behörde angezeigt werden. Beträgt die Zuwendung mehr als 1000 Thlr., so ist zur Gültigkeit derselben ihrem vollem Betrage nach die landesherrliche Genehmigung erforderlich. Das Gesetz unterscheidet weder in diesem Paragraphen noch im Eingange zwischen Schenkungen von Grundeigenthum und beweglicher Habe, sondern nur zwischen solchen, die mehr oder nicht mehr als 1000 Thlr. betragen. Aus den Worten des Gesetzes folgert deshalb der Verfasser, daß auch eine Zuwendung von Immobilien bis zum Betrage von 1000 Thlrn. der landesherrlichen Genehmigung nicht bedürfe. Mit der Praxis stimmt jedoch diese Ansicht nicht überein. In einer Circularverfügung vom 15. Mai 1844 erklären die Minister des Cultus und des Innern ausdrücklich: [1])

„In allen Fällen, wo es sich um Erwerbung von Grundstücken für kirchliche Institute handelt, ist ohne Rücksicht darauf, welchen Werth das zu erwerbende Grundstück hat, und ob die Erwerbung auf einem lucrativen oder onerosen Titel beruht, die Genehmigung des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten einzuholen, indem durch das Gesetz vom 13. Mai 1833 die auf einem andern Grunde beruhende Genehmigung des Staates zum Uebergange von Liegenschaften in die todte Hand nicht hat betroffen werden sollen.“

Auch die von Herrn de Syo im Anhang Nr. III. mitgetheilte Verfügung des Cultusministers vom 25. Juni 1851, daß „die nach §. 1 des Gesetzes vom 13. Mai 1833 bestehende Verpflichtung zur Anzeige freigebiger Zuwendungen und die Nachweisung derselben ferner nicht erforderlich sei“, ist auf unbewegliche Güter nicht bezogen worden; wenigstens heißt es

---

[1]) Vgl. Vogt, Preußisches Kirchenrecht Bd. 1. S. 237.

in einem Rescript des Oberpräsidenten von Westfalen an die Bischöfe von Münster und Paderborn vom 8. Mai 1852 §. 11[1]):

Zu allen Zuwendungen unbeweglichen Vermögens, sowie zu solchen Zuwendungen beweglichen Vermögens, deren Werth oder Betrag 1000 Thlr. übersteigt, bedarf es nach dem Gesetze vom 13. Mai 1833 und den dazu ergangenen Declarationen nach wie vor der Genehmigung des Staates. Dagegen ist bei Zuwendungen beweglichen Vermögens, welche jenen Werth oder Betrag nicht erreichen, die früher erforderliche Anzeige an die Staatsbehörden nachgelassen worden.

Die preußische Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 hat, wie der Verfasser richtig bemerkt, an den bestehenden Gesetzen in dieser Hinsicht nichts verändert. Ob dagegen der Art. 42 der Verfassung, welcher „für die todte Hand Beschränkungen des Rechtes, Liegenschaften zu erwerben oder darüber zu verfügen, für zulässig erklärt", richtig aufgefaßt sei, möchte ich bezweifeln. Auch ist dieser Artikel nicht durch ein Gesetz vom 5. Juni 1852, sondern vom 14. April 1856 aufgehoben. Das Gesetz vom 5. Juni 1852 hebt die Artikel 40 und 41 der Verfassung auf.

Der Art. 61 des Decrets: Kein Mitglied der Kirchmeisterstube könne als Ansteigerer oder Gesellschafter des Ansteigerers bei Verkäufen und Verträgen über Fabrikgüter sich betheiligen, scheint mir zu streng interpretirt, wenn er, trotz der ausdrücklich ausgesprochenen Beschränkung, auf sämmtliche Mitglieder des Kirchenraths ausgedehnt wird. Noch weniger hat mir die Erläuterung des Art. 63 über die Anlegung der Rechnungs-Ueberschüsse in Staatsrenten zugesagt. Zwar habe ich mir die Ansicht des Verfassers nicht überall zur Klarheit bringen können, glaube aber doch, die ganze Deduction dürfte ohne Nachtheil für den Leser durch die Bemerkung ersetzt werden, daß jener Artikel für unsere Zeit seine Anwendbarkeit

[1]) Vgl. Beiträge zum preußischen und deutschen Kirchenrecht. Paderborn 1856, Heft 2, S. 10.

verloren habe. Einige Ungenauigkeiten von geringerer Bedeutung kann ich übergehen; nur erinnere ich noch, daß im Art. 87 die Worte un grand-vicaire durch „der Weihbischof" übersetzt werden, während sie doch einen der Generalvicare bezeichnen, deren jeder Bischof zwei, jeder Erzbischof drei ernennen darf. [1])

Von ganz besonderer Wichtigkeit sind gerade in neuerer Zeit diejenigen Fragen geworden, welche an das vierte Kapitel des Fabrikdecrets sich anschließend, auf die Pflichten der Civilgemeinde gegen den Cultus sich beziehen. Kein Artikel des Decrets hat so viele Erörterungen veranlaßt, als der Art. 92, welcher diese Pflichten der Reihe nach aufzählt. Unbestritten ist die subsidiarische Verpflichtung der Gemeinde für die Kosten des Gottesdienstes und die Reparaturen an den kirchlichen Gebäuden. Aber wer hat die Pfarrhäuser herzustellen und zu unterhalten? Ruht diese Pflicht hauptsächlich (principaliter) oder nur subsidiarisch auf der Civilgemeinde, und wie ist sie nach dem Gesetz über die Aufbringung der Cultuskosten vom 14. März 1845 zu erfüllen? Den Lesern dieser Blätter sind die streitigen Punkte vielleicht noch aus den Schriften erinnerlich, die ich früher über diesen Gegenstand veröffentlicht habe [2]). Es war mir sehr erfreulich, daß Herr de Syo in der Hauptsache und selbst in den Einzelheiten mir seine Zustimmung zu Theil werden läßt. Er geht sogar etwas weiter, als ich selbst gegangen bin und als mir erlaubt scheint.

Zunächst spricht er mit Entschiedenheit für die principale Natur der Gemeindepflicht; diese wird denn auch kaum noch bezweifelt und in der Rheinprovinz durch die Wissenschaft, gerichtliche Urtheile und die Praxis anerkannt.

So vollkommen, als ich früher glaubte, löſ't sich indessen auch diese Frage nicht. In der älteren Zeit, und so lange

---

[1]) Organische Artikel 21. Gaudry, traité de la Législation des Cultes. Tom II. §. 501, 502.

[2]) Die Verpflichtung der Civilgemeinden zum Bau und zur Ausbesserung der Pfarrhäuser. Münster 1859. Das rheinpreußische Gesetz vom 14. März 1845 und sein Verhältniß zu den Pfarrwohnungen. Münster 1860.

Portalis Minister war, sprechen alle Zeugnisse durchaus zu Gunsten der Kirchenfabriken, insbesondere noch das Decret vom 5. Mai 1806, welches die Civilgemeinden verpflichtet, den protestantischen Pfarrern eine Wohnung und einen Garten zu verschaffen und diese principale Verpflichtung auf's bestimmteste von der subsidiären für die eigentlichen Cultuskosten unterscheidet. Was aber den eben mitgetheilten Bericht des Ministers Bigot de Préameneu und das Fabrikdecret betrifft, so muß man zunächst zwischen der Beschaffung des Pfarrhauses oder der Wohnungsentschädigung und zwischen den Unterhaltungskosten und Reparaturen unterscheiden. Die erste Pflicht stellt auch dieser Minister bestimmt der bloßen Aushülfe, dem suppléer für die übrigen Cultuskosten entgegen [1]; nirgends, auch wo sie gar nicht fehlen könnte, gibt er eine Andeutung, daß die Kirchenfabrik für die Beschaffung der Wohnung oder für die Wohnungsentschädigung etwas zu leisten habe. So darf man auch ihm die richtige Auffassung nicht wohl absprechen, obgleich sie nicht so unzweideutig, als man erwarten möchte, hervortritt. Denn auffallend bleibt es immer, daß er bei Bestimmung der Lasten der Fabrik das Princip aufstellt, dieselbe müsse, so weit ihre Kräfte reichen, zu allen Cultuskosten (à toutes les dépenses du culte) beitragen [2]. Indessen unmittelbar darauf, wo die Reihenfolge der Verwendungen genau dargestellt wird, geschieht doch wieder der Pfarrhäuser und insbesondere der Wohnungsentschädigung durchaus keine Erwähnung. Was jedoch die Reparaturen des Pfarrhauses angeht, so wird zwar in dem Berichte niemals ausdrücklich gesagt, dieselben müßten

---

[1]) Vgl. insbesondere S. 94.

[2]) Vgl. S. 83. Für die Hauptfrage ist diese Stelle in keinem Falle entscheidend, da sich im Decret keine Spur von der Annahme eines derartigen Grundsatzes findet. Wenn im Entwurf, wie nicht unwahrscheinlich ist, ein derartiger Artikel sich finden sollte, so wäre seine Ausscheidung sogar ein bestimmter Beweis, daß man bei der Berathung des Decrets den Grundsatz auch in der vom Minister ausgesprochenen Form nicht anerkennen wollte.

von der Kirchenfabrik getragen werden; eben so wenig findet sich aber eine Spur, daß sie anders zu behandeln seien, als die Reparaturen der kirchlichen Gebäude. Man könnte zwar sagen, in der principalen Verpflichtung der Civilgemeinde, die Pfarrwohnung zu beschaffen, sei von selbst die Verpflichtung gegeben, ausschließlich auch die Unterhaltungskosten zu bestreiten; aber der unbefangene Leser des Berichts wird doch, wie ich glaube, den Eindruck erhalten, daß dem Minister, wenn er von den Beiträgen der Kirchenfabrik für Reparaturen redet, ein Unterschied zwischen Kirche und Pfarrhaus nicht klar geworden sei. Das Decret hat sich über diese Frage beinahe gar nicht ausgesprochen. Der Artikel 37 nr. 4 ist nicht entscheidend, nur der Artikel 46 nr. 4 in f. könnte gegen die Fabriken sprechen, wenn man unter den dort erwähnten édifices affectés au service du culte nicht blos die Kirchen, sondern auch die Pfarrhäuser begreift. Dafür hat man allerdings einen Anhaltspunkt in dem Artikel 2 des Gesetzes vom 14. Februar 1810 und in mehreren Ausdrücken und Wendungen des Ministerialberichts. Das Gesetz redet auch nur von édifices du culte, und doch kann nach den Ausführungen des Ministers nicht mehr bezweifelt werden, daß es auch auf die Pfarrhäuser sich bezieht. Aber immer bleibt es wahr, daß die Sprache der französischen Gesetze regelmäßig unter édifices du culte nur die Kirchen versteht und diese von den Pfarrhäusern (presbytères) unterscheidet (art. org. 72, 75). Und selbst angenommen, der Artikel 46 könne auf die Pfarrhäuser sich beziehen, so beweist doch nichts, daß er sich darauf beziehen müsse; er würde die Verpflichtung der Pfarrfabriken für die Reparaturkosten nur nicht ausschließen, aber keineswegs festsetzen, wenn sie nicht schon bestände. Nun deutet aber die im Artikel 44 beim Antritt des Pfarrers vorgeschriebene Anfertigung des Inventars auf Kosten der Gemeinde unter Aufsicht des Bürgermeisters ganz gewiß nicht auf die Verpflichtung der Fabrik für die Reparaturkosten. Dazu kommt, daß diese Last nach älterem Recht, das man möglichst wiederherzustellen suchte, der

Pfarrgemeinde ausschließlich auflag, daß es auch sehr unzweckmäßig und dem Geiste des Fabrikdecrets entgegen wäre, wollte man der Kirchenfabrik rücksichtlich der Pfarrwohnung eine Verpflichtung auflegen und durch die Collision ihrer Interessen mit denen des Pfarrers zu den unerquicklichsten Erörterungen und Streitigkeiten Veranlassung geben. Endlich ist — hier mit vollem Rechte — daran zu erinnern, daß aus der principalen Pflicht für den Pfarrhausbau auch die principale Pflicht für die Unterhaltung von selbst entspringt. Insbesondere wäre es im höchsten Grade auffallend, daß die Civilgemeinde da, wo kein Pfarrhaus vorhanden ist, die Wohnungsentschädigung für den Pfarrer ausschließlich zu tragen hätte, dagegen in den gewöhnlich wohlhabenderen Pfarreien, die ein eigenes Pfarrhaus besitzen, die kleinere Last mit der Kirchenfabrik theilen dürfte. Sollte aber das Decret vom 30. December 1809 eine Unklarheit zurücklassen, so würde sie gehoben durch den Artikel 21 des Decrets vom 6. November 1813, welches mit Ausnahme der dem Pfarrer zur Last fallenden locativen Reparaturen ganz bestimmt die Verpflichtung der Civilgemeinde für die übrigen voraussetzt. Was man gegen die Beweiskraft dieses Artikels vorgebracht hat, ist ohne alles Gewicht; im Gegentheil, je mehr man die damaligen Verhältnisse sich vergegenwärtigt, desto mehr gewinnt er an Bedeutung. Es ist möglich, daß man bei der Berathung und Abfassung des Fabrikdecrets über den Unterschied zwischen Reparaturen an der Kirche und Reparaturen am Pfarrhause nicht besonders nachdachte. Bald nachher hatten sich aber gerade wegen der ungenügenden Fassung des Decrets über diesen Punkt Streitigkeiten erhoben; man ersieht es aus dem bekannten Erlaß des Präfecten des Roer-Departements Ladoucette vom 29. Juni 1811, der seinerseits wieder auf die Entscheidung eines höheren Finanzbeamten sich stützte.[1]) Wenn nach solchen Erörterungen, die

---

[1]) Vgl. meine Schrift: Die Verpflichtung der Civilgemeinden S. 25. Hermens III 289.

dem Staatsrathe nicht unbekannt bleiben konnten, in ein kurz nachher folgendes Decret eine solche Bestimmung eingeschaltet wurde, so ist dies gewiß nicht ohne Absicht, sondern höchst wahrscheinlich gerade in der Absicht geschehen, die in Folge des Fabrikdecrets entstandenen Zweifel und Streitigkeiten zu beseitigen.

Rücksichtlich der Beschaffung des Pfarrhauses und der Wohnungsentschädigung wird die principale Natur der Gemeindepflicht nicht nur durch das Herkommen und die früheren Gesetze bezeugt, sondern auch in dem Bericht des Ministers anerkannt und durch die Artikel 37 und 46 des Decrets unzweideutig unterstützt. Denn diese Artikel nennen die Lasten der Fabrik und klassificiren die Ausgaben des Budgets, ohne die Pfarrhäuser oder die Wohnungsentschädigung in irgend einer Weise zu erwähnen. Den einzigen noch übrigen Zweifel erregten bekanntlich die Artikel 92 und 93, von denen der erstere als die Pflichten der Civilgemeinde 1) die Aushülfe für die Kosten des Gottesdienstes und den Gehalt der Vicare, 2) die Bestellung einer Wohnung für den Pfarrer, 3) die Beisteuer zu den Reparaturen an den gottesdienstlichen Gebäuden aufzählt, während der Artikel 93 von einem suppléer der Gemeinde und von der Vorlage des Fabrik-Budgets in Bezug auf die ersten beiden Nummern (ces deux premiers chefs) redet. Man konnte glauben, diese Schwierigkeit sei völlig gehoben durch die Vergleichung mit dem Entwurf, welcher auf einen Redactionsfehler und eine Verstellung der Nummern 2 und 3 hindeutet, so daß das suppléer in Wahrheit auf die Nummern 1 und 3 des vorhergehenden Artikels sich bezöge.[1]) Möglich ist diese Erklärung allerdings, sie findet auch in dem Bericht des Ministers einige Anhaltspunkte, aber für unzweifelhaft kann ich sie nicht mehr halten, auch entfernt sie nicht alle Schwierigkeiten. Diese aufzusuchen und zu erörtern, möchte ich aber denen überlassen, die auf's neue das Recht der Fabriken bestreiten wollen. In keinem Falle kann diese eine

---

[1]) Vgl. oben S. 94, 95.

Stelle so zahlreiche entgegenstehende Gründe für die richtige Ansicht überwiegen. Höchstens kann man sagen, daß auch bei dieser Frage nicht alle Schwierigkeiten sich vollkommen in's Gleiche bringen lassen, und den Wunsch aussprechen, es möchte die Gesetzgebung, wenn sie einmal zu einer Aenderung des Gesetzes von 1845 sich entschließt, auch diese Verpflichtung mit klaren und bestimmten Worten feststellen.

Noch weit mehr berechtigt erscheint aber ein solcher Wunsch in Bezug auf die unmittelbar sich anschließende Frage, ob die Beiträge der Civilgemeinde für die Pfarrhausbauten der confessionellen Theilung des Gesetzes von 1845 entzogen seien oder nicht, d. h. ob sie den sämmtlichen Mitgliedern der Civilgemeinde oder nur den confessionsverwandten Einwohnern und Grundbesitzern des betreffenden Pfarrbezirks zur Last fallen. Herr de Syo entscheidet sich unbedenklich im ersteren Sinne, weil das Gesetz nur auf subsidiäre Gemeindepflichten, also nicht auf die principale Verpflichtung für den Pfarrhausbau sich beziehe. Dafür lassen gute und, wie ich glaube, für den Richter sogar überwiegende Gründe sich anführen; aber das muß ich auch jetzt hervorheben: unbedingt entscheidend, so daß eine andere Ansicht unmöglich wäre, sind sie nicht. Der Richter ist gezwungen, in solchem Falle für eine und für die wahrscheinlichere Ansicht sich auszusprechen, aber die wissenschaftliche Bearbeitung darf anerkennen, daß hier eine vollkommene Klarheit und Bestimmtheit unerreichbar bleibt, weil die Gesetze selbst nicht klar und bestimmt sich ausdrücken.

In der Ausführung des Verfassers ist mir nur Einiges aufgefallen. Er führt an (S. 204) — und verweist zugleich auf meine Schrift über die Verpflichtnng der Civilgemeinden (S. 25) — „im Widerspruch mit einem Urtheil des Pariser Kassationshofes vom 7. Januar 1839 zu Gunsten der Fabriken habe der Minister des Innern ein Gutachten des Staatsrathes vom 21. August 1839 erwirkt, welches den Gemeinden nur eine subsidiäre Verpflichtung in Ermanglung ausreichenden Kirchenvermögens auferlege, und gleichwohl habe derselbe Staats-

rath am 4. November 1839 sich für die unbedingte Verpflichtung der Civilgemeinden erklärt und als Grund angegeben, daß den Civilgemeinden die Pfarrhäuser vom Staate überlassen seien.“ Am 4. November 1839 ist aber gar kein Gutachten des Staatsrathes ergangen, sondern ein Rundschreiben des Ministers des Innern, der das Gutachten vom 21. August desselben Jahres den Behörden mittheilt. Das Staatsrathsgutachten, das der Verfasser im Sinne hat, ist vom 3. November 1836; es spricht sich aber nicht für die unbedingte Verpflichtung der Civilgemeinden aus, weil ihnen die Pfarrhäuser vom Staate überlassen seien, sondern umgekehrt: es erkennt den Civilgemeinden das Eigenthum zu, weil ihnen, und nicht den Kirchenfabriken die Unterhaltung der Pfarrhäuser auferlegt sei; und darin besteht eben der Widerspruch, daß das spätere Gutachten vom 21. August 1839 diese Verpflichtung nun doch nicht den Civilgemeinden, sondern hauptsächlich den Pfarrfabriken zuerkennt.

Später (S. 220) wird bei Besprechung der zwischen Herrn Geh. Rath Bluhme und mir gewechselten Schriften angegeben, Herr Bluhme habe seine Ansicht, die Pfarrhäuser seien dem Gesetz von 1845 unterworfen, dadurch begründet, daß andern Falls das Princip der Parität verletzt würde. Denn durch die Kirchenordnung von 1835 sei das französische Recht für die evangelischen Gemeinden dahin abgeändert, daß ihre Pfarrhäuhäuser ausschließlich von den Confessionsverwandten errichtet würden, während für die katholischen, wenn man das Gesetz von 1845 bei ihnen nicht zur Anwendung bringe, die gesammte Civilgemeinde hafte. Aber nicht Herr Bluhme, sondern meine Schrift hat diese Folgerung hervorgehoben und darin, wenn sie auch nicht so unbillig ist, als sie scheinen könnte, allerdings einen Grund für den Gesetzgeber gefunden, die Pfarrhäuser dem Gesetz von 1845 zu unterwerfen; nur konnte dieser Grund nicht allein entscheiden und die wichtigeren Gegengründe nicht entkräften. Herr Bluhme hat dagegen die Einwirkung und Anwendbarkeit der Kirchenordnung in Abrede gestellt, hält aber nichts destoweniger das Gesetz auch auf die Pfarrhäuser für

anwendbar. Es ist seitdem noch viel über diese Fragen verhandelt und gestritten worden; Alles hat für mich nur den Wunsch vermehrt, daß ein Act der gesetzgebenden Gewalt diese zweifelhaften, durch die früheren Gesetze nicht hinreichend bestimmten und deshalb auch durch wissenschaftliche Erörterung nicht hinreichend bestimmbaren Fragen entscheiden möge. Besonders eine authentische Interpretation oder vielmehr die genauere Fassung und Verbesserung des Gesetzes von 1845 scheint unumgänglich, wenn der fortdauernden Rechtsunsicherheit und, was noch wichtiger, einer confessionellen Mißstimmung endlich ein Ziel gesetzt werden soll. Ueber diesem Gesetz scheint ein eigenes Mißgeschick zu walten, das der richtigen Anwendung und Auffassung immer neue Hindernisse und Zweifel entgegensetzt. Man darf doch nicht alle Schuld dem unklaren Wortlaut zuschreiben. In der folgenden Abhandlung wird von einem auffallenden Urtheil des Obertribunals zu reden sein, welches, wie mir scheint, auch in den Worten des Gesetzes durchaus nicht begründet ist. Eine beinahe noch auffallendere Interpretation hat der Paragraph 3 des Gesetzes von Seiten der königlichen Regierung in Düsseldorf gefunden, wie man aus der folgenden Verfügung des Oberpräsidiums ersehen mag:

Der königlichen Regierung lasse ich mit Bezugnahme auf den gefälligen Bericht vom 20. November v. J., die Aufbringung der Kosten für den katholischen Kirchenbau zu Süchteln betreffend, anliegend s. f. r. ergebenst eine anderweitige Eingabe mehrerer dortigen evangelischen Einwohner v. 13. v. M., worin dieselben sich darüber beschweren, daß sie ungeachtet der unterm 19. August v. J. von Seiten des Ober-Präsidiums angeordneten Sistirung der executivischen Beibringung der fraglichen Kirchenbaukosten für das laufende Jahr wiederum zu denselben herangezogen würden, mit dem Bemerken zugehen, daß die fragliche Sistirung bis zum Austrage der Sache selbstverständlich aufrecht zu erhalten ist. Indem ich daher die Königliche Regierung ergebenst ersuche, hiernach das Erforderliche gefälligst zu veranlassen, resp. dafür Sorge zu tragen, daß den Beschwerdeführern die von ihnen etwa zwangsweise beigetriebenen Beiträge zu den katholi-

schen Kirchenbaukosten erstattet werden, bemerke ich, daß es im vorliegenden Falle einer ferneren Erörterung über die Frage, ob zu Süchteln disponibles, vorweg zum Kirchenbau zu verwendendes katholisches Kirchenvermögen vorhanden ist, nicht zu bedürfen scheint. Die vorliegende Beschwerde ist dagegen gerichtet, daß zur Bestreitung. eines außerordentlichen kirchlichen Bedürfnisses auf sämmtliche Mitglieder der betreffenden Civilgemeinde ohne Unterschied der Confession Umlagen ausgeschrieben worden sind. Einen derartigen Modus der Heranziehung der Civilgemeinde zur Befriedigung eines außerordentlichen kirchlichen Bedürfnisses kennt das Gesetz überhaupt nicht. Der §. 3 des Gesetzes vom 14. März 1845 schreibt vor, daß Kosten für außerordentliche Bedürfnisse einer Pfarrgemeinde, sofern dieselben weder aus dem Kirchenvermögen, noch aus den nach §. 1 von der Civilgemeinde zu leistenden Zuschüssen bestritten werden können (daß beides in Süchteln nicht der Fall, hat die Königliche Regierung in dem Berichte vom 20. Mai v. J. ausdrücklich angeführt) von der Civilgemeinde in dem Maaße herzugeben sind, als dieselben nach Abzug ihrer Kapitalschulden noch Gemeindevermögen besitzt. Diese Verpflichtung der Civilgemeinde soll zwar nach denselben Paragraphen auch dann eintreten, wenn eine solche Verwendung des Gemeinde-Vermögens erhöhte oder neue Umlagen in der Civilgemeinde nöthig macht. Damit ist jedoch nur gesagt, daß die Civilgemeinde sich nicht auf das in ihrem Communal-Etat durch die Verwendung des Gemeinde-Vermögens für kirchliche Zwecke entstehende Deficit soll berufen können, um sich ihrer desfalsigen gesetzlichen Verbindlichkeit zu entziehen; entsteht in der Gemeindekasse ein Deficit durch Verwendung des Gemeinde-Vermögens für kirchliche Zwecke, so muß dieses Deficit durch erhöhte oder neue Umlagen in der Civilgemeinde gedeckt werden; davon aber, daß zu Umlagen auf die Glieder der Civilgemeinde zur Befriedigung eines confessionellen Cultusbedürfnisses geschritten werden dürfte, ist in dem Paragraphen 3 rc. rc. nicht die Rede. Die Civilgemeinde als Solche hat zu dergleichen Bedürfnissen, abgesehen von den im §. 1 erwähnten, schon auf dem Communal-Etat stehenden Zuschüssen, nach § 3, aber nur mittelst ihres Patrimonial-Vermögens, unter den in

den §§. 4 und 5 bezeichneten Modalitäten zu contribuiren; kann in einer Civilgemeinde gemischter Confession, in Ermangelung von Patrimonial-Vermögen, die Befriedigung eines außerordentlichen kirchlichen Bedürfnisses weder ganz noch theilweise auf die in den §§. 3—5 vorgeschriebene Art erfolgen, so sind nach §. 6 die erforderlichen Mittel durch Umlagen nicht auf sämmtliche Mitglieder der Civilgemeinde, sondern nach der Bestimmung des §. 2 auf die zu der betreffenden Pfarrgemeinde gehörigen Confessions-Genossen aufzubringen.

Eine dritte Alternative, wonach ungeachtet des Vorhandenseins von Patrimonial-Vermögen das kirchliche Bedürfniß im Wege der Umlage auf die Glieder der Civilgemeinde als solche gedeckt werden dürfte, ist dem Gesetze fremd, und es kann ein derartiger Modus auch nicht dadurch gerechtfertigt werden, daß, wie im vorliegenden Falle, die Civilgemeinde beschlossen hat, das vorhandene Gemeinde-Vermögen nicht aufzuzehren, sondern zum Betrage desselben eine Anleihe zu machen, da der §. 4 des Gesetzes vom 14. März 1845 für den Fall der Aufnahme eines Darlehens für die Deckung eines kirchlichen Bedürfnisses ausdrücklich die Verzinsung und Amortisation desselben aus dem Gemeinde-Vermögen vorschreibt und es außerhalb der Competenz der Gemeinde liegt, die gesetzlichen Dispositionen, welche eben die Regelung des Verhältnisses beim Vorhandensein verschiedener Confessionsverwandten bezwecken, zu alteriren. Die Königliche Regierung ersuche ich hiernach ergebenst, die Befreiung der Beschwerdeführer von der in Rede stehenden Kirchensteuer gefälligst eintreten zu lassen, resp. sofern der weiter unten erwähnte Zweifel sich erledigt, die Verwendung des Vermögens der Civilgemeinde zu dem in Rede stehenden Kirchenbau auf die eine oder andere der in dem §. 4 des Gesetzes vom 14. März 1845 erwähnten Arten zu veranlassen; ob demnächst die Nothwendigkeit hervortreten werde, zur Deckung eines Ausfalles im Gemeinde-Haushalte zu erhöhten oder neuen Umlagen in der Civilgemeinde zu schreiten, ist eine jetzt nicht zu erörternde Frage. In Bezug auf die Verwendung des Communal-Vermögens zu dem Kirchenbau gibt aber die mit dem gefälligen Berichte vom 20. Nov. v. J. eingereichte, anbei zurückfolgende Nachweisung über das Vermögen der Gemeinde Süchteln noch zu einem

Zweifel Anlaß, welchen ich die Königliche Regierung vorab noch gefälligst in Erwägung zu ziehen bitte. Den Hauptbestand des Communal-Vermögens bildet danach der 27,032 Thlr. 7 Sgr. 6 Pfg. betragende Gemeinde-Antheil an dem Süchtelner Erbenwalde. In Betreff dieses Vermögensstückes heißt es in der von dem Bürgermeister zugefügten Bemerkung, daß das betreffende Kapital eine unantastbare Armenfundation und nach früheren Beschlüssen zu einem Armen- und Krankenhause anzuwenden sei. Hiernach möchte es überhaupt zweifelhaft erscheinen, ob dieser Communal-Antheil an dem Süchtelner Erbenwalde als ein für kirchliche Zwecke verwendbares Gemeinde-Vermögen im Sinne des §. 3 des Gesetzes vom 14. März 1845 angesehen werden kann, zumal dort ausdrücklich vorgeschrieben ist, daß die zu öffentlichen Gemeindezwecken bestimmten Grundstücke nicht mit zur Berechnung gezogen werden dürfen. Nach Abzug dieses Vermögenstheils würde aber zur Verwenduug kirchlicher Zwecke kein Gemeinde-Vermögen mehr übrig bleiben, da alsdann die vorhandenen Kapitalschulden, deren Abrechnung der §. 3 ausdrücklich anordnet, die Activa übersteigen würden. Die Königliche Regierung wolle daher diesen Punkt vor Erlaß dieser weiteren Anordnung noch näher aufklären lassen. Von dem an die Beschwerdeführer zu ertheilenden Bescheide, sowie von weiteren Verfügungen in der Sache bitte ich um gefällige Mittheilung.

Coblenz, den 13. September 1859.

Der Ober-Präsident der Rheinprovinz.
(gez.) von Pommer-Esche.

An die Königliche Regierung zu Düsseldorf.

Der §. 3 des Gesetzes lautet wörtlich:

Kosten für außerordentliche kirchliche Bedürfnisse einer Pfarrgemeinde sind, sofern sie weder aus dem Kirchenvermögen noch aus den nach §. 1 von der Civilgemeinde zu leistenden Zuschüssen bestritten werden können, von der Civilgemeinde in dem Maße herzugeben, als dieselbe nach Abrechnung ihrer Kapitalschulden noch Gemeinde-Vermögen besitzt. Die zu öffentlichen Gemeindezwecken bestimmten Grundstücke sind hierbei nicht zur Berechnung zu ziehen.

Diese Verpflichtung der Civilgemeinden tritt auch dann ein, wenn

eine solche Verwendung des Gemeinde-Vermögens erhöhte oder neue Umlagen in der Civilgemeinde nöthig machen sollte.

Die Interpretation in dem Schreiben des Oberpräsidiums ist so evident, daß ich durchaus nichts zuzusetzen wüßte. Unzweifelhaft sind alle Auslagen für die kirchlichen Gebäude in Ermangelung eines Gemeindevermögens ausschließlich von den confessionsverwandten Einwohnern und Grundbesitzern des betreffenden Pfarrbezirks, nicht von sämmtlichen Angehörigen der Civilgemeinde zu bestreiten, es sind also die Evangelischen in diesem Falle nicht verpflichtet. Gleichwohl bemerkt die Regierung, indem sie am 24. September 1859 dem Landrath in Kempen die Verfügung des Oberpräsidiums zur Kenntniß bringt, sie beabsichtige gegen die in dem Oberpräsidial-Erlasse enthaltene neue Interpretation des §. 3 höheren Orts zu remonstriren. Daß aber eine solche Remonstration erfolglos bleiben mußte, kann man auch ohne bestimmte Nachricht mit Sicherheit annehmen.

Noch bedeutender ist ein anderer und zwar ein Ministerial-Erlaß, welcher sich über die Gültigkeit der eben erwähnten evangelischen Kirchenordnung vom 5. März 1835 ausspricht. Die Kirchenordnung bestimmt im § 31:

Jede Gemeinde ist verpflichtet, für eine freie Dienstwohnung und ein angemessenes Diensteinkommen ihres Pfarrers zu sorgen, und bei Unzulänglichkeit der fundirten Pfarreinkünfte und der Stolgebühren aus Kirchenmitteln das Fehlende zu ergänzen. In Ermanglung disponibler Kirchenmittel ist da, wo die Gesetze die Communen zur Aushülfe verpflichten, der Communalfonds in Anspruch zu nehmen. Wenn aber auf diese Weise das Erforderliche nicht herbeigeschafft werden kann, so ist von der Pfarrgemeinde durch Beiträge der Pfarrgenossen nach dem Communal-Steuerfuße die Aufbringung des Ergänzungsgehaltes zu bewirken.

Es ist nach diesen Worten unwidersprechlich die Beschaffung einer Pfarrwohnung principaliter aus den Kirchenmitteln zu bestreiten, und nur in Ermangelung derselben der Communalfonds in Anspruch zu nehmen. Ich habe in den früheren

Schriften ausführlicher nachgewiesen, wie diese Bestimmung sich erklärt, und den Verhältnissen der auf dem linken Rheinufer neuentstehenden evangelischen Pfarrgemeinden recht wohl entsprach. Zugleich war aber hervorzuheben, daß dadurch eine confessionelle Ungleichheit hervorgerufen würde, indem nunmehr die Protestanten für die katholischen Pfarrhäuser als Mitglieder der Civilgemeinde beitragen, die eigenen Pfarrhäuser dagegen beinahe ausschließlich auf ihre Kosten herstellen müßten. Ich hatte gerade in dieser Ungleichheit einen dringenden Grund für die Veränderung des Gesetzes von 1845 gefunden. Meiner Ausführung war folgende Anmerkung beigefügt:[1])

„Ich möchte die hier ausgesprochenen Ansichten nicht als unumstößlich richtige hinstellen. Mir fehlen die nöthigen Materialien, um so wichtige Fragen so genau wie ich wünschte, zu untersuchen und mit Sicherheit zu entscheiden. Gar zu lange dürfte aber eine gerichtliche Entscheidung nicht mehr auf sich warten lassen. In Neuß wird schon seit dem Jahre 1854 zwischen der Civilgemeinde und der evangelischen Pfarrgemeinde über den Bau eines Pfarrhauses verhandelt. Streitigkeiten über die Größe der von der begüterten Civilgemeinde aufzubringenden Summe und die Vertheilung der Umlagen zwischen mehreren betheiligten Civilgemeinden haben zu einer Berufung an die Regierung in Düsseldorf, und nachdem dieselbe zu Gunsten der Stadt entschieden, zu einem Recurs des Presbyteriums an die höhere Verwaltungsbehörde geführt. Der erste Antrag dieses Recurses geht dahin: Die Stadt Neuß principaliter verpflichtet zu erklären, das Pfarrhaus bauen zu lassen. Die angerufene Behörde wird kaum umhin können, sich über die Bedeutung und Verbindlichkeit des §. 131 der Kirchenordnung und zugleich des Gesetzes von 1845 auszusprechen. Möchte man sich aber nur so bald als möglich an die Gerichte wenden, damit durch feste, allgemein gültige Entscheidungen in diese äußerst verworrenen Verhältnisse Ordnung gebracht würde!“

---

[1]) Vgl. die Verpflichtung der Civilgemeinden. S. 65.

Eine gerichtliche Entscheidung über diesen Fall ist bisher noch nicht erfolgt, aber allerdings eine Aeußerung der höchsten Verwaltungsbehörden, wie man aus dem folgenden Rescript ersehen wird.

Den von Ew. Wohlgeboren in der Vorstellung vom 1. Mai d. J. erhobenen Recurs gegen die Verfügung des Herrn Ober-Präsidenten vom 7. März d. J., die Heranziehung der Civilgemeinde Büderich zu den Kosten der Herstellung des evangelischen Pfarrhauses zu Neuß betreffend, kann ich nach eingehender Prüfung des Sach- und Rechts-Verhältnisses nicht für begründet erachten.

Daß nach französischem Recht die Civilgemeinden unbedingt d. h. ohne Rücksicht auf die Suffizienz der Kirchenkasse zum Bau der Pfarrhäuser verpflichtet sind, kann nach den über den Bau der Pfarrhäuser in Bleialf und Hackenbroich ergangenen gerichtlichen Entscheidungen und nach den Resultaten der hierüber stattgehabten wissenschaftlichen Erörterungen einem gegründeten Bedenken nicht unterliegen. Weniger zweifellos ist die weitere Frage, ob die Preußische Gesetzgebung in dieser Materie das Französische Recht abgeändert hat, da hierüber bis jetzt eine Entscheidung des höchsten Gerichtshofes nicht ergangen ist. Die Meinung, daß unter den im Gesetze vom 14. März 1845 erwähnten außerordentlichen kirchlichen Bedürfnissen einer Pfarrgemeinde nicht bloß der Bau von Kirchen 2c. sondern auch der Bau von Pfarrhäusern zu verstehen, und demnach die Absicht des Gesetzes dahin gegangen sei, in Ansehung der Kosten für beiderlei Bedürfnisse den gleichen Aufbringungsmodus vorzuschreiben, findet zwar in den dem Erlaß des Gesetzes vorhergegangenen Verhandlungen erhebliche Unterstützungsmomente. Nachdem jedoch die bis jetzt angerufenen Gerichte angenommen haben, daß das Gesetz vom 14. März 1845 auf den Bau von Pfarrhäusern keine Anwendung finde, empfiehlt es sich, dieses Princip zur Erhaltung der Rechtsgleichheit auch von den Verwaltungsbehörden so lange festhalten zu lassen, bis es entweder vom höchsten Gerichtshof reprobirt oder im Wege der Gesetzgebung abgeändert wird. Der gleichmäßigen Anwendung des Grundsatzes auf evangelische Pfarrhäuser stehen die Bestimmungen der rheinisch-westfälischen Kirchenordnung vom 5. März 1835 nicht entgegen. Denn

die Kirchenordnung enthält überhaupt keine dispositive Bestimmung über die Verpflichtung der Civilgemeinde. Sie hat mithin an dem in dieser Beziehung geltenden Rechte nichts geändert. Die bloße Voraussetzung aber, daß die Civilgemeinde nur bedingt zum Bau der Pfarrhäuser verpflichtet sei, hat hier so wenig wie in dem Gesetz vom 14. März 1845 die Kraft, dem ältern französischen Recht zu derogiren. Was sodann die Repartition der Kosten betrifft, so finden die Einwendungen gegen die Anwendbarkeit des Gesetzes vom 14. Februar 1810, insbesondere daß dieses Gesetz sich nur auf die den Civilgemeinden subsidiarisch zur Last fallenden Kosten und nur auf katholische Pfarrhäuser beziehe, in den Motiven des Gesetzes ausreichende Widerlegung. Der Einwand, daß nicht die Grund- und Klassensteuer der evangelischen Einwohner sondern sämmtlicher Einsassen der Civilgemeinde den Maßstab für die Vertheilung der Kosten zu bilden habe, ist an sich begründet. Es erscheint indessen zweifelhaft, ob die Anwendung des richtigen Maaßstabes eine Erleichterung der Gemeinde herbeiführen würde, und es muß deshalb der Erwägung der Gemeinde überlassen bleiben, ob sie eine Aenderung der Repartition in Antrag bringen will.

Berlin, den 13. August 1860.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.
gez. von Bethmann-Hollweg.

An den Bürgermeister Herrn Schmitz
Wohlgeboren zu Büderich.

Wenn jemals, so hat beim Lesen dieses Rescripts der Wunsch nach einer gesetzlichen Regelung dieser Verhältnisse sich erneuert. Was zunächst die Ansicht über die Geltung der Kirchenordnung von 1835 betrifft, so scheint sie doch erheblichen Bedenken zu unterliegen. Die Kirchenordnung enthält zwar keine unmittelbare dispositive Bestimmung über die Pflichten der Civilgemeinde, aber eine ganz ausdrückliche über die Pflichten der Pfarrgemeinde. Die Pfarrwohnung soll zuerst aus Kirchenmitteln, erst in Ermanglung dieser aus dem Communalfonds und, reicht auch dieser nicht, von der Pfarrgemeinde aus Beiträgen der Pfarrgenossen beschafft werden. Durch allerhöchste Verordnung wird

10*

der Kirchenordnung ausdrücklich mit Aufhebung aller entgegengesetzten früheren Bestimmungen Gesetzeskraft beigelegt. So leicht wie das Ministerialrescript würde ein Gerichtshof sich doch schwerlich über diesen Paragraphen hinwegsetzen. Auch scheinen die bisher ergangenen Urtheile sich recht wohl des Unterschiedes zwischen katholischen und evangelischen Pfarrhäusern bewußt zu sein; denn sie beziehen sich in allen Ausführungen und Motiven gewiß nicht ohne Absicht immer nur auf die katholischen Pfarrhäuser. Derselbe Unterschied wird in einem Rescript der kölner Regierung vom 20. December 1860 hervorgehoben, in welchem es heißt:

Zugleich machen wir als Communal-Aufsichtsbehörde darauf aufmerksam, daß die bezogenen Urtheile keineswegs ausgesprochen haben, es sei nach französischem Recht überhaupt der Bau der Pfarrhäuser eine Obliegenheit der Civilgemeinde, sondern daß sie nur in Streitfällen wegen katholischer Pfarrhäuser ergangen sind, und sich lediglich auf die kaiserlichen Decrete vom 30. December 1809 und 6 November 1813, also auf Gesetze stützen, die nur auf die Verhältnisse der katholischen Kirche Bezug haben. Auch hat der hiesige Appellationsgerichtshof in Sachen Hackenbroich gegen Hackenbroich, und Glesch gegen Glesch die Anwendbarkeit des Gesetzes vom 14. März 1845 auf die katholischen Pfarrhäuser, um welche es sich handelte, nicht deshalb ausgeschlossen, weil dieses Gesetz sich nicht auf Pfarrhäuser beziehe, sondern allein deshalb, weil dasselbe nicht auf principale Bauverpflichtungen der Gemeinde Bezug habe, und der Bau der fraglichen katholischen Pfarrhäuser eine principale Verpflichtung der Civilgemeinde sei. Daß auch der Bau der evangelischen Pfarrhäuser nicht unter das Gesetz vom 14. März 1845 falle und daß dieser Bau ungeachtet der Vorschrift des §. 131 der rheinisch-westfälischen Kirchenordnung vom 5. März 1835 nicht für eine principale Verpflichtung der Pfarrgemeinde und jedenfalls nur für eine subsidiäre Verpflichtung der Civilgemeinde zu achten sei, hat noch kein Urtheil ausgesprochen.

Aber mag immerhin die Bedeutung und Geltung jenes Paragraphen der Kirchenordnung zweifelhaft sein, unzweifelhaft

ist, daß, wenn nicht eine gesetzliche Regelung erfolgt, der Anlaß zu confessioneller Unzufriedenheit nicht vermieden werden kann. Wenn der Paragraph gilt, und also die evangelischen Mitglieder der Civilgemeinde für die katholischen Pfarrhäuser beisteuern, die eigenen ausschließlich aus eigenen Mitteln beschaffen müssen; so ist dies, wie bemerkt, allerdings nicht so unbillig, als es scheinen könnte. Denn die Verpflichtungen der Civilgemeinde für die katholischen Pfarrhäuser sind im letzten Grunde nur der Ersatz für das eingezogene Kirchengut, welches dem Staate und den Civilgemeinden und allen ihren Angehörigen ohne Unterschied der Confession zu Gute kommt. Wie aber die Verhältnisse in der Rheinprovinz sich gestaltet haben, ist es offenbar am gerathensten, unbedingt den Grundsatz zur Geltung zu bringen, daß jede Confession ihre religiösen Bedürfnisse ausschließlich aus eigenen Mitteln bestreite; selbst für die katholischen Pfarrkirchen wiegen die Vortheile, die aus den Beiträgen einiger Protestanten erwachsen könnten, die Nachtheile und die Mißstimmung nicht auf, die unvermeidlich mit den Beiträgen für die Bedürfnisse einer andern Confession sich verbinden. Sollte aber die Ansicht geltend bleiben, die der Ministerial-Erlaß ausspricht, so würde dadurch ein Zustand hervorgerufen, der nicht nur von sehr zweifelhafter Rechtmäßigkeit, sondern zugleich allen Anforderungen der Billigkeit in solchem Maße widersprechend wäre, daß damit der confessionelle Friede noch weniger bestehen könnte. Das Kirchenrecht des französischen Kaiserreichs machte die Verpflichtungen der Civilgemeinden, in denen gleichzeitig mit dem katholischen auch der protestantische Gottesdienst geübt wird, beiden Confessionen gegenüber gleich; insbesondere verpflichtet das Decret vom 5. Mai 1806 die Gemeinden, den evangelischen Pfarrern eine Wohnung und einen Garten zu beschaffen. Der Staat hatte freilich keine Verpflichtung gegen die protestantische Kirche, welche ungefährdet durch die säcularisirenden Gesetze der Revolution ihr Kirchengut als Privateigenthum bewahrt hatte; aber man ging von dem richtigen Grundsatz aus, daß der Cultus ein allgemei-

nes Interesse des Staates, daß die Bekenner der verschiedenen Confessionen als Staatsbürger sich wechselseitigen Beistand schuldig seien. Das Billige und Zweckmäßige dieser Maßregel springt in die Augen. Weder die katholischen Staatsbürger noch die Gemeinden wurden dadurch mehr, als ihr eigenes Interesse erforderte, beschwert. Man zählte in Frankreich wenige Protestanten, und diese waren ziemlich ausschließlich in einzelnen Departements Südfrankreichs und des Elsaß vereinigt. Besonders in der letzteren Provinz konnte das Kirchenvermögen sowohl die kirchlichen Bedürfnisse als den Unterhalt der Geistlichen zum größten Theil bestreiten. Die Bildung neuer Pfarrbezirke hing von der Genehmigung des Staates ab, der sie nicht ohne Noth und nur für eine bedeutende Anzahl protestantischer Glaubensgenossen zu gewähren brauchte. Daß nun eine solche Anzahl aus einer so überwiegend katholischen Bevölkerung leicht und häufig sich zusammen finde, war durchaus nicht zu erwarten. Fand sie sich aber zusammen, so war dies ein hinreichender Beweis, daß Aushülfe und Fürsorge des Staates und der Gemeinde hier am Orte seien.

So angemessen diese Bestimmungen den Zuständen Frankreichs waren, so ganz unangemessen, unbillig und geradezu unanwendbar wurden sie für die Rheinprovinzen, die der Pariser Friede dem Königreich Preußen einverleibte.

Aus den ältern, vorwiegend protestantischen Landestheilen kam eine Menge von Beamten und Gewerbtreibenden auf das linke Rheinufer. An vielen Orten bildeten sich protestantische Gemeinden, oft von sehr wenigen Mitgliedern; waren sie aber von der Staatsregierung als solche anerkannt, so sehe ich nicht, wie man ihnen die Rechte des Decrets vom 5. Mai 1806 hätte absprechen wollen. Und doch war es unmöglich, dieselben zur Geltung zu bringen. Wie hätten die Civilgemeinden auf einmal die Bedürfnisse so vieler neu entstandenen Pfarrgemeinden bestreiten sollen, denen noch dazu viel mehr als jemals früher den katholischen zu liefern war? Denn für die katholischen hatte man nach dem Concordate die alten, in den Händen der Nation befindlichen

Pfarrhäuser noch zur Verfügung; für die neu entstandenen protestantischen Pfarrgemeinden mußten sie überall erst gebaut werden. Solche Forderungen zu Gunsten Weniger hätten Unzufriedenheit und Klagen hervorgerufen, die vielleicht mit rechtlichen Gründen widerlegt, aber durchaus nicht überhört werden konnten. Daher hat man denn auch, so viel ich erfahren konnte, solche Forderungen gar nicht gestellt. An vielen Orten half man sich, wie die Motive des Gesetzentwurfs erkennen lassen, dadurch, daß man aus den französischen Gesetzen, freilich ungeschickt genug, eine confessionelle Theilung der Umlagen zu begründen suchte. Aber auch anderswo machten die evangelischen Pfarrgemeinden ihre gesetzlichen Ansprüche nicht geltend. Sie suchten sich soviel als möglich von den Civilgemeinden ganz unabhängig zu erhalten, was ihnen um so leichter wurde, als der Staat ihren Bedürfnissen häufig aus eigenen, also ebensowohl aus katholischen als protestantischen Mitteln zu Hülfe kam. So sind nun auch die Bestimmungen der Kirchenordnung in §. 18 und 131 durchaus erklärlich. Sie bequemen sich einfach den vorliegenden Verhältnissen an. Umlagen auf andere als die Confessionsverwandten fordern sie nicht, nur die Ansprüche an den Communalfond hält der §. 131 fest. Schriebe man die Kirchenordnung jetzt, so würde er sicher anders lauten. Aber alle Religionen, die auf einen fremden Boden erst festen Fuß fassen wollen, sind zufrieden, wenn man sie nur gewähren läßt; erst wenn sie stärker werden, fordern sie.[1])

Es sind denn auch wirklich in den beiden letzten Jahren von evangelischen Presbyterien mehrfach Ansprüche auf Beschaffung einer Pfarrwohnung gegen Civilgemeinden erhoben. Inwiefern sie im einzelnen Falle mehr oder weniger durch die Billigkeit begründet waren, ist hier nicht zu untersuchen. Aber das ist unzweifelhaft: wollte man diesen Grundsatz allgemein zur Geltung bringen, so läge darin eine Härte und eine Un-

---

[1]) Ich entnehme die letzten Sätze meiner Schrift über das rhein-preußische Gesetz vom 14. März 1845. S. 72 ff.

billigkeit, die nach keiner Seite günstig wirken könnte. Die Errichtung neuer evangelischer Gemeinden erfordert nur die Genehmigung des Cultusministers und das Einverständniß des evangelischen Ober-Kirchenraths, welches natürlich niemals fehlt. [1])

---

[1]) Vgl. Amtsblatt der Königlichen Regierung in Köln vom 25 Juni 1861. S. 199.

Auf Grund der Genehmigung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom 15. Januar d. J. und des dazu erklärten Einverständnisses des Evangelischen Ober-Kirchenrathes sind die in der Bürgermeisterei Godesberg wohnhaften Evangelischen aus der Gemeinde Bonn ausgepfarrt und ist durch Urkunde vom heutigen Tage für den Umfang der genannten Bürgermeisterei ein selbstständiges evangelisches Kirchen- und Pfarr-System errichtet worden. Dies wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Köln, den 15. Juli 1861. Coblenz, den 31. Mai 1861.
Königliche Regierung. Königliches Consistorium.

Die Kölnischen Blätter vom 16. December 1862 Nr. 354 enthalten folgendes: „Aus dem Trier'schen, 13 Dec. Durch Beschluß des Ministers der geistlichen Angelegenheiten vom 12. Juni 1858 wurde in dem Cantonsorte Hermeskeil ein selbständiges protestantisches Pfarr- und Kirchensystem errichtet und dasselbe aus 29 Ortschaften in den Bürgermeistereien Hermeskeil, Otzenhausen, Beuren und Kall zusammengesetzt, ohne daß man die gesetzlichen Vertreter jener Gemeinden darüber auch nur gehört hätte. Unter jenen 29 Ortschaften sind sogar manche, die rein katholisch sind und nicht einen einzigen Protestanten in sich schließen; überhaupt beträgt die ganze protestantische Bevölkerung der neuen Pfarrei nur etwa 120 Seelen, von denen die größere Hälfte im Pfarrorte Hermeskeil selbst wohnt. Schon seit mindestens drei Jahren muß die Civilgemeinde Hermeskeil auf Grund einer Verfügung der königlichen Regierung in Trier die Wohnungsmiethe des protestantischen Pfarrers mit etwa siebenzig Thalern jährlich bezahlen, obgleich die Gemeindevertretung sich energisch dagegen verwahrt hat. Nun wurden auch im Laufe dieses Jahres verschiedene bauliche Reparaturen in der vor neun Jahren erbauten protestantischen Kirche zu Hermeskeil vorgenommen im Betrage von 153 Thlr. 18 Sgr. 11 Pf., und wer muß diese Gelder bezahlen? Gemäß einer Verfügung der königlichen Regierung in Trier wird

Es läge also ganz in der Hand eines Ministers, den Civilgemeinden einseitig höchst beträchtliche Verpflichtungen aufzulegen. Aber sollte man selbst im Interesse der evangelischen Gemeinden eine solche Verpflichtung wünschen? Ich glaube, die Mißstimmung, die unvermeidlich folgen würde, könnte die Vortheile leicht überwiegen, und auch den evangelischen Gemeinden müßte der Standpunkt des Ministerialerlasses nicht als wünschenswerth, dagegen eine Veränderung der Gesetzgebung in hohem Grade erwünscht erscheinen.

Es ist noch ein dritter Fall denkbar. Das Obertribunal könnte die vom Appellhof in dem Urtheil für die Kirchenfabrik in Hackenbroich vom 21. Januar 1859 und in den Ministerial-Rescripten vom 16. August 1858 und 26. April 1859 ausgesprochene Ansicht für unrichtig erklären und die Bestimmungen des Gesetzes von 1845, also insbesondere die confessionelle Theilung der Umlagen, auch auf die katholischen Pfarrhäuser ausdehnen. Dadurch wären allerdings confessionelle Streitigkeiten vor der Hand beseitigt, dagegen die katholischen Kirchenfabriken in so empfindlicher Weise benachtheiligt, daß man auch diesen Zustand nicht als wünschenswerth betrachten kann. Die katholischen Kirchenfabriken sind wahrlich für das, was sie durch die Revolution verloren, nicht eben reichlich entschädigt. Soll

---

diese Summe auf jene 29 Gemeinden und zwar nicht nach der Zahl der in ihnen wohnenden Protestanten, sondern nach Maßgabe ihrer Gesammtsteuer vertheilt, und müssen also auch reinkatholische Dörfer zu den Reparaturkosten der protestantischen Kirche beitragen. Es wäre sehr interessant, zu erfahren, auf welchen Rechtsgrund hin diese katholischen Gemeinden zu solchen Ausgaben genöthigt werden können." Sind diese Angaben richtig, so ist das Verfahren rücksichtlich der Kirchenreparaturen dem Gesetze von 1845 durchaus zuwider. Auf welchen Rechtsgrund man rücksichtlich der Wohnungsmiethe sich beruft, ist nach dem mitgetheilten Ministerial-Rescript nicht schwer zu errathen; ob er genügt, ist sehr zweifelhaft, dagegen ganz unzweifelhaft, daß solche Zustände dringend der Veränderung bedürfen und nicht ohne großen Nachtheil fortbestehen können.

nun auch dieser geringe Ersatz noch beeinträchtigt werden? Und eine empfindliche Beeinträchtigung liegt doch offenbar darin, wenn eines ihrer wichtigsten Bedürfnisse nicht mehr von allen Mitgliedern der Civilgemeinde, sondern nur von den Confessionsverwandten eines einzigen, vielleicht nur kleinen, wenig vermögenden Pfarrbezirks zu bestreiten ist. Ich sagte „vielleicht", richtiger hätte ich „wahrscheinlich" sagen sollen. Denn gerade den kleinen und dürftigen Pfarrbezirken pflegt regelmäßig das Meiste zu fehlen. Im höchsten Grade bedenklich würde dieses Verhältniß, wenn nach einer bald zu erörternden Entscheidung des Obertribunals vom 26. October 1859 in Folge des Gesetzes von 1845 auch das verpflichtete Subject verändert und die Civilgemeinde, wenige Ausnahmen abgerechnet, außer jeder Beziehung zur Kirchenfabrik gesetzt wäre, so daß diese mit eigenen Mitteln und auf eigene Gefahr von den Confessionsverwandten des betreffenden Pfarrbezirks die Beiträge einzutreiben hätte. Aber wenn auch, wie mir unzweifelhaft scheint, das Subject, die verpflichtete Civilgemeinde, rechtlich unverändert blieb, immer ist es thatsächlich ein sehr bedeutender Unterschied, ob für die Erfüllung dieser Pflicht alle Mitglieder der Civilgemeinde oder nur ein mehr oder weniger großer und vermögender Bruchtheil herangezogen werden darf.

In allen drei Fällen scheint also eine Einwirkung der gesetzgebenden Gewalt zur Herbeiführung eines geordneten allseitig befriedigenden Zustandes erforderlich. In welcher Weise sie zu erfolgen hätte, was geschehen müßte, darüber, scheint mir, könnte kaum ein Zweifel sein. Es ist die Aenderung, welche in mehreren bedeutenden Städten entweder schon in's Leben gerufen oder, wie z. B. in Bonn, nur dadurch gehemmt wurde, daß die vorgesetzte Regierung eine Abweichung von dem Gesetz von 1845 zu gestatten sich nicht für befugt erachtete. Man unterwerfe die Beisteuer der Civilgemeinde für die Pfarrhäuser, wie für alle kirchlichen Bedürfnisse der confessionellen Theilung, lasse aber für alle diese Verpflichtungen sämmtliche Confessionsverwandte der Civilgemeinde, nicht bloß des

betreffenden Pfarrbezirks, beitragen. Durch diese Anordnung wäre jeder Anlaß zu confessioneller Unzufriedenheit entfernt, für die katholischen Pfarrfabriken würde der Wegfall der protestantischen Beiträge zu dem katholischen Pfarrhause durch den Vortheil aufgewogen, daß nun sämmtliche Confessionsverwandte der Civilgemeinde für die sämmtlichen religiösen Bedürfnisse beisteuern müßten, und es würde wenigstens ein großer Theil der Schwierigkeiten und Uebelstände beseitigt, welche die Ausführung des Gesetzes von 1845 theils verzögert, theils aus derselben sich entwickelt haben. Schon in der früheren Schrift aus dem Jahre 1859 sind diese Verhältnisse so ausführlich dargelegt, daß ich hier darauf verweisen kann.[1]) Möchte nur der so oft wiederholte Wunsch eine Berücksichtigung finden, möchte insbesondere auf dem Provinzial-Landtage, dem diese wesentlich provinzielle Angelegenheit zunächst empfohlen werden darf, eine Stimme zu seinen Gunsten sich erheben.

Auch Herr de Syo erklärt sich mit der vorgeschlagenen Veränderung des Gesetzes von 1845 einverstanden (S. 288). Gerade der Theil seiner Schrift, der sich auf die Ausführung dieses Gesetzes bezieht, scheint mir besonders gelungen. Genau und scharfsinnig wird erörtert, in welcher Art das Gesetz für subsidiarische Gemeindepflichten in den verschiedenen Fällen zur Anwendbarkeit komme, daß mehrere Civilgemeinden oder Theile verschiedener Civilgemeinden, entweder derselben oder verschiedenen Confessionen angehörig, entweder im Besitz oder nicht im Besitz verwendbaren Vermögens denselben Pfarrbezirk bilden oder im Gegentheil mehrere Pfarreien eine Civilgemeinde. In einem Punkte kann ich jedoch über die Anwendbarkeit des Gesetzes nicht einverstanden sein, und er scheint mir so wichtig, daß ich ihn in der folgenden Abhandlung zum Gegenstande einer besonderen Untersuchung gemacht habe.

Das fünfte und letzte Kapitel des Fabrikdecrets handelt von den Fabriken der Kathedralkirchen, den bischöflichen Woh-

---

[1]) Vgl. die Verpflichtung der Civilgemeinden S. 86 ff.

nungen und den Seminarien. Die darauf bezüglichen Verhältnisse hätten, wie mir scheint, etwas genauer erörtert und die thatsächliche Gestaltung in der Rheinprovinz etwas bestimmter dargestellt werden können. Ich müßte sehr ausführlich werden, wenn ich diese Lücke hier ergänzen wollte; einigermaßen möchte die folgende Abhandlung über das Bisthum Aachen diesem Zwecke entsprechen.

Man ersieht aus diesen Bemerkungen, daß in der Schrift des Herrn de Syo bei einer neuen Auflage allerdings noch Einiges sich nachtragen und verbessern läßt, daß wir aber allen Grund haben recht bald eine solche zu wünschen und zu erwarten. Es wäre mir sehr erfreulich, wenn die hier ausgesprochenen Wünsche in derselben eine Berücksichtigung verdienen könnten, und noch erfreulicher, wenn der Verfasser uns Gelegenheit gäbe, ihm für die in Aussicht gestellte Bearbeitung des wichtigen Decrets vom 6. Novembr 1813 aufs neue unsern Dank zu sagen.

Hat das Gesetz über die Cultuskosten vom 14. März 1845 die Verpflichtung der Civilgemeinden in den Fällen ganz aufgehoben, in welchen die erforderlichen Beiträge ausschließlich von den confessionsverwandten Einwohnern und Grundbesitzern des betreffenden Pfarrbezirks eingezogen werden?

Am 31. Januar ist an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz der folgende Ministerialerlaß ergangen:

Euer ꝛc. übersenden wir in der Anlage ergebenst Abschrift eines Berichtes der Königlichen Regierung zu N. vom 25. September v. J., die Anfertigung der Heberollen für die katholischen Kirchensteuern auf dem linken Rheiufer betreffend, mit dem Bemerken, daß die Bürgermeister zur Uebernahme dieses Geschäftes, zumal, wenn solches unentgeldlich verlangt werden sollte, für verpflichtet nicht erachtet werden können.

Durch das Rescript der Minister der geistlichen Angelegenheiten und des Innern vom 23. August 1855 ist unter Billigung des in dem Regierungsbezirke Düsseldorf üblichen Verfahrens bestimmt worden, daß eine besondere Umlage-Rolle für die Einziehung derjenigen kirchlichen Bedürfnisse, welche von den betreffenden Pfarrgenossen und nicht von der Civilgemeinde aufzubringen sind, aufzustellen und solche dahin zu vollziehen sei, daß der nach dem Etat der Kirchenkasse erforderliche Zuschuß durch den Gemeindevorstand, als Organ der Regierung, auf die Pflichtigen ausgeschrieben, eingezogen und an die Kirchenkasse abgeliefert werde.

Es wurde hierdurch zwischen der Aufstellung der Umlage-Rolle und der zum Behuf der Einziehung des Zuschusses erforderlichen Umlegung und der Beitreibung selbst unterschieden, und der Gemeindevorstand nur zu diesem letztern Geschäfte, und zwar in seiner Eigenschaft als Organ der Regierung, nicht aber zu dem erstern für verpflichtet erachtet.

Dies entspricht den Bestimmungen der §§. 2 und 6 des Gesetzes vom 14. März 1845, nach welchen zur Aufbringung der aus der Kirchenkasse nicht zu bestreitenden kirchlichen Bedürfnisse der Regel nach nicht die Civilgemeinde, sondern unmittelbar die Confessions-Verwandten der betreffenden Pfarrkirche verpflichtet sind, wie auch das Königliche Ober-Tribunal in der Prozeßsache der Gemeinde N. gegen die katholische Pfarrgemeinde zu N. durch Erkenntniß vom 25. [26.] Octo-

der 1859 entschieden hat. Die Gemeindebehörden als solche können also deshalb nicht in Anspruch genommen und insbesondere nicht für verpflichtet erachtet werden, sich unentgeldlich dem in manchen Fällen mühsamen und zeitraubenden Geschäfte der Aufstellung der betreffenden Hebe-Rollen zu unterziehen. Diese liegt vielmehr den katholischen Kirchenvorständen eben so wie den evangelischen Presbyterien ob, und kann von denselben, wie die Regierung zu N. nachweis't, unter Uebernahme der dadurch erwachsenden baaren Auslagen auf die Kirchenkasse auf Grund der ihnen von den Bürgermeistern mitzutheilenden Steuerlisten in gleicher Weise ausgeführt werden.

Wir können daher den diesfälligen Anspruch des katholischen Kirchenvorstandes zu N. gegen den Bürgermeister zu N. nicht für begründet erachten, und ersuchen Euer 2c. ergebenst, denselben hiernach durch die Regierung zu N. bescheiden zu lassen.

Berlin, den 31. Januar 1860.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.
gez. v. Bethmann-Hollweg.

Der Minister des Innern.
gez. Graf v. Schwerin.

Die Anfertigung der Heberollen, welche in solcher Weise den Pfarrfabriken auferlegt wird, ist schon an sich keine ganz unbeschwerliche Last; aber das, was dem Rescript die eigentliche Bedeutung und Wichtigkeit verleiht, sind die Principien, die durch diese Bestimmung zur Geltung gelangen. Wenn die Civilgemeinde nicht mehr für die Eintreibung der Beiträge von Seiten der Confessionsverwandten sorgen und haften soll, so kann dies nur auf der Voraussetzung beruhen, daß die Civilgemeinden in diesem Falle d. h. überall, wo nicht nach § 1. des Gesetzes von 1845 der Zuschuß schon auf ihrem Haushaltsetat eingetragen oder nach §. 3 verwendbares Vermögen vorhanden ist, jeder Verpflichtung ledig wurden, und die Pfarrfabrik unmittelbar an die Pfarrgenossen sich zu wenden hat. Dies wird denn auch in dem Rescript ausdrücklich ausgesprochen mit Berufung auf die §§. 2 und 6 des Gesetzes von 1845 und auf ein Urtheil des Obertribunals vom 26. October 1859. Dadurch wird aber ein Fundamentalsatz des französischen Kirchenrechts und insbesondere des Fabrikdecrets wesentlich berührt, und zugleich das Interesse der Pfarrfabriken auf's empfindlichste verletzt. Statt Einer wohl gesicherten Forderung gegen Ein bestimmtes Subject, die jedes Gericht anerkennen und schützen

muß, hätte die Fabrik eine Menge von Einzelforderungen gegen eine unbestimmte Zahl von Individuen; das lästige und beschwerliche Geschäft der Steuererhebung, die gehässige Nothwendigkeit — für einen Kirchenvorstand doppelt gehässig — zu einer Execution zu schreiten, wäre ihr auferlegt, ja einstweilen würde sie sogar der Möglichkeit, ihre Ansprüche geltend zu machen, beraubt oder wenigstens ganz und gar auf den gnädigen Beistand der Civilgemeinde und der Administrativbehörden angewiesen. Aber ich halte mich zunächst an die rechtliche Seite der Frage.

Das Eigenthümliche und Charakteristische des französischen Systems ist gerade die Verbindung der Civilgemeinden mit den Kirchenfabriken, welche durch die Entwicklung der vermögensrechtlichen Verhältnisse in Frankreich zur Nothwendigkeit geworden war. Die Zusammensetzung der Kirchenfabrik, der Antheil des Bürgermeisters am Kirchenrath, die gegenseitigen Rechte und Pflichten zwischen dem Gemeinderath und dem Kirchenvorstand beruhen gerade darauf. Man könnte einwenden, diese Verbindung werde ja durch den Beschluß des Obertribunals und den Ministerialerlaß gar nicht aufgehoben, sie bleibe bestehen, wenn die Beiträge für den Cultus in dem Haushaltsetat der Civilgemeinde schon eingetragen, oder verwendbares Vermögen vorhanden sei, oder endlich die nicht subsidiäre, sondern principale Pflicht der Civilgemeinde für den Pfarrhausbau in Frage komme. Aber von diesen drei Fällen liegt der erste wenigstens nicht in allen Gemeinden vor; der zweite ist sogar selten; den dritten dürfte ich freilich nicht in Abrede stellen, aber er ist doch nicht über allen Zweifel erhoben, weil die Ansicht, das Gesetz von 1845 beziehe sich nicht auf die Pfarrhäuser, durch ein Urtheil des höchsten Gerichtshofes noch nicht festgestellt ist; zudem betreffen die meisten hieher bezüglichen Stellen des Decrets nicht die principale, sondern ausschließlich die subsidiären Verpflichtungen, für welche das Gesetz von 1845 unzweifelhaft zur Anwendung kommt. — Wenn nun ein so wichtiges Princip des bestehenden Rechtes, wo nicht ganz, doch in vielen Fällen

aufgehoben werden soll, so darf man gewiß nach den Gründen fragen, die eine so bedeutsame Veränderung unterstützen. Denn so lange die Veränderung nicht bewiesen wurde, so lange bleibt doch das alte Recht in Geltung. Nur ein Unbilliger kann beanspruchen, daß ein Ministerialerlaß, besonders nachdem schon ein Urtheil des höchsten Gerichtshofes ergangen, auf ausführliche rechtliche Erörterungen sich einlassen soll. Er beruft sich kurz, wie er nicht anders konnte, auf die §§. 2 und 6 des Gesetzes von 1845 und das erwähnte Urtheil des Obertribunals vom 26. October 1859. Aber von diesem Urtheile und in seinen Motiven dürfen wir unzweifelhaft nähere Auskunft erwarten. Der Prozeß, auf den er sich bezieht, wird im Archiv für das Civil- und Criminalrecht der Rheinprovinz (Bd. 55, Jahrgang 1860, Abth. 2, S. 68 ff.) mitgetheilt. Der hier wesentliche Inhalt ist folgender. Die Civilgemeinde Uerdingen wurde durch Act vom 22. September 1856 auf Ansuchen der katholischen Pfarr- und Civilgemeinde zu Hohenbudberg-Caldenhausen vor das Landgericht zu Düsseldorf geladen, um sich verurtheilen zu hören, einen Beitrag für die Pfarrkirche in „Hohenbudberg-Caldenhausen" zu bezahlen, in deren Pfarrbezirk ein Theil ihres eigenen Gebietes nämlich der Weiler Steppes gelegen war. Die verklagte Civilgemeinde behauptete, daß sie kein verwendbares Kapitalvermögen besitze, „während sie doch nur im Falle des Vorhandenseins eines solchen gesetzlich zum Beitrag verpflichtet sei". Die Klage erwiederte: „die Gemeinde Uerdingen besitze bedeutendes Kapitalvermögen, worauf es indeß rechtlich um deswillen nicht ankomme, weil event. die zu leistenden Beiträge durch Umlagen aufgebracht werden müßten." Durch Urtheil vom 11. März 1857 wies das Landgericht zu Düsseldorf als aus andern Ursachen unbegründet die Klage ab.

Am 29. Juli 1858 wurde aber dies Urtheil vom Appellhof nach dem Antrag der Klägerin reformirt und diese Entscheidung dadurch begründet:

„Daß der Einwand der Gemeinde Uerdingen, daß sie kein freies Gemeindevermögen besitze, unhaltbar sei, da selbst in der

Voraussetzung, daß diese Angabe nachgewiesen werden könnte, die §§. 6 und 2 des Gesetzes vom 14. März 1845 der Gemeinde Uerdingen die Art und Weise, in welcher die jetzt geforderten Beiträge aufzubringen wären, vorschreiben würden."

Gegen dieses Erkenntniß hat die Gemeinde Uerdingen den Kassationsrecurs ergriffen und ganz besonders auf Verletzung der §§. 3, 6 und 2 des Gesetzes vom 14. März geklagt. Sie behauptet, „die Ansicht des Appellhofs widerstreite geradezu dem Inhalt dieser Paragraphen. Die Civilgemeinde sei, wenn sie kein freies Gemeindevermögen besitze, gar nicht verpflichtet zu bezahlen. In diesem Falle seien vielmehr die Pfarrgenossen die zur Zahlung unmittelbar Verpflichteten. Die Vertheilung und Erhebung der Beiträge, welche im Falle des §. 2 resp. 6 von den Pfarrgenossen zu leisten, sei lediglich Sache der Pfarrgemeinde."

Es wurde zwar von den Kassationsverklagten mit Berufung auf diese selbigen Paragraphen 6 und 2 der Beweis versucht, „daß es nur die Gemeinde Uerdingen selbst sei, welche die zur Berichtigung ihres Antheils erforderlichen Beiträge auf die in ihrem Gemeindebezirke wohnenden Pfarrgenossen auszuschreiben und von denselben einzuziehen habe", der rheinische Civilsenat des Königl. Obertribunals erklärte jedoch am 26. October [1]) 1859, „die Ansicht des Kölner Appellhofes über die §§. 6 und 2 könne als dem Gesetze entsprechend nicht angesehen werden, da in dem durch §. 6 vorhergesehenen Falle nicht die Civilgemeinde als solche, sondern die Confessionsverwandten der betreffenden Pfarrkirche die Verpflichteten seien, und demnach im Falle des Nichtvorhandenseins eines freien Gemeindevermögens die gegen die Civilgemeinde direct erhobene Klage, als der gesetzlichen Voraussetzung und Grundlage entbehrend, zurückgewiesen werden müsse; daß, wenn auch nach dem Verwaltungsgange bei Umlegung und Einziehung der

---

[1]) Im Ministerial-Erlaß scheint das Urtheil irrthümlich vom 25. datirt zu sein.

Kosten von den Confessionsgenossen eine Mitwirkung der Beamten der Civilgemeinde, welcher jene angehörten, eintreten möchte, doch hierdurch der rechtliche Gesichtspunkt nicht der Art geändert werden könne, daß der gesetzlich nur gegen die Pfarrgenossen begründete Anspruch unmittelbar gegen die Civilgemeinde, welcher dieselbe angehörten, geltend gemacht werden könne."

Daß die beiden höchsten Gerichtshöfe des Landes auf dieselben Paragraphen desselben Gesetzes sich beziehen, um Jeder die gerade entgegengesetzte Ansicht daraus herzuleiten, wird nicht eben als ein Zeugniß für die deutliche Fassung dieses Gesetzes betrachtet werden. Ich will mich gewiß nicht zu seinem Vertheidiger aufwerfen. Kein Gesetz scheint mehr als dieses der authentischen Interpretation, der Veränderung und Verbesserung bedürftig. Ob aber auch im vorliegenden Falle der Gesetzgeber die verschiedene Deutung verschuldet, darüber möchte ich gleichwohl den Leser bitten, sein Urtheil zu verschieben, bis er das Folgende gelesen hat. Am meisten befremdet, daß die beiden Gerichtshöfe zur Bekräftigung ihrer Ansicht sich so ganz ausschließlich an den Wortlaut des Gesetzes halten, ohne nach irgend andern Gründen der Interpretation zu suchen. Besonders dem Obertribunal hätten sie doch willkommen sein müssen, da es der alten Rechtsanschauung und der üblichen Praxis gegenüber einen ganz neuen Grundsatz aufstellt, noch dazu im Widerspruch mit dem Urtheil des Appellhofes, der doch gerade mit Berufung auf diese selbigen Worte die entgegensetzte Ansicht ausgesprochen hatte. Ganz unzweideutig konnten also diese Worte doch schwerlich sein. Lohnte es sich nicht der Mühe oder war es unmöglich, irgend einen andern Grund zur Unterstützung anzuführen? Und hier möchte ich gleich meine Ansicht aussprechen. Ich glaube, es gibt weder in noch außer diesen Worten einen haltbaren Grund, der das Urtheil des höchsten Gerichthofes rechtfertigen könnte. Das Urtheil widerspricht den Grundprincipien des französischen Rechts, die durch nichts aufgehoben worden sind, es widerspricht dem Willen und der Absicht des neuen

Gesetzgebers, wie er sie in den Motiven unzweideutig erklärt hat, es ist unvereinbar mit der juristischen Consequenz, es beeinträchtigt die Rechte der Fabriken wie der Pfarrgemeinden und wird in seiner Anwendung nachtheilig und unbillig. Alle diese Behauptungen und jeden einzelnen Ausdruck versuche ich zu beweisen.

Es ist schon in diesem Aufsatze bemerkt und in den vorhergehenden ausführlicher nachgewiesen, wie im französischen Recht die enge Verbindung zwischen Civilgemeinden und Pfarrfabriken ein Grundprincip geworden und in der Stellung und Zusammensetzung des Kirchenvorstandes den entschiedensten Ausdruck gefunden hat. Das französische Recht machte keinen confessionellen Unterschied in Beziehung auf die Beiträge für den Cultus, mochten sie die principale Pflicht für den Pfarrhausbau oder die subsidäre für die eigentlichen Cultuskosten und die kirchlichen Gebäude betreffen. Alle Mitglieder der Civilgemeinde haften als solche. Diesen für die preußische Rheinprovinz fühlbar gewordenen Uebelstand wollte das Gesetz vom 14. März 1845 dadurch beseitigen, daß zum Vortheile eines confessionellen Zweckes in der Regel nur die confessionsverwandten Einwohner und Grundbesitzer des betreffenden Pfarrbezirks beisteuern sollten. Es bestimmt zunächst im §. 1, daß die Zuschüsse, welche bei Verkündigung des Gesetzes bereits auf dem Haushaltsetat der Civilgemeinde stehen, von dieser nach Maßgabe des Beschlusses, auf dem sie beruhen, auch künftig zu gewähren seien. Dagegen sind die Kosten für ordentliche kirchliche Bedürfnisse einer Pfarrgemeinde, welche weder aus dem Kirchenvermögen noch aus den nach § 1 von der Civilgemeinde zu leistenden Zuschüssen bestritten werden können, von den confessionsverwandten Einwohnern und Grundbesitzern des Pfarrbezirks aufzubringen. Die Befriedigung außerordentlicher kirchlicher Bedürfnisse, für welche ein verwendbares Gemeindevermögen nicht vorhanden ist, soll nach §. 6 in derselben Weise erfolgen. In diesen Worten ist das klar: Im Falle der §§. 2 und 6 werden die Beisteuern für kirchliche Bedürfnisse nicht

von sämmtlichen Einwohnern der Gemeinde eingezogen, sondern nur von den Confessionsverwandten. Aber wo findet sich ein Wort, welches schließen ließe, der Gesetzgeber habe das verpflichtete Subject selbst verändern und beiläufig einen Fundamentalsatz des bestehenden Kirchenrechts aufheben wollen? In den Worten selbst ist schlechterdings kein Anhalt dafür. Zu wünschen wäre allerdings, man hätte statt ihrer die Fassung gewählt, welche dem Regierungsentwurf von den Ständen substituirt wurde. Darnach würde der §. 2 ff. lauten[1]):

„Tritt künftig das Bedürfniß neuer oder erhöhter Ausgaben zu kirchlichen Zwecken ein, so wird, insofern die Mittel der betreffenden Kirchenfabrik nicht ausreichen, zunächst das Gemeindevermögen in Anspruch genommen; sind außerdem noch Steuer-Umlagen erforderlich, so können dieselben sich nur auf die Einwohner und Grundbesitzer des Parochialbezirks erstrecken, welche der betreffenden Confession angehören."

Man sieht, diese Worte schließen jeden Zweifel aus. Aber wenn man die Entstehung, die Motive, den Zweck und das Ganze des Gesetzes sich vergegenwärtigt, so läßt auch die jetzige Fassung einen Zweifel durchaus nicht bestehen. Was war der Zweck des Gesetzes? Die Beiträge für Cultuskosten einer fremden Confession sollten so weit als möglich beschränkt werden. Dieser Zweck wird vollkommen erreicht, wenn die Civilgemeinde verpflichtet bleibt, aber nur von einer bestimmten Categorie ihrer Angehörigen, nämlich den Confessionsverwandten des betreffenden Pfarrbezirks, die Beiträge einzieht. Es sollten ferner die Zweifel über den Sinn des Gesetzes vom 14. Februar 1810 beseitigt werden. Hören wir, wie die Motive sich darüber aussprechen[2]): Die französischen Gesetze, insbesondere Art. 1 und 2 des Gesetzes vom 10. Februar 1810, „verpflichten die bürgerlichen Gemeinden aus ihren Gemeinde-Einkünften dem Bedürfnisse der Kirchen zu Hülfe zu kommen. Sind diese nicht ausreichend, so sollen nach dem Wortlaut der

---

[1]) Vgl. meine Schrift: Das Rheinpreußische Gesetz von 1845. S. 134.
[2]) Vgl. die eben angeführte Schrift. S. 136.

Art. 49, 100 des Decrets vom 30. Dezember 1809 und der Art. 1 und 2 des Gesetzes vom 14. Februar 1810 die — paroissiens — habitans de la paroisse — la paroisse — durch eine außerordentliche Umlage die erforderlichen Kosten aufbringen. Die letzten Ausdrücke sind es, welche einer doppelten Auslegung unterworfen worden sind. Nach der einen Ansicht sind hierunter das Kirchspiel und die zu der betreffenden Kirche gehörenden Kirchspielsgenossen zu verstehen, dergestalt, daß wenn zu den Bedürfnissen der Kirche die laufenden Einnahmen des Kirchenvermögens und die Ueberschüsse der bürgerlichen Gemeinde-Einkünfte keinen disponiblen Fonds gewähren, die erforderlichen außerordentlichen Umlagen nur auf die zur Kirche gehörenden Pfarrgenossen vertheilt, und die innerhalb des Parochialbezirks wohnenden Einwohner einer andern Confession nicht dazu herangezogen werden. Nach der andern Ansicht sind die Ausdrücke: paroisse und habitans de la paroisse in den angeführten Gesetzstellen gleichbedeutend mit commune und habitans de la commune, und bilden dieselben, wie die Art. 102 des Decrets vom 30. Dezember 1809 und Art. 4 des Gesetzes vom 14. Februar 1810 zu erkennen geben, nur in sofern einen Gegensatz zu dem sonst gebrauchten Ausdrucke commune, als eine Parochie sich über mehrere Ortsgemeinden erstrecken kann."

Die erstere, für das französische Recht freilich unrichtige Ansicht ist durch das Gesetz von 1845 mit einigen Beschränkungen in der Rheinprovinz zur Geltung gelangt. Sogar die Ausdrücke, die hier in den Motiven gebraucht werden, kehren in dem Entwurf der Regierung und in dem Gesetze von 1845 wieder. Daß aber das Gesetz von 1810, mag man es im einen oder im andern Sinne auslegen, in allen Fällen als das verpflichtete Subject die Civilgemeinde betrachtet, mag sie die Beiträge von allen ihren Mitgliedern oder nur von den confessionsverwandten einziehen, darüber hat niemals der geringste Zweifel walten können. Und nun sollen plötzlich diese selbigen Worte im Gesetz von 1845 einen ganz neuen unerhörten Sinn erhal-

ten? Dies Gesetz, von dem die Motive ausdrücklich erklären, es verfahre mit möglichster Schonung der bestehenden Verhältnisse, soll plötzlich das ganze Rechtsverhältniß verwirrt und aufgehoben haben; und das ohne die mindeste Veranlassung! Aber noch mehr: die Motive erklären ausdrücklich [1]: „Ueber die Art der Aufbringung und Vertheilung der von den Pfarrgenossen zu leistenden Beiträge bedarf es keiner besondern Bestimmung, da in dieser Hinsicht die Vorschriften der Gesetze vom 14. Februar 1810 und 30. Dezember 1809 zur Anwendung kommen." Einen vernünftigen Sinn haben diese Worte nur unter der Voraussetzung, daß das verpflichtete Subject unverändert die Civilgemeinde geblieben ist, welche in ihrem Schooße die Einziehung der Steuern zu übernehmen hat. Und wie genau hält sich auch das Gesetz von 1845 an diesem selbigen Gedanken! Vor dem Cassationshof hatten sich die Vertreter der Pfarrfabrik auf den §. 4 des Gesetzes berufen, demgemäß die Regierung auf den Vorschlag der betreffenden Gemeinde festsetzt, in welcher Weise die Mittel zur Erfüllung ihrer Pflichten zu beschaffen sind. Der Kassationshof verwirft diese Berufung mit allem Recht, weil der §. 4 sich ausdrücklich nur auf den §. 3 beziehe, also „nur solche Maaßnahmen im Auge habe, welche im Fall einer directen Verpflichtung der Civilgemeinde d. h. in der Voraussetzung eines vorhandenen freien Gemeindevermögens einzutreten haben." Aber wie konnte man übersehen, daß gerade aus dieser Beschränkung mit logischer Evidenz die Nothwendigkeit hervorgeht, daß rücksichtlich der im §. 2 erwähnten Beiträge das alte Recht, nämlich die herkömmliche Einziehung derselben durch die Civilgemeinde unverändert bleibe? Wenn der Gesetzgeber schon wegen der geringfügigen Veränderung des §. 3 besondere Maßregeln anordnete, konnte er das Gleiche vergessen in Bezug auf die unendlich größere Neuerung, die das Obertribunal ihn vornehmen läßt? Ja, es war hier ganz unumgänglich, bestimmte Anordnungen

[1] A. a. O. S. 155.

für die Einziehung der Steuern zu treffen; denn die katholischen Pfarrfabriken haben schlechterdings kein Organ, welches Steuern einziehen oder ausschreiben kann. Der Gesetzgeber hätte die Beiträge, die er doch ordnen und feststellen wollte, ganz aufgehoben, hätte er es nicht für selbstverständlich erachtet, daß die Civilgemeinde nach wie vor verpflichtet bliebe.

Fragt man nach dem eigentlichen Grunde dieses auffallenden Urtheils, so deutet ihn der Ministerialerlaß ziemlich klar durch die Worte an, „daß den katholischen Kirchenvorständen die Anfertigung der Heberollen wie den evangelischen Presbyterien obliege.“ Urtheil und Verfügung sind offenbar aus der Rücksicht auf eine vermeintliche Parität hervorgegangen. Den evangelischen Pfarrgemeinden oder ihrer Vertretung, den Presbyterien, ist durch den §. 18 d der Kirchenordnung von 1835 das Recht der Besteuerung für den Fall der Unzulänglichkeit des Kirchenvermögens in der Weise gegeben, daß sie Umlagen auf die Mitglieder der Kirchengemeinde nach Verhältniß der von denselben zu zahlenden directen Staats- und Communalsteuern bewirken und dieselben der Regierung zur Vollziehung vorlegen können. Hier ist also eine Beihülfe der Civilgemeinden allerdings nicht erforderlich; nach der von der Regierung bewirkten Vollziehung der Umlagerollen werden von der Kirchenkasse die Beiträge nöthigen Falls im Wege der Execution eingezogen. Aber sollen nun deshalb, weil die Kirchenordnung den evangelischen Gemeinden eine ihrer Entstehung, ihrem Charakter, ihren Bedürfnissen durchaus entsprechende exeptionelle Stellung gab, sollen deshalb die katholischen Pfarrfabriken verlieren, was ihnen durch die unzweideutigsten Rechtsbestimmungen verbürgt wurde, und in die ungünstigste, ja ganz haltlose Stellung zurückgedrängt werden? Denn, wie schon bemerkt, die katholischen Pfarrfabriken haben gar keine Befugnisse und kein Organ um Steuern auszuschreiben. Wollte man aber sagen, es brauche ja ihnen, wie den evangelischen Presbyterien, eine solche Befugniß nur verliehen zu werden, so wäre auch das wenigstens kein Beweis für ein richtiges Verständniß des französischen Kirchenrechts. Die evan-

gelischen Presbyterien, welche von der Gemeinde gewählt werden, welche die Vertreter der Gemeinde sind (§. 8 und 5 der Kirchenordnung), können sehr wohl Steuern einfordern; es entspricht durchaus ihrer Stellung. Aber sind die katholischen Kirchenräthe Vertreter der Gemeinde? Sie sind Vertreter der Fabrik, des kirchlichen Instituts; die Pfarrgemeinde als solche hat keine Vertretung. Will man nun doch den Fabriken das Recht der Besteuerung einräumen, so gelangt man zu dem in unserer Zeit doch wohl monströs zu nennenden Satze, daß die Person, welche die Steuern verlangt, dieselben ohne irgend eine Controlle, ohne irgend eine Bewilligung von Seiten der Zahlenden ausschreiben kann. Denn daß auch in solchen Fällen der §. 93 des Fabrikdecrets noch seine Anwendung finde, daß das Budget der Fabrik dem Gemeinderath zur Prüfung vorgelegt werden müsse, nimmt zwar der neueste Bearbeiter des Fabrikdecrets, Herr de Syo, an, auch nach seiner Auffassung des Gesetzes von 1845 und dem Urtheil des Obertribunals und dem Ministerial-Rescript. Es widerspricht aber den Worten des Fabrikdecrets eben so sehr als der juristischen Consequenz. Den Worten des Fabrikdecrets: denn der §. 93 fordert die Vorlage des Budgets dans les cas où les *communes* sont obligées de suppléer; ist also die Civilgemeinde nicht mehr verpflichtet, so braucht auch kein Budget mehr vorgelegt zu werden; der juristischen Consequenz: denn wenn man einmal ein Princip des französischen Rechts als aufgehoben betrachtet, so darf man auch die Bestimmungen nicht aufrecht halten wollen, die unmittelbar aus ihm hervorgehen und auf ihm beruhen.

Und hier drängt sich wieder eine Bemerkung auf, die unwiderleglich gegen die Ansicht des Obertribunals spricht. Gibt man den Worten des Gesetzes den richtigen Sinn, so ist Alles durchaus verständig geordnet, wie es den Bedürfnissen entspricht. Die Beiträge für eine fremde Confession sind beseitigt, im Uebrigen der alte Rechtszustand möglichst geschont. Die Gemeinde ist nach wie vor die Verpflichtete, nur zieht sie die Beiträge nicht von sämmtlichen Mitgliedern, sondern von den

Confessionsverwandten eines bestimmten Pfarrbezirks ein. Kommt aber die Ansicht des Obertribunals zur Geltung, wie verschoben und verwirrt erscheint das ganze Rechtssystem! Mag man von dem französischen Rechte denken, wie man will, so sehr entbehrt es doch nicht der Folgerichtigkeit, daß man ungestraft einen der wichtigsten Sätze herausreißen, ja durch ein ganz verschiedenes Princip ersetzen könnte. Es ist schon oben darauf hingewiesen, wie die Zusammensetzung des Kirchenraths, die Theilnahme des Bürgermeisters, die Vorlage des Budgets, kurz das ganze System auf diesem Satze beruht. Alles verliert in sehr vielen Fällen den Zweck und den juristischen Zusammenhang, wenn die entgegengesetzte Ansicht zur Geltung kommt.

Würden nur die mangelhaften Rechtsgründe für diese Maßregel wenigstens durch die Zweckmäßigkeit, den offenbaren Nutzen einiger Maßen aufgewogen! Aber auch hier findet man gerade das Gegentheil, sowohl für die Pfarrfabriken, als die Pfarreingesessenen, als die Civilgemeinden. Für die Pfarrfabriken ist der Nachtheil am augenscheinlichsten und ernste Besorgnisse erregend, besonders wenn man die Entwicklung unsers Rechtszustandes übersieht. Welche sichere und unabhängige Stellung gibt ihnen das französische Recht! Die Civilgemeinde ist als solche insgesammt verpflichtet; sobald das Bedürfniß nachgewiesen wurde, ist die Abhülfe ausschließlich ihre Sache. Das Gesetz von 1845 war schon eine Beeinträchtigung der Fabriken, da statt der Beitragspflichtigen einer ganzen Civilgemeinde jetzt nur noch die Confessionsverwandten eines vielleicht nur kleinen und armen Pfarrbezirks herangezogen werden. Aber man konnte sagen, und es ist damals und seit jener Zeit häufig gesagt: Es liegt darin keine Ungerechtigkeit oder Schmälerung; das verpflichtete Subjekt bleibt unverändert nach wie vor die Civilgemeinde. Auf welche Weise diese ihren Verpflichtungen nachkommt, ob sie alle oder einen Theil ihrer Mitglieder zu Beiträgen heranzieht, kann den Pfarrfabriken gleichgültig sein,

wenn sie nur erhalten, was sie zu fordern haben. Dies ist freilich im Grund der Sache nicht vollkommen richtig, denn die Ansprüche müssen doch nothwendig nach den Mitteln der Beitragspflichtigen abgemessen werden, aber es ist wenigstens juristisch consequent. Und in der That nur durch eine solche Rücksicht ließ die Veränderung des Gesetzes von 1845 sich rechtfertigen. Denn die Verpflichtungen, die der Staat und die Civilgemeinden gegen den Cultus übernommen haben, sind nicht von der Art, daß man ganz einseitig und eigenmächtig damit verfahren dürfte. Sie beruhen im letzten Grunde auf dem Concordat von 1801, sie sind der zugesicherte und verbürgte Ersatz für die von der Kirche erlittenen Verluste, der Preis für die kirchliche Anerkennung dieser großen Beraubung. Bald ging man einen Schritt weiter. Nicht nur die Art der Erfüllung, sondern auch das Subject der Verpflichtung sollten verändert sein. In dem Ministerial-Erlaß vom 23. August 1855 heißt es aber noch: Es sollen die Umlagen von der Civilgemeinde und dem Gemeindevorstand ausgeschrieben und eingezogen werden; nur findet man hier den sonderbaren Zusatz: „von der Civilgemeinde als Organ der Regierung“, als wäre die Civilgemeinde dazu nicht durch die Gesetze verpflichtet, sondern nur durch einen Auftrag der administrativen Behörde veranlaßt. Heute spricht man nun ausdrücklich aus: die Civilgemeinde ist gar nicht verpflichtet; wenn die Pfarrfabriken ihre Unterstützung wünschen, so mögen sie dafür bezahlen. Wenn nun einmal ein neues Rescript bestimmt, die Civilgemeinden sollen sich gar nicht mehr um diese ihnen fremde Angelegenheit bekümmern, so möchte ich den finden, der anzugeben wüßte, wie denn die Pfarrfabrik zu ihrem Recht gelangen soll.

Wie wenig auch der Pfarrgemeinde durch die neue Einrichtung gedient wäre, wie sie vielmehr dem Kirchenvorstand gegenüber in eine ganz halt- und rechtlose Stellung geriethe, ist früher dargethan. In der That, man muß sich nur die Entwicklung des französischen Rechts vergegenwärtigen, um das

ganz Sinnwidrige dieses Verhältnisses zu erkennen. Daß das französische Recht den Kirchenvorstand so, wie es geschehen ist, zusammensetzen konnte, beruht wesentlich auf der Stellung und den Rechten der Civilgemeinde. Es wäre unbegreiflich, daß man die Pfarrgemeinde ohne genügenden rechtlichen Schutz gelassen hätte, wenn nicht eben die Civilgemeinde ihre Vertretung übernähme. Vor der Revolution war das Verhältniß ein anderes. In die assemblée générale, welche dem jetzigen Kirchenrath entspricht, wurden sämmtliche Notabeln der Pfarrgemeinde berufen. Sie beschlossen über wichtige Angelegenheiten und wählten die Kirchmeister, denen die Leitung der laufenden Geschäfte überlassen blieb. So war die Pfarrgemeinde nicht ohne Vertretung, ihre Interessen wurden gewahrt, und zudem waren ihre Verpflichtungen gegen den Cultus denen der heutigen Civilgemeinde nicht annähernd gleich. Nach der Revolution trat an die Stelle der assemblée générale ein Kirchenrath von fünf oder neun Personen, zuerst vom Bischof und vom Präfecten ernannt, dann sich selbst ergänzend, also Alles eher als eine Vertretung der Pfarrgemeinde [1]). Wie kann man nun plötzlich die unentbehrliche Vertretung der Beitragspflichtigen durch die Civilgemeinde aufheben? Will man den Fabriken die Ausschreibung und Eintreibung der Steuern übertragen, so muß man nicht nur vorerst ihnen taugliche Organe schaffen, sondern überhaupt auf eine andere Stellung und Zusammensetzung des Kirchenvorstandes Bedacht nehmen. Daß aber davon dem Gesetzgeber von 1845 irgend etwas in den Sinn gekommen, wird wohl Niemand behaupten.

Endlich wäre selbst den Civilgemeinden kein erheblicher

[1]) Man könnte sich dagegen auf den Bericht der Section des Innern (vgl. oben S. 55) berufen; allein die dort ausgesprochene Ansicht ist schon an sich nicht ganz richtig; ferner setzt sie die Verbindung zwischen Pfarrfabrik und Civilgemeinde und die Rechte des Gemeinderaths voraus, die nach dem Urtheile des Obertribunals gerade wegfallen müßten.

Vortheil zugewandt, sondern im Gegentheil das ganze Verfahren auch practisch unzweckmäßig. Der Nachtheil, daß der Gemeinderath die Vorlage des Budgets nicht mehr fordern könnte, wurde bereits erwähnt, manches Andere wäre noch hinzuzufügen, aber ich beschränke mich auf den Punkt, von dem diese Untersuchung ausging, auf die Anfertigung der Heberollen. Das, was Herr de Syo darüber bemerkt, scheint mir so richtig, daß ich seine Worte hier folgen lasse. Er sagt von dem Ministerial-Erlaß:

„Die Minister bestimmen durch diese Verfügung nicht, daß die Einziehung der umgelegten Beiträge für die katholischen Pfarrgemeinden in derselben Weise erfolgen solle, wie für die evangelischen; dies konnten sie nicht, weil die katholischen Pfarrgemeinden das Recht der Besteuerung ihrer Mitglieder nicht in der Weise haben, wie es den evangelischen Pfarrgemeinden durch den §. 18 d der evangelischen Kirchenordnung eingeräumt worden ist. Sie setzten vielmehr nur fest, daß, so wie die evangelischen Presbyterien die Umlagerollen selbst anfertigten, dies auch von den katholischen Kirchenvorständen geschehen solle. Abgesehen davon, daß durch die Umlagerolle Seitens der Kirchenvorstände diese in den Stand gesetzt werden, ihre Confessionsgenossen als solche bei der Civilgemeinde zu legitimiren, was aber auch in einer weniger schwierigen Weise durch die Mittheilung der Pfarrbevölkerungslisten geschehen würde, könnte diese offenbar aus Rücksichten der Parität hervorgegangene Verfügung nur gebilligt werden, wenn die Verhältnisse der beiden Confessionen in dieser Beziehung gleiche wären, oder auch nur die Absicht der Minister, eine Verminderung der unentgeltlichen Arbeiten der Beamten der Civilgemeinde herbeizuführen, durch dieselbe erreicht würde. Beides ist aber nicht der Fall. Während nämlich für die evangelischen Pfarrgemeinden die Regierung das Executorium zu ertheilen hat, und dieser zur Prüfung der Richtigkeit der angefertigten Umlagerolle ein Auszug aus den Hebelisten der Civilgemeinden vorgelegt werden muß, dürfte die Anfertigung eines solchen Auszuges für die katholi-

schen Pfarrgemeinden nicht erforderlich sein, da der Gemeindevorstand das Executorium hierfür zu ertheilen hat, und diesem die Hebelisten der Civilgemeinde bereits vorliegen. Eine Thätigkeit der katholischen Kirchenvorstände hierbei würde nun die Arbeiten des Gemeindevorstandes nicht nur nicht vermindern, sondern vermehren, da er als Organ der Regierung die Richtigkeit der von den katholischen Kirchenvorständen angefertigten Umlagerollen ebenso prüfen muß, wie die Regierung die von den Presbyterien angefertigten. Eine wünschenswerthe Gleichstellung der beiden Confessionen würde wohl dadurch zu erzielen sein, daß auch für die evangelischen Presbyterien das Executorium von dem Gemeindevorstande ertheilt, und die Vertheilung der erforderlichen Zuschüsse von diesem bewirkt würde; den Regierungen auch für die katholischen Pfarrgemeinden die Ertheilung des Executoriums zu übertragen, würde wegen der erheblichen Vermehrung der Arbeiten der Regierung unzweckmäßig sein, während umgekehrt die Gemeindevorstände durch die Ertheilung des Executoriums für die evangelischen Pfarrgemeinden wenig belastet würden, wenn man erwägt, daß die Abgabe der Hebelisten an die Presbyterien oder die Gestattung der Anfertigung eines Auszuges aus denselben auf dem Bureau der Bürgermeisterei mit Inconvenienzen manigfacher Art verknüpft ist."

Gegen diesen Vorschlag ließe sich vom Standpunkt der Parität gewiß nichts einwenden. Nur möchte ich glauben, er sei nicht einmal erforderlich. Herr de Syo und, wie es scheint, auch der Ministerialerlaß, gehen von der Ansicht aus, durch den §. 18 d der Kirchenordnung hätten die evangelischen Gemeinden ihr Recht den Civilgemeinden gegenüber verloren. Aber dafür finde ich keinen genügenden Grund. Der Verfasser der Kirchenordnung verband gewiß auch mit diesem Paragraphen die Absicht, die Presbyterien von den Communalbehörden ganz unabhängig zu stellen. Regelmäßig werden sie auch den Beistand der Civilgemeinden zur Einforderung der Kirchensteuern gar nicht in Anspruch nehmen. Denn sie haben einmal das Recht

der Steuerhebung, es entspricht ihrer Stellung und läßt sich offenbar in einer kleinen, beinahe ausschließlich den höheren Ständen angehörigen Gemeinde weit leichter und mit besserem Erfolge zur Ausführung bringen, als in den katholischen durch die Pfarrfabriken. Sollte aber gleichwohl der Fall eintreten, daß die Presbyterien den Beistand der Civilgemeinde fordern müßten, so steht ihnen, wie mir scheint, der §. 18 d nicht entgegen. Denn die Fassung dieses Paragraphen ist eine ganz andere als die des §. 131. Der letztere legt eine bestimmte Verpflichtung auf, und ich sehe nicht ein, wie man sie nach den bestehenden Gesetzen abwerfen könnte, der §. 18 d verleiht dagegen nur ein Recht, welches nöthigenfalls zur Anwendung gebracht werden darf. Die evangelischen Gemeinden stehen also in diesem Falle freier und günstiger als die katholischen; denn sie haben die Wahl, die Beiträge selbst oder durch Vermittlung der Civilgemeinden einzuziehen. Aber ich halte diesen Nachtheil der katholischen Pfarrfabriken keineswegs für so bedeutend, daß er eine besondere gesetzliche Anordnung erforderte. Die katholischen Pfarrfabriken bedürfen gar keiner neuen Berechtigung, man lasse ihnen nur, was die bestehenden Gesetze ihnen zusprechen, und verkürze es nicht ganz ohne Grund und ohne Noth.

Dazu gehört aber vor Allem, daß das Recht auch als Recht anerkannt werde; denn vorher können die administrativen Behörden kaum anders entscheiden, als der Erlaß vom 31. Januar 1860 entschieden hat. Gewiß darf auch die Wissenschaft hier ihre Stimme abgeben. Ich habe schon im J. 1859, ehe das Urtheil des Obertribunals ergangen war, die Ansicht ausgesprochen, die mir auch heute als die einzig richtige erscheint.[1]) Mit Befremden sehe ich aber, daß Herr de Syo, der das Unzweckmäßige der neuen Maßregel so treffend hervorhebt, doch die Rechtsbeständigkeit gar nicht in Zweifel zieht, sondern wiederholt (S. 217, 230, 234) in der unrichtigen Weise sich ausdrückt, als sei die Verpflichtung der Civilgemeinden ganz weggefallen. Dagegen

---

[1]) Vgl. meine Schrift: die Verpflichtung der Civilgemeinden. S. 56 ff.

hat ein ausgezeichneter Jurist, den ich mit besonderer Freude hier nenne, auf's Entschiedenste die richtige Ansicht anerkannt. Bluhme sagt in seiner Schrift über das Gesetz von 1845:[1] „Es war ein Irrthum, wenn bisher manche Civilgemeinden, die kein verwendbares Kapitalvermögen besaßen, sich aus diesem Grunde den kirchlichen Ansprüchen ganz entzogen, und die Kirchenverwaltungen oder wohnungsbedürftigen Geistlichen mit ihren gerichtlichen Klagen direct an die steuerpflichtigen Confessionsgenossen verweisen wollten. Das Gesetz hat diese Befreiung nicht ausgesprochen, und sie würde schon unvereinbar sein mit dem Recht und der Pflicht der Gemeindeverwaltungen das Maaß der geforderten Zuschüsse zu prüfen und mit dem wirklichen Bedürfniß, sowie mit der Steuerkraft der Eingepfarrten in Einklang zu bringen." Daß auch die rheinischen Gerichte, insbesondere der Appellhof, sich nach wie vor in diesem Sinne aussprechen werden, unterliegt wohl keinem Zweifel. Und in der That, wenn man alle hier angeführten Gründe zusammenhält, und noch einmal sich erinnert, daß doch die richtige Ansicht unzweifelhaft den Besitzstand für sich hat, also die Neuerung, die Veränderung des Rechts von der Gegenseite zu beweisen wäre, so möchte man glauben, auch das Obertribunal würde kaum etwas dagegen einwenden. Man wird mir nach meinen früheren Schriften schwerlich den Vorwurf machen, daß ich zu leicht eine Ansicht als die unzweifelhaft richtige erkläre. Aber in diesem Falle scheint mir das gute Recht der Fabriken so evident, daß es schlechterdings nicht länger bezweifelt werden sollte. Möchten nur die Beisitzer unseres höchsten Gerichts Gelegenheit finden, diese Frage noch einmal einer gründlichen Prüfung zu unterwerfen. Man darf zuversichtlich hoffen, daß alsdann der bedauerliche Widerspruch zwischen den beiden höchsten Tribunalen unseres Landes nicht länger bestehen wird.

[1]) Vgl. das rhein-preuß. Gesetz vom 14. März 1845, in besonderer Anwendung auf Pfarrwohnungen. Bonn 1859. S. 33.

Anhang.

Der oben (S. 119 ff.) mitgetheilte Erlaß der Königlichen Regierung zu Köln über die Kirchhöfe vom 25. Februar 1862 hat eingehende Beurtheilung gefunden in einem Gutachten des Kronsyndikus, Professor Dr. Bauerband, welches durch die Kölnischen Blätter, Nr. 363 vom 25. December 1862, zur öffentlichen Kenntniß gelangte. Dasselbe hängt mit dem Inhalte vorstehender Abhandlungen so nahe zusammen, daß man es auch hier nicht ungern lesen wird.

Rechtsgutachten.

Von Seiten des Hochwürdigen Erzbischöflichen General-Vicariates zu Köln ist mir der Wunsch zu erkennen gegeben worden, daß ich den seiner Zeit durch die „Kölnischen Blätter" Nro. 101 veröffentlichten Erlaß der Königlichen Regierung daselbst vom 25. Februar d. J.

„das Eigenthum der Kirchhöfe, und die daraus abgeleiteten Befugnisse der Civilgemeinde-Verwaltungsbehörde betreffend"

einer juristischen Beurtheilung unterziehen und das Ergebniß derselben in der Form eines motivirten Rechtsgutachtens zu geeignetem Gebrauche schriftlich mittheilen möge. Diesem Wunsche zu entsprechen ist der Zweck nachstehender Erörterung.

Die Königliche Regierung zu Köln hat bekanntlich aus einem Urtheile des Königlichen Ober-Tribunals zu Berlin vom 24. September vorigen Jahres in Sachen der Civilgemeinde St. Goar gegen den katholischen Kirchen-Vorstand daselbst, wodurch nach Vernichtung eines entgegengesetzten Urtheiles des rheinischen Appellhofes vom 16. November 1859, für Recht erkannt worden:

„daß die Civilgemeinde St. Goar berechtigt sei, die von der Direction der Rheinischen-Eisenbahn-Gesellschaft für die zur Eisenbahn verwendeten in der Stadt St. Goar auf der Pürgelflur III. Nro. 293 und 291 gelegenen Parcellen (von denen die eine bis zum Jahre 1851 als katholischer Begräbnißplatz benutzt, seit-

dem aber als solcher verlassen worden, die andere dagegen eine Appartinenz der katholischen Pfarrkirche zu St. Goar, als deren Kirchhof im engeren Sinne gebildet hatte) zu zahlende Entschädigung in Empfang zu nehmen,"

Veranlassung genommen, die sämmtlichen Herren Landräthe des Regierungbezirkes linker Rheinseite durch Verfügung vom 25. Februar d. J. anzuweisen, in ihren Verwaltungskreisen fortan unwandelbar daran festzuhalten, daß alle öffentlichen Kirchhöfe, mögen dieselben alte, oder neue sein, und um die Kirche, oder entfernt davon liegen, sich im Eigenthum der Civil-Gemeinden befinden. Durch denselben Erlaß sind die Herren Landräthe aufgefordert worden, die Herren Bürgermeister hiernach zu instruiren und denselben aufzugeben, daß sie, soweit es nach den örtlichen Verhältnissen nöthig erscheinen könne, Namens der Civilgemeinden von den vorhandenen öffentlichen Kirchhöfen förmlich Besitz zu ergreifen haben."

Es ließ sich vorhersehen, daß eine solche, ohne vorherige Communication mit der geistlichen und Kirchenverwaltungs-Behörde ertheilte Weisung der Königlichen Regierung von den Herren Landräthen mit dem größten Eifer werde befolgt, von den ihnen untergeordneten Herren Bürgermeistern mitunter noch schroffer, als beabsichtigt worden, aufgefaßt, und rücksichtslos werde zur Ausführung gebracht werden; — und in der That werden davon fast unglaubliche Beispiele erzählt. — Allerdings ist die Königliche Regierung für derartige Ueberschreitungen und Mißdeutungen ihres vorgedachten Erlasses nicht verantwortlich: wohl aber ist die Frage erlaubt: worauf sich die Befugniß derselben gründe, den Herren Bürgermeistern aufzugeben, daß sie im Namen der Civilgemeinde von den vorhandenen öffentlichen Kirchhöfen förmlich Besitz zu ergreifen haben?

Eine solche Verfügung unterstellt nämlich offenbar, was auch der Wirklichkeit durchaus entspricht, daß sich zur Zeit wenigstens einzelne öffentliche Kirchhöfe oder Begräbnißplätze nicht im wirklichen Besitze der Civilgemeinde befinden, indem sonst eine förmliche Besitzesergreifung unausführbar, die förmliche Vornahme einer Besitzeshandlung aber überflüssig sein würde. Den Herren Bürgermeistern ist demnach von der Königlichen Regierung zur Pflicht gemacht worden, etwas förmlich zu thun, was sonst allerwärts und allgemein verboten, oder doch nur bezüglich herrenloser Sachen zuläßig ist. Es weiß nun zwar Jedermann, daß eine Königliche Regierung ihren Verfügungen nöthigenfalls den erforderlichen Nachdruck zu geben, und die ihrer Ausführung entgegensetzten Hindernisse kraft der ihr zustehenden Polizeigewalt zu beseitigen vermag; auch sind die Menschen, — weil ein Recht nichts ist ohne die Macht dasselbe in Vollziehung zu setzen — oftmals geneigt, ihre Macht zugleich für ein

Recht zu halten; wir Preußen rühmen uns aber in einem Rechts-staate zu leben, welchem der Besitzstand vor allem heilig sein muß, und in welchem über die Rechtmäßigkeit des Besitzes nicht die Polizei- und Regierungsgewalt, sondern die Gerichte zu entscheiden haben. Es dürfen daher auch die katholischen Kirchen-Fabrikverwaltungen, welchen nach ausdrücklicher Bestimmung der Art. 1 und 37 des kaiserlichen Decrets vom 30. December 1809 nicht nur das Recht zusteht, sondern auch die Pflicht obliegt, für die Conservation des zu katholisch-kirchlichen Zwecken bestimmten Vermögens, insbesondere für die Unterhaltung der Kirchen und kirchlichen Begräbnißplätze zu sorgen, selbst der Königlichen Regierung, und den zur Ausführung des in Rede stehenden Erlasses berufenen Organen gegenüber, sich auf das Verbot der Selbsthülfe berufen, und den dem Besitzstande gebührenden Schutz, welcher die Grundlage der staatlichen Ordnung bildet, in Anspruch nehmen. Demnach steht zu erwarten, daß die betreffenden Kirchenvorstände, der ihnen ertheilten Weisung des erzbischöflichen General-Vicariats gemäß, vorkommenden Falles nicht nur gegen die etwa seitens der Herren Bürgermeister versuchte förmliche Besitzesergreifung solcher Kirchhöfe, welche sich bis dahin nicht im Besitze der Civilgemeinde, sondern unter der ausschließlichen Obhut der Kirchenfabrik-Verwaltung befanden, protestiren, sondern auch, wenn es nicht bei dem bloßen Versuche geblieben, den Schutz der Gerichte mittels Erhebung einer Besitzstörungsklage in Anspruch nehmen werden, wie dies bereits unlängst von dem Kirchenvorstande zu Rheinbach, des dagegen von Seiten der königlichen Regierung erhobenen Competenz-Conflictes ungeachtet, mit vollkommen günstigem Erfolge geschehen ist. Es wird aber in dieser Hinsicht insbesondere darauf aufmerksam gemacht, daß nach der rheinischen Civil-Prozeß-Ordnung possessorische Klagen überhaupt nur dann zuläßig sind, wenn sie binnen Jahresfrist vom Tage der Störung von denjenigen angestellt werden, welche sich seit wenigstens Einem Jahre vor der Störung im ruhigen, und nicht precären Besitze befunden haben.

Die Handhabung der Kirchenfabrik-Verwaltungen oder vielmehr der von ihnen vertretenen Pfarrkirchen in dem Besitze der Kirchhöfe und kirchlichen Begräbnißplätze würde nun aber, abgesehen von den Vortheilen des Besitzstandes, und insbesondere von der günstigern Stellung des Besitzers gegenüber dem ihn in Petitorio auf Herausgabe der Sache belangenden Vindications-Kläger, nicht von entscheidendem Werthe sein, wenn es sich mit dem Eigenthumsrechte der Civilgemeinden an Kirchhöfen und sogenannten öffentlichen Begräbnißplätzen wirklich so wie die Königliche Regierung, gestützt auf das vorbezogene Urtheil des Königl. Ober-Tribunales, behauptet, verhielte. Dies ist aber in der That nicht der Fall; aus dem Urtheile des Königlichen Ober-Tribunales vom 24. September 1861, welches überdies selbstredend nur einen speciellen Fall entschieden hat, und selbst

für künftige gleichartige Fälle keinen Richter bindet, folgt keineswegs, was die Königliche Regierung daraus folgern zu dürfen vermeint. Ueber die Frage nämlich: wer als Träger des Eigenthums der während der französischen Gewaltherrschaft unter die Hand der französischen Nation gestellten, d. h. mit dem Nationalgute vereinigten, späterhin aber in Folge des Concordates ihrer ursprünglichen Bestimmung wiedergegebenen, oder zur Verfügung der betreffenden Bischöfe gestellten, resp. belassenen Kirchengebäude und deren Appartinenzien (wozu ganz unzweifelhaft auch die ringsum die Pfarrkirche gelegenen meistens mit Mauern oder lebendigen Hecken eingeschlossenen Kirchhöfe gehören) zu betrachten sei, ist schon seit längerer Zeit sowohl in Frankreich als in Belgien und in der neuesten Zeit auch in den früher unter französischer Herrschaft gestandenen deutschen Landen des linken Rheinufers vielfach gestritten, und es ist diese Frage bald zu Gunsten der Civilgemeinden, bald zu Gunsten der Kirchenfabriken oder sonstiger kirchlicher Anstalten entschieden worden. Diese Streitfrage hat jedoch an und für sich die practische Bedeutung nicht, welche ihr gewöhnlich beigelegt wird. Das Recht an dem katholischen Kirchen-Vermögen im engeren Sinne, d. h. an dem zum katholischen Cultus unmittelbar dienenden Gute ist nämlich von dem, was man im bürgerlichen Rechte Eigenthum nennt, in wesentlichen Punkten verschieden; insbesondere paßt darauf nicht die im Art. 544 des C.-G.-B. gegebene Begriffsbestimmung des Eigenthums, welches zunächst und vorzüglich das Recht begreift, über eine Sache nach Belieben zu schalten und zu walten; vielmehr gehört ein solches Gut wesentlich seiner Bestimmung an, wodurch eine willkührliche Verfügung ausgeschlossen wird. Durch die französische Gewaltherrschaft waren nun aber auch diese Güter, welche bis dahin als Gott und seinen Heiligen gewidmete Sachen behandelt und verwaltet worden waren, ihrer Bestimmung entzogen und unter die Hand der Nation gestellt, d. h. für Nationalgut erklärt worden. Das nach Einführung des Consulats zwischen der französischen Staatsregierung und dem römischen Stuhle abgeschlossene Concordat enthielt in dieser Hinsicht die Bestimmung: „Alle Metropolitan-, Kathedral-, Pfarr- und andere Kirchen, welche zum Gottesdienste nöthig, sollen, soweit sie nicht bereits veräußert sind, zur Verfügung der Bischöfe gestellt werden," und der Art. 75 des organischen Gesetzes zu dieser Convention verordnete demgemäß: „Die Gebäude, welche ehemals zum katholischen Gottesdienste bestimmt waren, und sich jetzt in den Händen der Nation befinden, sollen, und zwar Eines für jede Haupt- und Succursal-Pfarre durch Beschlüsse der betreffenden Departements-Präfecten zur Verfügung der Bischöfe gestellt werden." In den Landen des linken Rheinufers war indeß der katholische Gottesdienst nicht, wie im Innern Frankreichs abgeschafft, ja nicht einmal wesentlich gestört worden, und es bedurfte daher in diesen Landen auch nicht der Wiedereinführung desselben. Gleich-

wohl sollte sich die neue Organisation des katholischen Cultus, und insbesondere auch die neue Circumscription der Erzbisthümer, Bisthümer und Pfarreien auf das ganze Staatsgebiet, mithin auch auf die damit in Folge des Lüneviller Friedens durch das Gesetz vom 9. März 1801 vereinigten, bis dahin abgesondert verwalteten vier Departemente des linken Rheinufers erstrecken; und es wurden daher auch in diesen Landen durch Consular-Beschluß vom 20. Prairial X = 9. Juni 1802 alle Güter, von welcher Art sie auch sein möchten, welche bis dahin den nunmehr supprimirten Orden, Congregationen, Pfründen und kirchlichen Anstalten, so wie den Bisthümern, Pfarreien, Kathedral-Capiteln und Seminarien, deren Errichtung durch das Gesetz vom 18. Germinal X. angeordnet oder gestattet worden, gehörten, unter die Hand der Nation gestellt; dabei aber im Art. 11 dieser Verordnung ausdrücklich bestimmt:

„In Gemäßheit des Gesetzes vom 18. Germinal letzthin werden die Gebäude, worin der katholische Gottesdienst ausgeübt wird, zur Verfügung der Bischöfe **belassen.**"

Die scheinbare Unbestimmtheit der Ausdrücke »seront mis, sont laissés à la disposition de l'évêque« gab schon bald nachher zu der Frage Veranlassung: wer als der eigentliche Träger der Proprietät der in vorgedachter Weise zur Verfügung der Bischöfe gestellten, respective belassenen Kirchengebäude und deren Appartinenzien zu betrachten, insbesondere aber: ob etwa der französische Staatsfiscus, mit welchem dieselben durch ihre Stellung unter die Hand der Nation vereinigt worden, Eigenthümer derselben verblieben, den Bischöfen dagegen nur die Benutzung zum Gottesdienste eingeräumt, resp. belassen worden sei? — Und diese Frage wurde auf einen darüber von dem damaligen Finanzminister Gaudin an den Kaiser erstatteten Bericht, durch Staatsraths-Gutachten vom 2. Pluviôse XIII = 22. Januar 1805, nach gegenseitiger Vernehmung der Finanz-Abtheilung und jener des Innern dahin entschieden, daß die in Vollziehung des Gesetzes vom 18. Germinal X von dem Staate abandonnirten Kirchengebäude als Communal-Eigenthum »comme propriétés communales«, zu betrachten seien. Es ist hier der Ort nicht, die Haltbarkeit der Motive dieses Staatsraths-Gutachtens, dessen bindende Kraft und die fernere Frage zu discutiren, ob der Staatsrath unter den Gemeinden die Civil- oder die Pfarrgemeinden verstanden habe; denn so viel ist jedenfalls gewiß, und darüber sind wohl Alle einverstanden, daß die in Frage stehenden, von der französischen Gewaltherrschaft mit dem Nationalgute vereinigten, späterhin aber in Folge des Concordates ihrer ursprünglichen Bestimmung wiedergegebenen, zur Verfügung der betreffenden Bischöfe gestellten, insbesondere aber die erst nach Abschluß des Concordates durch den Consular-Beschluß vom 20. Prairial X zwar unter die Hand der Nation gestellten, aber durch denselben Act

der Regierungsgewalt der Verfügung der Bischöfe **belassenen** und dermalen noch dem katholischen Gottesdienste gewidmeten Gebäude und deren Appartinenzien kein Communalgut in der gemeinen Bedeutung dieses Wortes, und eben so wenig nach der speciellen Begriffsbestimmung des Art. 542 des C.-G.-B. seien; daß der Civilgemeinde darüber kein freies Verfügungsrecht, wie solches der Art. 544 desselben Gesetzbuches als wesentlichen Bestandtheil des Eigenthums verlangt, zustehe, daß vielmehr solche Kirchengebäude mit ihrem Zubehör dem katholischen Gottesdienste durch den Willen der Civilgemeinden nicht entzogen werden können, und nunmehr durch den Art. 15 der Verfassungs-Urkunde für den preußischen Staat auch gegen künftige Eingriffe und Beeinträchtigungen von Seiten der Staatsgewalt gesichert seien. Die Sorge für die Conservation und für die bauliche Unterhaltung dieser für den katholischen Gottesdienst bestimmten Kirchengebäude und deren Zubehörungen ist in Vollziehung des organischen Gesetzes vom 18. Germinal X durch das kaiserliche Decret vom 30. December 1809 den Kirchenfabriken übertragen, und ausdrücklich zur Pflicht gemacht worden; — und wenn man nun demungeachtet, was früher in Betracht der Bestimmung solcher Gott und Seinen Heiligen gewidmeten Gebäude nicht für nöthig erachtet wurde, einen sichtbaren Träger ihres Eigenthums verlangte, als solchen aber weder die Pfarrgemeinde, noch die gottesdienstliche Anstalt selbst gelten lassen zu dürfen glaubte, vielmehr die Civilgemeinde, deren Mitglieder zu einer solchen Kirche eingepfarrt, und sich derselben zu ihren Cultuszwecken zu bedienen angewiesen sind, dazu für besser geeignet erachtete, und demnach declarirte, daß die fraglichen Kirchengebäude gleich dem Communalgute zu betrachten seien, so konnte ein solches Communal-Eigenthum keine andere rechtliche Bedeutung haben, als daß 1. der die Civilgemeinde repräsentirende Bürgermeister, oder die sonstige Communal-Verwaltungs-Behörde darauf zu wachen befugt und verpflichtet sei, daß solche Kirchengebäude und deren Zubehörungen zu keinem ihrer Bestimmung fremden Zwecke benutzt, und für deren bauliche Unterhaltung gesorgt werde, und 2. daß in dem Falle, wenn ein solches Gebäude oder dessen Zubehör aus irgend einem Grunde seiner Bestimmung entzogen, d. h. nicht mehr zum katholischen Gottesdienste resp. einem katholisch-kirchlichen Zwecke benutzt werden sollte, alsdann der Civilgemeinde darüber das freie Verfügungsrecht zugestanden werden müsse.

Die Königliche Regierung zu Köln versteht aber das Eigenthumsrecht der Civilgemeinden an den dem katholischen Pfarrgottesdienste gewidmeten Kirchengebäuden und deren Appartinenzien in einem ganz andern Sinne, indem sie nämlich, wie früher erwähnt worden, den Herren Bürgermeistern die ausdrücklichste Weisung ertheilt hat, von den vorhandenen öffentlichen Kirchhöfen, mögen dieselben alte oder neue sein, und um die Kirche, oder entfernt davon liegen, so weit es

nach örtlichen Verhältnissen nöthig, förmlich Besitz zu ergreifen, d. h. sich factisch als Herrn und Gebieter derselben zu geriren. Der desfallsige Erlaß vom 25. Februar d. J. hat zwar nur die Kirchhöfe überhaupt und die die Pfarrkirchen umgebenden insbesondere zum Gegenstande; was aber rücksichtlich dieser letztern, als bloßer Appartinenzien der Kirchen Rechtens ist, dasselbe findet nach dem dafür in Bezug genommenen Urtheile des Ober-Tribunals auch auf alle Kirchengebäude Anwendung, welche durch den Consular-Beschluß vom 20. Prairial X unter die Hand der Nation gestellt, und in Gemäßheit des Gesetzes vom 18. Germinal desselben Jahres zur Verfügung der Bischöfe belassen worden sind. Es hätte daher die Königliche Regierung mit demselben Rechte und aus denselben Gründen den Herren Bürgermeistern ebenfalls aufgeben können, von den vorhandenen katholischen Pfarrkirchen im Namen der Civilgemeinden förmlich Besitz zu ergreifen. Daß dies bisher noch nicht geschehen, daß die Herren Bürgermeister noch nicht angewiesen worden, den betreffenden Pfarrern die Schlüssel ihrer Pfarrkirchen abzufordern, und sich Namens der Civilgemeinden als Eigenthümer der letzteren zu geriren, ist bei dem großen Eifer der Königlichen Regierung für die Wahrung der Communal-Eigenthumsrechte fast zu verwundern, wahrscheinlich aber dadurch zu erklären, daß schon das natürliche Rechtsgefühl einer solchen Auffassung des Eigenthumsrechtes der Civilgemeinden an den zum katholischen Gottesdienste bestimmten Gebäuden geradezu widerstreitet.

Die Königliche Regierung nimmt aber in dem vorgedachten Erlasse zugleich Bezug auf den Art. 16 des kaiserlichen Decretes vom 23. Prairial XII, indem sie den Herren Landräthen aufgibt, die Herren Bürgermeister darauf zu verweisen, daß hiernach von ihnen allein, mit Ausschluß jeder andern Behörde, die Ordnung auf dem Kirchhofe zu bestimmen und aufrecht zu erhalten sei. Es wird insbesondere daraus gefolgert, daß die Bürgermeister nicht bloß die Todtengräber anzustellen, sondern auch die Reihenfolge der Gräber festzusetzen, und alle auf das Begraben sich beziehende Anordnungen zu treffen haben. Der in Bezug genommene Artikel lautet wörtlich:

> „Die Begräbnißplätze, mögen sie Communen oder Privatpersonen gehören, stehen unter der Autorität, Polizei und Ueberwachung der Municipal-Verwaltungen;"

und der unmittelbar darauf folgende Art. 17 bezeichnet in dieser Hinsicht als eine besondere Verpflichtung der Local-Obrigkeit „die Vollziehung der Gesetze und Verordnungen zu handhaben, welche Ausgrabungen von Leichen (exhumations) verbieten, und zu verhindern, daß auf den Begräbnißstätten irgend eine Unordnung (désordre) begangen werde, oder daß man sich daselbst irgend eine Handlung erlaube, welche der dem Andenken der Verstorbenen gebührenden Achtung widerstreite; und in der That kann eine solche Ueberwachung

sämmtlicher Begräbnißplätze (lieux de sépulture) nur zum Danke gegen die damit beauftragte Local-Polizei-Behörde verpflichten. Es ist aber sicherlich den Verfassern des Art. 16 cit. auch nicht im allerentferntesten in den Sinn gekommen, es könne möglicher Weise jemals daraus die Folgerung hergeleitet werden, daß die Herren Bürgermeister allein, mit Ausschluß jeder andern Behörde, die Ordnung auf den Kirchhöfen (und was kann man sich nicht Alles darunter denken!) zu bestimmen und alle auf das Begraben sich beziehende Anordnungen zu treffen hätten. Schon die bloße Gleichstellung der Begräbnißplätze, welche den Gemeinden gehören, mit jenen, welche sich im Eigenthum von Privatpersonen befinden (qui appartiennent aux particuliers), müßte gegen eine solche Mißdeutung genügenden Schutz darbieten. Oder, sollte es wohl einem verständigen Bürgermeister im Hinblick auf den Art. 16 cit. jemals eingefallen sein, daß er auf dem in seiner Gemeinde gelegenen Privat-Begräbnißplatze einer adeligen Familie die Reihenfolge der Gräber zu bestimmen, dafür den Todtengräber anzustellen und überhaupt alle auf das Begraben sich beziehende Anordnungen zu treffen, befugt und eben deshalb auch verpflichtet sei? Dazu kommt aber noch, daß das bezogene kaiserliche Decret vom 23. Prairial XII auf der Unterstellung beruht, daß das kirchliche Begräbniß, also auch eine thätige Mitwirkung der Geistlichkeit der betreffenden Confession bei demselben die Regel bilde, und daß das katholisch-kirchliche Begräbniß einen Gegenstand mehrfacher Bestimmungen sowohl des canonischen Rechtes als einzelner Kirchen-Agenden bildet. Der Art. 22 des in Rede stehenden kaiserlichen Decretes räumt sogar den katholischen Kirchenfabrik-Verwaltungen sowohl als den protestantischen Consistorien die ausschließliche Befugniß ein „de fournir les voitures, tentures, ornements, et de faire généralement toutes les fournitures quelconques nécessaires pour les enterrements et pour la décence ou la pompe des funérailles.“ Wie kann nun aber Angesichts solcher Bestimmungen des vorgedachten kaiserlichen Decrets die Behauptung aufrecht erhalten werden, daß nach dem Art. 16 desselben der Ortsbürgermeister befugt sei, allein und mit Ausschluß jeder andern Behörde die Ordnung auf jedem Kirchhof zu bestimmen, und alle auf das Begraben sich beziehende Anordnungen zu treffen?

Die königliche Regierung erklärt es in dem vorgedachten Erlasse für nützlich, daß allenthalben, wo der Bürgermeister rücksichtlich der Ordnung auf dem Kirchhofe noch keine Verordnung auf Grund des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 erlassen habe, dieses jetzt geschehe, und daß zugleich, wenn noch kein Todtengräber angestellt ist, die Anstellung eines solchen alsbald erfolge. Gegen eine solche Polizei-Verordnung ist sofern sich dieselbe innerhalb der auch für die Polizeigewalt gesetzlich

vorgezeichneten Schranken bewegt, an und für sich vom kirchlichen Standpunkte aus nichts zu erinnern. Der §. 6 des bezogenen Gesetzes vom 11. März bezeichnet unter neun Positionen und zwar nicht exemplicative, sondern limitative diejenigen Gegenstände, worüber nach §. 5 ibidem die mit der örtlichen Polizei-Verwaltung beauftragten Behörden, nach Berathung mit dem Gemeindevorstande, ortspolizeiliche für den Umfang der Gemeinde gültige Vorschriften zu erlassen, und gegen die Nichtbefolgung derselben Geldstrafen bis zu drei Thaler anzudrohen befugt seien; darunter befindet sich nur Eine, nämlich die sub lit. f. aufgeführte „Sorge für Leben und Gesundheit", welche unmittelbar auf das Begräbnißwesen und die Begräbnißplätze Bezug haben könnte. Die in Folge dieser pflichtmäßigen Sorge der Obrigkeit für Leben und Gesundheit der ihr Untergebenen erforderlichen polizeilichen Vorschriften sind aber, soviel sie die Beerdigungen und Begräbnißplätze betreffen, bereits durch das oft bezogene kaiserliche Decret vom 23. Prairial XII und sonstige allgemeine polizeiliche Bestimmungen gegeben; — sollten indeß besondere örtliche Verhältnisse noch weitere Vorsichtsmaßregeln erheischen, so würde die mit der Local-Polizeiverwaltung beauftragte Behörde solche anzuordnen allerdings wohl befugt und eben deshalb auch verpflichtet sein, darüber hinaus ihr auf die Sorge für Leben und Gesundheit gestütztes imperium nicht ausgedehnt werden dürfen. Daß die Anstellung eines Todtengräbers durch den Bürgermeister dazu oder zu den Dingen gehöre, welche im besondern Interesse der Gemeinde und ihrer Angehörigen polizeilich geordnet werden müssen, kann nicht ohne Weiteres zugestanden, muß vielmehr geradezu bestritten werden.

Die Königliche Regierung behauptet sodann in dem letzten Absatze ihres oft gedachten Erlasses vom 25. Februar d. J. noch ferner:

> „Aus dem von dem höchsten Gerichtshofe anerkannten Satze, daß alle öffentliche Kirchhöfe im Eigenthume der Civilgemeinden sich befinden, geht hervor, daß die Erwerbung des Grund und Bodens zu neuen Kirchhöfen so wie zur Erweiterung schon bestehender Kirchhöfe stets im Namen der Civilgemeinde Statt zu finden habe."

Diese Behauptung muß einen Jeden, welcher das im Archiv für Civil- und Criminalrecht der Rheinprovinz, Band 56, Abth. 2, S. 87 u. f. abgedruckte Urtheil des königlichen Ober-Tribunals vom 24. September 1861 gelesen, oder auch nur das von der Redaction dieses Archivs abgefaßte, die gewöhnliche Ueberschrift bildende Summarium angesehen hat, wahrhaft in Erstaunen versetzen. Diese dem Inhalte des in extenso mitgetheilten Urtheiles entsprechende Ueberschrift lautet wörtlich:

> „In den vier Rheinischen Departements, wie in den älteren Theilen des französischen Reiches ist das Eigenthum der säcularisirten Kirchengebäude, und der mit denselben verbundenen Kirchhöfe durch die französische Gesetzgebung den Kirchengemeinden

entzogen, und nicht restituirt, sondern auf die Civilgemeinden übertragen worden, und bei diesen verblieben."

Das Urtheil selbst beschäftigt sich, wie wohl nicht besonders bemerkt zu werden braucht, einzig und allein mit der die Entscheidung des vorliegenden Falles bedingenden, das Eigenthumsrecht an den durch die französische Gewaltherrschaft unter die Hand der Nation gestellten, mit den National-Domänen vereinigten, späterhin aber in Folge des Concordates restituirten, respective an den durch den Consularbeschluß vom 20. Prairial X in den vier Departements des linken Rheinufers ebenfalls unter die Hand der Nation gestellten, aber durch denselben Beschluß zur Verfügung der Bischöfe belassenen Kirchengebäuden und deren Zubehörungen, desgleichen das Eigenthumsrecht an den sonstigen, zur Zeit der Erlassung des kaiserl. Decretes vom Prairial XII bereits bestandenen Plätzen, welche bis dahin zu Beerdigungen gedient hatten, allein nach Art. 1 und 2 dieses Decretes dazu ferner nicht dienen sollten, betreffenden Rechtsfrage, und bezeichnet in seinem das Urtheil des Rheinischen A.-G.-Hofes, welches diese Rechtsfrage zum Nachtheile der Civilgemeinde St. Goar entschiedenden hatte, vernichtenden Theile als Grund dieser Vernichtung die unrichtige Auslegung und Verletzung des Gesetzes vom 18. Germinal X, der Consularbeschlüsse vom 20. Prairial X und 7. Thermidor XI, so wie der kaiserl. Decrete vom 23. Prairial XII und 30. December 1809; — und erklärt demnach in der Sache selbst erkennend, aus denselben Gründen, und

in Erwägung, daß der am Schlusse der Exceptions-Schrift erwähnte langjährige Besitz der Cassations-Verklagten in den Instanzen nicht als besonderer Erwerbungsgrund geltend gemacht worden,

unter Reformation des Urtheiles des königlichen Landgerichtes zu Coblenz die Cassationsklägerin für berechtigt, die von der Direction der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft für die zur Eisenbahn verwendeten, in der Stadt St. Goar auf der Pürgelflur gelegenen beiden Parzellen (von denen, wie Eingangs erwähnt worden, die eine bis zum Jahre 1851 als katholischer Begräbnißplatz benutzt, seitdem aber verlassen worden, die andere aber bis dahin einen Theil des zur Pfarrkirche gehörigen eigentlichen Kirchhofes gebildet hatte) zu zahlende Entschädigung in Empfang zu nehmen. Von einer Anerkennung der Lieblings-Theorie der Königlichen Regierung zu Köln, daß gesetzlich alle öffentlichen Kirchhöfe im Eigenthum der Civilgemeinde sich befinden, und daß eben deshalb die Erwerbung des Grund und Bodens zu neuen Kirchhöfen so wie zur Erweiterung bereits bestehender Kirchhöfe stets im Namen der Civilgemeinde stattzufinden habe, ist in dem Urtheile des königlichen Ober-Tribunals auch nicht die mindeste Spur zu entdecken; und es bedarf daher, da der eine solche Anerkennung der von der Königlichen Regierung aufgestellten Theorie

supponirende Vordersatz unrichtig ist, keiner weitern Widerlegung der daraus eben so unrichtig abgeleiteten Consequenzen. Nur das Eine sei bei dieser Gelegenheit bemerkt, daß es allerdings eine Zeit gegeben hat, wo französische in revolutionären Theorien und kirchenfeindlichen Tendenzen aufgewachsene Juristen die Behauptung aufstellten, daß alle Güter dieser Welt entweder dem Staate, oder den Civilgemeinden, oder Privatpersonen zugehören, und daß es neben dem Staate und den Civilgemeinden nur physische Personen als Träger des Eigenthums geben könne, daß auch diese Theorie noch bei den Discussionen über die Abfassung des Tit. I. Livre II. des Civilgesetzbuchs, welcher von der Unterscheidung der Güter (de la distinction des biens) handelt, in der Sitzung des Staatsrathes vom 20. Vendémiaire XII ihren Vertheidiger fand, daß aber die eben darauf beruhende Bestimmung des Entwurfes:

»les biens appartiennent ou à la nation en corps ou à des communes, ou à des particuliers«

ihrer Verfänglichkeit wegen und weil man der künftigen Erörterung einer so wichtigen Frage nicht präjudiciren dürfe, gestrichen, und demnach im Art 537 nur der Gegensatz zwischen Gütern, welche Privatpersonen (particuliers) gehören, und Gütern, welche keiner Privatperson gehören, statuirt worden ist. — Hieraus und aus der wahrscheinlichen Rückerinnerung an die bereits im Jahre 1789 zur Rechtfertigung der Confiscation des gesammten Kirchenguts aufgestellte Theorie, daß die Nation in der That die einzige und wahre Eigenthümerin alles und jedes Besitzthums der Kirche sei, erklärt sich vielleicht die scheinbar absichtliche Unbestimmtheit und Zweideutigkeit der in dem Art. 12 des Concordates, so wie im Art. 75 des organischen Gesetzes zu demselben, desgleichen im Art 11 des Consularbeschlusses vom 20. Prairial X., sowie in späteren auf die theilweise Restitution der mit den Nationaldomänen vereinigten Güter bezüglichen Erlassen gewählten Ausdrücke: »les églises seront remises à la disposition des évêques; les édifices ou s'exerce le culte catholique sont laissés à la disposition des évêques; les biens des fabriques non aliénés sont rendus à leur destination« und dgl. Für uns ist aber jene revolutionäre, und durch die Constitution vom September 1791 Tit. I. als Grundlage des öffentlichen Rechtes sanctionirte Theorie seit Beseitigung der französischen Herrschaft und Vereinigung der Lande des linken Rheinufers mit der Krone Preußen, als eine verwerfliche mit den Grundsätzen des preußischen öffentlichen Rechtes (cf. A. L.-R. Theil II. Tit. 11. §. 160—263) unvereinbar, hoffentlich für immer, proscribirt worden. Die königliche Cabinetsordre vom 23. Mai 1818 bestimmt ausdrücklich, 1. daß alles verheimlichte Staatsgut, welches in den Provinzen des linken Rheinufers entdeckt werden möchte, der Kirche des Ortes, wo es gelegen, überlassen werden solle, und daß in

gleicher Art auch der Kirche des Ortes, wo es gelegen, alles zur Entdeckung kommende Gut der eingezogenen geistlichen Corporationen und anderer Stiftungen zu überlassen sei; 2. daß Alles, was noch bestehenden Kirchen-, Lehr- und Wohlthätigkeits-Anstalten innerhalb der Grenzen des Staates sonst gehörte, sobald es entdeckt werde, in deren Besitz zurückkehren solle. Diese Königliche Verordnung und das für sämmtliche Provinzen der Monarchie erlassene Gesetz über Schenkungen und letztwillige Zuwendungen an Kirchen und öffentliche Anstalten vom 13. Mai 1833 lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß auch in der preußischen Rheinprovinz Pfarrkirchen und kirchliche Institute erwerbsfähig, sonach als selbstständige und wirkliche Rechts-Subjecte zu betrachten seien, und es ist daher in der That unbegreiflich, weshalb eine durch den Kirchenfabrik-Rath verfassungsmäßig repräsentirte katholische Pfarrkirche keinen eigenen für ihre Eingepfarrten bestimmten allgemeinen Begräbnißplatz käuflich oder durch Schenkungen und letztwillige Verfügungen sollte erwerben können; oder weshalb eine katholische Pfarrkirche, wie die Königliche Regierung bei einer andern Gelegenheit alles Ernstes zu behaupten versucht hat, nur auf dem Grund und Boden der Civilgemeinde erbaut werden dürfe.

Mit scheinbar größerem Rechte behauptet die Königliche Regierung am Schlusse ihres vorgedachten Erlasses, daß die im Art. 10. des kaiserl. Decretes vom 23. Prairial XII vorgesehene Bewilligung besonderer Begräbnißplätze durch den Gemeinderath erfolgen, und die dafür neben einer etwaigen Zuwendung an die Armen zu zahlende Retribution in die Gemeindekasse fließen müsse; ja, diese Behauptung würde unwidersprechlich sein, wenn das gedachte Decret, wonach die alten Kirchhöfe verlassen, und auf Kosten der Gemeinden in einer gewissen Entfernung von den bewohnten Ortschaften neue Begräbnißplätze beschafft werden sollten, überall zur wirklichen Ausführung gekommen wäre, oder wenn der Vordersatz feststände, daß alle sogen. öffentlichen Begräbnißplätze ohne Unterschied, also auch die dermalen noch als solche benutzten eigentlichen Kirchhöfe, und die etwa seit Erlassung jenes Decretes nicht auf Kosten der Civilgemeinde, sondern aus Kirchenfonds oder freiwilligen Beiträgen der Pfarrgenossen angelegten neuen Begräbnißplätze sich wirklich im Eigenthum der Civilgemeinden befinden. Wie es sich mit der angeblichen Anerkennung dieses Satzes durch den höchsten Gerichtshof verhalte, ist bereits gezeigt worden. Daß aber die Civilgemeinden sich nicht überall im Besitze der Kirchhöfe und sogenannten öffentlichen Begräbnißplätze befinden, gibt die Königliche Regierung selbst zu, indem es sonst offenbar unnöthig gewesen wäre, die Herren Bürgermeister zu deren förmlichen Besitzesergreifung für die Civilgemeinden anzuweisen. Da nun gleichwohl die Königliche Regierung alle sogn. öffentlichen Begräbnißplätze als ein mit Ausschluß jeder andern Behörde lediglich der An-

ordnung der Herren Bürgermeister unterliegendes, nutzbares Communal-Eigenthum betrachtet haben will, so werden jedenfalls diejenigen Civilgemeinden, welche den Besitzstand nicht für sich haben, vielmehr zugeben, oder doch im Einklang mit der Wahrheit nicht bestreiten können, daß ein in Frage stehender Begräbnißplatz bisher als ein kirchlicher behandelt worden sei, und unter der ausschließlichen Verwaltung und Anordnung der betreffenden Pfarrkirchen-Fabrik gestanden habe, genöthigt sein, den Beweis ihres angeblichen Eigenthumsrechtes zu erbringen, und wenn der Erwerbungstitel etwa in den Bestimmungen des kaiserlichen Decretes vom Prairial XII gesucht werden sollte, sich eventualiter die Einrede der erlöschenden Verjährung gefallen lassen müssen.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß die Königliche Regierung zu Köln bei Abfassung des in Rede stehenden, an die Herren Landräthe linker Rheinseite gerichteten Erlasses vom 25. Februar letzthin den Sinn des darin in Bezug genommenen Urtheiles des Königlichen Ober-Tribunales vom 24. September 1861 mißverstanden, und die Tragweite der Motive, worauf dieses Urtheil wirklich beruht, überschätzt hat. Die Behauptung, daß alle öffentlichen Begräbnißplätze ohne Unterschied sich im Eigenthum der Civilgemeinden befinden, entbehrt aller Begründung, und findet in dem dafür bezogenen Urtheile des Obertribunales keine Stütze; und die fernere Behauptung, daß die Erwerbung des Grund und Bodens zu neuen Kirchhöfen, so wie zur Erweiterung bereits bestehender Kirchhöfe stets im Namen der Civilgemeinde geschehen müsse, oder, was im Grunde dasselbe ist, daß eine katholische oder evangelische Pfarrkirche keinen eigenen allgemeinen Begräbnißplatz für die zu ihr Eingepfarrten haben dürfe, kann weder durch eine Prohibitiv-Bestimmung des Gesetzes, noch durch allgemeine oder sanitätspolizeiliche Motive begründet werden. Schlimmer aber, als solche Mißverständnisse und die Ueberschätzung der Tragweite eines richterlichen Urtheiles ist die in jenem Erlasse enthaltene amtliche Anweisung der Herren Bürgermeister, „daß sie, so weit es nach den örtlichen Verhältnissen nöthig erscheine, von den vorhandenen öffentlichen Kirchhöfen Namens der Civilgemeinden förmlich Besitz zu ergreifen haben;“ denn eine solche Weisung ist ihrem eigentlichen Wesen nach und abgesehen von der verfänglichen und vieldeutigen Clausel „so weit es nach den örtlichen Verhältnissen nöthig erscheinen könne“, eine Aufforderung zur Ausübung der Eigenmacht, welche in allen civilisirten Staaten — composita et constituta re publica — reprobirt ist, und es wäre daher eine solche Aufforderung wohl am allerwenigsten in einem amtlichen Erlasse einer Königlichen Regierung zu erwarten gewesen. Denn es handelt sich dabei nicht von einer bloß polizeilichen Maßregel, sondern, wie die Königliche Regierung selbst zugibt, von einer Eigenthumsfrage, worüber in Preußen

nicht die Regierungs- und Polizeigewalt, sondern ausschließlich die Gerichte zu entscheiden haben. Eben so wenig steht es einer Königlichen Regierung zu, ein Urtheil des höchsten Gerichtshofes amtlich zu interpretiren oder die Entscheidungsgründe eines solchen, welche bekanntlich niemals in Rechtskraft erwachsen, in vermeintlich gleichen Fällen mit polizeilicher Gewalt zur Geltung zu bringen. Daß aber die Königliche Regierung dennoch eine solche Verfügung, wie die hier in Rede stehende, und zwar ohne alle vorherige Communication mit der dabei unverkennbar wesentlich interessirten geistlichen und oberen Kirchenverwaltungs-Behörde erlassen hat, ist um so mehr zu bedauern, weil durch die voraussichtlich mitunter rücksichtslose Vollziehung derselben, wo nicht der confessionelle Friede, doch jedenfalls die wünschenswerthe Eintracht zwischen den Communal- und kirchlichen Verwaltungsorganen gestört und das Vertrauen auf den thätigen Schutz der Obrigkeit gegen Vergewaltigung jeder Art geschwächt werden müßte. Einer solchen Ueberschreitung der Regierungs- und Polizeigewalt mit aller Entschiedenheit und mit den Schutzmitteln, welche die Gesetze darbieten, jedoch überall mit der den Regierungsorganen gebührenden Achtung entgegen zu treten, ist Pflicht und Schuldigkeit aller Derjenigen, welchen die Conservation des kirchlichen Vermögens und die Verwaltung desselben obliegt.

Bonn, den 14. December 1862.

Dr. Bauerband, Prof. d. R.

Das Bisthum Aachen.

Am 7. Februar 1801 wurden durch den lüneviller Frieden die deutschen Länder des linken Rheinufers an Frankreich abgetreten. Kaum weniger bedeutend war diese Veränderung in kirchlicher Beziehung, als in politischer. Länder, vordem geistlichen Fürsten untergeben, kamen nun an einen Staat, der die katholische Kirche zuerst ihres Vermögens beraubt, dann verfolgt und endlich mit dem Christenthum sogar den Glauben an ein höchstes Wesen verläugnet hatte. Die ganze entsetzliche Umwälzung mit zu durchleben, blieb freilich den Unterworfenen erspart. Schon damals, als die französischen Heere im Laufe des Herbstes 1794 das linke Rheinufer dauernd besetzten, war in Frankreich durch den Sturz der Schreckensregierung am 27. Juli ein Rückschlag erfolgt. Man that nichts zu Gunsten der Kirche, aber man verfolgte doch ihre Diener und Anhänger nicht mehr. Vor der ausdrücklichen Einverleibung waren auch die eroberten Länder den Gesetzen der Republik nicht unmittelbar unterworfen. Drei Jahre standen sie unter provisorischen, häufig wechselnden Behörden. Erst im Januar 1798, als schon die bleibende Besitznahme nicht mehr zweifelhaft war, theilte man sie in vier Departements, der Roer, des Rheines und der Mosel der Saar, des Donnersberges. Seitdem begann allmälig eine geregelte Verwaltung; die „dienlich scheinenden französischen Gesetze" sollte ein Regierungs-Commissar bekannt machen. [1])

---

[1]) Sie sind enthalten in der „Sammlung der Verordnungen und Beschlüsse, erlassen durch den Regierungs-Commissar in den vier neuen Departements am linken Rheinufer. Straßburg An VI. 12. Bde., der s. g. Rudler'schen Gesetzsammlung. Vgl. Daniels Handbuch der

Mehrere der am tiefsten einschneidenden Verordnungen, die sogenannte Civil-Constitution des Clerus vom 12. Juli 1790, die Decrete über die Säcularisirung des Kirchenguts, die späteren Gesetze über die polizeiliche Beaufsichtigung des Gottesdienstes sind aber in der Rheinprovinz niemals verkündigt worden, auch dann nicht, als am 9. März 1801 der Abschluß des lüneviller Friedens zur Kenntniß gebracht und die Einverleibung der vier neuen Departements gesetzlich ausgesprochen war. Aber freilich es fehlte viel, daß in den kirchlichen Verhältnissen deshalb nichts geändert wäre. Wie wenig hatte sich von den kirchlichen Behörden erhalten! Die Bischöfe und ihre Kapitel waren vor den französischen Heeren auf das rechte Ufer geflohen. Kaum hier war es möglich, die Regierung in geordneter Weise fortzuführen. In der ostrheinischen Diözese Trier blieb anfangs das nach Limburg geflüchtete koblenzer Officialat in Thätigkeit, später trat der Pfarrer von Ehrenbreitstein, Hommer, als apostolischer Vikar ein. Für den ostrheinischen Theil des Kölner Sprengels führte der General-Vicar, Freiherr v. Caspars zu Weiß, in Deutz die Verwaltung. Verbindung zwischen beiden Ufern gestatteten die Franzosen nicht; darum bedurfte das linke eigener Behörden. In Köln behauptete sich nach der Flucht des Kurfürsten der General-Vicar v. Horn-Goldschmidt bis zu seinem Ableben im Jahre 1796. Ihm folgte der Dechant Dr. Werner Marx, der nach dem Tode des Kurfürsten Maximilian Franz († am 27. Juli 1801) vom Papste die Bestätigung und die Würde eines apostolischen Vicars erhielt. [1]) Aber wie ungenügend mußte eine solche Aushülfe

---

Gesetze aus der Zeit der Fremdherrschaft. Bd VI. Eine genaue Darstellung der Verhältnisse, die hier nur angedeutet werden konnten, gibt Perthes, Politische Zustände und Personen zur Zeit der Fremdherrschaft. Bd. I. Gotha 1862.

[1]) Noch am 20. Januar 1802 macht er das Breve des Cardinals Caprara bekannt, welches den von den Republikanern geleisteten Eid: Ich schwöre Haß dem Königthum, authentisch interpretirt oder in Wahrheit aufhebt. Er nennt sich dabei: Johannes Wernerus Marx,

bleiben, mit welchen Schwierigkeiten hatte sie zu kämpfen! Zunächst schwanden auch in den rheinischen Ländern die Kirchengüter mehr und mehr. Wenn nicht sogleich eingezogen, waren sie doch zum großen Theil bald nach dem Einzug der fran-

---

S. Th. D. Archidioecesis Coloniensis administrator cis Rhenum, a Sanctissimo Domino nostro Pio Papa Septimo benignissime deputatus, Examinator synodalis, perinsignis Collegiatae S. Andreae et Parochialis S. Pauli decanus et pastor, venerabilis collegii pastoralis intra Coloniam camerarius et praeses. Vgl. die in der Vorrede erwähnte Sammlung von Forst nr. 28. Ich werde sie noch häufig anführen. Einige Nachrichten über den würdigen, vielfach verdienten Klostergeistlichen mögen zugleich hier eine Stelle finden. Christian Philipp Forst wurde am 4. September 1771 auf dem Erprather Hofe in der Pfarrei Holzheim bei Neuß geboren und trat am 4. August 1789 in die von Schotten gestiftete Benedictiner-Abtei Groß St. Martin in Köln, wo er am 15. August 1790 die Gelübde ablegte und im October 1794, wenige Tage vor dem Einrücken der Franzosen, die priesterliche Weihe empfing. Durch das Consular-Decret vom 9. Juni 1802 wurde das Kloster aufgehoben, nur Forst mit dem letzten Abte und drei Klosterbrüdern noch in dem Gebäude geduldet, bis sie im Jahre 1808 französischen Invaliden weichen mußten. Nach Vertreibung der Franzosen im Jahre 1814 erbat und erlangte Forst vom Bürgermeister die Schlüssel des Gebäudes, in dem er dann wieder Wohnung nahm und die Aufsicht führte. Kaum zurückgekehrt wandte er sich an den Abt des Schottenklosters in Wien, um durch dessen Vermittlung und durch Verwendung des Cardinals Consalvi die Herstellung der Abtei zu erlangen. Er handelte nicht nur im eigenen, sondern im Namen aller übrigen noch lebenden Ordensbrüder von St. Martin, welche, obgleich meistens schon als Pfarrer angestellt, nichts sehnlicher wünschten, als in die klösterliche Abhängigkeit zurückzukehren. Ihre Wünsche blieben jedoch unerfüllt, auch Forst mußte das Kloster wieder verlassen, wirkte aber, wie schon seit dem Jahre 1803, als Kaplan an der Pfarrkirche Groß St. Martin bis zu seinem Tode am 7. Juni 1834. Alle Tugenden eines frommen, pflichttreuen Priesters besaß er in seltenem Maaße, daneben — wenn man diese Eigenschaft nicht darunter begreifen will — einen lebhaften historischen Sinn und eine liebevolle Anhänglichkeit an das Vergangene. Er rettete das Archiv des Klosters; mehrere werthvolle geschichtliche

schen Heere unter Sequester gelegt, um dem Domainen-Fiskus für die Zukunft gesichert zu bleiben. Dazu kamen fast unerschwingliche Contributionen. Von den Geistlichen, besonders aus den Klöstern, waren viele ihren Bischöfen gefolgt, von den zurückbleibenden manche muthlos, Andere sogar in ihren Grundsätzen wankend. Denn ein zügelloser, kirchenfeindlicher Sinn war mit den revolutionären Kriegsschaaren in die eroberten Länder eingedrungen und trat, wenn auch die Masse der Bevölkerung treu zur alten Kirche hielt, in einzelnen rohen Ausbrüchen drohend hervor.

Endlich gab das Concordat, welches die französische Regierung am 15. Juli 1801 mit Pius VII. abschloß, wieder bessere Hoffnungen. Stellte es auch der Kirche in Frankreich keineswegs zurück, was die Revolution ihr genommen hatte, immer blieb es ein unermeßlicher Vortheil, daß die katholische Religion als die Ueberzeugung der Mehrheit der französischen Bürger anerkannt, ihre freie öffentliche Ausübung gestattet und für die nöthigsten Bedürfnisse eine Abhülfe von Seiten des Staats gesichert wurde. Vor Allem war nun die Errichtung der bischöflichen Stühle eine eben so schwierige als wichtige Angelegenheit. Schon die Civilconstitution wollte eine neue Umgränzung anordnen [1]), und von den hundert acht und fünfzig Bisthümern des alten Frankreichs nur drei und achtzig, nämlich eines in jedem Departement, bestehen lassen. Jetzt sollten sie auf sechszig — fünfzig Bisthümer, zehn Erzbisthümer — vermindert werden (Organ. Art. 58).

Abhandlungen sind von ihm verfaßt. Alles was auf die Geschichte seines Klosters sich bezog, sammelte er mit unermüdlichem Fleiß, daneben zahlreiche Documente für die ältere Kölnische Geschichte und aus der Zeit der Fremdherrschaft, in welcher er so wenig Erfreuliches erlebte. Seine werthvollen Sammlungen und Manuscripte werden theils im Kölner Stadtarchiv, theils im Archiv der Pfarre von Groß St. Martin aufbewahrt. Nach einer gütigen Mittheilung der Herrn Professor Heuser und Dr. Ennen in Köln.

[1]) Vgl. Decret vom 12. Juli 1790 bei Daniels, die Gesetze der Fremdherrschaft I. 223.

Nach langen schweren Bedenken und Unterhandlungen erfolgte am 29. November 1801 die neue Erectionsbulle [1]), welche das Concordat im Art. 2 versprochen hatte. Auf dem rechten Rheinufer konnte sie ihrer Natur nach nichts verändern; sie erkannte sogar den Fortbestand der alten Diözesangrenzen ausdrücklich an. [2]) Um so verhängnißvoller wurde sie für das linke. Die große, dem deutschen Reich entrissene Ländermasse wurde unter einem Erzbisthum Mecheln vereinigt. Es zählte in Belgien die Suffragan-Bisthümer Doornick, Namur, Gent, und Lüttich. Dazu kamen auf früher deutschem Boden Mainz, dem das Departement des Donnersberges und somit der größte Theil der supprimirten Bisthümer Worms und Speier zufiel, und Trier, das unverhältnißmäßig geschmälert, statt der frühern achthundert fünf und dreißig Pfarreien, im Departement der Saar nur zwei hundert ein und achtzig zählte. [3]) Beide Bisthümer verloren so mit der nationalen auch die althergebrachte kirchliche Würde und Unabhängigkeit. Aber beneidenswerth blieb doch ihr Loos mit dem verglichen, was die dritte, gleich berühmte Schwesterkirche traf. Der Kölner Stuhl sollte umgestürzt, es sollte auf dem linken Ufer eine Kölner Diözese nicht mehr gefunden werden. Für so unersetzlichen Verlust wollte man ein neues Bisthum in Aachen errichten. Diese Stadt

---

[1]) Vollständig abgedruckt im Decret Caprara's vom 9. April 1802, bei Reinhardt: Neue Organisation des Religionswesens in Frankreich Köln bei Keil, Jahr X der Republik, S. 188 ff.

[2]) Nachdem die Aufhebung der auf französischem Gebiet gelegenen Bisthümer ausgesprochen ist, heißt es: Firmis tamen remanentibus juribus, privilegiis ac jurisdictione ipsorum archiepiscoporum, episcoporum, capitulorum et ordinariorum in ea parte territoriorum, quae dominationi gallicanae non subjacet. Vgl. Hermens Handbuch der gesammten Staatsgesetzgebung über den christlichen Cultus in den preußischen Provinzen des linken Rheinufers I. 612.

[3]) Vgl. den Artikel Trier von Marx im Freiburger Kirchenlexicon XI. S. 252, 253.

vereinigte mancherlei Vortheile, um die Wahl besonders in den Augen des Herrschers von Frankreich zu rechtfertigen. Sie besaß eine alte Domkirche und ein Collegiatstift, für die Ausstattung sehr willkommen. Beinahe an der Grenze der deutschen Sprache gelegen konnte sie französische und deutsche Elemente verbinden und zum Vortheil der französischen verschmelzen. Ruhmvolle Erinnerungen hatte sie als alte deutsche Reichsstadt, aber auch manche, die den Franzosen theuer blieben. War sie doch der bevorzugte Aufenthalt und die Ruhestätte Karls des Großen, den man so gern als Franzosen betrachtete und mit dem Beherrscher Frankreichs zu vergleichen liebte. Immer hatte auch eine engere Beziehung zwischen Aachen und der französischen Krone sich erhalten. Nach Aachen schickten die Könige Frankreichs nach der Thronbesteigung die Baartücher ihrer Vorgänger; noch zuletzt hatte Ludwig XVI. am 12. Juni 1775 der alten Sitte genügt. So wurde in Aachen das neue Bisthum errichtet. Dem Erzstuhl von Mecheln unterworfen, erhielt es doch selbst ein weit ausgedehntes Gebiet. Es umfaßte das Departement der Roer, sowie das Rhein- und Mosel-Departement. Die ganze Kölner Erzdiözese des linken Ufers, nicht unbedeutende Theile der Diözese Lüttich und im Rhein- und Mosel-Departement ein großes, vorher zu Trier gehöriges Gebiet wurden ihm zugetheilt; später auch die Stadt Wesel mit ihrem Umkreise auf dem rechten Ufer [1]).

Um die neue Gestaltung des Kirchenwesens möglichst zu beschleunigen, hatte der Cardinal Johann Baptist Caprara, der als Legat a latere den Papst bei der französischen Republik

[1]) Durch einen Brief des Cardinals Caprara vom 16. Februar 1808 werden Bischof und Kapitel benachrichtigt, daß die kürzlich mit Frankreich vereinigte Stadt Wesel auf den Wunsch des Kaisers zur Diözese Aachen gehören solle. Sie ertheilen am 25. Februar ihre Zustimmung. Vgl. Protocolle des Kapitels von diesem Tage. Die Unions-Decrete des Cardinals Caprara vom 8. März und des Kaisers vom 1. April 1808 bei Hermens III. 270 ff. und unten im Anhang Nr. V.

vertrat, höchst ausgedehnte Vollmachten erhalten. Er sollte die neu bestimmten Diözesen ins Dasein rufen, ihre Grenzen feststellen, für die Errichtung der Kapitel Sorge tragen, den Kapitelstatuten und der neuen Eintheilung der Pfarrbezirke die Genehmigung ertheilen [1]). Durch ein Breve vom 29. November 1801 [2]) wird er sogar in diesem außerordentlichen Falle berechtigt, nach einem summarischen Verfahren die von der Regierung ernannten Bischöfe zu bestätigen, die dann von ihm selbst oder einem dazu beauftragten Bischofe unter Assistenz zweier Bischöfe oder Prälaten, oder, in deren Ermangelung, zweier Priester geweiht werden möchten.

Kraft dieser Vollmacht erließ nun Caprara ein Circumscriptions-Decret aus Paris vom 9. April 1802 [3]). Er zählt die einzelnen Diözesen auf, nennt ihre Schutzheiligen und bezeichnet das ihnen untergebene Gebiet durch den Namen der Departements, die ihnen, oder denen sie angehörten. Ein Verzeichniß der einzelnen Pfarreien, wie es gewöhnlich in den Circumscriptionserlassen vorkommt, ließ sich noch nicht geben. Es wurden vielmehr alle bestehenden Pfarr-Rechte im Voraus aufgehoben [4]), die Bischöfe sollten nach Art. 9 des Concordats eine neue Pfarreintheilung mit Beistimmung der Regierung vornehmen und dem Cardinal zur Bestätigung unterbreiten.

Zum Bischof der neuen Diözese wurde von Napoleon Marcus Antonius Berdolet ernannt. Er war zu Rougemont

[1]) Vgl. die angeführte Bulle bei Hermens I. 614, ff.

[2]) Abgedruckt bei Hermens I. 600.

[3]) Im Auszuge bei Hermens I. 605.

[4]) Omnes et singulas parochiales ecclesias, quae in territoriis dioecesium novae circumscriptionis continentur, et in quibus animarum cura per quemcumque presbyterum exercetur, qui parochi, rectoris, vicarii perpetui aut alio quocumque titulo et appellatione gaudet, cum suis titulis, animarum cura et jurisdictione quacumque, *nunc pro tunc*, suppressas perpetuo fore declaramus. Vgl. Hermens I. 637.

im Elsaß, im Departement des Oberrheins, am 13. September 1740 geboren und vormals Pfarrer und Landdechant in der Gegend von Colmar. Am 30. Mai 1802 erhielt er von Caprara die Bestätigung und nahm am 25. Juli von seinem Stuhle Besitz. Zunächst beschäftigte ihn die Bildung eines Kapitels. Dieselbe war nach Art. 11 des Concordats dem freien Ermessen der Bischöfe überlassen, doch hatte die Regierung Kapitels-Statuten entworfen, die von sämmtlichen Kirchen des Reichs und auch in Aachen mit geringen Veränderungen angenommen wurden [1]). Gewöhnlich zählte man acht Domherren und eine größere Anzahl von Ehren-Domherren. Alle sollten Priester sein. Die Kapitel standen unter einem Dechanten, besaßen aber nicht so ausgedehnte Korporationsrechte, wie die früheren in Deutschland. Eine unabhängige Stellung würde dem centralisirenden System des französischen Herrschers, das auch im kirchlichen Recht zur Geltung kam, nicht entsprochen haben. Im Ganzen war ihr Einfluß nicht eben bedeutend. Sie durften nur mit Erlaubniß des Bischofes sich versammeln, nur über Gegenstände berathen, die man ihnen vorlegte. Der Bischof führte in den Versammlungen den Vorsitz, war aber nie durch ihren Rath gebunden. Auch die beiden Generalvicare hatten Sitz und Stimme.

Durch einen Erlaß vom 19. November 1802, den der erste Consul am 21. Januar 1803 bestätigt, ernennt Berdolet folgende Domherren: 1) Konrad Hermann Cardoll, Priester, Dechanten des vormaligen Capitels; 2) Hermann Joseph Braun, früher Benedictiner-Abt von St. Pantaleon in Köln; 3) Peter Gauzargues, Priester, vormals Domherr in Rochelle; 4) Joseph Monpoint, Priester, vormals Pfarrer; [2]) 5) Peter Timmermanns, Priester, vormals Canoniker am Dom; 6) Joseph

---

[1]) Vgl. die im Anhange Nr. I mitgetheilten Statuten für das Capitel von Versailles.

[2]) Wie Gauzargues ein geborner Franzose. Er war mit Berdolet nach Aachen gekommen.

Franz Smets, Priester, gleichfalls Canoniker; 7) Leonard Konrad Ruland, Priester, vormals Mitglied des Ordens der Kreuzbrüder in Aachen; 8) Franz Hutmacher, Priester, vormals Pfarrer und Landdechant.

Am 22. Juni 1803 leisteten sie in Gegenwart des Bischofs, verschiedener Civil= und Militair=Beamten, der Pfarrer von Aachen und vieler Umstehenden den durch die Art. 6 und 7 des Concordats vorgeschriebenen Eid in die Hände des Präfecten Mechin; dann wurde die Collations= und Institutionsurkunde vom 18. Juni verlesen und jeder der Ernannten in den körperlichen Besitz eingewiesen [1]).

Für die Ordnung und Regierung der Diözese war es von großem Vortheil, daß man einen thätigen, energischen, in Geschäften höchst gewandten Mann als ersten Generalvikar erhielt. Es war Martin Fonck [2]), an den die Rheinpropinz noch immer

---

[1]) Vgl. Protocolle vom 22. Juni 1803.

[2]) Martin Wilhelm Fonck wurde zu Goch, einem Städtchen an der Niers im Herzogthum Cleve am 28. October 1752 geboren. Seine Eltern waren wohlhabende Gutsbesitzer und Kaufleute. Den ersten Unterricht erhielt er in der lateinischen Schule in Venraaz, einem ansehnlichen Dorf auf dem linken Ufer der Maaß (jetzt holländisch, damals preußisch), und vollendete seine Studien bei den Jesuiten in Köln, wo er am 4. Juni 1776 zum Priester geweiht wurde. Mit unermüdlichem Eifer widmete er sich der Seelsorge in seinem Geburtsort, unterrichtete die Kinder seines Bruders und fand daneben Muße für wissenschaftliche Bestrebungen und Liebhabereien. Noch jetzt bewahrt man in dem Collegium Augustinianum zu Gaesdonck mehrere physikalische Instrumente, die von ihm verfertigt wurden. In dem Stiftskapitel zu Cranenburg hatte er ein Canonikat erhalten, verzichtete aber auf die Präsenzgelder, um in seinem Geburtsort ferner leben und wirken zu können.

Der neu ernannte Bischof Berdolet besuchte ihn auf der Rundreise durch die Diözese, und es gereicht dem Scharfblick dieses Prälaten zur Ehre, daß er die Begabung Foncks sogleich würdigte, ihn in seine Nähe berief und zum Generalvikar ernannte. Nach einer gütigen Mittheilung des Herrn Professor Braun.

mit Dankbarkeit sich erinnert. Am 25. November zeigt Berdolet der Geistlichkeit die Ernennung an. Für die Verwaltung gab es ein conseil général épiscopal zu Aachen, bestehend aus dem Bischof, den General-Vikaren, Martin Fonck und Michael Klinkenberg [1]), und Monpoint als sécrétaire général; ferner für die Gerichtsbarkeit ein Offizialat, bestehend aus einem official und vice-official, einem promoteur du dioecèse, [2]) einem vice-promoteur und einem greffier général. Lange blieben aber diese Stellen unbesetzt. Ein eigenes conseil épiscopal bestand in Coblenz für die örtlichen Angelegenheiten der Bezirke Coblenz, Bonn und Simmern [3]). Das grand séminaire diocésain war in Köln. Am 1. März 1804 erschien auch das Decret über die neue Pfarreintheilung. Nach den organischen Artikeln nr. 60 sollte im Bezirke eines jeden Friedensgerichts eine Pfarrei (cure, s. g. Cantonal-Pfarrei) errichtet werden. Die Zahl der Hülfspfarreien (succursales) sollte der Bischof mit dem Präfecten vereinbaren, schließlich die Regierung bestätigen. Man zählte demgemäß im Roer-Departement

---

[1]) Michael Klinkenberg wurde geboren zu Großen-Ibau bei Düren am 21. November 1752. Er genoß den ersten Unterricht bei dem damaligen Pfarrer auf der Schmitt, studirte Philosophie bei den Jesuiten in Köln, setzte seine Studien in Steinfeld fort, wo er in den Prämonstratenser-Orden eintrat. In Köln erhielt er am 20. März 1779 die Priesterweihe. Mehrere Jahre lehrte er in Steinfeld Philosophie und Theologie, hierauf, sagt der Todtenzettel, als Doctor der ehemaligen Universität und erzbischöflicher Examinator die Theologie an dem Norbertinischen Seminarium in Köln bis zur Aufhebung der religiösen Genossenschaften. Nach der Reorganisation des Kirchenwesens wirkte er als Hülfspfarrer an der Kirche Maria Himmelfahrt in Köln, bis ihn Berdolet — wahrscheinlich im Jahre 1807 — als General-Vikar nach Aachen berief Nach einer gütigen Mittheilung des Herrn Professor Braun.

[2]) Bekanntlich entspricht sein Amt in etwa dem des Staatsanwalts im französischen Prozesse. Vgl. Molitor das canonische Gerichtsverfahren gegen Cleriker, Mainz 1856, S. 234 ff.

[3]) Der drei Unterpraefecturen des Rhein- und Mosel-Departements.

46 Pfarreien und 504 Hülfspfarreien, im Departement des Rheins und der Mosel 33 Pfarreien, 250 Hülfspfarreien, in Allem 833. Diese Pfarreintheilung ist auch nach der Auflösung des Aachener Bisthums bestehen geblieben, die Bulle de salute animarum hat sie mit geringen Abweichungen nur wiederholt [1]).

So stand in wenig mehr als zwei Jahren das neue Bisthum dem Aeußern nach gegründet und vollendet. Unverkennbar wirkt auch in dieser schleunigen Entwicklung einer ganz neuen kirchlichen Organisation der gewaltige, unbeugsame Wille, der damals die Geschicke Frankreichs lenkte. Wie viel längere Zeit hat die Ausführung der Bulle de salute animarum sich verzögert, der doch viel geringere Schwierigkeiten entgegenstanden. Aber wie dürftig und mangelhaft war auch die neue Schöpfung. Gerade das Nothwendige, nichts mehr wollte der neue Herrscher der Kirche zugestehen, die man so unermeßlicher Besitzthümer entkleidet hatte. Das war seine Gesinnung auch nach dem Concordat. Da nun bisher in den eroberten deutschen Ländern noch kein allgemeines Gesetz die Einziehung der kirchlichen Güter ausgesprochen hatte, so erfolgte kurz nach der Publication des Concordats und der organischen Artikel (4. Mai) der für die Rheinlande so tief eingreifende Consularbeschluß vom 9. Juni 1802. Er verfügt in den beiden ersten Artikeln:

Die Mönchsorden, die regulären Congregationen, die Pfründen und kirchlichen Anstalten außer den Bisthümern, Cathedralkapiteln und den bestehenden und in Gemäßheit des Gesetzes vom 18. Germinal (der organischen Artikel) zu errichtenden Seminarien sind aufgehoben.

Alle Güter jederlei Gattung, sowohl die, welche den aufgehobenen Mönchsorden, Congregationen, Pfründen und kirch-

---

[1]) Man findet das wichtige Decret unter den Documenten im Anhange Nr. II. An dem neuen Plan für Köln war insbesondere Wallraf thätig. Vgl. Ennen, Zeitbilder aus der Geschichte der Stadt Köln, Köln 1857, S. 210 ff. Man theilte die Stadt in zwanzig Pfarreien, unter ihnen vier Cantonnal-Pfarreien: Maria im Kapitol, St. Peter, Minoriten und Dom.

lichen Anstalten, als auch jene, welche den Bisthümern, Pfarreien, Cathedralkapiteln und Seminarien gehören, deren Errichtung das Gesetz vom 18. Germinal anordnet oder zuläßt, sind unter die Hand der Nation gelegt.

Nur die Pfarrwohnungen und daran stoßenden Gärten, die Gebäude, in welchen der katholische Cultus geübt wird, die bischöflichen Wohnungen und dazu gehörigen Gärten, die Stiftshäuser der Cathedralkapitel und die zu Seminarien dienenden Gebäude in den Gemeinden, in welchen das Gesetz vom 18. Germinal Bisthümer aufgerichtet, werden der Verfügung der Bischöfe, Pfarrer und Hülfspfarrer belassen (Art. 11).

So war der Kirche in den neuen Departements nicht viel mehr geblieben, als in den alten. Jeder Erwerb war äußerst erschwert. Grundeigenthum sollten die Geistlichen, außer dem angegebenen, von Amtswegen gar nicht besitzen; Schenkungen beweglichen Gutes waren an die Zustimmung der Regierung gebunden [1]); und wer mochte in jener Zeit zu Schenkungen an die Kirche geneigt sein? Die vom Staat ausgeworfenen Gehalte waren die allerdürftigsten; die Erzbischöfe erhielten 15000 Franken, die Bischöfe 10000, die Pfarrer der ersten Klasse in den großen Städten und Districtsorten (chefs-lieux d'arrondissement) 1500, die der zweiten Klasse jährlich 1000 Franken. [2]) Für die Kapitel hatte man im Concordat (Art. 11) gar nichts erlangen können; erst durch einen Beschluß vom 5. Februar 1803 wurden jedem Domherren 1000, dem ersten Generalvikar eines Erzbischofs 2000, den beiden übrigen und den bischöflichen 1500 Franken ausgesetzt [3]). Mit so geringen Mitteln war es einem Bischofe und den höhern Geistlichen kaum möglich, ihre Stellung zu wahren. In Voraussicht dessen hatten schon die organischen Artikel (67) den Gene-

[1]) Organische Artikel 74, 73.

[2]) Organ. Art. 64 ff.; über die kärgliche Besoldung der Vikare vgl. oben S. 88.

[3]) Hermens a. a. O. I. 674.

ralräthen der großen Gemeinden die Ermächtigung ertheilt die Gehalte der Geistlichkeit zu erhöhen.[1]) So bewilligte denn auch der Generalrath des Roer-Departements am 11. Floréal XIII (1. Mai 1805) als Zuschüsse zum Gehalt des Bischofs 3000 Franken, den Generalvikaren 1200, jedem der acht Canoniker 600, jedem der 12 Vikare 300, Anderes für die Musik und die niederen Kirchendiener, in Allem 19989 Franken. Für die Seminarien hatte der Staat zuerst jede Beihülfe verweigert[2]). Das Gesetz über die Seminarien vom 14. März 1804 verhieß zwar eine Dotation[3]), aber die ganze Einrichtung war den canonischen Grundsätzen wenig entsprechend. Nach den organischen Artikeln (24 ff.) sollten alle Seminar-Lehrer die Declaration der gallicanischen Geistlichkeit von 1682 unterschreiben und geloben, in ihrem Sinne zu unterrichten; das Gesetz von 1804 gab bei Besetzung der Lehrerstellen dem Bischofe nur ein Empfehlungsrecht. Erst das Gesetz über die Universität vom 17. März 1808 (tit. I. art. 8) stellte die Seminarien unter die Leitung der Bischöfe. Bis dahin zeigten denn auch diese keinen großen Eifer. Für Aachen gelangte das Seminar in Köln erst seit dem Jahre 1811 zu eigentlicher Wirksamkeit.

Daß dann auch die Stellung der Hülfspfarrer, welche der Bischof nach Gutbefinden versetzen und entlassen konnte, daß die Abhängigkeit von einem Ausländer, der Wechsel der Sitten, der Sprache, mancher kirchlicher Einrichtungen nicht allen Geistlichen zusagten, läßt sich denken. Es findet sich aber auch ausdrücklich bezeugt durch die Klagen und Mahnungen des Bischofs. Aus einem Erlaß vom 2. Dezember 1806 ersieht man, daß viele Geistliche im Widerspruch gegen die Staatsgesetze vor der bürgerlichen Abschließung der Ehe die kirchliche Trauung vollzogen.

---

[1]) In diesem Sinne weist sie auch der Consularbeschluß vom 8. April 1803 an. Hermens a. a. O. I. 673.

[2]) Concordat. Art. 42, organische Artikel 23 und 24.

[3]) Hermens a. a. O. II. 42. Die Verhandlungen über dieses Gesetz bei Dupin, Manuel du droit public ecclésiastique Français Paris 1845 p. 299.

Am 14. Juli desselben Jahres beklagt sich der Bischof, daß sein Decret vom 15. November 1804 über die abgeschafften Feiertage von vielen Pfarrern nicht beachtet würde [1]), und daß sie in der Messe nicht für den Kaiser beteten. Er verordnet, jeder Pfarrer solle innerhalb sechs Monaten anzeigen, welche Sprache er verstände, und welche in seiner Kirche in Gebrauch sei [2]). Nicht ohne Grund mag man dann getadelt haben, daß der Bischof seine Beziehungen zum Papste nicht, wie man wünschen mußte, im Auge behielt. Die dem Cardinal Caprara verliehene Vollmacht, Bischöfe einzusetzen, war eine ganz außerordentliche. Er hatte sie auch für Aachen nur in der Art zur Anwendung gebracht, daß der Bischof innerhalb sechs Monaten die Bestätigung beim päpstlichen Stuhl selbst nachsuchen sollte [3]). Berdolet ließ diese Pflicht mehrere Jahre außer Acht. Was für ein Licht wirft diese eine Thatsache auf die kirchlichen Verhältnisse! Offenbar hat der Bischof während aller dieser Zeit in gar keinem unmittelbaren Verkehr mit dem Papste gestanden. Erst als Pius zur Krönung Napoleons nach Paris kam, scheint Berdolet endlich um die Bestätigung sich bemüht zu haben. Der Papst antwortet am 28. März 1805, wenige Tage vor seiner Abreise aus Paris. Er rügt, daß der Bischof die gehörige Zeit nicht eingehalten, befreit ihn aber doch von allen Strafen und Censuren, die er könne verwirkt haben, und ertheilt ihm die erbetene Bestätigung. Am 23. Juni

---

[1]) Für die Art, wie man damals mit kirchlichen Festen und Festtagen verfuhr, ist Folgendes charakteristisch. Im Sommer 1804 am 27. Juli kam die Kaiserin Josephine für längere Zeit nach Aachen. Vorher hatte der Cultusminister Portalis an Berdolet geschrieben, die Kaiserin wünsche, daß während ihrer Anwesenheit das Fest Karls des Großen gefeiert würde, und zwar an einem Tage, den sie noch festsetzen würde. Nach Anweisung des Ministers wurde dann die Feier in jenem Jahre am 12. August abgehalten.

[2]) Forst a. a. O. Nr. 21 und 22.

[3]) Vgl. die Bestätigungs-Bulle Pius VII. vom 28. März 1805 im Anhange Nr. III.

bringt das Kapitel seine Glückwünsche und fordert in einem etwas geschraubten Erlaß vom 20. Juli die Geistlichkeit zum Dank und zu Gebeten für den neu bestätigten Bischof auf [1]).

In wiefern die Persönlichkeit Berdolets geeignet war, so vielen Schwierigkeiten zu begegnen, wüßte ich nicht anzugeben. In den uns aufbewahrten Nachrichten tritt sie nicht als sehr bedeutend hervor [2]). Fonck war schon damals, wie später, die Seele der Verwaltung. Neben ihm wird in den Acten des Kapitels häufig der ehemalige Domherr von Rochelle, Gauzargues erwähnt. Er pflegte bei feierlichen und freudigen Ereignissen die Festreden zu halten, bei den kirchlichen und nicht weniger bei den politischen, wenn im Kriege ein neuer Sieg erfochten, im Frieden ein anderes Volk unterworfen war. Dem Franzosen mochten die Worte und die Begeisterung bequemer von den Lippen strömen, als seinen deutsch gebornen Collegen. Auch können diese Ansprachen und Erlasse, von denen manche vor mir liegen, an Ruhmredigkeit und Schmeichelphrasen den damaligen wie den neuesten pariser Zeitungen sich vergleichen.

Lange dauerte die Regierung Berdolets nicht. Am 23. August 1808 hatte er eine Visitationsreise nach Coblenz unternommen. Im September, als er über Köln zurückkehrte, bekam er im Seminar einen Blutsturz; man erwartete schon sein Ende. Er erholte sich zwar scheinbar, blieb aber geistig und körperlich geschwächt. Am 8. August 1809 traf ihn ein neuer Anfall und führte am 13. seinen Tod herbei. Vier Tage später wurde er auf dem Friedhofe beerdigt, nur sein Herz einbalsamirt im Chor des Domes beigesetzt [3]).

Besaß er auch nicht eben ausgezeichnete Eigenschaften, sein längeres Leben hätte doch dem Bisthum und insbesondere dem Kapitel große, unangenehme Verwicklungen erspart. Schwierig

---

[1]) Vgl. den Erlaß im Anhang Nr. IV.

[2]) Der Bericht über seinen Tod in den Kapitelsakten rühmt nur: la bonté d'âme et les douces qualités, qui le distinguaient.

[3]) Die Grabschrift verfaßte Wallraf; vgl. Ennen Zeitbilder S. 222.

war sogleich die Frage, wer bei erledigtem Stuhle die Verwaltung übernehmen würde. Nach den organischen Artikeln (36) sollten die General-Vikare des verstorbenen Bischofs bis zum Eintritt seines Nachfolgers im Amte bleiben [1]). Dies widersprach aber den Bestimmungen des Concils von Trient (24. Sitzung, cap. 16. de ref.); denn sie verpflichten das Kapitel, innerhalb acht Tagen nach dem Tode des Bischofs einen Kapitular-Vikar zu ernennen oder den General-Vikar des früheren Bischofs zu bestätigen, der aber dann aus einem bischöflichen ein Beauftragter des Kapitels wird. Um seine Rechte zu wahren und zugleich den Staats-Gesetzen sich möglichst anzubequemen, ernannte und bestätigte das Kapitel am 14. August Fonck und Klinkenberg als Kapitular- und General-Vikare [2]).

Aber viel größere Gefahren standen bevor. Man weiß, wie die immer steigende Gewaltthätigkeit Napoleons endlich den offenen Bruch zwischen ihm und dem Papste herbeiführte. Am 11. Juni 1809 wurde der Bannfluch gegen den Kaiser in Rom angeschlagen, am 5. Juli schleppten französische Soldaten Pius VII. aus dem Quirinal, am 7. Februar 1810 wurde der Kirchenstaat dem Kaiserreiche einverleibt. Von seinen treuen Räthen getrennt, von allen Verbindungen abgeschnitten, fast jeder Wirksamkeit beraubt, hielt man den Papst als Gefangenen in Savona, später in Fontainebleau. Damals war die kaiserliche Gewalt so unermeßlich, schien so unerschütterlich, daß selbst die Frevel gegen das Oberhaupt der Kirche keinen Widerstand, kaum ein Zeichen der Mißbilligung hervorriefen. Nur dadurch war der Kaiser vom Papste noch abhängig, daß dieser nach Artikel 4 des Concordates die ernannten Bischöfe zu bestätigen und einzusetzen hatte. Wie früher Innocenz XI. gegen Ludwig XIV., so gebrauchte auch Pius VII. dieses einzige Mittel des Widerstan-

[1]) Erst durch das kaiserliche Decret vom 28. Februar 1810 Art. 5 und 6 wurde das canonische Verfahren gestattet. Hermens a. a. O. II. 497.

[2]) Vgl. das Protokoll dieses Tages.

des gegen Napoleon, er ertheilte keinem Bischofe die Bestätigung. Aber man suchte die Kirchengesetze und Verträge zu umgehen, und wenn nicht der Form, doch der Sache nach den Willen des Kaisers durchzusetzen. Der Kaiser ernannte für den erledigten Stuhl einen Bischof; diesen mußte das Kapitel zum General-Vikar erwählen; als ernannter Bischof und General-Vikar führte er dann die Verwaltung der Diözese, nur daß er allerdings keines der bischöflichen Weiherechte ausüben, insbesondere weder die Priesterweihe, noch die Firmung ertheilen durfte.

Das erste Bisthum, dem auf solche Weise ein Vorsteher aufgedrungen wurde, war Florenz. Napoleon ernannte den früheren Bischof von Nancy, Osmond, zum Erzbischof und wollte ihn durch das Kapitel an Stelle des rechtmäßigen Kapitular-Vikars zum General-Vikar erwählen lassen.

Nun könnte man glauben, schon das zweite Concil von Lyon habe die Gefahren eines solchen Mißbrauchs vorausgesehen; es richtet sich ausdrücklich gegen diejenigen, welche, für einen Bischofssitz gewählt, vor der Bestätigung in die Verwaltung sich einmischen oder sie unter dem Titel eines Procurators oder Verwalters oder Oekonomen oder unter anderen Scheingründen sich übertragen lassen [1]). Der Papst berief sich auch mit Entschiedenheit auf diese und ähnliche kanonische Bestimmungen. Als Eberhard Corboli, Archidiakon und Kapitular-Vikar der erledigten Kirche von Florenz, bei ihm anfragte, ob er zu Gunsten des ernannten Bischofs abdanken solle, verbot ein Schreiben aus Savona vom 2. Dezember 1810 aufs Bestimmteste solchen Verzicht und erklärte das ganze Verfahren für durchaus ungesetzlich [2]). Aber die Staatsregierung wußte das Bekanntwerden und die Verbreitung dieses Schreibens durch die strengsten Maßregeln zu verhindern; es gab wenige Kapitel,

---

[1]) Vgl. c. 5. Avaritiae in VIto. de Elect. I. 6.

[2]) Das Schreiben in der Beilage des rheinischen Merkurs zu Nr. 21 vom 3. März 1814.

die sich dem Zorne des allmächtigen Kaisers auszusetzen wagten, und diese wenigen brachte Gewalt zum Schweigen.

In Aachen findet man nicht die geringste Andeutung eines Widerstandes. Vom Cultusminister, Bigot de Préameneu, wurde dem Kapitel am 10. November 1810 kundgethan, daß der Kaiser am 22. October den Herrn Johann Dionys Franz Le Camus, General-Vikar der Diözese Meaux, für das erledigte Bisthum Aachen ernannt habe. Aber schon vor dieser offiziellen Anzeige, sobald man nur die Ernennung im Moniteur gelesen hatte, beeilte sich das Kapitel am 3. November, dem Ernannten Glück zu wünschen und die Bitte auszusprechen, daß er sobald als möglich von seinem Stuhle Besitz nehmen möge.

Am 4. Januar 1811 wurde diese Bitte erfüllt. Ein fast eben so sehr militärischer als kirchlicher Empfang mußte die Zuschauer recht augenscheinlich von der ungestörten concordia sacerdotii et imperii überzeugen. Der General-Vikar Klinkenberg und zwei Domherren gingen dem kommenden Bischofe nach Beloeil auf dem Wege nach Lüttich entgegen; am Stadtthor empfing ihn die Gensdarmerie und begleitete ihn sogleich zum Dome, wo man auf sein Verlangen das Magnificat anstimmte. Vor dem bischöflichen Palast begrüßte ihn eine Compagnie der Departementalgarde unter den Waffen. Innen im großen Saale empfing ihn das Kapitel. Die beiden folgenden Tage vergingen unter kirchlichen Feierlichkeiten, am 7. Januar versammelte sich das Kapitel in außerordentlicher Sitzung[1]). Schon am 27. November 1810 hatte man beschlossen, ein General-Vikariat zu bilden, an welchem der ernannte Bischof, und mit ihm Fonck und Klinkenberg theilnehmen sollten. Dieser Beschluß schien der geeignetste, um „die kanonischen Regeln mit dem Herkommen der gallikanischen Kirche und den nöthigen Rücksichten auf die Verhältnisse und das

---

[1]) Vergl. die Protokolle über diese Tage im Anhang Nr. VI, VII, VIII.

Wohl der Diözese zu vereinigen, den Wünschen des Kaisers so viel als möglich sich anzubequemen und die Verdienste und Erfahrungen des Herrn Le Camus zu ehren.“ So ernannte man ihn jetzt zum General-Vikar und Administrator der Diözese während der Vakanz des bischöflichen Stuhles und bestätigte zugleich die bisherigen General-Vikare. Von nun an sollten sie gemeinschaftlich mit Le Camus ihrem Amte vorstehen.

Es läßt sich denken, daß diese aufgedrungenen Bischöfe vielen eifrigen Mitgliedern der Kirche, besonders dem Clerus, höchst unwillkommen waren, daß das eigenmächtige Eingreifen der Staatsgewalt, die kleinmüthige Folgsamkeit der kirchlichen Behörden vielfachen Anstoß erregen mußten. Selbst das Kapitel scheint dies gefühlt zu haben. In dem Erlaß an die Diözesan-Geistlichkeit vom 10. Januar 1811 wird die Rücksicht auf den Kaiser gar nicht erwähnt, sondern alles Gewicht darauf gelegt, daß die vielen Geschäfte des General-Vikariats schon längst eine Vermehrung seiner Mitglieder gefordert hätten; an der gesetzmäßigen Ordnung der Dinge werde dadurch nichts geändert, und so könne der Beschluß nichts zu wünschen übrig lassen [1]).

Daß dabei der ernannte Bischof und General-Vikar große Lobsprüche erhält, möchte nicht eben viel zu seinen Gunsten beweisen. Ja wer kann sich eines Mißtrauens, einer Abneigung erwehren gegen diese Eindringlinge, die willigen Werkzeuge eines Herrschers, der gerade damals das Oberhaupt der Kirche den schmählichsten Kränkungen unterwarf. Aber man muß doch auch in Anschlag bringen, daß unter den damaligen traurigen Verhältnissen nur gar zu Vieles den Schwankenden erschüttern, und auch den Treuesten, Besonnensten konnte zweifeln lassen, was für die Kirche das Vortheilhafteste oder am wenigsten Nachtheilige sei. Und es findet sich doch Manches, was für Le Camus zu sprechen scheint. Als er von seinem Stuhle vertrieben, von seiner Geistlichkeit getrennt, 1814 in

---

[1]) Man findet den Erlaß im Anhang Nr. IX.

Paris gestorben war, bewahrte ihm das Domkapitel noch ein freundliches Andenken. Joseph Görres war zu der Zeit, als er den rheinischen Merkur herausgab, gewiß nicht geneigt, französische Verhältnisse und Personen günstig zu beurtheilen. Doch nennt er in einem Aufsatze, den er ausdrücklich gegen die eingedrungenen Bischöfe richtet, Le Camus einen persönlich durchaus ehrenhaften Mann [1]).

Von einem wirksamen Einfluß auf die Verwaltung ist zu wenig bekannt, als daß man ihn beurtheilen dürfte. Einiges läßt sich doch anführen. Le Camus ordnete das Seminar in Köln und ernannte einen verdienten Geistlichen, Brouhung, am 4. November 1811 zum Direktor, am folgenden Tage auch zum Ehrendomherrn. In der Sitzung vom 29. Mai 1812 legte er dem Kapitel neue Statuten vor. Sie sind vom 1. Mai datirt und in 60 Artikel geordnet. Dignitäre im Kapitel sind nach Artikel 5: 1) der Archidiakon der Roer, 2) der Archidiakon des Rheins und der Mosel, 3) der Dekan. Die Archidiakonate sind für den ersten und zweiten General-Vikar bestimmt, Dekan wird

---

[1]) Politische Schriften, München 1854, Bd. I. S. 273. „Achtbare Stimmen," sagt er, „haben uns den persönlichen Charakter dieses Mannes als untadelhaft geschildert; kenntnißreich, bescheiden, und sehr wohlthätig, hat er, wie man uns sagt, in seinem Sprengel allgemeine Liebe und Verehrung sich erworben, und als er von Aachen schied, verloren ihn Alle, die sein Wesen näher kannten, mit schmerzlichem Bedauern. Wir würden uns selbst elender Parteilichkeit zeihen müssen, wollten wir ihm diese Gerechtigkeit und diese öffentliche Anerkenntniß versagen; allein das ändert nichts in seinem kirchlichen Verhältniß; er war wie einer der Andern in seine Würde eingedrungen: hatte er Verdienst und gute Gaben, es war ein Glück für seinen Sprengel, und sein gutes Thun wird ihm zugerechnet werden; aber daß er da war, konnte nur auf unrechtlichem Wege ihm erworben sein. Vgl. den Rheinischen Merkur vom 9. März 1814. Den Bischof Karl Mannay von Trier nennt Görres in demselben Aufsatz „ein allzeit fertiges Werkzeug der Regierung in allen ihren Anmaßungen und Schlechtigkeiten, einen Pfaffen in dem Sinne, den der neuere Sprachgebrauch damit verbindet."

das älteste Mitglied des Kapitels. Domherren soll es acht geben (Art. 10), Ehrendomherren nicht mehr als vier und zwanzig. Le Camus ernannte selbst mehrere Domherren. Gauzargues, der sich, wie es scheint, mit seinen Collegen nie vertragen konnte [1]), trat freiwillig zurück; an seine Stelle wurde in der Sitzung vom 10. Mai 1811 Johann Adam Schuhmacher eingeführt. Am 3. Mai 1812 starb Timmermanns und erhielt am 16. Juli Anton Wilhelm Deboeur zum Nachfolger. Es ließe sich gewiß bezweifeln, ob Le Camus zu einer solchen Ernennung, der Kaiser zur Bestätigung berechtigt war. Doch findet man einen Widerspruch im Kapitel nicht erwähnt.

Einmal mochte der Bischof hoffen, aus seiner zweifelhaften Stellung befreit zu werden. Am 31. Januar 1813 sang man im Dom ein Tedeum für den Abschluß des Concordats zwischen Pius VII. und Napoleon. Nach dem russischen Feldzuge mußte dem Kaiser Alles daran liegen, den gefährlichen Streit mit der Kirche beizulegen. Durch Ueberredung und Drohungen hatte er den alles Beistandes beraubten Papst am 25. Januar zu einer Uebereinkunft bewogen, die ihn des Kirchenstaats beraubt, mit einer Pension von 2,000,000 Franken in das alte, jetzt noch verengerte Gefängniß der Päpste nach Avignon und gänzlich in die Gewalt des Kaisers geführt haben würde. Denn auch seinen Einfluß auf die Besetzung der bischöflichen Stühle sollte er im Wesentlichen verlieren. Le Camus hätte die Bestätigung, wenn der Papst sie nicht innerhalb sechs Monaten ertheilte, von seinem Metropoliten in Mecheln nachsuchen dürfen.

Aber kaum hatte der Papst von seiner Ueberraschung sich erholt, als er die noch nicht rechtskräftige Uebereinkunft widerrief und allen Erzbischöfen aufs Strengste untersagte, einen Bischof zu bestätigen. Der Kaiser gab sich den Schein, als wisse er nichts von diesem Widerruf, ließ das Concordat als zu Recht bestehend veröffentlichen, konnte jedoch unter den damaligen

---

[1]) Er ist der einzige, der bei der Wahl der Kapitular-Vikare nach Verdolets Tode Fonck seine Stimme versagt.

Verhältnissen nicht daran denken, es zur Ausführung zu bringen. Nicht lange, und der ungeheure Bau des Kaiserreiches erlag schneller, als er gewachsen, unter den Schlägen des Jahres 1813. Le Camus mochte fühlen, daß sein Schicksal mit dem des Kaisers zusammenfiel; er wartete die Ankunft der verbündeten Heere nicht ab. Am 16. Januar 1814 floh er mit dem Präfecten La Doucette vor den Kosaken nach Paris; nur der Generalsekretär Montpoint begleitete ihn. Er sah seine Diözese nicht wieder; am 26. April, kurz nach Napoleons Abdankung, ist er in Paris gestorben.

Unterdessen blieb es dem Kapitel überlassen, sich zu den Siegern in ein leidliches Verhältniß zu setzen. Noch im Januar 1814 besetzten die verbündeten Heere Aachen. Die Stadt wurde der Sitz des Generalgouvernements für den Niederrhein unter Sack. Schon als französische Schöpfung mochte man das Domkapitel mehr mit argwöhnischen, als wohlwollenden Augen ansehen, noch dazu waren Bischof und Generalsekretär in die feindliche Hauptstadt geflohen. Auch das Kapitel zeigte sich nicht sehr entgegenkommend. Nur spät wurde es zu einer Unterwürfigkeitserklärung gegen die neue Regierung bewogen. Erst am 13. April, als Napoleon schon entsetzt und zur Abdankung gezwungen war, faßte man in einer Kapitelssitzung nachstehenden Beschluß:

In Folge der gnädigen Versicherung, welche Se. Excellenz, der Herr Generalgouverneur vom Niederrhein uns unterm 31. des jüngst verflossenen Märzmonates schriftlich zu ertheilen geruhten, daß nämlich in dem Sinne des von den hohen verbündeten Mächten vorgeschriebenen Reverses Nichts liegt, was die Gebote Gottes oder der christ-katholischen Kirche beeinträchtigen könnte, haben sämmtliche Glieder der Kathedralkirche von Aachen kein Bedenken getragen, denselben, so wie er hier wörtlich folgt, einhellig zu unterschreiben:

„Ich gelobe getreulich und ohne Gefährde, daß ich weder öffentlich noch insgeheim, weder unmittelbar noch mittelbar

irgend etwas Nachtheiliges für die Sicherheit der verbündeten Armeen thun, schreiben oder berathen will, daß ich das anvertraute Amt dem Interesse der hohen verbündeten Mächte gemäß ferner als ehrlicher und biederer Mann fortsetzen werde. Ich verpflichte mich ferner, mit Eifer und Thätigkeit den Befehlen des Generalgouvernements ohne allen Einspruch und Vorbehalt zu folgen. In Urkunde dessen habe ich Gegenwärtiges unterzeichnet.

Aachen den 13. April."

Es unterzeichnen: Fonck, Klinkenberg, Cardoll, Braun, Smets, Ruland, Schuhmacher, Deboeur und Moulan, außerdem noch mehrere Ehrendomherrn und Vikarien.

Am 25. April 1814 forderte Sack in einem Schreiben an das Domkapitel, „es solle dem Herrn Le Camus die Administration der Diözese wieder genommen werden, und das Kapitel solle mit ihm und dem entflohenen Monpoint in keinerlei Verbindung treten." Das Kapitel antwortete darauf, „es habe nach reiflicher Ueberlegung gutbefunden, zu erklären, daß die Administration des Bisthums Aachen von nun an wieder in dem Stande sei, in welchem sie vor Ankunft des hochwürdigsten Herrn Le Camus gewesen. Ueber den Herrn Kanonikus Monpoint werde der Herr Dechant sogleich nach seiner Rückkehr Bericht erstatten." War die Berufung des General-Vikars eine rechtmäßige, so stand es nach kanonischem Rechte dem Kapitel gar nicht zu, ihn willkürlich zu entsetzen. Sein Tod machte weiteren Schwierigkeiten ein Ende. In Betreff Monpoints, der nach dem Tode des Bischofs zurückkehrte, schrieb Sack noch einmal am 10. Mai, „man möge ihn auffordern, sich über die Gründe auszuweisen, welche ihn bewogen, dem Herrn Bischof nach Paris zu folgen". Der Domherr rechtfertigte sich durch zwei Schreiben vom 17. Mai und 17. August, die er dem Kapitel und dem Generalgouverneur einsandte. Angeberei und Verdächtigungen verursachten ihm noch manche böse Stunde. In den Protokollen findet sich von seiner Hand die nachträg-

liche Bemerkung: E denuntiatoribus et calumniatoribus iam unus iudicatus est.

Zunächst hatte der Wechsel der Regierung auf das Bisthum noch keinen Einfluß; es blieb in seinen Grenzen und im Wesentlichen auch in seinen Einkünften ungeschmälert. Nur der bischöfliche Stuhl wurde nicht wieder besetzt; man wollte freie Hand behalten für die Verhandlungen, die von der preußischen Regierung mit dem Papst über die Neugestaltung des Kirchenwesens gepflogen wurden. Bekanntlich zogen sich dieselben bis in das Jahr 1821. Während dieser Zeit führte das Domkapitel bei erledigtem bischöflichem Stuhle durch seine General-Vikare [1]) Fonck und Klinkenberg die Verwaltung. Um die nöthigen Weihhandlungen vorzunehmen, bereiste im Jahre 1816 Caspar Max von Droste, Weihbischof von Münster, die Diözese.

Eine kleine Zugabe erhielt die Verwaltung noch im Jahre 1818. Einzelne Theile des Bisthums Lüttich waren durch den Frieden preußisch geworden. Auf den Wunsch der Regierung löste der Papst sie aus dem Diözesanverbande und ernannte Fonck durch Breve vom 25. August zum apostolischen Vikar.

Am 16. Juli 1821 erfolgte endlich die Bulle de salute animarum. Es läßt sich denken, daß man bei den Verhandlungen, aus denen sie hervorging, dem Bisthum Aachen nicht günstig war. Sollte man die neue Napoleonische Schöpfung zum Nachtheile des altehrwürdigen kölner Erzstuhls aufrecht halten? Schon die Begränzung mußte davon abrathen. So vortheilhaft sie früher der französischen Regierung erschienen war, so unzweckmäßig wurde sie jetzt für die preußische. Frankreich hatte gern den Rhein als Grenze und sonderte deshalb beide Ufer so scharf als möglich; Preußen mußte wünschen, sie zu

---

[1]) Eigentlich Kapitular-Vikare; sie behielten aber den Titel General-Vikare bei. Vgl. z. B. den Erlaß vom 8. April 1820 über den Gebrauch der Glocken bei Hermens I. 513.

verbinden und das linke so fest als möglich dem rechten anzuschließen. Die erste Bestimmung der Bulle geht denn auch dahin, das Bisthum Aachen solle aufgehoben werden. Von seinem Gebiet fiel der bei weitem größte Theil an die hergestellte Erzdiözese Köln zurück, nämlich Alles, was in den preußischen Regierungsbezirken Köln, Düsseldorf und Aachen auf dem linken Rheinufer gelegen war, mit Ausnahme der Kantonalpfarren Calcar, Cleve, Cranenburg, Dülken, Geldern, Goch, Kempen, Meurs, Rheinberg, Wankum, Xanten, welche so wie auch Wesel, mit der Diözese Münster vereinigt wurden. Dazu kamen die schon erwähnten, vormals zu Lüttich gehörigen Pfarreien. An Trier fiel der Theil des früheren Rhein- und Moseldepartements, welchen der Regierungsbezirk Coblenz in sich begreift. Dagegen wurde die frühere Cathedrale der h. Jungfrau in Aachen in eine Collegiatkirche verwandelt. Das Stift sollte einen Probst und sechs Kanoniker zählen. Die Probstei und die Kanonikate, welche in den Monaten Januar, März, Mai, Juli, September und November erledigt werden, vergibt der Papst auf Empfehlung des Königs, die übrigen der Erzbischof. Die Stiftsherrn erhielten eine besondere Kleidung und das Recht, eigene Kapitelstatuten zu entwerfen, aber keine Jurisdiktionsrechte.

Am 23. August wurde die Bulle vom Könige genehmigt, am 20. Dezember dem Kapitel offiziell bekannt gemacht und am nächsten Sonntag, dem 23. Dezember, feierlich im Dome zu Aachen publizirt. Die Wahl des Erzbischofs und der Domherren, die Ausstattung der Erzdiözese, insbesondere die Beschaffung der nöthigen Gebäude begegneten jedoch mancherlei Schwierigkeiten. Beinahe vier Jahre verstrichen, bevor die Bulle zur Ausführung kam. Während dieser Zeit blieb das Aachener Kapitel und General-Vikariat in seiner früheren Stellung. Auf dem rechten Rheinufer zu Deutz verwaltete der Kapitular-Vikar des alten kölner Erzbisthums Freiherr von Caspars bis zum 15. August 1822; nach seinem Tode der apostolische Vikar Johann Wilhelm Stephan Schmitz, welcher

für diesen Fall schon durch päpstliches Breve vom 22. Jan. 1821 zum Nachfolger bestimmt war. [1]) Erst am 20. Dezbr. 1824 konnte der Graf August Ferdinand von Spiegel vom Papst Leo XII. zum Erzbischof von Köln ernannt werden. Die Organisation der neuen Diözese war ihm schon am 4. August 1824 durch Subdelegation von Seiten des Bischofs von Ermeland, des Exekutors der Bulle, übertragen. [2]) Er wählte Fonck zu seinem General-Vikar auf dem linken Rheinufer, bis die Errichtung des Domkapitels in Köln eine neue Ordnung der Dinge herbeiführen würde. Schon am 14. März 1825 in einem Schreiben an den Dompfarrer Johann Heinrich Filz nennt sich Fonck ecclesiae metropolitanae Coloniensis praepositus designatus, Aquisgranensis canonicus; vicarius olim capitularis et apostolicus, nunc reverendissimi et celsissimi domini archiepiscopi Coloniensis ad laevam Rheni ripam vicarius generalis. [3]) Er erlaubt darin, daß die Domkirche von einem Mandatar des Erzbischofs in Besitz genommen werde. Die wirkliche Besitzergreifung des erzbischöflichen Stuhles erfolgte jedoch erst am 24. März 1825 in Aachen wie in Köln. Damit war die Auflösung des Bisthums Aachen zur That geworden; das Kapitel versammelte sich zum letzten Male am 25. März. Erst am 28. Januar 1826 wurde das Collegiatkapitel wieder ins Dasein gerufen.

Von den ältesten Domherrn hatten wenige das Bisthum überlebt. Gerade in den letzten Jahren waren mehrere gestorben, Smets am 19. Januar 1818, Braun am 16. April 1818, Timmermanns am 20. August 1819, Kardoll am 24. Juni 1822. Der zuletzt hinzugetretene Moulan lebte nur bis zum

---

[1]) Er bekleidete sein Amt bis zum 19. Mai 1825 und starb am 19. Januar 1841 in Köln. Vgl. historisch-politische Blätter. VIII. 252.

[2]) Vgl. die Subdelegations-Urkunde im Anhang Nr. XI.

[3]) Vgl. im Anhang das Aktenstück Nr. XII.

1. August 1817. Auch der General-Vikar Klinkenberg war am 12. März 1822 einer langwierigen Brustkrankheit erlegen. Monpoint erhielt eine Pfründe im kölner Kapitel, Fonck die wohlverdiente Probstei. Als Domprobst hat er noch sechs Jahre in dem wiederhergestellten Erzbisthum gewirkt. Am 11. Juni 1826 beging er in festlicher Weise das Jubiläum seines fünfzigjährigen Priesterthums. Er starb vom Schlage gerührt am 28. Juni 1830.

Anhang.

I.

Statuts du Chapitre de Versailles,

Approuvés par le Gouvernement.

(Ces statuts ont été faits par le Gouvernement lui-même et sont communs à tous les chapitres de France.)

Art. 1. Le Chapitre de Versailles est composé de dix membres, y compris les deux Vicaires généraux de l'Evêque.

Art. 2. On ne peut être nommé Chanoine sans avoir l'ordre de la Prêtrise.

Art. 3. Les Vicaires généraux, dont les pouvoirs seraient revoqués par l'Evêque, cessent d'être Membres du Chapitre.

Art. 4. Le curé de la Cathédrale et le Directeur du Séminaire ont rang parmi les Chanoines, quand ils assistent à l'office.

Art. 5. Un des Vicaires généraux nommés par l'Evêque a le premier rang dans le choeur.

Art. 6. Les autres Chanoines prennent rang suivant l'ancienneté de leur ordination, pour cette fois seulement, et dans la suite suivant la date de leur entrée dans le Chapitre.

Art. 7. Quand le Curé de la Cathédrale et le Directeur du Séminaire assistent à l'office, ils prennent rang parmi les Chanoines suivant l'ancienneté de leur ordination, pour cette fois seulement, et dans la suite le Curé suivant la date de son institution canonique et le Directeur suivant la date de sa nomination à cette place.

Art. 8. Les Chanoines ne forment point un corps particulier, et ne s'assemblent jamais pour délibérer sans la permission de l'Evêque.

Art. 9. L'Evêque préside les assemblées du Chapitre, soit par lui-même soit par l'un de ses Vicaires généraux, par lui commis à cet effet.

Art. 10. Il détermine les matières, qui sont mises en discussion, et demande l'avis des Chanoines sans être astreint de s'y conformer.

Art. 11. Il nomme seul aux différens titres dans la Cathédrale et aux différentes fonctions, qui s'y exercent.

Art. 12. Les Chanoines lui donnent connaissance des abus, et ne peuvent dans aucun cas les réformer par eux-mêmes.

Art. 13. L'Evêque officie toutes les fois, qu'il le juge convenable; les Chanoines officient chacun à leur tour; le Curé sera pareillement admis à officier à son rang.

Art. 14. La grande Messe capitulaire des dimanches et fêtes est la Messe paroissiale de la Cathédrale.

Art. 15. Les Sépultures, Baptêmes, Mariages, Services et Prônes ordinaires sont faits par le curé ou ses Vicaires.

Art. 16. L'Evêque seul fixe l'heure, le lieu et le cérémonial des différens offices.

Approuvé par le Gouvernement le XVII Nivôse an 11.

Signé Portalis.

Pour copie conforme à l'expédition envoyée par le Gouvernement.

A Versailles le 10 Mars 1805.

Vaquier, Secrétaire général.

II.

Décret

de la nouvelle circonscription des paroisses et de l'organisation des églises du diocèse d'Aix la Chapelle.

Marc Antoine Berdolet

par la miséricorde divine, et par la grace du St. Siège Apostolique Evêque d'Aix la Chapelle.

Au Clergé et aux fidèles de notre Diocèse Salut et Bénédiction en notre Seigneur Jésus Christ.

C'est avec confiance que nous vous annonçons, Nos très-chers frères, l'accomplissement de vos voeux les plus justes pour le retour d'un ordre stable dans le ministère Ecclésiastique et pastoral, qui vous assure à jamais le libre exercice du culte divin et les bienfaits de la réligion. Nous vous présentons enfin l'organisation nouvelle de ce

vaste diocèse, et premièrement l'état de l'Eglise Cathédrale d'Aix la Chapelle, la mère de toutes celles du Diocèse, sa nouvelle formation en chapitre et en paroisse; ensuite l'état des paroisses et des succursales que nous avons érigées et circonscrites dans toutes les villes et dans toutes les parties du territoire des départements de la Roër, de Rhin et Moselle. Nous y comprenons les annexes et les chapelles auxiliaires que la difficulté du service a exigé de conserver pour certaines localités, de même que l'état des pasteurs que nous établissons dans toutes les paroisses pour y dispenser les secours de la réligion.

Le tableau que nous vous présentons est le résultat d'un travail, qu'il a fallu prolonger, pour mieux remplir la tâche importante, dont nous avons été chargés, et pour répondre avec toute l'exactitude possible aux intentions de notre très St. père Pie VII, et à la volonté du gouvernement, qui est de rétablir l'ordre dans la discipline et dans l'exercice du culte, ainsi que de pourvoir à vos besoins spirituels, afin que vous ne manquiez d'aucun des moyens salutaires, que vous cherchez avec raison dans une réligion faite pour dissiper les ténèbres de l'ignorance, la dépravation des moeurs, et pour rétablir le regne de la vertu.

L'Article IX de la convention entre le gouvernement français et le St. Siège, signée à Paris le 15 Juillet 1801, ratifiée le 15 Août suivant, charge les évêques de faire une nouvelle circonscription des paroisses de leur diocèse, qui n'aura d'effet que d'après le consentement du gouvernement. L'Ouvrage que nous vous présentons a reçu l'approbation du gouvernement; nous l'avions d'ailleurs travaillé et préparé de concert avec les citoyens Préfets des deux départements qui forment ce diocèse; leur zèle pour la prospérité de leurs administrés, leurs conseils et ceux des sous-préfets, les renseignemens fournis par divers fonctionnaires, et par un grand nombre de citoyens tant Ecclésiastiques que laïques nous ont applani les difficultés qu'il y a de connaître et de peser les avantages, les inconvéniens et les besoins des différentes localités et des habitans. Nous leur devons ici le témoignage public de notre reconnaissance.

Nous voudrions enfin, N. T. C. F., en venir à l'heureuse éxécution de ce qui nous est préscrit relativement à l'organisation par le décret exécutorial de son Eminence le Cardinal Caprara, Légat à latere de sa Sainteté, du 9 Avril 1802, et en conséquence après avoir tout murement examiné et invoqué le St. nom de Dieu, nous avons érigé et nous érigeons dans le territoire du département de la Roër quarante cinq paroisses, savoir: à Aix la Chapelle, dans notre église Cathé-

drale, dédiée à Dieu sous le titre de l'Assomption de la B. V. M., nous avons érigé un chapitre de dix Canonicats, et une paroisse dont le service se partage dans son annexe à St. Foilan. Nous avons en outre établi dans la même ville les paroisses de St. Pierre et de St. Nicolas; cinq succursales et quelques oratoires, comme il est à voir au tableau joint au présent décret.

Ensuite dans l'arrondissement d'Aix la Chapelle, nous érigeons en paroisses les églises de St. Michel à Borcette, de St. Anne à Duren, des Sts. Apôtres Pierre et Paul à Eschweiler, de St. Jean Baptiste à Nideggen, de Notre-Dame à Geilenkirchen, de St. Nicolas à Gemund, de St. Gangulfe à Heinsberg, de St. Martin à Linnich, de la Nativité de la Ste. Vierge et de l'Invocation de St. Joseph à Montjoie, de St. Pierre à Sittard.

Dans la ville de Cologne nous avons établi quatre paroisses, savoir: à Ste. Marie au Capitôle, à St. Pierre, à St. Colombe et au Dôme de la cidevant Métropole sous l'invocation de St. Pierre et des Sts. Mages, et seize succursales avec quelques oratoires.

Dans l'arrondissement de Cologne, les églises que nous érigeons en paroisses sont celles de St. Rémi à Bergheimerdorff, de St. Marguerite à Bruhl, de St. Michel à Dormagen, de St. Etienne à Elsen, de l'Assomption à Juliers, de St. Kilianus à Lechnich, de St. Martin à Kerpen, de St. Severin à Loevenich au Canton Weyden, et de St. Pierre à Tolbiacum autrement Zulpich.

A Creveld et dans son arrondissement nous établissons en paroisses les églises suivantes, savoir: de St. Denis à Creveld, de St. Corneille à Dulken Canton de Bracht, l'église sous l'invocation de Notre-Dame et de St. Lambert à Erkelens, de la Nativité de la Ste. Vierge à Kempen, de St. Joseph à Meurs, de St. Quirin à Neuss, de St. Vite à Gladbach Canton Neersen, de Ste. Hélène à Dahlen Canton Odenkirchen, des Sts. Pierre et Paul à Rheinberg, de St. Pierre à Urdingen, de St. Rémi à Viersen.

A Clèves et dans son arrondissement nous avons érigé en paroisses les églises de l'Assomption de Notre-Dame à Clèves, de St. Nicolas à Calcar, des Sts. Apôtres Pierre et Paul à Cranenbourg, de Ste. Marie Magdaléne à Goch, de Ste. Marie Magdaleine à Gueldres, de St. Lambert à Horst, de St. Martin à Wankum, des Sts. Victor et Compagnons à Xanten.

Après cela nous avons aussi érigé et érigeons trente trois paroisses dans l'étendue du département de Rhin et Moselle, savoir: dans la ville de Coblenz deux paroisses, l'une à l'église de St. Castor, l'autre à celle de Notre-Dame, et dans l'arrondissement de Coblenz les égli-

ses que nous avons érigées en paroisses sont celles de l'Assomption de la B. V. M. à Andernach, de St. Sevère à Boppard, de Ste. Etienne, P. M. à Polch, des Sts. Martin et Sevère à Munstermayfeld, de Ste. Catherine à Treiss, de St. Maurice à Rübenach, de St. Clement P. à Mayen, de St. Pancrace à Kaysersesch, de St. Etienne à Lutzerath, de St. Martin à Cochem, des Sts. Pierre et Paul à Zell.

Dans la ville de Bonn nous érigeons en paroisse l'église de St. Martin au Dôme, et dans l'arrondissement de Bonn, celles de St. Michel à Marienforst, de St. Jean Baptiste à Adenau, de St. Laurent à Ahrweiler, des Sts. Pierre et Paul à Remagen, des Sts. Chrysanthus et Daria à Munstereiffel, de St. Jean Baptiste à Meckenheim, de St. Valère à Wanderat, de St. Germain à Niderzissen, de St. Matth. Apôtre à Ulmen.

A Simmeren nous établissons pour église paroissiale celle des Sts. Joseph et Etienne et dans l'arrondissement de Simmeren nous élevons en paroisses les églises de l'invention de la Ste. Croix à Castellaun, de St. Michel à Kirchberg, de St. Pancrace à Kirn, de St. Nicolas à Kreuznach, de Notre-Dame à Oberwesel, de l'Assomption à Pünderich, de St. Jaques à Stromberg, de St. Mathieu à Sobernheim, de St. Goar à St. Goar. Déclarons au surplus que les revenus, qui d'après la convention énoncée ci-dessus entre sa Sainteté Pie VII et le gouvernement français sont assignés aux églises pour la subsistance des pasteurs, leur tiendront lieu de dotation.

Les territoires des justices de paix n'offrent presque partout qu'une seule paroisse; mais pour suppléer à ce qui manquéroit à l'exercice et aux droits de la réligion, nous avons encore érigé dans chaque paroisse ou justice de paix, autant d'églises succursales ou d'annexes, ou même de chapelles auxiliaires, que la population, les besoins et la commodité des fidèles nous ont paru le demander, ainsi qu'il est à voir au tableau joint au présent décret; et comme les paroisses ainsi que leurs succursales devaient se renfermer chacune dans les limites de sa justice de paix, nous n'avons dépassé ces mêmes limites que lorsque les localités et la necessité du service de la réligion ne l'ont pas permis autrement. Au reste, si l'expérience nous faisoit connaître avec le tems que des localités seroient trop écartées ou que les communications avec leur église deviendraient impraticables, nous ne négligerons pas de rémédier à de semblables inconvénients, soit par l'établissement de vicaires résidents, soit de quelque autre manière pour ne laisser manquer les habitans d'aucun des secours de la réligion.

Nous n'avons N. T. C. F. d'autre dessein dans ces divers arrangemens que vous faciliter la pratique des devoirs, qui vous attachent à

la réligion, et des devoirs qui vous lient aux autorités locales dans les rapports de l'ordre et de la société civiles.

Et pour prévenir toute confusion dans l'exercice de la jurisdiction spirituelle des pasteurs, nous désignons et arrêtons de la manière la plus précise le territoire, les dépendances, et les limites de chaque paroisse et de chaque succursale, comme le tout est à voir dans le tableau que nous faisons mettre à la suite du présent décret.

Nous devons aussi vous déclarer que la qualité de curé, dans les divers arrondissements des justices de paix, donne, à la vérité, à celui qui en est revêtu la surveillance et la direction sur le ministère des desservans de son arrondissement; mais que cette prééminence d'honneur n'ôte rien aux desservans des succursales de leurs prérogatives de pasteurs, ensorte que les églises érigées en succursales jouissent véritablement de tous les droits de paroissialité, et que les prêtres qui les desservent, sont autorisés à remplir toutes les fonctions pastorales dans l'étendue du territoire, qui leur est assigné, sans que les curés ayent le droit de faire aucune fonction pastorale soit dans les églises, ou sur le territoire des succursales, soit dans leurs églises mêmes ou sur leur propre territoire, à l'egard des personnes, qui habitent le territoire des succursales de leur arrondissement, à moins qu'ils n'en ayent reçu de nous la commission spéciale.

Nous devons enfin vous déclarer en vertu des lettres apostoliques et du décret exécutorial de son Eminence le Cardinal Caprara Légat a latere du 9. Avril 1802 et nous déclarons par notre présent décret des maintenant supprimées a perpétuité avec leurs titres, la charge d'âmes et toute espèce de jurisdiction, toutes les églises paroissiales comprises dans le territoire de la nouvelle circonscription de notre diocèse et dans lesquelles la charge d'âmes est exercée par quelque prêtre que ce soit, ayant titre de curé, recteur, vicaire perpétuel, ou tout autre titre et denominations quelconques, de manière qu'à mesure qu'un curé ou un desservant, ou enfin un pasteur ou recteur est ou sera placé de notre autorité et en vertu de la nouvelle organisation dans chacune des églises érigées nouvellement en paroisses, succursales, annexes ou chapelles auxiliaires, toute jurisdiction des anciens curés, desservans, recteurs ou vicaires devra entièrement cesser dans le territoire assigné aux nouvelles paroisses et succursales, et que nul ne pourra être regardé et tenu pour curé, desservant, recteur, ou comme ayant aucun autre titre, quelqu'il soit, ni exercer aucune charge d'âmes dans ces mêmes églises ou dans leur territoire, si ce n'est celui que nous aurons institué comme curé, ou desservant, ou pasteur.

Et en conséquence du même décret exécutorial précité de son

Eminence le Cardinal Légat, nous déclarons vacans tous les offices que l'on sait appartenir à la Cléricature, et qui sont institués pour l'assistance des pasteurs et recteurs des églises, ou qui sont principalement affectés au ministère du culte sacré, tels que nous en connoissons sous le nom de vicaire, de vice-pastorat, de coadjutorerie, de custodie, les offices de sacristain, de marguillier, de chantre et autres, entant que ces offices ont un rapport particulier au service du culte divin, soit qu'ils soient remplis par des Ecclésiastiques, ou qu'ils soient exercés par des laïques, laissant néanmoins provisoirement continuer ceux, qui les exercent, jusqu'à ce que nous en puissions disposer ainsi qu'il conviendra.

Nous enjoignons à M. M. les Curés des villes et à chacun de ceux de toutes les justices de paix dans tous les cantons de notre Diocèse, de publier notre présent décret et ordonnance dans leurs églises au prône de la messe paroissiale, le premier dimanche qui en suivra la réception et de donner en même tems lecture au prône de la circonscription qui concerne sa paroisse et son canton.

Nous prévenons M. M. les Curés et desservans nouvellement nommés aux places dans le tableau ci-joint, qu'ils seront incessamment convoqués par le citoyen Préfet dans l'église paroissiale de leurs sections ou cantons respectifs pour y prêter le serment préscrit par l'article 6 du Concordat et nous recommandons fortement de ne point différer ensuite la prise de possession de leurs places respectives, désirant que tous soient installés dans le courant de la semaine du second dimanche après Pâques afin que chacun soit en fonction par le Jubilé, que nous allons publier. M. M. les curés sont chargés de pourvoir M. M. les Desservans de leurs cantons des provisions que nous leur adresserons pour eux, d'installer chacun d'eux dans la desserte qui lui est confiée, à moins qu'il n'y ait exception particulière et expresse de notre part.

A mesure que M. M. les Curés et Desservans seront installés et dans le mois de leur installation, ils nous enverront l'état des Ecclésiastiques non employés dans l'organisation et résidants sur le territoire de leur paroisse ou succursale, en y specifiant les noms, les titres ou qualités actuelles et passées, le lieu et la date précise de naissance de chacun d'eux, et ils les avertiront dûment de la déclaration que nous faisons ici : qu'à dater du jour de leur installation en un mois, tout exercice de fonctions pastorales, toute jurisdiction ou faculté d'approbation quelconques sont révoquées et cessent entièrement pour eux au terme des trente jours, si ce n'est qu'ils soient demandés ou employés comme Vicaires ou Subsidiaires des curés ou

desservans, et qu'ils ayent en cette qualité obtenus de nous, ou de notre Vicaire géneral une approbation en conséquence d'un examen de moeurs et de capacité.

Quant aux curés eux mêmes et aux desservans qui n'auroient pû encore se présenter jusqu'ici aux examens que nous avons voulu leur faciliter en les instituant ici, à Cologne et à Coblenz, ou qui n'auraient pas été dispensés légitimement, nous consentons qu'ils usent encore de la faveur et des facultés de leurs approbations jusqu'au sixième dimanche après Pentecôte, avec l'obligation de se présenter dans cet intervalle aux examens institués, comme il est dit ci-dessus, si déja ils ne l'ont fait, ou s'ils n'en sont dûment et expressément dispensés.

Du reste N. T. C. F. nous avons tout lieu de nous promettre de la fidélité, et des bonnes dispositions du clergé de ce diocèse, que comme il vous a été dévoué dans les tems de troubles et de calamités pour le maintien de la tranquillité, de la subordination et de la réligion, il ne cessera de vous donner à l'avenir des preuves de son zèle pour la restauration du culte divin, pour la réparation des moeurs et votre salut éternel.

La réligion presque méconnue au milieu de la multitude d'institutions accessoires et de fatales richesses, alloit se perdre dans l'avilissement auquel elle étoit livrée et dans l'abyme des passions qui la combattoient; mais le nouvel ordre qui s'établit aujourd'hui sous la protection des loix et de l'autorité suprême du gouvernement, en la ramenant à la majestueuse simplicité de sa hiérarchie, lui rend, pour ainsi dire, la vie et la force. Rendons d'immortelles actions de grâces à Dieu qui est le premier auteur de ce bienfait; mais que notre reconnaissance pour les hommes qui nous ont procuré ce grand bien ne s'éteigne jamais, et qu'elle nous porte sans cesse à faire des voeux pour leur conservation et pour leur prospérité. Rendons surtout à l'homme célébre, si justement nommé le Restaurateur du culte et le Libérateur de la France, le tribut de nos hommages et de notre attachement inviolable.

Un exemplaire de notre présent décret signé de notre main sera adressé au Gouvernement et un autre à son Eminence le Cardinal Caprara Légat a latere de sa Sainteté.

Donné à Aix la Chapelle le Jeudi 10 Ventôse de la République Fr. l'an XII [1. Mars 1804].

Marc Antoine Evêque.

Par Monsieur l'Evêque,
Monpoint Chanoine Secrét.

III.

Bulla confirmationis provisionis ecclesiae Aquisgranensis.

Pius Ep. S. S. D. venerabili fratri Marco Antonio Berdolet, Episcopo Aquisgranensi, salutem et apostolicam benedictionem. Summi dispositione rectoris ad regimen universalis ecclesiae meritis licet imparibus assumpti, curis angimur assiduis et continua meditatione pulsamur, ut opem et operam, quantum Nobis ex alto conceditur, efficaciter impendamus, quod orbis ecclesiae pastorum regiminibus destitutae per nostrae providentiae ministerium viris committatur idoneis, qui sciant, velint et valeant ecclesias eis commissas studiose regere et feliciter gubernare. Sane cum Nos per alias nostras in simili forma sub plumbo expeditas litteras, datas videlicet apud Sanctam Mariam Maiorem anno Incarnationis Dominicae 1801., tertio Calendas Decembris, pontificatus Nostri anno secundo, titulum totumque statum omnium Archiepiscopalium et Episcopalium ecclesiarum in Gallicana ditione existentium apostolica auctoritate suppresserimus, annullaverimus et exstinxerimus, et per easdem litteras novam Episcopalem ecclesiam Aquisgranensem, quae Archiepiscopali ecclesiae Mechliniensi suffraganea existat, erexerimus et constituerimus, prout in praefatis litteris plenius continetur, dilectus vero filius Noster Joannes Baptista, tituli sancti Onuphrii sanctae Romanae ecclesiae presbyter Cardinalis Caprara nuncupatus, Noster et Sedis Apostolicae ad carissimum in Christro filium Nostrum Napoleonem Bonaparte, tunc primum Galliarum reipublicae consulem, nunc autem Gallorum imperatorem, de latere legatus, in eisdem litteris contentis mandatis fideliter obsequens ipsasque litteras debitae executioni mandans, cathedralem ecclesiam Aquisgranensem sub titulo Beatae Mariae Virginis nominandam designaverit, ipsique Episcopali ecclesiae Aquisgranensem dioecesim in successivo eius decreto, ad quod omnimoda relatio haberi debet, assignaverit, quumque ecclesiae Aquisgranensi, ad quam, dum illa pro tempore vacat, nominatio personae idoneae Romano pontifici pro tempore existenti facienda ad praefatum nunc imperatorem spectat et pertinet, a primaeva illius erectione et institutione huiusmodi pastoris solatio destitutae, [vigore facultatis][1]) per alteras Nostras in forma Brevis sub annullo Piscatoris die 29. Novembris ipsius anni 1801. Pontificatus nostri etiam secundi expeditas litteras sibi a Nobis pro hac vice

[1]) Die eingeklammerten Worte fehlen der Abschrift in den Kapitels-Protokollen.

tantum ob peculiares et extraordinarias causas tributae, per suas patentes litteras datas 30. mensis Maii anni 1802. te, presbyterum in dioecesi Basileensi progenitum, sexagesimum quintum tuae aetatis annum agentem, qui fidem catholicam iuxta articulos jam pridem a Sede Apostolica praepositos expresse professus fuisti, ac fidelitatis debitae iuramentum praestitisti, quemque praefatus Napoleo nominaverat, in episcopum praefecerit et in illa instituerit, ea tamen adiecta lege, quod a Nobis et Apostolica Sede infra spatium sex mensium praefectionis et institutionis huiusmodi approbationem et confirmationem impetrare deberes : Nos itaque praefectionem et institutionem huiusmodi de tua persona, ut praefertur, factas, etiamsi tempus ut supra praefinitum elapsum existat, approbantes et confirmantes ac sperantes, quod tu eidem ecclesiae Aquisgranensi esse poteris utilis ac etiam fructuosus, te a quibusvis suspensionis et interdicti aliisque ecclesiasticis sententiis, censuris et poenis a iure vel ab homine quavis occasione vel causa latis, si quibus quomodolibet innodatus existis, ad effectum praesentium dumtaxat consequendum, harum serie absolventes et absolutum fore censentes, eiusdem ecclesiae Aquisgranensis Apostolica auctoritate in episcopum confirmamus, curam, regimen et administrationem ipsius ecclesiae Aquisgranensis in spiritualibus et temporalibus iuxta memoratas praefati Joannis Baptistae Cardinalis patentes litteras plenarie tibi committendo in illo, qui dat gratias et largitur praemia, confitentes, quod, dirigente Domino actus tuos, praefata ecclesia Aquisgranensis per tuae circumspectionis industriam et studium fructuosum regetur, utiliter et prospere dirigetur ac grata in eisdem spiritualibus et temporalibus suscipiat incrementa. Jugum igitur Domini tuis impositum humeris prompta devotione gestans, curam et administrationem praefatas sic exercere studeas sollicite ac fideliter et prudenter, quod ecclesia ipsa Aquisgranensis gubernatori provido et administratori fructuoso gaudeat se commissam, tuque praeter aeternae retributionis praemium nostram et Sedis Apostolicae benedictionem et gratiam exinde consequi merearis. Quocirca dilectis filiis capitulo dictae ecclesiae Aquisgranensis et clero et populo civitatis et dioecesis Aquisgranensis per apostolica scripta mandamus, ut capitulum tibi tamquam patri et pastori animarum suarum humiliter intendentes exhibeant tibi obedientiam et reverentiam debitas ac devotas, et clerus te pro Nostra et dictae Sedis reverentia benigne recipientes ac honorifice pertractantes tua salubria monita et mandata suscipiant humiliter et efficaciter adimplere procurent, populus vero te tamquam patrem et pastorem animarum suarum devote suscipientes et debita honorificentia prosequentes tuis monitis et mandatis salubribus intendant, ita quod tu in eis devotionis filios et ipsi in te

per consequens patrem benevolum invenisse gaudeatis. Rogamus quoque et hortamur attente venerabilem fratrem nostrum Archiepiscopum Mechliniensem, cui dicta ecclesia Aquisgranensis iure metropolitico subesse dignoscitur, ipsi Archiepiscopo per easdem praesentes mandantes, quod te et praedictam ecclesiam Aquisgranensem habens pro Nostra et dictae Sedis reverentia propensius recommendatos in conservandis iuribus vestris sic vos benigni favoris auxilio prosequatur, quod tu eius fultus praesidio in commisso tibi curae pastoralis officio possis Deo propitio prosperari, ipseque Archiepiscopus proinde divinam misericordiam ac nostram et dictae Sedis benedictionem et gratiam valeat promereri. Demum celsissimum ipsum Napoleonem imperatorem rogamus pariter et hortamur, ut perspectum habens, eximiae virtutis esse opus, Dei ministros benigno favore prosequi ac eos ad regis aeterni gloriam venerari, te sua potestate ita tueatur, ut suo fultus praesidio commissum tibi Aquisgranensis ecclesiae curae pastoralis officium possis Dei ope perficere, eidemque Napoleoni exinde a domino perennis vitae praemium et a Nobis condigna proveniat actio gratiarum. Datum Parisiis anno incarn. Dom. 1805. V. Calendas Aprilis [1]), pontificatus Nostri anno sexto.

IV.

Erlass des Aachener Capitels an die Geistlichkeit, die Bestätigung Berdolets betreffend.

Capitulum cathedralis ecclesiae Aquisgranensis venerabili eiusdem dioecesis clero salutem in Domino sempiternam. Investigabilium viarum Deus, attingens a fine usque ad finem fortiter et disponens omnia suaviter, qui tot inter viros, doctrina celebres, morum gravitate probatos ac prudentia in rebus agendis conspicuos, ad supremum culmen sacerdotii misericorditer evexit reverendissimum ac illustrissimum D. D. Marcum Antonium Berdolet, amplissimique gregis regimen in sancta sede Aquisgranensi opera invictissimi et gloriosissimi imperatoris ac regis Napoleonis humeris eiusdem imposuit, ille ipse pater misericor-

1) Die Abschrift der Bulle in den Kapitels-Protokollen ist „Calendis Aprilis“ datirt, wahrscheinlich in Folge eines Schreibfehlers, da die anschließende Bekanntmachung des Domkapitels das Datum durch quinto Calendas Aprilis bezeichnet.

diarum et Deus totius consolationis, qui operatur omnia secundum consilium voluntatis suae, novissime diebus istis replevit nos omni gaudio et exultatione spiritus, quando Sanctissimus Dominus noster Pius divina providentia Papa VII. altefatum dominum episcopum nostrum per solemnem bullam, quinto Calendas Aprilis a. c. Lutetiae Parisiorum datam, in apice pastoralis officii confirmare et sic una erectioni sedis episcopalis Aquisgranensis, iam anno pontificatus sui secundo per litteras III. Cal. Decembris sub plumbo expeditas factae, robur addere dignatus est.

Haec porro dum vobis annuntiamus cordis nostri gaudia, viri fratres, qui in partem sollicitudinis pastoralis vocati estis, pariter vos obsecramus per Dominum nostrum Jesum Christum et per caritatem sancti Spiritus, ut adiuvetis nos in orationibus vestris pro reverendissimo ac illustrissimo domino episcopo nostro ad Deum, quatenus procul ab insidiis inimici pascat gregem sibi commissum in verbo veritatis Evangelii, in virtute et Spiritu sancto, in pace et aequitate, donec post seros annos, quum apparuerit princeps gloriae, dierum meritorumque plenus percipiat immarcescibilem coronam gloriae in coelis. Haec sunt, viri fratres, quae plena fiducia ad vos verba facimus; ceterum, quae pacis sunt, sectemur, et quae aedificationis sunt, in invicem custodiamus. Gratia Domini nostri Jesu Christi cum omnibus vobis.

Aquisgrani 1. Therm. XIII (20 Juillet 1805). Gauzargues vices gerens secrétarii.

V.

Dekrete

Napoleons und des Kardinals Kaprara über die Vereinigung Wesels mit der Diözese Aachen.

Décret impérial sur l'union de la ville de Wesel et de son territoire, au diocèse d'Aix-la-Chapelle.

Du 1 Avril 1808.

(Recueil des actes de la préfecture du département de la Roër, Jahrg. 1809, S. 219.)

Sur le rapport de notre ministre des cultes,

Notre conseil-d'état entendu,

Nous avons décrété et décrétons ce qui suit:

Art. 1. Le décret d'union de la ville de Wesel avec son terri-

toire, au diocèse d'Aix-la-Chapelle, rendu à Paris par le cardinal Caprara, légat à latere, le 8 mars 1808, d'après l'autorisation qu'il en a reçue de sa sainteté Pie VII, sera publié sans approbation des clauses, formules ou expressions qu'il renferme, et qui sont ou pourraient être contraires aux lois de l'empire, aux franchises, libertés et maximes de l'église gallicane.

2. Ledit décret sera transcrit en latin et en français sur les registres du conseil-d'état, et mention en sera faite par le secrétaire du conseil.

3. Notre ministre des cultes est chargé de l'exécution du présent décret.

Décret d'union de la ville de Wesel et de son territoire au diocèse d'Aix-la-Chapelle.

Nous, Jean-Baptiste Caprara, cardinal prêtre de la sainte-église romaine, du titre de Saint-Honufre, archevêque de Milan, légat à latere de notre très-saint père et seigneur le pape Pie VII et du saint-siége apostolique, près sa majesté l'empereur des Français.

Aussitôt que nous avons compris, d'après le décret impérial par lequel la ville de Wesel, située sur la rive droite du Rhin, et son territoire, sont incorporés au territoire français et en font partie, que sa majesté Napoléon 1er, empereur des Français et roi d'Italie, souhaitait que ladite ville et son territoire fussent unis à l'église et au diocèse d'Aix-la-Chapelle, pour le spirituel, par l'autorité apostolique, et aussitôt que nous avons reçu, pour cette même union, des demandes, nous nous sommes empressés d'en référer à notre très-saint père le pape Pie VII;

Et comme sa sainteté, cédant à ces voeux et demandes, nous a, par son rescrit donné à Rome, auprès de Sainte-Marie majeure, accordé pour cela les facultés nécessaires, pourvu néanmoins qu'après avoir reçu le consentement de l'ordinaire auquel ladite ville se trouve soumise en ce moment, nous eussions de justes motifs de croire que cette mesure est utile devant le seigneur;

Nous donc, estimant que l'union de la dite ville et de son territoire à l'église et au diocèse d'Aix-la-Chapelle, est, à cause de circonstances particulières, utile dans le seigneur, et ayant reçu le consentement du chapitre du diocèse de Cologne, établi sur la rive

droite du Rhin, le siége archiépiscopal étant vacant, consentement exprimé dans sa lettre de (Deutz) sur le Rhin, en date du 27 février; enfin, ayant égard au consentement du révérendissime Marc-Antoine Berdolet, évêque d'Aix-la-Chapelle, et du chapitre de son église cathédrale;

Par la spéciale et expresse autorité apostolique, qui nous a été, ainsi que dessus, expressément accordée, nous distrayons, démembrons et séparons ladite ville de Wesel et son territoire dudit diocèse de Cologne, et nous unissons, joignons et incorporons, à perpétuité, à l'église d'Aix-la-Chapelle et à son diocèse nouvellement circonscrit, et nous soumettons de toute manière les habitans, tant ecclésiastiques que laïques, à la juridiction, obéissance et supériorité ecclésiastique du vénérable évêque de l'église d'Aix-la-Chapelle et de ses successeurs; et, en vertu du présent décret, nous déclarons la même ville et ses dépendances, ainsi unies, adjointes et incorporées à l'eglise d'Aix-la-Chapelle, et ses habitans tellement soumis à l'évêque d'Aix-la-Chapelle, actuellement et pour le tems à venir, que ledit évêque, soit par lui, soit par toute autre personne, peut prendre une entière, réelle et corporelle possession ou quasi-possession dudit régime ecclésiastique; et après l'acte de cette possession ou quasi-possession, exercer toute juridiction spirituelle, ecclèsiastique et ordinaire à l'égard de la même ville et de ses dépendances, comme aussi, jouir librement et validement, à l'égard des habitans, du plein droit d'ordinaire;

Voulons que cette distraction et union, faites respectivement par l'autorité spéciale et apostolique, soient pour toujours efficaces et valides, et sortent pleinement et entièrement leur effet, et ordonnons que chacune des choses réglées par notre présent décret, soit inviolablement observée par tous ceux qu'il appartient ou qu'il appartiendra, nonobstant toutes choses à ce contraires, qui demanderaient mention spéciale, individuelle et expresse.

Donné à Paris, au palais de notre résidence le 8 mars 1808.

Signé: J.-B^{te}, cardinal légat.

Pour traduction conforme:

Le ministre des cultes, comte de l'empire,

Signé: Bigot de Préameneu[1]).

---

1) Vgl. Hermens a. a. O. III. 270 ff.

VI.

Séance Capitulaire du 14 novembre 1810.

Enregistrement de la nomination de Monsieur Camus à l'évêché d'Aix-la-Chapelle.

Le Chapitre Cathédral, dûment et extraordinairement convoqué et assemblé, a reçu communication par M. M. les Vicaires généraux *sede vacante* d'une lettre à eux adressée le 10 Novembre par S. E. le Ministre des cultes, ainsi que d'une expédition du décret impérial du 22 Octobre précedent, par lequel Sa Majesté Impériale a nommé Monsieur Camus, Vicaire général du diocèse de Meaux, à l'Evêché d'Aix-la-Chapelle, vacant par la mort de Monsieur Berdolet (Marc Antoine). En conséquence il a arrêté que la lettre de S. E. le Ministre des Cultes ensemble le décret de Sa Majesté seraient portés dans son Registre :

Suit la lettre de S. E. le Ministre.

Paris le 10 Novembre 1810.

Messieurs les vicaires généraux. Je vous transmets une expédition en forme du décret du 22 Octobre dernier par lequel Sa Majesté a nommé Monsieur Camus, Vicaire général du Diocèse de Meaux, à l'évêché d'Aix-la-Chapelle, vacant par la mort de M. Berdolet (Marc Antoine). Veuillez en donner communication au Chapitre.

Agréez M. M. etc.

Signé : Bigot de Préameneu.

Suit le décret Impérial qui nomme Monsieur le Camus à l'évêché d'Aix-la-Chapelle.

Ministère des Cultes.

Extrait des minutes de la Secrétairerie d'Etat.

Extrait du décret Impérial daté du palais de Fontainebleau le 22 Octobre 1810.

Napoléon Empereur des Français, Roi d'Italie et Protecteur de la Confédération du Rhin, Médiateur de la Confédération Suisse.

Nous avons décrété et décrétons ce qui suit :

Art. I.

Est nommé à l'évêché d'Aix-la-Chapelle le Sr. Camus, Vicaire général du Diocèse de Meaux.

Art. II.

Notre ministre des cultes est chargé de l'exécution du présent décret.

Signé: Napoléon.

Par l'Empereur:

Le Ministre secrétaire d'état.

Signé: H. B. Duc de Bassano.

Pour extrait conforme

Le ministre des Cultes

Le Cte. Bigot de Préameneu.

(L. S.) Par le ministre

L'auditeur au conseil d'état, secrétaire général.

Pour copie conforme

Hutmacher Chan. secrétaire.

VII.

Déclaration du Chapitre

pour l'établissement d'un Vicariat général en faveur de Mr. le Camus.

Séance Capitulaire du 27 novembre 1810. Ce jourd'hui vingt sept du mois de novembre de l'an de Jesus Christ 1810, les membres du Chapitre Cathédral d'Aix-la-Chapelle se sont assemblés en la salle ordinaire de leurs séances pour y prendre connaissance d'une lettre de S. E. le ministre des cultes du 21 cour., adressée à M. M. les vicaires généraux, et que ceux-ci leur ont communiqué.

Cette lettre rappellant le décret de la nomination faite par Sa Majesté Impériale de Monsieur le Camus, vicaire général de Meaux, à l'évêché d'Aix-la-Chapelle et faisant connaître que l'intention de Sa Majesté est que les membres du Chapitre se réunissent de suite relativement aux pouvoirs qui sont dans leur attribution;

Les dits membres du Chapitre s'étant conformés au droit canonique et aux dispositions du concile de Trente, lorsqu'ils ont nommés dans les huit jours après la mort de feu Monsieur Berdolet évêque, M. M. Fonck et Klinkenberg vicaires généraux pendant la vacance du siége, et qu'ils les ont confirmé en cette dite qualité conformément à la loi du 18 germinal an 10, s'empressent de remplir les intentions de Sa Majesté l'Empereur et de satisfaire le désir particulier qu'ils

ont de voir au plutôt monsieur Camus au milieu d'eux, par l'estime que leur inspirent son mérite personnel et la réputation dont il jouit,

arrêtent en conséquence et déclarent:

qu'ils accueillent sincèrement et avec empressement Monsieur Camus nommé à l'évêché d'Aix-la-Capelle, et sont disposés d'établir, aussitôt à son arrivée en cette ville, un vicariat général pour l'administration du diocèse, lequel sera composé de Monsieur Camus et de M. M. Fonck et Klinkenberg.

Expédition de la présente délibération sera adressée à Son Excellence le Ministre des cultes, et à Monsieur Camus à Meaux où il se trouve.

Faite en séance Capitulaire les jours, mois et an que d'autre part.

C. H. Cardoll Doyen. Braun Chanoine.
Gauzargues Chanoine. Monpoint Chanoine.
Hutmacher Chan. Secrétaire.

VIII.

Séance Capitulaire du 7 Janvier 1811.

Délibération du Chapitre pour l'élection de Mr. Camus.

Le Chapitre Cathédral d'Aix-la-Chapelle, dûment et extraordinairement convoqué, s'est assemblé à l'effet de procéder à l'exécution de la délibération qu'il a prise le 27 Novembre précédant, dans laquelle il a déclaré qu'il établirait à l'arrivée de Monsieur Camus, nommé à l'évêché d'Aix-la-Chapelle, un vicariat général pour la plus facile et plus utile administration du Diocèse, lequel vicariat général serait composé de Mr. Camus et de M. M. Fonck et Klinkenberg;

Lecture donnée de ladite délibération, le Chapitre a rendu justice au zèle et à l'activité que M. M. Fonck et Klinkenberg ont apportés dans la gestion des fonctions à eux attribuées dans la séance capitulaire du 14 août 1809; et voulant concilier dans les circonstances présentes les règles canoniques tant avec les usages de l'église Gallicane qu'avec les ménagemens que sollicitent l'état et le bien général du Diocèse;

Il a considéré 1) que le nombre des grands vicaires que le chapitre peut nommer n'est pas déterminé, mais qu'il dépand de l'état de l'étendue du Diocèse, et de plusieurs autres circonstances particulières d'utilité publique.

2) Que plusieurs grands vicaires dans ce vaste Diocèse d'Aix-la-Chapelle sont extrêmement utiles, vu surtout l'éloignement du Département de Rhin et Moselle, dans lequel il sera alors pourvu plus facilement à l'expédition de toutes les affaires relatives au gouvernement du Diocèse pendant la vacance du siége;

3) Il a manifesté le désir particulier qu'il a de se conformer en tout ce qui est possible aux intentions de Sa Majesté Impériale et d'honorer le mérite et l'expérience de Mr. Camus:

En conséquence il a nommé et nomme Mr. Camus vicaire général administrateur du Diocèse d'Aix-la-Chapelle pendant la vacance du siége. Il renouvelle sa délibération du 14 août 1809 et confirme en la qualité de vicaires généraux M. M. Fonck et Klinkenberg, lesquels continueront d'exercer de concert et avec Monsieur Camus les pouvoirs à eux attribués précédemment.

Expédition double de la présente délibération sera remise à Mr. Camus, qui voudra bien en adresser une à S. E. le Ministre des cultes. Même expédition sera donnée à M. M. Fonck et Klinkenberg, enfin communication en sera donnée par le chapitre et par la voie de l'impression à M. M. les curés et desservans dans l'étendue du Diocèse, et en particulier à Mr. le Préfet.

Fait à Aix-la-Chapelle les jours, mois et an que d'autre part.

C. H. Cardoll Doyen. Braun Chanoine.
Gauzargues Chanoine. Monpoint Chanoine
Hutmacher Chan. Secrétaire.

En conséquence de la susdite délibération, il a été dressé une circulaire latine pour la communication à en donner à M. M. les curés et desservans du Diocèse, dont la teneur suit.

IX.

Erlass des Kapitels

an die Geistlichkeit, betreffend die Errichtung des neuen General-Vicariates.

Nos decanus et capitulum ecclesiae cathedralis Aquisgranensis sede vacante R. R. D. D. ecclesiarum parochialium et succursalium pastoribus totiusque dioecesis Aquisgranensis presbyteris.

Reverendi Domini. Jam dudum in omnium votis erat, onus vicariatus generalis ex mole negotiorum tam civilium quam ecclesiasti-

corum, quae in dioecesi nostra tam ampla occurrunt, praegravatum sublevari. Capitulum igitur ecclesiae cathedralis Aquisgranensis, gavisum maxime de nominatione Rmi. Dmi. Le Camus ad episcopatum, mox cogitare coepit, quanta dioecesi commoda obvenissent, si vir hic perillustris, qui iam in antiquo rerum ordine in dioecesi Nancejensi ac post concordatum in dioecesi Meldensi officio vicarii generalis aeque laudabiliter ac praeclare functus est, suam huic negotio sollicitudinem conferret. Hinc convocato legitime capitulo die septima huius mensis Januarii Nos decanus et capitulum ecclesiae cathedralis vicariatum generalem constituimus atque ad eundem ut administratorem dioeceseos nominavimus R. D. Le Camus, nominatum ad episcopatum Aquisgranensem et pl. R. R. D. D. Fonck et Klinkenberg, iam dudum vicarios capitulares, ut eorum communicato consilio, negotia dioeceseos peragantur. Properamus, hanc Vobis R. R. D. D. constitutionem communicare, ut compertum habeatis, quantum nobis cordi sit, bonum commune augere ac utilitati aeque ac ecclesiae necessitati succurrere. Ut autem iam omnia recto ordine peragantur, nominati Rmi. Dmi. negotiorum gestionem ex hac provincia dimanantem sibi ita constituerunt, ut omnia more, quo hucusque negotia tractata fuerunt, etiam sint tractanda in posterum. Unde habetis nihil in iusto rerum ordine immutari, neque votis vestris quidquam, quo dioeceseos bonum, quod unicus huius constitutionis scopus est, promoveri possit, desiderandum relinqui.

Aquisgrani decima Januari 1811. C. H. Cardol decanus, Hutmacher can. secret.

X.

Todesanzeige
des ernannten Bischofs Le Camus.

Anno a partu virgineo 1814., die vigesima sexta mensis Aprilis, annum aetatis agens sexagesimum tertium, omnibus morientium sacramentis praemunitus, Lutetiae Parisiorum diem supremum obiit reverendissimus, illustrissimus ac doctissimus dominus Joannes Dionysius Franciscus Camus, quondam per multos annos dioecesium Nancejensis et Meldensis successive vicarius generalis, dein episcopus ad sedem Aquisgranensem nominatus; vir comis, humilis, modestus, affabilis, beneficus; amor cleri, spes populi, pater pauperum, norma gre-

gis. Qui paucis, quibus inter nos vitam traduxit, annis omnium sibi animos devinxit magnumque moriens reliquit desiderium sui, ob eximias virtutes et singulares animi dotes longiore vita et infula pontificali morte praerepta dignissimus. Cuius perdilectam animam e terrestri hoc curriculo ad coelestem gloriam transvolasse merito confiditur, a qua, si ob quosdam humanae fragilitatis naevos forte retardaretur, R. R. D. D. sacerdotum sacrificiis fideliumque suffragiis enixe fuit commendata, ut quantotius requiescat in sancta pace. Capitulum ecclesiae Aquisgranensis.

XI.

Urkunde

des Fürstbischofs von Ermeland, welche dem Grafen von Spiegel die Ausführung der Bulle de S. A. für die Erzdiözese Köln subdelegirt.

Iosephus, Princeps ab Hohenzollern, miseratione divina Episcopus et Princeps Varmiensis, Abbas Olivensis, Sanctissimi Domini Leonis XII. et sanctae Sedis Apostolicae Delegatus ad circumscriptionem Ecclesiarum regni Borussiae, Ordinum Aquilae rubrae primae Classis et Crucis ferreae secundae classis Eques etc.

Plurimum Reverendo, Perillustri, Excellentissimo Ferdinando Augusto Spiegel, comiti in Desenberg & Canstein, Ecclesiae Cathedralis Monasteriensis Praelato meritissimo, Ordinis Aquilae rubrae primae classis Equiti, et Regiae Majestatis Consiliario intimo actuali, salutem et fraternam dilectionem.

Constituto non ita pridem novo Ecclesiarum Episcopalium Trevirensis, Monasteriensis et Paderbornensis statu, restat, ut et Ecclesia Coloniensis, jam antea inter Germaniae Sedes nulli antiquitate et splendore secunda, et in praesenti ad Metropolitanae Ecclesiae gradum restituta, ad praescriptum Bullae „*De salute animarum*“, Dioeceses regni Borussiae circumscribentis, ordinetur et constituatur.

Qua in re gratum sane fuit et jucundum Nobis intelligentibus, expetiisse Te, optimam gerentem voluntatem, à Serenissimo Rege nostro votis, Tibi ut negotium dictae Ecclesiae ordinandae et constituendae committeretur, qui-

bus quidem Rex ipsemet laudatus clementer annuere non recusavit. Quapropter, tum vero etiam nimia locorum distantia et propriae Dioeceseos administrandae cura Nobis incumbente impediti, quominus Ipsimet huic magno negotio subeundo Nos accingamus, jure Delegati Apostolici muniti, Tibi, utpote ad praenominatam Metropolitanam Ecclesiam promovendo, ad cujus dignitatem tuendam ob sanam doctrinam, probitatem et in rebus ecclesiasticis gerendis peritiam ab ipsa sancta Sede Apostolica aptissimus judicaris, hujusce Ecclesiae ordinationem et constitutionem ad praescriptum suprafatae Bullae perficiendam plenarie et absolute committendam et mandandam censuimus, prout hisce lubenti animo committimus et mandamus.

Quod speciatim ad Viros ecclesiasticos Ecclesiae Coloniensis Metropolitanae Capitulo aggregandos et à Te canonice instituendos attinet, singulari studio in eorumdem qualitates, praesertim quoad fidem et virtutem inquiras oportet, nimirum ut de iisdem dubium maneat nullum. Quas quidem qualitates aliasque peculiares dotes collationum instrumentis Nobis transmittendis adjicere non omittas.

Caeterum, cum ea sit Tua virtus et sapientia, ut Tecum hac de re pluribus agere supervacaneum ducamus, hinc in Te plane conquiescentes, solummodo, re perfecta, reliqua totius causae acta completa et latino sermone conscripta Romamque suo tempore transmittenda Nobis exhiberi volumus.

In quorum fidem praesentes manu propria subscriptas sigillo Nostro Episcopali communiri fecimus.

Dabantur Schmolainii penes Guttstadium in palatio Nostro Episcopali, die 4. mensis Augusti 1824.

(L. S.)

(*sign.*) Josephus, Episc. Varm.
et Delegat. Apostol.

XII.

Besitzergreifung des Erzbisthums Köln

im Namen des Erzbischofs Ferdinand, Grafen von Spiegel.

Ad humanissimam invitationem et debitam requisitionem pl. Reverendi Domini Joannis Hüsgen, Consiliarii

consistorialis regii et Canonici Aquisgranensis, ut hac 24. Martii anni 1825. in Colon. Ecclesia Majori comparerem ad conficiendas tabulas exactas rei ibidem gerendae, ego infrascriptus Protonotarius Apostolicus me ad dictam Ecclesiam de mane circa horam undecimam una cum testibus infra nominatis et debite requisitis contuli, et in eorum praesentia seriem rei sequenti modo gestae in hoc instrumentum publicum redegi.

Ad Conclave capitulare cum testibus accedens ibidem congregatos reperi sequentes:

D. D. Wermerskirchen, ad B. M. V. assumtam pastorem ac vener. Collegii pastoralis Camerarium;
„ Frangenheim, ad sanctam Columbam;
„ Schmitz, ad B. M. V. in Capitolio;
„ Berief, ad sanctum Petrum;
„ Aldenkirchen, ad sanctum Gereonem;
„ Dittges, ad B. M. V. zur Kupfergass;
„ Schüller, ad sanctum Joannem Baptistam;
„ Neven, ad sanctum Severinum;
„ Lützenkirchen, ad sanctum Mauritium;
„ Fochem, ad sanctam Ursulam;
„ Geistmann, ad sanctos Apostolos;
„ Filz, Ecclesiae Majoris Parochum qua Praesidem.

Parochus Ecclesiae Majoris R. D. Filz causam congregationis exposuit in modum sequentem:

„Nemo Vestrum non laetatus est, fratres dilectissimi, cum sub aurora orientis anni nuntius ex Urbe afferretur, Reverendissimum et Illustrissimum Comitem Ferdinandum Spiegel in Desenberg Archiepiscopum Coloniensem renuntiatum esse. Duplex erat laetandi materia: primo viduitati almae Coloniensis Ecclesiae, quae in annum quartum et vigesimum duraverat, finem tandem impositum esse; tum vero utramque summam potestatem in eum Virum nobis praeficiendum consensisse, qui ab aetate, genere, litterarum peritia et rebus gestis egregie commendabatur. Neque vero gaudium hoc nostrum irritum fuit. Adest Reverendissimi et Celsissimi Domini Orator, Reverendus Joannes Hüsgen, Consistorialis regius et Canonicus Aquisgranensis eo consilio ad nos missus, ut Archiepiscopatus et Ecclesiae Metropolitanae, Ipsius Celsissimi nomine, apprehendat possessionem".

„Deficit Senatus Metropolitanus post ingressum Celsissimi Domini auctoritate Apostolica instituendus. Ea res causam praebuit convocationi vestrae, scilicet: eo fine ex Clero civitatis sumus honorifice delecti, ut ad hunc actum capiendae possessionis Ca-

pituli partes sustineamus. Audietis literas Apostolicas Capitulo inscriptas, item Vicarii Generalis Aquensis patentes, de ista re editas. Audite, si vultis!"

Hic recitavit 1mo: Bullam ad Capitulum ex Transsumpto Romano; 2do: literas patentes Vicarii Generalis Aquensis.

Bulla:

„Leo Episcopus, servus servorum Dei, dilectis filiis, Capitulo Metropolitanae Ecclesiae Coloniensis salutem et Apostolicam benedictionem etc. etc."

Publicata Bulla praelectae sunt literae patentes, nil obstare, quominus Ecclesiae Metropolitanae Coloniensis possessio apprehendi possit, sequentis tenoris:

„Martinus Fonck, Ecclesiae Metropolitanae Coloniensis Praepositus designatus, Aquisgranensis Canonicus, Vicarius olim Capitularis et Apostolicus, nunc Reverendissimi et Celsissimi Domini Archiepiscopi Coloniensis ad laevam Rheni ripam Vicarius generalis, Leonis Belgici Eques,

Cunctis, quorum interest, imprimis vero Reverendo D. Joanni Henrico Filz, Ecclesiae Majoris Coloniensis Parocho ejusdemque Ecclesiae Sacellanis, Vicariis et Officialibus quibuscumque notum facimus et testamur, fidem Nobis factam esse auctoritate et nomine Reverendissimi et Celsissimi Domini Ferdinandi, miseratione divina Archiepiscopi Coloniensis, Legati nati sanctae Sedis Apostolicae, Comitis Spiegel in Desenberg de Ipsius ad Archiepiscopatum Coloniensem promotione, per provisionem extraordinariam Papalem, prout in Bulla: „*De salute*" definitum erat, facta et in Consistorio secreto, decima tertia Calendas Januarii habito, solenniter renuntiata, prout ex literis Pontificiis ea de re confectis et Nobis qua Vicario Apostolico exhibitis certiores facti sumus. Quae cum ita sint, decernimus per praesentes, nihil obstare, quominus a laudato Reverendissimo et Celsissimo Archiepiscopo vel Ipsius vices gerente, sufficienti tamen speciali mandato instructo, Ecclesiae Majoris Coloniensis, ad Metropolitanae gradum nunc restitutae, realis possessio apprehendatur. In quorum fidem praesentes literas dedimus, manu nostra subscriptas et sigillo Officii Nostri munitas. Aquisgrani die 14. Martii anno salutis millesimo octingentesimo vigesimo quinto.

sign. Martinus Fonck."

Quibus praelectis continuavit Parochus Ecclesiae Majoris qua Praeses:

„Audistis, fratres dilectissimi, nihil obstare, quominus possessionis apprehensio, ad quam Orator Archipraesulis ablegatus est, procedat. Si videbitur, mittamus ex coetu nostro Seniores duos, qui ipsum ad nos deducant cum honore.“

Deputati sunt duo Seniores:

D. D. Wermerskirchen, ad B. V. M. assumtam Pastor ac vener. Collegii pastoral. Camerarius;

„ Frangenheim, ad sanctam Columbam, ex congregatione, plurimum reverendum ac doctissimum Dominum Mandatarium Reverendissimi et Celsissimi Archipraesulis ad coetum cum honore deducturi, qui antedictum plurimum reverendum ac doctissimum Dominum Mandatarium cum duobus Sacellanis honorariis in habitu chorali paratum debiteque invitatum ad Conclave capitulare deduxerunt. Orator illud ingressus cunctos assurgentes salutavit, et fatus est in modum sequentem:

„Viri reverendi! Praeses et Membra Capituli ad hunc actum surrogati! Jussu ad vos venio Reverendissimi et Celsissimi Domini Ferdinandi, miseratione divina Archiepiscopi Coloniensis, Legati nati sanctae Sedis Apostolicae, Comitis Spiegel in Desenberg, regiae Majestatis Consiliarii actualis intimi, Ordinis Aquilae rubrae Equitis primae classis“

„Cujus Mandatum Vobis exhibeo, eo fine, ut Ipsius nomine Ecclesiae hujus ad Metropolitane Coloniensis gradum restitutae capiam possessionem. Rogo audiatis recitari Mandatum, meque in ista re exequenda favore adjuvetis et opera.“

Respondit Praeses:

„Non est, Orator eximie! cur in isto negotio gerendo nostrum expetas favorem et operam, cum ad utrumque sponte praestandum totis feramur animis. Gaudemus, te, maximae existimationis virum, causae huic insigni praefectum esse, et honori nobis ducimus, nos in participationem officii hujus esse deputatos“.

Sed audiamus recitari Mandatum:

Hic lectum fuit Mandatum tenoris sequentis.

„Mandatum capiendae possessionis pro admodum Reverendo D. Joanne Hüsgen, Canonico Aquensi et Consistoriali regio.

Ferdinandus, miseratione divina Archiepiscopus Coloniensis, Legatus natus sanctae Sedis Apostolicae, Comes Spiegel in Desenberg et Canstein, regiae Majestatis Consiliarius actualis intimus, supremo regni Senatui adscriptus et ordinis Aquilae rubrae Eques primae classis.

Universis Christi fidelibus has literas visuris, lecturis, aut legi audituris, imprimis autem venerabili Clero Ecclesiae Metropolitanae et civitatis Coloniensis salutem in Domino.

Cum imperscrutabili divinae providentiae dono ad Archiepiscopatus Coloniensis fastigium, licet meritis impares, simus nuper promoti, ut primum fieri poterit, sponsam invisere Nostram et more Majorum ritu solenni munus auspicari decrevimus. Sed cum ea res vario indigeat apparatu, qui nunc in promptu non est, item quod deficiente adhuc Capitulo et Curia nondum instructa, aliis immoramur summi momenti negotiis ecclesiasticis, ingressum Nostrum solennem cogimur differre. Verum enim vero, ut ne ista dilatio, quae volente Deo erit brevissima, ullis dubii, haesitationis vel praejudicii ansam praebeat, omnem impleturi justitiam, Oratorem ablegavimus Reverendum Joannem Hüsgen, Consistorialem Regium et Ecclesiae Aquisgranensis Majoris Canonicum, mandantes, ut servatis servandis coram duodecim civitatis Coloniensis Parochis delectis, Capituli deficientis personam ad hunc tantummodo actum sustinentibus, Ecclesiam Majorem Coloniensem, in honorem beati Petri Apostolorum Principis dedicatam, ad Ecclesiae Metropolitanae Cathedralis dignitatem et gradum restitutam esse renuntiet, Cathedram seu Sedem Archiepiscopalem in ea collocari mandet, ejusdemque Ecclesiae ac summi altaris in eadem existentis et Sedis Archiepiscopalis possessionem nomine Nostro apprehendat, item Ecclesiam Metropolitanam restitutam una cum Clero ipsius nunc existente jurisdictioni Nostrae immediate subjectam esse declaret.

Volumus autem, ut haec omnia sine cantu, organorum pulsu, aeris campani sonitu et cultu externo, ac quoad fieri potest, etiam sine populi concursu, januis tamen apertis, et ad normam informationis Oratori Nostro traditae fiant; quem una cum Substituto (volumus enim, ut casu necessitatis alium ecclesiastici ordinis virum substituere sibi possit) de expensis in hanc rem factis et faciendis indemnem praestabimus, de omni damno et praejudicio fide Archiepiscopali caventes.

Dabamus Monasterii Westphalorum, die 1. Martii, anno reparatae salutis post millesimum octingentesimum vigesimo quinto.

sign. Ferdinandus Spiegel,
Comes de Desenberg, Archiepiscopus Colon.

Quo finito junxit Praeses: *Si placet, procedamus in pace.*

Responderunt omnes: *Deo gratias.*

Praelata Cruce capitulari incesserunt omnes bini et bini, ultimo loco Orator Archiepiscopalis subsequentibus Sacellanis honorariis; qui cum pervenissent in chorum, flexis genibus recitarunt Responsorium: *Veni sancte Spiritus* etc. cum Collecta: *Deus, qui corda fidelium* etc.

His finitis dixit Orator:

„Fratres charissimi! Priusquam rem aggrediar, quae mihi mandata est exequenda, existimo oportere, ut Deo, omnium bonorum largitori, gratias agamus maximas de pace Ecclesiae sanctae Coloniensis restituta. Profecto „magnificavit Dominus facere nobiscum, qui facit mirabilia solus"; benedictum sit nomen Majestatis ejus in aeternum! Porro dignum est, ut pacis hujus auctores, Pontificem et Regem Deo commendemus, denique ut oremus pro Antistite Nostro Ferdinando, et ut pro perpetua hujus Ecclesiae incolumitate pias preces fundamus.

Oremus, flectamus genua.

Omnibus genuflexis dictae sunt Litaniae majores, sub quarum fine Orator cum Parocho Ecclesiae Majoris, Praesidis vices gerente, et cum duobus Sacellanis processit ad summum altare, et ibidem genuflexus submissa voce oravit: *Pater, Ave et Credo.*

Postea ascendens gradus deosculatus est altare, utraque manu eidem imposita; facie dein ad Clerum versa alta voce profatus est: *„Ecclesiam hanc honori beati Petri Apostolorum Principis dedicatam ad Ecclesiae Metropolitanae Coloniensis gradum restitutam esse renuntio in nomine Patris et Filii et Spiritus sancti Amen."*

Respondit chorus: *Deo gratias.*

Continuavit Orator voce alta et distincta: *„Cathedram Archiepiscopalem ad latus evangelii collocari mando."*

Respondit chorus: *Deo gratias.*

Parato baldachino ad latus evangelii allata fuit Sedes Archiepiscopalis, quam in loco suo collocatam Praeses adspersit aqua benedicta et thure incensavit dicens: *„Sedes tua, Domine, ex tunc et a saeculo tu es."*

Perrexit Orator:

„Nomine et jussu Reverendissimi et Celsissimi Domini Ferdinandi Archiepiscopi Coloniensis, Legati nati sanctae Sedis Apostolicae, Comitis Spiegel in Desenberg, hujus Metropolitanae Coloniensis Ecclesiae summi altaris et cathedrae possessionem apprehendo: in nomine Patris et Filii et Spiritus sancti Amen."

Respondit chorus: *Deo gratias.*

Facta reverentia Cruci Orator decessit ab altari et ascendit gradus cathedrae, penes quam stans adminiculo ipsius manum dexteram imposuit. Quo facto unus Sacellanorum processit ad gradus presbyterii et medius inter candelabros majores clara voce recitavit Decretum Exemtionis Ecclesiae Metropolitanae tenoris sequentis:

Ferdinandus, *miseratione divina etc.*

Lectione finita Praeses chori alta voce proclamavit: „*Archiepiscopo Ferdinando salus et vita!*"

Responderunt reliqui: „*in multos annos salus et vita!*"

His peractis Orator processionaliter reductus est ad januam Ecclesiae, per quam intraverat.

In domum parochialem reversus recepit gratulantium Parochorum salutationes et vota.

Ut hic fideliter descripta sunt, gesta esse, hisce manus propriae et testium subscriptione, nec non sigilli mei appressione in fidem testamur

(L. S.)

(sign.) Joann. Wilhelm. Schmitz, Protonotarius Apostolicus;
Adam. Schuhmacher, Canonicus Aquisgranensis;
Albertus Gereon Schwarz, Pastor S. Martini majoris;
Werner. Horn, Pastor S. Cuniberti;
Matthias Wilhelm Kerp, Pastor S. Albani;
Joannes Petrus Fischer, Pastor S. Jacobi.

Die

Wiederherstellung und die Statuten des Kölner Domkapitels

nebst

einem Hinblick auf seine frühere Geschichte und Verfassung.

I.

Schon in der vorigen Abhandlung ist darauf hingewiesen (S. 214), wie die Wiederherstellung, die Organisation und Ausstattung des Kölner Domkapitels mancherlei Hindernisse zu überwinden hatten und lange Zeit die Ausführung der Bulle De salute animarum verzögerten. Es sollen hier zwei Urkunden mitgetheilt werden, welche gerade auf diese Wiederherstellung und Organisation sich beziehen; zugleich möchte ich über die Entstehung, über Inhalt und Bedeutung dieser Actenstücke Einiges anmerken.

Jeder weiß, von wie außerordentlichem Einfluß die Domkapitel im Mittelalter und bis in die neueste Zeit gewesen sind, mag man die kirchlichen, politischen oder socialen Verhältnisse in's Auge fassen. Ebenso bekannt — wenn auch im Einzelnen noch Manches aufzuklären bleibt — sind die Grundzüge ihrer Entwicklung. Man erinnert sich, wie schon der h. Augustinus und der h. Martin die Kleriker ihrer bischöflichen Kirchen zu gemeinschaftlicher Lebensweise um sich versammelten, wie dann nach Entstehung und Verbreitung des Benedictiner-Ordens der Bischof Chrodegang von Metz (760) im Anschluß an die Vorschriften des h. Benedikt eine neue Regel entwarf, die von dem

Aachener Concil des Jahres 817 überarbeitet und erweitert, unter dem mächtigen Schutze der karolingischen Herrscher an den bischöflichen und zahlreichen Collegiat-Kirchen des fränkischen Reiches Eingang fand. Aber bald muß man bemerken, daß eine Gemeinschaft des Lebens und des Besitzes nur unter dem Schutze bestimmter, unwiderruflich bindender Gelübde in den Klöstern sich aufrecht halten ließ. In den Stiftern kam schon seit dem zehnten bis zum zwölften Jahrhundert, hier früher dort später, das gemeinschaftliche Leben außer Uebung, die Kapitel traten als eigene selbstständige Corporationen mit bestimmten Rechten den Bischöfen zur Seite und gegenüber, aus der Gütermasse wurden einzelne Präbenden für die Würdenträger und die übrigen Mitglieder ausgeschieden, und die Rechte und Pflichten jedes Einzelnen sowie des Ganzen auf's Genaueste durch Herkommen oder Statuten festgestellt. So bilden die Kapitel während des Mittelalters einen der wichtigsten Theile des kirchlichen Organismus. Nicht geringere Bedeutung erlangten sie zugleich als politische Körperschaften durch die Bischofswahl, die auch den Landesherrn bestimmte, durch die Landstandschaft, durch ausgebreiteten Grundbesitz und die Verbindung mit den angesehensten Familien des Adels, dessen nachgeborenen Söhnen sie seit dem vierzehnten Jahrhundert mehr und mehr mit Ausschließung aller nicht Ebenbürtigen zur Versorgung dienten. Gerade diese Abgeschlossenheit, obgleich sie in manchen Verhältnissen des Zeitalters eine Erklärung und beinahe eine Berechtigung findet, hat doch am meisten dazu beigetragen, die Kapitel ihrem kirchlichen Charakter und ihrer eigentlichen Bestimmung zu entfremden. Die innere Lebensfähigkeit der einst so wichtigen Corporationen war beinahe erloschen, als eine gewaltsame äußere Einwirkung in dem Reichs-Deputations-Hauptschluß von 1803 ihrer politischen und zum größeren Theile auch der vermögensrechtlichen Existenz ein Ende machte. Nur kümmerlich konnte in den trüben Tagen der Fremdherrschaft und kirchlicher Verwirrung ihr Dasein sich fristen. Erst durch die Vereinbarungen der neueren Zeit sind sie, wenn auch in weniger glän-

zender, doch ihrem eigentlichen Wesen und Zwecke mehr entsprechender Gestalt wieder in's Leben gerufen.

Ueber diese neue Entwicklung ist, so viel mir bekannt, noch sehr wenig veröffentlicht [1]). Um so willkommener, hoffe ich, werden die beiden Urkunden sein, die über die jetzige Gestaltung eines der ältesten und wichtigsten Kapitel Deutschlands Auskunft geben. Wie diese neueren Verhältnisse den älteren sich anschließen, wie nach dem Umsturz der deutschen Kirchenverfassung die kirchliche Verwaltung auf der rechten Rheinseite fortdauerte, suchte ich, freilich mit weniger ausreichenden Hülfsmitteln, in ähnlicher Weise darzustellen, wie in der Abhandlung über das Bisthum Aachen die Zustände des linken Ufers. Gern ließe ich auch über die ältere Geschichte und Verfassung des Kölner Kapitels ausführliche und genaue Nachrichten vorhergehen. Aber zunächst tritt die Darstellung mittelalterlicher Zustände aus dem Kreise hinaus, der diesen Abhandlungen eigentlich bestimmt ist. Dann sind auch die erforderlichen Hülfsmittel noch so wenig bekannt und so schwer zugänglich, daß die nöthigen Vorarbeiten eine sehr beträchtliche Zeit beanspruchen würden. So beschränke ich mich auf einige Bemerkungen, die wenigstens über den wichtigsten Theil der vorhandenen Materialien Aufschluß geben und einer genau eingehenden Geschichte als Vorarbeit dienen können.

II.

Ueber die Entstehung und die erste Zeit des Kölner Kapitels ist gar nichts bekannt. Man möchte Aufschluß erwarten in den zahlreichen Urkunden über die Absetzung des Erzbischofs Gunther durch Papst Nicolaus I. und die Wahl seines Nachfolgers Willibert am 7. Januar 870. Aber alle diese Docu-

---

[1]) Das Erections-Decret für Trier findet sich in der Chronik der Diözese Trier, Jahrg. 1828, S 273; das für Posen bei Weiß, Corpus juris eccles. S. 105.

mente unterscheiden das Kapitel noch nicht als eine besondere Körperschaft von dem übrigen Klerus [1]). Auch aus dem folgenden Jahrhundert, in welchem doch nach der allgemeinen kirchlichen Entwicklung ein Kapitel sich gebildet haben mußte, ist von bestimmten geschichtlichen Ueberlieferungen nur Weniges vorhanden; an Urkunden fehlt es bis zum Ende des elften gänzlich, nicht nur im Original, sondern auch in den Cartularien. Der Grund läßt sich allein darin finden, daß das Archiv des Domkapitels um diese Zeit von einem Unfalle betroffen und die älteren Documente vernichtet wurden. Die Dom-Bibliothek bewahrte man, wie eine Urkunde des Jahres 1261 erkennen läßt, in einem alten Thurme — er wird schon damals alt genannt — der an der Trankgasse an der Stelle der jetzigen Domsacristei gestanden hat [2]). Später befand sich die Bibliothek nebst den auf den Dombau bezüglichen Documenten in dem Gewölbe über, oder vielmehr seitwärts von der Sacristei, das Archiv in derselben. Beim Einrücken der Franzosen im Herbste 1794 wurde leider das Bau-Archiv zurückgelassen und dann beinahe gänzlich verschleudert. Die Bibliothek und das Kapitel-Archiv kamen in das Kloster Wedinghausen nach Arnsberg, wo das Domkapitel seinen Sitz nahm, darauf in Folge des Reichs-Deputations-Hauptschlusses an die Hessen-Darmstädtische Regierung. Erst am 22. Februar 1803, als man zur Aufhebung des Klosters schritt, wurden die Bücher von der in Arnsberg niedergesetzten westphälischen Organisations-Kommission in drei Verschlägen aufgefunden aber zunächst in strengster Verborgenheit gehalten [3]). Denn nicht lange vorher — am 30. Dezember 1802 —

---

[1]) Vgl. die betreffenden Urkunden bei Floß, die Papstwahl unter den Ottonen, Freiburg 1859, Nro. 7 fg., S. 59 fg.

[2]) Vgl. Lacomblet, Urkundenbuch für die Geschichte des Niederrheins, Bd. II, Nr. 503. Ueber die Entstehung und Bestandtheile der Bibliothek vgl. Hartzheims Catalogus Codicum M. S. Bibliothecae eccl. metrop. Colon., Coloniae 1752.

[3]) Die folgenden Mittheilungen sind zum größten Theil den Prozeß-

hatte der französische Resident Hirsinger in Frankfurt die dorthin geflüchteten Kostbarkeiten für die Kölner Domkirche zurückgefordert. Auch der werthvolle Schrein der h. drei Könige mußte am 10. Dezember 1803 den Bevollmächtigten des Bischofs Berdolet in Wedinghansen ausgeliefert werden [1]). Aehnliche Ansprüche, die keinen Widerspruch erlaubten, waren auch für die Bibliothek zu befürchten. In Köln wußte Niemand wohin sie gekommen war, obgleich insbesondere Sulpiz Boisserée lange vergeblich nachforschte. Da, am 8. Juni 1812, befahl der Großherzog Ludwig die Uebertragung der Bücher in das Museum zu Darmstadt. Aus dem Briefwechsel zwischen dem hessischen Archivrath Dupuis in Arnsberg und dem Geh. Cabinets-Sekretair Schleiermacher ersieht man., daß vom 21. October 1812 bis zum 12. März 1815 in vier verschiedenen Sendungen 190 Bände Handschriften, meistens Folianten, von Arnsberg nach Darmstadt gingen. Dorthin übertrug man auch einen Theil des Archivs, aber ganz ohne Auswahl und Zusammenhang, und im Januar 1813 eine umfangreiche Sammlung von Materialien für Kölnische Geschichte, die der ehemalige Domvikar Alfter angelegt und dem Kurfürsten Maximilian Friedrich verkauft hatte [2]).

„Ich bemerke aber zur Nachricht", schreibt Dupuis am 21. October 1812, „daß der vor einigen Jahren in Darmstadt gewesene Herr Sulpiz Boisserée von Köln, vorzüglich auch auf

---

Acten über die Rückgabe der ehemaligen Dom-Bibliothek entnommen, welche das General-Vikariat in Köln (Tit. VI. 2 Bde. Fol.) aufbewahrt. Darunter finden sich auch die interessanten Protokolle über die Eröffnung und den Inhalt der in Arnsberg und bei dem Frankfurter Domscholaster Molinari in Beschlag genommenen Kostbarkeiten und anderen Besitzthümer des Kölner Domes und Domkapitels.

[1]) Vgl. Mering, zur Geschichte der Stadt Köln, Bd. IV. S. 234.

[2]) Nicht zu verwechseln mit dem s. g. Museum Alfterianum, welches sich jetzt auf der Gymnasial-Bibliothek in Köln befindet. Ein Verzeichniß dieses letzteren enthält der Artikel Köln in der Encyklopädie von Ersch und Gruber, Bd. 18, S. 182.

die Dom-Bibliothek Jagd gemacht habe, auch in einem zu Köln erschienenen Werke der Verlust dieser Sammlung und die nothwendige Aufsuchung derselben besonders aufgeführt ist, also dadurch noch wohl Reklamationen veranlaßt werden können.“ Diese Besorgniß erwieß sich nicht ungegründet. Alle die genannten Schätze fand Boisserée im Jahre 1816 in Darmstadt auf der Bibliothek und im Archiv; besonders fiel ihm das alte schön auf Pergament geschriebene Copialbuch des Kapitels ins Auge, welches hier noch oft zu erwähnen ist. Er ließ durch seinen Freund, den Dr. Schmitz in Köln, dem Ober-Präsidenten Grafen von Solms-Laubach darüber Mittheilung machen [1]), welcher sich sofort an den Minister Wilhelm von Humboldt nach Frankfurt wandte, um durch diplomatische Vermittlung die litterarischen Schätze für Preußen und Köln zurück zu erwerben. Es ist denn auch der größte Theil der nach Darmstadt geführten Archivalien, insbesondere der Kapitels-Protokolle, noch im Jahre 1816 durch den hessischen Gesandten in Frankfurt an Humboldt ausgeliefert worden [2]). Für die Bibliothek blieben jedoch alle Unterhandlungen des Preußischen Gesandten in Darmstadt, Herrn von Otterstedt, erfolglos. Auch ein Immediatgesuch des wiederhergestellten Kölner Domkapitels an den Großherzog im Jahre 1827 fand keine Berücksichtigung. Die preußische Regierung regte zu neuen Schritten an. Aber den Rechtsweg einzuschlagen war das Kapitel wenig geneigt, da die von mehreren Seiten eingeholten Gutachten nicht übereinstimmten. Erst als in Folge einer königlichen Kabinets-Ordre vom 10. Dezember 1836 die Kosten des Prozesses auf die Regierungs-Kasse übernommen und zunächst eine Summe von 600 Thalern

---

[1]) Vgl. den Brief vom 14. Juli 1816 in: Sulpiz Boisserée, Stuttgart 1861, Bd. I, S. 308. Schon am 25. Juli schreibt der Ober-Präsident an Humboldt. Vgl. Ober-Präsidial-Acten die Reclamation der Kölner Dom-Bibliothek betreffend.

[2]) Vgl. den Brief Humboldts vom 3. Dezember 1816 in den angeführten Ober-Präsidial-Acten.

angewiesen war, erhob man Ende des Jahres 1838 beim großherzoglichen Hofgericht der Provinz Starkenburg gegen den Centralfiskus die Klage auf Herausgabe der ehemaligen Dom-Bibliothek. Der Prozeß, dem der beklagte Theil vielfache Hindernisse entgegenstellte, schien trotz langer Zögerung eine günstige Wendung zu nehmen. Man erkannte den wichtigen Grundsatz an, daß die Bibliothek nicht dem Domkapitel als solchem, sondern der Domkirche gehört habe, das Kapitel aber als Vertreter der Domkirche zur Anstellung der Klage legitimirt sei. Damit verlor die Sekularisirung des Kapitels durch §. 34 des Reichs-Deputations-Hauptschlusses ihre Bedeutung, und es blieb nur übrig, die rechtliche Fortdauer des Domes als Pfarrkirche unter Französischer Herrschaft zu beweisen. Gleichwohl fiel die Entscheidung nach beinahe vierzehn Jahren zu Ungunsten des Kapitels. Bekanntlich bestimmt der Reichs-Deputations-Hauptschluß im Art. 37: „Die auf der einen Rheinseite befindlichen Güter und Einkünfte (biens et revenus situés sur l'autre rive), welche Spitälern, Fabriken, Universitäten, Collegien und andern frommen Stiftungen, wie auch Gemeinden der andern Rheinseite gehörten, bleiben davon getrennt und der Disposition der betreffenden Regierungen überlassen, d. h. so viel die rechte Rheinseite betrifft, der Regierung derjenigen Orte, wo sie liegen oder erhoben werden."

Gegen den Antrag seines Referenten und Correferenten bezog das Appellations- und Cassations-Gericht zu Darmstadt mit Stimmenmehrheit diesen Artikel auch auf Mobilar-Gegenstände, die sich zufällig auf der rechten Rheinseite befunden hatten, und erklärte deshalb am 6. October 1852 den Großherzog von Hessen für den Eigenthümer der nach Arnsberg geflüchteten Dom-Bibliothek.

Dagegen sind durch Vertrag und Tausch die Reste des Archivs im Jahre 1853 für das Provinzial-Archiv in Düsseldorf zurückerworben. Dorthin war auch der in Arnsberg zurückgelassene Theil des Archivs übertragen, welcher durch die Wiener Congreß-Acte (Art. 24) mit dem Herzogthum Westphalen

an Preußen gekommen war. Endlich hat man noch im Jahr 1861 auf einem Speicher in Arnsberg Kapitels-Protokolle aus der Zeit der letzten Sedisvakanz entdeckt und gleichfalls nach Düsseldorf gebracht.

So befinden sich jetzt in dieser Stadt außerordentlich reiche Materialien für die Geschichte des Kölner Domkapitels. Sie sind in dem trefflichen Cataloge des Archivs unter dem Titel Stiftssachen von Herrn Geh.-Rath Dr. Lacomblet zusammengestellt. Einige der wichtigsten möchte ich hier anführen:

1) Die Copialbücher Lit. A—P, 15 Bde. Fol.; darunter Lit. A das schon erwähnte merkwürdige Cartular des Kapitels aus dem vierzehnten Jahrhundert auf Pergament, 251 und 4 unbeschriebene Blätter in gr. Folio. Nach Ausweis des vorstehenden Inhals-Verzeichnisses enthält es: 1) Papalium litterarum I—XLI. 2) Imperialium et regalium I—XVII. 3) Archiepiscopalium et diversarum I—CCCXVII. Nro. 73 und 153 enthalten jedoch dieselbe Urkunde, eine Protestatio Capituli quod praepositus maior tenetur plene administrare praebendas vom Jahre 1234. Urkunden vor der Zeit des Erzbischofs Rainald sind mir in dieser Abtheilung nicht aufgefallen, die erste ist vom 11. Dezember 1165, die älteste, wenn ich nicht irre, Nro. 59 von 1161, die jüngsten gehören der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts an. Manches darunter ist noch ungedruckt. In den Verhandlungen des Kapitels und in den Synodalstatuten wird das Buch häufig angeführt und als Liber privilegiorum bezeichnet, z. B. in der Synode von 1400 Cap. 17. Aus einer ungedruckten Urkunde vom 26. November 1453 (S. 390, Nro. 1144 des Catalogs) ersieht man, daß der Offizial von Köln dem Liber privilegiorum et statutorum ein Statut super curtibus et domibus entnommen habe, welches sich im Copialbuch als Nro. 256 findet. Den bestimmtesten Beweis gibt die Innovatio statutorum de anno gratiae vom 16. Januar 1532 (vgl. unten S. 262), sie erneuert die „Statuta de anno gratiae, quorum unum in libro privilegiorum Nro. 79 continetur.“ Im Copialbuch handelt Nro. 79 wirklich über

das Gnadenjahr. Dies kostbare Werk ist erst im Jahre 1854 nachträglich aus Darmstadt nach Düsseldorf gekommen.

Von mehreren anderen Copialbüchern wird noch auf den folgenden Blättern die Rede sein. Hier muß ich noch erwähnen Lit. P, a, b, c, nicht sowohl ein Copialbuch als ein Repertorium des alten Dom-Archivs, in zwei starken, von S. 1—1559 paginirten Foliobänden und einem Registerband, vor dem Jahre 1768 angefertigt. Die Urkunden und Dokumente werden nach sachlicher Eintheilung in alphabetischer Folge aufgeführt, auch bei einzelnen Gegenständen der Zusammenhang und die folgenden Ereignisse angedeutet. Das Werk ist von großem Werthe und verdiente eine sorgfältige Untersuchung schon deshalb, weil es über den Bestand des Archivs vor der französischen Occupation und über manche Urkunden und Ereignisse vielleicht die einzige noch übrige Nachricht gibt. Denn bei den wiederholten Uebersiedelungen ist doch Manches abhanden gekommen.

2) Die Protokolle der Kapitelssitzungen finden sich [1]) aus den Jahren 1461—1478, 1480—1494, 1498—1511, 1512—1539 (einzelne Hefte in Quarto, die Jahrgänge 1531, 1533, 1535 fehlen), 1547—1550, 1560—1614, 1617—1637 (der letzte Jahrgang unvollständig), 1641—1647, 1651—1715, 1717—1799; zudem einige später gefundene Bände aus den Jahren 1801 und 1802.

An Umfang und Ausführlichkeit sind diese Protokolle sehr verschieden; zuerst kurz andeutend, die ältesten aus den Jahren 1461—1478 füllen nur einen mäßigen Quartband, die von 1480—1494 nicht mehr; später kommen auf ein Jahr oft mehrere starke Foliobände. Der Inhalt betrifft meistens vermögensrechtliche und persönliche Angelegenheiten, indessen ist gar nicht zu bezweifeln, daß sie auch für die provinziale und sogar für die allgemeine Geschichte eine äußerst wichtige Quelle bilden; man darf sich nur an die Streitigkeiten des Kapitels

---

[1]) Vgl. S. 613 fg. Nro. 1794 des Catalogs.

mit den Erzbischöfen Ruprecht, Hermann von Wied und Gebhard Truchseß erinnern. Die Protokolle aus den Jahren 1702—1714 behandeln insbesondere neben den Angelegenheiten des Kapitels auch die Landesregierung, welche dem Kapitel während der Abwesenheit des Kurfürsten Joseph Clemens vom Kaiser übertragen war.

3) Zahlreiche statutarische Bestimmungen, Urkunden und Akten über die Dignitäten im Kapitel, über die Stellung des Kapitels nach Außen, als Wahlkörper des Erzbischofs, als Landstand und über die vermögensrechtlichen Verhältnisse.

III.

Ueber die Statuten ist hier ausführlicher zu handeln.

Mit der Entwickelung der Domkapitel zu besonderen Corporationen verband sich von selbst das Recht, ihre Verfassung statutarisch festzustellen und auszubilden. Dieses Recht finden wir denn auch überall geübt [1]). Manches blieb allerdings der Gewohnheit und dem Herkommen überlassen, aber es sind doch auch manche schriftliche Aufzeichnungen uns überliefert. Eine nicht geringe Zahl findet man in dem Thesaurus novus Juris Ecclesiastici seu Codex statutorum ineditorum ecclesiarum cathedralium et collegiatarum von Mayer; Anderes zerstreut in den subsidia und subsidia nova juris ecclesiastici von Würdtwein und in Lünig's spicilegium ecclesiasticum.

In allen diesen Sammelwerken und Abhandlungen wird das Kölner Kapitel im Verhältniß zu seiner Wichtigkeit nur äußerst selten erwähnt. Von eigentlichen Statuten, die vom Kapitel selbst ausgehen, war bis auf die neueste Zeit beinahe gar nichts gedruckt. Ja, eine umfassende Bestimmung, die in ähnlicher

---

[1]) Besondere Schriften darüber: Schmidt, De Imperatore statutor. in eccl. Germ. protectore, im Thesaur. Jur. Eccl. III. 340; Gärtner, De iure capitulorum Germ. condendi statuta, Salisb. 1794; Gregel, De re statutaria capitulorum Germ., Herbipol. 1796.

Weise wie die Trierer Statuten [1]) von 1595 über die gesammte Organisation des Kapitels sich verbreitete, ist, soviel mir bekannt, gar nicht vorhanden.

Was ich über die Kölner Statuten in Erfahrung bringen konnte, ist Folgendes.

Ducange erwähnt in seinem Glossar mehrmals, z. B. zu den Worten Chorepiscopus, Meringa, unter den Quellen auch statuta ecclesiae Coloniensis, welche in der Domkirche zu Arras aufbewahrt seien. Sie finden sich noch jetzt dort in der städtischen Bibliothek [2]). Dieselben Statuten wurden vor einigen Jahren von Lacomblet aus einer Handschrift des Provinzial-Archivs in Düsseldorf herausgegeben [3]). Eine Copie der erstgenannten Handschrift ist im Besitze des Herrn Professors Walter in Bonn. Sie stimmt mit der von Lacomblet benutzten in allem Wesentlichen und gewöhnlich auch wörtlich überein. Doch zeigen sich einige Lücken, dagegen sind die Ueberschriften der Kapitel häufig vollständiger und richtiger; Einzelnes erscheint auch offenbar als Verbesserung und Ergänzung, zum Beispiel die Reihenfolge der cap. 26 und 25, die in der Düsseldorfer Handschrift verstellt sind, ein Zusatz zu cap. 24 und Aehnliches. Der Handschrift in Arras fehlt das Memorienbuch, das sich in der Düsseldorfer findet; auch die bei Lacomblet cap. 1 gedruckte kurze Angabe über die Einkünfte einiger Häuser in Köln. Dagegen enthält sie zum Schlusse ein sehr genaues und umfangreiches Verzeichniß der Güter, Häuser, Grundstücke und Einkünfte des Domkapitels, in Köln sowohl als in den umliegenden Theilen der Diözese, welches für die Topographie der

---

[1]) Vgl. Der Dom zu Trier oder Statuta des vormaligen erzbischöflichen Domkapitels, Trier 1834.

[2]) Vgl. Catalogue des manuscrits de la bibliothèque de la ville d'Arras, Arras 1860, p. 161, Nr. 361: Liber Custumarum et redituum capituli Ecclesiae Coloniensis, Fol. sec. XIII.

[3]) Vgl. Archiv für die Geschichte des Niederrheins, Bd. 2, S. 1 ff. Düsseldorf 1854. Die Handschrift ist das Copialbuch Lit. I, gr. Folio, 18 Pergament-Bl., vgl. S. 527, Nro. 1601 des Catalogs.

Stadt und des Landes gewiß noch vortheilhaft benutzt werden könnte. Ein solches Verzeichniß schließt sich dem Inhalt der Statuten sehr wohl an. Denn auch in diesen darf man nicht eine Beschreibung der Verfassung, der kirchlichen und politischen Rechte des Domkapitels suchen; was sich in dieser Beziehung daraus lernen läßt, wird zufällig und beiläufig erwähnt. Eigentlich wollen sie nur die Einkünfte der Prälaten, Kanoniker und Beamten an den verschiedenen Festen und Jahres-Gedächtnissen übersichtlich zusammenstellen; sie beziehen sich auf den inneren Haushalt des Kapitels.

Ganz ähnlicher Art ist das Statut der Domcustodie, welches kürzlich aus der Bibliothek des Fürsten Oettingen-Wallerstein in Maihingen, von Ennen und Eckertz herausgegeben, aber, wie mir scheint, nicht ganz zutreffend als Calendarium bezeichnet ist [1]). Es beschäftigt sich mit den Rechten und Pflichten des Domcustos und bestimmt insbesondere sehr genau die Anzahl der Kerzen, die bei Festen und Jahresgedächtnissen an die Berechtigten ausgetheilt wurden. Beide Statute stammen in der Form, in welcher sie jetzt vorliegen, aus dem dreizehnten Jahrhundert; die Düsseldorfer Handschrift fällt, wie Lacomblet (a. a. O. S. 8) nachweist, zwischen die Jahre 1244 bis 1246. Der Inhalt mag jedoch zum großen Theil aus weit älterer Zeit herrühren; das Statut der Domcustodie beruft sich ausdrücklich auf ältere Aufzeichnungen: „Sic habet expressum registrum nostrum antiquum“, heißt es einmal (a. a. O. S. 573), „sed domini nostri de nouo iura ecclesie secundum quod perquiri poterant conscripserunt.“ Aber leider hat von diesen ältern Quellen Nichts sich erhalten oder den Weg in die Oeffentlichkeit gefunden. Die beiden genannten Dokumente bleiben für lange Zeit das Einzige, was von dieser Art hier zu erwähnen wäre.

---

[1]) Vgl. Quellen zur Geschichte der Stadt Köln, von Ennen und Eckertz, Bd. 2, Köln 1863, S. 561 fg. und 279. Der letzte Domcustos war ein Graf von Oettingen Baldern und Sötern; nach seinem Tode mag die Handschrift in den Besitz der Familie übergegangen sein.

Dagegen findet man noch im dreizehnten und in den folgenden Jahrhunderten eine Reihe von Bestimmungen, die ein einzelnes, gerade hervortretendes Rechtsverhältniß statutarisch ordnen. Diese verdienen zugleich im streng juristischen Sinne den Namen eigentlicher Statuten. Die beiden vorhergenannten Dokumente sind im Grunde nur Aufzeichnungen bestehender Gewohnheiten durch einen Unbekannten. Auch lautet in der Handschrift von Arras der Titel nicht Statutum, sondern Custumale et Rentale capituli Ecclesiae Coloniensis. Dagegen erscheinen die folgenden auch der Form nach als eigentliche Kapitelschlüsse, von den berechtigten Kapitularen zur gehörigen Zeit am gehörigen Orte unter den rechtlich festgesetzten Formen ausgehend und urkundlich verzeichnet. Sie sind auch in das Copialbuch eingetragen, aber die meisten bisher ungedruckt.

Noch in den Anfang des dreizehnten Jahrhunderts, vor 1219, fällt das merkwürdige Statut über die acht priesterlichen Präbenden, Nro. 57 der dritten Abtheilung. Ferner erwähne ich

Nro. 72, die Constitutio capituli, quod canonici, quorum praebendae suspenduntur, tempore suspensionis nihil percipiant ex omnibus, quae distribuuntur, licet prius fuerint dividenda, nach 1218;

Nro. 76. Ordinatio de Meringa, vom 24. Januar 1242; [1])

Nro. 79. Constitutio de anno gratiae, von 1242;

Nro. 154. Statutum quod nullus canonicus claustralem domum possit vendere, nisi prius solvat, si quid debet capitulo, vom Dezember 1239;

Nro. 158. Quod eligendus in scholasticum juret, facere residentiam personalem vom 11. Juni 1273.

Dazu kommen zahlreiche Diöcesan- und Provinzial-Statuten der Erzbischöfe Konrad von Hochstaden 1238—1261, Heinrich von Virneburg 1304—1332, Walram von Jülich 1332—1349, Wilhelm von Gennep 1349—1362, welche

---

[1]) Abgedruckt bei Lacomblet im Archiv a. a. O. S. 45.

neben allgemeinen insbesondere auch die Angelegenheiten des Kapitels zum Gegenstande haben. Man findet sie im dritten und vierten Band der Concilien-Sammlung von Hartzheim. Handschriften bewahrt die Landesbibliothek in Düsseldorf. Der älteste mir bekannte Druck ist das jetzt sehr seltene Opus statutorum ... ex libro principali statutorum ecclesiae Coloniensis per Johannem Guldenschaiff vigili cum cura impressum ac anno MCCCCLXXVIII die decima octava mensis Aprilis consummatum.

Von entscheidender Bedeutung ist hier das Statut des Erzbischofs Friedrich III. (1370—1414) auf der Kölner Synode vom 16. December 1400. Der Erzbischof hatte kurz vorher, in Köln persönlich, in anderen Theilen seiner Diözese durch Commissarien, eine Kirchenvisitation vorgenommen und erließ nun ein Statut in fünfunddreißig Artikeln, welches ganz besonders auch mit dem Domkapitel sich beschäftigt. Theils erscheinen neue Verordnungen, theils werden die älteren bestätigt. Alle Canoniker, die dazu verpflichtet sind, sollen die Diakonatsweihe innerhalb vier Monaten empfangen, sonst rücken die jüngeren in ihre Stellen und Rechte ein, Cap. 2. Diakone und Subdiakone sollen beim Gottesdienste sich anständig betragen, nicht in der Kirche umherlaufen und mit Männern und Weibern keine unziemlichen Gespräche führen, Cap. 10. Bei der Aufnahme eines neuen Stiftsherrn sollen unberechtigte Forderungen nicht an ihn gestellt werden, die täglichen Distributionen nur den beim Chordienst wirklich Anwesenden zu Gute kommen, Cap. 14, 15. Mit dem 18. Kapitel beginnen die Anordnungen über die bis dahin sehr mangelhafte Vermögens-Verwaltung. Man sieht, daß am 8. Januar 1374 zwischen dem Probst Dietrich von der Mark einerseits und dem Dechant und Kapitel andererseits mit Genehmigung des Erzbischofs eine Gütertheilung vorgenommen war. Diese wird aufs neue bestätigt, dagegen die mehrmals versuchte widerrechtliche Theilung des dem Domkapitel zufallenden Vermögens für ungültig erklärt, und den Widersetzlichen mit Excommunication gedroht, Cap. 20. Die Veräußerung von

Kapitelsgütern soll nur in den hergebrachten Formen und unter gehörigen Vorsichtsmaßregeln geschehen, dabei hat der Kapitular vor dem Nichtkapitular den Vorzug, zahlt aber wie jeder Andere den Zins für die ihm übertragenen Güter nach Maßgabe des von Erzbischof Heinrich bestätigten Kapitel-Statuts de curtibus et domibus vom 2. März 1323 [1]), Cap. 23, 24. Die Verwalter (officiarii) sollen darauf ein scharfes Auge haben. Auch die Meringa d. h. die Abendmahlzeit soll von dem Verpflichteten nach dem Herkommen gegeben werden, Cap. 25. Es folgen noch verschiedene Bestimmungen über die Pflichten der Rechnungsführer und Kellermeister, Cap. 31, 32; über den Verkauf der Canonical-Häuser Cap. 34, und Anderes. Im Cap. 32 wird auf eine ordinatio capituli de cellerariis vom 11. Juni 1376 verwiesen.

Aber die verständigen Anordnungen des trefflichen Erzbischofs [2]) begegneten dem heftigsten Widerstande. Das Kapitel protestirte gegen die Visitation sowohl, als gegen die auf der Synode erlassenen Statuten. So erbittert wurde der Streit, daß der Erzbischof die Domherren theils interdicirte, theils mit dem Bann belegte. Man wandte sich an Papst Bonifaz IX., der unterm 10. August 1401 die Statuten förmlich bestätigt und den Domherren zwar von den über sie verhängten Censuren die Lossprechung gewährt, aber zugleich jede fernere Widersetzlichkeit bei der strengsten Strafe verbietet. Der Papst bemerkt dann, er habe die zwei Cardinalpriester Angelus vom Titel des h. Laurentius in Damaso und Franziskus vom Titel der h. Susanna nach Deutschland gesandt, um die Angelegenheit noch genauer zu untersuchen [3]).

---

[1]) Vgl. Würdtwein, Subsidia diplomatica Bd. III, S. 135; bei Hartzheim Conc. Germ. IV, 559 steht irrig 1333.

[2]) Vgl. über ihn Binterim, Geschichte der deutschen Concilien Bd. VI, S. 152 fg.

[3]) Ich entnehme diese Angaben der ausführlichen Bestätigungsbulle Bonifaz IX., in welche auch die Statuten ganz wieder aufgenommen sind. Sie befindet sich in zwei Abschriften des 15. und 16. Jahrhunderts auf dem Provinzial-Archiv. In einer dritten Hand-

Aehnlichen statutarischen Anordnungen begegnet man auch im Laufe des fünfzehnten Jahrhunderts. Und sie können gewiß nicht befremden in einer Zeit, die, der Verbesserung so dringend bedürftig, die Neigung zu reformatorischen Gesetzen so entschieden hervortreten ließ, nur leider viel entschiedener, als die Geneigtheit, diesen Gesetzen sich anzubequemen und die nöthige, so laut geforderte Reform zunächst bei der eigenen Person und im eigenen Kreise anzufangen.

Nicht lange nach dem Schluß des Concils von Konstanz ernannte Martin V. durch eine Bulle vom 17. December 1421 den Cardinal Branda vom Titel des h. Clemens zum Gesandten a latere, um die Reformation der deutschen Kirche vorzunehmen. Der Cardinal kam auch nach Köln, wo ihm, seiner eignen Erklärung gemäß, gerade in der Domkirche zahlreiche Mißbräuche auffielen. Diesen und manchen anderen zu steuern, erließ er unterm 19. März 1423 ein Statut in fünfundfünfzig Artikeln [1]). Sie schließen sich eng an frühere Anordnungen, insbesondere an die Statuten des Erzbischofs Friedrich, die auch häufig darin erwähnt sind. Die Bestimmungen über die Präsenzgelder, über anständiges Betragen beim Gottesdienst werden wiederholt, ebenso die Forderung, daß eine genügende Anzahl von Domherrn die Diakonats- und die Priesterweihe empfange, und daß die Canonicate nicht, wie bisher geschehen, an Kinder in der Wiege und unwissende Schulknaben verliehen würden, Cap. 22. Dazu kommt noch Manches über Residenz, Studien und gottesdienstliche Uebungen. Besonders ausführlich handelt das letzte Capitel 55 über die Verwaltung der Kirchengüter. Hier werden zuerst die Verordnungen Erzbischof Friedrichs erneuert, und das oben erwähnte Statut des Domkapitels von

---

schrift der Statuten fehlt sie, ebenso in den Sammlungen Kölnischer Synoden, z. B. in der vorhergenannten von Guldenschaiff, in der folgenden von Quentel, Köln 1554, und bei Hartzheim, Conc. Germ. IV, S. 548 fg.

[1]) Abgedruckt bei Würdtwein a. a. O. S. 76 fg.

1323 nebst der Bestätigung des Erzbischofs Heinrich wörtlich mitgetheilt [1]). Dann folgen Bestimmungen über die richtige Leistung der Meringa. Rücksichtlich der Rechnungsablagen wird wieder auf die Constitutionen Friedrichs verwiesen und der Inhalt der Kapitel 27, 29, 30 vollständig und wörtlich wiederholt. Zum Schlusse folgt die Bulle Martin's V. vom 17. December 1421 und die Beschreibung, wie diese Constitutionen am 19. März 1423 feierlich im Kölner Dom in Anwesenheit des Legaten und des Erzbischofs Dietrich von dem ausfertigenden Notar Rolandus Phibbe verlesen und besiegelt wurden [2]).

Damit scheint die Entwicklung, insofern sie aus äußerer Einwirkung hervorging, abgeschlossen. In den Statuten der Kölner Provinzial- und Diöcesan-Synoden des 15., 16. und 17. Jahrhunderts wird das Domkapitel nur selten erwähnt. Um so größer wird gerade während dieser Zeit die Zahl eigentlicher Kapitel-Statuten, die den früheren Bestimmungen, insbesondere den Constitutionen Friedrich's III. und des Cardinals Branda sich anschließen. Soviel mir bekannt, sind sie noch nicht gedruckt. Sie finden sich auf dem Provinzial-Archiv, auch liegen sie vor mir in zwei sehr ähnlichen Handschriften in Quarto, von denen die eine Herrn Professor Walter in Bonn, die andere dem städtischen Archiv in Köln (A. X. 63) gehört. Es scheint, daß sie häufig in solcher Form, etwa für die Mitglieder des Kapitels, abgeschrieben wurden. Auf die Einzelheiten kann ich für jetzt nicht eingehen, doch möge wenigstens das Inhaltsverzeichniß nebst der Zeitangabe nach der Kölner Handschrift hier folgen.

---

[1]) Vgl. Würdtwein a. a. O. S. 127 fg.

[2]) Für Mainz erließ der Cardinal am 26. November 1422 ähnliche Statuten, abgedruckt bei Ludewig, Reliquiae manuscriptorum, Bd. XI, S. 384. Doch beschränken sie sich nicht auf einzelne Mißbräuche und auf die Vermögens-Verwaltung, sondern reden auch von der Bischofswahl, dem Wahleid, der Stellung und den Pflichten der Canoniker.

Index statutorum reperibilium.

De servando capitulo sextis et quartis feriis et de duobus solidis deserviendis in eisdem, 14—24. October 1460, S. 36.

Innovatio et declaratio statutorum de anno gratiae canonico defuncto cedendo, 14 — 17. Januar 1466, S. 38.

De residentia et actibus chori (et de his qui Evangelium, Epistolam seu Missam ob defectum vel loco alterius canunt), 5. April 1475, S. 39.

Pronuntiatio de officiis annalibus et obedientiis optandis, 23. December 1491, S. 43.

De medici consilio ex necessitate balneum intrantibus, 21. April 1515, S. 47.

De duobus maldris tritici in usum defuncti canonici computandis, 21. April 1515, S. 48.

Declaratio et ordinatio de obedientiis optandis et de senioritate, 11. Mai 1510, S. 50.

Modificatio statuti de numero capitularium et ordine ad Capitulum recipiendorum, 11. Mai 1510, S. 56.

Nova ordinatio seu statutum super officio semellarum, 14. Januar 1520, S. 57.

Statutum de admissione novellorum canonicorum nobilium et residentia et de aetate eorum, 14. Januar 1526, S. 64.

Statutum de actibus chori adimplendis et capitularibus non negligendis, S. 67.

Statuta ad Divini cultus observationem pertinentia, S. 68.

Statuta probatos mores concernentia, 14. Juli — 9. August 1531, S. 73.

Statuta capitulo et capitularibus personis salutaria, 14. Juli — 9. August 1531, S. 75.

De admissione novellorum canonicorum nobilium ad eorum residentiam nec non de emancipatione et statura eorundem additio, 16. Januar 1532, S. 77 [1]).

Innovatio et declaratio statutorum de anno gratiae, canonico defuncto cedendo, 16. Januar 1532, S. 79.

De testamentorum executoribus et defunctorum sigillis, 16. Januar 1532, S. 81.

De anno gratiae praelatorum, 16. Januar 1532, S. 83.

De executoribus testamentorum innovatio, 16. Januar 1532, S. 84.

Clausulae ex juramento Archiepiscopi circa testamenta dominorum extracta, 16. Januar 1532, S. 87.

Statutum de domibus, 19. Januar 1532, S. 88.

---

1) Abgedruckt bei Ficker, Engelbert der Heilige, Köln 1853, S. 361.

Additio brevis ad statutum de domibus, 6. November 1534, S. 92.

Declaratio statuti de numero capitularium editi, 13. November 1534, S. 96.

Concordia super decantatione Epistolae in summa Missa cum nobilibus subdiaconis, 17. Januar 1542, S. 98.

De hora capitulari rite observanda ac aliis actibus capitularibus, 22. Januar 1542, S. 100.

Statutum pedagogos novellorum canonicorum concernens, S. 103.

Statuta de voto dando in capitulo et non danda possessione mittendis ad studium, S. 105.

De absentibus in studiis, 15. Januar 1562, S. 108.

Conclusio capitularis ratione mulctri, 9. Januar 1562, S. 112.

Innovatio et declaratio de anno gratiae canonico cedendo, 1506, S. 113.

Licentia studii et ubi studendum qualiterque de peracto studio docendum, S. 114.

Additio ad statutum de admissione novellorum canonicorum nobilium ad residentiam nec non emancipatione et statura eorundem, S. 115.

De pronuntiatione officiorum annalium, 1543, S. 118.

Octo regulae statuti anno 1536 in capitulo conclusi de modo et vero ordine pronunciandi officia annalia, S. 121.

Conclusio super curia Berge, 3. September 1563, S. 122, (deutsch).

De absentibus in commissione Capituli vel comitatu Principis. 13. Februar 1571, S. 123.

Statutum, ut nemo eligatur ad praelaturas Ecclesiae Coloniensis nisi canonicus capitularis, 14. Januar 1531, S. 126.

Declaratio super controversia, quando praelatis ecclesiae metropolitanae Colon. annus gratiae post obitum debeatur, 4. Februar 1531, S. 129.

Conclusum de pecuniis Rev^{mo} (sc. Archiepiscopo) non mutuandis nec de praestando consensu, 1. März 1561, S. 133.

Statutum quoad officia annalia, 29. Juli 1613, S. 133.

De ordine admittendorum ad Capitulum, 15. October 1547, S. 134.

Confirmatio et renovatio statuti quoad quatuor generalia capitula, 22. October 1614, S. 136.

Ornamenta missae antelucanae, 1. Juli 1569, S. 137.

Declaratio Capituli, quod senium capitulare in obedientiis optandis praeferatur senio praebendali, 19. Februar 1655, S. 137.

Renovatio statuti quoad probationes nobilitatis et optionem obedientiarum, 28 Februar 1656, S. 141, (deutsch).

Capitularis conclusio memoriae de bonis in Reida, 9. September 1557, S. 146.

Statutum de qualitate vicariorum, cantorum et chorisociorum ecclesiae Colon., 14. und 21. Juli 1559, S. 148.

De personali residentia vicariorum, S. 154.

Decisio, num vicarius principalis aut temporalis non residens particeps „superest“ officiorum esse possit, 19. September 1561, S. 158.

De ordinibus vicariorum, 19. März 1568 — 24. October 1573, S. 159.

De usseriis, 9. März 1558, (in der Handschrift des Herrn Professor Walter, Bl. 79).

Statutum novum de residentia personali et optione obedientiarum Capituli metropolitani anno 1681, 24. Januar, S. 160.

Elucidatio ad statutum de residentia, 31. Januar 1681, bestätigt vom Erzbischof Maximilian Heinrich am 28. Juli, S. 165.

Man sieht, die meisten dieser Statuten gehören dem fünfzehnten und sechszehnten Jahrhundert an. Das erste und älteste ist aus dem Jahre 1438; das nächste vom 7. Mai 1449 eine Erneuerung des Statuts über die Güterverwaltung von 1323, welches jetzt noch durch den apostolischen Legaten Johannes sancti Angeli bestätigt wird. Die folgenden aus dieser Reihe reichen bis in die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts, das letzte über die Vikare ist vom 24. October 1573 datirt. Aus den nächsten hundert Jahren wird nur wenig in dem Verzeichnisse angeführt; ich kenne außerdem noch ein Statut über die Kapitelhäuser vom 8. Januar 1636, ein anderes über die Verehrung der h. drei Könige vom 25. October 1656, in der gleich zu erwähnenden Folio-Handschrift (A. X. 1.) des städtischen Archivs in Köln, S. 190. Dann folgt aber aus den letzten Jahren des Kurfürsten Maximilian Heinrich von Baiern (1650—1688) außer dem Statut über die Residenzpflicht vom 24. Januar 1681, eine Reihe wichtiger Bestimmungen über die Wahl des Erzbischofs, der Prälaten und der priesterlichen Domherren:

Statutum de electionibus Archiepiscopi, Praelatorum eorundemve Coadjutorum cum futura successione per absentes praelatos et canonicos capitulares capitulo transmittenda, 31. Januar 1681.

Forma constitutionis pro electione Archiepiscopi etc.

Forma juramenti per eligentes proprio et procuratorio nomine praestando.

Statutum de electione canonicorum presbyterorum, 31. Januar 1581.

Forma constitutionis pro electione canonici presbyteri.

Wahrscheinlich hielt man damals besondere Vorkehrungen für nöthig, da bei der bald erwarteten Neuwahl zwei mächtige Parteien schroff sich gegenüber standen. Auch diese Statuten sind, wie ich glaube, noch ungedruckt. Sie finden sich in der Handschrift des Herrn Professor Walter, Bl. 81 fg., und außerdem in zwei Folio-Handschriften des achtzehnten Jahrhunderts, von denen die eine aus dem städtischen Archiv in Köln (A. X. 1.), die andere durch gütige Vermittlung des Herrn Professor Heuser mir zugekommen ist. Diese Handschriften geben wohl die Form, in welcher die Statuten im 18. Jahrhundert gesammelt und aufgeschrieben wurden. Sie enthalten außer den zuletzt genannten beinahe alle Stücke der früheren Sammlung, zudem einiges Neue, z. B. den Eid Kaiser Friedrichs III. bei seinem Eintritt in's Kapitel, und Einiges, was nicht hierher gehört, z. B. den Amtseid des Bonner Stiftprobstes. Daß seitdem noch Statuten von wirklicher Bedeutung erlassen wären, glaube ich nicht. In der Handschrift des Herrn Professor Walter Bl. 109 findet sich nachträglich von späterer Hand ein: „Conclusum capitulare de 19ma Januarii 1752, die Verdienung des corporis Vicarialis betreffend." Das letzte mir bekannte Stück ist eine verschärfte Bestimmung über die Adelsprobe vom 2. November 1764, in der Handschrift des Kölner Archivs (A. X. 1.) S. 247 ff.

Es wäre jedoch vergebliche Hoffnung, wollte man in allen diesen Statuten über die Verfassung und Zusammensetzung, über die Rechte und Pflichten des Domkapitels ausreichende Belehrung erwarten. Sie beschäftigen sich, wie schon die Ueberschriften andeuten, mit einzelnen Verhältnissen, vornehmlich des Vermögensrechts. Auch das zuletzt angeführte Statut über die Wahlen redet zwar ausführlich von manchen Einzelheiten des

Wahlactes, setzt aber mehrere Hauptmomente als bekannt voraus. Eine genau eingehende Darstellung und Geschichte des Kapitels würde sehr verschiedenartiger, noch weit zerstreuter Hülfsmittel bedürftig und gewiß keine leichte Aufgabe sein.

Ich kann für jetzt nur Einzelheiten geben.

IV.

Das Kölner Domkapitel zählte in der letzten Zeit seines Bestehens fünfzig Canonikate. Von diesen besaßen der Papst und der römische Kaiser oder König jeder eins, hatten deshalb die ersten Plätze auf beiden Seiten des Chors und ihre eigenen Vikare [1]). Vormals standen an den für sie bestimmten Plätzen ihre Bildnisse, wurden aber bei Errichtung des neuen Hochaltars im Jahre 1770 weggenommen. Doch liest man noch jetzt auf den Piedestalen der Statüen vor beiden Reihen der Chorstühle eine hieher bezügliche Inschrift, nämlich unter der h. Maria auf der Evangelien-Seite die Worte: Latus papae, unter dem h. Petrus auf der andern Seite: Latus imperatoris. Ueber das päpstliche Canonikat habe ich durchaus nichts Näheres auffinden können. Das kaiserliche ist, wie es scheint, sehr alt, denn schon das vorher erwähnte Statut der Domcustodie nennt die zwei Vikare des Kaisers unter den Perso-

---

[1]) Vgl. Historisch-geographische Beschreibung des Erzstifts Köln, eine nöthige Beilage zu des Herrn C. R. Büsching's Erdbeschreibung, Frankfurt 1783, S. 8, und die Abhandlung von Theod. Püller, Assessor des erzbischöflichen Hofgerichts zu Köln: „Kann ein Domicellarherr der Kölnischen Domkirche zum Erzbischofe und Churfürsten gewählt werden?" in den Materialien zur geist- und weltlichen Statistik des niederrheinischen und westphälischen Kreises, Erlangen 1781, Bd. I, S. 203. Verfasser der ersteren anonymen Schrift und zugleich Herausgeber der Materialien ist Eichhoff. Bei Büsching und nicht weniger in allen älteren und neueren Werken sind die Angaben über das Domkapitel ungenau und einander widersprechend.

nen, die am Feste Mariä Reinigung eine Kerze erhalten [1]). Auch unter Konrad von Hochstaden auf der Synode von 1260 geschieht der königlichen Kapelläne Erwähnung [2]). Der Kaiser wurde, wenn er in Aachen gekrönt war, unter die Zahl der Canoniker aufgenommen [3]). Von mehreren deutschen Kaisern und Königen wird ausdrücklich erwähnt, daß sie persönlich von ihrer Würde Besitz ergriffen. So Kaiser Sigismund am 23. November 1414, Maximilian I. am 11. April 1486, Karl V. 1520, Ferdinand I. 1531 [4]). Ueber Maximilian's Aufnahme berichtet die Elsaßer Chronik des Bernhardt Herzog [5]): „Als nun in dem Einreiten der König an den Domhof vor die Pforten kam, da stiege er ab, und die Churfürsten und etliche mit ihm führten ihn für die Kirchen; da warteten sein

---

[1]) Quellen der Geschichte Kölns, Bd. II S. 565: Similiter duobus vicariis imperii cuilibet eorum datur candela de quinque fertonibus.

[2]) Vgl. cap. 10. De capellanis regalibus, episcopalibus et praepositorum etc. bei Hartzheim Conc. Germ. III, 592.

[3]) Vgl. Crombach, Historia SS. trium regum. Colon. 1657, lib. III. c. 50, S. 808. Eminentia Archiepiscopi et Cleri metropolitani Coloniensis, custodum corporum SS. trium regum. Der Kaiser war auch Domherr in Aachen, in St. Peter und im Lateran in Rom, in Utrecht und in Lüttich, er vergab eine praebenda regia in Worms und zwei in Speier. Vgl. Buder, Opuscula juridica, De Canonicatibus imperatorum Germaniaeque regum, Jenae 1745, S. 425, und Neller, De imperatoribus praebendatis regiis, bei Schmidt, Thesaurus Juris Eccl., Bd. V, S. 29 fg.

[4]) Crombach a. a. O. S. 831, 832, 843, 844. Er bemerkt über Sigismund: Hoc reperi in M. S. Breviario bibliothecae summi templi adnotatum: Anno 1414, 16. Kalend. Decembr. Sigismundus Rex Romanorum introivit Coloniam, 9. Kalend. Decembris Rex ***acceptavit praebendam suam*** in hac Ecclesia et juravit capitulo, 5. Kalendas Rex recessit.

[5]) Vgl. Chronicon Alsatiae, Elsaßer Chronik und ausführliche Beschreibung des unteren Elsaß am Rhein durch Bernhardt Hertzogen, dieser Zeit hanau-lichtenbergischen Amtmann zu Wördt. Gedruckt zu Straßburg durch Bernhardt Jobin Anno 1592, Buch II, S. 143.

die Herrn vom Stift mit Kerzen und Fahnen, und der Weihbischof mit seinen Pontificalien angethan. Die empfingen den König und führten ihn für die h. drei Könige, und darnach in den Chor, und sangen Te Deum Laudamus. Hernach gab ihm der Weihbischof die Benedeiung, und die Herrn nahmen ihn auf zu einem Canonico nach alter Gewohnheit ihrer Kirchen". Quelle dieses Berichtes ist augenscheinlich der Auszug, den Crombach (a. a. O. S. 832) „ex Diario Maximiliani" mittheilt. Die Chronik der hilgen Stadt Köln (Köln 1495), welche die Empfangsfeierlichkeiten sehr ausführlich beschreibt, erwähnt die Aufnahme in das Domkapitel nicht. Auffallend ist, daß im Jahre 1486 Kaiser Friedrich III., der damals noch lebte, zugleich mit seinem Sohne Domherr in Köln gewesen wäre. Wir besitzen noch das Formular des Eides, den Friedrich bei seiner Aufnahme in das Kapitel geleistet hat. Er lautet: Nos Fridericus diuina fauente clementia Romanorum Rex semper Augustus ac huius sanctae Coloniensis Ecclesiae *Canonicus* promittimus atque vouemus bona fide, quod ex nunc et in antea gratiosi erimus et deuoti Decano et Capitulo Ecclesiae nostrae perdilectae, cuius possessiones, iura et privilegia quaecunque et a quibuscunque Praedecessoribus Nostris divis Imperatoribus et Regibus Romanorum ipsi Ecclesiae et Personis ipsius indulta in nostram suscipimus protectionem et tuitionem, liberalitate mera commendata. Sic Nos Deus adiuvet et haec sancta Dei Evangelia per Nos corporaliter tacta [1]).

Von den übrigen 48 Präbenden war die eine Hälfte für Kapitulare, die andere für Domicellare bestimmt. Diese Zahl hat aber mehrmals gewechselt. Nach den Statuten des drei-

---

[1]) Dies Formular findet sich in der Statutensammlung in Fol. (A. X. 1.) S. 137, auch bei Crombach a. a. O. S. 809 und „ex Ms. Coloniensi" in Auberti Miraei oper. diplomat. edit. Foppens, Bruxellis 1723. Tom. II. lib. II. cap. 122, p. 1015; vgl. auch tom. I. p. 533. Auch hier werden fünfzig Präbenden genannt und unter den Kapitularen Kaiser und Papst.

zehnten Jahrhunderts Art. 48 Nro. 1 gab es für den Probst, die vier oberen Prälaten und die dem Eintritte nach ältesten Kanoniker vierundzwanzig Tische ersten Ranges, für die zunächst Eingetretenen zwölf Tische zweiten Ranges, für die folgenden sechszehn Supplement-Tische, für die jüngeren Kanoniker zwanzig geringe oder einfache Präbenden [1]). Dagegen heißt es in dem Statut de numero capitularium vom 6. Februar 1450:

Communi voto et consensu concordi declaramus, decrevimus, statuimus et ordinamus, numerum capitularium personarum dictae ecclesiae nostrae ab hominum memoria citra et ultra numerum viginti quinque non excessisse, etiam in antea excedere non debere, nullumque ex canonicis pro tempore ecclesiae nostrae praefatae quamvis etiam in sacris ordinibus constitutum ultra numerum vinginti quinque praedictum in eadem ecclesia nostra ad capitulum admittendum fore aut admitti debere. In quo quidem numero erunt canonici nobiles decem et septem, sex videlicet praelati et officiati perpetui saltem idonei, utputa decanus, subdecanus, choriepiscopus, scholasticus, cappellarius, thesaurarius; reliqui vero undecim erunt seniores canonici iuxta ordinem receptionis suae ad praebendam in ordinibus diaconatus et subdiaconatus iuxta antiquam ecclesiae nostrae observantiam constituti; et quotiescunque locum aliquem ex iam dicto numero per cessum vel decessum vacare contigerit, alius tunc ex canonicis nobilibus senior iuxta suae admissionis ad praebendam ordinem, dummodo alius idoneus fuerit et id a die vacationis infra sex menses petierit, ad capitulum admittatur, alioquin sequens in ordine modo praemisso admittatur; octo autem presbyteri canonici, dummodo alias idonei fuerint, sub dicto numero perpetuo computentur [2]).

---

[1]) Vgl. Lacomblet a. a. O. S. 5.

[2]) Dieses Statut wird bestätigt und wörtlich wiederholt in der Declaratio statuti de numero capitularium vom 13. November 1534. Aber wie vereinigt sich damit folgende Angabe in einer Bulle Pius II. vom 20. Januar 1458 (Urkundenbuch IV. Nro. 318): In Coloniensi Ecclesia (sunt) ultra dignitates et officia ac capellanias seu vicarias perpetuas et chorisocios quinquaginta numero, etiam septuaginta canonicatus et praebendae pro illustribus et nobilibus ex utroque parente et legitimo thoro ex octo partibus, septem aliique canonicatus et septem prae-

Bei den späteren Bischofswahlen, auch in den Hofkalendern des 18. Jahrhunderts und ebenso in einer noch mehr zu erwähnenden Denkschrift der Kölnischen Gesandten bei der Reichsdeputation in Regensburg, werden dagegen nur vierundzwanzig Kapitulare aufgeführt [1]), dabei Kaiser und Papst gar nicht erwähnt.

V.

Zeitpunkt und Ursache dieser Veränderungen weiß ich mit Bestimmtheit noch nicht anzugeben. Wie überhaupt eigene Präbenden entstanden, wie das gemeinschaftliche Leben außer Uebung kam, auch darüber wünschte ich Genaueres mitzutheilen, als jetzt mir möglich ist. Doch läßt sich mit Hülfe einiger historischen Zeugnisse, und mit Rücksicht auf die allgemeine Entwicklung, Gang und Folge dieser Ereignisse wenigstens andeuten.

Daß im neunten Jahrhundert in Köln ein Domkapitel, und in diesem die gemeinsame Lebensweise nach den Vorschriften der Aachener Regel bestanden habe, ist nicht zu bezweifeln. Die Kanoniker erhielten von der Kirche Kleidung, Wohnung, Unterhalt und einen Theil der dort einkommenden Oblationen (eleemosynae) [2]), was man schon damals Stipendium oder Präbende nannte [3]). Eigenes Vermögen oder ein besonderes Benefizium sind nicht verboten, doch soll wer sie besitzt von der Kirche nur das Nothwendige sich reichen lassen. Die Leitung und Aufsicht des Ganzen hatte der Bischof und unter ihm

---

bendae sacerdotales, quibus praefici merito deberent viri scientifici, magistri aut baccalaurei, formati in theologia seu in altero jurium doctores.

[1]) Protokolle der Reichsdeputation, Beilagen. Regensburg 1803, Bd. I. S. 402.

[2]) Vgl. Die Regel Chrodegangs bei Hartzheim Conc. Germ. I, 96. fg. c. 4, 7, 8 und die Aachener Regel a. a. O. I, 501, c. 120—122.

[3]) Vgl. Die Regel Chrodeg. c. 3 und 5, und Ducange v. Praebenda.

der Probst, welcher auch über die Aufnahme der Canoniker entschied [1]). Wie aber in der Geschichte des Kirchenvermögens stets die Erscheinung wiederkehrt, daß das Gesammtgut sich theilt und in den Besitz der Einzelnen übergeht, so hat es auch in den Stiftern sich nicht erhalten können. Zunächst wußte man durchzusetzen, daß der Bischof dem Stift bestimmte Grundstücke, Höfe, Zehnten zu eigener Verwaltung überwies. In Köln ist diese Entwicklung noch durch äußere Ereignisse gefördert. Der Erzbischof Gunthar war von Nikolaus I. wegen strafbaren Einverständnisses mit König Lothar II. und seiner Buhlerin Waldrada abgesetzt. In der Bedrängniß, ehe er sich im Herbste des Jahres 867 zu einer Reise nach Italien anschickte, suchte er den Klerus seiner bischöflichen Kirche durch Zugeständnisse zu gewinnen. Durch eine Schenkung, die vom König Lothar am 15. Januar 866 oder 867 in Aachen bestätigt wurde, stattete er die Domkirche sowohl als eine Reihe der bedeutendsten Stifter mit eigenem Vermögen aus [2]). Es

[1]) Regel Chrodeg. c. 3.; Aachener Regel c. 118.

[2]) Guntharius — heißt es in der Urkunde Lothars — venerabilis Agrippinensis ecclesiae gubernator et pius rector nostris detulit obtutibus quandam conscriptionem, in qua continebatur, qualiter ipse clero s. Petri in memorata Agripinensi ciuitate consistenti et reliquis s. ecclesie fidelibus laicis communi parique uoto ordinauerit atque solemniter roborando statuerit, ut deinceps canonici in eadem s. matre ecclesia seu et in ceteris monasteriis tam infra ipsam ciuitatem quamque et extra, quae ad eundem episcopatum et ecclesiam s. Petri pertinere noscuntur, id est monasterium martyris Christi Gereonis et sanctorum sociorum eius, sed et sancti Severini Christi confessoris, monasterium quoque s. Cuniberti, monasterium b. uirginum, monasterium ss. Cassii et Florentii martyrum, monasterium ss. Victoris, Christi martyris, nec non et ecclesia s. Pantaleonis, quae ad thesaurum et luminaria eiusdem matris ecclesiae pertinere dignoscuntur, sed et hospitale inibi ob pauperum receptionem constructum deinceps absque alicuius sumptuum indigentia perennibus temporibus consistere quiuissent. Vgl. Quellen zur Geschichte Kölns, I, 448.

sollte von den Pröbsten verwaltet und für die nöthigen Bedürfnisse vertheilt werden. Den Kanonikern wurde die Wahl ihrer Vorsteher und die selbstständige Anordnung ihrer Angelegenheiten eingeräumt. Auch die einzelnen Stiftsherrn durften eigenes Vermögen besitzen, in Gegenwart von Zeugen, Schenkungen und andere Veräußerungen (traditiones) vornehmen, sogar ein Mitbruder dem andern sein Haus und übriges Besitzthum vererben, ohne daß der Bischof einsprechen konnte. Von Gunthars Nachfolger Willibert werden diese Zugeständnisse auf der Synode des Jahres 873 in Anwesenheit mehrerer rheinischen Bischöfe ausdrücklich bestätigt [1].

[1] Hartzheim Concil. Germ. II. 356 fg. Noverit omnium sanctae Dei Ecclesiae fidelium, praesentium scilicet et futurorum industria, qualiter Guntharius, sedis nostrae venerabilis pastor, divino ductus amore una cum consensu et voluntate suorum clericorum ac laicorum nostrae matricis ecclesiae rebus privatim singulis monasteriis ad hanc pertinentibus ac canonice in eis commorantibus sumptuum suorum necessaria habenda delegavit atque contradidit, quatenus deinceps videlicet eadem monasteria et iidem canonici futuris temporibus perpetualiter inde consistere quivissent absque alicuius sumptus indigentia. Praeterea quidem et hoc quisque ecclesiae amator agnoscat, qualiter iam fatus vir pastoralis, sumptibus necessariis, ut praelibatum est, in praesignatorum ius clericorum ex donatione ordinabiliter atque regulariter delegatis atque distributis, illis concessit atque donavit, ultra licitum fore cum secura potestate et libero arbitrio inter se ordinare et facere tam de sua electione quam de omnibus suis rebus absque eius consultu et imperio. Similiter vero cunctis innotescat, quod idem supra memoratus Pastor in futurum praecavens, ne praelati ordine regiminis confuse utendo aliquando inter se fortem defensionem inde incurrerent, ac ne ob hoc statutum clerici tandem instabiles denuo sicut prius absque correctionis et increpationis timore huc illucque vagabundi liberius discurrerent, decrevit, ut praeposito in sibi subjectis nullus nec praelatione nec potestate superponeretur, sed idem potius in ambobus super omnes praestantissimus haberetur, ac insuper eorundem subjectorum res communes interius exteriusque ipse solus cum consilio prudentum benevolentiumque fratrum gubernans diligenterque providens totum in suam assûmeret

Ueber die richtige Bedeutung dieser merkwürdigen Documente sind verschiedene Ansichten hervorgetreten. Zuerst muß bemerkt werden, daß die Urkunde nicht Lothar I. und dem Jahr 853 angehört, wie man bei allen älteren Schriftstellern und noch jetzt in den Lehrbüchern des Kirchenrechts angegeben findet. Denn der Aussteller nennt sich nicht Kaiser, sondern König; Gunthar heißt nicht Erzbischof, sondern Gubernator et rector ecclesiae Coloniensis, ein Titel, der nicht dem Jahre 853, aber durchaus der Zeit entspricht, in welcher Gunthar seiner Würde schon entsetzt war. Das Datum XVIII. Cal. Febr., regni Lotharii anno XI., indictione XV. weist in der ersten Angabe auf 866, in der zweiten auf 867. Beide Jahre sind den Umständen nach möglich; für das erstere könnte noch sprechen, daß Lothar am 17. Januar 866, gleichfalls auf Bitten Gunthars (venerabilis Coloniensis ecclesiae rectoris), einen Vertrag zwischen dem Kloster Prüm und einer Frau Ger-

---

reservandam custodiam, quidquid ex his debiti proveniret, et sic postea summa cura atque diligentia id ipsum in illorum utilitatem ministrando dispensaret. Nihilominus scilicet ipse idemque beatae et dignae memoriae vir et divini consilii inspiratione admonitus firma ac perpetua lege sancivit, ut nullus unquam pontifex sine illorum conscientia sive consensu de ipsa substantia minimam unquam praebendam alicui per potentiam tribueret, aut item in domibus sive in aedificiis in urbe vel exterius circa urbem, sibi iam a quibuslibet in eleemosynam datis seu deinceps donandis, aut usquam alibi in caeteris universis illorum locis in omnibus rebus absque consensu et communi cunctorum voluntate quidquam eis per potentiam sive per aliquam vim destrueret, illorum donationem seu traditionem, quam inter se in claustro de qualibuscunque suis rebus testibus adhibitis fecissent, hoc illis quasi in ius haereditarium firmiter concedens, quatenus quisque illorum sive nobilis sive ignobilis esset, usque in sempiternum liberum haberet arbitrium, suam mansionem cum caeteris quibuscunque rebus donare seu etiam tradere cuicunque suo confratri voluisset post obitum suum possidendam, absque ullius Episcopi consultu ive contradictione.

hildis bestätigt [1]). Richter scheint den Zugeständnissen Gunthars einen zu weiten Umfang zu geben, wenn er darin die „Zuweisung ständiger Einkünfte an die Canoniker" findet [2]). Noch weniger darf man aber mit Walter [3]) die Urkunde für „eine gewöhnliche Schenkung an arme Stifte und Monasterien der Diöcese" halten. Denn von Lothar werden gerade der Dom und die vornehmsten Stifter Kölns genannt. Auffallend bleibt jedoch, daß in der Urkunde nur von einer Schenkung, und nicht von den übrigen Zugeständnissen Rede ist, welche die Synodal-Akten von 873 dem Erzbischofe zuschreiben. Ueberhaupt läßt sich gegen die Aechtheit beider Documente Einiges einwenden, doch finde ich nichts so Erhebliches, daß ich sie übergehen oder verwerfen könnte.

Ein wichtiger Schritt war damit gethan. Doch ist die Auflösung des gemeinschaftlichen Lebens in den Stiftern gewiß nicht plötzlich, sondern nur langsam und allmälich erfolgt. Zunächst richtete man für die Canoniker eigene Wohnungen ein, meistens in der Umgebung der Domkirche, dann beschränkte man auch den gemeinschaftlichen Tisch auf die Festtage, hob ihn später ganz auf, und schied endlich sogar aus dem Stifts-Vermögen einzelne Antheile oder Präbenden für die Canoniker aus. Der größte Theil der Güter blieb jedoch noch unter der Verwaltung des Probstes, der davon den Stiftsherrn die festgesetzten Einkünfte zahlen und gemeinschaftliche Ausgaben bestreiten sollte. Aber nur zu oft wurde diese Verwaltung nachlässig, eigennützig und willkürlich geführt, woraus denn heftige Streitigkeiten sich entwickeln, bis man durch eine Theilung des Vermögens zwischen Probst und Kapitel die entgegenstehenden Ansprüche auszugleichen sucht. Die dem Kapitel verbleibende gemeinschaftliche Masse steht seitdem regelmäßig unter dem Stifts-

---

[1]) Abgedruckt bei Martene, Collectio I. 176. Vgl. Floß im Ergänzungsbande des Freiburger Kirchenlexikons, Art. Gunthar, S. 533.

[2]) Kirchenrecht §. 133, Anm. 12, S. 272.

[3]) Kirchenrecht §. 261, Anm. 7, S. 570.

Kellner und dient insbesondere für die täglichen Distributionen und die Präsenzgelder, also zur Unterstützung der Residenzgesetze. Bekanntlich will das Concil von Trient (sess. XXI. c. 3. de ref., sess. XXII. c. 3. de ref.) ein ganzes Drittel der gemeinschaftlichen Einkünfte für solche Distributionen verwendet wissen.

Diese Entwicklung läßt sich auch in Köln verfolgen [1]. Das Fortbestehen des gemeinschaftlichen Lebens wird noch im Anfange des elften Jahrhunderts ausdrücklich bezeugt. Der spätere Bischof Wazo [2], welcher im Jahre 1017 Dekan des Domstifts in Lüttich wurde, gerieth mit dem Probste Johannes über die Grenzen ihrer Amtsbefugnisse in Widerspruch. In einer ausführlichen Streitschrift stellt er ihm die Zustände des Kölner Stiftes als mustergültig vor.

Noli praesumptionis tuae defensionem Coloniensis claustri exemplo roborare — schreibt er ihm — quia, sicut experimento didici, Deo gratias nil penitus invenitur in eo tale. Ipse domnus archiepiscopus, remota dominationis suae sublimitate, claustrum saepe deambulans scolas visitat... Praepositus et praelatus, in choro primi stantes, officio se praevenire satagunt, ne quid difficultatis et neglegentiae provenerit; quisque pro se curiosius agunt; disciplina claustri specialius appenditur praelato, nec tamen deest invitatus praepositus instante scrupulo. Stipendium cottidianum cum caeteris officialibus exhibet praepositus, si quid defuerit, sine inimiciciis exigit praelatus. Cellerarius annonam, vinum, pulmenta suscipiens a praeposito, quaeque dispensat impune praelati seniorumque mandato. Liber est praepositus a tributis, quae dederit cellerario, aeque cellerarius ab his, quibus paruerit praelato... Chorepiscopos propter

---

[1]) Ueber ähnliche Vorgänge in Trier vgl. Marx, Geschichte des Erzstifts Trier, Bd. IV, S. 21 fg.

[2]) Vgl. über ihn den Artikel von Floß im Ergänzungsbande des Freiburger Kirchenlexikons, S. 1245

insolentiam removit ecclesia; unde his caret usque in praesens metropolis Colonia et tota provincia [1]).

Man darf bei diesen Worten nur nicht vergessen, daß sie von einem Dekan gegen einen Probst gerichtet, die Rechte dieses letzteren so weit als möglich zu schmälern wünschen.

Nachrichten ganz anderer Art werden aus dem Ende des 12. Jahrhunderts aufbewahrt. Hartzheim theilt eine Urkunde des Erzbischofs Philipp von Heinsberg mit, nach welcher im Jahre 1181 mehrere Personen aus dem Priesterstande, offenbar Canoniker, sich auf eine Besitzung des Domstifts bei Neuß zurückzogen, um dort ein klösterliches Leben zu führen. Der Erzbischof bestätigt den von ihnen erwählten Vorsteher Sigewin und weist ihnen reichliche Einkünfte zu. Eine beigefügte Bemerkung, deren Alter und Zuverlässigkeit sich freilich nicht bestimmen läßt, gibt an, der Erzbischof habe mit den Canonikern über die Verwendung der Stifts-Einkünfte unterhandelt. Die Meisten verlangten eine Theilung, aber vier, nämlich Gerhard von Ranberath, Heinrich von Sayn, Druelius (vielleicht Cornelius?) von Gymnich, Hildeger von Duphholt, zogen sich auf eine Besitzung bei Neuß zurück, blieben jedoch Mitglieder des Kapitels und behielten ihren Platz im Chor [2]). Von demselben Ereigniß berichtet das magnum chronicon Belgicum folgender Maaßen:

---

[1]) Vgl. Anselmi gesta episcoporum Leodiensium c. 41, bei Pertz Monum. Script. Bd. VII. S. 214.

[2]) Ego Philippus Dei, gratia Sanctae Coloniensis Ecclesiae Archiepiscopus, memoriae causa conscripto tam posteris quam modernis pronuntiatum volo, quod de ordine Sacerdotum viri timorati et qui suis imposterum animabus provisum cupiebant, communicato mecum consilio, salutare quoddam fidumque fraternae societatis pactum inierunt; quorum nos providentes unanimitati locum delegavimus atque dicamus initae fraternitati, ut hac(?) in suburbio Nuxiae, feudo sancti episcopi (corr: scilicet episcopii) nostri ...; (?) cui loco virum religiosum, et quem communi electum sententia nobis praesentaverunt, praefecimus Sigewinum, iniunximus etiam illi, ut, si coeptis Deus faverit, sub habitu canonico Salvatori militaturus peritos, prout consilium resque locusque darent, aggregaret; quorum necessita-

Die Kölner Canoniker wollten das gemeinschaftliche Leben nicht fortsetzen, stifteten aber zum Ersatz ein Kloster bei Neuß, in welches einige eifrige Männer mit Sigewin, dem Gründer und Vorsteher der Genossenschaft, eintraten. Sie erhielten reichliche Schenkungen, zum Zeichen der fortdauernden Vereinigung mit dem Kölner Kapitel sollte der Probst von Zeit zu Zeit dem Chordienste im Kölner Dome beiwohnen und alsdann wie ein Domherr die Präsenzgelder erhalten [1]).

---

tibus communicare atque inopiam suis facultatibus relevare, praefati viri fideliter firmiterque statuerunt.

Huius ergo instituti sicut fautor ita et cooperator existere cupiens, contuli praefato viro Sigewino cunctisque sibi et subditis et successuris primo quidem — —

Acta sunt haec anno Domin. incarnationis 1181 indictione 14ta etc.

Ex Archaeo Canoniae Novesiensis communicavit D. Orth, Pastor et Canonicus. Dazu findet sich folgende Bemerkung:

Philippus Hinsbergicus, reversus in gratiam Papae, egit Coloniae cum Canonicis negotium de distribuendis redditibus inter Canonicos Metropolitanos. Divisionem urserunt plurimi; quatuor veteris canonici instituti tenaces secesserunt Novesium in grangiam summi capituli: Gerardus Randerath, Henricus de Seyna, Druelius de Gymnich, Hildegerus de Dupholt, mansuri tamen membra capituli, et habituri stallum in choro. Pro his hoc diploma edidit Philippus. Vgl. Hartzheim Conc. Germ., III, 788. Nach dem Original der Urkunde habe ich vergeblich in Neuß, Düsseldorf und Köln gesucht. Wahrscheinlich ist es bei der Aufhebung des Regularstifts im Anfange dieses Jahrhunderts verschleudert.

[1]) Saeculares vero Canonici majori pro parte ad regularis vitae tramitem, unde exciderunt, non sunt reversi. Ex quibus Canonici maioris Ecclesiae Coloniensis, Domini videlicet in summo, extiterunt. Nam antea sub Abbate Deo regulariter militaverunt, prout etiam Carolus Magnus, Rex et Imperator, in Aquisgrano et in Hoyo (Huy in der Diözese Lüttich) et aliis diversis locis instituit. In recompensam tamen memorati Domini in summo monasterium Canonicorum regularium sub praeposito secundum regulam B. Augustini militans in suburbio civitatis Nussiensis in grangia ipsorum fundaverunt anno Domini 1181, indictione 14ta, sub Alexandro Papa, regnante Friderico primo huius nominis Imperatore, sub Archiepiscopo

Daß man im Jahre 1181 die Aachener Regel, nachdem sie bis dahin pünktlich beobachtet war, mit einem Male aufgehoben habe, läßt sich nicht annehmen. Aber daß ein neuer bedeutender Schritt in dieser Richtung damals geschehen sei, ist gar nicht unwahrscheinlich und den nächst folgenden Zeugnissen entsprechend. Die Statuten des dreizehnten Jahrhunderts erwähnen noch eine gemeinsame Küche, Bäckerei, Brauerei, aber der gemeinsame Tisch ist, wie es scheint, weggefallen; die Domherrn wohnen in eigenen Häusern, nur für die jüngeren, die der Domschule angehören, gibt es noch ein gemeinschaftliches Dormitorium. Die Gefälle aus den einzelnen Präbenden werden regelmäßig noch in natürlichen Früchten bedungen, doch es bereitet sich schon ein Uebergang vor. Die Canoniker haben 129 reichliche, 48 geringere Fleischtage, zudem reichliche und und geringere Fischtage, aber statt des Fleisches und der Fische wird mit Ausnahme einiger Feste Geld verabreicht. Was an Wein, Bier, Roggen- und Weizenbrod, Käse, Häringen,

---

Coloniensi Philippo de Hynsberch. Fundator vero fuit Sigiwinus. Isti ergo monasterio majoris ecclesiae Coloniensis canonici non exiguam partem reddituum suorum partiti sunt, praesertim cum nonnulli eorum conversionis gratia ipsum monasterium intrarent, quorum Deus tetigerat corda. Nam nobile illud domicilium in Eltzen juxta Grevenbroich ipsis regularibus tradiderunt et vineam magnam prope Reynss, insuper et octo plaustra vini, prout exaratum habetur in lapide summi Altaris eiusdem monasterii usque in hodiernum diem. Tradiderunt etiam eidem memorato monasterio allodia diversarum decimarum et curtium ac eorum pro quotidiana sustentatione de multis affluenter providerunt victualibus, quemadmodum adhuc in antiquis registris eorumdem Dominorum in summo reperitur. Insuper etiam in signum unionis statuerunt, ut aliquoties Praepositus monasterii regularium prope Nussiam visitaret chorum in summo in Colonia, et reciperet canonicam portionem seu praesentiam, quemadmodum unus ex ipsis Canonicis. Vgl. Magnum Chronicon Belgicum bei Pistorius Script. Rer. Germ., III, 209. Ueber die Quellen dieses Werkes vgl. Janssen im Archiv des historischen Vereins für den Niederrhein, II. 1855, I, 1, S. 84.

schwarzen und weißen Bohnen für den täglichen Gebrauch oder bei besonderen Festlichkeiten zur Vertheilung kommt, wird in diesen Statuten und nicht weniger in den späteren sehr ausführlich angegeben, sowohl rücksichtlich der Hauptmahlzeit, als der Abendmahlzeit, der meringa oder merenda [1]). Wer diese Verhältnisse einmal genau eingehend auseinandersetzte, würde der Culturgeschichte einen nützlichen Beitrag liefern.

Später sind wohl noch einzelne Versuche gemacht, die Gemeinsamkeit wieder herzustellen. Die berühmte Synode des Erzbischofs Konrad von Hochstaden von 1260 c. 7 verordnet, daß die Stiftskirchen, welche kein Dormitorium besitzen, ein solches auf eigene Kosten erbauen, und daß die Canoniker darin schlafen sollen, mit Ausnahme derer, die durch Krankheit, Schwäche oder dringende Ursachen entschuldigt werden [2]). Aber das Statut läßt deutlich erkennen, daß diese Sitte schon lange außer Uebung gekommen war; überhaupt scheint es nur für die Canoniker berechnet, welche eigene Wohnungen nicht besaßen und nun ganz außerhalb der Stiftsfreiheit (immunitas) die Nächte zubrachten [3]). Den gemeinschaftlichen Tisch versucht

---

[1]) Vgl. darüber Lacomblet im Archiv, Bd. II, S. 5, dem auch die vorhergehenden Bemerkungen entnommen sind.

[2]) Vgl. Hartzheim, Conc. Germ. III, 590 fg. Ecclesiae Canonicorum carentes dormitoriis ea deinceps habeant de communi Ecclesiae aere seu pecunia construenda, et canonici, qui habentes dormitoria dormire in his aliquamdiu dissueverant, in his dormiant, prout hoc consuetum fuit antiquitus, his duntaxat exceptis, quos infirmitas seu debilitas aut alia causa legitimae necessitatis excusat, cum alias cassa et vana fuisset ipsorum dormitoriorum structura, si non in ipsis modo et more debito, maxime causa matutinalis officii, dormiretur.

[3]) Hartzheim a. a. O. Quae quidem negligentiae causantur exinde potissimum, quod sunt quaedam Ecclesiae canonicorum carentes dormitoriis, quaedam habentes dormitoria, sed eorum Canonici dormire in his longo temporum spatio dissueverunt ..

der Erzbischof nicht einmal wieder herzustellen; nur die Canoniker, welchen eigene Wohnung fehlt, sollen nicht zu häufig außerhalb der Domfreiheit an verdächtigen, für Kleriker unziemlichen Orten ihre Mahlzeit nehmen, sondern im Refectorium.

VI.

Es bleibt noch die Frage, wann die Theilung des Vermögens und die Sonderung in einzelne Präbenden erfolgt sei. Die angeführte Bemerkung zur Urkunde Philipps von Heinsberg setzt sie in das Jahr 1181, gar nicht unwahrscheinlich, wenigstens gewiß nicht zu früh. Denn in den Kapitelstatuten und Diöcesan-Verordnungen des dreizehnten Jahrhunderts wird sie offenbar schon vorausgesetzt. In dem Statut über die acht Priesterherrn, also vor 1219 (vgl. unten S. 293), sind Präbende und Canonicat beinahe gleichbedeutend. In der Synode von 1260 c. 12 wird geklagt, daß die Pröbste suspendirten Domherrn die Einkünfte ihrer Präbenden gleichwohl zukommen ließen, statt dieselben pflichtgemäß zum Kirchenbau zu verwenden [1]). Die Synode von 1266 c. 34 beschreibt ausführlich das

---

Item canonicis, ne frequenter extra immunitatem ecclesiarum suarum comedant aut dormiant extra ipsam, firmissime prohibemus, ne ulla eis suffragetur occasio, si forte propriis domibus careant. Competentius namque in suis dormire dormitoriis et comedere in claustris aut refectoriis suis possunt hi, qui domibus propriis vel certis hospitalibus carent, quam haec facere forinsecus apud loca suspecta vel alias clericalis conversationis non bene decentia honestatem.

[1]) Hartzheim, a. a. O. III, 593. De aliquibus Praepositis unum quidem in visitatione comperimus reprehensibile et non laudandum, quod ipsi fructibus suspensarum in ecclesiis Praebendarum, quorum sunt et esse de iure tenentur dispensatores, illi praesertim, qui dictos fructus nondum in capitula transtulerunt, abutuntur. Cum enim de ipsis fructibus, uno eis anno

Verfahren bei dem Streite über eine Präbende. Dechant und Kapitel sollen sich die authentischen Urkunden von den streitenden Parteien vorlegen lassen, alsdann mit Zuziehung der Kölnischen Prioren und tüchtiger Rechtsgelehrten das Urtheil sprechen; sind sie dazu nicht im Stande, so wird innerhalb einer bestimmten Frist die Streitfrage mit allen Actenstücken der päpstlichen Entscheidung unterbreitet. Von den Früchten der Präbende soll während dessen die eine Hälfte dem Kirchenbau, die andere einem fähigen Stellvertreter des verstorbenen Besitzers zufallen [1]). Im Jahre 1338 wird die Gewohnheit abgeschafft, daß Jemand, der statt einer geringern eine größere Präbende angetreten, aber in Folge eines Rechtsstreits wieder

---

cedentibus, tecta ecclesiae, quando foret necessitas, reparare deberent, ipsi ea non reparant, immo fructus ipsos canonicis inobedientibus ideoque suspensis restituunt seu remittunt.

[1]) Hartzheim a. a. O. S. 627. De litigantibus super una praebenda in aliqua ecclesia Dioecesis Coloniensis.... Statuimus, ut, cum in aliqua ecclesia casus huiusmodi emerserit, Decanus et Capitulum illius Ecclesiae authoritate huius constitutionis sibi faciant literas authenticas et instrumenta, quibus sic contendentes uti voluerint pro iure suo, hinc inde a partibus exhiberi, et convocatis Capitulo et Prioribus Coloniensibus, qui praesentes fuerint, et haberi commode potuerint, et per eos ad hoc vocatis iurisperitis, qui visi fuerint expedire, per quos huius modi quaestio et discordia decidatur, eorum discussioni et sententia stetur et inviolabiliter observetur. Et si Capitulum et Priores propter difficultatem juris vel alias causas legitimas quaestionem huiusmodi decidere non poterunt nec decidunt, causam eandem ad curiam Domini Papae decidendam transmittant, praefigentes partibus terminum competentem, quo se conspectui Papae repraesentent, cum omnibus suis monumentis et documentis iusticiam recepturae. Causa vero et quaestione huiusmodi durante, medietas fructuum praebendae vacantis in usus cedat ecclesiae, et reliqua pars alicui idoneae personae, quae deserviat in ordine, quem defuncti praebenda requisierit, deputetur. Ueber die Prioren vgl. unten S. 305.

verloren hatte, dadurch auch die geringere einbüßte[1]). Offenbar sind unter diesen Präbenden, etwa mit Ausnahme des zweiten Beispiels, nicht mehr wie in früherer Zeit einzelne zufällige Einkünfte in Geld oder Früchten zu verstehen, sondern ein bestimmtes Besitzthum in Grundstücken, Rechten, Gefällen, welches dauernd mit einem Canonikate verbunden war. Einiges mag davon den einzelnen Domherren zur unmittelbaren Benutzung und Verwaltung überwiesen sein, das Meiste blieb aber in den Händen des Probstes. Auch in Köln wurden arge Mißhelligkeiten dadurch veranlaßt. Schon im Jahre 1234 begegnen wir der Klage, daß der Probst dem Kapitel und den einzelnen Kapitularen das ihnen Zukommende nicht richtig auszahle[2]). Am 13. Juli 1284 bestätigt Erzbischof Siegfried das Abkommen über eine rückständige Summe, welche vom Kapitel auf mehr als 1000 Mark veranschlagt war. Ueber die Verwaltung der Probsteigüter hatte man schon im Jahre 1262 einen Vertrag geschlossen[3]), aber wie es scheint ohne dauernden Erfolg.

Im Jahre 1353 erhebt sich zwischen Probst und Kapitel ein Streit über die Formel des Lehnseides, den der Probst sich leisten ließ. Der Erzbischof Wilhelm von Gennep setzt acht Tage nach Mariä Himmelfahrt (am 22. August) als Schiedsrichter die Formel fest[4]). In den folgenden gesetzlosen Zeiten nahmen Unordnungen und Verwirrung Ueberhand. Erst Friedrich IV. von Saarwerden stellte Ruhe und Sicherheit, freilich unter fortdauernder Widersetzlichkeit des eigenen Clerus, wenigstens eini-

---

[1]) Vgl. die Synode von 1338 c. 3, bei Hartzheim a. a. O. IV. 449: Cassatur consuetudo, qua maiorem praebendam adoptans, si illa ab eo postmodum evincatur, debeat minori praebenda, quam prius obtinebat, esse privatus.

[2]) Vgl. Protestatio capituli, quod praepositus maior tenetur plene administrare praebendas, im Lib. privileg. Nro. 73.

[3]) Vgl. Copialbuch P, S. 834, 836.

[4]) Vgl. Copialbuch G, letztes Bl.

germaßen wieder her. Seinem Einflusse mag man auch zuschreiben, daß endlich im Jahre 1374 ein Vergleich zwischen dem Probst Dietrich von der Mark einerseits, sowie dem Dechant Simon von Solms und dem Kapitel andererseits über die Verwaltung der streitigen Güter zu Stande kam. Die Urkunden dieser merkwürdigen Uebereinkunft finden sich einzeln im Original, und gesammelt in dem Copialbuch G aus dem Anfange des fünfzehnten Jahrhunderts. Es sind folgende:

1) Littera primi conceptus in separatione praepositurae Colon. cum renuntiatione litis etc., vom Tage des h. Remigius (1. October) 1373.

2) Commissio domini Coloniensis super veritate inquirenda pro separatione praepositurae et bonorum ipsius, aus Poppelsdorf vom Tage der h. Lucia (13. December) 1373; das Original Nro. 920, S. 318 des Catalogs. Der Erzbischof ernennt den Doctor der Rechte Johann de Cervo, seinen Official in Köln, und den Heinrich von Suderland, Scholastikus des Stifts von St. Gereon, zu seinen Beauftragten. Schmerzlich beklagt er den lange dauernden Streit, den vornehmlich die Uebergriffe und das weltliche Treiben der Pröbste hervorgerufen. Während der langen Abwesenheit des Propstes Bindo von Siena seien die Probstei und andere Hauptgebäude verfallen, die Gerechtsame verdunkelt, die Disciplin gewichen. — Dieser Bindo, ein Italiener und päpstlicher Notar, war Probst von 1306—1350; er bezog die Einkünfte ohne jemals in Köln anwesend zu sein. Noch liegen mehrere Contracte vor, in denen er die Gefälle der Probstei so theuer als möglich zu verpachten sucht; am 18. December 1327 stellt er dem Kapitel eine Quittung über 650 Goldgulden aus [1]). — Die Güter, fährt der Erzbischof fort, seien aufs Aergste vernachlässigt; in jedem der sechs letzten Jahre habe das Kapitel angeblich 2000 Florin zu wenig erhalten. Jetzt solle endlich eine Uebereinkunft zu Stande kommen, deren Wortlaut beige-

[1]) Vgl. Copialbuch P, S. 830.

fügt wird. Die Commissarien möchten über die gegenseitigen Ansprüche sich Klarheit verschaffen und dem Erzbischof berichten. Es folgt:

3) Die Littera separationis originalis, der Wortlaut des Vertrags und dessen Bestätigung durch den Erzbischof am 8. Januar 1374; das Original Nro. 924 des Catalogs. Zu Anfang und Ende ähnliche Auseinandersetzungen wie in der Instruction für die Commissarien. Darauf:

4) Ein Factum totius separationis sub forma instrumenti, ein notarieller Akt, zugleich die Anerkennung des Vertrags durch Dietrichs Nachfolger, den Probst Otto von der Lippe vom 4. December 1375; vgl. Nro. 924 des Catalogs.

5) Die Bestätigung Gregors XI. in der Bulle Susceptae servitutis, aus Avignon vom 30. November 1375, vgl. Nro. 930, S. 322 des Catalogs.

Auch in dem Amts-Eide des Probstes wird dieser Vertrag später ausdrücklich genannt (vgl. unten S. 314 fg.). Die dem Stifte vorbehaltenen Güter kamen nun in die Verwaltung des Stiftskellners. Wir finden denn auch aus dem Jahre 1376 ein Kapitelstatut de cellerariis erwähnt [1]). Nach der ausdrücklichen Bestimmung des Papstes sollten diese Güter gemeinschaftlich bleiben [2]), gleichwohl hatte man am 18. September 1397

---

[1]) Vgl. die Synode von 1400, Cap. 32. Eine ähnliche Theilung des Stiftes St. Gereon zwischen dem Probst Werner einerseits, und dem Dekan Wilhelm nebst dem Kapitel andererseits, vom März 1282, findet sich in einer Handschrift der Bonner Universitäts-Bibliothek. Mehrere Urkunden dieser Art enthalten auch die Farragines des Johann Gelenius, welche auf dem städtischen Archiv in Köln bewahrt werden, z. B. IV, 205: Separatio praepositurae ecclesiae ad Gradus; VII, 260: De ordinatione inter praepositum et capitulum S. Cuniberti litterae Archiep. Colon. a. 1204; XII, 231: Confirmatio Archiepiscopi super separatione praeposituræ et capituli eccles. S. S. Apostolorum a. 1254.

[2]) Volumus tamen et etiam ordinamus, quod bona, possessiones et jura hujusmodi et jus ea percipiendi non dividantur inter

und im December 1398 Theilungen vorgenommen. Daß der Erzbischof sie rückgängig machen wollte, wird nicht wenig zu dem heftigen Widerstande beigetragen haben, den die Domherren seinen Reformen entgegen stellten.

Schon die Eintheilung der großen und geringeren Tische in den alten Statuten, und noch entschiedener der erwähnte Synodalbeschluß von 1338 deutet auf einen Unterschied der Canonicate, doch habe ich über die Entstehung der Domicellar-Präbenden bestimmte Zeitangaben nicht aufgefunden. Die Domicellaren besaßen nicht das Vermögen und bezogen nicht die Einkünfte der Capitularen, indessen machte die gemeinschaftliche Masse immer möglich, auch ihnen größere oder geringere Einkünfte auszusetzen, aus denen allmälig eigene Präbenden erwuchsen.

Zu jeder Präbende sollte regelmäßig eine Amtswohnung oder Curie gehören; gleichwohl war noch im 15. Jahrhundert nicht einmal jeder Capitular im Besitz eines eigenen Hauses. Das Vermögen des Stiftes im Ganzen und das Einkommen der einzelnen Domherren wüßte ich nicht einmal annähernd zu bestimmen. Aus dem Anfange des vierzehnten Jahrhunderts hat sich ein Schätzungsregister erhalten, welches zur Erhebung der Zehnten diente. Darin wird das Einkommen des Probstes auf hundert Mark, das des Thesaurars auf vierzig Mark angegeben [1]). Aber abgesehen von dem veränderten Werth des Geldes ist diese Berechnung schon deshalb nicht maßgebend, weil bei derartigen Abschätzungen der Betrag des Einkommens gewöhnlich viel zu gering angeschlagen wurde.

---

singulares canonicos, sed perpetuo, sicut prius erant, remaneant in communi, et si secus fieret, id irritum sit et inane.

[1]) Vgl. Binterim und Mooren, die Erzdiözese Köln, Bd. I, S. XVII und 53 fg. In demselben Werke (Bd. I. S. 331 fg.) wird auch ein Liber collatorum ecclesiae Colon. mitgetheilt. Er enthält das Verzeichniß der Pfarreien und Aemter, welche vom Erzbischof, Probst, Dekan, Subdekan, Thesaurar, Keppeler, Obedientiar und Portenarius verliehen wurden. Ueber den ältesten Grundbesitz vgl. Ennen, Geschichte der Stadt Köln, Köln 1863, Bd. I, S. 194.

VII.

Als Vorsteher und Beamte des Kapitels erwähnen die Statuten des dreizehnten Jahrhunderts (Art. 8, Nro. 2 und 4) den Probst und die acht Aemter, nämlich den Ober- und den Unter-Dechant, den Chor-Bischof, den Scholastikus, den Kellner, (cellerarius), den Sänger, einen Ober- und einen Unter-Thürwächter. Das Statut vom 6. Februar 1450 nennt den Dechant, Unter-Dechant, Chor-Bischof, Scholastikus, Keppler (cappellarius) und Thesaurarius. In der letzten Zeit findet man den Probst zugleich als Thesaurarius, den Domdechant, den Vice- und After-Dechant, den Chor-Bischof, Scholaster, Diakonus senior und Diakonus junior.

Die beste Auskunft über die Pröbste und Dechanten gibt der oft erwähnte Catalog Lacomblets auf dem Düsseldorfer Archiv. Eine Reihe der Dompröbste von 1252, dann von 1306—1686, ist einem Protokollbuche über die vom Probste abhängigen Lehen angehängt. Daneben finden sich Lehensprotokolle der Probstei seit 1399. Ein „Entwurf einer übersichtlichen Zusammenstellung" wurde im Jahre 1776 versucht. Auch das Urkundenbuch für den Niederrhein stellt in den Registern die Urkunden und die Namen der Pröbste seit dem Jahr 1003 zusammen. Neben diesen wäre aus älterer Zeit noch Folkmar zu erwähnen, der Freund und seit dem 11. October 965 der Nachfolger des Erzbischofs Bruno. In Bruno's Biographie von Ruotger, Cap. 46, erscheint er als: Folkmarus memorabilis probitatis et industriae diaconus ac prudens fidelisque huius sanctae ecclesiae *protus et iconomus*, quo nomine eum ipse pater (Bruno) utpote vicarium suum et sibi in omne negotium conjunctissimum honorare consuevit. Dürfte man in diesen Worten eine bestimmte Bezeichnung des Dom-Probstes finden, so wäre Folkmar vielleicht der erste, der urkundlich sich nachweisen läßt. Schon in früherer Zeit, z. B. aus den Jahren 941 und 948 (Urkundenbuch I. Nro. 93, 102, 103), findet man zwar Pröbste angeführt, aber nicht die Kirche, der sie vorstanden.

Ursprünglich war der Probst nach dem Bischof der Vorsteher der ganzen Corporation, er hatte die Oberaufsicht und die Verwaltung des Vermögens. Bei der Aufhebung des gemeinschaftlichen Lebens wurde aber die enge Verbindung zwischen Probst und Kapitel in vielen Stiftern gelockert. Durch die Verwaltung des Vermögens und die regelmäßig ihnen zuständige Archidiaconal-Gewalt in Anspruch genommen, entzogen sich die Pröbste der Residenz, dem Chordienst und anderen Pflichten der Capitularen, sie beschränkten sich auf die Leitung der weltlichen Angelegenheiten, auf die Vertretung und Vertheidigung des Stifts nach Außen [1]). Häufig kam es dahin, daß sie sogar das Stimmrecht im Kapitel verloren und zu den Versammlungen gar nicht zugezogen wurden, wenn sie nicht außer der Probstei noch eine besondere Präbende erlangten. So scheint es auch in Köln, besonders nach der Gütertheilung des Jahres 1374, geschehen zu sein. Man wird bemerkt haben, daß das Statut von 1450 den Probst unter den Prälaten und Beamten des Kapitels gar nicht aufzählt; auch in der Eingangsformel der Kapitularbeschlüsse werden nur Dechant und Kapitel (decanus et capitulum) erwähnt. Winheim, ein Schriftsteller des siebzehnten Jahrhunderts, bemerkt: Dignitatum prima est praepositura, sed vocem in capitulo non habet neque in capitulo, nisi ad nutum, comparet [2]).

Die Kölnischen Dechanten werden in Urkunden seit dem Jahre 1033 nachgewiesen, als der erste: Isaak 1033—1047. Der Dechant leitete die geistlichen Angelegenheiten der Genossenschaft, er sollte die Disciplin aufrecht halten, Fehler gegen die Statuten oder die Ordnung des Gottesdienstes rügen und mit dem Beirath des Kapitels bestrafen [3]). In dem Maaße, wie der Einfluß des Probstes auf die inneren Angelegenheiten

---

[1]) Vgl. die Synode von 1260 Cap. 12.

[2]) Vgl. Sacrarium Coloniense, neue Ausgabe Köln 1737, S. 21, die erste erschien Köln 1606.

[3]) Vgl. die Synode von 1260, Cap. 9.

zurücktrat, erweiterte sich der Amtskreis der Dechanten. Schon in einer Urkunde des Grafen Adolph von Berg von 1100 (Urkundenbuch I, Nro. 258) erscheint ein Subdekanus Regenber, der Stiftsgüter verwaltet. Auch die ältesten Statuten erwähnen den Subdekan neben dem Dekan, nicht weniger der letzte Hof-Kalender. Er scheint insbesondere mit der unmittelbaren Anordnung des Gottesdienstes im Dom betraut, denn die Vikare leisten ihm den Eid des Gehorsams (vgl. unten S. 314 fg.).

Ebenso findet sich der Chor-Bischof schon in den ältesten Statuten und bis auf die neueste Zeit. Doch darf man ihn und sein Amt in Köln nicht mit den alten Land-Bischöfen in Verbindung bringen; beide sind auch etymologisch verschieden [1]). Der Chor-Bischof in Köln entspricht dem alten Primicerius, er ist der Aufseher und Leiter des Ritualwesens; in Kölnischen Diöcesan-Statuten, z. B. auf den Synoden von 1260, Cap. 10, und 1536 P. III, Cap. 3, wird er zuweilen geradezu Chorepiscopus sive cantor genannt. Dem widerspricht nicht, daß in den Statuten des dreizehnten Jahrhunderts neben dem Chor-Bischof noch ein besonderer Cantor aufgeführt wird; denn der erstere bezeichnet den Prälaten, der die Oberaufsicht führte, der zweite den niederen Kirchenbeamten, welcher mit der Ausführung des Gesanges unmittelbar betraut war. Dagegen erklärt sich gerade in dieser Weise das vorher mitgetheilte merkwürdige Zeugniß des Wazo, welcher das Vorhandensein eines Chor-Bischofs für die Kölner Kirche ausdrücklich in Abrede stellt. Offenbar hat er einen Chor-Bischof im älteren Sinne gemeint, sonst ließe die Behauptung in keiner Weise sich rechtfertigen. Denn eine von Wazo selbst ausgestellte Urkunde [2]) des Jahres 1043 hat neben andern Zeugen auch ein Chorepiscopus Johannes unterschrieben.

---

[1]) Vgl. Walter Kirchenrecht §. 145, Anm. 8. Auch in den Collegiatstiftern gab es Chor-Bischöfe.

[2]) Abgedruckt bei Fisen, Historia Leodiensis, S. 319.

Der Scholastikus stand der Domschule vor und leitete die Erziehung der jungen Cleriker, clerici juniores oder Domicellaren, welche, wie schon vordem an der bischöflichen Kirche, so insbesondere nach Einführung des kanonischen Lebens bei dem Stifte den Unterricht und die niederen Weihen erhielten. Nach Beendigung der Studien wurden sie in feierlicher Weise von der Schule emancipirt, in den meisten Stiftern mit dem Ablauf des zwanzigsten Jahres, um dann die Weihe des Subdiakonats zu empfangen, die bekanntlich seit dem zwölften Jahrhundert zu den höheren Weihen gerechnet wird. In Köln fand die Emancipation schon im Alter von fünfzehn Jahren statt. Vorher ging eine Prüfung, jedoch nicht gerade der gefährlichsten Art. „Examinandi" — sagt das Statut über die Erzieher der jungen Canoniker (S. 103) — „per scholasticum seu etiam alios ad hoc habiles et idoneos per eundem scholasticum seu etiam capitulum deputandos examinabuntur in grammatica, an sufficienter in illa sint fundati, adeo quod perfecte legere et intelligere, ut sic ulterius in Choro officia et munera sua legendo, psallendo et canendo, lectiones et versus matutinales ac epistolas in missa intelligibiliter pronunciando, obire et perficere possint." Nach Gründung der Universitäten konnten die Domicellare auch dort ihre Studien beendigen, doch bezeugt Aegidius Gelenius [1]), daß im Jahre 1633 die Formen der Emancipation noch üblich waren; erst später fiel sie ganz weg.

Der Scholastikus wurde in Köln schon nach den ältesten Statuten zu den Dignitarien gerechnet [2]), er führte den Titel eines Magisters, niemand rühmlicher als Oliverius, der Prediger des Kreuzzuges von 1217, später Bischof von Paderborn und Cardinalbischof von St. Sabina [3]).

Dagegen ist der Cappellarius oder Keppeler, den das Statut von 1450 noch aufführt, kein Beamter des Kapitels,

---

[1]) Vita S. Engelberti, Colon. 1633, S. 23.

[2]) Hartzheim Catal. Bibl. Metr. Praef. §. 4. Einige Nachrichten über die alte Domschule gibt Ennen, Geschichte der Stadt Köln, I, 296.

[3]) Vgl. über ihn Junkmann in der kath. Zeitschrift, Münster 1851, S. 99 fg.

sondern der Kanzler des Erzbischofs. Engelbert der Heilige hatte am 13. Mai 1219 das Kanzleramt mit einem Canonikate des Kapitels vereinigt [1]), so daß der Erzbischof aus den Kapitularen oder Prälaten den Kanzler ernennen sollte. Der letzte Erzkeppeler war der Dombechant und Weihbischof Alois Graf von Königsegg.

Keine Dignität, aber ein nicht unwichtiges Amt bekleidete der Thesaurarius oder Schatzmeister. Er beaufsichtigte die gottesdienstlichen Geräthe und den Kirchenschatz, sorgte für die Beleuchtung des Doms und für die Opferkerzen; auch die Kirchenfenster, „sowohl die gemalten als die weißen", hat er in gutem Stande zu halten. Am 24. November 1247 vereinigte Konrad von Hochstaden das Amt des Thesaurars mit dem des Custos [2]). In späterer Zeit wurde es häufig vom Domprobst verwaltet, z. B. 1663 und 1794; im Jahre 1746 war der Unter-Dechant zugleich Thesaurar.

Für die Reliquien der h. drei Könige waren noch besonders zwei Domherren als Custoden angestellt. Sie beaufsichtigten die Wallfahrten und stellten den Pilgern Zeugnisse aus [3]). Schon Rainald von Dassel und Philipp von Heinsberg hatten dem Kapitel auch die Opferspenden zugewiesen, die bei den vielverehrten Reliquien dargebracht würden [4]).

---

[1]) Urkundenbuch II. Nro. 80: Petitioni Capituli nostri maioris super cancellaria nostra, quae vulgo cappellaria vocatur, oblatae nobis ab ipso facilem praebentes assensum, donavimus eidem capitulo, ut ad officium dictae cancellariae, quotiens ipsam vacare contigerit, et a nobis et a successoribus nostris non alius quam de ipsius capituli maioris fratribus assumatur.

[2]) Vgl. die merkwürdige Urkunde bei Günther Cod. Dipl. Rhen. Mosel. II, S. 212, und die Quellen der Geschichte Kölns, II, 282; vgl. auch die Synode von 1260 Cap. 8.

[3]) Vgl. Crombach a. a. O. S. 789. Schon in dem Statut der Dom-Custodie, a. a. O. S. 562, wird der Custos regum erwähnt.

[4]) Vgl. die Urkunde Philipps von Heinsberg von 1189 im Urk. Buch, I, Nro. 519.

VIII.

Unter den vierundzwanzig Kapitular-Präbenden waren sechszehn, welche den Reichsadel und die Subdiakonats-Weihe erforderten; zu ihnen gehörten die sieben Prälaturen. Die acht übrigen waren Priesterpräbenden. Zu diesen gelangten auch Bürgerliche, doch mußten sie die Priesterweihe empfangen haben und eine akademische Würde besitzen. Daß es während der Blüthezeit des kanonischen Lebens nicht an Priestern im Kapitel mangelte, läßt sich annehmen. Die Kölner Kirche erhielt von Leo IX. das Privilegium, daß sieben Cardinalpriester in einer besonderen Kleidung, mit Dalmatica und Sandalen, an den beiden Hauptaltären der h. Maria und des h. Petrus täglich das Meßopfer verrichten dürften. Ein gleichzeitiger Schriftsteller, der Archidiakon Wibert von Toul, und die Bulle Leos IX. vom 7. Mai 1052 geben von dieser Auszeichnung Nachricht [1]). Kardinälen begegnet man bekanntlich an vielen Kirchen in Italien, Spanien und Frankreich, nicht weniger in

---

[1]) Vgl. Wiberti vita Leonis Lib. II, c. 4, bei Watterich Vitae Pontif. Roman. I, S. 155: His sanctis insudans studiis (Leo IX.) antiquam reperit patriam suscipiturque a totius gentis nobilissimo atque reverendissimo Archiepiscopo Herimanno apud Coloniam, cuius petitu concessit domnus Papa hoc privilegium sedi ecclesiae Coloniensis, ut ad altare sancti Petri septem presbyteri cardinales quotidie divinum celebrarent officium in sandaliis. In der Bulle (Urk. Buch Bd. I, Nro. 187) heißt es: Concedimus etiam atque perpetuo largimur, ut majus altare ecclesiae tuae, matris Virginis honori dedicatum, et aliud ibidem Apostolorum principi b. Petro addictum, reverenter ministrando procurent septem idonei cardinales presbyteri Dalmaticis induti, quibus etiam cum totidem diaconibus et subdiaconibus ad hoc ministerium prudenter electis, ut sandaliis utantur, concedimus. Bekanntlich ist die Echtheit der Bulle bestritten, aber doch nichts Entscheidendes gegen sie angeführt. Vgl. darüber die Schriften der folgenden Anmerkung und Ennen Gesch. d. Stadt Köln, I, S. 284.

Deutschland, z. B. in Trier und in Aachen, wo neben sieben Cardinalpriestern ebenso viele Cardinaldiakone erwähnt werden. Ueber die eigentliche Bedeutung dieses Titels sind noch manche Zweifel zu lösen [1]), auf die ich hier nicht ausführlicher eingehen kann. Unter den Cardinälen in Köln wird man am Richtigsten Canoniker der Domkirche verstehen. Denn als solche werden sie in den späteren Bestätigungs-Bullen des Privilegiums, zwar noch nicht von Eugen III. am 8. Januar 1151 (oder 1152), aber von Hadrian IV. am 20. Januar 1156 und von Alexander III. in einer Bulle ohne Datum ausdrücklich bezeichnet [2]).

Vielleicht mag auch dieser Verleihung nicht sowohl eine Ehrenbezeigung, als die Absicht zu Grunde liegen, das Domstift gegen Verweltlichung zu sichern und für die Anwesenheit wenigstens einiger Priester im Kapitel Sorge zu tragen. Noch mehr mußte diese Rücksicht hervortreten, als später der Adel ausschließlich der Kapitel sich bemächtigte, das gemeinschaftliche Leben aufhörte, die Zucht immer mehr verwilderte. Schon im Anfange des dreizehnten Jahrhunderts begegnen wir dem folgenden merkwürdigen Kapitel-Statut, welches ausdrücklich immer acht Präbenden für Priester bestimmt:

---

[1]) Vgl. darüber die Schriften von J. W. J. Braun, die geborenen Cardinäle der Kölnischen und Trierschen Kirche, Bonn 1851, S. 44, die Sage von den geborenen Cardinälen u. s. w., Bonn 1852, S. 80 fg., und Binterim, die jüngste öffentliche Vorlesung des Herrn Braun, Köln 1852, S. 56 fg.

[2]) Alle diese Urkunden nebst dem Privilegium Leo's IX. finden sich in den Faragines, Bd. XIV, S. 625 fg., die Hadrianische auch im Liber privilegiorum als die erste der päpstlichen. Sie sind abgedruckt im Anhange der Schrift von Binterim, Hermann II., Erzbischof von Köln als Erzkanzler und Cardinal, Düsseldorf 1851, S. 42 fg. Hadrian nennt „septem idonei presbyteri cardinales, qui sint specialiter et principaliter de capitulo - - induti dalmaticis et mitris“, Alexander „septem Canonici cardinales presbyteri“. Vgl. Urk. Buch, I. 372 und Ennen, Gesch. der Stadt Köln, I, 383.

Constitutio capituli, quod octo praebendae sacerdotales in ecclesia Coloniensi habeantur, et constitutus in ordine sacerdotali in locum defuncti assumatur.

Th[eodoricus], Dei gratia major in Colonia praepositus, et C[onradus], major Decanus, Archidiaconi, totumque capitulum b. Petri universis tam praesentibus quam futuris, quorum conspectui hoc praesentatum fuerit, in praesenti gratiam et gloriam in futuro. Quum ad abolitionem peccatorum quam plurima sint nobis a Domino virtutum remedia constituta, notissimum tamen est immolatio hostiae salutaris, quae in commemorationem fit Dominicae passionis. Per hanc anima vegetatur, corpus ad resistendum vitiis roboratur, haec est vivis opportuna, viam universae carnis ingredientibus necessaria et defunctis jucunda. Tanti igitur sacramenti dignitate ac ecclesiae nostrae utilitate consideratis diligenter, placuit nobis ea quae inferius continentur ordinare de aliquot praebendarum nostrarum locatione in ministros hostiae huius sacrosanctae. Eo itaque auctore, a quo recta consilia et justa sunt opera, statutum et dispositum est a nobis voluntate ac consensu omnium nostrorum et singulorum accedente, ut in ecclesia nostra octo semper habeantur praebendae ab his tantum, qui sacerdotali ordini mancipati fuerint, habendae. Quodsi aliquem de numero illorum vel exire de vita contigerit vel exire de ecclesia, in locum decedentis vel discedentis erit tantum substituendus in sacerdotali ordine constitutus. Ut igitur audita laudabilis Deo et hominibus ordinatio robur perpetuum habeat et nescientibus nota fiat, praesentem paginam conscribi fecimus, appendentes eidem ecclesiae nostrae sigillum.

Die Urkunde findet sich im Liber privilegiorum Nro. 57. Leider fehlt das Datum. Allein der Name des Probstes Th(eodoricus) neben einem Dekan C(onradus) leitet auf die Jahre 1200—1208 oder 1216—1218. Im ersten Falle muß man, wie Lacomblet in der Vorrede des oft erwähnten Catalogs, an Dietrich von Heinsberg denken, den Probst von St. Georg und von 1208—1212 Erzbischof von Köln. Er bewirbt sich schon 1199, als Gegner des h. Engelbert, um die Domprobstei, und erscheint nach Angabe des Catalogs zwischen 1206—1208 auch als Domprobst, nachdem Engelbert die Anhänglichkeit an seinen Verwandten, den abgesetzten Erzbischof

Adolf von Berg, mit dem Verlust der eigenen Würde gebüßt hatte [1]). Wahrscheinlicher bezieht man aber den Namen auf Dietrich von Isenburg, der 1216 Domprobst in Köln und 1218 Bischof von Münster wurde [2]); denn der Regierungsantritt des h. Engelbert war kirchlichen Reformen sicher günstiger, als die unruhige Zeit des Schisma. Die Jahreszahl 1191, welche Crombach dem Abdruck des Statuts in der Historia trium regum S. 808 beifügt, ist, wie es scheint, willkürlich der im Liber privilegiorum unmittelbar vorhergehenden Urkunde Nro. 56 entlehnt.

Auch das Statut vom 6. Februar 1450 fordert acht priesterliche Präbenden und stellt sie den adligen schon gegenüber. Kurz nachdem die Kölner Universität durch Urban VI. im Jahre 1388 bestätigt war, ertheilte Bonifaz IX. am 16. September 1394 das Privilegium, daß außer mehreren anderen Pfründen auch eine Präbende an der Domkirche einem Kölner Professor aus einer der vier Facultäten verliehen werden solle [3]). Nach einer Bulle Innocenz' XII. vom 29. October 1698 fiel sie immer einem Professor des canonischen oder des bürgerlichen Rechtes zu [4]). Wer aber sein Amt vernachläßigte, sollte nach Jahresfrist, gemäß der Bulle Innocenz XII. schon nach drei Monaten, der Pfründe verlustig gehen [5]). Eine zweite Gnadenerthei-

---

1) Vgl. die Urkunden Innocenz' III. bei Ficker, Engelbert der Heilige, S. 310 fg.

2) Vgl. Ficker a. a. O. S. 254.

3) Vgl. Bulla inter ceteras vom 16. September 1394; sie findet sich, wie die gleich anzuführenden, in einer handschriftlichen Sammlung des fünfzehnten Jahrhunderts auf dem städtischen Archiv, A. XI. 1., dann abgedruckt in der Fundatio Universitatis Coloniensis, Colon. 1707, S. 57. Vgl. auch Bianco, die alte Universität Köln, Köln 1856, I, S. 215 fg., Beil. XV, S. 126.

4) Vgl. die Bulle Alias per felicis in der Fundatio S. 73 fg.

5) A. a. O. S. 76: Poenam privationis eo ipso incurrant etiam ii, qui tres menses continuos absque legitima causa, per rectorem et provisores praedictos approbanda, a legendo cessaverint.

lung durch Eugen IV. in der Bulle A supremo pater familias vom 9. Juni 1437 verlieh der Universität abermals ein Kanonikat an der Domkirche unter ähnlichen Bedingungen [1]). Man nannte diese Verleihungen prima und secunda gratia, und danach auch die beiden Präbenden primae und secundae gratiae. Rücksichtlich der übrigen sechs traten mancherlei Mißbräuche hervor. Sie wurden von den adligen Domherren nach Gunst und Willkür an Hausgenossen und Befreundete vertheilt. Auf Ansuchen Kaiser Friedrich's III. bestimmte Sixtus IV. durch eine Bulle vom Jahre 1474, auch diese sechs Kanonikate dürften nur an Doctoren und Licenciaten der Theologie oder der Rechte verliehen werden, die nach zurückgelegten Universitäts-Studien förmlich promovirt seien [2]).

In die adligen Kapitular-Präbenden folgten die Domicellare nach dem Alter ihrer Aufnahme. Es war deshalb auch für sie der Adel erforderlich. Ein Statut, welches diese Beschränkung in Köln erst eingeführt hätte, ist mir nicht bekannt, sie mag allmälig durch das Herkommen sich gebildet haben. In dem Statut von 1450, sowie in der Bulle Sixtus IV. wird der Adel schon bestimmt vorausgesetzt, später mit immer geschärfter Strenge festgehalten. Innocenz VIII. bemerkt in einer noch zu erwähnenden Bulle vom 13. Mai 1492: In Ecclesia Coloniensi, quae admodum insignis Metropolitana est, et in qua exceptis octo Canonicis, qui in sacris ordinibus constituti ac in Theologia Magistri seu in utroque vel altero Jurium Doctores aut in illis vel ipsa Theologia Licentiati juxta quoddam privilegium, per felicis recordationis Sixtum Papam quartum praedecessorem nostrum eidem Ecclesiae Coloniensi concessum, esse debent, caeteri omnes et singuli Canonici ex Regum, Ducum, Marchio-

---

[1]) A. a. O. S. 78. Bianco a. a. O., Beil. XVI a, S. 131.

[2]) Die Bulle findet sich im Auszuge bei Crombach a. a. O. S. 809, vollständig in dem Copialbuch C. S. 13, vgl. Nro. 1210, S. 422 des Catalogs.

num, Comitum, Baronum, aut ad minus Illustrium genere et legitimo matrimonio procreati duntaxat hucusque ab *immemorabili tempore* recipi consueverunt et recipiuntur de praesenti, adeo quod ipsa Ecclesia Coloniensis prae singulis aliis Ecclesiis Metropolitanis totius nationis Alemanniae singulare Nobilitatis Illustrium receptaculum fuisse, et esse notorium est [1]. Denn man steigerte in Köln die Forderungen noch höher als gewöhnlich. Auch der landsäßige Adel wurde ausgeschlossen und nur Personen aus dem Fürsten-, Grafen- oder Freiherrnstand des Reiches die Aufnahme zugestanden. Sie hießen deshalb gräfliche Domherren oder Domgrafen. In einem Atteſtate vom 1. März 1669 bezeugen Dechant und Kapitel ausdrücklich: „Daß vermög hiesigen hohen Thumb-Capitel Cöln die alte Statuta und Gewohnheiten erfordern, daß solche Thumbgrafen und edele Herren eines edelen und von einem dem Römischen Reich immediat unterworfenen Stocken, von ihren Eltern und Voreltern freien Namens und Herkommens sein müssen" [2]. Noch das jüngste Statut, welches mir bekannt ist, schärft zur Erhaltung des uralten „Splendeur und Lustre" am 2. November 1764 diese Forderung von Neuem ein. Es ist lehrreich und merkwürdig genug, um hier eine Stelle zu finden.

Statutum de Probanda Nobilitate D. D. Illustrium.

Demnach Ein Hochw. Domkapitel im Jahre 1706 den 21. Juli, in damaligem Capitulo Generali St. Margarethae ein die Qualification und Zulassung zu denen Edelpräbenden des hiesigen hohen Erz- und Domstiftes betreffendes Statutum Declaratorium unter sämmtlicher Herrn Prälaten und Kapitularen eigener hohen Handunterschrift und Anhängung des Sigilli ad Causas zu erlassen bewogen worden folgenden Inhalts:

---

[1] Vgl. Sententia Apostolica pro Praelatis et Dignitatibus Collegiatarum contra Canonicos Metropolitanae, Colon. 1720, S. 8.

[2] Vgl. Von Steinen, Westphälische Geschichte, Thl. I, S. 864.

Tenor Statuti.

Wir Dechant und sämmtliche Capitulares des Erz- und hohen Domstifts Köln thuen kund hiermit für uns und unsere Nachkommen ad perpetuam rei memoriam, was maßen wir bei gegenwärtigem Capitulo generali S. Margarethae des 1706ten Jahres nach der heilsamen Geburt Unseres Heilandes und Erlösers Jesu Christi in reifliche Consideration gezogen, wie sorgfältig unsere liebe Vorfahren dahingezielt, damit der uralte Splendor und Praerogativ hiesigen hohen Domstifts durch Nomination, Auf- und Annehmung einiger zu den fürst- und gräflichen Edelpräbenden nicht genugsam qualifizirter Personen mit in Abgang gerathen, oder einigermaßen verdunkelt werden möchte, zu dem Ende auch von Zeit zu Zeiten und absonderlich anno 1656 in Capitulo Generali S. Felicis in Pincis [prorogato] d. d. 28. Februarii heilsamlich statuiret, daß unter anderen vermelten requisitis nicht allein erfordert werde, daß des probantis Eltern und Voreltern, und zwar des Großvaters Großvater bereits als ein Kurfürst, Graf oder Freiherrnstands im H. Römischen Reich gesessen und dergestalt begütet gewesen oder anoch seie, daß selbige derenthalben zu Kreis- und Reichstägen beschrieben worden, sondern die übrige Collateral-Agnaten auch von Kaiser, König, Kur- und Fürsten, Grafen und Freiherrnstand gewesen und annoch seien, und gleichwohl wir anjetzo vermerkt, daß einiger Mißbrauch auf's Neue eingeführt, derselbe auch vermuthlich daher veranlaßt werden wollen, daß man sich eingebildet, daß die vorgenannte von des probantis Großvaters Großvater her erforderte Qualification nur allein von väterlicher, nicht aber von mütterlicher Seite nöthig wäre, ein solches aber für und an sich selbsten zumalen irrig, da genanntes Statutum gleich anfangs die probationes von Vater- und mütterlicher Seite erfordert, und unseren alten Statutis und Brauch gemäß ist, dahero haben wir, umb diesen Irrthum aus dem Wege zu räumen, über oberwähntes Statutum diese wahrhafte Erklärung und Erläuterung ertheilen wollen, daß eben dieselbige Qualität als wie von Vaterseiten auch von mütterlicher Seite erfordert werde, nämlich daß beiderseits Großväter Großvater im römischen Reich gesessen und dergestalt begütet gewesen und annoch seien, daß selbige derenthalben zu Kreis- und Reichstägen beschrieben worden, und die übrigen Collateral-Agnaten von Kaiser, König, Kur- und Fürsten, Grafen und Freiherrnstand gewesen und noch seien, und hinkünftig darauf fest zu ewigen Tagen gehalten werden, und Niemand, er seie auch wer er wolle, aufgenommen oder auch nominiret werden solle, er habe dann sich vorgedachter Maßen durch klare, ungezweifelte probationes von Vater

und mütterlicher Seite qualificirt. Zu dessen mehrerer Festhaltung dann haben wir ebenfalls einmüthig geschlossen, schließen und ordnen auch hiermit, daß derjenige Prälat oder Kapitular, welcher sich unterstehen würde, Jemanden, der obiger Maßen nicht qualificirt wäre, zu benennen, des iuris nominandi nicht allein vor dasmal, sondern auch hinkünftig vor allemal verlustig sein solle. Zu Urkund wahrer Festhaltung haben wir Dechant, Prälaten und sämmtliche Kapitulares gegenwärtige Ordnung und Statutum mit eigener Hand unterschrieben und mit angehängtem gewöhnlichen Kapitels-Insiegel bekräftigen lassen. So geschehen Köln den 21. Juli 1706.

ist von obhochgedachtem hochw. Domkapitel in dermaligem Capitulo Generali S. Calixti prorogato des gegenwärtigen 1764sten Jahres sothanes vorgekommen und nochmalen reiflich erwogenes Statutum, damit selbiges zu Verdunkelung des uralten Splendeur und Lustre mehr hocherwähnten Erz- und Domstiftes in Vergeß und Abgang nicht gerathen, noch auch, wann deme inmittels etwas Nachtheiliges vorgangen sein sollte, solches fürs Verwichene nicht ungleich ausgedeutet, in Zukunft aber gänzlich vermeidet werden möchte, seines Inhalts in allen und jeden Punkten und Klausulen hierdurch erneuert, mithin einmüthlich beschlossen worden, dasselbe zu künftigen ewigen Zeiten steet, fest und ohnverbrüchlich beizubehalten, sodann den hierüber in pergameno ausgefertigten Brief zu mehrerer Bekräftigung durch sämmtliche anwesende Herrn Prälaten und Kapitularen sowohl als auch von allen und jeden in's Kapitel neu eintretenden Edelherren eigenhändig unterschreiben, fortselbem das Kapitels-Insiegel anhangen zu lassen. Ita conclusum 2. November 1764.

Selbst zu den acht Priester-Präbenden wurden sehr häufig Personen des niederen Adels befördert; vielleicht wären auch sie allmälig in den Kreis der gräflichen gezogen, hätte man nicht wenigstens einiger Mitglieder bedurft, die eine wissenschaftliche Bildung sich angeeignet und die Priesterweihe empfangen hatten.

Ueber andere Bedingungen der Aufnahme und des Genusses der Pfründe finden sich noch manche, zum Theil sehr eigenthümliche Bestimmungen. Das Statut: De admissione novellorum canonicorum vom 16. Januar 1532 fordert ein Alter von fünfzehn Jahren und ein bestimmtes Körpermaß, welches an der Thüre, die zum Kapitel-Archiv führte, in Erz

angegeben war [1]). Die Carenzzeit dauerte für die adligen Präbenden drei Jahre und einen Monat, für die priesterlichen ein Jahr und einen Monat. So bestimmt die

Sententia, qualiter gradus canonicorum computari debeant.

Anno Domini 1438 die Mercurii, qui fuit crastino Tiburtii et Valeriani mensis Aprilis, diaconi in magno capitulo per organum Thesaurarii de Pittingen per sententiam diaconalem definiverunt, quod gradus praebendarum quoad ordinem antiquitatis debeant computari a tempore admissionis et repraesentationis, sive talis canonicus sic admissus sit praesens vel absens; sed tempus exspectationis perceptionis fructuum praebendae debet computari a tempore, quo talis canonicus personaliter se capitulo praesentavit, et ab illo tempore personalis praesentationis canonicus de libera praebenda exspectabit per tres annos et unum mensem, antequam fructus percipiat, et canonicus de praebenda presbyterali exspectabit per unum annum et unum mensem, antequam fructus percipiat.

Für diesen Ausfall kam aber ein Gnadenjahr dem Nachlaß jedes Kapitelherrn zu Gute. Schon der Liber privilegiorum Nro. 79 enthält darüber das folgende Statut:

Constitutio, quod canonicus defunctus habebit annum gratiae, et inde ementur duo maldra tritici.

G[oswinus], Dei gratia Decanus et Archidiaconus, totumque capitulum maioris ecclesiae in Colonia praesentem litteram inspecturis notum esse volumus, Nos communicato consilio et consensu unanimi statuisse et ordinare in hunc modum: Canonicus ecclesiae nostrae defunctus habebit annum gratiae, et de fructibus illius anni ante omnem legatum et debitum ementur duo maldra tritici annua, ut inde in anniversario sui memoria perpetua ha-

---

[1]) Item nullus canonicorum ... admitti debet, nisi longitudinem seu staturam corporis sui expresserit iuxta mensuram aëneam affixam ianuae, per quam gradatim ascenditur ad testudinem sive archivium novum ianuae camerae capitularis vicinae, quae ingredientis sinistrum spectat latus, ac etiam annum aetatis suae decimum quintum compleverit.

beatur, si ea in vita sua non emerit vel dederit ecclesiae vel amplius. Ut autem hoc firmum sit et ratum permaneat, praesenti scripto sigillum beati Petri fecimus apponi. Actum Coloniae anno Domini MCCXLII.

Ueber die Berechnung des Gnadenjahrs handelt die

Innovatio et declaratio statutorum de anno gratiae
vom 17. Januar 1466.

Decanus et capitulum . . . declaramus, quod annus gratiae ipso die obitus defuncti canonici incipiet, et terminabitur eodem die anno proxime sequenti; in quo quidem anno gratiae, et per integrum cursum istius anni cedunt canonico defuncto omnes fructus praebendae suae Coloniensis, quam habere consuevit.

Die fünf ersten Prälaturen und die sechs Priesterpräbenden, welche nicht zur Kölner Universität in Beziehung standen, wurden durch Wahl des Kapitels vergeben, wobei einfache Stimmenmehrheit entschied [1]. Für die beiden übrigen präsentirten der Rector und die Provisoren der Universität. Nur Kapitulare sollten zu den Prälaturen gelangen. Freilich hat man im Jahre 1530, nach dem Tode des Probstes Hermann von Neuenahr, einen Domicellaren, den Herzog Georg von Braunschweig-Lüneburg, zu seinem Nachfolger erwählt; aber die Rechtmäßigkeit dieses Vorganges wurde angefochten, und das Statut vom 14. Januar 1531 erkennt zwar die geschehene Wahl mit Rücksicht auf die außerordentlichen Zeitumstände und die großen Vortheile, welche die Person des Gewählten hoffen ließ, als gültig an, bestimmt aber, daß für die Zukunft nur ein Kapitular für eine Prälatur gewählt werden dürfe.

Zu der Würde des Diakonus senior und junior stiegen immer die ältesten Domherrn. Den Custoden und den Keppeler ernannte der Erzbischof, jedoch nur aus der Zahl der Kapitularen [2]. Die Domicellar-Präbenden wurden nach einem Turnus

---

[1]) Vgl. das Statut über die Wahlen vom 31. Januar 1681.

[2]) Vgl. die Wahlcapitulation des Kurfürsten Maximilian Heinrich, Art. 27, in den Materialien u. s. w. Bd. I, S. 284.

von den Prälaten vergeben [1]). Diese waren aber nicht an eine bestimmte Frist gebunden, so daß die Verleihung mehrerer Präbenden zu gleicher Zeit einem und demselben Prälaten zustehen konnte. Dagegen durfte durch Resignation keine Stelle erlangt werden, und eine Kapitular-Präbende nur von dem ältesten Domicellar.

Nur die Kapitelherren hatten Sitz und Stimme im Kapitel. Außer den gewöhnlichen Sitzungen am Mittwoch nnd Freitag jeder Woche hielt man für wichtigere Angelegenheiten jährlich vier General-Kapitel, am Tage des h. Felix in Pincis (14. Januar), am Montag nach der Osteroctave, am Tage nach St. Margaretha (14. Juli) und am Tage des h. Märtyrers Calixtus (14. October) [2]). Sie konnten, wie das Bedürfniß forderte, prorogirt werden.

Neben den Domherren führt Gelenius [3]) noch fünfundzwanzig Vikare und eine große Zahl von Unterbeamten auf. Das Copialbuch M enthält ein „chronologisches Verzeichniß der adligen und Priester-Präbenden mit Angabe des Jahres und Tages der Aufnahme, und des Umstandes, wodurch das Canonikat erledigt worden, von 1409—1636." Das Buch beginnt mit Fol. 66. Die vorhergehenden Blätter sind nicht mehr vorhanden, aber wie es scheint, von Johann Gelenius noch benutzt, der in den von ihm nachgelassenen Faragines ein Verzeichniß der Domherren von 1300—1600 anzufertigen versucht [4]). Spätere Verzeichnisse fin-

---

[1]) Vgl. Materialien u. s. w. Bd. I, S. 205. Eine lehrreiche Abhandlung über die Entstehung und Geschichte des Turnus ist die Dissertatio exhibens historiam, exercitium ac suspensionem turni ecclesiarum collegiatarum Colon. von Mastiaux, Bonn 1786.

[2]) Vgl. das Statut: Quod quatuor capitula generalia quolibet anno sunt servanda vom 17. Februar 1450, und De servando capitulo sextis et quartis feriis vom 14.—24. October 1460.

[3]) De admir. magnit. Colon. S. 229.

[4]) Bd. 29, S. 923—1060. Auch in dem S. 248 erwähnten Verzeichniß des Museum Alfterianum wird Nro. 31 eine Series praepositorum, decanorum et praelatorum metrop. eccl. Colon. in Fol., und Nro. 48 ein Elenchus canonicorum aufgeführt.

det man in dem Niederrheinisch-Westphälischen Kreiskalender, im Kurkölnischen Hofkalender und in ähnlichen Büchern [4]).

---

[4]) Das Verzeichniß des Jahres 1794 möge hier folgen: Domprobst und Thesaurarius: Franz Wilhelm, regierender Graf zu Oettingen, Baldern und Sötern, Sr. K. K. apostol Maj. wirklicher Geheimrath. Domdechant: Karl Aloys, Graf zu Königsegg-Aulendorf, Bischof zu Myrina, Sr. kurfürstlichen Durchl. zu Köln Suffraganeus und Erzkeppeler, des St. Michaelis-Ordens Großkreuz. Vice- und After-Dechant: Christian Fidelis, Graf zu Königsegg-Rottenfels, Domkapitular zu Straßburg. Chorbischof: Joseph Christian, des H. R. R. Fürst zu Hohenlohe-Bartenstein ꝛc., Domkapitular zu Straßburg und des freiadelichen Stiftes St. Gereon zu Köln Probst. Domscholaster: Menrad Anton Eusebius, Graf zu Königsegg-Aulendorf, Domkapitular zu Straßburg. Diaconus senior: Franz Karl Joseph, Fürst zu Hohenlohe und Waldenburg-Schillingsfürst, Domkapitular zu Straßburg. Diaconus junior: Joseph, des H. R. R. Erbtruchseß, Graf zu Zeyl-Wurzach, Domkapitular zu Straßburg und des freiadlichen Stiftes St. Gereon zu Köln Dechant. — Christian Ernest Armand, des H. R. R. Fürst zu Hohenlohe-Bartenstein ꝛc., Domkapitular zu Straßburg. Damian Friedrich, Graf von der Leyen und Hohen Geroldsegg, der hohen Erzdomkirche zu Mainz Probst und Kapitular zu Trier. Wilh. Florenkin, Fürst zu Salm-Salm, Herzog zu Hochstraten, ernannter Erzbischof zu Prag. Thomas, des H. R. R. Erbtruchseß, Graf zu Zeyl und Wurzach. Ernest, Graf zu Königsegg-Rottenfels. Friedrich Alexander, Graf von Oettingen-Wallerstein. Franz Xavier, Graf zu Salm-Reiferscheid, Bischof zu Gurk. Maximilian, Graf zu Königsegg-Rottenfels. Sigismund Christoph, des H. R. R. Erbtruchseß Graf zu Zeyl-Wurzach. — Clemens August Maria von Merle, der Archidiakonal-Stiftskirche zu Bonn Canonikus Kapitularis und des kurf. weltlichen Hofgerichts Präsident. Johann Philipp von Horn-Goldschmidt, Vicarius generalis in Spiritualibus und des Ritterstiftes Wimpfen Canonikus Kapitularis. Franz Karl Joseph von Hillesheim, beider Rechte Doctor, Canonikus Kapitularis der Collegiatkirche zu St. Aposteln in Köln, dann Sr. kurfürstl. Durchlaucht zu Köln wirklicher Geheimrath. Johann Gabriel Bernard von Franz zu Dürresbach, der Gottesgelehrtheit Licentiat, kurfürstlicher Obersiegler, dann Sr. kurfürstl. Durchlaucht zu Pfalz-Baiern Geheimrath. Maximilian Joseph Johann Nepomuk Edmund

IX.

Wie der Kurfürst zugleich geistlicher und weltlicher Regent, so war auch das Domkapitel nicht weniger eine politische als eine kirchliche Institution. Vorerst bestimmte es durch die Wahl

---

von Geyr zu Schweppenburg, beider Rechte Doctor, Canonikus Kapitularis des Ritterstifts zu Wimpfen und zu St. Gereon zu Köln. Balthasar Joseph von Mylius, beider Rechte Doctor, des Archidiakonalstiftes St. Cunibert und des gräflichen Stiftes St. Ursula in Köln Canonikus Kapitularis. Friedrich Georg Franz von Mylius, der Gottesgelehrtheit Doctor, des kaiserl. königl. Stifts U. L. F. zu Aachen Canonikus Kapitularis und Erzpriester. Peter Joseph von Cramer zu Klauspruck, des geistl. Hofgerichts Offizial auch des Archidiakonalstiftes zu Bonn und des Collegiatstifts St. Georg binnen Köln Canonikus Kapitularis. — Domicellaren: Clemens Wenzeslaus, königl. Prinz von Polen und Herzog in Sachsen, Erzbischof und Kurfürst zu Trier, Fürstbischof zu Augsburg und Probst zu Ellwangen. Philipp Joseph, Graf von Oettingen-Wallerstein. Maria Aloys, Graf von Königsegg-Aulendorf. Karl Joseph, des H. R. R. Fürst zu Hohenlohe-Bartenstein. Wilhelm Florentin, Fürst zu Salm-Salm, Herzog zu Hochstraten. Anton Eusebius, Graf von Königsegg-Aulendorf. Joseph Wenzeslaus, Fürst von Liechtenstein. Franz Joseph, Graf von Fugger zu Babenhausen. Franz Wilhelm, Graf zu Salm-Reiferscheid. Friedrich, Fürst zu Oettingen-Spielberg. Franz Joseph, Graf zu Salm-Dyck. Karl, des H. R. R. Erbtruchseß, Graf zu Zeyl und Wurzach. Clemens Wenzeslaus, Graf zu Salm-Reiferscheid. Ernest Joseph, Fürst zu Schwarzenberg. Philipp Karl, Landgraf zu Fürstenberg. Gebhardus, des H. R. R. Erbtruchseß, Graf zu Zeyl und Wurzach. Joseph Wilhelm Karl Franz, Graf von Nesselrode-Reichenstein. Franz Joseph Anton, Graf zu Salm-Reiferscheid. Karl Anton Sigismund, Graf von Fugger zu Babenhausen. Max, Graf von Nesselrode-Reichenstein. Prosper Ludwig, Herzog von Aremberg. Rath und Syndikus: Herr Johann Heinrich Bollich. Rath und Sekretarius: Herr Joh. Gottfried Joppen. — Man wird bemerken, daß unter den vierzig adligen Namen Königsegg siebenmal, Salm sechsmal, Zeyl fünfmal, Oettingen und Hohenlohe je viermal genannt werden.

des Erzbischofs auch den Landesherrn. Dies Recht des Domkapitels, die Doppelstellung des priesterlichen Wahlfürsten hat schon im Mittelalter eingehende Erörterungen angeregt. Von besonderem Interesse und unmittelbar auf Köln bezüglich ist eine der ältesten politischen Flugschriften, der „Dialog eines Geistlichen und eines Laien" aus dem Jahre 1206 [1]). Beide Personen unterhalten sich über die Ereignisse, welche zu Anfang des dreizehnten Jahrhunderts die Kölnische Kirche bewegten, insbesondere über die Absetzung Adolfs I. von Altena am 19. Juni und die Wahl Brunos von Sayn am 25. Juli 1205. Der Streit wird wesentlich als ein Gegensatz zwischen Clerus und Laien aufgefaßt. Der Ritter sucht aus der Verbindung des Herzogthums mit der bischöflichen Würde mancherlei Rechte für den Adel abzuleiten, insbesondere auch Theilnahme an der Wahl des Erzbischofs. Aber der Geistliche belehrt ihn, es sei durch diese Verbindung nur das Geringere in dem Größeren aufgegangen, ohne dessen Wesen zu verändern: Sicut Musella dicitur in Rhenum fluere non Rhenus in Musellam, et Rhenus incorporata sibi Musella cursum suum servat, ita quoque episcopatus, adjuncto sibi ducatu, quod suum erat obtinuit, et servavit electionem. Quia vero haec electio penes clerum est, cum episcopus eligatur, necesse est, ut dux quoque ex eo statuatur (S. 404). Aber, wendet der Ritter ein: Nobiscum injuste actum est. Si electio enim fieri poterat, illa celebrari non debuit nisi praesentibus nobilibus terrae, beneficiatis hominibus sancti Petri, et summis officialibus episcopi, quorum est electionem approbare (S. 402). Diesen Anspruch erkennt der Geistliche im Allgemeinen als gerecht; er beruft sich für die letzte Wahl nur auf die außerordentlichen, gefährlichen Zeiten. Es sei unmöglich gewesen, die Ritter zur Wahl zu berufen, denn die Boten wären gewiß nicht lebendig wieder nach Haus gekommen, auch habe doch der Schutzvogt

---

[1]) Herausgegeben von Böhmer in den Fontes rerum Germanicarum III. 400—407, vgl. auch die Vorrede S. LX.

des Domstifts, der Graf von Sayn, ferner der Herzog von Limburg nebst mehreren andern Rittern und eine große Volksmenge sich eingefunden.

Wirklich zeigt sich auch bei den Bischofswahlen noch im zwölften und dreizehnten Jahrhundert ein entschiedener Einfluß des Laienstandes. Seitdem die deutschen Bisthümer den Charakter von Reichslehen angenommen hatten, waren sie von den Kaisern des sächsischen und fränkischen Hauses nach Gutdünken besetzt worden. Das Privilegium Leo's IX. vom 7. Mai 1052 spricht die Befugniß zur Wahl nach canonischem Rechte den Söhnen der Kölner Kirche zu — habendam electionem Archiepiscopi secundum auctoritatem canonicam filiis ecclesiae sancimus. Unter den Söhnen der Kirche darf man nur die Geistlichkeit, vornehmlich das Domkapitel verstehen, wenn auch der altherkömmliche Antheil der Laien dadurch nicht ganz ausgeschlossen wird. Allerdings läßt diese Bestimmung — die Aechtheit der Urkunde vorausgesetzt — den Widerstand des kirchlichen Gefühls gegen den unbeschränkten Einfluß der Kaiser deutlich hervortreten, aber wirklichen Erfolg hat sie in Köln gar nicht erlangt, wie die späteren Ernennungen Annos I. 1056, Siegewins 1079, Friedrichs I. 1099, deutlich genug beweisen [1]). Erst in Folge des Wormser Concordats von 1122 fiel die eigentliche Wahl dem Clerus zu, dem Domkapitel und den übrigen Prioren der Kölnischen Kirche, zu denen die Pröbste und bevorzugte Decane der Collegiatstifter nebst einigen der angeseheneren Aebte gerechnet wurden [2]). Daneben bestand aber der mächtige Einfluß des Kaisers, der z. B. im Jahre 1156 die zwiespaltige Wahl

[1]) Vgl. Ennen, Gesch. der Stadt Köln, I. 297, 346, 354. Ueber Friedrich (1099—1131) bemerkt Cäsarius von Heisterbach im Catal. Archiep. Colon. bei Böhmer, Fontes II, 274: Magis instantia predicti imperatoris quam priorum electione episcopatum adeptus, nam usque ad illud tempus imperatores annulum et baculum dabant.

[2]) Vgl. Lacomblets Urk. Buch, z. B. II, Nro. 56, 57 und die Synode von 1260, Cap. 9; Ficker, Engelbert der Heilige, S. 12 u. 206 und Ennen, Gesch. d. Stadt Köln, I, 456.

für Friedrich II. von Berg entschied, und dann zweien seiner Kanzler, Rainald von Dassel 1159, und Philipp von Heinsberg 1167, nach einander die erzbischöfliche Würde verschaffte. Neben dem Kaiser wußten auch die großen Geschlechter des Landes sich geltend zu machen. Insbesondere waren es die mächtigen Grafen von Berg, welche in Köln gern „die Rolle der Römischen Crescentier und Tusculaner übernahmen", und in einem Jahrhundert fünfmal, nicht ohne Gewaltthätigkeit, den erzbischöflichen Stuhl an jüngere Söhne ihres Hauses brachten. Im Domkapitel verfügten sie gewöhnlich über die meisten Stimmen, dagegen traten die Prioren nicht selten dem übermächtigen Geschlecht entgegen, indem sie Jemanden aus ihrer Mitte, insbesondere die Pröbste zu Bonn und Xanten, in Vorschlag brachten. Freilich meistens ohne Erfolg. So wird 1131 Bruno II. von Berg gegen den Probst Gottfried von Xanten eingedrängt, den die majores et capitanei einstimmig erwählt hatten; 1156 siegt Friedrich II. von Berg über den Probst Gerhard von Bonn, dem alle Prioren zugefallen waren; 1191 Bruno III. von Berg über den Probst Lothar von Bonn, der, obwohl kanonisch erwählt, durch die Drohungen der bergischen Partei zum Verzicht sich nöthigen ließ [1]). Allmählig suchte das Kapitel die Prioren sogar ganz auszuschließen. Nach dem Tode Engelberts von Falkenburg 1274 versammelten sich die Aebte, Pröbste und Dekane im Bonner Münster und verlangten an der Wahl Theil zu nehmen. Aber sie wurden zurückgewiesen, und allein die Domherren wählten den Conrad von Berg, der noch nicht einmal das kanonische Alter erreicht hatte. Gregor X. fand darin einen Grund, die Wahl zu verwerfen und aus päpstlicher Machtvollkommenheit den Siegfried von Westerburg zu ernennen, obgleich nur die eine Stimme des Petrus von Vienne ihm zugefallen war [2]). Nach dieser Zeit scheint aber das Kapitel

---

[1]) Vgl. Caesarii Heisterb. Catal. a. a. O. II, 275, 276, 279; Ficker a. a. O. S. 14, 16 fg., der aber den Gegner Brunos II. Johannes nennt.

[2]) Vgl. Levoldi a Northof Catalogus Archiepisc. Colon., bei Böhmer, Fontes, II, 293.

das ausschließliche Wahlrecht behauptet zu haben. Concorditer electus est a *Capitulo*, sagt Levold von Northof bei der folgenden Wahl des Wickbold von Holte im Mai 1297, offenbar mit Beziehung und im Gegensatze zu dem früher erzählten Streit. Natürlich fiel die Wahl seitdem immer ausschließlicher auf Mitglieder des Kapitels, was vordem zwar häufig, aber durchaus nicht regelmäßig der Fall gewesen war. Noch einige Erzbischöfe: Wilhelm von Gennep 1349, Adolf II. 1357, Engelbert III. 1364, sind später durch den Papst in außerordentlicher Weise auf den Kölner Stuhl erhoben; seit Friedrich III. (1370—1414) keiner mehr, der nicht förmlich vom Kapitel aus den Domherrn gewählt wäre [1]). In den päpstlichen Bestätigungs-Bullen wird auch diese Eigenschaft neben den übrigen Empfehlungsgründen immer ausdrücklich aufgeführt. In der Bulle Pius V. vom 12. Sept. 1567, welche nach der Resignation Friedrichs IV. zu einer baldigen Neuwahl auffordert, heißt es: Quod si in collegio vestro non esset, qui vel aetate vel facultate vel aliis rationibus, quae ea in re maxime requiruntur, archiepiscopali muneri omnium difficillimo vel judicio vestro vel sua confessione satisfacere posset, quanta esset vestra laus, quanta apud Deum vobis reposita merces, si alium *postularetis*, quem archiepiscopalem provinciam utiliter ac salubriter administraturum confideritis (Nro. 571). Der Papst empfiehlt dann dringend den Cardinal Otto, Bischof von Augsburg. Das Kapitel ging aber nicht

[1]) Den Beweis für alle Kurfürsten von Dietrich II. von Mörs (1414—1463) bis auf Ferdinand von Baiern (1612—1650) findet man im vierten Bande des Urkundenbuches von Lacomblet, vgl. Nro. 86 (Dietrich II.), 329 (Ruprecht von der Pfalz), 413 (Hermann IV. von Hessen), 497 Anm. 3 (Philipp II. von Daun), 509 (Hermann V. von Wied), 535 (Adolf III. von Schauenburg), 559 Anm. 1 (Anton von Schauenburg und Johann Gebhard von Mansfeld), 572 (Friedrich IV. von Wied), 574 (Salentin von Isenburg), 581 Anm. 2, 583 (Gebhard Truchseß und Ernst von Baiern), 596 Anm. 1. (Ferdinand von Baiern).

auf diese Wünsche ein, der Papst ersah aus dem nächsten Wahldekret die „rationes, quae vos impulerint, ad dilectum filium Salentinum ab Isenburg *ex collegio vestro* eligendum (vgl. Nro. 574). Als auch Salentin abdankte, um durch Heirath die Fortdauer seines Geschlechts zu sichern, erlaubt ihm Gregor XIII. am 30. Juni 1576, sich vorher einen Coadjutor mit dem Recht der Nachfolge zu wählen: „Optimum autem judicamus dilectum filium Ernestum, Frisingensis atque Hildesemensis ecclesiae administratorem. Itaque facias omnino, ut antequam istam ecclesiam deponas, eum tibi coadjutorem assumas; nos enim eam tuae fraternitati facultatem per has litteras damus, idque facies etiam adversante et reluctante capitulo, in quo absolvimus te ab omni vinculo juramenti, si quo forte teneris astrictus (vgl. Nro. 578). Aber das Kapitel nahm diesen Eingriff in sein Wahlrecht sehr übel auf. Es beklagte sich beim Papste, bei den Cardinälen, beim Kaiser, bei den Kurfürsten von Mainz und Trier und bei Salentin selbst (vgl. Nro. 578 Anm. 2), und wählte am 5 December 1577 mit allen gegen die eine Stimme des vom Papste auch dem Kapitel dringend empfolenen Herzogs Ernst von Baiern den Gebhard Truchseß (vgl. Nro. 581 Anm. 2). Das Verfahren des Papstes erklärt sich, wenn man auf die innern Zustände des Kapitels einen Blick wirft. Am 24. März 1577 klagt der Erzbischof Salentin bitter über das „wilt ungepurlick Leben und ungeistlichen Wandel auch wiederwertige Religion, dhomit Etliche unter Euch behafft, und sich jhe lenger jhe weither drin verlauffen.... so Wir Euch hiebevorn zu oftermalen fürgehalten." Das Kapitel soll diese Mitglieder zur Besserung vermögen, widrigenfalls nach Ablauf von vier Wochen suspendiren. Das Kapitel erwiederte unter'm 27. April. „Wollten wir woll wünschen, da einige under uns dermassen behafftet, daß dieselbigen.... auf die rechte Bahne gebracht würden." Allein sie seien langjährige Mitglieder, im Einzelnen nicht namhaft gemacht, noch weniger in Klagestand versetzt, weswegen das Kapitel jetzt, unter so wichtigen Ange-

legenheiten, „daran dieses Erzstiftes Gedeihen und Verderben gelegen“, es nicht für geziemlich erachte, diesen processum executivum in die Hand zu nehmen (vgl. Nro. 579 Anm. 3). Auch der Herzog Ernst, welcher einen Protest gegen die Wahl des Gebhard Truchseß an den Papst richtete, nennt unter den Gründen der Ungültigkeit den Umstand, daß mehrere Wähler, die er namentlich bezeichnet, notorisch Concubinen unterhielten, andere offenbar Abtrünnige von der katholischen Lehre seien (vgl. Nro. 581 Anm. 2). Erst der Religionswechsel des Gebhard Truchseß bildet den Wendepunkt auch für die inneren Zustände des Kapitels.

Eine gesetzliche Bestimmung, welche die Wahl ausdrücklich auf Mitglieder des Kapitels beschränkte, ist mir gleichwohl nicht bekannt, man müßte denn das vorhin (S. 300) erwähnte Statut über die Wahl der Prälaten zugleich auf den Erzbischof beziehen. In diesem Falle hätte nicht einmal ein Domicellar gewählt werden dürfen. Und allerdings scheint dies bezweifelt zu sein, nachdem die Wahl des Erzherzogs Maximilian Franz zum Coadjutor nach so schwierigen Unterhandlungen endlich am 7. August 1780 zu Stande gekommen war. Dieser Fürst war nur Domicellar, er hatte am 24. Juli 1780, offenbar um sich wählbar zu machen, von dem Domdechanten Grafen Alois von Königsegg eine Präbende angenommen. Um die Zweifel zu beseitigen, schrieb der Hofgerichts-Assessor Püller in Köln die oft erwähnte Abhandlung: Kann ein Domicellar der Kölnischen Domkirche zum Erzbischof und Kurfürsten gewählt werden? Er weiß doch nur das eine Beispiel des Kurfürsten Joseph Clemens anzuführen, der als Domicellar, nicht ohne heftigen Widerspruch, zu seiner Würde gelangte. In welchem Verhältniß der zuletzt in Arnsberg gewählte Erzherzog Anton Victor zum Kapitel stand, weiß ich nicht anzugeben. Auch einen Fremden hätte man jedenfalls postuliren dürfen.

Die neue, ausführliche Wahlordnung vom Jahre 1681 ist schon erwähnt [1]). Trotz aller Vorkehrungen gab doch die nächste

[1]) Vgl. oben S. 264.

Erledigung des bischöflichen Stuhles zu den heftigsten Streitigkeiten, ja zu einem europäischen Kriege die Veranlassung. Der Cardinal Wilhelm Egon von Fürstenberg, Domdechant in Köln und zugleich seit 1683 Bischof von Straßburg, war vom Kurfürsten Maximilian Heinrich (1650 — 3. Juni 1688) bereits zum Coadjutor angenommen; wäre er auch zur kurfürstlichen Würde gelangt, wer weiß, ob nicht die Hand, die stets so eifrig für Ludwig XIV. gearbeitet, den Franzosen auch die Thore Kölns geöffnet hätte? Zum Glück für Deutschland konnte er vom Papste das Breve „eligibilitatis", dessen er als Bischof einer andern Kirche bedurfte, nicht erlangen, und deshalb bei der nächsten Wahl am 19. Juli 1688 nur postulirt werden. Er erhielt von vierundzwanzig Stimmen dreizehn, also nicht die erforderliche Zahl von zwei Dritteln; die Postulation wurde von Innocenz XI. verworfen und der von neun Stimmen gewählte Joseph Clemens von Baiern am 15. September 1688 als Erzbischof bestätigt. Der neue Kirchenfürst war erst siebenzehn Jahre alt und schon Bischof von Regensburg und von Freisingen, hatte aber für alle diese Hindernisse die päpstliche Dispens erlangt. Dem heftigen Kriege, in welchem Ludwig XIV. die Ansprüche seines Schützlings zu behaupten und für sich auszubeuten suchte, machte erst der Friede von Ryßwick am 30. October 1697 ein Ende [1]).

X.

Das Grundgesetz der kurkölnischen Verfassung war die Erblandesvereinigung vom 26. März 1463, welche am 12. Mai 1550 von dem Kurfürsten Adolph III. erneuert und von allen späteren Kurfürsten bestätigt wurde [2]). Sie räumt dem Dom-

[1]) Die Acten dieser merkwürdigen Wahlverhandlung sind abgedruckt bei Gundling, Ausführlicher Diskurs über den vormaligen und jetzigen Zustand der teutschen Kurfürsten-Staaten, Frankfurt 1749, Thl. 4, §. 29, S. 1215 fg. und bei Pfeffinger, Vitriarius illustratus, Bd. I, S. 1053 fg.

[2]) Vgl. darüber Laspeyres, Die katholische Kirche in Preußen. S. 657. Beinahe gleichlautend ist die Erbeinigung für das Herzogthum West-

kapitel die hervorragende Stellung ein. Keinem Erzbischofe wird gehuldigt, bevor er die Landesvereinigung beschworen hat, Art. 1.; nur dem vom Kapitel erwählten Erzbischofe — also nicht dem ohne Zustimmung des Kapitels bestellten Coadjutor — ist man Gehorsam schuldig, Art. 13. Der Erzbischof soll ohne Wissen und Willen des Kapitels und gemeiner Landschaft keinen Krieg anfangen, Art. 6, ohne Wissen und Willen des Kapitels keine Schulden machen, Art. 12, er soll stets zwei Domherren in seinem Rathe haben, Art. 17. Das Kapitel darf, wenn es ihm gut scheint, die Herren, Ritterschaft und Städte berufen, Art. 15, insbesondere, wenn der Erzbischof der Landesvereinigung entgegenhandelte und vom Kapitel sich nicht abmahnen ließe. Art. 21. „Und wenn ein Herr das dann nicht zur Stunde abstellte und hielte, was er gelobt, geschworen und verschrieben hat, so sollen Edelherren, Ritterschaft, Städte, Amtsleute und gemeine Landschaft bei dem Kapitel bleiben und dem gehorsam sein, aber dem Herrn und den Seinen nicht, bis so lange, daß der Herr hält und thut, was er gelobt, geschworen und verschrieben hat; und darauf sollen auch die Amtsleute und Landschaft dem Herrn huldigen und geloben und anders nicht", Art. 22.

Noch weit ausgedehnter sind die Rechte und Vorrechte, welche die vom Kurfürsten nach der Wahl beschworene Kapitulation dem Domkapitel einräumt. Derartige Vereinbarungen, so wenig sie auch dem kirchlichen Recht entsprachen, wurden in den meisten Kapiteln Deutschlands üblich [1]). Die älteste auf

phalen vom 10. Juni 1463. Beide sind abgedruckt in des Kurfürsten Maximilian Friedrich Vollst. Sammlung derer die Verfassung des hohen Erzstifts Köln betreffenden Stücke, Köln 1772, Thl. I, S. 2 fg., und in Scottis Samml. kurköln. Gesetze, Thl. 1, S. 1 fg., S. 9. fg.; vgl. auch Lacomblet Urk. Buch IV, Nro. 325 und Seibertz, Urk. Buch des Herzogthums Westphalen Arnsberg 1854, III, S. 132.

[1]) Vgl. darüber Benedicti XIV. de Synodo dioecesana lib. XIII. c. 13. Nr. 11—24, und Petrus Gallade, De capitulatione episcopo Germaniae electo ab electoribus proposita, bei Schmidt Thesaurus, II. S. 767 fg.

dem Provinzial-Archiv ist die Wahlkapitulation Dietrich's II. (1414—14. Februar 1463); den einleitenden, lateinischen Worten gemäß scheint sie überhaupt die älteste zu sein. Der eigentliche Vertrag ist deutsch, auch in den Kapitulationen der folgenden Kurfürsten, von denen keine fehlt. Sie nähern sich der Form und dem Inhalte nach allmälig der Kapitulation Maximilian Heinrichs, die in lateinischer Sprache abgefaßt, dann nicht erheblich mehr verändert wurde [1]). Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende: Der Kurfürst verspricht baldigst die Priesterweihe zu empfangen, Art. 1, Irrlehren und Irrlehrer aus seinem Erzstifte zu entfernen, Art. 3, die Provinzial- und Diözesan-Synoden statutenmäßig zu halten, Art 5, und einzig auf diesen Synoden geistliche- und Kirchensachen zu verhandeln, überhaupt alle wichtige Angelegenheiten, aus denen der Kirche ein Schaden zufließen könnte, nur mit Wissen und Willen des Kapitels abzuthun. Aus diesem Grunde wird er zwei von dem Kapitel zu deputirende Personen beständig in seinen Rath aufnehmen, Art. 9, und die übrigen Räthe bei ihrem Amtsantritt versprechen lassen, daß sie keiner Rathsversammlung beiwohnen wollen, in welcher ohne Wissen des Kapitels über wichtige Angelegenheiten ein Beschluß gefaßt würde. Deßhalb leisten alle Räthe, Amtsleute, Einnehmer, Sekretäre, Registratoren und alle kurfürstliche Diener ohne Unterschied dem Kapitel den Eid der Treue und schwören, daß sie die Erblandesvereinigung beobachten wollen, Art. 10. Der Erzbischof wird ohne Wissen und Willen des Kapitels keinen Landtag ausschreiben, Art. 11, keinem Reichstag oder Convent, auf dem etwas zum Nachtheil der Kirche oder des Kapitels vorgehen könnte, beiwohnen, ohne vorher das Kapitel zu ersuchen, daß es ihm einige Kapitulare ganz nach freier Wahl zugeselle, Art. 12. Er wird die Erblandesvereinigung mit allen ihren Clauseln genau beobachten,

---

[1]) Abgedruckt und mit den Kapitulationen der Kurfürsten Joseph Clemens und Clemens August verglichen in den Materialien u. s. w. I, 271 fg.

Art. 14, das Erzstift nicht vertauschen oder veräußern, sowie auch keinen Administrator, Gubernator, Successor, Coadjutor oder andere dergleichen Personen ohne Wissen und Willen des Kapitels annehmen oder deputiren. Im Falle einer mit kapitularischem Consenz geschehenen Demission des Erzstifts wird er alle Güter, die er bei Antritt der Regierung vorgefunden oder während derselben erworben hat, insgesammt, wie es das Recht fordert, der Kirche lassen oder restituiren, Art. 15. Alle geistliche und weltliche Beamten sollen sich dem Kapitel mittelst Eid und Handschrift verbinden, sie würden, falls der Erzbischof durch Tod oder Gefangenschaft oder dadurch, daß er ohne Einwilligung des Kapitels einen Coadjutor angenommen hätte, oder auf andere Art des Erzstiftes verlustig ginge, alle Städte, Schlösser und Herrschaften der Diözese sofort dem Domkapitel öffnen. Ihm allein sollen sie von Stund an gehorchen, bis entweder der Erzbischof die Regierung wieder angetreten oder vom Kapitel einen Nachfolger erhalten hat, Art. 16 [1]). Der Erzbischof wird kein Mitglied des Kapitels weder selbst, noch durch seine Beamten in Verhaft nehmen, sondern wenn er gegen einen Kapitular zu klagen hat, denselben vor dem Kapitel belangen und mit dessen Ausspruch sich begnügen, Art. 18. Er wird auch die Güter eines Kapitularen oder andern Geistlichen des Erzstifts nicht mit Arrest oder Sequester belegen, so lange der Eigenthümer sich nicht weigert, vor Gericht zu stehen, Art. 19. In die Disciplin, die Adelsprobe oder in andere Angelegenheiten des Kapitels wird er, so lange dieses von dem Recht und den Statuten nicht abweicht, sich durchaus nicht einmischen, Art. 20, auch keine Sache, die einen Domherrn oder Vikar oder Benefiziaten des Kapitels angeht, vor sein Gericht ziehen, sondern dieselbe auf Ersuchen der Betheiligten an das Kapitel remittiren, welches innerhalb einer bestimmten Frist darüber zu entscheiden hat, Art. 21. Das General-Vi-

---

[1]) Vgl. darüber die Kapitulation zwischen Dietrich von Mörs und dem Kapitel vom 17. Mai 1446 im Urkundenbuch IV, Nro. 276.

lariat soll immer einem der Kapitularen und keinem Andern übertragen werden, Art. 25. Den Archidiakonen verbleibt die freie Ausübung ihrer Jurisdiction, Art. 26. Die dem Bischofe kraft des Devolutions-Rechtes zufallenden Prälaturen an der Domkirche, die Kustodie und das Kapellariat, werden gleichfalls nur an Kapitularen übertragen, Art. 27. Die Bestätigung der Wahlen für die Prälaturen der Domkirche erfolgt unentgeldlich und ohne daß ein besonderer Eid [1]) gefordert würde, Art. 28. Dechant und Kapitel genießen für die Einkünfte ihrer

[1]) Die Eidesformeln des Erzbischofs und der Mitglieder des Domkapitels mögen hier, wie sie zu Anfang der Statutensammlungen mitgetheilt werden, eine Stelle finden. Nur die erste Formel ist in den Quellen der Geschichte Kölns, II, 360, die zweite bei Ficker Engelbert der Heilige S. 219 schon gedruckt.

Juramentum Archiepiscopi Ecclesiae Coloniensis.

Bona Beati Petri, quae nunc habeo et quae juste habiturus ero, conservabo, et quae distracta sunt et iniuste alienata, pro posse meo recuperabo; libertates ecclesiarum in electionibus praebendarum et dignitatum et quascunque alias libertates et bonas consuetudines, quas ecclesiae habere consueverunt, conservabo; nullas exactiones in clerum per me faciam, vel a sede Apostolica impetrabo, vel impetrare procurabo, vel aliquid aliud, quod contra ecclesiae fuerit libertatem. Et quod nullam personam etc. ut infra in juramento Canonicorum.

Juramentum Praepositi Coloniensis.

Ego N. Praepositus et Archidiaconus Ecclesiae Coloniensis juro ad sancta dei Evangelia, quae hic corporaliter tango, quod ex nunc et in antea ero fidelis ecclesiae Coloniensi et obediens Archiepiscopo Coloniensi in licitis et honestis, et quod inviolabiliter conservabo jura ipsius ecclesiae, statuta honesta, bonas consuetudines et separationem inter praepositum et Capitulum ordinatam pro posse et nosse, et quod nullam etc. ut infra in juramento Canonicorum.

Juramenta Decani, Subdecani et Scholastici Ecclesiae Coloniensis.

Ego N. juro ad sancta dei Evangelia, quae hic corporaliter tango, quod ex nunc et in antea ero fidelis domino Archiepiscopo

Präbenden und Benefizien Zollfreiheit, Art. 31. Der Bischof wird ohne Einwilligung des Kapitels keine Zehnten, Subsidien oder Beisteuern ausschreiben auch keinen Indult und kein Privilegium von Päpsten oder Römischen Kaisern und Königen dafür erwirken; falls aber die Noth erheischte und das Kapitel einwilligte, ein Subsidium charitativum von dem Klerus zu verlangen, so wird es altem Herkommen gemäß von dem, eigens zu diesem Ende im Kapitelhause versammelten Klerus bittweise (charitative) angesprochen. Auch soll die Geistlichkeit nicht zur Mitzahlung einer von den weltlichen Ständen zu entrichtenden

et ecclesiae Coloniensi; bona et possessiones decanatus, (subdecanatus, scholastriae) habita et habenda fideliter conservabo, distracta et deperdita recuperabo pro posse et nosse; jura et consuetudines ipsius conservabo, officium mihi incumbens exercebo et personaliter in ecclesia Coloniensi residebo, et quod nullam personam etc.

Juramentum Choriepiscopi est simile, excepta personali residentia, quam ipse non jurat.

Juramentum Canonicorum Ecclesiae Coloniensis.

Ego N. ex nunc et in antea juro Archiepiscopo et ecclesiae meae fidelitatem, obedientiam decano meo in licitis et honestis. Secreta Capituli mei, etiamsi Canonicus esse desiero, in perpetuum celabo; bona S. Petri Ecclesiae Coloniensis praedictae inventa conservabo, deperdita recuperabo, jura, privilegia, statuta, consuetudines ordinationes novas et antiquas conservabo pro posse et nosse, nullamque personam seu bonae eclesiae meae facto vel opere molestabo; et praebendam meam Coloniensem absque consensu expresso capituli mei non permutabo nec resignabo. Sic me Deus adjuvet et haec sancta Dei Evangelia corporaliter per me tacta.

Clausula per Capitulares juranda.

Item quod nunquam quavis occasione vel ex causa consentire volo in alienationem vel impignorationem ornamentorum vel clinodiorum ecclesiae Coloniensis nec castri Gudesbergh, ubi privilegia eiusdem ecclesiae conservantur. (Godesberg war 1210 von Dietrich von Heinsberg erbaut.)

Beisteuer gezwungen werden, Art. 32 [1]). Der Bischof wird das Recht der ersten Bitten, die er an alle Prälaten, Collegien und Collatoren kirchlicher Benefizien, mit Ausnahme der Domkapitularen, richten darf, möglichst zum Vortheile des Kapitels in Anwendung bringen, Art. 34. Er wird keine unbewegliche sogenannte Erbgüter oder kostbare bewegliche Güter, Schlösser, Städte, Gründe oder Leute des Erzstifts veräußern oder verpfänden, Art. 54, keine Manns- oder andere Lehen ohne Bewilligung des Kapitels auftragen, sondern die etwa heimfallenden der Kirche erhalten, Art. 55. Er wird den Aufwand des Hofes so weit als möglich vermindern, Art. 56, dem Kapitel jährlich die ganze Einnahme und Ausgabe des Erzstifts berechnen, und so oft die Zoll-Einnehmer, Kellner und andere Beamte ihre Rechnungen ablegen, das Kapitel, nachdem es vorerst eine Abschrift dieser Rechnungen erhalten hat, berufen, um dieselben selbst oder durch seine Abgeordnete zu untersuchen und zu quittiren, Art. 61. Niemals soll das Erzstift durch die Privatschulden des Erzbischofs beschwert wer-

---

Juramentum Vicariorum Ecclesiae majoris Coloniensis.

Ego N., talis rector talis Altaris, juro et promitto ex nunc et in antea esse fidelis et obediens Archiepiscopo et Subdecano pro tempore Coloniensi et reverentiam Canonicis et Capitulo facere, et quod reditus et ornamenta altaris mei non alienabo, sed augere procurabo, inventa fideliter conservabo, alienata recuperabo, debitum altaris mei adimplebo, prout ad hoc vicarius de jure et consuetudine tenetur pro posse et nosse; nullamque personam seu bona Ecclesiae Coloniensis facto vel opere quovis modo molestabo, et altare meum absque expresso consensu Capituli Coloniensis non permutabo nec resignabo. Sic me Deus etc.

[1]) Die Stände verlangten, daß der Klerus immer den vierten Theil der bewilligten Subsidien übernehme, das Domkapitel suchte dagegen das Recht besonderer Bewilligung durch immer erneuerte Protestation zu wahren. Vgl. Laspeyres a. a. O. S. 659, Beschreibung des Erzstifts Köln S. 23, und (Lomberg) Versuch einer Geschichte des Steuerwesens im Erzstift Köln in den Materialien u. s. w. Thl. III, S. 242.

den, Art. 63. Der Erzbischof wird während seiner Regierung seine Präbende an der Domkirche weder resigniren noch vertauschen, Art. 64 [1]); auch wird er ohne besondere Zustimmung des Kapitels und der Stände kein Bündniß mit anderen Fürsten oder Staaten abschließen, und fremden Königen und Fürsten sich nicht für den Krieg oder auf andere Weise verpflichten, Art. 65.

Das Kapitel erschien auf dem kurkölnischen Landtage vor den Herren, Rittern und Städten als status primarius, vertreten durch zwei gräfliche und zwei priesterliche Kapitularen nebst dem Syndikus [2]); es erschien allein mit Ausschluß aller übrigen geistlichen Stifter [3]). Im Herzogthum Westphalen, wo eine

[1]) Vielleicht ließe dadurch die widersprechende Angabe von 24 und 25 Kapitular-Präbenden sich erklären.

[2]) Vgl. Correns, über den vorzüglichen Unterschied zwischen den ehemaligen Landesrechten des Kurfürstenthums Köln, der Herzogthümer Jülich und Berg und der Successionsrechte der ehemaligen Reichsstadt Köln, Köln 1826, S. 155.

[3]) Das Verhältniß des Domkapitels zu den Collegiatstiftern der Erzdiözese und insbesondere der Stadt Köln gab zu langwierigen Streitigkeiten Veranlassung. Ursprünglich suchte das Kapitel durchzusetzen, daß die Pröpste und Dechanten dieser Stifter ausschließlich aus den Domherren genommen würden. Als sich dies nicht erreichen ließ, beanspruchten gleichwohl sogar die einfachen Domherren bei Prozessionen und andern Feierlichkeiten den Vorrang vor den Prälaten der Collegiatstifter in Köln. Aber gegen diesen Anspruch behaupteten sich die Pröbste und Dechanten dieser Stifter und der Scholastikus von St. Gereon. Erzbischof Hermann IV. und das Kapitel erwirkten endlich eine Bulle Innocenz VIII. vom 14. Mai 1492 zu ihren Gunsten. Sie stellt die Kölner Domherren den Mainzern gleich, die theilweise nicht einmal dem höheren Adel angehörig, gleichwohl vor den Pröbsten und Dechanten der Collegiatstifter in Mainz den Vorrang besäßen. (Vgl. Sententia apostolica pro DD. Praelatis et Dignitatibus Collegiatarum contra DD. Canonicos Metropolitanae, Colon. 1720, S. 7). Aber von Alexander VI. wurde diese Bulle für ungültig erklärt, und am 27. April 1496 kassirt und vernichtet (S. 12 fg.). Der Streit lebte immer von Neuem wieder auf. Eine lange Reihe von Entscheidungen hat die Rota zu

durch besonderes Indigenats-Privilegium [1]) vom 23. August 1662 gesicherte Verfassung bestand, hatte es nur das Recht, durch zwei Abgeordnete über den verfassungsmäßigen Gang der Verhandlungen zu wachen und von den Beschlüssen des durch Ritterschaft und Städte gebildeten Landtags Kenntniß zu nehmen [2]).

Während der Sedisvakanz führte das Kapitel die Regierung des Stifts. Auch als der Kurfürst Joseph Clemens am 12. October 1702 seine Residenz verlassen und in Frankreich Schutz gesucht hatte, übernahm das Domkapitel mit Genehmigung und im Auftrage des Kaisers die Regierung bis zur Rückkehr und Restitution des Kurfürsten im Jahre 1715. Nach dem Tode Kaiser Josephs I. am 17. April 1711 beanspruchte es sogar eine Stimme bei der Kaiserwahl [3]).

Es ist freilich ein weiter Zwischenraum zwischen dem Wortlaut der Gesetze und ihrer Beobachtung. Die Kurfürsten wußten besonders in der letzten Zeit den Einfluß des Kapitels auf die Regierungs-Angelegenheiten wesentlich zu beschränken. Aber stets muß es als ein Vorzug der geistlichen Staaten anerkannt werden, daß in ihnen die unbeschränkte Gewalt des Fürsten niemals in so hohem Grade und unter so gehässigen Formen sich entwickeln konnte, als in den meisten übrigen Territorien unseres Vaterlandes. Man wird bei genauerer Betrach-

---

Gunsten der Collegiatstifter erlassen, am 9. Juni 1627, 26. Juni und 31. August 1628, am 14. Mai 1646, 15. Juli 1688, 4. Juli 1704, (vgl. S. 19, 22, 30, 31, 17, 55.) Aber auch dann noch suchte man vorkommenden Falls durch allerlei Stratageme diese im 17. und 18. Jahrhundert so äußerst wichtige Angelegenheit wenigstens thatsächlich zu Gunsten und Ehren des Kapitels zu wenden.

[1]) Abgedruckt bei Scotti, kurkölnische Gesetze I, S. 290, und bei Seibertz, Urkundenbuch des Herzogthums Westphalen, III, S. 384.

[2]) Vgl. Scotti a. a. O. Vorrede S. VII. Ueber das Vest Recklinghausen vgl. Correns a. a. O. S. 158.

[3]) Die Verhandlungen darüber befinden sich im Provinzial-Archiv, vgl. Nro. 1766 des Catalogs.

tung nicht verkennen, daß in diesen geistlichen Monarchien sehr kräftige Elemente einer weltlichen Aristokratie zur Geltung gelangten, wie denn auch der Schlag, der sie zerstörte, mehr den katholischen Adel, als die Kirche getroffen hat. Allerdings hatten damit zahlreiche und große Uebelstände sich verbunden, aber man darf doch auch die Vortheile nicht außer Acht lassen. Durchaus nahm das Kapitel sowohl in kirchlicher als in politischer Beziehung eine sehr bedeutende, feste und selbstständige Stellung ein. Immer fanden sich auch, besonders unter den Priesterherren, Persönlichkeiten, die durch Charakter, Kenntnisse und Geschäftserfahrung ihrer Stellung sich würdig zeigten. Mehrmals hat das Kapitel den Geschicken des Landes die entscheidende Richtung gegeben, mehrmals dem entschiedenen Willen der Kurfürsten gegenüber den eigenen Willen durchgesetzt. Daß die Entwürfe Hermanns von Wied und Gebhards Truchseß erfolglos und die Kölnischen Lande der katholischen Kirche erhalten blieben, verdankte man nicht zum geringsten Theile dem kräftigen Widerstande des Kapitels. Unwandelbar zeigte es sich der alten Kirche und den hergebrachten Zuständen eifrig zugethan, immer im besten Einvernehmen mit der alten Reichsstadt, in deren Mauern es seinen Aufenthalt genommen hatte. So trat es auch den Aeußerungen des Febronianismus, insbesondere den Absichten der beiden letzten Kurfürsten Max Friedrich und Max Franz, der neuerrichteten Universität Bonn und Allem, was von dort ausging, nachdrücklich entgegen. Aber dieser letzte Kampf war noch nicht entschieden, als über die Gegner ein stärkerer Feind kam, der ihren Streitigkeiten, jedoch zugleich auch ihrer Existenz unter den gewohnten Bedingungen ein Ende machte.

XI.

In Folge der unglücklichen Schlacht bei Fleurus am 26. Juni 1794 fiel noch im Herbste desselben Jahres das linke Rheinufer in die Gewalt der französischen Heere. Am 6. October hielten sie in Köln, zwei Tage später in Bonn ihren Ein-

zug. Der Kurfürst hatte kurz vorher seine Residenz verlassen; er ging zunächst über Dorsten nach Münster, nahm dann längeren Aufenthalt in Mergentheim und Ellingen und lebte seit dem Mai 1800 in Hetzendorf bei Wien [1]). Auch das Domkapitel erwartete die Ankunft der Franzosen nicht. Schon vorher waren die Bibliothek, das Archiv und die Kirchenschätze nach Arnsberg, zum Theil nach Kassel geflüchtet [2]). In der Hauptstadt des Herzogthums Westphalen nahm auch das Domkapitel seinen Sitz; die Abteikirche Wedinghausen diente als Kathedrale. Diese Auswanderung gab den französichen Behörden Anlaß, das gesammte auf der linken Seite des Rheins befindliche Vermögen des Domkapitels mit den National-Domänen zu vereinigen. Der Friede von Lüneville, der das linke Rheinufer an Frankreich abtrat, konnte darin nichts verändern, auch die Unterhandlungen zwischen dem Papst und Napoleon über die Reorganisation des Kirchenwesens in Frankreich mußten das Geschehene anerkennen. Man erinnert sich, wie die neue Erectionsbulle „Qui Christi Domini vices" vom 29. November 1801 die Erzdiöcese Köln auf französischem Gebiete ganz aufhob und statt dessen das Bisthum Aachen in's Leben rief. Dadurch gingen dem Domkapitel auch alle kirchlichen Rechte auf dem linken Rheinufer verloren.

Aber keineswegs die rechtliche Existenz auf der deutschen Seite. Die Bulle hat vielmehr den Fortbestand der rheinischen Erzdiöcesen außerhalb der französischen Grenzen ausdrücklich anerkannt [3]). Das Kapitel setzte in Arnsberg ganz in der früheren Weise seine Wirksamkeit fort, bis zum Tode des Kurfürsten, der am 27. Juli 1801 in Hetzendorf erfolgte. Sogleich nachdem der Domherr Mylius von Wien aus durch einen Eil-

---

[1]) Vgl. Perthes, politische Zustände und Personen in Deutschland zur Zeit der französischen Herrschaft, Gotha 1862, S. 205.

[2]) Vgl. Ennen, Zeitbilder aus der Geschichte Kölns, S. 172, und oben S. 218.

[3]) Vgl. oben S. 194, Anm. 2.

boten von dem Ereigniß Nachricht gegeben hatte, versammelte sich das Kapitel am Montag den 3. August in außerordentlicher Sitzung [1]), übernahm die Regierung und erwählte den Freiherrn Johann Hermann Joseph von Caspars zu Weiß zum Generalvikar, ganz in gleicher Weise, wie es 1761 nach dem Tode des Kurfürsten Clemens August geschehen war. Unterm 5. August erfolgte der darauf bezügliche Erlaß des Domkapitels, in welchem „Decanus et Capitulum metropolitanae ecclesiae Coloniensis" das Weitere anordnen. Placuit, so heißt es darin, altissimo vitae mortisque arbitro .... nobis viduatam archidioecesim et patriam in tristissimis rerum et temporum angustiis gubernandam relinquere." In einem zweiten Ausschreiben wird die Ernennung des Freiherrn von Caspars bekannt gemacht. Der erste dieser Erlasse ist durch den Protonotarius Leinen, der zweite von dem Syndikus des Kapitels J. H. Bollich unterzeichnet. Außerdem findet sich noch das päpstliche Breve vom 6. December 1801, welches dem Kapitular-Vikar die üblichen Fakultäten verleiht [2]). Alle Civil- und Militärbeamte leisteten den Eid, die auswärtigen Gesandten wurden mit neuen Vollmachten versehen, nur die gewöhnlichen Sedisvakanz-Münzen zur Vermeidung der Unkosten und wegen Mangels der nöthigen Geräthschaften für diesmal nicht geprägt.

„Nachdem [3]) wurde über den Wahltag eines neuen Erz-

---

[1]) Vgl. die Kapitels-Protocolle. Nro. 317bis, Fol. 90.

[2]) Ich entnehme diese letzteren Angaben einer Beilage zu den Acten des Prozesses, welcher vor einigen Jahren in Köln über die Sierstorff'sche Stiftung (vgl. Bianco, die Universität Köln, II, S. 947) entstanden war. Es handelte sich dabei um ein Mitbesetzungsrecht des alten, event. des hergestellten Kölner Domkapitels. Ich verdanke ihre Kenntniß Herrn Geh. Rath Bauerband; Verfasser des Aufsatzes, welcher die Identität des ehemaligen und des jetzigen Kapitels zu beweisen sucht, ist Herr Domkapitular Frenken.

[3]) Den folgenden Bericht enthält eine kleine, jetzt seltene Schrift: Historische Beschreibung derer Begebenheiten, Vorfälle, Ceremonien und Feierlichkeiten bei der Wahl Seiner Königlichen Hoheit Anton

bischofs und Kurfürsten berathschlagt und dazu (innerhalb der kanonischen Frist von drei Monaten) der 7. October 1801 festgesetzt. Es erging sodann eine Edictal-Ladung, welche ad valvas Ecclesiae zu Wedinghausen, als der einstweiligen Domkirche, angeschlagen und den abwesenden Domkapitularen zugesandt wurde. Kaum war dieses geschehen, so erhielt das Domkapitel von dem preußischen Kreisdirectorial-Gesandten, Geheimen Rath von Dohm das schriftliche Ansinnen, die Wahl bis zu dem geendigten Entschädigungsgeschäft aufzuschieben, indem durch eine solche Wahl die Secularisationen desto mehr erschwert würden [1]. Da aber das Domkapitel die Secularisationen zu erleichtern gar nicht gesonnen war, so erwiderte es demselben, daß ein hochwürdiges Domkapitel durch die Anzeige des Wahltages nur das gethan habe, wozu es durch die Reichs-Constitution berechtigt und verbunden gewesen; dem Papst und dem Kaiser sei bereits die gehörige Anzeige gemacht, und lasse sich nichts mehr abändern. Dennoch machte dieser Minister durch eine neuere Note dagegen kräftige Einwendungen, welche aber ganz die Wirkung verfehlten. Denn von Regensburg war schon die Nachricht eingetroffen, daß der Kaiser den Grafen von Schlick zum Wahlbotschafter nach Arnsberg gesandt habe, weshalb das Domkapitel mit seinen Vorbereitungen fortfuhr. Bemeldeter Minister schickte nun eine förmliche Protestation gegen

---

Victor Erzherzog von Oesterreich, Fürstbischof von Münster, zum Erzbischof von Köln, des H. R. R. Kurfürst und Herzogen in Westphalen, Arnsberg 1801. Sie wurde mir von Herrn Bibliothekar Pape mitgetheilt. Vgl. auch die Historische Beschreibung der berühmten hohen Erzdomkirche zu Köln von A. E. d'H(ame), Köln 1821, S. 136 fg.

[1]) Ganz dasselbe Verfahren hielt Dohm gegenüber dem Kapitel von Münster ein, um auch dort die Wahl des Erzherzogs Anton Victor zu verhindern. Sie erfolgte gleichwohl schon am 9. September 1801. Vgl. darüber Erhard, die beiden letzten Münster'schen Fürstenwahlen, in Ledeburs Allgemeinem Archiv für die Geschichtskunde des preußischen Staats, Bd. 15, S. 117.

die bevorstehende Wahl an das Domkapitel; selbiges erhielt dagegen vom Kaiser ein sehr gnädiges Belobungsschreiben mit der Aufforderung, die Wahl der Reichsverfassung gemäß ohne alle weitere Rücksichten vorzunehmen, mit der Versicherung des kaiserlichen Schutzes. Den 5. October traf der Graf von Schlick als kaiserlicher Wahlbotschafter in Arnsberg ein, der sich nun mit dem Domkapitel gleich in das nöthige Einverständniß setzte. Am 7ten versammelte sich früh das gesammte Domkapitel in dem Kapitelsaal zu der ausgeschriebenen Wahl. Der Syndicus bescheinigte, daß alle abwesende Domkapitularen zur Wahl eingeladen worden. Hierauf überreichten jene Domkapitularen, die von den Abwesenden eine Vollmacht, um für sie zu stimmen, erhalten hatten, solche zu Protokoll; außer dem Fürsten Joseph von Hohenlohe-Bartenstein, Bischof zu Breslau, hatten alle abwesende Kapitularen Vollmachten eingeschickt. Nach verrichtetem Gebet und Ernennung der Scrutatoren wurde zur Wahl geschritten, welche einstimmig auf den Erzherzog Anton Victor, Bruder des Kaisers, fiel[1]). Der Dombechant Graf von Königsegg-Aulendorf erklärte, daß er von dem Erzherzog die Vollmacht habe, auf den Fall, daß die Wahl auf ihn fallen würde, sie anzunehmen, und beschwor im Namen des neu erwählten Erzbischofes und Kurfürsten die Wahlkapitulation. Zwei der Scrutatoren verfügten sich nun in den Saal, wo indessen der Wahlbotschafter angekommen war, das Wahlgeschäft abzuwarten, und machten ihm die Anzeige, daß die Wahl einstimmig auf den Erzherzog Anton Victor gefallen seie, dabei luden

---

[1]) Das noch vorliegende, von dem Protonotarius Leinen redigirte Wahlprotokoll nennt als Wähler fünf Grafen von Königsegg, drei Fürsten von Hohenlohe, drei Grafen von Zeil, den Fürsten von Salm-Salm, die Grafen von der Leyen, von Oettingen-Wallerstein, den Weihbischof von Merle, die Freiherren von Franz, von Hillesheim, von Geyr, von Mylius, von Clauspruch und von Caspars. Durch ein Breve vom 16. August hatte der Papst den jungen Erzherzog — er war geboren am 31. August 1779 — a defectu aetatis dispensirt. Aus der oben (S. 78) erwähnten Beilage.

sie ihn zugleich ein, dem Te Deum beizuwohnen, worauf man sich in die Kirche begab und die Wahl von einem Domkapitularen dem Volke laut bekannt gemacht und das Te Deum abgesungen wurde.“

Ob aber der Erzherzog von seiner Würde auch Besitz ergreifen könne, hing voraussichtlich von der Entwicklung der politischen Ereignisse ab, insbesondere von dem Ergebniß der Verhandlungen, die in Folge des Lüneviller Friedens über das Schicksal der geistlichen Staaten Deutschlands entscheiden sollten. Das Domkapitel ließ es in Regensburg nicht an Bemühungen fehlen. Es war bei der Reichsdeputation durch zwei Abgesandte, den Freiherrn Franz von Leykam und den Geheimen Rath Kaspar Joseph von Bigeleben vertreten. Am 14. September 1802 beantragt der Erstere Namens des Domkapitels eine Entschädigung für den Verlust des linksrheinischen Vermögens, die sich in den rechtsrheinischen Besitzungen der dort aufzuhebenden geistlichen Corporationen finden lasse; am 28. September 1802 klagen die Gesandten über unrechtmäßige Occupationen von Seiten des Landgrafen von Hessen-Cassel und des Fürsten von Wied-Runkel. Es erfolgt auch schon am nächsten Tage ein Inhibitorium. Unterm 27. September und 1. October 1802 liest man ausführliche Anträge wegen Erhaltung des Kölner Kurstaates. „Unterzeichnete“, heißt es darin, „tragen an, daß die auf dem rechten Rheinufer gelegenen Ueberreste der Kölnischen Kurlande in ihren bisherigen Verhältnissen gegen das Reich, und insbesondere gegen das kurfürstliche Collegium erhalten, der Kurstaat durch Realunion mit einem benachbarten geistlichen Fürstenthum ergänzt und auf den solchergestalt ergänzten geistlichen Kurstaat mit Veränderung des Namens diejenigen Prärogativen, reichsständische und Archiepiscopal- sowohl als Diöcesan-Rechte gelegt werden, welche bisheran auf dem Erzstift und Kurfürstenthume Köln hafteten.

„Für den äußersten Fall aber, daß die Ausführung dieses Vorschlages wegen anderweitiger Verhältnisse zu großen Schwierigkeiten unterworfen sein sollte, verbinden Unterzeichnete

damit noch den ferneren ehrerbietigen Antrag, daß alsdann für die künftige politische Existenz des Kur-Erzkanzlers in Italien auf eine ähnliche Art, wie in der Deklaration der beiden Mächte [Frankreich und Rußland] für den Kur-Erzkanzler in Deutschland geschehen, gesorgt werden möge".

„Das hochwürdige Domkapitel erwartet vertrauensvoll, daß in jedem Falle dem Erzstifte die bisher gehabten Metropolitan- und Diözesan-Rechte auf dem rechten Rheinufer erhalten, daß das konkordatenmäßige Recht der Erzbischofswahl, sowie der standesmäßige Unterhalt des Erzbischofs und des Kapitels gesichert werde" [1]).

Aber von diesen Wünschen wurde wenig gewährt. Mittels Antrages vom 28. October 1802 erlangten die Gesandten nur noch am 10. November die Zusage billigerer Grundsätze bei Anweisung des dem Domkapitel und der kurkölnischen Dienerschaft zu gewährenden Unterhaltes [2]). Aber die politische Bedeutung ging ganz und für immer verloren. Man weiß, wie der Reichs-Deputations-Hauptschluß vom 25. Februar 1803 die geistlichen Staaten Deutschlands, bis auf wenige, zu Gunsten der weltlichen Fürsten secularisirte; „die Regalien, die bischöflichen Domänen, domkapitelischen Besitzungen und Einkünfte sollten an die neuen Landesherren fallen", freilich „unter dem Vorbehalt der festen und bleibenden Ausstattung der beibehaltenen Domkirchen und der Pensionen für die aufgehobene Geistlichkeit", Art. 61, 34, 35. Dem Kölner Kapitel versprach der Art. 71 noch besondere Rücksichten, weil die neuen Besitzer des Kurfürstenthums keinen Regenten zu unterhalten hätten. Aber auch diese dringendsten Forderungen der Billigkeit wurden von den verpflichteten Regierungen nur ungenügend erfüllt. Die neuen Besitzer des Kurstaats waren der Landgraf von Hessen-

---

[1]) Vgl. Beilagen zu den Protokollen der außerordentlichen Reichs-Deputation zu Regensburg. Regensburg 1803, Bd. I, Nro. 61, 73, 76, 85, 91, 96.

[2]) Vgl. die angeführten Protokolle. Bd. II, Nro. 183, 188.

Darmstadt, der Herzog von Aremberg, der Fürst von Nassau-Usingen und der Fürst von Wied-Runkel. Nur die Hessen-Darmstädtische Regierung kam ihren Verpflichtungen nach [1]), die übrigen wußten sogar die kümmerlichen Pensionen für die Domherren zu verweigern, oder doch hinzuhalten und zu verkürzen.

Schon vorher in den unruhigen Kriegszeiten war das Vermögen des Domkapitels sehr geschmälert; nach Aussage der Gesandten in Regensburg gingen mit dem linken Rheinufer neun Zehntel sämmtlicher Einkünfte verloren [2]); man mußte sogar zum Verkauf der Kirchenschätze seine Zuflucht nehmen [3]). Wie die meisten deutschen Kapitel gerieth auch das kölnische bald in die traurigste Lage; die Stellung in Arnsberg ließ sich

---

[1]) Von Hessen erhielt der Dombechant Graf Menrad Anton Eusebius von Königseck-Rothenfels jährlich 1388 Fl. 37 Kr., der After-Dechant Graf Christian Franz Fidelis von Königseck-Rothenfels 1388 Fl. 37 Kr., der Erbtruchseß Thomas Ludwig Joseph Graf von Zeyl-Wurzach 1164 Fl. 37 Kr., der Fürst Ernst Christian Armand zu Hohenlohe-Bartenstein 1325 Fl. 21 Kr., der Graf Karl Aloisius von Königseck-Rothenfels 845 Fl. 36 Kr., der Weihbischof Clemens August Maria von Merle 1447 Fl. 2 Kr., Franz Carl Joseph von Hillesheim 1286 Fl. 13 Kr., Johann Gabriel Bernhard von Franz zu Dürresbach 1246 Fl. 53 Kr., Max Jos. Joh. Nepom. Freiherr von Geyr zu Schweppenburg 1286 Fl. 13 Kr., Balthasar Joseph Freiherr von Mylius 1246 Fl. 53 Kr., Georg Friedrich Freiherr von Mylius 1246 Fl. 53 Kr., Friedrich Anton Joseph von Cramer zu Clauspruch 1246 Fl. 53 Kr., und Johann Hermann Joseph von Caspars zu Weiß 967 Fl. 12 Kr. Vgl. Actenmäßige Darstellung des von Seiten des Herrn Landgrafen zu Hessen in Beziehung auf die Sustentation der Mitglieder des erzstiftkölnischen Domkapitels bisher beobachteten Verfahrens, Darmstadt 1805, S. 4, in einer von Forst herrührenden Sammlung von Flugschriften auf der Bibliothek von St. Martin in Köln, Nr. 485.

[2]) Vgl. die angeführten Protokolle, Beilage Nro. 96, S. 402.

[3]) Einzelheiten bei Ennen, Zeitbilder aus der neueren Geschichte der Stadt Köln, S. 215.

nicht länger aufrecht halten, die Domherren zerstreuten sich, die meisten suchten ein Unterkommen bei ihren Familien.

Gleichwohl läßt sich nicht sagen, das Kölner Domkapitel habe rechtlich oder auch nur thatsächlich seine kirchliche Existenz verloren. Ueber diese konnte der Reichsdeputations-Hauptschluß gar nicht verfügen. Freilich, eine Schmälerung hat man doch wenigstens beabsichtigt. Bekanntlich wird durch den Art. 25 „der Stuhl zu Mainz mit der Würde eines Kurfürsten, Reichserzkanzlers, Metropolitan-Erzbischofs und Primas von Deutschland auf die Domkirche von Regensburg übertragen; seine Metropolitan-Gerichtsbarkeit soll sich in Zukunft über alle auf der rechten Rheinseite liegenden Theile der ehemaligen Provinzen von Mainz Trier und Köln, mit Ausnahme der kaiserlichen und der preußischen Staaten, erstrecken." So hätte also die Kölner Kirche nicht nur ihre politische Bedeutung, sondern auch die kirchliche Unmittelbarkeit verloren. Aber dieser Artikel ist ganz wirkungslos geblieben. Für die nächste Zeit schon deshalb, weil jede kirchliche Autorität ihm abging. Später erlangte zwar Napoleon, dem der Regensburger Primat als eine Vorbereitung für den Rheinbund sehr gelegen war, die Zustimmung des Papstes während dessen Anwesenheit in Paris. Am 4. Februar 1805 publicirte der Cardinal Caprara einen Consistorial-Beschluß Pius VII. vom 1. desselben Monats, durch welchen Regensburg zu einer erzbischöflichen Kirche mit allen Rechten und Vorrechten des Mainzer Stuhles erhoben wurde. Aber die von der Reichsdeputation beabsichtigte Erweiterung der Metropolitan-Gewalt über die Grenzen der Mainzer Kirchenprovinz hinaus war von der Einwilligung der Betheiligten, insbesondere des Kölner Kapitels abhängig gemacht [1]. Eine solche Einwilligung ist nun

---

[1] Vgl. die darauf bezüglichen Verhandlungen bei Münch, Concordate, Bd. 2, S. 133 fg., 210 fg.: Hodie in Consistorio nostro secreto, heißt es in dem Consistorial-Beschluß, ut moris est, praedictam Ecclesiam Ratisbonensem, ut supra vacantem, in Metropolitanam perpetuo ereximus et instituimus, cum Archiepiscopali

niemals erfolgt; unter den Ereignissen der nächsten Jahre wurde bald der ganze Plan aufgegeben und vergessen.

Auch die Pfalz-Baierische Regierung machte im Herzogthum Berg den Versuch, die vor das Kölner Metropolitan-Gericht gehörige Appellation in geistlichen und Ehesachen an das Ordinariat in Würzburg zu verweisen, mußte aber am 30. Juli 1805 die frühere Verordnung vom 6. April 1804 zurücknehmen und den Kölnischen Offizial zu Deutz als die allein competente Gerichtsbehörde anerkennen [1]).

Aehnlich die fürstlich Arembergische Regierung. Sie schloß mit dem Domkapitel einen Vertrag, demgemäß für das an Aremberg gefallene Vest Recklinghausen ein eigener Offizial eintrat, jedoch mit Vorbehalt der an den zeitlichen erzbischöflich-kölnischen Offizial rechtmäßig gelangenden Recurse und Appellationen [2]).

Von besonderer Wichtigkeit und ein unzweideutiger Beweis für das rechtliche Fortbestehen des Kapitels war ein schon frü-

---

dignitate, jurisdictione et superioritate nec non privilegiis et praerogativis, titulis, honoribus ac praeeminentiis, quibus Moguntina sedes ejusque Archiepiscopi legitime ac pacifice potiebantur.... Interim autem eidem Archiepiscopali et Metropolitanae Ecclesiae Ratisbonensi pro suis Suffraganeis assignavimus Episcopos eorumque Ecclesias ad dexteram Rheni ripam sitas, quae antea Metropolitico juri Moguntinae Ecclesiae subjiciebantur, nec non exteras, similiter ad dexteram Rheni positas, quae pariter jure Metropolitico Archiepiscopum Ratisbonensem postulant, tum Archiepiscoporum Salisburgensis, tum olim Trevirensis, nec non Capituli Coloniensis, exceptis semper iis Ecclesiis, quae in Austriae et Borussiae Dominiis existunt. Ganz unzweideutig ist freilich diese Stelle nicht.

[1]) Vgl. Scotti, Gesetze und Verordnungen für Jülich, Cleve und Berg, Bd. 2, S. 927 und 968, Nr. 2750 und 2824.

[2]) Vgl. die Verfügung des Kölnischen Offizials und Domherrn P. Jos. Kramer von Clausbruch aus Deutz vom 24. December 1804 bei Scotti, Kurkölnische Gesetze und Verordnungen, Abth. 3, S. 25, Nr. 13.

her (vgl. oben S. 195) erwähnter Vorfall, die Vereinigung der Stadt Wesel mit dem Bisthum Aachen. Wesel gehörte vordem zur Kölnischen Erzdiözese. Ein Schreiben des Cardinals Caprara vom 17. Februar 1808 ersuchte deshalb das Kölner Kapitel förmlich, die Vereinigung mit Aachen zu gestatten. Im Journal des Herrn von Caspars findet sich darüber Folgendes bemerkt: 27. Februarii 1808. Quando quidem eminentissimus Dominus Joannes Baptista Cardinalis Caprara, legatus apostolicus ad Gallicorum imperatorem, per rescriptum d. d. Parisiis 17ma huius mensis et anni rogavit, ut reverendissimum capitulum Coloniense ac R^{mus} Vicarius capitularis in unionem civitatis Vesaliensis cum suo territorio cum dioecesi Aquisgranensi autoritate apostolica statuendam consensum impertirentur, sic benefatum capitulum et Vicarius generalis hodie congregati consensum suum dederunt et altefato Cardinali submiserunt [1]).

Es war eine äußerst glückliche Fügung, daß die Vertretung des Domkapitels und die Verwaltung der Diözese einem so treuen, thätigen Manne zufielen, als von Caspars war. Gewiß die Meisten hätten nach so unersetzlichen Verlusten, nach der Vernichtung alles weltlichen Glanzes, der Zerstreuung der Domkapitularen, bei der Erschöpfung aller Mittel Lust und Muth verloren. Aber Caspars blieb unerschütterlich. Seit dem Anfange des Jahres 1805 war das General-Vikariat nach Deutz verlegt. In dem Hintergebäude eines kleinen Gasthofes „zum grünen Baum" besorgte er die Geschäfte, nicht eben mit einem hervorragenden Organisations-Talent, aber mit dem ausdauernden Fleiße und dem ruhigen Pflichtgefühl, die Nichts ermüdet und aus der Fassung bringt [2]) Von dem Sekretär des Gene-

---

[1]) Aus der oben S. 321 erwähnten Beilage.

[2]) Caspars vollständiger Titel lautet: Johannes Hermanus Josephus de Caspars, J. U. L., Metropolitanae Coloniensis Ecclesiae Canonicus Capitularis, R^{mi} et Ill^{mi} Capituli Metropolitani altefatae Ecclesiae per Archidioecesin Coloniensem Sede archiepiscopali vacante in spiritualibus Vicarius generalis, Com-

ral-Vikariats Hirschmann wurde erzählt, er habe während einer langen Amtsführung nur zwei Federn gebraucht, und die eine sei noch dazu von den Kosaken zertreten worden. Aber diese Erzählung scheint nicht gut erfunden, wenn man die umfangreichen Verwaltungs-Akten vor sich sieht, die jetzt das General-Vikariat in Köln bewahrt. Mußte auch in der Diözesan-Verwaltung mancherlei Stockung und Verwirrung eintreten, immer war es ein großer Vortheil, daß wenigstens eine allgemein anerkannte oberste Behörde bestand, daß die Dekanats-Verfassung erhalten blieb und dadurch die Beaufsichtigung und gehörige Besetzung der Pfarrämter gesichert wurde [1]). „Es bewahrheitete sich hier abermals, daß man auch nach der größten Niederlage den Muth nicht aufgeben soll, und daß schon Vieles gewonnen ist, wenn man nur gleich wieder einen entschiedenen Posten faßt, von dem aus man wirkt und zu dem man Alles wieder zurückführt". Dem trefflichen Mann wurde die Freude, daß er die rechtliche Fortdauer sowohl des Kapitels, als der Erzdiözese durch alle Stürme und Unfälle der bewegtesten Zeit bewahren und den Beginn neuer, hoffnungsreicher Zustände noch erleben konnte.

---

missarius et executor apostolicus a sancta Sede (oder a S. Nuntiatura Augustana, die damals der Cardinal della Genga verwaltete) ad infrascripta specialiter deputatus.

[1]) Ueber einzelne hierher gehörige Anordnungen vgl. Laspeyres, die katholische Kirche in Preußen, S. 742 fg. Ein großer Uebelstand blieb der Mangel eines Seminars und einer Bildungsanstalt für die Geistlichen. Am 30. December 1812 erlaubte Napoleon, „bis zur Einführung einer katholisch theologischen Lehranstalt im Großherzogthum Berg die dem geistlichen Stande sich widmenden jungen Männer in das Seminar des Bisthums Aachen zu Köln aufzunehmen." Vgl. die Verfügung des Präfecten des Rheindepartements vom 25. Februar 1813 bei Scotti, Gesetze für Jülich, Cleve und Berg, Bd. 3, S. 1490, Nr. 3401.

XII.

Man erinnert sich aus dem vorigen Aufsatze, wie das Bisthum Aachen nach dem Sturze der Napoleonischen Herrschaft der Auflösung entgegen ging. Le Camus erhielt keinen Nachfolger, Fonck führte als Kapitular-Vikar auf dem linken, wie Caspars auf dem rechten Ufer die Verwaltung. Da die Kölner Domherren zerstreut und allmälig gestorben waren, so schien bei dem hohen Alter des Kapitular-Vikars — Caspars war am 5. März 1744 geboren — eine Fürsorge auf den Fall seines Todes erforderlich. Unterm 22. Januar 1820 übersandte Pius VII. ein Consistorial-Dekret vom 12. desselben Monats, wodurch Caspars ermächtigt wird, sich für den Fall einer durch Alter oder Krankheit bewirkten Verhinderung einen Vertreter zu bestellen. Derselbe soll zugleich nach Caspars Tode die Verwaltung übernehmen, „falls die Kölner Domherren nicht in der Zahl anwesend sind, daß sie das Kapitel nach Recht und Gesetz vertreten und die Wahl eines neuen Vikars innerhalb der vom Tridentinischen Concil festgesetzten Frist vornehmen können [1].“

---

[1] Si forte capitulares eo numero praesentes non adsint, ut capitulum antiquae Coloniensis ecclesiae legitime et canonice repraesentare et electionem novi Vicarii intra tempus a sacro Tridentino concilio statutum celebrare valeant. Der rechtliche Fortbestand des Domkapitels wird in eben diesem päpstlichen Erlasse auch insbesondere dadurch anerkannt, daß derselbe nur dem möglichen Falle begegnen wollte, si nondum compositis et ordinatis rebus ecclesiasticis illarum regionum idem Vicarius, quod Deus avertat, e vivis excesserit; propterea quod numerus capitularium antiquae Coloniensis ecclesiae, cuius Capituli jura omnia praeservata fuerunt, praesto fortasse non possit ad novi Vicarii electionem intra tempus a sacro concilio Tridentino praefinitum canonice celebrandum. In dem Begleitschreiben wiederholt der Papst noch ausdrücklich: quo quidem in suscipiendo consilio illud etiam opportune cavimus, ne aliquid

Caspars machte von dieser Ermächtigung sofort Gebrauch; unterm 13. Februar 1820 ernannte er den Protonotarius Schmitz zu seinem Beistand und Vertreter und ermächtigte ihn auch für den Todesfall, aber unter der ausdrücklich wiederholten Bedingung, daß die Kölner Domherrn einen neuen Capitularvikar zu wählen außer Stande seien.

Nicht lange darauf wurde ihm noch die Freude, durch die Bulle De salute animarum vom 16. Juli 1821 die Aachener Diöcese aufgelöst und das alte Kölner Erzstift wieder hergestellt zu sehen. Gern hätte er auch auf dem linken Ufer sogleich die Verwaltung wieder an sich genommen. Es entwickelte sich daraus eine länger dauernde Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und Fonck, die endlich am 3. December 1821 vom Fürstbischof von Ermeland mit Recht dahin entschieden wurde, daß das Aachener Generalvikariat bis zum Antritt des neuen Erzbischofs die Verwaltung fortzuführen habe [1]).

Aus den angeführten Thatsachen ergibt sich, daß man die rechtliche Fortdauer des Kölner Domkapitels auf dem rechten Rheinufer durchaus nicht in Zweifel zog. Dieser Ansicht entspricht auch die Bulle De salute animarum. Wo des Kapitels zuerst Erwähnung geschieht, ist keineswegs von einer neuen Errichtung die Rede, sondern davon, was in demselben geschehen solle. Die Besetzung der Stellen wird eine explenda compositio genannt, und der Executor der Bulle erhält den Auftrag die thatsächlich erledigten Canonikate (canonicatus actu vacantes) zu besetzen. Die Ausführung dieser Anordnungen begann damit, daß man an die noch lebenden Domherren die Anfrage richtete, ob sie gewillt seien, in dem hergestellten Kapitel ihre Canonikate wieder einzunehmen. Es lebten beim Erlaß der Bulle außer dem Freiherrn von Caspars noch drei, nämlich:

---

praeiudicii capituli antiquae Coloniensis ecclesiae juribus inferretur. Aus der oben S. 321 erwähnten Beilage.

[1]) Vgl. die Akten des Generalvicariats.

1) der Graf Maximilian Joseph von Königsegg-Rothenfels, geboren am 1. Januar 1757 zu Immerstadt in Schwaben, wo er auch seinen Wohnsitz wieder genommen hatte, Domherr seit dem Jahre 1787, mit einer Pension von 725 Thlr.

2) Alois Graf von Königsegg-Aulendorf, geboren zu Aulendorf in Schwaben am 27. Januar 1761, wohnhaft auf Schloß Kißleg in Würtemberg, Domherr seit 1801, mit einer Pension von 545 Thlrn.

3) Karl Freiherr von Kalkhoff aus Wien, vordem Domicellar [1]).

Alle drei lehnten ab [2]); die beiden ersten wegen ihres vorgeschrittenen Alters. Der Herr von Kalkhoff war mit Genehmigung des General-Vikariats in Aschaffenburg wieder in den Laienstand zurückgetreten, hauptsächlich aus Mangel. Denn von der kümmerlichen ihm zugestandenen Abfindung von 750 Gulden zahlten nur Hessen-Darmstadt und Nassau 400 Gulden, Wied-Runkel und Aremberg gar nichts.

Auch Caspars starb am 15. August 1822 [3]), man hatte also bei Verleihung der Domherrnstellen ganz freie Hand. Schon seit dem Jahre 1821 war darüber zwischen dem Kapi-

---

1) Vgl. die Akten des Generalvicariats I. 1.

2) Vgl. die Briefe des Herrn von Caspars an den Grafen von Königseck-Rothenfels und den Freiherrn von Kalkhoff, vom 17. und 27. October 1821 und die Antworten vom 31. October, vom 3. und 26. November in den Acten des Generalvicariats I. 1.

3) Es folgte, wie man aus dem früheren Aufsatz (S. 215) sich erinnert, der Protonotarius Schmitz, der an demselben Tage nach Rom berichtet. Bei den Acten findet sich noch die amtliche Bemerkung desselben: „Cum vero nonnisi duo ecclesiae metropolitanae superessent canonici capitulares, extra dioecesin satis remote degentes, post obitum saepe laudati D. Vicarii capitularis suscepi administrationem, totumque negotium pro officii mei debito ad sanctissimum Dominum nostrum retuli, ulteriorum ordinationem humillime exspectaturus. Aus der oben S. 321 erwähnten Beilage.

tular=Vicar und dem Fürstbischof von Ermeland verhandelt, gleichwohl kam man bis zum Jahre 1824 nicht zu Ende; bei der Besitzergreifung des Kölner Doms durch den Bevollmächtigten des neuen Erzbischofs mußte das Domkapitel durch die Haupt=Pfarrer der Stadt ersetzt werden [1]). Erst im nächsten Jahre, am 1. Mai 1825, erfolgte das Restitutions=Diplom.

Es mögen hier noch die Bestimmungen der Bulle De salute animarum eine Stelle finden:

In dem Domkapitel der wiederhergestellten Kölner Kirche gibt es zwei Würdenträger, Probst und Dechant, zehn ordentliche, vier Ehren=Domherrn und acht Vikarien, Art. 9. Die Canonikate werden zum ersten Male von dem Executor der Bulle vergeben, später ernennt der Papst den Probst, und in den Monaten Januar, März, Mai, Juli, September und November die Domherrn, jedoch auf Vorschlag des Königs; der Erzbischof ernennt den Dechanten und die Domherrn in den übrigen Monaten und alle Vikare, Art. 20, 21.

Die Domherrn müssen die höheren Weihen empfangen, und fünf Jahre in kirchlichen Aemtern gestanden oder eine Professur der Theologie oder des canonischen Rechts bekleidet haben. Dagegen ist das Erforderniß der adligen Geburt beseitigt, Art. 19.

Probst und Dechant erhalten jährlich 2000 Thaler, die zwei ersten Domherrn 1200, die sechs folgenden 1000, die beiden jüngsten 800, die Ehrendomherrn 100, die Vikare 200 Thaler; auch soll für Anschaffung passender Wohnungen gesorgt werden, Art. 44, 53.

Die Ehrendomherrn sind nicht zur Residenz verpflichtet, dürfen aber wie die übrigen dem Chordienst beiwohnen. Alle Domherrn, auch die Würdenträger, führen wieder die Insignien, die in früheren Zeiten dem Kapitel zustanden; alle, auch die Ehrendomherrn, haben eine Stimme bei der Bischofswahl, Art. 17, 22.

---

[1]) Vgl. die zum vorigen Aufsatz mitgetheilte Urkunde Nro. XII, S. 237.

Das Domkapitel hat das Recht auf die Seelsorge (cura habitualis) in der Domkirche, erwählt aber zur Ausführung derselben (cura actualis) einen Domkapitular als Dompfarrer; dem Erzbischof gebührt die Bestätigung. Außerdem ernennt der Erzbischof einen Domkapitular zum Pönitentiar, einen andern zum Theologen, um die h. Schriften der Gemeinde auszulegen und zu predigen, Art. 16. Rücksichtlich der Dompfarrei hat sich der Zweifel erhoben, ob der Erzbischof den Pfarrer nur zu bestätigen oder, wie den Pönitentiar und den Theologen, zu ernennen habe. Der Wortlaut der Bulle spricht für die Entscheidung im ersteren Sinne.

Schon vorher wurde ausgeführt, daß auch die Bulle die rechtliche Fortdauer des Kapitels anerkennt, daß man nicht ein neues Kapitel erst ins Leben rufen, sondern daß alte herstellen wollte. Auch durch die Ausdrücke des Restitutions-Diploms wird diese Auffassung nicht widerlegt. Der §. 1 bestimmt:

Statum Metropolitanae Coloniensis antiquum, quod jura concernit Capituli, statuto, privilegio, indultu, pacto, transactione, lege, consuetudine, observantia vel alio quocumque titulo quaesita, suppressum declaramus, exceptis, quae vel ius commune sapiant, vel literis Pontificiis, quarum executio agitur, expresse reserventur.

Eine solche Aufhebung alter Kapitelsrechte ist nur möglich unter der Voraussetzung, daß man das alte Kapitel selbst als noch fortbestehend betrachtete. Aber die Stellung desselben wird durch den §. 1 wesentlich verändert. Nicht nur die politischen, sondern ebenso alle kirchlichen wie immer erworbenen, eigenthümlichen Rechte des Kapitels sind aufgehoben; nur das kann noch beansprucht werden, was nach gemeinem Kirchenrecht einem Domkapitel zusteht oder, wie z. B. die alten Insignien, ausdrücklich durch die Bulle De salute animarum von früheren Berechtigungen erhalten wurde. Das Kapitel würde sich also auf keine Bestimmung früherer Vereinbarungen mit dem Erzbischof berufen können; auch bei der Frage, ob dem Domprobst, vor dem Weihbischof der Vorrang gebühre, kann es nicht darauf

ankommen, daß früher von dem Kölner Domprobst allerdings dieser Vorrang behauptet wurde [1]). Nur private, insbesondere Vermögensrechte aufzuheben, hat der Art. 1, wie mir scheint, weder die Macht, noch die Absicht, denn sie widersprechen in keiner Weise dem gemeinen Kirchenrecht. Rücksichtlich ihrer könnte das Kapitel noch immer als Rechtsnachfolger des alten auftreten, soweit sie nicht durch andere Rechtsbestimmungen entzogen wurden. Regelmäßig wird dies freilich der Fall sein, aber doch nicht immer; z. B. es wäre im vorigen Jahrhundert zu Gunsten des Kapitels eine Stiftung gemacht, die erst nach dem jetzt erfolgten Aussterben einer Familie ihm zufallen sollte; oder es fänden sich auf dem linken Rheinufer verheimlichte Güter des Kapitels, die nach dem Gesetz vom 23. Mai 1818 [2]) in das Eigenthum der noch fortbestehenden Kirchen und Lehranstalten zurückkehren. Hier wäre das Kapitel, falls nicht vierzigjährige Verjährung entgegenstände, wenigstens durch die Präclusion des §. 5 des Gesetzes vom 18. December 1831 [3]) nicht ausgeschlossen. Ein Fall ganz ähnlicher Art wurde zu Gunsten des Kölner General-Vikariats am 6. Februar 1833 vom Appellhof entschieden [4]).

Ausdrücklich gestattet die Bulle dem Kapitel eigene Statuten zu entwerfen; nur sollen sie dem gemeinen Recht nicht wi-

---

[1]) Bekanntlich ist diese Frage auf dem Kölner Provinzialconcil im Jahre 1860 erörtert worden. Im Anschluß an zahlreiche Aussprüche der Congregation des Concils von Trient geht die Entscheidung dahin, daß dem Weihbischofe bei öffentlichem Auftreten des Kapitels der Vortritt gebühre. Auch darf ihm der erste Platz im Chore nicht verweigert werden, wenn er — was regelmäßig, freilich nicht nothwendig der Fall ist — zu den Kapitularen gehört. In den Sitzungen des Kapitels stimmt er dagegen nach der Ordnung der ihm zugefallenen Präbende. Vgl. Acta et Decreta Concilii Provinciae Coloniensis. Colon. 1860, S. LXII und 89 fg.

[2]) Vgl. Hermens a. a. O. II, 658.

[3]) Vgl. Hermens a. a. O. II, 818.

[4]) Vgl. Rheinisches Archiv, Bd. 18, Abthl. 1, S. 58.

derſprechen und die Genehmigung des Erzbiſchofs erhalten, Art. 18. Das Reſtitutions-Diplom Art. 35 fordert ſogar die Ausarbeitung ſolcher Statuten binnen Jahresfriſt. Gleichwohl ſind die Kölniſchen erſt im Jahre 1830 in Kraft getreten. Sie bilden ein nicht unwichtiges Document des neueren Kirchenrechts, ich hoffe man wird ſie nicht ungern im Anhange dieſer Abhandlung finden.

Bis heute ſind ſie im Weſentlichen unverändert geblieben. Das Kölner Provincial-Concil des Jahres 1860 hat allerdings über den Chordienſt der Domkapitulare in der geſammten Kirchenprovinz einige neue Anordnungen getroffen. Dieſelben ſind indeſſen gerade für Köln von geringerer Wichtigkeit, weil ſie von dem, was ſchon die Statuten feſtſetzen, nicht erheblich abweichen. Was über die Anweſenheit der Domherrn beim Gottesdienſt geſagt wird, findet ſich im Weſentlichen ſchon im Reſtitutions-Diplom §. 18 und in den Statuten §. 24 fg. Dazu kommt die Ernennung eines eigenen Punktators, um die Abweſenden aufzuzeichnen, der Beitrag für die Geſangſchule, die Anſtellung eines prieſterlichen Sakriſtans und Anderes, was man in den Acta et Decreta concilii provinciae Coloniensis (S. LXIII und 96) nachleſen kann.

Anhang.

I.

Diploma,

quo sancta Metropolitanae Coloniensis Ecclesiae Capitulum restituitur.

Anno Domini 1825.

Ferdinandus,

miseratione divina Archiepiscopus Coloniensis, Legatus natus sanctae Sedis Apostolicae, Comes Spiegel in Desenberg et Canstein, Regiae Majestatis Consiliarius actualis intimus, supremo regni Senatui adscriptus, Ordinis aquilae rubrae Eques primae classis,

Venerabili Clero et populo dilecto Civitatis et Archidioecesis Coloniensis salutem in Domino!

Quidquid ei, quam aetas nostra tulit, sacrorum persecutioni aerumnarum et injuriarum infuit, senserunt hoc imprimis Archiepiscopatus Rheni et inclyta haec nostra Coloniensis Ecclesia, quae, Archiepiscopali solio dejecto, Senatu in exilium misso, abductis sanctorum Regum lipsanis, quum solitudinem aliquamdiu tolerasset, post sacrorum instaurationem ecclesiae parochialis formam subire debuit. Sed quo minus juvat, tristium istorum animo revocare memoriam, tanto majores gratiae post Deum omnium bonorum fontem debentur optimis Principibus, quorum virtute et sapientia orbi christiano pax est reddita et religioni suus honos restitutus. Quorum imprimis grata mente nobis colendi sunt sanctae memoriae Pius VII., Pontifex Maximus, et Fridericus Guilelmus III., Borussiae Rex, Dominus noster clementissimus, qui foedere inter se juncto istum Ecclesiarum statum, satis salubrem, condiderunt, qui literis Pontificiis *„De salute animarum"* nuncupatis continetur. Harum executor literarum, serenissimus Princeps

Josephus ab Hohenzollern, Episcopus Varmiensis, partem, quae Archidioecesin nostram Coloniensem concernit, Nobis exequendam mandavit. Fecit hoc pro jure, quo gaudet, muneris delegandi, neque sibi quidquam in ea re voluit reservare, prout testantur ipsius literae ad Nos scriptae [1]), quarum autographum in tabulario Ecclesiae Metropolitanae condi, syngraphum autem diplomati huic adjungi jussimus.

Utut grata mente prosecuti sumus tantam in Nobis collocatam fiduciam, latere tamen Nos non potuit, maximo huic gerendo negotio vires Nostras haud sufficere. Novi enim ad Vos accessimus, neque qua parte valeatis, qua laboretis, quibus vigeatis subsidiis, aut egeatis remediis, jam satis cognovimus. Sed postquam volente Deo ad hunc Archiepiscopatum promoti sumus, qui non optantibus Nobis, sed invitis et diu deprecantibus obtigit, omnino partium Nostrarum esse duximus, ut sicut caeteris utilitatibus Vestris, ita et huic rei expediendae amplissimae vires animumque apponeremus, non Nostra virtute freti, sed divino confisi auxilio, quod precibus assiduis sollicitare non cessavimus. Neque etiam obliti fuimus, humanae sciscitari consilia prudentiae, dum in has regiones profecti expertissimi cujuscumque et optimi viri sententiam perscrutati sumus. Denique urbem regni sedem adivimus, ut si quid superesset impedimenti, id removeremus coram, et tantae rei gerenda subsidia a clementissimo Rege impetraremus.

Nunc ad Vos reduces, quos gregem a Domino creditum paterno amore amplectimur, et munus auspicaturi, quum sine Senatu Praesul esse non possit, ad literarum Pontificiarum mandatam Nobis executionem progredi et a Capituli Ecclesiae Metropolitanae instauratione opus inchoare decrevimus.

Igitur auditis, quorum ut audirentur interest, invocata sancti Spiritus gratia, pro auctoritate Apostolica Nobis mandata statuimus et decernimus quae sequuntur:

1. Statum Metropolitanae Coloniensis antiquum, quod jura concernit Capituli, statuto, privilegio, indultu, pacto, transactione, lege, consuetudine, observantia vel alio quocumque titulo quaesita, suppressum declaramus, exceptis, quae vel jus commune sapiant, vel literis Pontificiis, quarum executio agitur, expresse reserventur.

2. Ejusdem Ecclesiae Metropolitanae Dignitates, Praebendas, aliosque titulos qualescumque ad eam formam,

---

[1]) Vgl. die Beilage Nro. XI, S. 236.

numerum et ordinem renuntiamus redactos, qui dictis literis Pontificiis praefinitus est, reliquis quibuscumque titulis in perpetuum suppressis.

3. Cum fide actorum constet, veteris Collegii Metropolitani superstites, licet pensionem annuam ex recessu, quem dicunt Imperii, ipsis debitam servare sibi voluerint, juribus suis quoad locum in Capitulo libere ac plenarie renuntiasse, Nos eorumdem renuntiationem admittendam esse censuimus, et ipsorum Praebendas declaramus vacantes.

4. Praepositum nominamus admodum Reverendum Martinum Wilhelmum Fonck, Ecclesiae majoris Aquisgranensis Canonicum, eumdemque emeritum Vicarium Capitularem Apostolicumque, hoc laborum praemio a Mandante Nostro donatum, cui Dignitatis post Pontificalem primae possessionem tradentes laetanti animo precamur, ut Capituli Metropolitani columen et decus in multos existat annos.

5. Decanus erit Reverendus Joannes Hüsgen, Canonicus Aquisgranensis et Consistorialis Regius, quem singularis prudentiae et aequitatis laude insignem, ac Parochi munere per viginti et quot excurrit annos egregie functum, Vicarium Generalem elegimus.

6. Canonicatus Numerarios primum et tertium futurae dispositioni reservamus; secundum conferimus admodum Reverendo Georgio Hermes, sanctae Theologiae Doctori et Professori; quartum admodum Reverendo Josepho Monpoint, majoris Ecclesiae Aquisgranensis Canonico; quintum admodum Reverendo Henrico Filz, Parocho Ecclesiae Metropolitanae; sextum admodum Reverendo Ludovico Brouhung, sanctae Theologiae Doctori et Seminarii dioecesani Praefecto emerito; septimum futurae dispositioni reservamus; octavum admodum Reverendo Josepho Müller, Parocho Eupensi primario; nonum admodum Reverendo Carolo Maybaum, Parocho Adenaviensi primario; decimum vero admodum Reverendo Joanni Mommen, Parocho primario Juliacensi, viris religionis zelo, litteris, moribus, rerum gerendarum peritia et meritis claris.

7. Canonici Honorarii sunto quatuor viri, pari laude conspicui; primus admodum Reverendus Jacobus Iven, Consiliarius Noster ecclesiasticus et civitatis Bonnensis ad aedem sancti Martini Parochus primarius; secundus Fridericus Wermerskirchen, ad aedem B. M. V. Assumptae civitatis Coloniensis Parochus; tertius Wilhelmus

Heinzen, Parochus Düsseldorpiensis, et quartus Wilhelmus Eskens, Decanus et Parochus Siegburgensis.

8. Hos omnes et singulos nominatim recensitos de Dignitatibus suis et Praebendis in nomine Patris, et Filii, et Spiritus sancti ritu solemni investimus. Mandamus autem et loco conditionis resolutivae apponimus, ut Dignitates et Canonici Numerarii, quibus actu gaudeant beneficiis parochialibus vel aliarum ecclesiarum Canonicatibus ipso jure excidant, unico admodum Reverendo Filz quoad Pastoratum summae aedis excepto; item ut ii, ad quos pertinet, a munere consistoriali cessent, de qua re consensum Gubernii impetravimus.

9. Non obstante exceptione in favorem admodum Reverendi Filz praecedente articulo facta, de officio item beneficio ipsius Pastoratui annexo, accedentiis non exceptis, ulteriorem Nobis dispositionem reservamus; item de ordine et loco rei divinae parochialis faciendae, prout Nobis in Domino videbitur expedire, ulterius dispositūri sumus.

10. Admodum Reverendo Hermes, sanctae Theologiae Professori optime merenti, quo muneri isti intentius vacare possit, ab officio residendi vacationem, quamdiu Nobis et Successoribus Nostris visum fuerit expedire, impertimur. Leges apponimus: primam, ut singulis annis thaleros centum ad aerarium distributionum capitularium persolvat; secundam, ut die festo Resurrectionis D. N. J. C., item Ss. Petri et Pauli Apostolorum, Missarum solemniis et Vesperis in Ecclesia Metropolitana assistat; tertiam, ut bis per annum suis expensis Coloniam vocatus ad examen Ordinandorum veniat. Vacationem istam una cum cessatione a munere ipso jure cessare debere decernimus, et ne hoc exemplum prorsus singulare qualiscumque mali ansam futuram praebeat, cavemus, ne cui Capitularium praesentium aut futurorum par gratia fiat, nisi forsan dicti Professoris in munere successori alicui, et huic quidem unico, qui meritis par sit et unanimi Archipraesulis et Capituli consensu eo favore dignus habeatur.

11. Ad Praepositum cura pertinebit rerum capitularium omnium, exceptis quae cultum divinum respiciunt in Ecclesia Metropolitana celebrandum, et quae Cleri ejusdem secundarii, item Officialium minorum vitam et mores concernunt; haec scilicet Decani arbitrio regentur. Praepositi igitur erit: convocare Capitulum, praesidere, tractanda proponere, consultationes moderari, sententias rogare, vota colligere, decretum concipere, gesta literis mandare; qua in re Canonicum juniorum vel Vicariorum aliquem adjutorem habebit, Secretarii munere fungentem;

item asservare sigillum, literas subscribere, Capitulo inscriptas aperire, legere, curare, et quae sunt reliqua Praesidis; munda vero epistolarum capitularium ad ipsius requisitionem a Cancellaria Archiepiscopali procurabuntur. Praelati absentis aut impediti vices geret Praelatus praesens; casu quo utrumque Praelatum abesse vel deficere accideret, Canonicus Numerarius primus et reliqui secundum ordinem Capitulo praesidebunt; Decani autem officium hoc tempore Parochus summae aedis respiciet.

12. Canonicum Theologum seu Concionatorem suo tempore designaturi sumus. Poenitentiarium majorem renuntiamus admodum Reverendum Josephum Müller.

13. Dignitates et Canonici, tam Honorarii quam Numerarii, talarem deferent sericum coloris nigri damascenum cum limbo collari ejusdem coloris et panni, insuperque byssi albentis superpellicea tenuissima, reticulis spicatis distincta. Ex collo dependet insigne aureum catena ejusdem metalli revinctum, idem quod antiquitus in usu Capituli Metropolitani fuit, formam crucis stellatae exhibens, ab una parte colore purpureo, ab altera caeruleo pictum, cujus in medio hinc atque hinc Regum Adorantium et Virginis Immaculatae imagines cernuntur. Byretis autem incedent holosericis, Praelati violaceis, Canonici nigris.

14. Praelati alloquio audient: admodum Reverendi et Eximii Domini: Hochwürdige und Hochzuverehrende Herren; Canonici vero: admodum Reverendi Domini: Hochwürdige Herren; et sermonis contextu reverentiae vocabulo: Ew. Hochwürden omnes appellabuntur.

15. Post anni millesimi octingentesimi trigesimi primi Idus Quintiles nemo ad Dignitatis vel Praebendae in ipsum collatae possessionem admittatur, nisi qui sanctae Theologiae vel juris Canonici lauream in facultate literarum catholica rite impetraverit.

16. Dignitates et Canonicatus Numerarii, licet pro adipiscenda eorumdem possessione Subdiaconatus sufficiat, Presbyteratum tamen habeant annexum, infra annum a die adeptae possessionis pacificae rite suscipiendum. Canonici Honorarii Decanorum numero sunto, scilicet ex hoc ordine eliguntor.

17. Capitulum pro sigillo utatur imagine beati Petri Apostoli, claves tenentis, cum inscriptione ista: *Sigillum Capituli Ecclesiae Metropolitanae Coloniensis.*

18. Capitularium omnium officium hoc erit primum, ut pia conversatione et morum exemplo Clero populoque praeluceant; item ut literas sacras, unusquisque pro in-

genio ac modulo suo, diligenter colant, eamque vitae rationem sequantur, quae eorum dignitati conveniat. Insuper Dignitates et Canonici Numerarii tenentur apud Ecclesiam Metropolitanam residere, divinis Officiis, praesertim Missarum solenniis quotidie interesse, rem divinam secundum ordinem stabilitum pie, rite et attente facere, Archiepiscopo in licitis et honestis obedientes esse, eidemque in negotiis Ecclesiae gerendis, cum postulatum fuerit, operam fidelem et alacrem praestare. Qua de re fusius agendum erit in Statutis Capituli condendis.

19. Concilii Tridentini decretum de parte tertia Praebendarum in distributiones quotidianas convertenda, mutatae temporum conditionis memores ita temperavimus‘ ut a Capitularibus singulis, nempe a Praelatis ducenti a Canonicis vero Numerariis thaleri centum annui conferantur, qui aerarium distributionum constituant. Ex hoc aerario, qui Missarum solenniis in dies habendis, item qui Vesperis Dominicarum et festorum fori dierum secundis, magnarum autem Solennitatum Vesperis etiam primis debito modo adstiterint, recipiant singulis vicibus thaleri sextantem Canonici, at Praelati trientem. Quae erogatio cum totam conferendam summam, scilicet mille et quadringentorum thalerorum, non absorbeat, quod superest, impendatur, ut aliis majoris momenti diebus, veluti Apostolorum, Cinerum, tridui ante Pascha, Rogationum et Commemorationis omnium fidelium defunctorum distributionum merces accedat; id quod Statuto capitulari accuratius erit definiendum.

20. Distributionum capiendarum capaces non sunto, nisi qui loco et habitu, quo decet, justo tempore i. e. satis mature divinis Officiis interfuerint. Absentes omnino nihil accipiant, exceptis solummodo iis, qui in rebus Ecclesiae procurandis Nostra vel Capituli legatione fungantur, vel qui durante Officio solenni in Ecclesia Metropolitana excipiendis fidelium confessionibus vacent, vel qui alioquin frequentes in choro, morbo graviori, quo domo excedere prohibeantur, decumbant. His morbo afflictis per totum tempus, quo domi degunt, et per decendium post primum foras egressum, quem fecerint restituti, distributiones veluti praesentibus praestabuntur. Portiones caducae, quoties ad ducentos thaleros excreverint, in census elocentur; usura inde proveniens distributionibus accedat.

21. De Officii divini persolutione, re summi momenti et dignitate plena, quae non solum ab antiquitate commendatur, sed etiam ab ea, qua viget, animos ad pietatem excitandi virtute, dummodo rite et attente et devote omnia fiant, hic locus non est, ut accuratius disponamus.

Sufficiet monuisse, regulas juris communis et rubricas Breviarii Archidioecesani pro norma esse oportere, donec Statuto capitulari quantocius condendo et authoritate Nostra approbando ea res exactius fuerit definita.

22. Sacrorum ordo antiquus, qui ad emigrationem usque Capituli Metropolitani obtinuit, simpliciter non est repetendus, tum quod vires tanto operi praestando haud sufficerent, tum etiam quod longo saeculorum usu quaedam irrepsisse videantur, quae antiquam Ecclesiae disciplinam et majestatem in simplicitate positam non sapiant, ac ritui Romano, omnium Ecclesiarum exemplo, non bene respondeant. Item ritus et ordo ex eo tempore receptus, quo Metropolitana Ecclesia mere parochialis fuit, non minus simpliciter observari nequit.

23. Venerabilis sacramenti expositionem quod attinet, ea de re in choro et a Capitulo antiquior disciplina recipiatur; neque expositio locum habeat, nisi in Festo Ss. Corporis Christi et per Octavam; item in solennitate precum publicarum. Hac regula non obstante permittimus, ut dominicis et festis fori diebus ad horam Completorii Sanctissimum exponatur populoque benedicatur; eaque de re suo tempore uberius dicturi sumus.

24. Rationem habentes numeri Psallentium, nunc eo, qui olim obtinuit, multo minoris, statuimus, sufficere, feriatis diebus ut solummodo cantetur Missa major; item ad Vesperas *Magnificat*, et post Completorium Antiphona de *Beata* dicantur cum cantu; caetera Officii submissa voce recitentur. Porro, si Exequiae occurrant vel etiam Memoriae defunctorum solennes, Missa major erit de *Requiem*, et conventualis de Feria poterit legi ad *Primam*. Dominicis et festis fori diebus Clerici, Seminarii alumni, choralibus induti chorum adjuvabunt, et totum Officium cantabitur, Matutino excepto, quod recitari sufficiet. Sed in solennitate Nativitatis Domini et Resurrectionis J. C. etiam Matutinum cantabitur; item triduo ante Pascha, ad ritum et modos sacelli Sixtini Romani.

25. Populum, imprimis mulieres durante Officio in chorum, prout hactenus factum fuit, admitti, ut puriori disciplinae et Canonum sanctioni contrarium, omnino inhibemus. Curabimus, ut in navi Ecclesiae, item in circuitu chori et in sacellis populo subsellia, quae sufficiant, ponantur. Si ad solemnitates extra ordinem occurrentes Magistratus sint invitandi, his locus in choro, sed separatus a Clero, paretur.

26. Ecclesiae Metropolitanae Vicarios octo instituimus eos, quorum nomina decreto de Vicariis hodie dato con-

tinentur. Monemus, ut pia mente, alacri animo adeant officium suum; quo si recte, strenue, graviter et devote fuerint functi, vitamque gesserint sacerdotali fastigio dignam, persuasi sunto, Nos ipsorum curam specialem paterno animo gessuros esse. Simili modo Aedituum majorem, Organarium, Magistrum musices, chori Praefectum, Psalteristas et Officiales reliquos instituimus, ad decreta ea de re hodierno die data Nos referentes.

27. Canonici Numerarii, Canonici Honorarii et Vicarii ascendent secundum senium, quilibet in ordine suo; ordines autem separati sunto, nec Honorarius transeat ad Numerarios jure expectativae. Numerarii vero in officio Theologi i. e. Concionatoris, item in officio Parochi successores non decimum, sed octavum occupabunt sui ordinis locum, inde cum caeteris senium ascensuri.

28. Annus gratiae locum non habebit, sed Capitularium et Vicariorum defunctorum haeredes funeralium titulo continuabunt omnium redituum perceptionem per nonaginta proximos post decessum dies; id quod etiam valebit de Archiepiscopatu, nisi quod Archiepiscopi defuncti haeredes careant quarta redituum parte in remunerationem Vicarii Capitularis convertenda.

29. Si post tres menses elapsos i. e. emenso funeralium dierum spatio provisus non adsit, quibus oportet requisitis ad capiendam possessionem instructus, reditus Praebendae vacantis pro parte dimidia cedent Ecclesiae Metropolitanae in paramenta comparanda; residuum accrescat aerario distributionum et in census annuos elocetur; Vicariarum autem vacantium reditus inter Vicarios dividuntor.

30. Sede Archiepiscopali vacante, si non adsit Coadjutor cum spe canonice electus et confirmatus, Capitulum intra octiduum Vicarium Capitularem eliget seu Administratorem, personam Gubernio gratam, qui extemplo palatium Archiepiscopale inhabitet, aedificii servandi causa. Palatii usus ne cui alio quocumque titulo concedatur. Vicarius salarii loco quadrantem redituum Archiepiscopalium percipiet, prout dictum est paragrapho praecedenti.

31. Reditus mensae Archiepiscopalis vacantis administrabuntor a Capitulo, et finitis nonaginta funeralium diebus Capitulum ex iis quadrantem percipiet toto tempore Sedis vacantis; quod restat, totius dimidium, asservetur ad expensas in electione faciendas, et cedat Archiepiscopo successori in expensas Bullarum et Introitus.

32. Capitulum, ut primùm decessum Archiepiscopi Pontifici et Regi nuntiaverit, de electione cogitabit intra canonicum tempus facienda; qua in re observentur, quae

jure communi sancita et quae per literas „*De salute animarum*“ scriptas statuta sunt. Insuper vero cordi habeantur, quae felicis recordationis Summus Pontifex Pius VII. de electione facienda Capitulis Ecclesiarum regni Borussiae mandavit per Breve epistolare, quod hodie traditurí sumus.

33. Capituli Metropolitani, item Cleri secundarii et Ecclesiae majoris reditus annui praestabuntur tum ex bonis propriis, tum ex aerario Regio ad eam summam, quae literis „*De salute animarum*“ nuncupatis expressa et ulteriori decreto Regio definita est; cujus decreti Copia authentica Capitulo suo tempore communicabitur. Anno, qui dictis literis Pontificiis praefinitus est, redituum ex aerario numerandorum commutatio in census silvis publicis imponendos fiet.

34. Harum omnium pecuniarum administratio et cura spectabit ad Capitulum. Quatuor igitur instituantur aeraria capitularia, sub regimine Capituli a quaestore vel quaestoribus ex gremio deputandis administranda:

Primum: *Praebendarum et distributionum* ex quo Clerus cathedralis eos, quos denominatio indicat, reditus recipiat;

Secundum: *Fundationum piarum*, quod ad memorias, anniversaria, eleëmosynas, aliasque fundationes pias pertinet;

Tertium: *Summae aedis*, quo Officialium minorum salaria, sumtus in rem divinam faciendi, in specie musica sacra et ipsius templi fabrica spectant;

Quartum denique: *Fabricae capitularis*, quo pecunia pertinet, quae aedibus Cleri Metropolitani sartis tectis custodiendis destinata est.

Capitulum vero singulis annis Archiepiscopo, item Sede vacante Vicario administratori administrationis suae rationem reddet.

35. Denique mandamus, ut omnia, quae de Capituli Metropolitani juribus et officiis hac constitutione a Nobis comprehensa sunt, vel alias ad ipsius procurationem utilitatemque spectent, per Statutum capitulare infra annum a Capitulo condendum Nobisque exhibendum accuratius definiantur.

Hac Capituli Nostri instauratione perfecta Vos appellamus fratres, in partem sollicitudinis vocati, Praeposite, Decane, Canonici dignissimi, dilectissimi! Si quo alio unquam, hoc potissimum tempore utrique rei publicae ducibus ac magistris opus erat probis, piis, justis, castis, strenuis, solertibus, providis et circumspectis. Societati enim radicitus concussae et imis compagibus solutae, si numinis auxilium excipias, salus inveniri nequit, nisi quae his quas indicavimus virtutibus sit comprehensa. Ergo

vigilate animis et totis adeste viribus, nequid Nostri laboris et operis nunc Ecclesia desideret. Fervor autem, qui non sit sapientiae, prudentiae, caritati, patientiae conjunctus, non solum parum proficiet, sed etiam multum noceat necesse est.

Denique hoc perpendamus: Ecclesiae cujuscumque restitutionem, in temporalibus factam, utut ea solida sit et ampla, et in iis, qui fecere, summis laudibus praedicanda, per semetipsam parum habere valoris et virium, nisi rore caelestis gratiae foecundetur. Quod enim hominum manibus collatum est, iisdem auferri potest, neque divitiis et praebendis regnum Dei consistit, sed fide, spe, caritate et operibus justitiae. Quare aevi hujus donis ita utamur, ne transitura sectantes amittamus sempiterna. Contra toti in eo simus, ut quae ad veram religionem pertinent animis inserendam; quae cultum divinum respiciunt caste, pie, decenter subeundum; quae verbi divini praedicationem spectant puram, lucidam, suavem, simplicem et gravem, quae mores concernunt; in melius componendos tandem quae orationem, contemplationem aliaque sapiunt exercitia pietatis, quibus vita christiana carere non potest: haec ipsi colamus strenui, haec commendemus fratribus, quibuscum Nobis gregis cura communis est, haec offeramus populo dilecto; et imprimis juventutem christianam hujuscemodi instruamus praeceptis et exemplis. Plura de his rebus alio loco dicturi nunc gratias agamus Deo de opere hoc feliciter peracto, simulque pia vota faciamus pro Rege, pro Summo Pontifice, pro benefactoribus et pro hujus Ecclesiae Coloniensis incolumitate.

Datum Coloniae die prima mensis Maji anno post Christum natum millesimo octingentesimo vigesimo quinto, Archiepiscopatus Nostri anno primo.

(sign.) Ferdinandus Augustus Spiegel, Comes de Desenberg, Archiepiscopus Coloniensis, qua Subdelegatus Apostolicus ad causam Coloniensem.

Placitum Regium.

Vorstehende, von dem Hochwürdigsten Herrn Erzbischofe von Köln, Grafen Ferdinand August Spiegel zum Desenberg, vollzogene, in lateinischer Sprache verfaßte Urkunde de dato Köln den 1. Mai 1825, die nach der Begrüßung mit den Worten anhebt: „Quidquid ei, quam aetas nostras tulit, sacrorum persecutioni“ und mit den Worten schließt: „Ecclesiae Coloniensis incolumitate,“

wodurch gedachter Herr Erzbischof in Vollmacht des päpstlichen Delegaten, Herrn Fürstbischofs von Ermland, Prinzen von Hohenzollern Durchlaucht, nach Vorschrift der von des Königs Majestät allerhöchst angenommenen und aus landesherrlicher Macht bestätigten Bulle „De salute animarum“ das Metropolitankapitel zu Köln wiederherstellt und einsetzt, wird ihrem ganzen Inhalte nach hierdurch von Staatswegen genehmigt, mit Vorbehalt aller dem Staats-Oberhaupte gebührenden Rechte, sowohl was die Mitwirkung zur Besetzung der Stellen, als was die Oberaufsicht über die Vermögens-Verwaltung, die Approbation der zukünftigen Statuten und überhaupt alle Kapitels-Angelegenheiten betrifft.

Gegeben zu Berlin den 6. Mai 1825.

Kraft besondern, durch die Königliche Allerhöchste Kabinetsordre vom 23. August 1821 ertheilten Auftrags

Der Königliche wirkliche Geheime Staatsminister, Minister der Geistlichen-, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, auch des rothen Adler-Ordens erster Klasse mit Eichenlaub und eisernen Kreuzes Ritter

(gez.) **Karl Freiherr von Stein zum Altenstein.**

II.

S t a t u t a

Capituli Ecclesiae Metropolitanae Coloniensis.

Statuta Capituli edituri rem unam eamque gravissimam haud obliviscamur, immo semper contemplemur animisque nostris impressam habeamus, necesse est; quae quidem quamquam in omnibus rebus agendis vigere ac praelucere debeat, atque omnibus consiliis et institutis vim auctoritatemque tribuat, Statutis tamen non videtur comprehendi posse.

Haec in animi nostri erga Deum sanctamque suam Ecclesiam pietate sita est, quam Ferdinandus Augustus, Reverendissimus Archiepiscopus noster, in Restitutionis diplomate, prima mensis Maji anno MDCCCXXV. publicato, quam egregie nobis proposuit. Tristissimorum temporum et iniquarum vexationum testes ipsi fuimus, animis afflictis, quod hominum perversitas religionisque oblivio et neglectus quidam flagellum Dei excitaverant. Quae non modo praeteriisse, sed laetiora etiam tempora divina clementia et misericordia reducta esse, quum, ut debemus, gratias Deo agimus, nos, qui, quantumvis nec viribus nostris nec meritis conspicui, in partem sollicitudinis administrandae Ecclesiae vocati sumus, omni cura, diligentia, studio, labore enitamur oportet, ut defendatur atque augeatur antiquae nostrae Ecclesiae Metropolitanae Coloniensis vera gloria atque dignitas, non in alia qua re, nisi in fidei firmitate et vitae sanctitate quaerenda.

Itaque summam nostram laudem putemus esse in honestis, qui Clericos decent, moribus positam. Fidelibus quum sancta, tum vero imprimis casta vita et devotionis candore exemplo simus atque aedificationi, et quemadmodum nec in nobismetipsis, ita neque in Vicariis, qui nobis in chori servitio et caeteris rebus sacris adjuncti sunt, neque in reliquis Officialibus Ecclesiae nostrae quidquam patiamur, quod vel hoc saeculum sapiat, vel fideles offendat. Presbyteri juniores a nobis discant religionis studium una cum gravitate, mode-

ratione atque prudentia; scientiarum ac praecipue literarum sacrarum cultum, cui juncta sit modestiae et comitatis ex caritate non ficta suavitas; in agendis rebus strenuitatem, in adversis patientiam, sinceram erga rempublicam fidelitatem, in omnibus amorem Dei, obedientiam et reverentiam quum erga sanctam Ecclesiam catholicam, tum erga Reverendissimum Archiepiscopum nostrum, qui jure suo (in restit. diplom. §. 18.) in negotiis Ecclesiae, ubi id ipsi videbitur, operam fidelem et alacrem praestandam a nobis postulavit.

Denique suppressis nunc et abrogatis pristini Capituli juribus et praerogativis (rest. dipl. §. 1.), vanam hujus saeculi gloriam, quae mentem a Deo avocat, animum obcaecat, atque innumerabilium in terris jam fuit origo malorum in detrimentum Ecclesiae Dei, non modo non affectemus, sed humilitati potius, quae cunctarum virtutum radix censeri potest atque fundamentum, imprimis studeamus eaque sola quaeramus, quae sunt Domini nostri Jesu Christi. Quod si haec mens nostra atque voluntas erit, et facilia nobis esse videbuntur et veram Ecclesiae utilitatem ea promovebunt, quae jam sumus tam ex Bulla ***De salute animarum***, quam ex ***Restitutionis diplomate*** supra laudato, atque experientia nostra de Officio divino, de administratione bonorum, aliisque rebus servandis breviter expositiri:

§. 1. Ut res omnes certo ordine et accurate absque nimia singulorum molestia peragantur, officia quidem in universum ita sunt dispertita, ut res, quae ad Capitulum spectant, Praeposito curandae sint, Decano autem quum rerum sacrarum cura, tum chori servitii eorumque incumbat, quae Cleri secundarii et Officialium Ecclesiae Metropolitanae respiciunt vitam ac mores (rest. dipl. §. 11.); porro ut uni e Capitularibus praeter Canonicatum Parochia Ecclesiae Metropolitanae delata sit (rest. dipl. §. 6 et 9.), alteri Theologi seu Concionatoris, ac tertio Poenitentiarii majoris munus (rest. dipl. §. 12.) demandatum; ut tamen singuli et rebus quam optime gerendis administrandisque et constitutis diligenter exequendis invigilemus, res ipsa postulat et status nostri ratio suadet. Quum itaque Praepositi impediti vel absentis vices Decanus, eoque ipso impedito vel absente Canonicus primus, vel qui hunc ordine sequitur, debeat gerere, Decani vero impediti vel absentis officium Parocho Ecclesiae Metropolitanae subeundum sit (rest. dipl. §. 11.): ad suscipienda haec officia is, quem ordo designat, sit paratissimus, nec quisquam vel Poenitentiarii vel Theologi impediti aut absentis vice fungi recuset.

§. 2. Ut et ***chori servitium*** et ***res divinae parochiales*** decenter, ornate et graviter celebrentur, quo pietatis sensus excitentur et alantur, praecipua sit cura nostra; ac tantum absit, ut vel a rebus parochia

libus, quasi nobis essent alienae, vel ab alia qua re divina melius constituta abhorreamus, ut, id quod Sanctissimus Dominus noster P. P. Pius VII. p. m. in Bulla „*De salute animarum*" praecepit, novo et circumstantiis magis accommodato quotidiano servitio ita studeamus, ut Ecclesia nostra Metropolitana in celebrandis rebus sacris caeteris Archidioecesis ecclesiis exemplum praebeat, quod imitentur. Quae de parochiae cultu divino praefinienda sibi reservavit Reverendissimus Archiepiscopus noster (rest. dipl. §. 9.), ea diligenter et religiose exsequemur; chori vero servitium in hunc modum habeatur:

§. 3. ***Matutinum*** cum ***Laudibus***, quod in universum per annum recitatur, singulis diebus audita ***hora sexta*** matutina, et tempore precum quadraginta horarum incipiat ***hora quinta***; at in solemnitate Nativitatis D. N. J. C. ***hora quarta***, et in Festo Resurrectionis dominicae ***hora quinta*** initium fiat et cantetur. Triduo ante Pascha immediate post ***Completorium*** praecedentis diei ***recitetur***, atque ***solae lectiones primi Nocturni cantentur*** (rest. dipl. §. 24.).

§. 4. Dominicis et festis fori diebus, quibus solis totum ***reliquum Officium cantandum*** est, ***Prima*** inchoatur ***quadrante post horam nonam***, caeteris autem diebus, quibus una cum reliquis Horis canonicis ***recitatur*** (rest. dipl. §. 24.), ***hora nona***. Singulis Feriis mox recitata ***Tertia***, dominicis autem et festis fori diebus cantata demum ***Sexta*** celebretur ***Missa conventualis***, quae omnino ***cantabitur*** (rest. dipl. §. 24.), eamque sequatur ***Nona***: quibus diebus dominicis per Ecclesiam aspersione facta more solito, et in Caeremoniali Episcoporum lib. II. cap. 31. circa finem uberius exposito, fit processio, Acolythis, Ceroferariis et Thuriferis cum Cruce praecedentibus, et aspergitur populus succinente choro Responsorium: ***Tria sunt munera***, tempore autem paschali Antiphonas: ***Vidi aquam***, et ***Cum Rex gloriae***.

§. 5. ***Sanctissimi Sacramenti expositio*** ne fiat, nisi in Festo Ss. Corporis Christi et per Octavam, diebus precum et quadraginta et tredecim horarum (rest. dipl. §. 23.) atque ex fundatione denique singula Feria quinta; qua quidem Feria Missa de Venerabili celebretur, excepta tamen Feria quinta hebdomadis majoris. Ubi dies in foro festivus inciderit in Feriam quintam, Missa de Venerabili celebretur Feria sexta sequente.

§. 6. His Feriis quintis Missa conventualis legatur inter Horas minores, quibus recitatis illa Missa major de Venerabili cantetur per Hebdomadarium praecedentem. Diebus pariter S. Marci et Rogationum, dum recitantur Horae minores, legatur Missa conventualis, qua finita recitataque Nona fiat processio per Ecclesiam modo in Caeremoniali Episcoporum lib. II. cap. 32. praefinito, et Missam solemnem

cantent Praepositus et Decanus alternantes. Quoties denique per annum occurrunt vel exequiae, vel memoriae defunctorum a Capitulo celebrandae, Missa conventualis legatur inter Horas minores, quibus absolutis cantetur Missa de *Requiem* (rest. dipl. §. 24.); quod idem servetur die Commemorationis omnium defunctorum et quo die erunt exequiae solemniores pro defunctis vel Summo Pontifice, vel Archiepiscopo, vel Praelato, vel Canonico celebrandae, nisi quod his diebus Horae minores incipiantur quadrante ante horam decimam. Caeterum dum absolvitur chori Officium, neque ad altare majus, neque ad minora in choro legatur Missa, atque in universum Praelati et Canonici, si Missam ad altare majus legere maluerint, in eo per Vicarios nullo modo impediantur.

§. 7. Singulis annis infra Octavam omnium Sanctorum die libera celebretur *Anniversarium solemne pro omnibus benefactoribus et fundatoribus*, quorum fundationes temporum injuria perierunt.

§. 8. *Vesperae* incipiant *hora tertia* pomeridiana. Eas continuo sequatur *Completorium*, nisi quod in summis festivitatibus, quibus vel Archiepiscopus, vel Praelati officium peragunt, nec non in Festo Purificationis B. M. V. *hora quinta* incipiat, exceptis tamen et Circumcisionis Festo, quo post Vesperas hora consueta habeatur, et Ss. Corporis Christi festivitate, qua Vesperae cum Completorio *hora media quinta* erunt incipiendae. Diebus ferialibus ad Vesperas solum Canticum „*Magnificat*", et ad Completorium Antiphona de *Beata cantetur*, cantumque comitetur organum, servatis tamen, quae in Caeremoniali Episcoporum lib. I. cap. 28. *de diversis temporibus* monita sunt. Pridie Commemorationis omnium defunctorum post Vesperas recitetur Officium defunctorum. Denique diebus dominicis et fori festis Completorium coram exposito sanctissimo Sacramento cantandum est (rest. dipl. §. 23.)

§. 9. Toto tempore quadragesimali, diebus dominicis exceptis, absolutis demum Horis minoribus cantetur Missa conventualis, eamque continuo sequantur Vesperae.

§. 10. Festivitates, quibus sibi Reverendissimus Archiepiscopus noster excepit Missam solemniter in Pontificalibus celebrare, sunt quae sequuntur:

1) Festum Epiphaniae,
2) Paschatis,
3) Pentecostes,
4) SS. Apostolorum Petri et Pauli,
5) omnium Sanctorum,
6) Nativitatis D. N. J. C. et
7) Coenae Domini,

quibus Festis reliquum Officium fiat a Praeposito, qui idem, Coena Domini excepta, celebret, si Archiepiscopus fuerit impeditus.

§. 11. *Praepositi* Festa sunto:

1) Festum Ss. Corporis Christi, et

2) Conceptionis B. M. V.;

idemque Missam solemnem in nocte Nativitatis Domini celebret.

Decanus Officium peragat et Missam celebret his Festis:

1) Circumcisionis, et

2) Ascensionis Domini,

3) Annuntiationis,

4) Assumtionis, et

5) Nativitatis B. M. V.,

6) Dedicationis Ecclesiae Metropolitanae,

7) S. Stephani Protomartyris,

8) Feria secunda et Paschatis, et

9) Pentecostes.

Praepositi impediti vicibus fungatur Decanus, Decani vero Canonicus ordine primus (conf. §. 1.).

§. 12. Episcopus Suffraganeus et Vicarius in Pontificalibus Generalis in Pontificalibus celebrabit, quotiescumque Reverendissimus Archiepiscopus vel impeditus vel absens id ipsi commiserit, praeterea in

Festo Purificationis B. M. V., et

Dominica Palmarum,

quibus diebus praeter Officium etiam candelarum et palmarum benedictionem ritu in Caeremoniali Episcoporum lib II. cap. 16. et 21. praefinito, nec non in

Vigiliis Paschatis, et

Pentecostes

fontis baptismalis benedictionem more solito et in Caeremoniali Episcoporum lib. II. cap. 27. uberius exposito conficiat. Ipso impedito vel absente Parochus has benedictiones ritu lib. citato cap. 17. et 28. praescripto perficiat, eoque impedito vel absente Hebdomadarius.

§. 13. Singulis caeteris diebus *Hebdomadarius* summum sacrum pro benefactoribus Archidioecesis celebret; idem diebus dominicis et festivis *primae et secundae classis* Horas minores, Vesperas et Completorium inchoët et in universum Officiantis partes agat; reliquis vero diebus ipsius officium in choro unus e Vicariis expleat. Alternis vicibus singuli et soli Canonici Hebdomadarii munus vel ipsi vel per alium Canonicum subeant.

§. 14. Quotiescumque Reverendissimus Archiepiscopus vel celebrabit summum sacrum vel sacro officio interierit, serventur ea, quae

in Caeremoniali Episcoporum de hac re occurrunt, praesertim quae lib. I. cap. 7., 8., 9., 10. et 11. *de Assistentia*, cap. 26. *de supplendis vicibus Canonicorum*, cap. 28. *de Organo*, nec non quae lib. II. cap. 8. et 9. *de Episcopo vel celebrante vel non celebrante* notata sunt.

§. 15. Celebranti Praeposito et Decano atque Hebdomadario, etiam diebus quidem dominicis et festivis *primae et secundae classis*, unus e Vicariis, Suffraganeo autem pontificaliter celebranti Protovicarius assistat, iisdemque duo alii Vicarii Diaconi et Subdiaconi officia praestent. Praelato vel Canonico, qui vel inter Vesperas altare incensabit, vel in Completorio Sanctissimum ad altare apportabit et data benedictione reportabit, similiter Vicariorum unus assistat. Hebdomadarius festis duplicibus, semiduplicibus et diebus ferialibus celebrabit sine assistentia.

§. 16. De incensatione facienda diebus dominicis et festivis *primae et secundae classis* tam in Missa post Offertorium, quam inter Vesperas, dum cantatur *Magnificat*, ac de pace danda observentur, quae in Caeremoniali Episcoporum lib. I. cap. 23. et 24. praefinita usuque jam sunt recepta.

§. 17. Processio in festivitate Ss. Corporis Christi pariter fiat ritu in Caeremoniali Episcoporum lib. II. cap. 33. exposito, justo tamen eorum respectu habito, quae jam sunt in consuetudinem adducta.

§. 18. Tam Canonici, quam Vicarii, atque in primis Poenitentiarius major praesto sint *ad audiendos*, quotiescumque aderunt, *peccata confitentes*, et tam diebus dominicis et festivis mane ante summum sacrum, quam pridie vel ante vel post Vesperas quisque, nisi alio sit negotio jam suscepto vel alioquin legitime impeditus et excusatus, adesto in sede sibi assignata vel assignanda.

§. 19. Diebus dominicis et festivis hora consueta *concio* habebitur ad populum, cujus rei cura Theologo incumbet, attamen tam Canonici quam Vicarii officia sua libenter praestabunt, atque omnino fidelium institutioni diligenter operam dabunt (rest. dipl. in fine).

§. 20. *Psalteristae sex*, qui instituti sunt, ut in solemnitatibus praestentur officia minora et quo gravius agatur chori servitium (rest. dipl. §. 26.), sint vocibus sonoris instructi et in cantu Gregoriano apprime versati. Eorum vita moresque diligenter a Decano et duobus Canonicis a Capitulo speciatim deputatis prius examinandi sunt, quam admittantur. Singulis diebus Horis minoribus Missae conventuali Vesperis et Completorio intersint omnes.

§. 21. Eligantur octo *chori ministri minores* seu *Vicarioli*, pueri novem aut decem annorum a probis parentibus nati, artis legendi et scribendi periti. Examinati per Decanum et duos Canonicos speciatim

deputatos a Capitulo recipiuntur sicuti Psalteristae. Singulis diebus saltem bini totius diei Officio intersint, diebus dominicis autem et festivis *primae et secundae classis* et, quotiescumque id opus erit, omnes adsint ad officia sua parati. In cantu Gregoriano eos exercebit *Magister Psalteristarum* vel e Vicariis vel e Psalteristis designandus.

§. 22. Diebus dominicis et festivis *Seminarii alumni* quaterni et amplius Acolythorum munia obibunt, Horis minoribus, summo sacro, Vesperis et Completorio intererunt saltem octoni cum choro cantaturi, atque in summis festivitatibus saltem deni Ceroferarios agent (rest. dipl. §. 24.).

§. 23. Ne populus inter officium in chorum irruat, et ut imprimis mulieres a choro arceantur (rest. dipl. §. 25.), *duo Apparitores* constituantur proceritate bonoque corporis habitu eminentes. Iidem in Ecclesia omnem tumultum inhibeant, hominum irreligiosorum petulantiam et irreverentiam coërceant, processiones in Ecclesia faciendas praecedant, singulis Clericis chorum intrantibus viam pandant, atque Praelatos et Canonicos ad locum suum singulos ducant.

§. 24. Quibus officiis ut satisfiat, primum est, ut et Praelati et Canonici Numerarii apud Ecclesiam Metropolitanam *resideant*, atque rebus divinis, praesertim Missarum solemniis, intersint quotidie (rest. dipl. §. 18.) rite, pie et attente vel orantes vel cantantes, vestibus induti, quas S. S. D. N. Leo XII. p. m. die 9. Decembris 1825 deferre nobis clementer concessit; neque vero insigne aureum, quo nos ornare Clementissimo Regi nostro placuit (rest. dipl. §. 13.), supra eas vestes portetur.

§. 25. *Canonici Honorarii ad residentiam quidem non sunt obligati* (Bulla: *De salute animarum* sub verbis: *Singulis profecto*), tamen quotiescumque per annum volent, rebus sacris in stallo sibi assignato interesse poterunt, iisdem quibus caeteri Canonici vestibus induti, et pariter sine insigni aureo, quo et ipsi ornati sunt.

§. 26. Similiter *Vicarii* apud Ecclesiam Metropolitanam *residere* tenentur; singulis Horis statutis chori servitio quotidie accurate intersint, munera commissa diligenter et alacriter expleant, et quum Praelatis et Canonicis reverentiam atque in rebus sacris agendis obedientiam praestent, tum vero Parochum in animarum cura officioque parochiali adjuvent. In officiis ecclesiasticis chorique servitio induti sint veste talari lanea limboque collari nigri coloris cum fimbriis et superpelliceo.

§. 27. Praelatis et Canonicis singulo anno menses tres, Vicariis duos sive continuos sive interruptos *liceat singulis* abesse (Conc. Trid. sess. 24. cap. 12. de ref.), ut ita Praelati et Canonici novem, Vicarii

decem mensium residentia quum Praebendae reditus, tum quotidianas distributiones, si reliquo anni tempore horis statutis Officio divino exacte interfuerint, singuli lucrentur. At fundationum, quibus tempore absentiae satisfactum fuerit, absentes non participent reditus.

§. 28. Ne vero quis absit diebus quum maxime solemnibus, tum iis, quibus Reverendissimus Archiepiscopus sit in Pontificalibus celebraturus, et ne vel Canonici, vel Praelati, vel Vicarii ultra tertiam partem uno eodemque tempore absint, quantum fieri poterit, cavendum est. Itaque sint semper tam Praelatorum et Canonicorum, quam Vicariorum duae tertiae partes ad Ecclesiam residentes. Qui Praelatus, Canonicus vel Vicarius ultra hebdomadam abesse voluerit, propositum suum Reverendissimo Archiepiscopo et Capituli Praesidi patefaciat; qui vero administrationis ecclesiasticae munus aliquod simul in se suscepit, licentiam ab Archiepiscopo, vel pro re nata a Vicario Generali petat, quoties tres pluresve dies abesse intenderit. Vicarius, qui in administranda parochia Capellani vices agit, eam licentiam a Parocho petat, ubi tres pluresve dies abesse voluerit. Tam Parochus, quam Poenitentiarius major et Theologus curabit, ut vel Canonicorum vel Vicariorum quis absentis sui vicibus fungatur.

§. 29. *Ad constituendas distributiones* singulo anno et Praepositus et Decanus ducentenos, Canonici vero centenos thaleros ad aerarium distributionum singuli conferant (rest. dipl. §. 19.). *Quae distributiones* vel *ordinariae et quotidianae*, vel *extraordinariae* sunto, atque erogentur ratione instituta in computo sub littera A. adjecto.

§. 30. Pariter Vicarii aerarium distributionum sibi constituant, ad quod singuli per annum conferant thaleros vicenos, et distributiones percipiant ratione in computo sub littera B. instituto.

§. 31. Distributionum particeps ne fiat, nisi qui loco et habitu, quo decet, in *Matutino* adsit ante absolutum Psalmum *Venite, exultemus*, in *Missa conventuali* ante finitum ultimum *Kyrie*, et in *Vesperis* ante finitum *Psalmum primum*, atque permaneat usque ad finem Officii divini, nisi legitima causa avocetur (rest. dipl. §. 20.). Huic rei invigilet Decanus vel ipse vel per alium.

§. 32. Portiones vel Praelatorum vel Canonicorum, qui absque canonica causa abfuerint, non obveniant praesentibus, sed quoties ad thaleros ducentos accreverint, fenore occupentur, quod fenus distributionibus quotidianis accedat (rest. dipl. §. 20.). Vicariorum, qui sine causa canonica abfuerint, inter praesentes distribuantur portiones.

§. 33. *Legitime impediti* censentur:

1) qui in administrandis rebus ecclesiasticis vel Archiepiscopi vel Capituli legatione sive intra sive extra civitatem funguntur.

2) qui sive in urbe sive extra urbem morbo correptus, ve praecipiente medico sese domi continere debet, vel propter aëris insalubritatem sine periculo vel gravi damno Ecclesiam aliquod tempus intrare nequit, idque per decem dies post primum foras egressum;
3) Parochus Ecclesiae Metropolitanae et Vicarii cooperatores, si eodem tempore, quo chori servitium peragitur, vel administratione sacramentorum, vel aliis occupantur functionibus parochialibus non differendis;
4) Poenitentiarius major, qui tempore Officii divini confessiones in Ecclesia Metropolitana excipit (rest. dipl. §. 20).

Praeterea Matutino Laudibusque abesse Jubilariis, Hebdomadario, iisque liceat, qui Missam solemnem in Ecclesia Metropolitana sunt celebraturi. Quo quis die concionem in Ecclesia Metropolitana habebit, eo ipsi et Vesperis et Completorio, et Catechistae denique secundis Vesperis diebus dominicis, quibus pueros instituet, abesse liceat.

§. 34. *Administrationis omnium bonorum* ac *redituum* tam Ecclesiae Metropolitanae, quam Capituli curam cum Praeposito communicent *tres Canonici aediles* singulo triennio capitulariter vel eligendi vel confirmandi. Iisdem adjungatur *Quaestor* laicus. Tam in deliberandis quam administrandis rebus Praepositus Praesidis vice fungatur (rest. dipl. §. 34.).

§. 35. Quaestor omnium bonorum, pecuniarum redituumque Capituli et Ecclesiae Metropolitanae accuratum inventarium ex legibus publicis conficiat, atque in indice anniversarias memorias aliasque pias fundationes digerat; curet, ut separata maneant constituta aeraria quatuor:

1) Praebendarum et distributionum,
2) fundationum piarum,
3) summae aedis, et
4) fabricae capitularis (rest. dipl. §. 34.), eorumque singulae rationes;

omnes reditus, qui haec aeraria constituunt, percipiat; expensas in rem divinam faciendas et stipendium pro impletis piis fundationibus solvendum non nisi mandantibus Praeposito et Canonicis aedilibus solvat, atque singulis annis, et quoties postulatum fuerit, expensorum et acceptorum rationem reddat; in rebus litigiosis in judicio se sistat, debitores de pecunia debita appellet, et literas denique quascumque sive judiciales sive extrajudiciales legitime perscribendas curet. Pro salario accipiet vigesimam partem redituum exactorum, iis pecuniis

exceptis, quae pro dotatione Capituli ex aerario publico adhuc solvi consueverunt, atque haec ea tamen conditione, ut per literas publicas a tabellione perscriptas summa mille thalerorum borussicorum caveat.

§. 36. Quibus rebus omnibus accurate agendis Praepositus et Canonici aediles studeant cum diligentia. Sortis renumeratae apocha scripta saltem a tribus Canonicis aedilibus subscribatur, atque ejusmodi pecuniae summam acceptam quidem referat Quaestor, neque vero domi suae reponat, sed deponat in cistam ferream in domo pastorali positam, donec denuo fenori detur. Cujus quidem cistae claves arte fabrili diverse structae asservabuntur una a Praeposito et duae alterae a duobus Canonicis aedilibus. Capitulum singulis annis Reverendissimo Archiepiscopo vel sede vacante Vicario administratori accuratam rationem reddet administrationis suae (rest. dipl. §. 34.).

§. 37. Ut Praepositi levetur rerum temporalium Capituli cura, capitulariter eligetur *Canonicus thesaurarius*, qui rebus pretiosis, supellectilibus, vasis, paramentis et linteaminibus Ecclesiae custodiendis, Ecclesiae sacristiae, altaribus, sacris vasis, ornamentis omnibusque supellectilibus vel mundandis vel resarciendis invigilet, harumque rerum inventarium perscribat singulo anno explendum. Quicumque Canonicorum animadverterit, vel deesse aliquid vel minus diligenter ab aedituo vel ab aliis ministris res agi, servari, aut mundari solere, id eidem thesaurario significet, tametsi hi omnes singulo Canonico reverentiam debeant et obsequium.

§. 38. Canonico vel Vicario domum capitularem sibi assignatam, quam inhabitare noluerit, locare cum Capituli consensu liceat, quodvis vero damnum ex hac locatione et conductione oriundum Canonicus vel Vicarius ipse praestabit ejusve haeredes, neque ex ea Capitulo cum conductore causa aliqua fiat communis. Domo capitulari per obitum alicujus Canonici vel ex alia causa vacante, optio detur Canonicis ordine, domo pastorali excepta, quae soli Parocho est destinata. Vacante domo aliqua Vicariorum idem observetur.

§. 39. Omnia Capituli documenta, diplomata, literaeque omnes, quibus agitur de rebus Capituli, in Archivum deponantur, nec cui quidquam sine Capituli consensu atque literis, quibus ille se documentum accepisse quoddam sit testatus, exhibeatur. Claves Archivi a Praeposito et ab uno Canonicorum aedilium asserventur, quorum itaque si quis urbe exeat, clavem sibi concreditam alii Canonico aedili tradat.

§. 40. Reverendissimo Archiepiscopo vel periculose decumbente vel defuncto, habita et loci et temporum ratione, pie religioseque omnia serventur, quae in Ceremoniali Episcoporum lib. II. cap. 38.

praescripta sunt. Haec sola hoc loco monenda videntur, quod ei Ss. Sacramenta, nisi id ab alio fieri maluerit, a Praeposito, comitante universo civitatis Clero speciatim invitato, administrentur, et quod diu saltem unus, noctu vero bini Canonici vel in vestibulo, vel in ipso cubiculo praesto sint atque ad officia grata paratissimi. Iidem de morbo vel crescente vel remittente referant ad Capitulum, quod ut pro re nata preces pro recuperanda salute aegroti per Vicarium in Spiritualibus Generalem in Archidioecesi perscribendas curet. Funus civitati nuntiet sonus majoris campanae Ecclesiae Metropolitanae, quo sono audito et reliquarum ecclesiarum campanae omnes cieantur per integram horam: quod idem ternis vicibus singulo die videlicet tempore matutino, ad meridiem et ad vesperam in singulis civitatis ecclesiis fiat usque ad diem sepulturae. *Officium defunctorum* cantetur in Ecclesia Metropolitana, Missam solemnem de *Requiem* in Pontificalibus celebret Episcopus Suffraganeus tam in die sepulturae, quam in die exequiarum, quibus rebus sacris intersit totus civitatis Clerus veste talari, superpelliceo et limbo collari indutus.

§. 41. Obitum Archiepiscopi Capitulum sine mora significet Summo Pontifici, Augustissimo Regi et universo Clero Archidioecesis, atque mandet, ut in omnibus ecclesiis totius Archidioecesis pro defuncto Praesule fiant exequiae solemnes, et a quovis sacerdote in ipsius animae refrigerium Missa legatur.

§. 42. Sede Archiepiscopali vacante, si non aderit Coadjutor cum spe succedendi canonice electus et confirmatus, Capitulum intra octiduum inde a morte Archiepiscopi eliget *Vicarium Capitularem* seu *Administratorem*, virum Gubernio gratum, qui statim palatium Archiepiscopale inhabitabit, aedificii servandi causa, donec novus Archiepiscopus inthronizatus fuerit. Vicarius Capitularis pro salario percipiet quartam partem mensae Archiepiscopalis (rest. dipl. §. 30.). Reditus mensae Archiepiscopalis vacantis administrabit Capitulum, eorumque partem quartam, praeteritis nonaginta funeralium diebus, percipiet toto tempore Sedis vacantis; et quod restat, asservabitur ad expensas in electione faciendas cedatque Archiepiscopo successori pro expensis Bullarum et Introitus (rest. dipl. §. 31.).

§. 43. Capitulum per literas encyclicas preces, ut novi Antistitis electio feliciter peragatur, publicas per totam Archidioecesin indicet. Quae electio intra tres menses inde a die obitus Archiepiscopi quum modo instituatur per Canones praefinito, tum servatis iis, quae Sanctissimus Dominus Noster P. P. Pius VII. p. m. per literas Apostolicas de hac re ad Capitula Ecclesiarum regni Borussiae datas

praecepit [1], ad eamque Praelati et Canonici Numerarii Honorariique, sive absint sive sint praesentes, per speciales literas invitentur singuli.

§. 44. Augustissimum Regem perfecta electione Capitulum continuo rogabit, ut eam ratam habeat, atque sanctam Apostolicam Sedem, ut Electum confirmet.

§. 45. Tam Vicarii, quam Canonici et Praelati, nullo domicilii respectu habito, in circuitu Ecclesiae Metropolitanae, ad quam pertinent, habitare censentur.

Aegrotum Praelatum vel Canonicum, nisi is alium Praelatum vel Canonicum ipse elegerit, visitare, eidem Ss. sacramenta administrare et mortuum gratis sepelire, Parochi sit vel, eo impedito, Hebdomadarii; idem Parochus Vicarios, aegrotos visitet, iisdem sacramenta administret et mortuos gratis sepeliat. Ut quisquis aegroto confratri sine molestia pium solatium praebeat, mutuus amor postulat.

§. 46. De secuta morte Praelati vel Canonici Reverendissimum Archiepiscopum, Praelatos et Canonicos statim certiores is reddat, qui aegroto officia illa praestitit. In die sepulturae officium peragat Praepositus, ac die exequiarum Decanus; quodsi vero alter Praelatorum obierit, sacra funebria et sepulturae et exequiarum die alter perficiat. Praelati, Canonici Vicariique omnes habitu lugubri solito induti funus comitentur usque ad portam civitatis; solus Parochus, vel qui Canonicus aut Praelatus hoc officium in se susceperit, cum duobus Vicariis et minoribus Ecclesiae ministris, qui crucem, aquam benedictam, aspergillum et thuribulum praeferant, usque ad sepulcrum progrediatur et praescriptas preces benedictionesque persolvat. Tam Praelati, quam Canonici et Vicarii pro defuncto singuli Missam celebrent. Quod de arbitriis funeris vel Praelati vel Canonici a Capitulo specialiter conclusum est, id religiose servator.

§. 47. Quum annus gratiae non sit constitutus, haeredes vel Praelati vel Canonici defuncti percipient omnes reditus per nonaginta proximos post decessum dies funeralium titulo (rest. dipl. §. 28.), iidemque defuncti insigne capitulare aureum majus bene conservatum Capitulo restituant pro summa quinquaginta thalerorum borussicorum.

§. 48. Si post tres menses inde a die obitus nemini vel Praelatura vel Canonicatus fuerit delatus, usque ad diem possessionis vel per se ipsum vel per alium rite captae, dimidia pars redituum Praebendae vacantis cedet fabricae Ecclesiae Metropolitanae ad comparanda

---

[1]) Es ist das Breve: Quod de fidelium vom 16. Juli 1821 gemeint. Ich habe es in dem Archiv für kathol. Kirchenrecht Bd. VI, S. 169 abdrucken lassen. Vgl. auch Walter, Fontes Iuris eccles. S. 262.

paramenta aliave supellectilia, altera dimidia pars accrescet aerario distributionum fenore occupanda (rest. dipl. §. 29.).

§. 49. Vicario defuncto justa funebria peragat Parochus, iisque intersint Praelati, Canonici et reliqui Vicarii omnes; idem cum Vicariis funus comitetur usque ad portam civitatis et cum solis minoribus Ecclesiae ministris, quemadmodum superius (§. 46.) monitum est, progrediatur ad locum sepulturae praescriptas preces benedictionesque super tumbam absoluturus, nisi id Protovicario vel alii Vicario ordine primo comittere velit. Omnes Praelati, Canonici et Vicarii pro defuncto Vicario Missam celebrent.

§. 50. Defuncti Vicarii haeredes funeralium titulo omnes reditus per nonaginta proximos post decessum dies pariter percipient (rest. dipl. §. 28.); et si post tres menses de vacante Vicaria nondum provisum fuerit, reditus ejus inter Vicarios superstites dividentur inde a nonagesimo post obitum die usque ad diem rite captae possessionis (rest. dipl. §. 29.).

§. 51. Cui delata Praelatura est vel Canonicatus, is Praesidi Capituli exhibeat collationis documentum, quo probato die horaque praestitutis ad aulam capitularem accedat; in quam per Decanum et per Canonicum ordine primum vel per duos Canonicos ordine primos introducatur et Capitulo convocato praesentetur. Genuflexus versus crucem professionem fidei Pii IV. a Concilio Tridentino praescriptam emittat, ac promittat, se fideliter legitima statuta, ordinationes et decreta Capituli esse servaturum. Quo facto, a Praeposito vel Decano vel a Canonico ordine primo (§. 1) insignibus capitularibus ornetur, et per impositionem bireti in possessionem immittatur, atque ita investito sedes in Capitulo assignetur. Investitum Decanus et Canonicus ordine primus, vel duo Canonici ordine primi ad chorum reducant installandum, Praeposito et reliquis Canonicis subsequentibus. Brevi oratione in infimo gradu summi altaris inter comites genuflexus absoluta ascendit ad altare, quo deosculato descendit ducendus ad stallum suum in choro, in quo paulisper sedendo possessionem capit, assurgit, et Praelatis et Canonicis secundum ordinem dat pacem. Cantores interea, comitante organo, cantent Psalmum: *Ecce quam bonum*, praemissa Antiphona: *Unguentum in capite*, ex Pontificali Romano.

Post anni millesimi octingentesimi trigesimi primi Idus Quintiles nemo ad Dignitatis vel Praebendae possessionem admittetur, nisi qui susceptis majoribus sacris Ordinibus utilem Ecclesiae operam saltem per quinquennium navaverit, vel in animarum cura exercenda aut adjuvanda sese praestiterit, vel Theologiae aut sacrorum Canonum Professor extiterit, vel alicui in regno Borussico existenti Episcopo in

dioecesanae administrationis munere inservierit, vel demum sanctae Theologiae vel juris canonici doctoratus lauream in facultate literarum catholica rite impetraverit (rest. dipl. §. 15. et Bulla *De salute animarum*, sub verbis: *Dignitatum Canonicorum*).

§. 52. Praelati ante installationem centenos, Canonici Numerarii tricenos thaleros borussicos singuli solvant fabricae pro comparandis novis Ecclesiae ornamentis.

§. 53. Praefinito modo (§. 51.) pariter Vicarius introducatur, nisi quod, praetermissa investitura per bireti impositionem, post emissam professionem fidei promissamque reverentiam et obedientiam erga Praelatos et Canonicos a Decano ex aula in chorum deductus, praesentibus ibi reliquis Vicariis, tantummodo locus ipsi in choro assignetur.

§. 54. Quae omnia ut diligenter observentur, utque detegantur et instituantur, quae meliora esse videantur, cujusque nostrûm sit studium et cura, sed tamen haec communi consilio perpendantur et constituantur; atque res omnes, quae ad Capitulum spectant, capitulariter peragantur oportet. Itaque et *ordinariae* et *extraordinariae sessiones*, seu quae vocantur *capitula*, habeantur in aula capitulari, in quibus, nisi Reverendissimo Archiepiscopo adesse placuerit, praesidet Praepositus, pertractanda proponit, consultationes moderatur, sententias rogat incipiens a senioribus, res gestas et constitutas literis concipit vel scribenti dictat (cfr. §. 1 et rest. dipl. §. 11.). Iisdem soli Praelati et Canonici legitime introducti intersint, vestibus canonicalibus ecclesiasticis induti. Qui quidem adesse ita officio et religioni sibi ducant, ut communi causae rem suam atque propriam quisque postponat. Quapropter et vigeat, salvis tamen et modestiae et debitae reverentiae limitibus, sententiarum dicendarum libertas, atque liberum cuique sit, pertractata re a Praeside proposita, res eas exponere, quae esse deliberandae ipsi videantur.

§. 55. Singula Feria secunda primae hebdomadis singuli mensis per annum, in quam vero si incidat festum fori, die sequente sit *sessio ordinaria* recitata Nona.

§. 56. Singulo anno Feria secunda vel tertia hebdomadis sanctae post Vesperas habeatur *Capitulum generale*, a quo et Praelatorum et Canonicorum nemo absit, nisi justa et gravi causa impeditus. Praelegantur Statuta Capituli a Reverendissimo Archiepiscopo approbata; quae negligentia irrepserint, ea corrigantur; quae mutanda vel addenda videantur, mature demum deliberata mutentur vel addantur; atque in hac praecipue sessione quisque proferat, quae per annum animadverterit vel contra Ecclesiae utilitatem vel Capituli dignitatem esse facta. Si quis vel Vicariorum vel ministrorum Ecclesiae Metropolitanae sive

in officio suo, sive contra Statuta Capituli debitamque Capitularibus reverentiam gravius peccaverit, jus esto Decano vel sua sponte vel alio postulante eundem, consentiente tamen Capitulo, evocare et pro re nata in Capitulo vel monere, vel reprehendere, vel poena ecclesiastica afficere.

§. 57. Convocandi *capitula extraordinaria* primarium jus competit Reverendissimo Archiepiscopo; praeterea et Praepositus, si id ipsi videbitur, Capitulum convocet. Convocatio fiat per literas convocatorias singulis Capitularibus pridie mittendas: re tamen urgente Capitulum etiam eadem die, qua sessio habenda sit, convocari poterit. Singulo Canonico liceat, re prius exposita, Praepositum rogare, ut capitulum habeatur: quod vero si is ter recusaverit, Decanus consentientibus duobus Canonicis ordine primis in re urgente legitimum capitulum convocet.

§. 58. Ubi in sessionibus ordinariis hora legitima, et in sessionibus extraordinariis, ad quas singuli Capitulares, qui in urbe degent, legitime fuerint convocati, tres fuerint praesentes, capitulum legitime erit constitutum, ejusque conclusa caeteros obligent. Ne vero quid dolo malo plurimis vel absentibus vel impeditis de re majoris momenti constituatur, cavendum est, atque absentibus vel impeditis liberum sit, sententiam suam Reverendissimo Archiepiscopo exponere. Quae fuerint legitime constituta, quibus quidem vel immutetur vel addatur aliquid Statutis, vim demum auctoritatemque habeant, si fuerint ab Archiepiscopo approbata; at Sede Archiepiscopali vacante novi quid non potest constitui, nisi in re urgente idque sine praejudicio.

§. 59. Statim ab initio sessionum recitetur Antiphona: *Veni sancte Spiritus*, atque in fine Antiphona: *Sub tuum praesidium.*

§. 60. De re pertractata decidat suffragiorum pluralitas, votisque paribus, in quam partem iverit Praeses, ea praevaleat. De qua re non potuerit in una sessione decerni, ea in proxima uberius explanetur, hujusque prorogationis mentio fiat in Actorum commentariis.

§. 61. *Secretarius* Capituli sit junior Canonicus, aut Vicariorum unus capitulariter eligendus. Secretarii est. consultationes et conclusa Capituli perscribere, prius notatis die, mense et anno, quibus sessiones ordinariae vel extraordinariae habitae fuerint, subjunctisque nominibus omnium Capitularium, qui adfuerint; literas ad Capitulum datas, omnia Capituli documenta actaque perscripta reponere et fideliter asservare, donec in Archivum deponantur; acta perscripta, ubi id postulatum fuerit, exscribere, eaque vel Capitulo vel Praeside consentiente tradere postulantibus (rest. dipl. §. 11.).

§. 62. Acta in sessionibus perscripta ab omnibus Capitularibus,

qui interfuerint, subscribantur; epistolae omnes Capituli nomine ad quemcumque dandae argumento demum a Capitulo approbato conceptisque literis vel in sessione a singulis Capitularibus vel domi suscriptis a solo Praeside, qui et sigillum Capituli (rest. dipl. §. 17.) asservet, signentur, neque eas Secretarius, nisi mandante Praeside, subscribat. Scripturam mundam a Cancellaria Archiepiscopali Praepositus faciendam curabit (rest. dipl. §. 11.). Idem literas ad Capitulum datas accipiat, aperiat, legat atque de iis ad Capitulum prius referat, quam a Secretario reponantur.

§. 63. Haec ita, quanta fieri potuit diligentia perpensa et capitulariter conclusa, Statuta sunto, atque Reverendissimo Archiepiscopo nostro Ferdinando Augusto examinanda et approbanda omni, qua decet, devotione et reverentia tradantur.

(L. S.)

(sign.) Fonck, Praepositus. — Hüsgen, Decanus. — Liber Baro de Beyer, Canonicus Capitularis. — Schweitzer. — Monpoint. — Filz. — Müller. — Maybaum. — Mommen.

Statuta haec a Venerabili Capitulo Ecclesiae Nostrae Metropolitanae Coloniensis condita diligenter examinata approbavimus, eaque auctoritate Nostra Archiepiscopali hisce confirmamus Sigillo nostro Archiepiscopali impresso.

Coloniae Agrippinae, VI. Kalendas Junias, anno incarnationis Domini nostri millesimo octingentesimo tricesimo.

(L. S.)

(sign.) Ferdinandus Augustus,
Archiepiscopus Coloniensis.

Nachtrag.

In der ersten dieser Abhandlungen über die Entstehung und Geschichte des Fabrik-Decrets mußte ich bedauern, den letzten Entwurf, auf welchen der Bericht des Ministers Bigot de Préameneu sich bezieht, nicht mittheilen zu können. Im vergangenen Sommer, während eines kurzen Aufenthalts in Paris, wurde mir gestattet, auch von diesem wichtigen Documente eine Abschrift zu nehmen. Man wird sie nicht ungern hier lesen. Erst mit Hülfe dieses Entwurfs wird der Bericht des Ministers vollkommen verständlich. Die Abweichungen von der endgültigen Redaction erweisen sich bedeutender als ich dachte, und es ist in mancher Beziehung lehrreich und interessant, den später vorgenommenen Abänderungen zu folgen. So ist die Zusammensetzung des Kirchenraths eine verschiedene (Art. 3), eigenthümlich sind auch die ausführlichen Bestimmungen über die Vikare Art. 39 fg., über die Vermiethung der Kirchenstühle und Grabstätten in der Kirche Art. 75 fg., und Manches in dem wichtigen Kapitel von den Pflichten der Civilgemeinde.

Ueber den Gang der Verhandlungen finden sich nur kurze Andeutungen in den Procès verbaux, welche das Archiv des Staatsraths in einer großen Reihe von Quartbänden aufbewahrt. Die Abtheilung des Innern (section de l'Intérieur) bestand im Jahre 1809 aus den Staatsräthen Regnaud de St. Jean d'Angeli, Präsident, und den Mitgliedern Bégoneu, Beugnot, Chaban, Corvetto, d'Hauterive, Fourcroi, Maret, Lavalette, Molé, Mon-

talivet, Neri-Corsini, Pelet, Portalis, de Segur, Vincent-Marmiola. Die letzten Berathungen über das Fabrik-Dekret hielt man am 15. und 23. Dezember unter dem Vorsitz des Kaisers. Berichterstatter über den Entwurf des Cultus-Ministers war der Staatsrath Portalis. Er hat manche Veränderungen durchgesetzt. So sind unter Anderem die Bestimmungen über die Vikare weggefallen und die Fassung des früheren Entwurfs der Section Art. 34 beinahe wörtlich in Art. 36 des Decrets wiederhergestellt. Andere seiner Anträge hatten keinen Erfolg, z. B. wenn er zum Art. 9 des Entwurfs gegen die Wiederwahl der ausgeschiedenen Mitglieder des Kirchenraths sich ausspricht. Daß die Veränderung des Art. 103 des Entwurfs von ihm ausgegangen sei, dafür habe ich durchaus keine Andeutung gefunden.

Das Dekret hatte schon die Unterschrift des Kaisers erlangt, als die Verhandlungen noch fortdauerten. Aus mehreren Documenten des Kaiserlichen Archivs ersieht man, daß noch im Februar und Juni des Jahres 1810 der Minister des Cultus mit dem Staats-Minister, dem Herzog von Bassano, unterhandelte. Er wünschte einige kleine Abänderungen in den Artikeln 4 und 75, und im Art. 92 Nro. 2 den Zusatz avec un jardin neben dem logement, das die Gemeinde beschaffen muß. Gleichwohl ist der Wortlaut unverändert geblieben; aber es erklärt sich nun, weßhalb das Dekret so lange nach der Vollziehung und sogar nach dem Gesetz vom 14. Februar 1810 erst im Juli desselben Jahres publicirt wurde.

In sehr vielen Artikeln stimmt der Entwurf ganz oder zum Theile mit dem Dekret wörtlich überein. Es wäre überflüssig diese hier abzudrucken. Doch habe ich bei den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs auf die entsprechenden im Decret verwiesen. Mit Hülfe des Letztern kann man alle Lücken ausfüllen und den getreuen Wortlaut des Entwurfes herstellen.

Projet de Décret.

Napoléon etc. . . . décrétons ce qui suit:

Art. 1. Les fabriques . . . sont chargées . . . d'administrer les . . . perceptions autorisées par les lois et les réglements et qui sont affectés a l'exercice du culte, enfin de pourvoir aux dépenses nécessaires à l'exercice du culte paroissial et au maintien de sa dignité, vgl. Art 1 des Dekrets.

Chapitre I.

Du Conseil général de la Fabrique et du Bureau des Marguilliers.

Art. 2. Chaque fabrique sera administrée par un Conseil général et par un bureau des Marguilliers.

Section I. De la Composition, des Séances et des Fonctions du Conseil général.

§. 1. De la Composition du Conseil général.

3. Dans les paroisses, où la population sera de cinq mille ames ou au dessus, le Conseil sera composé de quinze Conseillers de fabrique; dans toutes les autres paroisses, il devra l'être de dix; ils seront pris parmi les notables; ils devront être catholiques, laïques et domiciliés dans la paroisse.

4. Seront de droit . . . adjoint ou, a défaut un officier municipal catholique. Le maire n'aura en cette qualité dans le Conseil général aucune fonction ni prérogative particulière, vgl. Art. 4 des Dekrets.

5. Les membres actuels des fabriques externes et internes seront de droit, pour la première fois, membres du Conseil général et nommeront au scrutin ceux qui devront compléter soit le nombre de quinze, soit celui de dix.

6. Dans les paroisses composées de plusieurs succursales réunies, les membres des fabriques internes et externes de la succursale supprimée se réuniront aux membres des fabriques de la succursale conservée; ils nommeront aux scrutin ceux qui manqueront pour rendre le nombre complet; et si le nombre excède celui qui est prescrit, la réduction s'opérera par la voie du sort.

7. Le Conseil général sera renouvelé par cinquième tous les ans.

8. Quatre cinquièmes qui la première fois le composeront, sortiront par la voie du sort, savoir un cinquième le premier dimanche du mois d'Avril 1810, et les trois autres cinquièmes à la même époque en 1811, 1812 et 1813. Dans la suite ce sera le cinquième le plus ancien en exercice qui devra sortir.

9. Le cinquième sortant chaque année sera remplacé au scrutin par les quatre cinquièmes restans. Les membres sortans pourront être réélus.

10. Lorsque le remplacement ne sera pas fait à l'époque fixée, il est enjoint à l'évêque d'y pourvoir; il aura pour cette fois sur le Conseil général le droit de prévention.

11. Le Conseil . . . prépondérante, vgl. Art. 9 des Decrets Alin. 1.

12. Le Conseil général . . . des voix, vgl. Art. 9 des Decrets Alin. 2.

13. Les suffrages de parents ou alliés jusques et compris le degré de cousin germain, ne seront dans le Conseil général que pour un, s'ils sont uniformes, ou pour deux, si les opinions diffèrent.

§. II. Des Séances du Conseil général.

14. Le Conseil général . . . grand messe, vgl. Art. 10, Alin. 1 und 2. Le Conseil général pourra de plus être convoqué par le curé ou desservant, ou par le président du bureau des Marguilliers, lorsque le besoin des affaires l'exigera.

§. III. Des fonctions du Conseil général.

15. Aussitôt . . . à l'avenir dans son assemblée du premier dimanche du mois d'Avril; il fera . . . sortant, vgl. Art. 11.

16. Seront . . . tresorier. 3°. L'emploi et le remploi des deniers de la fabrique . . . 5°. Les procès à entreprendre ou à soutenir et généralement tous les objets de quelque importance excédant les bornes de l'administration ordinaire, vgl. Art. 12.

Section II. Du Bureau des Marguilliers.

§. I. De la composition du Bureau des Marguilliers.

17. Le bureau des marguilliers se composera de quatre membres du Conseil général, élus aux termes de l'article

15 ci-dessus, et du curé ou desservant; celui-ci aura la première place, et pourra se faire remplacer par un de ses vicaires.

18. Ne pourront . . . le degré de cousin germain, vgl. Art. 14.

19. Au premier . . . remplacé, vgl. Art. 15.

20. Des quatre marguilliers qui auront été pour cette fois nommés par le Conseil général, trois sortiront successivement par la voie du sort; l'un au premier dimanche du mois d'Avril 1810, les deux autres à la même époque en 1811 et 1812, et dans la suite ce sera le plus ancien en exercice qui devra sortir, vgl. Art. 16 und 17. Le marguillier sortant ne pourra être réélu, qu'après un an d'intervalle.

21. Lorsque cette élection ne sera pas faite à l'époque fixée, il y sera pourvu comme à l'article 10.

22. Les marguilliers nommeront entre eux au scrutin un président, un trésorier et un secrétaire, vgl. Art. 19. Le curé ou desservant ni aucun marguillier fonctionnaire public, ne pourront être élus trésoriers.

23. Les membres . . . présens, vgl. Art. 20.

24. Dans les paroisses, où il y avait ordinairement des marguilliers d'honneur, il pourra en être choisi deux par le Conseil général.

25. Les marguilliers d'honneur, les marguilliers en exercice et les membres du Conseil général auront dans l'église une place distinguée, sous le nom de banc de l'oeuvre; il sera placé devant la chaire, autant que faire se pourra. Le curé ou desservant aura dans ce banc la première place.

§. II. Des Séances du Bureau des Marguilliers.

26. Le bureau . . . desservant, vgl. Art. 22 und 23.

§. III. Fonctions du Bureau.

27. Le bureau des marguilliers préparera les affaires qui doivent être portées au Conseil général; il sera chargé de l'exécution des délibérations du Conseil et de l'administration journalière du temporel de la paroisse, vgl. Art. 24.

28. Les marguilliers et spécialement le trésorier sont chargés de faire toutes démarches et diligences vers les autorités compétentes, pour que les charges qui doivent être supportées par les communes conformément aux Art. 103 et suivans, soient exactement remplies ou acquittées.

29—32. Les marguilliers . . . les prières et les instructions, vgl. Art. 26—29 erste Zeilen.

Il nommera les prêtres habitués et leur assignera leurs fonctions, vgl. Art. 30.

Il désignera le sacristain, le chantre, les enfans de choeur.

Le placement des bancs ou chaises dans l'église ne pourra être fait que du consentement du curé ou desservant, sauf le recours à l'évêque.

Le curé ou desservant sera tenu de donner à acquitter les fondations dont il ne se chargera pas, à ses vicaires, de préférence aux prêtres habitués ou autres ecclésiastiques, à moins qu'il n'en ait été autrement ordonné par les fondateurs, vgl. Art. 31.

33. Les marguilliers et le curé ou desservant nommeront de concert les prédicateurs approuvés par l'évêque, vgl. Art. 32.

34. La nomination . . . ou desservant, vgl. Art. 33.

Ce qui concerne la décoration de l'église sera réglé par délibération du bureau des marguilliers, en la proportionnant aux revenus de la fabrique.

35. Sera tenu le trésorier de présenter, tous les trois mois, au bureau des marguilliers, un borderau signé de lui, et certifié véritable de la recette et de la dépense pendant les trois mois précédens, a l'effet de connaître la situation actuelle, tant des recouvrements que de l'acquittement des charges. Ces borderaux . . . trimestre suivant, vgl. Art. 34.

36. Toute . . . rempli, vgl. Art. 35.

Chapitre II.
Des Revenus, des Charges, du Budget de la Fabrique.

Section I. Des Revenus de la Fabrique.

37. Les revenus . . . servant de cimetières, vgl. Art. 36, Nro. 1—4.

5. Du produit des chaises.
6. De la vente ou concession des bancs, tribunes ou chapelles.
7.—9. Des quêtes . . . à la fabrique, vgl. Art 36, Nro. 7—9.
10. Des droits que suivant l'usage de chaque paroisse les fabriques perçoivent.

Section II. Des Charges de la Fabrique.

§. I. Des Charges en général.

38. Les charges . . . réglé au §. III, vgl. Art. 37.

§. II. De l'Etablissement et du Paiement des Vicaires.

39. Lorsqu'une paroisse aura besoin d'un vicaire, soit à perpétuité, soit temporairement, le curé ou desservant exposera par écrit les motifs à son évêque.

40. Si l'évêque décide que cette demande ne doit pas être accueillie, le curé ou desservant ne pourra insister.

41. Si l'évêque pense que cette demande est dans le cas d'être prise en considération, il ordonnera que les formalités préscrites par le présent réglement soient remplies.

42. Le curé ou desservant remettra sa demande au bureau des marguilliers, qui en délibérera et fera son rapport au Conseil général de la fabrique.

43. Si le Conseil général n'est point d'avis, que l'établissement d'un vicaire soit nécessaire, le curé ou desservant ne pourra insister.

44. Si le Conseil général regarde comme indispensable cet établissement, et si la fabrique a des revenus suffisans pour le traitement, elle enverra la délibération à l'évêque qui prononcera; et le traitement devra être porté dans la dépense du budget de la fabrique.

45. Si dans le même cas de la nécessité d'un vicaire réconnue par le Conseil général, la fabrique n'est pas en état de payer le traitement, sa délibération devra être addressée au préfet, et il sera procédé, ainsi qu'il est expliqué aux articles 58 [108?] et suivans, concernant les autres dépenses de la célébration du culte, pour lesquelles les communes suppléent à l'insuffisance des revenus des fabriques.

46. Le traitement des vicaires sera de 500 francs dans les paroisses de plus de cinq mille âmes et de 400 francs dans les autres paroisses.

§. III. Des Réparations.

47. Les marguilliers . . . qui n'excéderont pas la somme de 50 francs dans les paroisses au dessous de mille ames et de 100 francs dans celles au dessus; lorsque cette somme pourra être prise sur les revenus de la fabrique, et sans préjudice des dépenses reglées pour le culte, vgl. Art. 41.

48. Lorsque les réparations excéderont la somme cidessus indiquée, le bureau sera tenu d'en faire rapport au Conseil général, qui ne pourra même sur le revenu libre de la fabrique ordonner cette réparation, qu'en chargeant le bureau de faire dresser un devis estimatif, et

de procéder à l'adjudication au rabais, après trois publications au prône de dimanche en dimanche, vgl. Art. 42.

49. Si la dépense... formes prescrites vgl. Art. 43. Cette délibération sera envoyée par le trésorier au ministre des cultes et au préfet.

50. Le préfet nommera des gens de l'art par lesquels en présence de l'un des officiers municipaux et de l'un des marguilliers il sera dressé, le plus promptement qu'il sera possible, un devis estimatif des réparations; et après avoir examiné ce devis et les dires respectifs, il ordonnera que ces réparations soient payées conformément aux articles 109 et suivans et, en conséquence, qu'il soit procédé par le conseil municipal, en la forme accoutumée, à l'adjudication au rabais, vgl. Art. 95.

51. Il sera dressé aux frais de la commune un état des lieux à l'entretien de chaque curé ou desservant dans le presbytère; mais il ne sera tenu que de simples réparations locatives et des dégradations survenues par sa faute, vgl. Art. 44.

Section III. Du Budget de la Fabrique.

52. Il sera présenté chaque année au bureau par le curé ou desservant, un état par aperçu des dépenses nécessaires à l'exercice du culte, soit pour les objets de consommation, soit pour achat et entretien d'ornemens, meubles et ustensiles d'église.

Cet état après avoir été approuvé par le bureau, sera porté en bloc sous la désignation *de dépenses intérieures*, dans le projet du budget général, vgl. Art. 45.

53. Ce budget balancera la recette et la dépense de l'église. Les revenus de la fabrique doivent y être employés en premier lieu et en préférence aux frais ordinaires de la célébration du culte.

La portion des revenus qui resterait après cette dépense acquittée, servira au traitement des vicaires légalement établis; et l'excédant, s'il y en a, sera pour l'entretien des édifices du culte, vgl. Art. 46.

54. Le budget . . . approbation, vgl. Art. 47.

55. Dans les cas où la fabrique se suffirait à elle même, le budget pourra sans autres formalités recevoir sa pleine et entière exécution, vgl. Art. 48.

56. Si les revenus de chaque fabrique excédent ses besoins, il sera formé de cet excédant un fond de réserve; il pourra être employé aux dépenses extraordinaires; qui autrement seraient à la charge des communes. Jusqu'au

temps de cet emploi, il sera fait de la manière déterminée par le préfet, un placement au profit de la fabrique.

57. Si les . . . chapitre IV, vgl. Art. 49, nur sind im Entwurf die réparations des bâtiments den gages des officiers vorgesetzt.

Chapitre III.

Section I. De la Régie des Biens de la Fabrique.

58. Chaque fabrique . . . et la troisième dans celles de l'un des marguilliers nommé au scrutin par le bureau, vgl. Art. 50.

59—65. Seront déposés... des titres, vgl. Art. 51—57.

66. Tout notaire devant lequel il aura été passé un legs ou un acte entre-vifs au profit d'une fabrique, sera tenu d'en donner avis au curé ou desservant, vgl. Art. 58.

67. Tout acte... fabrique, vgl. Art. 59.

68. La réduction des fondations qui serait nécessaire par le défaut de proportion entre le produit et les charges, sera faite par l'évêque conformément aux régles canoniques.

69--72. Les maisons... seront employes en rentes sur l'Etat, lorsque le capital sera suffisant, vgl. Art. 60—63, im Art. 61 sind die Worte marchés — reconstructions zugesetzt.

73—74. Le prix... instructions vgl. Art. 64—65.

75. Le bureau des marguilliers pourra être autorisé par le Conseil général, à mettre les bancs et les chaises en régie ou à les louer de gré à gré.

Aucune personne ne peut faire apporter des bancs ou chaises dans l'église, vgl. Art. 66.

76. Les chaises seront affermées après trois publications au prône, de huitaine en huitaine; les enchères seront reçues au bureau de la fabrique, et l'adjudication sera . . . des chaises, vgl. Art. 67.

67. Aucune concession de banc, de tribune ou de chapelle ne pourra. . . ci-après art. 81, vgl. Art. 68.

78—79. La demande . . . suffisant, vgl. Art. 69—70; zu dimanches im Entwurf der Zusatz: au prône de la grande messe.

80. S'il s'agit d'une concession pour un capital ou un immeuble . . . dons et legs, vgl. Art. 71.

81. Celui qui aurait entièrement bâti ou doté une église, ne pourra retenir un plus grand droit que celui d'un banc, d'une tribune ou d'une chapelle; mais ce droit pourra être pour sa famille tant qu'elle existera, vgl. Art. 72.

82. Nulle concession de tombeaux, inscriptions ou autres monuments funèbres, de quelque genre que ce soit, dans les églises, ne pourra être faite, que par notre permission spéciale, vgl. Art. 73.

83. Le produit des quêtes sera compté en présence d'un marguillier. Le montant des fonds perçus pour le compte de la fabrique sera, à fur et mesure de la perception, inscrit sur un régistre coté et paraphé, qui demeurera entre les mains du trésorier. La somme reçue y sera marqué avec la date du jour et du mois. L'article sera signé par le porteur et receveur, et la somme versée dans la caisse à trois clefs.

84. Il y aura à la porte de chaque église un ou deux troncs destinés à recevoir les aumônes pour les pauvres de la paroisse; et les dons volontaires des fidèles seront recueillis deux fois par an par une quête, que feront les marguilliers de la paroisse.

85. Tout ce qui concerne les quêtes dans l'église sera réglé par l'évêque, sur le rapport des marguilliers, et en joignant à ce rapport la proposition des bureaux de bienfaisance dans les paroisses ou il y en a d'établis, vgl. Art. 75.

86. Les deniers provenant des quêtes pour les pauvres seront remis au bureau de bienfaisance, s'il y en a; sinon la distribution en sera faite par le bureau des marguilliers.

87. Aux enterrements et services funèbres les cierges, autres que ceux remis au prêtres personnellement, ainsi que ceux offerts sur les pains bénis et délivrés pour les annuels, appartiennent à la fabrique; le trésorier en tiendra un état, vgl. Art. 76.

88. Ne pourront . . . réunis, vgl. Art. 77.

89. Ne sont considérés comme procès les procédures ou actes conservatoires et toutes diligences pour les recouvrements des revenus de la fabrique, lorsqu'il n'y aura pas de contestation au fond, vgl. Art. 78.

90. Les procès . . . bureau, vgl. Art. 79, et qui en cas de négligence sera personnellement responsable.

91. Toutes contestations relatives à la propriété des biens et toutes poursuites à fin de recouvrement, soit des revenus, soit du produit des bancs et chaises, seront portées devant les juges ordinaires, vgl. Art 80.

92. Les registres des fabriques seront sur papier non timbré. Tous actes de leur administration, autres que les baux des immeubles, ne seront sujets à aucun droit d'enregistrement. Les baux des immeubles, ainsi que tous

les dons et legs qui leur seraient faits, ne supporteront que le droit fixe d'un franc, vgl. Art. 81.

Section II. Des Comptes.

93. Le compte . . . extraordinaire, vgl. Art. 82; et la troisième, pour la partie de la recette ordinaire ou extraordinaire, qui n'aurait pas encore été recouvrée.

Le reliquat d'un compte formera toujours le premier article du compte suivant. Le chapitre de dépense sera également divisé.

94—96. A chacun — mois de Mars, vgl. Art. 83—85. Alin. 1.

97—100. Deux commissaires seront tirés au sort entre les trois autres marguilliers. Le compte . . . l'autre au secrétariat général de la préfecture, vgl. Art. 85. Alin. 2 — Art. 89. Im Art. 86 nach compte ist der unnütze Zusatz des Entwurfs: dont on ne puisse convenir, gestrichen.

101. Faute . . . sera tenu sous peine de responsabilité . . . ultérieures, vgl. Art. 90.

102. Il sera pourvu, dans chaque paroisse, à ce que les comptes qui sont a rendre soient rendus . . . publication, vgl. Art. 91.

Chapitre IV.

Des Charges des Communes relativement au Culte.

103. Les charges des communes relativement au culte sont:

1. De suppléer à l'insuffisance de revenues de la fabrique pour les frais de la célébration du service divin, le traitement des vicaires légalement établis et les réparations ou reconstructions des édifices consacrés au culte.
2. De fournir au curé ou desservant un presbytère, ou, à défaut de presbytère et de logement, une indemnité pécuniaire, sans qu' à l'égard du logement il puisse y avoir d'action de part du propriétaire contre le curé ou desservant, vgl. Art. 92.

104. Dans les cas où les communes sont obligées de suppléer à l'insuffisance des revenus des fabriques, il sera procédé ainsi qu'il suit.

105. A l'égard des frais de la célébration du culte le préfet fera convoquer le conseil municipal, auquel se-

ront représentés le budget et la délibération prise par le Conseil général de la fabrique au termes de l'article 49 ci-dessus. Si le conseil municipal reconnaît, que cette dépense est nécessaire, elle sera prise sur les revenus communaux, s'ils sont suffisants; si les revenus communaux ne suffisent pas, le conseil municipal délibérera sur les moyens de répartir cette dépense sur les habitants.

Le conseil municipal ayant ainsi été entendu par le préfet, il sera dressé un rôle au marc le franc des contributions personnelle et mobilière des habitants, lequel sera rendu exécutoire suivant les formes prescrites.

106. Si le conseil municipal est d'avis de demander une réduction sur la dépense de la célébration du culte, et dans les cas, où il ne reconnaîtrait pas la nécessité de l'établissement d'un vicaire, sa délibération en portera les motifs.

Toutes les pièces seront addressées à l'évêque qui prononcera; vgl. Art. 96.

107. Dans les cas où l'évêque prononcerait contre l'avis du conseil municipal, ce conseil pourra demander au préfet l'autorisation de se pourvoir, et celui-ci enverra, s'il y a lieu, toutes les pièces au Ministre des Cultes, pour être par Nous, sur son rapport, statué en notre Conseil d'Etat ce qui sera vu appartenir, vgl. Art. 97.

108. Si le préfet n'autorise pas la commune à se pourvoir, ou si les dépenses pour la célébration du culte et l'établissement d'un vicaire sont définitivement confirmées, il sera procédé pour le payement ainsi qu'il est prescrit à l'article . . .

109. S'il s'agit . . . rabais, vgl. Art. 98, nur statt Art. 95 hat der Entwurf Art. 50.

110. Si les revenus communaux sont insuffisans, le conseil délibérera sur les moyens de faire payer cette dépense par les habitans et les propriétaires forains, soit par voie d'emprunt, si la paroisse a pour rembourser, dans un certain temps, des moyens autres qu'une levée extraordinaire, soit par une levée extraordinaire au marc le franc des contributions foncière et mobilière; et seront remplies à cet égard les formalités prescrites.

111. Néanmoins . . . même par levée extraordinaire, il pourra être ordonné par le Ministre de l'Intérieur qu'il sera fourni à cette paroisse tel secours qui sera par lui déterminé . . . de l'Etat, vgl. Art. 100.

112. Dans tous les cas . . . le préfet fera un nouvel examen du budget de la commune, et declarera par un arrêté, si la dépense . . . mille francs, vgl. Art. 101.

113. Dans le cas . . . séparément, vgl. Art. 102.

114. Dans une paroisse composée de plusieurs communes, elles contribueront aux charges de la paroisse: savoir en proportion de leurs contribution mobilière, s'il s'agit des dépenses de la célébration du culte, et en proportion de leurs contributions foncière et mobilière, s'il s'agit de réparations ou de reconstructions.

Chapitre V.

Des Eglises Cathédrales, des Maisons Episcopales et des Séminaires.

115. Les fabriques des églises cathédrales actuellement existantes sous l'autorité des archevêques et évêques de notre Empire sont confirmées.

116. Les fondations, donations ou legs faits à ces fabriques, seront acceptées ainsi que celles faites aux séminaires, par l'évêque diocésain, sauf notre autorisation, donnée en Conseil d'Etat sur le rapport de notre Ministre des Cultes.

117—119. Lorsqu'il surviendra des réparations . . . Ministre des Cultes, vgl. Art. 107—109.

120. Si les réparations . . . conseil général du département, vgl. Art. 110.

121. Lorsque le conseil général du département s'assemblera, il sera tenu de comprendre dans ses dépenses départementales la somme déterminée pour les réparations ou reconstructions, suivant le rapport approuvé par le Ministre de l'Intérieur.

122. S'il y a . . . de plus, vgl. Art. 111.

123. Dans les départements ... ci-dessus, vgl. Art. 112.

Fin.

Neben dem Fabrik-Dekret suchte ich auch die Entstehung des kaum minder wichtigen Dekrets über die Erhaltung und Verwaltung der Pfründen vom 6. November 1813 näher kennen zu lernen. Doch zeigte sich die Ausbeute nicht sehr lohnend, auch war mir auf dem Archive des Staatsraths nur ein flüchtiger Blick in das Heft verstattet, welches die wenig zahlreichen darauf bezüglichen Papiere enthält. Das wichtigste

ist ein Bericht des Ministers Bigot de Préameneu an den Kaiser, gedruckt am 13. September 1813, den ich später auf dem kaiserlichen Archiv mit größerer Muße einsehen konnte. Der Anfang setzt die Nothwendigkeit eines allgemeinen Dekrets über die Pfründengüter in folgenden Worten auseinander.

Sire!

Le clergé au-delà des Alpes et même quelques curés ou desservants dans les départements du Nord de l'Empire étant dotés en biens fonds, un réglement est nécessaire pour assurer la conservation de ces biens, pour déterminer les droits et les obligations des titulaires et pour régler le mode d'administration pendant la vacance.

Il est convenable, qu'il y ait à cet égard un régime uniforme dans les diverses parties de l'Empire. Ie vais exposer à V. M. ce qui est en usage dans ces divers pays, et je proposerai ensuite les mesures qui me semblent préférables.

Daran schließt sich eine Darstellung der Zustände in den französischen Ländern diesseits der Alpen und in den italienischen Provinzen, in Parma und Piacenza, Toscana und Piemont. In dem letzten Lande war es üblich, daß ein General-Oekonom die Verwaltung aller erledigten Pfründen während der Vacanz übernahm. Diese Einrichtung hatte sich als durchaus nachtheilig erwiesen. Der Minister macht dann eine

Proposition d'un Réglement général pour l'Empire.

Tels sont les divers régimes tendant au même but, celui de conservation des biens du clergé.

Il ne faut en rejeter aucun d'une manière absolue, mais on peut, en puisant dans chacun d'eux, former un réglement dont l'exécution soit simple et sans aucune dépense, en même temps qu'il donnera une garantie suffisante. Ce réglement sera divisé à l'égard des évêques et des curés en deux parties, dont la première comprendra les mesures de conservation pendant la vie des titulaires, la seconde les mesures à prendre pendant la vacance.

Déjà il existe pour la conservation des biens des fa-

briques, qui font aussi partie des biens de l'église, un réglement général du 29. Décembre dernier [1]).

Si l'administration des fabriques peut en même temps servir à la conservation des biens des cures, ce mode sanctioné doit avoir la préférence.

Or il ne peut avoir aucun doute sur l'application de plusieurs articles du réglement des fabriques à la conservation des biens des cures, puisque ce sont les mêmes dispositions, qui avant la révolution s'appliquaient en France à l'un et à l'autre objet.

On va successivement considérer les biens des cures, des évêques, des chapitres et des séminaires.

Im Ganzen enthält diese Erörterung nicht eben viel Neues. Die wichtigste Stelle ist im

§. II. Des droits et des charges de la jouissance des titulaires.

Toutes les réparations des biens de dotation du clergé sont une charge de ces biens. Ainsi chaque titulaire est tenu sur sa dotation de toutes réparations, et même de rétablir ce qui serait tombé par vétusté.

Cependant le service public du culte ne doit pas être interrompu, et des-lors le titulaire ne saurait être privé de ce qui lui est absolument nécessaire pour sa nourriture et son entretien. Si donc la dépense des réparations excède le tiers d'une année du revenu, on doit d'abord épuiser les moyens extraordinaires que l'on peut avoir d'y fournir, tels que les réserves qui existeraient, provenant des fruits pendant la vacance, le prix de vente d'arbres de futaie etc. A défaut de ces ressources, et si les curés ne trouvent point à emprunter de gré à gré sur les revenus des années suivantes, ils pourront être autorisés par Votre Majesté sur un rapport du Ministre des Cultes, soit à un emprunt avec hypothèque, soit même à l'aliénation d'une partie des biens.

Le décret d'autorisation d'emprunt fixera les époques de remboursement à faire sur les revenus, de manière qu'il en reste toujours les deux tiers aux curés.

En cas d'aliénation, il sera supléé par le trésor public à ce qui manquerait, pour que le revenu restant au curé égalât le taux ordinaire des congrues.

---

[1]) Offenbar ist das Dekret vom 30. December 1809 gemeint. Aus der Angabe muß man schließen, daß der Bericht noch in das Jahr 1810 fällt.

Später heißt es von den Seminarien:

Les séminaires et les écoles secondaires ecclésiastiques sont des établissements dont les archevêques et les évêques ont une entière direction, et c'est au diocèse en général qu'appartiennent les biens formant leur dotation; et à ce titre d'établissements publics il doit y avoir des régles positives sur les moyens de conserver ces biens et sur leur administration. Ce régime doit seulement être établie en conservant toujours une juste prépondérance à l'archevêque ou évêque qui y a le plus grand intérêt.

Dem Berichte folgt der Entwurf eines Dekrets in 84 Artikeln. Er wird die dritte Redaction genannt, stimmt auch beinahe vollkommen mit der späteren Fassung überein. Nur der Art. 61 ist später eingeschoben, in dem jetzigen Art. 85 fehlt im Entwurf die Erwähnung des Justiz-Ministers; ausgefallen ist dagegen der Art. 80 des Entwurfs, die erste der dispositions transitoires: Le bureau d'économats de Turin sera supprimé du 1. Ianvier 1814.

Das Ganze füllt 27 Quartseiten.

Die Vollziehung des Dekrets erfolgte bekanntlich am 6. November 1813 aus dem kaiserlichen Lager bei Mainz. Das Original mit der eigenhändigen Unterschrift Napoleons findet sich, wie auch das Original des Fabrikdekrets, im kaiserlichen Archiv, Section du Secrétariat, cotes A. F., 1. Section 429 et 805.

Berichtigungen.

Seite 204, Zeile 2 von unten, lies: ame statt âme.
" 314, " 13 " oben, " 630 " 360.
" 323, letzte Zeile, lies: 321 statt 78.

Hüffer, Hermann,

Forschungen auf dem Gebiete des französischen und des rheinischen Kirchenrechts Nebst geschichtlichen Nachrichten über das Bisthum Aachen und das Domkapitel zu Köln

Münster 1863